



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 174

Ewald Grothe / Aubrey Pomerance /

Andreas Schulz (Hrsg.)

Ludwig Haas

Ein deutscher Jude und Kämpfer
für die Demokratie

Droste Verlag 2017



Copyright © 2017 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2017
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5335-3

VORWORT

Als der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) Ludwig Haas am 2. August 1930 im Alter von erst 56 Jahren starb, würdigten ihn Freunde, aber auch politische Gegner als engagierten Kämpfer für die parlamentarische Demokratie. Schon vor 1918 hatte er sich für internationale Aussöhnung und Frieden eingesetzt und eine Parlamentarisierung der Monarchie befürwortet. Als badischer Innenminister und Mitbegründer der DDP wirkte er in den Revolutionsmonaten 1918/19 am Übergang des Großherzogtums in die Republik Baden an entscheidender Stelle mit. Und auch danach erwarb sich der mit dem Eisernen Kreuz dekorierte Kriegsfreiwillige in der Weimarer Republik durch seine immer wieder bewiesene Versöhnungs- und Verständigungsbereitschaft gegenüber ehemaligen Kriegsgegnern im Ausland und politischen Kontrahenten im Inland parteiübergreifendes Ansehen. Ludwig Haas profilierte sich rasch als einer der bekanntesten Vertreter der demokratisch-republikanischen Linken, der in Parlament und Öffentlichkeit unbeirrbar für die Weimarer Demokratie und für die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Nationen eintrat.

Angesichts dieser offensichtlichen Verdienste mahnte die zionistische »Jüdische Rundschau«, dass mit dem Ableben des deutsch-jüdischen Politikers im Jahr 1930 aus ihrer Sicht auch die Hoffnung auf eine liberale Gesellschaft zu Ende gegangen sei: »Sein Tod hat symbolische Bedeutung«, so hieß es in ihrem Nachruf auf Ludwig Haas, »er fällt zusammen mit dem Tod der Partei, an die er glaubte«. Tatsächlich war Ludwig Haas am Ende weit davon entfernt, seine wichtigsten politischen Ziele erreicht zu haben, die er seit Beginn seiner Karriere als Karlsruher Stadtverordneter und Reichstagsabgeordneter verfolgt hatte. Weder war es gelungen, die fragile Demokratie zu festigen, noch eine liberale Gesellschaftsordnung zu begründen. Die Weimarer Republik war von politischen Extremisten bedroht, parlamentarische Demokratie und liberaler Rechtsstaat wurden durch Gewalt und antisemitische Bestrebungen zerstört. Dass der Übergang in eine Präsidialregierung und dann in eine Diktatur schließlich nicht aufgehalten werden konnte, lag auch an der Uneinigkeit der Weimarer Parteienkoalition aus SPD, DDP und Zentrum, für die sich Ludwig Haas an führender Stelle stets mit ganzer Kraft eingesetzt hatte. Da bei den republikanischen Parteien und vor allem im bürgerlichen Lager die Kompromissbereitschaft zusehends nachließ, schien nur noch eine autoritäre Notstandsregierung einen Ausweg aus Wirtschafts- und Parlamentskrise zu eröffnen. Ludwig Haas spürte die Last der politischen Verantwortung, und aufgrund seiner Erkrankung musste er dem allmählichen Niedergang der eigenen Partei am Ende tatenlos zusehen.

Dass Ludwig Haas als einer der Hauptakteure der Weimarer Republik ungeachtet seiner politischen Bedeutung nach 1945 in Vergessenheit geriet, erklärt sich auch dadurch, dass in den neu gegründeten Parteien der Bonner Demokratie lange Zeit kaum jemand an jene Politiker erinnert werden mochte, die in der Phase der Agonie der Weimarer Republik politische Verantwortung trugen. Dies sollte sich erst mit eini-

gem Abstand und in Kenntnis der neueren Forschung ändern, die den Weimarer Parlamentarismus und das Handeln der politischen Akteure heute weit differenzierter beurteilt. Doch ist die Wiederentdeckung von Ludwig Haas, zu der dieser Band maßgeblich beitragen soll, eher einem Zufall als der Logik der Forschungsentwicklung zu verdanken: Vor gut zwei Jahren wurde dem Jüdischen Museum Berlin ein Teilnachlass des Weimarer Politikers übergeben. Anthony Haas, der in Neuseeland lebende Enkel des Politikers, hatte von seinem Vater Karl die Bibliothek, eine Sammlung von Fotografien und Zeitungsartikeln, einige Möbel und persönliche Gebrauchsgegenstände seines Großvaters erhalten. Über Anthony Haas wird auch die Erzählung kolportiert, dass Ludwig Haas kurz vor seinem Tod dem Sohn Karl geraten habe, Deutschland möglichst schnell zu verlassen: »*Go as far away from home as you can!*« Karl Haas folgte diesem Rat allerdings erst nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten und wanderte 1933 zunächst nach Frankreich und von dort nach England aus, um schließlich 1937 in Neuseeland eine neue Heimat zu finden.

Diese Ludwig Haas zugeschriebene, sehr prägnante Äußerung bestimmt die Familienerinnerung bis heute. Autobiografische Zeugnisse einzelner Mitglieder der Familie Haas spielen eine zentrale Rolle in dem Beitrag von Heidi Gembicki-Acht nich, der das Familiengedächtnis repräsentiert. Ihre aus privaten Überlieferungen rekonstruierte Familiengeschichte liefert auch einige biografische Informationen zu Ludwig Haas, der selbst praktisch keine private Korrespondenz hinterlassen hat. Die Familienerinnerung konstituiert einen Deutungsrahmen, mit dem alle aus »objektiven« Quellen gewonnenen Beobachtungen konfrontiert sind. Auf diese Weise ergeben die einzelnen Beiträge dieses Bandes eine spannungsreiche und durchaus nicht widerspruchsfreie Sicht auf die deutsch-jüdische Geschichte zwischen Kaiserreich und »Drittem Reich«.

Ambivalente Schlussfolgerungen hinsichtlich der Zukunftsperspektive für die jüdische Bevölkerung in Deutschland lassen sich auch in Ludwig Haas' Artikeln und Reden finden. Haas hatte sich stets mit Stolz zu seiner jüdischen Herkunft bekannt. Als Vorstandsmitglied des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens trat er auch öffentlich für die Belange der jüdischen Bevölkerung ein. Er war als deutsch-jüdischer Politiker für die wechselnden Chancen und akuten Bedrohungen jüdischen Lebens besonders sensibel. Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes konnten sich auf seine zahlreich überlieferten Vorträge, Ansprachen und Schriften stützen, kaum ein journalistischer Beitrag oder eine parlamentarische Rede blieb unberücksichtigt. Bereits der Verbindungsstudent Ludwig Haas war als Redner sehr gefragt, und seine rhetorische Begabung begünstigte die politische Karriere des erfolgreichen Juristen. Ein auf einer Schellackplatte erhaltenes Tondokument aus dem Nachlass verdeutlicht die Überzeugungskraft eines politischen Redners, der auch kontroverse Positionen in moderatem, durch den badischen Akzent gedämpften Ton zu vertreten wusste. Von seinem kooperativen Verhaltensmodus rückte Haas auch gegenüber dem politischen Extremismus nicht ab, der diese demokratische Diskursethik allerdings systematisch missachtete. Die zivilen Umgangsformen des liberalen Demokraten Haas finden in der als Umschlagabbildung verwendeten Fotografie aus

dem Jahr 1925 eine adäquate visuelle Entsprechung – im Kontrast zu den »Führer«-Bildern der NS-Diktatur wirkt das Porträt wie eine bürgerliche Ikone der Weimarer Demokratie.

Die politische Karriere von Ludwig Haas war im Juni 2016 Gegenstand eines wissenschaftlichen Symposiums des Jüdischen Museums Berlin, der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und dem Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Alle Vorträge sowie weitere Studien zu wichtigen Stationen und Aspekten der Biografie und des politischen Umfeldes werden hier veröffentlicht. In der Lebensgeschichte des deutsch-jüdischen Politikers Ludwig Haas, so die Ausgangshypothese, spiegeln sich auch die Erfolge und Gefährdungen der Weimarer Demokratie wider. Ludwig Haas' Biografie repräsentiert den über weite Strecken erfolgreichen Kampf der entschieden republikanischen bürgerlichen Linken gegen die unverhohlene und aggressive Verachtung von Liberalismus, Demokratie und Parlamentarismus durch politische Kräfte von rechts und links. Er war ein Hauptakteur jener Politikergeneration, die in der parlamentarischen Demokratie Verantwortung übernahm. Im Gegensatz zu manchen seiner Mitstreiter war er auch in Krisenzeiten nie dazu bereit, einen Ausweg in autoritären Lösungen zu suchen und vor dem radikalen Extremismus zu kapitulieren. Ludwig Haas war nicht zuletzt ein deutsch-jüdischer Patriot, der am Ende um die Zukunft der jüdischen Bevölkerung in Deutschland fürchten musste. An ihn zu erinnern, bedeutet, sich über Chancen, Irrwege und Scheitern der ersten deutschen Demokratie zu verständigen.

Für die Sorgfalt und Umsicht bei der Bearbeitung der Manuskripte und Korrekturfahnen danken wir Andrea Leonhardt und Felix Apel, die den Band bis zur Drucklegung redaktionell begleitet haben.

Ewald Grothe

Aubrey Pomerance

Andreas Schulz

Berlin, im Januar 2017

INHALT

Vorwort	5
-------------------	---

Die politischen Anfänge

<i>Aubrey Pomerance</i> »Recht geht vor Macht«, Der Verbindungsstudent Ludwig Haas	13
<i>Jens Weinbold</i> »Demokratische Politik« am Ende des Kaiserreichs. Ludwig Haas in Karlsruhe (1901–1914)	31
<i>Torsten Riotte</i> Auf der Berner Verständigungskonferenz von 1913. Ludwig Haas, die Sozialdemokratie und die deutsch-französischen Beziehungen	55
<i>Jürgen Frölich</i> Ludwig Haas als Abgeordneter im kaiserlichen Reichstag 1912–1918	79

Republikaner und Demokrat

<i>Michael Braun</i> »Meine Herren, Ruhe bewahren, wir müssen die Sache auffangen.« Ludwig Haas als Wegbereiter des Freistaats Baden 1918/19	95
<i>Volker Stalman</i> Ludwig Haas als Abgeordneter der Nationalversammlung und des Reichstages in der Weimarer Republik (1919–1930)	119
<i>Andreas Schulz</i> Daheim unter Fremden – Ludwig Haas und der Antisemitismus	157
<i>Ewald Grothe</i> Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Eine Skizze.	177

Die Familie Haas

<i>Anthony Haas</i>	
The Legacy of Ludwig Haas	189
<i>Heidi Gembicki-Achtnich (in Zusammenarbeit mit Martin Achtnich)</i>	
Soziales Engagement und aktives Staatsbürgertum.	
Ludwig Haas und seine Familie – Biografische Skizzen	193
<i>Barbara Wolbring</i>	
Schreiben als politisches Engagement – Marie Schloß	235

Bildteil

Auswanderung, Exil und Remigration

<i>Martin Schumacher</i>	
»Wegen seiner jüdischen Großmutter nach Südamerika ausgewandert.«	
Flucht aus Hitler-Deutschland – Ein Beitrag zur linksliberalen	
Emigration nach 1933	251
<i>James N. Bade</i>	
Deutsche Einwanderung und Kultur in Neuseeland	279

Anhang

Abkürzungsverzeichnis	291
Abbildungsverzeichnis	293
Autorenverzeichnis	295
Quellen und Literatur	296

Die politischen Anfänge



Ludwig Haas als Verbindungsstudent der Badenia, Heidelberg 1895/96
JMB Slg. Familie Auscher/Neuberger, Schenkung von Rotraut Schnabbe

»Recht geht vor Macht«. Der Verbindungsstudent Ludwig Haas

In ihren 1961 veröffentlichten Erinnerungen an ihren Vater Ludwig Haas stellte Judith Schrag-Haas fest: »Die Studentenzeit war für meinen Vater – ich möchte beinahe sagen – »die logische Voraussetzung« seiner späteren Entwicklung. Es war sozusagen ganz natürlich, dass sich mein Vater gerade diese deutsch-jüdische Verbindung des K.C. als *seine* Verbindung gewählt hat.«¹ Sie brachte damit zum Ausdruck, was ihr Vater selbst fast 50 Jahre zuvor angedeutet hatte: »Während meines Universitätsstudiums war ich Mitglied der Verbindungen im K.C. Badenia in Heidelberg, Licaria in München und der Friburgia in Freiburg i. Brg. Ich hatte mich diesen Verbindungen angeschlossen und für sie gearbeitet, weil ich schon als Student der Auffassung war, dass der Kampf gegen den Antisemitismus Pflicht eines selbstbewussten deutschen Studenten jüdischer Konfession sein müsste.«² Hatte Ludwig Haas bereits als junger Student Einstellungen mitgebracht, welche zum Kern der Prinzipien der Verbindung zählten, wurden diese während seiner fast dreijährigen aktiven Zeit und durch seine lebenslange Beziehung zum Kartell-Convent wesentlich gestärkt und gefestigt. »Sein Lebensbild wäre«, wie einer der Nachrufe betonte, »unvollständig ohne Schilderung dieses Teils seiner vielseitigen Wirksamkeit«,³ was auch für den vorliegenden Band gilt.

Als Ludwig Haas im Herbst 1894 Mitglied der *Badenia* an der Universität Heidelberg wurde, lag die Gründung der ersten jüdischen Studentenverbindung erst acht Jahre zurück. Ins Leben gerufen wurde sie 1886 an der Universität Breslau unter dem Namen *Viadrina*, mit der Intention, den verbreiteten Antisemitismus an der Hochschule zu bekämpfen.⁴ Die zwölf Initiatoren, mit Ausnahme des Theologen und späteren Rabbiners Benno Jacob (1862–1945) alle Studenten der Medizin, beklagten nicht nur den Ausschluss von Juden aus den meisten Universitätsvereinen, sondern

¹ J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 75. Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des im Archiv des Leo Baeck Institutes New York (LBI) befindlichen Typoskripts »Erinnerungen an meinen Vater«, s. d., ME 283.

² LUDWIG GEIGER, »Die jüdischen Reichstagsabgeordneten«, in: ALLGEMEINE ZEITUNG DES JUDENTUMS, Jg. 76, Nr. 14, 05.04.1912, S. 159 f.

³ MAX MAINZER, »Ludwig Haas«, in: K.C.-BLÄTTER, Jg. 20, September 1930, Aufsatzheft 3, S. 45.

⁴ Bereits vor der Gründung der *Viadrina* entstanden einzelne wissenschaftliche Vereinigungen, zu deren Ziel ebenfalls die Bekämpfung des an den Universitäten grassierenden Antisemitismus gehörte. Zur Geschichte der jüdischen Studenten an den deutschen Universitäten vgl. K. H. PICKUS, *Constructing Modern Identities*, 1999; zur Geschichte der jüdischen Studentenverbindungen vgl. vor allem die herausragende Studie von M. RÜRUP, *Ehrensache*, 2008; ferner A. ASCH, *Geschichte des K.C.*, 1964; K. U. BERTRAMS, *Kartell-Convent*, 2008.

auch das fehlende Selbstbewusstsein unter den jüdischen Studenten. »Dieser Verein wird schon durch sein bloßes Auftreten das fast erlöschende Bewußtsein wieder beleben, daß wir Juden sind, daß wir einem großen Ganzen von kulturgeschichtlicher Bedeutung und historischer Berechtigung angehören, und daß diese Zugehörigkeit für die Gegner kein Gegenstand der Mißachtung, für uns kein Grund der Beschämung sein kann.«⁵ Bei der Entstehung ihrer Verbindung legten die Viadriner das Gründungsprinzip fest, welches Inbegriff des K.C.-Gedankens werden sollte: »Wir vertreten dabei den Grundsatz und werden durch unser Verhalten den Beweis dafür liefern, daß wir Juden und zugleich Deutsche im wahren Sinne des Wortes sein können.«⁶ Die Gründer entschieden sich bewusst für die Übernahme der Bräuche und Riten nicht-jüdischer Verbindungen, und so wurde die *Viadrina* eine schlagende Verbindung, die Farbe, Wappen und Wahlspruch annahm. Durch die Förderung der Leibesübung – insbesondere des Fechtens – sollte erreicht werden, »daß jedes Mitglied unseres Vereins sich mit jedem christlichen Kommilitonen in jeglicher ritterlicher Übung messen kann« und »niemand wird sich mehr schämen, ein Jude zu sein!«⁷ Aber auch ein weiter reichendes Ziel verfolgten die jungen Männer mit der Gründung ihrer Verbindung: »Nur ein Verein jüdischer Studenten, der als solcher mit offenem Visier seinen Feinden gegenübertritt, wird im Stande sein, Männer zu erziehen, die im späteren Leben ihre ganze Persönlichkeit, ihren ganzen Einfluß für die Verteidigung des Judentums und seiner Rechte einzusetzen gesonnen sind.«⁸

Mit der Gründung der *Badenia* in Heidelberg im Jahr 1890 entstand die zweite jüdische Verbindung an einer deutschen Universität. Ihre Entstehung wurde von einer intensiven Auseinandersetzung begleitet, ob sie als reine jüdische Verbindung fungieren sollte, was letztendlich geschah. Zu den Gründern der *Badenia* zählten Max Oppenheimer (1860–1941), Max Mainzer (1872–1952) und die heute bekannteste Persönlichkeit, der spätere Arzt und Sexualforscher Magnus Hirschfeld (1868–1935).⁹

Ludwig Haas ließ sich als Student der Rechtswissenschaft im Herbst 1894 an der Universität Heidelberg immatrikulieren und wurde am 25. Oktober des Jahres als Fuchs, d.h. als Erstsemester in die *Badenia* aufgenommen, als eines von sechs neuen Mitgliedern. Die Verbindung verzeichnete darüber hinaus zehn Aktive (diejenigen Studenten, die verschiedene Ämter bekleideten) und zehn Inaktive. Die Anzahl der Alten Herren, die ihr Studium beendet hatten bzw. ins Berufsleben eingestiegen waren, betrug sieben. Während des ersten Jahres seines Studiums absolvierte Haas

⁵ B. WEIL, Ein Wort an unsere Glaubensgenossen, 1906, S. 16.

⁶ Ebd., S. 18.

⁷ Ebd., S. 20.

⁸ Ebd., S. 17. Zur Geschichte der *Viadrina* vgl. A. GOLDSCHMIDT, »Viadrina«, 1906; A. ASCH, Geschichte des K.C., 1964, S. 35–43.

⁹ Zur Gründung und Geschichte der *Badenia* vgl. MAX MAINZER, »Badenia und K.C. Zum 25jährigen Jubiläum der Badenia«, in: K.C.-BLÄTTER, Kriegsausgabe, Nr. 7, September-Oktober 1915, S. 484–489; MAX OPPENHEIMER, »Wie die Badenia zustande kam«, in: K.C.-BLÄTTER, Kriegsausgabe, Nr. 8, November-Dezember 1915, S. 530–532 und K.C.-BLÄTTER, Kriegsausgabe, Nr. 9, Januar-Februar 1916, S. 568–570.

gleichzeitig seinen Militärdienst als Einjährig–Freiwilliger beim Heidelberger Bataillon des 2. Badischen Grenadier-Regiments Nr. 110, was seine Teilnahme an den Aktivitäten der Verbindung wahrscheinlich einschränkte.¹⁰

Die überlieferten Semesterberichte der *Badenia*, in denen die Mitglieder und die Besetzung der verschiedenen Ämter verzeichnet waren, alle Änderungen diesbezüglich festgehalten wurden und die wichtigsten Termine und Ereignisse beschrieben sind, geben ein weitgehend vollständiges Bild vom Verbindungsleben im jeweiligen Studienhalbjahr wieder.¹¹ Die Antrittskneipe beging man zwei Tage nach Haas' Aufnahme im Gasthaus *Zum goldenen Herz* in der Hauptstraße 183, wohin die Verbindung seit Semesterbeginn ihre Kneipe verlegt hatte und wo die regelmäßigen Treffen stattfanden. Gefochten wurde täglich von 19 bis 20 Uhr. Wissenschaftliche Abende mit Vorträgen von Verbindungsbrüdern boten die Gelegenheit, »unsere jungen Mitglieder in dem Sinne der Gründer unserer Verbindung zu erziehen und sie zu befähigen, auch später im Leben unsere Grundsätze energisch zu vertreten.«¹² Eine kurze Erzählung des aus Mannheim stammenden Juristen Karl Kauffmann (1876–1956), der wie Ludwig Haas ebenfalls im Herbst 1894 Mitglied der *Badenia* wurde, gibt weitere Einblicke in die Aktivitäten der Verbindung während dieses Semesters: »Zu jener Zeit kam gerade eine jüdische Bewegung auf, die lebhaft umstritten wurde: der Zionismus.¹³ Wir beschäftigten uns damit und mit andern jüdischen Fragen in lebhaften Debatten, die oft bis zur frühen Morgenstunde andauerten. Im Mittelpunkt unserer Auseinandersetzung stand naturgemäß der Antisemitismus; seine zwei Erscheinungsformen, in denen er an den Universitäten blühte, waren das sanftere aber nichtsdestoweniger nachhaltige ›Stöckertum‹¹⁴ und der Radauantisemitismus ei-

¹⁰ Offenbar hatte Haas während seiner Zeit als Einjährig–Freiwilliger nicht in der Bataillons-Kaserne in der Seminarstraße gewohnt, denn im Adressbuch der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg (Winterhalbjahr 1894/95, S. 25, sowie Sommerhalbjahr 1895, S. 26) wird seine Wohnung mit Kettengasse 15 bei dem Hauswirt Schroth angegeben. Vgl. Adressbuch der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg im Wintersemester 1890/1891 bis Sommersemester 1895, abrufbar unter: <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/UA1890WSb1895SS/0340?sid=66a1bdc8878f89655683e2dc493385f6>; <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/UA1890WSb1895SS/0383?sid=66a1bdc8878f89655683e2dc493385f6> [31.01.2016].

¹¹ Alle Berichte vom Wintersemester 1894/95 bis Wintersemester 1901/1902 sind im Nachlass des ehemaligen *Badenia*-Mitglieds Alfred Klee (1875–1943) in den Central Zionist Archives in Jerusalem aufbewahrt: Alfred Klee Collection, CZA 142/163 und 167.

¹² Bericht der freien Verbindung *Badenia* über das Wintersemester 1894/95.

¹³ Die erste jüdisch-nationale Studentenverbindung in Deutschland wurde im Juli 1895 in Berlin unter dem Namen *Vereinigung jüdischer Studierender* gegründet. Ihr vorausgegangen war u. a. der *Verein jüdische Humanitätsgesellschaft*, der von einem der Mitbegründer der *Badenia*, Max Oppenheimer, 1893 ins Leben gerufen worden war. Ludwig Haas war im Einklang mit der Position des Kartell-Convents antizionistisch eingestellt. Später soll er in einer öffentlichen Rede gesagt haben, dass »ihm die Zedern des Libanon niemals die Tannen des Schwarzwaldes ersetzen können.« Vgl. ALBERT HOLLÄNDER, »Dem Freund Ludwig Haas«, K.C.-BLÄTTER 20, Aufsatzheft September 1930, S. 53. Zur Gründungsphase der zionistischen Verbindungen vgl. M. RÜRUP, Ehrensache, S. 98–108. Vgl. ferner H. SEEWAN, Zirkel und Zionsstern, 1990.

¹⁴ Benannt nach Adolf Stoecker (1835–1909), Theologe, Hofprediger und Initiator der 1878 gegründeten antisemitischen Christlich-Sozialen (Arbeiter)Partei.

nes Ahlwardt,¹⁵ des ›Rektors aller Deutschen‹. Dabei war unser Verhältnis zu den andern Corporationen noch ein verhältnismäßig gutes. Wir fochten auch mit den gerade in Heidelberg besonders angesehenen schwarzen Verbindungen [d.h. ohne Couleur, AP], gelegentlich sogar mit S.C. und Burschenschaften, denen unser gutes Fechten imponierte.«¹⁶

Im Verlauf seines ersten Semesters erhielt Ludwig Haas mehrere mit Widmungen versehene Fotografien von seinen Verbindungsbrüdern sowie einen Bierkrug von Walter Friedemann (1872–1947),¹⁷ welcher das Wappen der Verbindung trägt und mit einer eingravierten Widmung auf dem Zinndeckel verziert ist.¹⁸ Haas selbst, in militärischer Uniform eines Einjährig-Freiwilligen, ist auf einem Foto mit drei weiteren Mitgliedern der *Badenia* festgehalten.¹⁹

Das Sommersemester 1895 war für die *Badenia* in zweifacher Hinsicht besonders wichtig. Die Verbindung erhielt vom Senat der Universität die Genehmigung, Vollcouleur anzulegen, also Mützen, Bierzipfel und Bänder zu tragen, was zu sichtbaren Zeichen der Verbindungszugehörigkeit zählte. Beantragt und bewilligt wurden blaue Mütze mit blau-weiß-orangen Streifen und blau-weiß-oranges Band. Dieser Schritt löste innerhalb der *Badenia* eine größere Diskussion aus, bei der ›der überwiegend größte Teil der hiesigen Mitglieder zu der Ansicht [kam], dass es nach Fehlschlagen aller Hoffnungen unsere unabweisbare Pflicht sei, das Mittel der Anlegung voller Couleur zu benutzen, um unsere Stellung nach außen hin zu verbessern. [...] Derselbe musste in allen Kreisen zum wenigsten als ein Zeichen gesunden Selbstgefühls und Kraftbewusstseins aufgefasst werden, ein Umstand, dessen werbende Kraft für eine Tendenzverbindung von kaum zu unterschätzender Bedeutung ist. Dazu kam noch als Hauptgrund der Gedanke an den nach außen sowohl, als nach innen wirkenden erzieherischen Einfluss der Couleur, die unsere Mitglieder zwingen muss, überall und in allen Lebenslagen sich als tüchtige Verbindungsstudenten und als gesinnungstreue Juden zu zeigen.«²⁰ Das Anlegen von Couleur durch die *Badenia*

¹⁵ Hermann Ahlwardt (1846–1914), Reichstagsabgeordneter und aggressiver Antisemit.

¹⁶ KARL KAUFFMANN, »›Aus meiner Aktivitätszeit‹ (1894/96)«, in: COMITE DU K.C. EN FRANCE, Lettre-Circulaire No. 3, Juli 1946, S. 6; LBI, AR 7108, Bruno Weil Collection 1864–1965, 6/24.

¹⁷ Walter Friedemann promovierte in Heidelberg in Chemie, betätigte sich aber später als Schriftsteller und veröffentlichte eine Reihe von Romanen und Theaterstücken. 1930 konvertierte er zum Katholizismus, 1939 floh er mit seiner Frau nach Frankreich, wo beide den Krieg überleben konnten. Er starb 1947 in Paris.

¹⁸ Die Fotografien und der Bierkrug werden im Jüdischen Museum Berlin aufbewahrt: Sammlung Ludwig Haas, Konvolut 321 (im Folgenden zitiert unter JMB, LH), L-2015/9/0 und L-2015/4/1.

¹⁹ Der Nachlass Haas im Jüdischen Museum Berlin enthält einen zweiten *Badenia*-Bierkrug, welcher Haas im Wintersemester 1895/96 von Adolf Marx (1876–1917) geschenkt wurde, sowie ein prächtiges Fotoalbum von Otto Oberländer (1877–1954) aus dem selben Semester, in dem Haas sowohl Bilder seiner Verbindungsbrüder als auch Familienfotos aufbewahrt hat.

²⁰ Bericht der freien Verbindung *Badenia* über das Sommersemester 1895 (für die Bereitstellung dieses Berichts bin ich Thomas Schindler zu Dank verpflichtet). Ein halbes Jahrhundert später erinnerte sich Gustav Cahen an die Bedeutung der Entscheidung: »Im S.S. 95 wurde die sehr heiß umstrittene Couleurfarbe positiv gelöst. Viele unserer ›Alten‹ waren dagegen, einer lös-

führte aber zu erheblichem Widerstand der nicht-jüdischen Verbindungen. Ein Protest der Burschenschaft *Allemannia*, die eine starke Ähnlichkeit zu den Farben nicht-jüdischer Verbindungen beklagte, führte im folgenden Semester zu einer Änderung der Mützenfarbe von blau zu orange.²¹

Den zweiten Höhepunkt des Sommersemesters 1895 markierte die große Feier zum fünfjährigen Bestehen der Verbindung, an der Ludwig Haas sicherlich teilnahm, da er am 14. Juni des Jahres seine mit »rite« bestandene Burschenprüfung absolviert hatte. Zu den vom 3. bis 5. August abgehaltenen Festivitäten, der auch einzelne Mitglieder der jüdischen Verbindungen *Viadrina* (Breslau) und der 1893 gegründeten *Sprevia* (Berlin) beiwohnten, gehörte ein Schlosskonzert, ein großer Festkommers, ein Ausflug nach Neckarsteinach mit Gartenfest im Gasthaus *Zur Harfe* und anschließender Heimfahrt auf dem Neckar. Zudem fanden während der Festtage »ernste Beratungen über wichtige Verbindungs- und Kartellangelegenheiten« statt.²² Zu den zentralen Ergebnissen des Stiftungsfestes zählte aus Sicht der *Badenia*, »dass weite Kreise der gebildeten Juden allmählich zu unserem Standpunkt kommen«.²³

Seine Dienstzeit als Einjährig-Freiwilliger schloss Haas Ende September 1895 ab, kurz vor Semesterbeginn. Die Tatsache, dass er als Jude keine Ernennung zum Gefreiten am Ende seiner Dienstzeit erhielt, stärkte seinen Entschluss, gegen jegliche Form von Diskriminierung der deutschen Juden zu kämpfen, was er sofort bewies. »Am 1. Oktober morgens schickte er seinem Hauptmann einen Bundesbruder, um wegen

te seine Verbindung mit uns [und zwar Magnus Hirschfeld, AP], aber die große Mehrheit war dafür, und eine große Activitas, unterstützt und vermehrt durch zahlreiche von auswärts herbeigeilte Bundesbrüder, erschien an einem Sommernachmittag gelegentlich eines allgemeinen Studenten Kommerses in voller Couleur ›oben auf dem Schloß‹. Das ganze ›Altheidelberg‹ war damals in heller Aufregung und keiner konnte sein Haupt höher und stolzer tragen als die damaligen couleurgeschmückten Badenen.« »Aus der Frühzeit der *Badenia*«, in: K.C.-Blätter Festschrift, 1946, S. 8.

²¹ Universitätsarchiv Heidelberg, RA 4818, VII, 2, Nr. 273a, Generalia. Vereine. Die Verbindung *Badenia*. Die über Jahre andauernde Anfechtung der *Allemannia* gegen die Farben der *Badenia* wird bei M. RÜRUP, Ehrensache, 2008, S. 242–245 eingehend geschildert. Fast alle Porträts der *Badenia*-Mitglieder in Haas' Fotoalbum sind koloriert, was die Bedeutung der Sichtbarkeit der Verbindungsfarben und den Stolz, sie nach außen zu tragen, zeigt.

²² Bericht der freien Verbindung *Badenia* über das Sommersemester 1895. Ein gedrucktes Festprogramm befindet sich in der Alfred Klee Collection. Zu der Feier ließ die Verbindung zwei Liedersammlungen drucken, in denen Studenten-, Schüler-, Trink- und Wanderlieder ebenso wie Lieder, welche die Schönheit Heidelbergs und der Umgebung preisen, enthalten sind: »V. Stiftungsfest der Freien Verbindung ›Badenia.‹ Lieder zum Fest-Commers« und »V. Stiftungsfest der Freien Verbindung ›Badenia.‹ Lieder zum Exbummel« (beide Heidelberg 1895), in: CZA 142/163, Alfred Klee Collection.

²³ Bericht der freien Verbindung *Badenia* über das Sommersemester 1895. Karl Kauffmann erinnerte sich auch an dieses Semester: »Das S./S/95 verlief trotz der fortgesetzten, oft hitzigen Debatten über jüdische Fragen sehr harmonisch. Herrliche Wanderungen in der so reizvollen Umgebung von Heidelberg, der offizielle Samstag-Nachmittag der Corporationen auf der romantischen Schlossterrasse, die feenhaften Schlossbeleuchtungen mit der Neckar-Auffahrt – all dies sind unvergesslich[e] Erinnerungen, die sich mit diesem Semester verknüpfen.« (KARL KAUFFMANN, »Aus meiner Aktivitätszeit« (1894/96)«, in: COMITE DU K.C. EN FRANCE, Lettre-Circulaire No. 3, Juli 1946, S. 6; LBI, AR 7108, Bruno Weil Collection 1864–1965, 6/24).

seiner offenkundigen Zurücksetzung Rechenschaft zu fordern, nicht um seinetwillen, sondern weil ihm schweigendes Ertragen des Unrechts selbst Unrecht gegenüber den in ihrem Recht gekränkten jüdischen Soldaten erschien. Der Herr Hauptmann ›wich‹ unter Beteuerung seiner Wertschätzung Haas gegenüber ›aus‹, aber einige Monate später erschien eine Verordnung, die Herausforderungen und ähnliche Handlungen ehemaligen Vorgesetzten gegenüber, die innerhalb eines Jahres nach der Entlassung aus dem Heeresdienst im Anschluss an Vorgänge während der Dienstzeit stattfänden, unter militärgerichtliche Jurisdiktion stellte. Der tatsächliche Hintergrund dieser Verordnung dürfte bislang der Öffentlichkeit unbekannt geblieben sein.«²⁴

Während seines dritten Semesters in Heidelberg übernahm Haas eine leitende Position innerhalb der Verbindung. Anfang November wurde er zum Drittachargierten gewählt und bekam gleichzeitig die Verantwortung als Schriftführer. Nachdem der Erstchargierte Eugen Oberländer (1875–nach 1950) sein Amt niedergelegt hatte, folgte ihm Haas nach. Somit wurde er zum offiziellen Vertreter der *Badenia* bei der Universitätsleitung. Zudem leitete er nunmehr auch den Unterricht der Fuchse. Beide Funktionen hatte Haas lediglich zwei Monate inne, da er wegen ungenügender Mensur – der offizielle Fechtkampf gegen Mitglieder anderer Verbindungen – suspendiert wurde, wenn auch nur für die Dauer einer Woche. Die Stelle eines Chargierten verlor er damit zwar für den Rest des Semesters, er zählte aber weiterhin zu den sechs Ehrenrichtern.²⁵ Die Erfahrungen von Ludwig Haas verdeutlichen, wie streng reglementiert das Verbindungsleben war. Solche Suspendierungen waren nicht selten, denn im gleichen Semester wurden drei weitere Mitglieder vorübergehend entlassen und zwar wegen Ehrenwortbruch, Disziplinlosigkeit sowie Beleidigung von Bundesbrüdern, wie der Semesterbericht der Verbindung mitteilt.

Zum festen Bestandteil des Verbindungslebens zählten auch die Bierkneipe und der freizügige Genuss des Alkohols. In einer schönen Anekdote überlieferte Judith Schrag-Haas die Haltung ihres Vaters hierzu: »Er war – wie er uns oft erzählt hat – zwar ein begeisterter Student, hat aber schon damals, genau wie später, keine allzu große Freude am Trinken gehabt. Trotzdem hat er aus Kollegialität und um nicht aus dem Rahmen zu fallen, das Trinken mitgemacht. Eines Tages, als er zu Hause in Bruchsal auf Ferien war, ist er mit einigen seiner Bundesbrüder Trinken gegangen und anscheinend hat er damals etwas mehr als ihm zuträglich war getrunken. Auf jeden Fall wurde ihm sterbensschlecht. Als er schließlich spät am Abend nach Hause kam, hatte er – wie meine Großmutter damals glaubte – alle Anzeichen einer galoppierenden Schwindsucht. Die Sache muss so bedenklich ausgesehen haben, dass die Großmutter mitten in der Nacht ihr Mädchen, die gute alte Marie weckte, und ihr auftrug, unverzüglich den Arzt zu rufen, da ihr Sohn zweifellos einen Blutsturz

²⁴ MAX MAINZER, »Ludwig Haas«, K.C.-BLÄTTER 20, Aufsatzheft 3, September 1930, S. 46.

²⁵ Bericht der freien Verbindung *Badenia* über das Winter-Semester 1895/96. Die Ehre, als Erstchargierter gedient zu haben, blieb ihm aber das gesamte Studium und darüber hinaus erhalten und wurde durch das Hinzufügen eines »x« hinter seinem Namen und dem Zirkel der Verbindung verdeutlicht.

habe. Die alte Marie stand auf, guckte sich ihren jungen Herrn ein wenig genauer an, schnupperte ein wenig an seinen Kleidern herum und sagte dann schließlich zu meiner Großmutter: »Frau Haas, gehen Sie ruhig wieder ins Bett. Das ist kein Blutsturz was der junge Herr hat, das ist ganz gewöhnlicher Rotwein.«²⁶

Für das Sommersemester 1896 wurde Haas von der *Badenia* beurlaubt und ging nach München, wo er sich der im November 1895 gegründeten Verbindung *Licaria* anschloss.²⁷ Hier nahm er ebenfalls eine führende Rolle der aus 28 aktiven Mitgliedern bestehenden Verbindung ein: Mit seiner Wahl zum Zweitchargierten fungierte er als Fechtwart und war zudem einer der sechs Ehrenrichter.²⁸ Ein bleibendes Denkmal setzte sich Haas durch das Verfassen des neuen Bundeslieds, benannt nach dem neuen Wahlspruch »Recht geht vor Macht«, der den ursprünglichen Spruch »In Treue fest« ersetzte. Der von Haas erdachte Text lautete wie folgt:

»Recht geht vor Macht! Der Feige nur erbebet vor einer Macht, die roh, gemein und schlecht; ihr aber Brüder, kämpft und ringt und strebet, dass endlich siege unser heilig Recht! Uns kann die Macht nicht zwingen! Wir wollen stürmisch singen, ob auch der Feige und der Bube lacht: »Dem freien Burschen gehet Recht vor Macht!«

Recht geht vor Macht! Man hat uns einst verkündigt, verbrieft das Recht im deutschen Vaterland; an Recht und Treue hat man sich versündigt, denn nie ward wahr, was im Gesetze stand! Die Schwachen d'rum verzagen. Doch wir, wir wollen's tragen! Ein heller Stern durchdringt die dunkle Nacht: es muss das Recht besiegen doch die Macht!

Recht geht vor Macht! Im Kampfe liegt die Ehre! Ehrlos die Hand, die schnöde Selbstsucht lähmt, die für das Recht nicht feurig greift zur Wehre, ehrlos der Mann, der sich des Vaters schämt; es zögern nur die Schlechten! D'rum auf! für's Recht zu fechten! Ob auch die Buben und die Sklaven schreien: »Recht geht vor Macht!« soll unsre Losung sein.«²⁹

Vergleicht man dieses Lied mit den Bundesliedern der anderen drei zu der Zeit bestehenden jüdischen Verbindungen in Breslau, Heidelberg und Berlin, fällt das Fehlen des Begriffs Feind bzw. Gegner auf. Hier steht eindeutig der Kampf um das Recht im Vordergrund, dem sich der angehende Anwalt Ludwig Haas sein Leben lang widmen sollte. Auffallend ist auch die Betonung der Selbstverantwortung und Selbstachtung. In seinen Zeilen beklagt Haas die Mutlosigkeit und Angst vieler Glaubensgenossen ebenso wie die Ehrlosigkeit derjenigen, die sich ihrer Herkunft genießen.

Gesungen wurde das Lied nach der Melodie des 1813 während der Befreiungskriege gegen Napoleon geschriebenen Studentenlieds *Wo Mut und Kraft in deutscher Seele flammen*, welche durch das 19. Jahrhundert hindurch als Melodie für die Bundeslieder zahlreicher anderer Studentenverbindungen diente. Es wurde beim großen Kommers der *Licaria* am 20. Juni 1896 (möglicherweise erstmals) gesungen. Die Versammlung fand im Rokokosaal des Wittelsbachergartens statt, war »vorzüglich besucht« und verlief »sehr gut«. »Es hatte sich dazu ein großer Teil der angesehensten Mitglieder

²⁶ J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen an meinem Vater, s. d., LBI, ME 283, S. 5 f.

²⁷ Zur Geschichte der *Licaria* vgl. H. SEEWANN, *Licaria*, 2007.

²⁸ Bericht der freien Verbindung *Licaria* über das Sommer-Semester 1896, S. 2 f., in: CZA 142/162, Alfred Klee Collection.

²⁹ Kommers-Lieder der freien Verbindung *Licaria* zum 20. Juli 1896, S. 5, in: ebd.

der jüdischen Gemeinde eingefunden und namentlich die jüdischen Akademiker waren stark vertreten.«³⁰

Die Erinnerungen eines Verbindungsbruders aus diesem Semester geben Einblick in die Gemütslage von Haas während der Monate in der bayerischen Hauptstadt. »Er fühlte sich in München nicht so wohl wie in Heidelberg. Ihm lag nicht die Großstadt. [...] In München missfiel es ihm auch, dass er bei einer angesehenen jüdischen Familie, an die er eine Empfehlung hatte, eine überaus kühle Aufnahme fand. [...] Vielleicht empfand er auch in dem Verhalten dieser Familie eine gesellschaftliche Überheblichkeit, die er hasste. Die dem Norddeutschen derzeit so behagende Biergemütlichkeit Münchens wurde von Haas nicht sehr hoch eingeschätzt. Es ging ihm nichts über sein ›badisches Musterländle.«³¹

Nur kurze Zeit nach Beendigung des Sommersemesters 1896 fand am 8. August die Gründung des *Kartell-Convents der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens* in Breslau statt.³² Damit wurde eine Dachorganisation für die vier in Breslau, Heidelberg, Berlin und München bestehenden jüdischen Verbindungen ins Leben gerufen, unter der sich alle weiteren in den folgenden Jahren entstehenden deutsch-nationalen jüdischen Studentenverbindungen zusammenschlossen. An der Gründung nahm jeweils ein Vertreter der bestehenden Verbindungen teil.³³

Im Wintersemester 1896 setzte Haas sein Studium in seiner Geburtsstadt Freiburg fort. Hier schritt er sofort im Dienst des *Kartell-Convents* zur Tat und gründete zusammen mit dem aus Mannheim stammenden Alfred Auscher (1875–1939),³⁴ der ebenfalls sein Studium in Heidelberg im Herbst 1894 aufgenommen hatte und Mitglied der *Badenia* war, die fünfte jüdische K.C. Verbindung *Friburgia*. Schon zuvor waren es *Badenier*, auf deren Initiative die Verbindung *Sprevia* in Berlin im Herbst 1894 ins Leben gerufen worden war und die ebenfalls an der Gründung der *Licaria* in München im Sommer 1895 beteiligt gewesen waren. Am 27. November 1896 reichte Au-

³⁰ Bericht der freien Verbindung *Licaria* über das Sommer-Semester 1896, S. 4, in: ebd.

³¹ ALBERT HOLLÄNDER, »Dem Freund Ludwig Haas«, in: K.C.-BLÄTTER 20, Aufsatzheft 3, September 1930, S. 53.

³² Der Name unterstreicht die Nähe des K.C. zu dem 1893 gegründeten *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, zu dessen führenden Persönlichkeiten zahlreiche K.C.er gehörten – auch Ludwig Haas wurde Vorstandsmitglied. Für die Gründung des CV als jüdische Abwehrorganisation spielte wiederum die Entstehung der *Viadrina* in Breslau 1886 eine wesentliche Rolle. Zum Verhältnis zwischen K.C. und CV vgl. [Dr.] KROMBACH-POSEN, »Zentralverein und K.C.«, in: K.C.-BLÄTTER 3 (1913), Nr. 8, S. 165–168; BENNO JACOB, »K.C. und C.V.«, in: K.C.-BLÄTTER 17 (1927), Nr. 3, S. 44 f.; A. PAUCKER, Zur Problematik, 1976, bes. S. 484–489.

³³ Zur Gründung vgl. KURT JAKUBOWSKI, »Die Gründung des K.C. Eine persönliche Erinnerung«, in: K.C.-Blätter Festschrift, 1946, S. 5; sowie MAX MAINZER, »50 Jahre K.C.« – Ein Beitrag zur Geschichte seiner Gründung und Entwicklung, in: K.C.-BLÄTTER Festschrift, 1946, S. 5–8.

³⁴ Der umfangreiche Familiennachlass von Alfred Auscher, in dem auch einzelne Bilder von Ludwig Haas während seiner Studentenzzeit enthalten sind, darunter das Porträt zu Beginn dieses Beitrags mit handschriftlicher Widmung, kam im Rahmen der Forschungen zu diesem Beitrag als Schenkung von Rotraut Schnabbe, der Witwe seines Enkels, an das Jüdische Museum Berlin. Hierfür sei ihr herzlich gedankt.

scher das Gesuch an die akademische Disziplinarbehörde ein, eine Freie Verbindung unter dem Namen *Friburgia* zu gründen, welche die Farben schwarz-silber-dunkelrot führen sollte, jedoch nur im Burschenband, noch ohne Vollcouleur.³⁵ Neben Haas und Auscher wurden vier weitere Mitglieder genannt. Die Bewilligung erfolgte am kommenden Tag, unter der Auflage, die Statuten der Verbindung, die Namen der Vorsitzenden sowie die Benennung der Versammlungslokale nachzureichen, was eine Woche später erfolgte. Als erster Vorsitzender fungierte Ludwig Haas, gefolgt von Paul Herz (1872–nach 1945) und Alfred Auscher, als Verbindungslokal diente *Dattlers Weinwirtschaft* auf dem Schlossberg.³⁶ Die handgeschriebenen, aus 29 Paragraphen bestehenden Statuten der Verbindung nennen die Förderung der Geselligkeit und die Pflege körperlicher Übung als Hauptzweck. Auffällig ist die Tatsache, dass die Mitgliedschaft paritätisch war, also »jedem an der hiesigen Universität immatrikulierten Student« offen stand, im Kontrast zu den vier zuvor gegründeten jüdischen Verbindungen. Dennoch waren und blieben alle Mitglieder Juden. Als Wahlspruch der Verbindung wählte man »Durch Nacht zum Licht«. In diesem ersten Semester der *Friburgia* war Ludwig Haas Erstchargierter.

Im Gegensatz zu den Verbindungen *Badenia* und *Licaria* sind keine Semesterberichte für die *Friburgia* überliefert, und nur vereinzelte Erinnerungen geben einen Einblick in das Leben der Verbindung in ihrer Anfangszeit. Die Redekunst von Ludwig Haas, die ihn in seinem späteren Leben als Politiker so auszeichnete, war offenbar bereits zu dieser Zeit ausgeprägt. »Man erkannte schon in dem Studenten Haas den werdenden Politiker. Klugheit, umfassende Bildung, Klarheit und Bildhaftigkeit des Ausdrucks, Vornehmheit, die auch entgegengesetzte Auffassungen zu würdigen weiß, zeichneten seine offiziellen Reden, aber auch die Unterhaltung mit ihm aus.«³⁷ Seine rhetorische Begabung hinterließ bei Albert Holländer (1877–1942) auch noch Jahre später einen starken Eindruck: »Ich denke ferner an die schönen Zeiten, wo der sonst so fleißige Haas einmal etliche Stunden lang in dem Schlemmerlokal von Dietsch-Hetterich in Freiburg sein Amt als Vorsitzender eines Biergerichts versah und seinen Urteilspruch in köstlichen, an Homer anklingenden Hexametern abgab.«³⁸

³⁵ Universitätsarchiv Freiburg A62/3830.

³⁶ Das 1882 gegründete Lokal ist heute noch ein Familienbetrieb und rühmt sich auf seiner Webseite, das »absolute Lieblingslokal« der damaligen Freiburger Studenten gewesen zu sein: Die Geschichte des »Dattler«, s. d., abrufbar unter: <http://dattler.de/der-dattler/dattler-geschichte/> [31.01.2016].

³⁷ ALBERT HOLLÄNDER, »Dem Freund Ludwig Haas«, in: K.C.-BLÄTTER 20, Aufsatzheft September 1930, S. 53. Bereits einige Jahre zuvor hatte der Mannheimer Kinderarzt Julius Strauß (1875–1942) in seiner kurzen Erinnerung an das erste Jahr der *Friburgia* das rhetorische Talent von Ludwig Haas hervorgehoben: »Du hast schon auf den Burschen-Konventen den späteren Politiker und Redner ahnen lassen.« J. STRAUSS, Erinnerungen, in: Die Verbindung im K. C. »Ghibellinia« und der A. H. V. »Friburgo-Ghibellinia« 18. Juni 1897 (5. November 1896) bis 1922. Ein Rückblick über 25 Jahre Freiburger K. C. Geschichte, Gollnow 1922, S. 3.

³⁸ ALBERT HOLLÄNDER, »Dem Freund Ludwig Haas«, in: K.C.-BLÄTTER 20, Aufsatzheft September 1930, S. 53.

Bereits im Sommersemester 1897 stieg die Zahl der Mitglieder der *Friburgia* von sechs auf 15. Ludwig Haas blieb jedoch nur zwei Semester an der Universität Freiburg. Im Wintersemester 1897 war er wieder an der Universität Heidelberg immatrikuliert und bei der *Badenia* als Inaktiver geführt, wobei er mit Sicherheit weiterhin am Verbindungsleben teilnahm. Am 18. April des folgenden Jahres wurde er, nunmehr Rechtspraktikant, zum Alten Herrn der *Badenia* ernannt und im gleichen Semester promoviert.³⁹ Dass er bis 1899 noch bei verschiedenen Verbindungsanlässen anwesend war, belegen mehrere Fotografien in seinem Nachlass, die ihm von Verbindungsstudenten aus Freiburg und Heidelberg in den Jahren 1899 und 1900 überreicht wurden. Eine höhere Position innerhalb der Gremien des *Kartell-Convents* hatte er jedoch nie inne und strebte sie auch nicht an, nachdem er sich 1901 in Karlsruhe als Anwalt niederließ.

Die Organisation selbst aber folgte Haas' weiterem Werdegang mit starkem Interesse und empfand große Genugtuung angesichts seines politischen Aufstiegs. Die Identifikation von Ludwig Haas als K.C.er kam bei seiner Wahl in den Reichstag im Januar 1912 besonders deutlich zum Ausdruck. Der Erfolg des Verbandsbruders wurde in der Februar-Ausgabe der Monatsschrift des *Kartell-Convents*, den seit Oktober 1910 erscheinenden *K.C.-Blättern*, ausführlich kommentiert und bejubelt. In einem längeren Bericht skizzierte der ebenfalls in Karlsruhe praktizierende Rechtsanwalt Dr. Fritz Strauß (1877–nach 1947), Mitglied der *Ghibellinia*, *Friburgia* und *Licaria*, den Lebenslauf von Ludwig Haas und hob sein Wirken als Verbindungsstudent hervor. Für Strauß waren die Tendenzen der *Badenia* »seiner freiheitlichen, jeder Ungerechtigkeit abholden Natur wie aus dem Herzen gegriffen [...]. Auf dem Convent und auf der Mensur wie auf der Kneipe stellte er seinen Mann in gleicher Weise.«⁴⁰ Auch das Engagement für den *Kartell-Convent* nach Beendigung des Studiums betonte er: »Den Idealen seiner Studentenzeit blieb er auch später getreu; als Rechtspraktikant und als Rechtsanwalt war er stets zur Stelle, wenn seine Korporation ihn um Rat und Hilfe anging.«⁴¹ Neben einem halbseitigen fotografischen Porträt von Haas pries Strauß dessen steten Kampf für die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ebenso wie die Aufrichtigkeit und Achtung, mit der Haas seinen Wahlkampf führte. Am Ende unterstrich er nicht nur die Begeisterung über den Wahlerfolg, sondern auch dessen weitreichende Bedeutung für das Kartell: »So ist es denn wahr geworden, dass einer der Unseren, ein K.C.er, in den Reichstag einzieht. Stolz und Freude erfüllt uns, und niemand wird uns dies verargen können. Eine erste Etappe in unserm Kampf ist erreicht. Bundesbrüder, lasset uns weiter arbeiten an unserm Werk!«⁴²

³⁹ *Badenia*. Bericht des Sommersemesters 1898, S. 4. Die Dissertation erschien 1898 unter dem Titel »Die Mehrthäterschaft« beim Verlag Oskar Katz in Bruchsal.

⁴⁰ FRITZ STRAUSS, »Stadtrat Dr. Ludwig Haas Karlsruhe M.d.R.«, in: *K.C.-BLÄTTER* 2 (1912), Nr. 5, S. 80.

⁴¹ Ebd., S. 81.

⁴² Ebd., S. 82.

In der gleichen Ausgabe wurde der Freudentaumel der aktiven Verbindungsstudenten der *Ghibellinia* Freiburg besonders plastisch zum Ausdruck gebracht:

»Die Nachricht von dem Ausgang der Karlsruher Wahl wurde von den Bundesbrüdern des Kandidaten mit äußerster Spannung in Freiburg erwartet. Dort hatten sich in den Harmoniesälen die Liberalen Wähler Freiburgs versammelt, um die badischen Stichwahlresultate zu empfangen. Schon bevor die Wahl des Freiburger Fortschrittmannes von Schultze-Gävernitz feststand, kam wie von ungefähr von der Türe her in die vielhundertköpfige Menge der immer mehr anschwellende Ruf: »Haas in Karlsruhe gewählt«. Und dann ein Jubeln, Händeklatschen, Trampeln unten im Saal und oben auf der Galerie, dass es wie ein Orkan toste. Minutenlang wurde die frohe Botschaft bejubelt, und es stieg uns, seinen Bundesbrüdern, heiß ins Herz, dass der uns am nächsten stand, der so von Allen applaudiert wurde. [...] Depeschen und eine Reihe von Couleurekarten grüßten den Mann, dessen Wahl uns so sehr erhoben hat.«⁴³

Dass Ludwig Haas auch nach seiner Wahl zum Reichstagsabgeordneten dem *Kartell-Convent* verbunden blieb, verdeutlicht eine im April 1914 in den *K.C.-Blättern* veröffentlichte Rede, welche er beim K.C. Fest-Kommers in Frankfurt am Main am 1. März gehalten hatte. Sie ist der einzige überlieferte Text aus der Feder von Haas, in dem sein Verständnis des Verbindungsgedankens ausformuliert ist und die Grundprinzipien des *Kartell-Convents* widerspiegelt. Haas warf zu Beginn seiner Rede die Frage nach der Berechtigung des Kampfes der Verbindungen auf und bejahte sie: »Der Kampf, den wir geführt haben, das war ein guter Kampf. [...] Die Gedanken, die wir vertreten haben in der Studentenzeit, wir haben sie später vertreten im bürgerlichen Leben; wir sind unserer Studentenzeit treu geblieben und haben damit den Beweis geliefert, dass es gute Ideale gewesen sind.«⁴⁴ Haas offenbarte, dass er »nie einer von denen (war), die meinten, zu einer Mensur gehöre besonders viel Mut [...] ich habe mir nie viel eingebildet auf jene Betätigung meiner Jugendtage.«⁴⁵ Aber da diese Art von Mutprobe von den jüdischen Studierenden abverlangt wurde, hatten sie gezeigt, wozu sie in der Lage waren. Somit sei das Vorurteil der Minderwertigkeit und Feigheit des jüdischen Studenten »von den Verbindungen im K.C. mit Erfolg niederkämpft worden.«⁴⁶

Haas hob in seiner Rede die zentralen Prinzipien des *Kartell-Convents* hervor: der Anspruch auf und der Kampf für die volle Gleichberechtigung der deutschen Juden, die Treue zur jüdischen Gemeinschaft und Herkunft (»Eure Geschichte sollt Ihr kennen und Eure Geschichte sollt Ihr lieben, und Traditionen sollt Ihr haben, weil Ihr ohne Tradition wurzellose und haltlose Menschen seid«⁴⁷), und das Ansehen von Deutschland als einziges Vaterland der deutschen Juden (»Viele, viele von uns sind eingeborener in diesem Lande als manche von denen, die ihr Deutschtum gegen uns

⁴³ »Verbands-Nachrichten. Ghibellinia« in: *K.C.-BLÄTTER* 2(1912), Nr. 5, S. 98. Es ist sehr bedauerlich, dass diese Karten sich im Nachlass von Ludwig Haas nicht erhalten haben.

⁴⁴ L. Haas, »K.C.= Tendenz und Jugend«, in: *K.C.-BLÄTTER* 4(1914), Nr. 7, S. 145.

⁴⁵ Ebd., S. 146.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd.

ausspielen wollen«⁴⁸). Die antizionistische Haltung des *Kartell-Convents* kommt auch deutlich zum Ausdruck: »Sehen Sie, meine Damen und Herren, darin liegt der große Gegensatz zwischen unserem Verbands und anderen Verbänden jüdischer studentischer Jugend. Wir glauben an unser Vaterland, und wir bekennen uns zu diesem Vaterland und wir kennen eine glückliche Zukunft nur in diesem Lande.«⁴⁹ Haas war aber bemüht, auch Verständnis für die Position der zionistischen Gegner aufzubringen, die er als Resultat einer durch Antisemitismus verursachten Verzweigung ansah. Er wies jedoch auf die erzielten Fortschritte der vorangegangenen 100 Jahre hin und versprach seinen jungen Zuhörern, dass die kommende Zeit eine bessere sein werde. Zum Schluss appellierte er an die neue Studentengeneration der K.C. Verbindungen: »Die ganz Jungen aber, die hier sind, mögen prüfen, ob es nicht eines rechten Studenten würdig wäre, in diesem guten Geiste der Treue, der Ehre und des Rechtsgefühls zu arbeiten für das deutsche Judentum, zu arbeiten für das deutsche Vaterland.«⁵⁰ Direkt im Anschluss an seine Rede sangen die Kommerzteilnehmer das von Haas verfasste Bundeslied der *Licaria*, *Recht geht vor Macht*.⁵¹

Wenige Monate nach der Veröffentlichung seiner Rede brach der Erste Weltkrieg aus und der nunmehr 39-jährige Haas meldete sich als Freiwilliger zum Heer. Er wurde dem 238. Reserve-Infanterie-Regiment zugeteilt. Der *Kartell-Convent* rief in der ersten Kriegsausgabe der *K.C.-Blätter* vom Oktober 1914 zur bedingungslosen Unterstützung auf: »Es ist heiligste Pflicht, dass sich die K.C.er – ein jeder nach seinen Kräften – dem Vaterlande zur Verfügung stellen!«⁵² Das Heft führte eine lange Liste von 440 K.C. Kriegsteilnehmern auf, ehrte die ersten acht bekannten Gefallenen und zählte 32 Mitglieder auf, die in den ersten drei Monaten des Kriegs das Eisene Kreuz II. Klasse erhalten hatten, darunter Ludwig Haas, der vom Unteroffizier zum Vizefeldwebel und Offiziersstellvertreter befördert und schließlich zum Kompanieführer ernannt worden war. Im Januar 1915 erfolgte die Beförderung zum Leutnant der Landwehr.⁵³ Ein halbes Jahr später, im Mai 1915 meldeten die *K.C.-Blätter* die Verleihung des Eisernen Kreuzes I. Klasse an Haas. Damit war er das erste Mitglied des K.C., das die Auszeichnung erhielt und blieb über längerer Zeit auch das einzige.⁵⁴

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Ebd., S. 147.

⁵¹ K.C. Liederbuch (1912), in: The Wiener Library for the Study of the Holocaust and Genocide, London 340/W527. In diesem Exemplar wurde vorne das Programm des Frankfurter Fest-Kommers eingebunden, das die Reihenfolge der Reden und vorgetragenen Lieder angibt. Hieraus geht hervor, dass eine Begrüßungsrede von Max Mainzer und ein Vortrag von Ludwig Holländer der Ansprache von Ludwig Haas vorangingen.

⁵² Dr. WERNER, »Aufruf« in: K.C.-BLÄTTER, Kriegsausgabe, Nr. 1, September-Oktober 1914, S. 262.

⁵³ K.C.-BLÄTTER, Kriegsausgabe, Nr. 3, Januar-Februar 1915, S. 314.

⁵⁴ K.C.-BLÄTTER, Kriegsausgabe, Nr. 5, Mai-Juni 1915, S. 385. Aus den *K.C.-Blättern* erfährt man auch, dass Haas zwei weitere Auszeichnungen erhalten hat: den Orden vom Zähringer Löwen II. Klasse mit Schwertern sowie die Badische silberne Verdienstmedaille (Kriegsausgabe, Nr. 10, März-April 1916, S. 585).

Unter den zahlreichen Feldpostbriefen, die im Verlauf des Krieges von K.C. Mitgliedern an die Redaktion der *K.C.-Blätter* geschickt und veröffentlicht wurden, befand sich auch einer von Ludwig Haas. Am 2. Februar 1915 schrieb er an Max Mainzer, den er seit seinen ersten *Badenia*-Tagen in Heidelberg kannte: »Mir geht's gut: ein bisschen langweilig ist ja der Positionskrieg, und wenn die französische Artillerie uns nicht freundnachbarlich totschießen wollte, wäre das überhaupt kein Krieg, sondern eine Tiefbauunternehmung. Den nächsten Krieg vergeben wir einfach an *Grün und Bilfinger* [bekannte Karlsruher Tiefbau-Firma, AP]. Inzwischen bin ich Leutnant der Landwehr geworden.«⁵⁵ Dass Haas während des Krieges mit K.C.-Brüdern zusammentraf, ist auch durch eine Mitteilung vom September 1915 belegt: »Fünf K.C.er haben sich hier zusammengefunden und wollen allwöchentlich zusammenkommen. Besonderes Interesse werden diese Zusammenkünfte dadurch gewinnen, dass Kb. Haas unter uns ist.«⁵⁶ Dem Datum zufolge, war der Ort des genannten Treffens Warschau, wohin Ludwig Haas im Sommer 1915 versetzt worden war, um bis zum Ende des Krieges als Referent für Jüdische Schulangelegenheiten bei der Zivilverwaltung im sogenannten Generalgouvernement zu fungieren, das bald nach der Eroberung der Stadt durch deutsche Truppen Anfang August ins Leben gerufen wurde. Die *K.C.-Blätter* veröffentlichten auch Haas' vielbeachtete Rede zur »Juden-zählung«, die er am 3. November 1916 im Reichstag hielt.⁵⁷

Über eine aktive Teilnahme von Ludwig Haas an K.C.-Festen, -Feiern oder -Treffen nach Ende des Kriegs ist kaum etwas überliefert, und obwohl zu vermuten ist, dass er bei der ein oder anderen Stiftungsfeier oder Festlichkeit anwesend war, wird er überraschenderweise über Jahre hinweg nur ganz vereinzelt als Redner genannt.⁵⁸ Als einem der prominentesten Mitglieder des K.C. wurde Haas aber zum 50. Geburtstag offiziell in den seit 1924 erscheinenden *K.C.-Mitteilungen* gratuliert. Federführend war der zwei Jahre jüngere, in Karlsruhe praktizierende Mediziner Ludwig Kander (1875–1938),⁵⁹

⁵⁵ K.C.-BLÄTTER, Kriegsausgabe, Nr. 3, Januar-Februar 1915, S. 324.

⁵⁶ K.C.-BLÄTTER, Kriegsausgabe, Nr. 7, September-Oktober 1915, S. 481. Der Brief ist auf den 27. September datiert. Weitere Grüße von Haas finden sich ebd., Nr. 11, Mai-Juni 1916, S. 634.

⁵⁷ »Rede des Reichstagsabgeordneten Ludwig Haas zum Erlass des Kriegsministeriums betr. die Zählung der Juden im Heere vom 11. Oktober 1916 in der Sitzung des Reichstages vom 3. November 1916«, in: K.C.-BLÄTTER, Kriegsausgabe, Nr. 13, September-Oktober 1916, S. 747–750. Zur Rede vgl. die Beiträge von Jürgen Frölich und Andreas Schulz in diesem Band.

⁵⁸ Haas war als Redner beim 24. Ordentlichen K.C.-Tag in Breslau im November 1926 vorgesehen, er musste aber wegen Krankheit absagen. Ihn vertrat Ludwig Holländer (K.C.-MITTEILUNGEN (1926), Nr. 11/12, S. 83). Im Frühling 1927 hielt er bei der K.C.-Verbindung *Vimeta* an der Technischen Hochschule Berlin einen Vortrag über »Innerpolitische Fragen« (K.C.-MITTEILUNGEN (1927), Nr. 7, S. 56) und auch seine Teilnahme an einer Tagung deutscher Studenten in Heidelberg im Dezember des Jahres wird erwähnt (HANS LENNHOF, »Heidelberg und Goslar« in: K.C.-MITTEILUNGEN (1927), Nr. 12, S. 99). Über die Heidelberger Tagung verfasste Haas einen Artikel unter dem Titel »Der Kampf der republikanischen Studenten«, in: DEUTSCHE REPUBLIK 2 (1927/28), Nr. 13, S. 405–408 (JMB, LH).

⁵⁹ Zu Kander vgl. RICHARD LESSER, »Dr. med. Ludwig Kander«, September 2002, in: Gedenkbuch für die Karlsruher Juden, hrsg. v. Stadtarchiv Karlsruhe, abrufbar unter: <http://gedenkbuch.informedia.de/gedenkbuch.php?PID=12&name=2014> [31.01.2016].

den Haas seit seinen Heidelberger Studentenjahren kannte und mit dem ihn eine enge Freundschaft verband.⁶⁰ »Wir sind stolz darauf, dass Du einer der unseren bist, sei es noch viele Jahre!«, schrieb Kander und fügte hinzu: »Du wirst mich wegen dieser Zeilen mit derben Worten schelten, lieber Haas, aber trotzdem per multos annos.« Einem anderen Bundesbruder, dem Vorsteher des Oberrates der Israeliten in Baden Jacob Marx (1880–1938), war es vorbehalten, Haas einen Monat zuvor in der *C.V. Zeitung* zum Jubiläum zu beglückwünschen.⁶¹ Es war eben jener Jacob Marx, der zwei Jahre später Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit in den *Mitteilungen* überreichte, und dabei die Gelegenheit nutzte, Haas' Stellung für die K.C. erneut zu unterstreichen: »Für uns ist er die lebendigste und im Leben des deutschen Volkes sichtbarste Verkörperung unserer Ideale und unserer Arbeit.«⁶² Vor allem aber stellte Marx hier die Verdienste von Haas' Mutter Rosa und seiner Ehefrau Josephine heraus.

Kurze Zeit später war es Haas selber vergönnt, seine Stimme als Gratulant in den Seiten der *K.C.-Blätter* zu erheben. Ihm wurde die große Ehre zuteil, die umfangreiche Jubiläumsausgabe anlässlich des 50. Geburtstages von Ludwig Holländer (1877–1936), des Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses des *Kartell-Convents*, einzuleiten.⁶³ Kennengelernt hatten sich die beiden erstmals in Heidelberg, wo Holländer, einer der Gründer der Münchener *Licaria*, im Wintersemester 1895/96 immatrikuliert war. Anschließend studierten sie im Sommersemester 1896 zusammen in München. Neben der langjährigen Freundschaft verband die beiden »L.H.s« auch die Zusammenarbeit im *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, dessen Syndikus Holländer seit 1907/08 und Direktor seit 1921 war, und in dem Haas seit Anfang der 1920er Jahre im Vorstand wirkte. In seiner Würdigung Holländers betonte Ludwig Haas die Nähe von *Kartell-Convent* und *Central-Verein*: »Wir vertreten innerhalb der Studentenschaft die Gedanken, die der *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* in der deutschen Öffentlichkeit vertritt. Deswegen ist es für uns eine besondere Genugtuung, dass ein Mann aus unseren Reihen führend im *Centralverein* tätig ist. Damit kommt aber zum Ausdruck, die enge Verbundenheit zwischen K.C. und *Centralverein*.«

Beim Erscheinen der Festaussgabe für Ludwig Holländer konnte keiner wissen, dass Ludwig Haas nur noch wenige Jahre zu leben hatte. Kurz vor Ausbruch eines schweren Leidens erschien 1929 im Dezember-Heft der *K.C.-Mitteilungen* der Wortlaut seiner Rede, die er anlässlich des 35. Stiftungsfestes der K.C.-Verbindung *Sprevia* unter

⁶⁰ LUDWIG KANDER, »Ludwig Haas (Frib.Ghib. Bad.-H.) zum fünfzigsten Geburtstag«, in: *K.C.-MITTEILUNGEN* (1925), Nr. 5, S. 36.

⁶¹ JACOB MARX, »Ludwig Haas. Zu seinem 50. Geburtstage«, in: *C.V. ZEITUNG*, 17.04.1925, S. 285.

⁶² DERS., »Ludwig Haas zur Silberhochzeit«, in: *K.C.-MITTEILUNGEN* (1927), Nr. 7, S. 49.

⁶³ L. HAAS, »Dr. Ludwig Holländer, dem Führer des K.C. zu seinem fünfzigsten Geburtstage zugeeignet«, in: *K.C.-BLÄTTER* 17 (1927), Nr. 3, S. 3. Diese Schrift wurde im gleichen Jahr auch als Separat-Druck durch den »Philo-Verlag« herausgegeben. Zu Holländer vgl. ferner den in seinem Todesjahr 1936 vom Geschäftsführenden Ausschuss des K.C. herausgegebenen Band »Unser Ludwig Holländer«.

dem Titel »Student und Politik« am 4. November in Berlin gehalten hatte.⁶⁴ Es ging hierbei gar nicht um die Verbindungen des *Kartell-Convents*, sondern um die steigende Gefahr, welche die feindselige Haltung bzw. Gleichgültigkeit eines großen Anteils der deutschen Studentenschaft gegenüber der Republik darstellte. Als überzeugter Republikaner, der sein politisches Leben der Stärkung und dem Erhalt des Staats widmete, sah Haas deutlich, welche Folgen die Ablehnung der Republik durch die heranwachsende Generation haben könnte. In seiner Rede stellte er die prekäre Lage des Landes als anhaltende Konsequenz des verlorenen Kriegs und der ungerechten Friedensbedingungen dar, für die die Republik nicht verantwortlich gemacht werden könne. Haas lehnte die Rückkehr zur Herrschaft der privilegierten, sprich aristokratischen Schicht, die von einem Teil der deutschen Jugend befürwortet wurde, ab, warnte aber vor der Gefahr einer Hinwendung zu den Nationalsozialisten, die aus seiner Sicht zum Bürgerkrieg führen konnte. Zum Schluss wies er auf den mit antisemitischen Argumenten geführten »Kampf der Reaktion in Deutschland« und den Ausschluss aller Andersdenkenden durch die Nationalsozialisten hin. Haas appellierte an »die innere Einheit und den inneren Frieden, den Geist des gegenseitigen Sichverstehens« und schloss seine Rede mit einem Zitat des Schriftstellers Josef Victor von Scheffel (1826–1886): »Ein dreifach Hoch dem Deutschen Reich, Mög's täglich neu sich stärken. Doch Gott behüt's vor Rassenhaß, vor Klassenhaß, vor Menschenhaß und derlei Teufelswerken.«⁶⁵

Nur neun Monate nach dieser Rede starb Ludwig Haas am 2. August 1930. Sein Tod löste bei allen demokratischen politischen Parteien, in der jüdischen Gemeinschaft und natürlich beim *Kartell-Convent* und seinen Mitgliedern tiefe Trauer aus. Bei seiner Beerdigung war es nunmehr Ludwig Holländer, der im Namen des *Central-Vereins* eine ausführliche Grabrede hielt,⁶⁶ während Haas' Bundesbruder Jacob Marx die *Vereinigung badischer Israeliten* vertrat.⁶⁷ David Rothschild (1875–1936),⁶⁸ der im gleichen Semester wie Ludwig Haas der *Badenia* beigetreten war, sprach im Namen des *Kartell-Convents*, des Altherrenbunds *Badenia* und der Verbindung *Ba-*

⁶⁴ L. HAAS, »Student und Politik«, in: K.C.-MITTEILUNGEN (1929), Nr. 12, S. 102–104. Auf dem Stiftungsfest hielt auch Alfred Goldschmidt (1865–1934), einer der Gründer der *Viadrina* im Jahre 1886, eine Rede unter dem Titel »Gegen den kulturwidrigen Antisemitismus« (ebd., S. 98–100), und Hermann Berlak (1896–1953), Redakteur der *K.C.-Blätter* und Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses des *Kartell-Convents* nach dem Tod von Ludwig Holländer, sprach zu dem Thema »Für deutsche Volksgemeinschaft, gegen Staatsfeindschaft der deutschen Studentenschaft« (ebd., S. 100–102).

⁶⁵ L. HAAS, »Student und Politik« in: ebd., S. 102–104.

⁶⁶ C.V. ZEITUNG, 08.08.1930, Nr. 32, S. 417–421.

⁶⁷ Zu Marx vgl. WOLFGANG STRAUSS, »Henriette Marx«, in: Gedenkbuch für die Karlsruher Juden, hrsg. v. Stadtarchiv Karlsruhe, abrufbar unter: <http://gedenkbuch.informedia.de/gedenkbuch.php?PID=12&suche=M&name=2828> [31.01.2016].

⁶⁸ Mediziner in Bad Soden und in Frankfurt am Main, 1933 Emigration nach Schweden. Vgl. »Dr. med. David Rothschild«, s. d., in: Jüdische Pflegegeschichte. Biographien und Institutionen in Frankfurt am Main, abrufbar unter: www.juedische-pflegegeschichte.de/index.php?dataId=276002721636213&attId=276002724752672&id=131724555879435&l=en&sid=ed121cd1619bdf16f9875cacc8f9e728#A276002724752672 [31.01.2016].

varia.⁶⁹ Er betonte, wie schmerzlich der Verstorbene beim 40-jährigen Stiftungsfest der *Badenia/Bavaria* wenige Wochen zuvor vermisst worden war und pries sein beharrliches Wirken im Sinne des *Kartell-Convents*. Rothschild rühmte seinen Patriotismus und die Vorbildfunktion, die er als deutscher Jude hatte, und gelobte, den Kampf »für Deutschtum und Judentum« weiter zu führen. Neben dem Sarg postierten sich Vertreter der Verbindungen *Bavaria* (Heidelberg), *Neo-Friburgia* (Freiburg), *Licaria* (München) und *Viadrina* (Darmstadt) mit ihren jeweiligen Fahnen, die sich senkten »als die irdische Hülle Ludwig Haas' der Erde übergeben wurde«. ⁷⁰

Einen Monat nach seinem Tod widmeten die *K.C.-Blätter* dem früh gestorbenen Bundesbruder Haas, »der als Muster eines K.C.ers in seiner Person Deutschtum und Judentum vereinigte und uns und aller Welt vorlebte«, ⁷¹ eine komplette Ausgabe, in der sein Leben und Wirken durch Max Mainzer, Siegfried Weissmann⁷² und Albert Holländer gewürdigt wurde. Der Regionalforscher und Lehrer Berthold Rosenthal (1875–1957) steuerte einen Beitrag zur Familiengeschichte von Ludwig Haas bei. Neben den erwähnten Grabreden wurde auch eine Beileidsbekundung der Frankfurter jüdischen Gemeinde im Heft abgedruckt. ⁷³

Ende Juni 1933, knapp drei Jahre nach dem Tod von Ludwig Haas, wurden alle jüdischen Verbindungen in Deutschland durch die nationalsozialistischen Machthaber aufgelöst. Die Altherrenverbände durften indessen bis November 1938 noch bestehen, jedoch »freilich unter der Kontrolle der Gestapo«. ⁷⁴ Einem Großteil ihrer Mitglieder, wie auch der letzten Generation der als Studenten aktiven Burschen, blieb nur der Weg ins Ausland als Rettung. Einigen Bundesbrüdern, die mit Haas in Heidelberg und Freiburg aktiv gewesen waren, gelang dies jedoch nicht: Alfred Auscher wurde infolge der Novemberpogrome in Dachau interniert und starb im August 1939 in München. Die in Mannheim praktizierenden Ärzte Ludwig Mann und Julius Strauß⁷⁵ wurden mit der gesamten jüdischen Bevölkerung Badens in Mai/Juni 1940 nach Südfrankreich deportiert und im Lager Gurs interniert. Nur Ludwig Mann überlebte den Krieg. ⁷⁶ Der Anwalt Albert Holländer wurde 1942 nach Auschwitz de-

⁶⁹ Die Gründung der Verbindung *Bavaria* an der Universität Heidelberg folgte unmittelbar auf die durch den Universitätssenat angeordnete Auflösung der *Badenia* im August 1902.

⁷⁰ C.V. ZEITUNG, 08.08.1930, Nr. 32, S. 420. Die bei der Beisetzung gehaltene Rede von Hugo Stein im Namen des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten wurde in dessen Zeitschrift *Der Schild* am 28. August 1930 abgedruckt (Jg. 9, Nr. 16, S. 122 f.).

⁷¹ K.C.-BLÄTTER 20, Aufsatzheft 3, September 1930, S. 51.

⁷² Es handelt sich um den Juristen und Kommunalpolitiker Fred S. Weissmann (1889–1968), der 1939 in die USA emigrierte, wo er Exekutivsekretär der jüdischen Hilfsorganisation »Self-help« wurde; vgl. O. D. KULKA (Hrsg.), *Deutsches Judentum*, 1997, S. 539.

⁷³ Zwei Jahre nach seinem Tod machten die *K.C.-Blätter* auf eine von dem jüdischen Berliner Bildhauer Jacob Plessner entworfene und zum Kauf angebotene »Ludwig Haas-Plakette« aufmerksam: K.C.-BLÄTTER 22 (Juni/Juli 1932), Nr. 3, S. 66. Eine solche Plakette befindet sich noch im Besitz der Familie Haas in Neuseeland.

⁷⁴ A. ASCH, *Geschichte des K.C.*, 1964, S. 136.

⁷⁵ Zu Julius Strauß vgl. E. SEIDLER, *Kinderärzte*, 2000, S. 335.

⁷⁶ Vgl. LUDWIG MANN, »Bewährung in Gurs«, in: *K.C.-Blätter Festschrift*, 1946, S. 28 f.

portiert und ermordet.⁷⁷ Ludwig Haas' Sohn Karl (1909–1992), ging bereits 1933 nach Frankreich und von dort nach Großbritannien, von wo aus er im Jahr 1937 nach Neuseeland weiterwanderte. Haas' Tochter Judith (1903–1990) zog 1935 mit ihrem Mann und Sohn nach Luxemburg und ließ sich zum Kriegsbeginn in Brüssel nieder. Nach dem Einmarsch der Deutschen floh sie mit ihrem Sohn und der Mutter nach Frankreich, musste aber nach Brüssel zurückkehren. Schließlich gelangte sie mit ihrem Sohn im Frühjahr 1941 nach Lissabon und entkam in die USA. Die Witwe von Ludwig Haas, Josephine, begleitete ihre Tochter nicht auf die Flucht und kam im September 1943 bei einer Bombardierung Brüssels durch die Royal Air Force ums Leben.⁷⁸

Auch lange nach seinem Tod blieb Ludwig Haas in der Erinnerung des K.C. lebendig. In der zum 60. Jahrestag der Gründung der *Viadrina* und zum 50. Jahrestag des *Kartell-Convents* herausgegebenen Festschrift würdigte einmal mehr Siegfried Weissmann das Leben und Werk des 16 Jahre zuvor Verstorbenen: »Der K.C. darf heute noch, wie vor 50 Jahren, mit Stolz darauf hinweisen, daß Ludwig Haas seine erste politische und jüdische Schulung in unserem Kreis erhalten hatte und dass er bis zum Ende seines reichen Lebens einer unserer Führer war.«⁷⁹ Auch in späteren K.C.-Veröffentlichungen wird Haas stets als einer der führenden Mitglieder genannt. Das gilt ebenfalls für die neuere Literatur zur Geschichte der jüdischen Studentenverbindungen und des *Kartell-Convents* im Besonderen. Diese Tatsache verdankt sich gewiss weniger seinen bislang wohl kaum bekannten Aktivitäten während seiner Studienjahre und seinem Wirken innerhalb des *Kartell-Convents* in den Jahren danach, sondern vielmehr seiner langjährigen Tätigkeit und Prominenz als Reichstagsabgeordneter. Dabei blieb er den Idealen und Prinzipien seiner Zeit als Verbindungsstudent treu. Und so erfüllte er das, was er selbst so pointiert formulierte: »Der, der ein rechter K.C.-er war, der ist ein K.C.-er geblieben sein ganzes Leben lang!«⁸⁰

⁷⁷ Vgl. »Dr. Albert Holländer«, s. d., in: Stolpersteine Hamburg, abrufbar unter: http://stolpersteine-hamburg.de/index.php?MAIN_ID=7&BIO_ID=336 [31.01.2016].

⁷⁸ Zum Schicksal der Familie Haas während des Kriegs vgl. den Beitrag von Heidi Gembicki-Achtnich in diesem Band.

⁷⁹ SIEGFRIED WEISSMANN, »Ludwig Haas (10. April 1875–2. August 1930)«, in: K.C.-Blätter Festschrift, 1946, S. 16 f., hier S. 17.

⁸⁰ L. HAAS, »K.C.-Tendenz und Jugend«, in: K.C.-BLÄTTER 4 (1913/14), Nr. 7, S. 145.

»Demokratische Politik« am Ende des Kaiserreichs. Ludwig Haas in Karlsruhe (1901–1914)

Ludwig Haas wurde nicht in Karlsruhe geboren und doch war die Fächerstadt am Rhein seine Heimat. Dreißig Jahre seines Lebens hat er in Karlsruhe verbracht, hier lag der Mittelpunkt seines Familienlebens und der beruflichen Karriere. Die »formative Phase« des späteren badischen Innenministers und Reichstagsabgeordneten lag in seinen dreizehn »Karlsruher Jahre« vor dem Ersten Weltkrieg. Gleichzeitig bilden sie allerdings den größten blinden Fleck in Ludwig Haas' Biographie, sowohl in der öffentlichen Erinnerung als auch historiographisch¹. Das unabhängige *Karlsruher Tageblatt* würdigte den Anfang August 1930 Verstorbenen mit den Worten »Die deutsche Demokratie verliert in Ludwig Haas einen ihrer hervorragendsten Vertreter, das Land Baden einen seiner bedeutendsten Politiker der Nachkriegszeit«². Zwar wurde auch die große Teilnahme der Karlsruher Bevölkerung an der Beisetzung auf dem jüdischen Friedhof der Stadt erwähnt, die Anfänge von Haas' politischer Karriere *in Karlsruhe* gerieten aber schon damals in Vergessenheit. Wie er seinen politischen Aufstieg in der badischen Hauptstadt vorbereitete und welche Bedeutung diese Zeit für seinen weiteren Lebensweg hatte, darüber wissen wir heute fast nichts mehr. Wie gelang Haas, dem Sohn eines jüdischen Kaufmanns aus Freiburg und überzeugten Demokraten, der sich erst mit Mitte zwanzig in der nationalliberalen Residenzstadt niederließ, innerhalb von gerade einmal zehn Jahren der Aufstieg zum bedeutenden Landespolitiker und Reichstagsabgeordneten? Wie verlief Haas' politische Sozialisation auf dem Weg in die Reichspolitik?³ Diesen Fragen geht der vorliegende Beitrag nach, vom Beginn seiner Anwaltskarriere und der Gründung des eigenen Haushalts, über die Teilnahme am politischen und geselligen Vereinsleben, bis hin zu seinem publizistischen und kommunalpolitischen Engagement.

Von einigen wichtigen Hinweisen in den Arbeiten zur Karlsruher Stadtgeschichte⁴ abgesehen existieren nur wenige biografische Quellen über Ludwig Haas' Karlsruher Aktivitäten. Neben den Erinnerungen seiner Tochter aus der Zeit nach dem Zweiten

¹ J. WERNER, Hakenkreuz und Judenstern, 1988, S. 268. Die einzige Erwähnung enthält bedauerlicherweise auch noch den falschen Hinweis auf den »[...] ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas (1875–1914) [sic!]<«. Der Lapsus findet sich leider auch in der 2. Aufl. (1990).

² »Dr. Ludwig Haas †«, in: KARLSRUHER TAGEBLATT, Jg. 175, Nr. 213, 03.08.1930, Bl. 1, S. 5 f., hier S. 6.

³ Vgl. zum Ansatz A. GJURIČOVÁ/A. SCHULZ, Lebenswelten, 2014.

⁴ Vgl. grundlegend u. a. H. SCHMITT/E. O. BRÄUNCHE (Hrsg.), Alltag in Karlsruhe, 1990; H. SCHMITT (Hrsg.), Juden in Karlsruhe, 1988; S. ASCHE u. a. (Hrsg.), Karlsruhe – Die Stadtgeschichte, 1998. Vgl. außerdem M. POHL, Bündnispolitik, 2004.

Weltkrieg⁵ ist der Aufsatz von Ludwig Luckemeyer zu nennen, der noch auf Mitteilungen ehemaliger Zeitzeugen zurückgreifen konnte, die allerdings erst über dreißig Jahre nach Haas' Tod entstanden.⁶ Der Mangel an weiterer archivalischer Überlieferung⁷ soll im Folgenden durch Haas' eigene Publikationen, die Berichte der verschiedenen Karlsruher Zeitungen sowie einige zeitgenössische Festschriften, Chroniken⁸ und die städtischen Adressbücher⁹ kompensiert werden.

Sie ermöglichen es Haas' Wirken als klassischer bürgerlicher Honoratior, vor allem aber auf den neuen Handlungsfeldern der modernen Massenpolitik zu rekonstruieren: Zunächst werden seine Tätigkeiten als öffentlicher Redner und »Parteifunktionär« (I) sowie als politischer Publizist betrachtet (II). Anschließend werden exemplarisch zwei umstrittene Aspekte seiner politischen Biographie thematisiert: seine Stellung zum Frauenwahlrecht sowie sein Engagement in den jüdischen Partikularorganisationen (III). Im vierten Kapitel geht es um die lebensweltlichen Bedingungen seines politischen Einsatzes: Ludwig Haas' Berufstätigkeit als praktizierender Rechtsanwalt und die sich daraus ergebende Abkömmlichkeit. Die letzten drei Abschnitte sind seinem Handeln als Karlsruher Stadtrat (V) und Reichstagsabgeordneter (VI) sowie während des Ersten Weltkriegs (Ausblick) gewidmet.

⁵ Vgl. Jüdisches Museum Berlin, Konvolut 321 – Sammlung Ludwig Haas (im Folgenden zitiert als JMB, LH), Karton (K.) 1078, Mappe (Mp.) 10, Sign. L-2015/2/276, Typoskript »Erinnerungen an meinen Vater«, verfasst von Judith Haas, 31 Bl., s. d. [ca. 1949–1959]. Online einsehbar ist zudem eine mit Anstreichungen und weiteren anekdotischen Einschüben versehene Version im Archiv des Leo Baeck Instituts New York, die hier als J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [1959], zitiert wird (Leo Baeck Institute, Archives, LBI Memoir Collection 41 M, ME 581, MM 66, Typoskript, 33 Bl., London 1958/59, abrufbar unter: http://digital.cjh.org/dtl_publish/2/408227.html [01.09.2016]). Vgl. dazu schließlich die im Bulletin des Instituts publizierte gekürzte Fassung J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961.

⁶ L. LUCKEMEYER, Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter, 1971.

⁷ Durch Kriegsverluste im Karlsruher Stadtarchiv stehen die für uns relevanten Amtsbücher zu Haas' städtischen Handlungsfelder nicht mehr zur Verfügung (vgl. insg. E. O. BRÄUNCHE, Stadtarchiv, 1990). Ebenso unergiebig ist die seit jüngstem verfügbare »Sammlung Ludwig Haas« im JMB. Über seine Tätigkeiten als erfolgreicher Karlsruher Anwalt, umtriebiger Parteipolitiker, Publizist und Vortragsredner erfahren wir auch hier beinahe nichts. Absehbar ist aber zumindest der wirtschaftliche Erfolg von Haas' verschiedenen Tätigkeiten, auf den die zahlreichen Mitteilungen an seine Mutter Rosa Marx von Urlaubs- und Erholungsreisen im In- und Ausland schließen lassen. Vgl. v. a. JMB, LH, K. 1077, Mp. 5–6, L-2015/2/18–60 u. L-2015/2/61–80 (»Korrespondenzen II u. III«).

⁸ Die *Chroniken der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe* (im Folgenden zitiert als Chronik Karlsruhe) erschienen jährlich im Auftrag der städtischen Archivkommission und wurden seit 1903 durch Professor Robert Goldschmit verfasst (E. O. BRÄUNCHE, Stadtarchiv, 1990, S. 21, 27 f.). Goldschmit (1845–1923), Sohn eines jüdischen Viehhändlers, lehrte nach dem Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft als Professor am Karlsruher Bismarck-Gymnasium, schrieb historische Abhandlungen und war Vorsitzender des Nationalliberalen Vereins, sowie Mitglied des Stadtrats und des Landtags (G. KALLER, Jüdische Abgeordnete, 1988, S. 421).

⁹ Das *Adressbuch für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe* (im Folgenden zitiert als Adressbuch Karlsruhe) erschien zwischen 1901 und 1919 (Jg. 28–46) im Karlsruher »J. Bielefeld's Verlag« sowie der »Braun'schen Hofbuchdruckerei«, teils mit fortlaufender Seitenzählung, teils in einzelne Abteilungen gegliedert. Die Verzeichnisse beziehen sich jeweils auf den Meldestand im Oktober des Vorjahres.

I. Politische Anfänge in Karlsruhe

Alastair P. Thompson hat in seiner Studie über die Linksliberalen des Kaiserreichs die Hypothese aufgestellt, dass den Badener Demokraten die Umstellung auf den neuen politischen Massenmarkt des ausgehenden Kaiserreichs aufgrund ihrer Tradition inszenierter Volkstümlichkeit gelang.¹⁰ Als akademisch gebildete Freiberufler waren sie im Geschäft öffentlicher Präsentation besonders geübt, und der jüngeren Generation badischer Linksliberaler glückte der Übergang zur Berufspolitik besser als den früheren Honoratioren.¹¹ In Anknüpfung an diese Überlegungen soll im Folgenden versucht werden, Haas' Profil als »demokratischer Berufspolitiker« zu schärfen. »Demokratisch« bezieht sich dabei nicht nur auf seine Parteizugehörigkeit zur Demokratischen Volkspartei (DVP), sondern auch auf die Inhalte und den Modus seiner politischen Praxis.

In jeglicher Hinsicht treffend ist Thompsons Würdigung von Haas als geschickter und fleißiger Redner. Schon sehr bald nach seiner Übersiedlung nach Karlsruhe und der Aufnahme seiner Anwaltstätigkeit stellte Haas sein rhetorisches Talent bei öffentlichen Vorträgen unter Beweis, so wie er es bereits zu seiner Studienzeit getan hatte.¹² Am Anfang seiner Rednertätigkeit beschränkte er sich dabei vornehmlich auf Themen, die sich aus seinem Hauptberuf ableiteten. So sprach er vor verschiedenen Berufs- und Interessenvereinen über »Sonntagsruhe im Handelsgewerbe«¹³ oder die »Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs«.¹⁴ In einem Vortrag über »Sozialismus« vor dem »Bund der technisch-industriellen Beamten« (Butib) 1907¹⁵ näherte sich Ludwig Haas der Sozialen Frage aus der Sicht der technischen Angestellten in den Großbetrieben des Elektro- und Maschinenbaus, die den Wirtschaftsstandort Karlsruhe zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestimmten. Während ein Großteil der gewerkschaftlich organisierten Angestellten auf ihre Abgrenzung und Besserstellung gegenüber der

¹⁰ A. P. THOMPSON, *Left Liberals*, 2000, S. 267 f.

¹¹ Vgl. Anm. 3, sowie im gleichen Sammelband, speziell zu Deutschland: V. STALMANN, *Parlamentarischer Alltag und private Lebensform*, 2014. Thompson nennt als gewandte Exponenten dieser volksnahen Inszenierung die Lehrer Karl Heimburger, Hermann Hummel, Reinhold Helbing sowie die Rechtsanwälte Oskar Muser, Martin Venedey, Paul Frühauf und Ludwig Haas (A. P. THOMPSON, *Left Liberals*, 2000, S. 267 f.).

¹² Vgl. dazu den Beitrag von Aubrey Pomerance in diesem Band.

¹³ *Chronik Karlsruhe* 1902, S. 113.

¹⁴ Vgl. *Chronik Karlsruhe* 1905, S. 76. Zum gleichen Thema sprach er am 10. November 1909 vor dem örtlichen Gewerbeverein (»Das neue Reichsgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und die den gewerblichen Vereinigungen vorgehaltene Aufgabe«; *Chronik Karlsruhe* 1909, S. 206) Vor dem Einzelhandelsverein hatte er bereits am 26. April 1909 eine Rede über »Volkswirtschaftliche Theorien in Vergangenheit und Gegenwart« gehalten (ebd., S. 202).

¹⁵ *Chronik Karlsruhe* 1907, S. 287. Am 24. Juni 1908 trat er wiederum bei einer viel beachteten Protestkundgebung des Butib für ein freies Tarifrecht, u. a. unterstützt vom Stadtrat Dr. Friedrich Weill und dem SPD-Landtagsabgeordneten Kolb, auf (*Chronik Karlsruhe* 1908, S. 98 u. »Zur Abwehr«, in: *BADISCHER LANDESBOTE*, Jg. 36, Nr. 145, 26.06.1908, S. 1). – Zum Butib T. SANDER, *Ingenieurwesen*, 2008, S. 241 ff. u. H. SPEIER, *Die Angestellten*, 1977, S. 29 ff.

Arbeiterklasse Wert legte, sprach sich Ludwig Haas schon sehr früh für ein gemeinsames Vorgehen aus.

Von großer Bedeutung – und wesentlich für seinen politischen Durchbruch – ist in diesem Zusammenhang seine ideengeschichtliche Denkschrift *Die Einigung des Liberalismus und der Demokratie*.¹⁶ Haas führt darin Liberalismus und Sozialismus auf den gemeinsamen Grundgedanken der Freiheit und Gleichheit aller Menschen zurück. Für ihn gab es »kein natürlicheres Bündnis« als eines zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Linken.¹⁷ Während er die alte Allianz der Nationalliberalen mit dem »wahren Herrscher« Bismarck als Versündigung gegen ihre eigenen Prinzipien verurteilte, durch die sich die Partei zudem selbst geschadet hätte, seien die demokratischen und freisinnigen Gruppen zerstritten und von daher zur »Machtlosigkeit verdammt«. ¹⁸ Ludwig Haas betrachtete es nun als »erste und wichtigste Aufgabe der liberalen Gegenwartspolitik«, »zur vollkommenen Einheit« in einer einzigen großen liberalen Partei zu gelangen. Grundlage eines gemeinsamen Programms sollte nach seiner Auffassung in Anlehnung an Friedrich Naumann das eindeutige Bekenntnis zu Deutschlands Wandel zum »hochentwickelten Industriestaat« sein.¹⁹ »An der Politik der Halbheit und der Kompromisse ist der Liberalismus zu Grunde gegangen. Er soll gesunden an der Politik der Wahrheit und der Konsequenz.«²⁰

Wenn sich auch die Nationalliberalen dieser Einsicht nicht verschlossen, sei eine erneute Verbindung zu einer gemeinsamen liberalen Partei vorstellbar. Haas mahnte, »die Möglichkeit eines späteren Zusammengehens im Auge zu behalten.«²¹ Wichtiger aber war ihm die ausgestreckte Hand zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie: »Unsere wirtschaftliche Existenz, die Entfaltung unserer Industrie, die Lage der Arbeiterschaft, der demokratische Ausbau Deutschlands, die Freiheit der Kunst, der Wissenschaft und der Religion, alles hängt davon ab, ob der Liberalismus und die Arbeiterdemokratie den taktischen Anschluß aneinander finden.«²² Ludwig Haas sah für dieses Bündnis angesichts großer inhaltlicher Übereinstimmungen gute Chancen, angesichts der Machtverhältnisse sei eine Zusammenarbeit zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie gar »ein Gebot der Notwendigkeit und ein Gebot des inneren Wesens der beiden Parteien.«²³

¹⁶ L. HAAS, *Einigung*, 1905. Der Text wurde als Band 8 der »Flugschriften der Deutschen Volkspartei« vom Parteivorstand herausgegeben und erschien im Frankfurter »Sauerländer Verlag«.

¹⁷ Ebd., S. 17.

¹⁸ Ebd., S. II. Die folgenden Zitate ebd.

¹⁹ Ebd., 1905, S. 13. – Eine persönliche Bekanntschaft pflegten Naumann und Haas wohl erst ab 1906, Haas' Publikationstätigkeit für dessen Zeitschrift *Hilfe* begann in dieser Zeit. Vgl. die Postkarte von Naumann an Haas vom 18.11.1906, in welcher Naumann ihn um die Übersendung statistischen Materials über die Karlsruher Wohnraumverhältnisse bittet, in: JMB, LH, L-2015/10/82.

²⁰ L. HAAS, *Einigung*, 1905, S. 13 f.

²¹ Ebd., S. 15.

²² Ebd., S. 16.

²³ Ebd., S. 20.

Durch diese pointierte Stellungnahme, die keineswegs ohne Widerspruch blieb²⁴, wurde Haas über die Grenzen seiner badischen Heimat hinaus bekannt. Er zeigte grundsätzlich Verständnis und auch Sympathie für die Positionen der Sozialdemokraten – selbst gegenüber den »radikalen Sozialisten« in Preußen, deren Intransigenz er vor allem der Unterdrückung durch die »preußischen Junker« anlastete. Wie einige andere Liberale ernüchert zur SPD zu wechseln,²⁵ kam für ihn allerdings zu keinem Zeitpunkt in Betracht, stattdessen setzte er sich zeitlebens in seiner Partei für mehr Engagement für soziale Reformen ein.²⁶

Zur direkten Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft warb Haas für eine soziale Kommunalpolitik – mit zunehmendem Erfolg. Nachdem die DVP bis dahin kein kommunalpolitisches Programm verabschiedet hatte,²⁷ nahm sich der Parteitag vom 15. September 1904 dieser Aufgabe an,²⁸ an dem Haas selbst als Schriftführer mitwirkte. Eine Inspirationsquelle war Adolf Damaschkes (1865–1935) programmatische Schrift *Vom Gemeinde-Sozialismus*, in welcher der sozialpolitisch engagierte Berliner Volksschullehrer die »Aufgaben der Gemeindepolitik« im Zeitalter der Industrialisierung und Urbanisierung skizzierte.²⁹ Auch die Vorstellungen des Nationalökonomen und späteren württembergischen SPD-Reichstagsabgeordneten Hugo Lindemann (1867–1949) von einer modernen kommunalen Sozialpolitik wurden in den Reihen der badischen Demokraten diskutiert.³⁰

Neben Haas trat u. a. der Vorsitzende des Engeren Ausschusses, der Frankfurter Stadtverordnete Dr. Heinrich Rößler, in seinem Parteitageferat für eine soziale Gemeindepolitik ein. Er forderte eine Reform des die Arbeiterschaft benachteiligenden Gemeindewahlrechts, ohne die keine soziale Versöhnung möglich sein werde: »Vor den Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung soll man sich nicht fürchten. Es

²⁴ Der Bonner nationalliberale Konrad Eichhorn bspw. hielt Haas' Reduktion von Sozialdemokratie und Liberalismus auf das gleiche Prinzip der Freiheit für Wortklauberei und bewertete das Werben der Demokraten um eine politische Allianz als die Verzweiflungstat einer in die Bedeutungslosigkeit abdriftenden Splitterpartei. Vgl. K. EICHORN, »Zusammenschluss«, 1905.

²⁵ Vgl. D. LEHNERT (Hrsg.), *Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie*, 2015.

²⁶ Exemplarisch sollen dafür im Folgenden sein Engagement im jüdischen Vereinswesen und für die Gleichberechtigung der Frauen untersucht werden (III).

²⁷ Dies galt allerdings genauso für alle anderen Parteien, einschließlich der SPD (D. LANGEWIESCHE, *Kommunaler Liberalismus im Kaiserreich*, 2014, S. 51 f.).

²⁸ Vgl. »Die sozialen Aufgaben der Gemeindepolitik«, in: *BADISCHER LANDESBOTE*, Jg. 32, Nr. 216, 15.09.1904, S. 1.

²⁹ Zuerst erschien 1900 als erstes Heft der Reihe *Soziale Zeitfragen. Beiträge zu den Kämpfen der Gegenwart*, welche von Damaschke selbst als Vorsitzendem des »Bundes der Deutschen Bodenreformer« herausgegeben wurde. Ab 1901 in vielfacher Neuauflage unter dem Titel *Aufgaben der Gemeindepolitik. »Vom Gemeinde-Sozialismus«*.

³⁰ Vgl. H. LINDEMANN, *Städteverwaltung*, 1901. Vgl. zur Rezeption von Damaschke und Lindemann bei den Karlsruher Demokraten u. a. »Politik und Stadtverwaltung«, in: *BADISCHER LANDESBOTE*, Jg. 36, Nr. 148, 30.06.1908, Bl. 1, S. 1. Maßgeblich als Diskussionsforum des entstehenden »Sozialliberalismus« war die von Ignaz Jastrow herausgegebene sozialreformerische *Soziale Praxis. Central-Blatt für Sozialpolitik* (1893/5). Vgl. zum Begriff: I. JASTROW, *Sozialliberal*, 1893.

regiert sich leichter mit den Sozialdemokraten als mit beschränkten Spießbürgern.«³¹ Ludwig Haas nannte Rößlers Ausführungen ein »Geschenk« an den Parteitag und forderte die Erarbeitung eines sozialen und freiheitlichen Gemeindeprogramms. Außerdem machte er sich wie die Sozialdemokratie für eine Schule stark, »die von allen Schülern ohne Unterschied des Standes der Eltern besucht« werde.³²

Auf dem folgenden Parteitag in Frankfurt am 23.–24. September 1905 präsentierte Haas dann ein komplexes Programm liberaler Sozialpolitik, das als zentrale Forderungen eine Wahlrechtsreform, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, die Abschaffung der Verbrauchssteuern auf Grundnahrungsmittel, die Gründung kommunaler Versorgungsbetriebe, eine kostenfreie konfessionslose Volksschulbildung, die stärkere Einbeziehung der Frauen in die kommunale Selbstverwaltung – vor allem im Bereich der Sozialfürsorge –, sowie eine soziale Arbeiterpolitik enthielt.³³ Für seine Ideen liberaler Sozialpolitik trat Haas in den folgenden Jahren in Partei und Öffentlichkeit ein, vor allem im Demokratischen Verein Karlsruhes äußerte er sich regelmäßig dazu. Beispielsweise referierte er bei einem politischen Abend der Demokraten am 17. Oktober 1907 über die Arbeiterfrage³⁴ und auch seinen Kampf um den Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal akzentuierte er sozialpolitisch. So setzte er sich am 15. Oktober 1911 auf einer Parteiversammlung der vereinigten Linksliberalen mit dem Thema der »Gegenwärtige[n] Teuerung« auseinander.³⁵

Neben dem Feld sozialpolitischer Reformen betrachtete Haas als wichtigste parteipolitische Ziele den Zusammenschluss aller linksliberalen Kräfte im Sinne der »Heilbronner Resolution«³⁶ von 1903 sowie eine Annäherung an die gemäßigte Sozialdemokratie. Die Demokratische Volkspartei verbreitete ab März 1905 das schon

³¹ Zitiert nach: »Der Parteitag der Deutschen Volkspartei«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 32, Nr. 227, 28.09.1904, S. 1. – An gleicher Stelle widmete sich der Karlsruher Vereinsvorsitzende und badische Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Karl Heimburger »Verfassungsfragen und Wahlreform«. Vgl. außerdem das Veranstaltungsprogramm, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 32, Nr. 219, 18.09.1904, Bl. 2, S. 2.

³² Vgl. zum sozialpolitischen Maßnahmenkatalog anderer Linksliberaler wiederum D. LANGEWIESCHE, *Kommunaler Liberalismus im Kaiserreich*, 2014, S. 62 ff.

³³ »Vom Parteitag der deutschen Volkspartei«, in: BADISCHES PRESSE, Jg. 21, Nr. 225, 26.09.1905, Mittagsbl., S. 2; »Die 30. Tagung der Deutschen Volkspartei«, in: WORMSER VOLKSZEITUNG, 25.09.1905, S. 1.

³⁴ Chronik Karlsruhe 1907, S. 146. Der Vortrag dürfte identisch sein mit seinem separat publizierten Referat vom Konstanzer Parteitag vom 28. September 1907: L. HAAS, *die Arbeiterfrage*, 1907. Das gleiche Thema wählte er am 26. Mai 1909 bei einer Veranstaltung des »Deutschen Metallarbeiterverbands« (Chronik Karlsruhe 1909, S. 203).

³⁵ Die steigenden Lebensmittelpreise wurden damals zu einem dominierenden Wahlkampfthema. Zur Lösung der Krise sprach sich Haas u. a. für eine Aufhebung des Futtermittelzolls aus. Laut der Karlsruher Chronik war er »überhaupt der Meinung, daß unsere gesamte Wirtschaftspolitik dem Großgrundbesitz und Großindustriellen, aber nicht der Masse der bauerlichen und städtischen Bevölkerung nütze.« (Chronik Karlsruhe 1911, S. 100).

³⁶ Vgl. für die von Oskar Muser eingebrachte Resolution »Der Parteitag der Deutschen Volkspartei«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 32, Nr. 226, 27.09.1904, S. 1 f., hier S. 1, sowie zu den weiteren Verhandlungen die Fortsetzungen in: ebd., Nr. 227, 28.09.1904, S. 1 f.; Nr. 228, 29.09.1904, S. 1 f. u. Nr. 229, 30.09.1904, S. 1. – Zur »Heilbronner Resolution« vgl. »Der Zu-

genannte von Haas verfasste Manifest über *Die Einigung des Liberalismus und der Demokratie*, dem im Januar ein entsprechender Beschluss der liberalen Ortsvereine Karlsruhes vorausgegangen war.³⁷ Seither stand Haas für ein parteipolitisches Programm, das mit der Fusion der linksliberalen Splitterparteien zur Fortschrittlichen Volkspartei (FVP)³⁸ sowie der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) 1918 Wirklichkeit werden und mit seinem Namen verbunden sein sollte.

Bei der am 1. März 1910 in Karlsruhe feierlich begangenen »Verschmelzung der lokalen linksliberalen Vereine zum Verein der ›Fortschrittlichen Volkspartei‹«³⁹ wurde zwar gemäß dem Anciennitätsprinzip der alte Parteiführer der Demokraten, Prof. Dr. Karl Heimburger, zum Vorsitzenden des Ortsvereins gewählt, aber zweifellos hatte Haas an der Vereinigung großen Anteil. So hielt er auch kurz darauf beim ersten Reichsparteitag der FVP, am 10. April 1910 in Karlsruhe, das Eingangsreferat über »Die Einigung der Linken und das Programm der Fortschrittlichen Volkspartei«.⁴⁰ Karl Heimburger wurde zudem zum Vorstand des Geschäftsführenden Ausschusses und damit zum Landeschef der neuen Partei gewählt, Dr. Friedrich Weill wurde sein erster Stellvertreter. Unter den weiteren sieben Karlsruher Ausschussmitgliedern war auch Ludwig Haas vertreten, ebenso wie im Badischen Landesausschusses der FVP.⁴¹

II. Ludwig Haas als Publizist

Ludwig Haas' politisches Schaffen beschränkte sich aber nicht auf den populären Appell bei politischen Versammlungen und die Tätigkeit in Parteigremien. Obwohl kein Journalist im beruflichen Sinne, legt die private Sammlung seiner Zeitungsartikel im Familienarchiv auch ein beredetes Zeugnis von Ludwig Haas' großer schriftstellerischen Produktivität ab.⁴² Darüber hinaus engagierte er sich ausweislich der

sammenschluß der Liberalen«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 32, Nr. 584, 16.11.1903, S. 1. – Zur badischen SPD vgl. H. FENSKE, *Der liberale Südwesten*, 1981, S. 167–175.

³⁷ Chronik Karlsruhe 1905, S. 63. Den Vorsitz der Versammlung führte der Vorsitzende des freisinnigen Vereins Stadtrat Dr. Friedrich Weill, für die Karlsruher Demokraten sprach deren Vorsitzender Prof. Dr. Karl Heimburger.

³⁸ Zur Entwicklung im linksliberalen Parteispektrum im Kaiserreich vgl. H. FENSKE, *Deutsche Parteiengeschichte*, 1994, S. 119–128. Über den Stellenwert sozialpolitischer Diskussion im FVP-Vereinigungsprozess informiert H. J. TOBER, *Liberalismus und Sozialpolitik*, 1999, S. 337–340.

³⁹ Chronik Karlsruhe 1910, S. 85.

⁴⁰ Zum Folgenden Chronik Karlsruhe 1910, S. 85 f.

⁴¹ Der positive Effekt der Fusion spiegelte sich in steigenden Mitgliederzahlen wieder. Laut Geschäftsbericht der badischen Landesversammlung der FVP vom 16. Mai 1914 zählten die 138 FVP-Vereine 14.300 Mitglieder gegenüber den 8.000 Mitgliedern der 67 Ortsvereine der früheren süddeutschen DVP (Chronik Karlsruhe 1914, S. 86).

⁴² Das nun im JMB verwahrte Sammelalbum mit 293 Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln sowie anderen Druckschriften von und über Ludwig Haas (datiert 25.09.1905–10.08.1930) ist dabei keineswegs vollständig. Wiederum ist die Zeit vor 1912 bzw. 1918/19 nur schwach abgedeckt (JMB, LH, L-2015/11/0).

Karlsruher Adressbücher spätestens ab Oktober 1904 als Verleger. So trug er im Vorstand der »Badischen Verlagsdruckerei GmbH« Verantwortung für das Parteiblatt der Deutschen Volkspartei, den *Badischen Landesboten*.⁴³ Die Geschäftsführung des Verlags residierte im Hinterhaus der Kaiserstraße 235, im Herzen der Karlsruher Innenstadt, und wurde von Max Schönherr geleitet.⁴⁴ Ludwig Haas schrieb mitunter auch selbst als Autor für den *Landesboten*, gehörte aber nicht zur Redaktion. Deren Chef war zuerst Hans Heinrich Ehrler (1872–1951) und ab 1910 Dr. Johannes Rathje (1879–1956), der nach der Novemberrevolution zu den Mitbegründern der DDP gehören sollte.⁴⁵

Der *Badische Landesbote* gehörte zu den fest etablierten politischen Blättern der badischen Residenz mit regionaler Bedeutung.⁴⁶ Das Blatt bekannte sich zu einem demokratisch-volkstümlichen Standpunkt in der liberalen Tradition Badens mit dem programmatischen Leitsatz: »Alles für das Volk! Alles durch das Volk!«. ⁴⁷ Der *Landesbote* verwies mit Stolz auf die Übernahme des demokratischen Reichstagswahlrechts durch den badischen Landtag, was das Verdienst der badischen Demokraten sei. Gemäß dieser parteipolitischen Leitlinie beobachtete und kommentierte der *Badische Landesbote* in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg das politische Geschehen. Dabei berichtete er wiederholt wohlwollend über Ludwig Haas, ohne dass dieser selbst den *Landesboten* für persönliche Pressekampagnen instrumentalisiert hätte.⁴⁸

III. Der Einsatz für die Emanzipation von Frauen und Juden

Mit Sicherheit wird Ludwig Haas seinen Einfluss beim *Landesboten* jedoch geltend gemacht haben, wenn es um für ihn zentrale Fragen wie etwa die Emanzipation von Frauen ging. So konnte seine Schwester Marie im *Badischen Landesboten* in der redaktionell von ihr betreuten Kolumne »Was die Frauen angeht« für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau werben. Ebenso publizierte sie hier eigene

⁴³ Vgl. bspw. die vom Engeren Ausschuss herausgegebene »Flugschrift der Deutschen Volkspartei«: L. HAAS, Die Arbeiterfrage, 1907.

⁴⁴ Adressbuch Karlsruhe 1905, S. 309.

⁴⁵ Um 1910/11 wechselte der Geschäftssitz in die Hirschstraße 16 und ab dann erscheint als Verlag die Angabe »Badischer Verlag«, aber ohne Hinweis auf eine Beteiligung von Ludwig Haas (Adressbuch Karlsruhe 1911, Abt. IV, S. 71). Wahrscheinlich handelte es sich aber nur um eine Umbenennung der früheren »Verlagsdruckerei«, da auch die alte Fernmeldenummer weitergeführt wurde.

⁴⁶ Im Vergleich zur offiziellen *Badischen Presse* mit 35.000 Abonnenten 1908 kamen Parteiblätter wie die *Badische Landeszeitung* (NL), der *Badische Beobachter* (Z) und der *Badische Landesbote* (DVP) auf etwa 5.600–6.000 Abonnements, der *Volksfreund* (SPD) auf fast die doppelte Anzahl (Sperlings Zeitschriften-Adressbuch, 1908, Abt. II, S. 265; ähnliche Kräfteverhältnisse meldet Mosse's Zeitungskatalog, 1910, S. 3). Vgl. zur Karlsruher Presselandschaft K. DUSSEL, Pressebilder, 2012, S. 69 ff., zu der Zeit vor 1918 bes. S. 89–97.

⁴⁷ »Ein neues Quartal«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 32, Nr. 217, 16.09.1904, Bl. I, S. 1.

⁴⁸ Vgl. dahingegen die Beispiele bei W. v. KIESERITZKY, Liberale Parteieliten und politische Steuerung, 1999.

politische Essays und sozialkritische Kurzgeschichten⁴⁹ und in demokratischen Parteiveranstaltungen referierte sie zu Fragen der Berufstätigkeit oder des Wahlrechts von Frauen.⁵⁰ Am 3. März 1911 trat Marie Schloß auf einer FVP-Versammlung dafür ein, Politik und Parteien für die Frauen zu öffnen.⁵¹ Nur ein Jahr später auf dem Landesparteitag der FVP argumentierte ihr Bruder laut *Badischem Landesboten* ganz ähnlich, wenn er an die Delegierten appellierte, »daß die politisch denkende Frau den Männern nur erwünscht sein könne«.⁵² Haas war schon früher zu seiner Überzeugung gekommen, so hatte er etwa am 22. November 1909 in einer Versammlung des »Badischen Vereins für Frauen-Stimmrecht« über »Finanzreform und Frauenstimmrecht« gesprochen⁵³ und im Jahr darauf vor der Karlsruher Ortsgruppe des »Vereins der Deutschen Kaufleute« über den Zusammenhang von »Arbeiterfrage und Frauenfrage«.⁵⁴ Dem von der Frauenrechtlerin Rahel Strauß' (1880–1963) mit Blick auf Haas' Heidelberger Studienzeit geäußerten Urteil, er sei »ein heftigster Gegner der Frauenemanzipation«, steht sein späteres politisches Engagement in dieser Frage jedenfalls entgegen.⁵⁵ Eine Erklärung für diesen Widerspruch könnte darin zu finden sein, dass sich Strauß im Gegensatz zu Haas zum Zionismus bekannte und die Auseinandersetzung mit ihm auf einem weiteren Schauplatz suchte.⁵⁶

Inwieweit der innerjüdische Konflikt sich in den politischen Reden und Publikationen von Haas widerspiegelt, ist eine wichtige Frage, die an anderer Stelle eingehender erörtert wird.⁵⁷ Erwähnt sei mit Blick auf die Karlsruher Zeit nur, dass die jüdischen Gemeinden in Baden überwiegend liberal eingestellt waren und für das Projekt des politischen Zionismus kaum Interesse zeigten. Gerade bei den Karlsruher Juden war der Wunsch nach »Verbürgerlichung«⁵⁸, nach Integration in die bürgerliche Mehrheitsgesellschaft stark ausgeprägt.⁵⁹ Die Industrialisierung Karlsruhes bot

⁴⁹ Vgl. zu Haas' Schwester, der Schriftstellerin und Frauenrechtsaktivistin Marie Schloß, den Beitrag von Barbara Wolbring in diesem Band.

⁵⁰ Vgl. B. GREVEN-ASCHOFF, *Bürgerliche Frauenbewegung*, 1981, S. 125–147.

⁵¹ Chronik Karlsruhe 1911, S. 88; MARIE SCHLOß, »Was die Frauen angeht. Wo sind die Frauen politisch und wo wünschen wir sie?«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 39, Nr. 56, 07.03.1911, Bl. 2, S. 1.

⁵² »Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 236, 08.10.1912, Bl. 1, S. 1 f., hier S. 2.

⁵³ Chronik Karlsruhe 1909, S. 84. Zur Karlsruher Frauenstimmrechtsbewegung vgl. S. ASCHE, *Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung*, 1992, S. 240 ff., zu Haas' Beteiligung vgl. ebd., S. 243.

⁵⁴ Vgl. fernerhin seine Denkschrift L. HAAS, »Die Politisierung der Frau«, in: März. Eine Wochenschrift 8 (1914), Nr. 22, 30.05.1914, S. 757–760.

⁵⁵ R. STRAUß, *Wir lebten in Deutschland*, 1961, S. 92.

⁵⁶ Strauß berichtet aber im gleichen Zusammenhang, dass der fünf Jahre ältere Haas »einer meiner guten Freunde« und »übrigens ein charakterlich prächtiger Mensch und von großer Intelligenz« gewesen sei (ebd., S. 93).

⁵⁷ Vgl. den Beitrag von Andreas Schulz in diesem Band.

⁵⁸ S. VOLKOV, *Verbürgerlichung*, 1995.

⁵⁹ Vgl. R. RÜRUP, *Emanzipation der Juden in Baden*, 1975.

Juden vielfache Gelegenheit zum persönlichen Aufstieg und zur Integration.⁶⁰ Führende Mitglieder der jüdischen Gemeinde wie Leopold Ettlinger, Fritz Homburger oder Friedrich Weill übernahmen auch in den bürgerlichen Wohlfahrtsvereinen und der Kommunalpolitik Verantwortung. Von einer jüdischen Segregation kann also zumindest mit Blick auf die jüdische Oberschicht in Karlsruhe kaum gesprochen werden.⁶¹ Nichtsdestoweniger bestand aber auch in Karlsruhe ein eigenes jüdisches Vereinswesen, das in Reaktion auf den sich ausbreitenden Antisemitismus im deutschen Kaiserreich an Bedeutung gewann. Diesen Organisationen wurde allerdings in Karlsruhe weder von Nichtjuden noch von der Presse größere Aufmerksamkeit zuteil. So findet Haas' Vorsitz in der »Karl Friedrich Loge« in den städtischen Quellen keinerlei Erwähnung. Die Loge gehörte zum Unabhängigen Orden B'nai B'rith⁶² und war nach Shulamit Volkov »eindeutig der Freimaurer-Club für Juden, die nicht zu den vermeintlich aufgeklärten Logen gehören konnten. Sie agierten dort *wie* die Deutschen aber nur selten *mit* den Deutschen.«⁶³ Der 1896 gegründete, vaterländisch gesonnene Karlsruher Ableger hatte sein Stammlokal in der Lammstraße 4 und engagierte sich besonders auf karitativem Gebiet.⁶⁴ Dass Haas noch vor seiner Wahl zum Stadtrat die Ehre des Vorsitzes zufiel, zeigt, welche Stellung er sich bereits in der jüdischen Gesellschaft seiner neuen Heimatstadt erworben hatte.⁶⁵

Auch über seine Position als Vorstandsmitglied im Karlsruher »Verein für jüdische Geschichte und Literatur« sind wir nur durch jüdische Quellen informiert.⁶⁶ Der Karlsruher Verein zählte im Jahre 1911 über 250 Mitglieder, unter ihnen die Spitzen des jüdischen Großbürgertums. Obgleich in den Karlsruhe Chroniken nur ein einziger Vortrag Haas' vor jüdischem Publikum überliefert ist,⁶⁷ stellt Dr. Fritz Strauß,

⁶⁰ Vgl. zur Geschichte der Karlsruher Juden H. SCHMITT/E. O. BRÄUNCHE/M. KOCH (Hrsg.), *Juden in Karlsruhe, 1988*. Grundlegend sind weiterhin die Festschriften des badischen Oberrats der Israeliten (*Juden in Baden, 1984 u. 2009*).

⁶¹ Zur politischen Partizipation und sozialen Integration der Karlsruher Juden um die Jahrhundertwende vgl. B. SCHMITT, *Spannungsfeld, 1988*, S. 136 ff.

⁶² Vgl. A. REINKE, »Sammlung«, 2001.

⁶³ S. VOLKOV, *Politik als Integrationsverfahren, 2015*, S. 200 [die Hervorhebungen im Original; Anm. JW].

⁶⁴ Adressbuch Karlsruhe 1908, Abt. II, S. 114 und Jg. 1909, Abt. II, S. 119. Zum Profil der Loge vgl. A. LEWIN, *Geschichte der badischen Juden, 1909*, S. 500 f. und B. ROSENTHAL, *Heimatgeschichte, 1927*, S. 401 f.

⁶⁵ Üblicherweise fiel dieses Privileg in Karlsruhe eher den wohlhabendsten Wirtschaftsbürgern zu, bspw. Philipp Homburger, ab 1909 Teilhaber der mächtigen Familienbank »Veit L. Homburger«.

⁶⁶ »Verzeichnis der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland und Bericht über deren literarische Tätigkeit im Winterhalbjahr 1910/11«, in: *Mitteilungen aus dem Verband der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland*, hrsg. v. Geschäftsführenden Ausschuß, Berlin 1911, Nr. 19, S. 27 f., abgedruckt in: *Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur*, hrsg. v. Verbands der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland, Bd. 15, Berlin 1912, Abt. VIII.

⁶⁷ Der Vortrag fand am 16. Januar 1911 und damit noch vor seiner Präsentation als Reichstagskandidat statt (*Chronik Karlsruhe 1911*, S. 275). Der Titel »Der volkswirtschaftliche Standpunkt der altjüdischen Gesetzgebung und der Einfluss jüdischer Forscher auf moderne volkswirt-

ebenfalls ein jüdischer Verbindungsstudent und in Karlsruhe praktizierender Anwalt, Haas' Engagement im jüdischen Vereinswesen in direkten Zusammenhang mit »seine[r] unermüdliche[n] Tätigkeit zum Wohle der Stadt«, mit welcher er sich die Wahl zum Stadtrat »in verhältnismäßig jungen Jahren« sowie die Nominierung zum Reichstagskandidaten 1912 verdiente.⁶⁸

Festzuhalten bleibt, dass sich Ludwig Haas bereits vor seinem Eintritt in politische Ämter in hohem Maße gesellschaftlich, parteipolitisch und publizistisch in seiner neuen Heimatstadt engagierte. Eine Voraussetzung hierfür war die einträgliche Praxis als Rechtsanwalt, der er zwar sein ganzes Leben lang nachging, über die wir aber dennoch nur sehr wenig wissen.

IV. Anwaltstätigkeit und Abkömmlichkeit

Bedauerlicherweise gibt es fast keine Quellen mehr zu Haas' Berufsleben als Rechtsanwalt, und das, obwohl er seine Kanzlei dreißig Jahre in der gleichen Stadt und bis kurz vor seinem Tod aktiv geführt hat.⁶⁹ Den von Ludwig Luckemeyer zusammengetragenen Mitteilungen seiner Socii Dr. Joseph Hug, Dr. Hermann Kessler und Dr. Raphael Strauß zufolge⁷⁰ war Haas eher im Handels- als im Strafrecht aktiv, und grundsätzlich »sehr stark beschäftigt« gewesen.⁷¹ Auch in der ihn intensiv beanspruchenden Zeit als Weimarer Politiker soll Haas noch wöchentlich nach Karlsruhe zur Familie und in die Praxis zurückkehrt sein. Durch seine Präsenz sorgte er dafür, dass die Kanzlei die »größte und erste von Karlsruhe« war.⁷² Ludwig Haas wechselte mehrfach den Standort seiner Praxis, um auf die Zunahme seiner Geschäfte zu reagieren. Nachdem er die ersten sechs Jahre allein praktiziert hatte⁷³, schloss er sich 1907 der Kanzlei von Dr. Oskar Reiter an, der eine der begehrten Zulassungen für das Oberlandesgericht besaß.⁷⁴ Für den Juniorpartner Haas bedeutete dies den direkten Zugang zu einer noch zahlungskräftigeren Klientel und damit einen beruflichen und ökonomischen Aufstieg. Das Anwaltsbüro Reiter & Haas befand sich in der Herrenstraße 17, einer der besten Adressen unweit des repräsentativen Schlossplatzes

schaftliche Theorie« scheint an seinen Besuch von Vorlesungen bei Max Weber anzuknüpfen (vgl. die Exzerpte, in: JMB, LH, L-2015/2/12 [1896]).

⁶⁸ FRITZ STRAUß, »Stadtrat Dr. Ludwig Haas Karlsruhe M. d. R.«, in: K.C.-BLÄTTER 2 (1912), Nr. 5, 01.02.1912, S. 80–82, hier S. 81.

⁶⁹ »Trauerfeier für Dr. Ludwig Haas«, in: BADISCHE PRESSE, Jg. 46, Nr. 358, 05.08.1930, Abendbl., S. 7. Für den Hinweis auf Haas' fortgesetzte anwaltliche Tätigkeit vgl. meine Anm. 2.

⁷⁰ L. LUCKEMEYER, Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter, 1971, S. 158–163.

⁷¹ Ebd., S. 159.

⁷² Ebd., S. 160.

⁷³ Von 1901 bis 1903 verzeichnet das Karlsruher Adressbuch Haas' Praxis in der Kaiserstraße 151. Vor dem Meldestichtag am 1.10.1904 erfolgte der Umzug in die Kaiserstraße 209, wo er die kommenden drei Jahre residierte (Adressbuch Karlsruhe 1902, S. 199 u. Adressbuch Karlsruhe 1905, S. 481).

⁷⁴ Adressbuch Karlsruhe 1908, Abt. IV, S. 222.

und des badischen Justizministeriums. Woher Reiter und Haas sich kannten, lässt sich nicht mehr rekonstruieren, möglicherweise waren sie sich auf einem der Fachkongresse der Zunft begegnet. Haas gehörte u. a. der hochkarätig besetzten Delegation der Karlsruher Anwaltschaft auf dem Deutschen Anwaltstag zu Leipzig 1907 an.⁷⁵ Außerdem war er Mitglied im Verein des »Deutschen Juristentags« und beteiligte sich an dessen Jahresversammlung 1908 in Karlsruhe.⁷⁶ Die Bürogemeinschaft mit Reiter fiel zeitlich mit der Wahl zum Stadtrat im Juni 1908 zusammen. Nach Reiters' Ausscheiden kam 1909 der spätere Landgerichtsdirektor Dr. Joseph Hug als neuer Juniorpartner in die Sozietät.⁷⁷ Die Kanzlei Haas & Hug ließ sich 1911 im Haus des Hofjuweliers Rudolf Schmidt-Staub nieder.⁷⁸ Diese Adresse behielt sie bis in die Weimarer Republik und erarbeitete sich dort den Ruf, eine der besten in ganz Baden zu sein.⁷⁹

Nur wenige Anwälte konnten sich den Luxus einer Trennung von Kanzlei und Wohnort leisten.⁸⁰ Während das Büro in bester Lage im Stadtzentrum verblieb, war Ludwig Haas jedoch schon ein Jahr nach seiner Niederlassung in Karlsruhe von der Kaiserstraße an den südwestlichen Stadtrand gezogen. Dort, westlich des neuen Bahnhofs und südlich des alten Karlstors, war seit der Jahrhundertwende eine neue attraktive Wohngegend für das gehobene Bürgertum entstanden. Die großen Mehrfamilienhäuser mit eigenem Garten auf den Freiflächen des alten Beiertheimer Feldes erfreuten sich bei Beamten und Rechtsanwältinnen großer Beliebtheit⁸¹ und blieben zwölf Jahre lang das Heim der Familie Haas: Nachdem Ludwig Haas zuvor nur unter seiner »Büroadresse« in der Kaiserstraße 151 geführt worden war, erschien er mit Stichtag 1. Oktober 1902 als Hausvorstand einer Wohnung in der Friedenstraße 6, 2. Etage. In dem Neubau des Architekten Peter Wilhelm (1. Etage) wohnte neben der Familie Haas noch der Landgerichtsrat Edmund Schmidt (3. Etage).⁸² An der Haas'schen

⁷⁵ Von den 1.192 Teilnehmern am 19. Außerordentlichen Deutschen Anwaltstag hatten nur fünf den weiten Weg aus Karlsruhe auf sich genommen, darunter der nationalliberale Karlsruher Landtagsabgeordnete Dr. Gustav Binz sowie Albert Kusel von der Badischen Anwaltskammer und dem Karlsruher Anwaltsverein (JURISTISCHE WOCHENSCHRIFT 36 (1907), Nr. 22, 19.12.1907).

⁷⁶ Verhandlungen Juristentag Karlsruhe 1908, 1909, S. XXVI.

⁷⁷ Adressbuch Karlsruhe 1910, Abt. IV, S. 63.

⁷⁸ Adressbuch Karlsruhe 1912, Abt. IV, S. 91. Dieser Erfolg war außergewöhnlich. Im Karlsruher Anwaltsverein wurde zur gleichen Zeit eher über die Probleme der Simultanzulassungen, das Fehlen einer zeitgemäßen Reichsgebührenordnung und die generelle Überfüllung des Berufsstandes geklagt. So schnellte die ohnehin erhebliche Zulassungsrate in Karlsruhe im Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende auf 50 Prozent, sodass 1912 bereits 138 Rechtsanwältinnen miteinander konkurrieren mussten (A. BORGSTEDT, Geschichte, 2004, S. 13 f.).

⁷⁹ Gemäß eines Restitutionsgutachtens, das DIES., Badische Anwaltschaft, 2012, S. 123 f., Anm. 594, zitiert, sei die Kanzlei »Strauss, Kessler und Oppenheimer« (nach Haas' Tod) »in die oberste Stufe einzureihen [...] und es kann mit Sicherheit gesagt werden, dass es in der Zeit kurz vor Beginn der Naziherrschaft das führende Anwaltsbüro in Karlsruhe war.« Gutachter der Rechtsanwaltskammer Nordbaden, 20.06.1958, Generallandesarchiv Karlsruhe, 480 EK 7700.

⁸⁰ H. SIEGRIST, Advokat, Bd. 2, 1996, S. 585.

⁸¹ A. BORGSTEDT, Badische Anwaltschaft, 2012, S. 236.

⁸² Adressbuch Karlsruhe 1903, Abt. V, S. 412.

Wohnanschrift änderte sich bis zum Herbst 1913 nichts, auch wenn im Laufe der Jahre ein eigener Fernmeldeanschluss⁸³ und ein Postkonto⁸⁴ hinzukamen, woran sich die günstige Entwicklung des Haushalts ablesen lässt. Ein Jahr nach Ludwig Haas' Einzug in den Reichstag erfolgte dann der Umzug in die noch weiter im klimatisch begünstigten Westen gelegene Hübschstraße 19, in der die Familie Haas bis zu ihrer Vertreibung durch die Nationalsozialisten ihr Zuhause haben sollte.⁸⁵

Die beträchtliche Entfernung zwischen Karlsruhe und Berlin setzte einen gewissen Wohlstand voraus, um eine Laufbahn als Reichstagsabgeordneter verfolgen zu können. Als selbstständiger, erfolgreicher Anwalt erfüllte Haas geradezu idealtypisch die Bedingungen der Abkömmlichkeit, um ein Leben »für« die Politik führen zu können, ohne »von« ihr leben zu müssen.⁸⁶ Die vergessenen Anfänge Haas' »modernen« politischen Engagements im Pressewesen, in der Parteiorganisation und als nahbarer Volksredner sind bereits angesprochen worden. Auch seine Beteiligung an der Karlsruher Kommunalpolitik im Zuge des üblichen *cursus honorum* des Kaiserreichs ab 1908 vollzog sich allerdings unter nicht weniger »modernen« Auspizien.

V. Sozialpolitisches Engagement in Zeiten der »Modernisierung« – Ludwig Haas als Stadtrat in der Karlsruher Leistungsverwaltung

Dieter Langewiesche hat jüngst noch einmal den Beitrag des Liberalismus zur Genese des modernen Sozialstaats in den Kommunen des Kaiserreiches betont. »Als die Stadt im Kaiserreich zum sozialpolitischen Experimentierfeld wurde, als dort neue Formen der Daseinsvorsorge entstanden, verbunden mit einer bislang nicht gekannten kommunalen Leistungsverwaltung, geschah dies unter liberaler Dominanz in den städtischen Parlamenten und in den Leitungsgremien der Stadtverwaltung.«⁸⁷ Auch die badischen Kommunen begegneten der Industrialisierung mit einer forcierten Professionalisierung, die hier von einer besonderen Symbiose von »alter Honoratiorenpolitik« und »moderner Leistungsverwaltung« geprägt war.⁸⁸ Schaltstelle der Modernisierung blieb gerade in Karlsruhe der Stadtrat mit den Bürgermeistern an der Spitze.

Für die von der Bürgerschaft gewählten Stadträte wurde die Ausübung ihres ehrenamtlichen Mandats zu einer arbeitsintensiven Aufgabe. Der Stadtrat hielt jede Wo-

⁸³ Adressbuch Karlsruhe 1910, Abt. III, S. 99.

⁸⁴ Adressbuch Karlsruhe 1912, Abt. III, S. 115.

⁸⁵ Adressbuch Karlsruhe 1914, Abt. III, S. 127. Der Straßenzug war nach dem verdienten Oberbaudirektor Heinrich Hübsch (1795–1863) benannt worden. Die oberste Etage des viergeschossigen Gebäudes wurde ab 1914 auch Wohnsitz von Ludwigs' Mutter Rosa Haas-Marx.

⁸⁶ Vgl. M. WEBER, Politik als Beruf, 1994 [1919], S. 42.

⁸⁷ D. LANGEWIESCHE, Kommunal Liberalismus im Kaiserreich, 2014, Zitat S. 39. Vgl. auch K. H. POHL, Liberalismus, 2000, sowie die Fallstudien in den beiden Sammelbänden (2012, 2014) von D. LEHNERT (Hrsg.). Vgl. weiterhin für die liberale Sozialpolitik im Reichstag H. J. TOBER, Liberalismus und Sozialpolitik, 1999.

⁸⁸ D. HEIN, Badisches Bürgertum, 1990, S. 87 f.

che mindestens eine mehrstündige Sitzung ab.⁸⁹ Hinzu kam die Mitarbeit an den verschiedenen städtischen Kommissionen, zu der die Stadträte als verantwortliche Leiter hinzugezogen wurden. Die daraus resultierende hohe zeitliche Belastung der Stadträte sowie der Wunsch nach für die Stadtverwaltung verwertbarem Spezialwissen schränkten den Kreis der möglichen Kandidaten stark ein. Auch in Karlsruhe hatte folglich nach der Jahrhundertwende das wohlhabende Bildungsbürgertum die frühere Dominanz der Bankiers, Großkaufleute und Fabrikbesitzer gebrochen.⁹⁰

Nachdem der Arbeitsschwerpunkt der Stadtverwaltung im Kaiserreich lange Zeit auf der Förderung der Industrie und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gelegen hatte,⁹¹ ergab sich die Notwendigkeit zu verstärktem *sozial*politischen Engagement für die Karlsruher Stadtherren erst mit den Eingemeindungen der angrenzenden Ortschaften Beiertheim, Reithem und Rüppurr im Sommer 1906⁹² sowie der Eingemeindung Daxlandens 1909/1910.⁹³ Die Bevölkerung der Stadt stieg dadurch innerhalb weniger Jahre sprunghaft um 40.000 Einwohner, wobei sich in den früheren Vororten der Stadt die Wohnsiedlungen der Fabrikarbeitserschaft konzentrierten.⁹⁴ Deren Bedürfnisse und Forderungen beschäftigten den Bürgerausschuss in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg in stetig steigendem Ausmaß.⁹⁵ Ludwig Haas, der später als einer der »Nachfahren Naumanns«⁹⁶ gewürdigt werden sollte, bot sich somit ab 1908 als neu gewählter Stadtrat in einer wichtigen Umbruchsphase der Karlsruher Kommunalpolitik die Möglichkeit, seine sozialpolitischen Vorstellungen zu verwirklichen.

Ein erstes wichtiges Amt in der städtischen Leistungsverwaltung übernahm Ludwig Haas als Mitglied des »Armen- und Waisenrates«. Dieser war das zentrale Gre-

⁸⁹ Gemäß meiner Auswertung der Karlsruher Chroniken trat der Stadtrat im genannten Zeitraum jährlich zwischen 51 und 56-mal zusammen, nur 1902 fanden »bloß« 47 Sitzungen statt. Für den Zeitraum vor der Jahrhundertwende nennt F. v. WEECH, Karlsruhe, Bd. 3/2, 1904, S. 681, bereits ähnliche Werte.

⁹⁰ Bzgl. Karlsruhe im ersten Jahrzehnt des Kaiserreichs: D. HEIN, Die bürgerlich-liberale Bewegung, 1995, S. 37. Vgl. J. REULECKE, Bildungsbürgertum und Kommunalpolitik, 1989.

⁹¹ Vgl. M. KOCH, Nahverkehr und Stadtentwicklung, 2000 sowie H. RINGLER, Stadtplanung, 1991.

⁹² Chronik Karlsruhe 1906, S. 121 u. Chronik Karlsruhe 1907, S. 86.

⁹³ Chronik Karlsruhe 1910, S. 43.

⁹⁴ Zur Lage der Arbeiterschaft im Karlsruhe des Kaiserreichs vgl. W. GLAESER, Die Karlsruher Arbeiterschaft, 1990, sowie DERS., Unser die Zukunft, 1991, bes. S. 53–74.

⁹⁵ Die genannten Ortsteile waren im Gegensatz zu »Alt-Karlsruhe« fest in der Hand der Sozialdemokratie. Bei den Reichstags-Stichwahlen 1912 erzielte der SPD-Kandidat Adolf Geck in den Stadtteilen Beiertheim, Rintheim, Rüppurr, Grünwinkel und Daxlanden jeweils eine Stimmenmehrheit von 38–75 % (Vgl. die nach den einzelnen Wahlbüros aufgeschlüsselte Übersicht in: »Ergebnisse der Reichstagswahl am 20. Januar 1912«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 18, 23.01.1912, Bl. 2, S. 1). – Der Bürgerausschuss konstituierte sich durch die gemeinsame Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und des Stadtrats und war das ranghöchste Selbstverwaltungsgremium in den Städten des badischen Großherzogtums.

⁹⁶ So in einem Beileidsschreiben zum Tod des Bruders Ludwig Haas an Marie Schloß-Haas von KARL HESSELBACHER aus Baden-Baden, Brief v. 09.08.1930, in: Stadtarchiv Karlsruhe, Nachlass Marie Schloß, lfd. Nr. 6.

mium der städtischen Sozialfürsorge, auch wenn die benötigten Gelder und einzelne Hilfsleistungen teilweise vom Fürstenhof sowie wohltätigen Vereinen stammten.⁹⁷ Nach seiner Wahl im Juni 1908 wurde Ludwig Haas als einer von vier Stadträten Teil dieser etwa 25-köpfigen Kommission. Den Vorsitz führte der Zweite Bürgermeister Dr. Max Horstmann.⁹⁸ Dem Gremium oblag neben der Verwaltung eines bedeutenden Teils des städtischen Budgets (5–10%) auch der Zugriff auf die sozialen Stiftungen, die Bürger zur Unterstützung Bedürftiger hinterlassen hatten. Die Mitwirkung im Armen- und Waisenrat war eine verantwortungsvolle und zeitintensive⁹⁹ Aufgabe, durch die Haas soziales Prestige erwarb. Er übte das Amt bis 1911 aus, als er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeindegerrichtes ernannt wurde.¹⁰⁰ In den größeren Städten Badens bildeten jeweils drei Mitglieder, ein Bürgermeister und zwei Stadträte, das Gemeindegerricht,¹⁰¹ das sich vor allem mit Rechtsstreitigkeiten zwischen sozialschwachen Gemeindegerrichtmitgliedern beschäftigte, da der Streitwert auf unter 100 Mark begrenzt war. Im Zuge seiner Amtszeit bis 1913 wurde Haas so weiterhin mit den Lebenslagen und alltäglichen Konflikten der einfachen Bevölkerung konfrontiert.

Ludwig Haas' Engagement in Bildungsfragen ist schließlich durch seinen Beitrag für eine Festschrift des Stadtrats dokumentiert, die dieser anlässlich der vom 24. bis 30. September 1911 in Karlsruhe tagenden Versammlung »Deutscher Naturforscher und Ärzte« gestiftet hatte.¹⁰² Darin würdigt Haas die umfassenden Aktivitäten des »Badischen Frauenvereins«, des »Männerhilfsvereins« oder des »Vereins für Volksbildung«. Die Volks- und Arbeiterbildung lag im Kaiserreich noch in der Hand von Wohlfahrtsvereinen, die Vortragsabende, Büchersammlungen und Fortbildungskurse anboten und eigene Lesehallen unterhielten.¹⁰³ Haas' Beitrag machte deutlich, dass auch die Stadt Karlsruhe noch ganz auf dieses ehrenamtliche Engagement der Bürgerschaft vertraute. Die Stadtverwaltung bezuschusste allenfalls bestehende Institutionen, etwa die öffentliche Bibliothek des »Karlsruher Männerhilfsvereins«. ¹⁰⁴ Erst 1901 hatte der Bürgerausschuss eine eigene Lesehalle einrichten lassen, die aber dann in die Trägerschaft des »Vereins Volksbildung« übergeben wurde.¹⁰⁵

⁹⁷ Zur Arbeit des früheren Armen- bzw. ab 1907 Armen- und Waisenrates F. V. WEECH, Karlsruhe, Bd. 3/2, 1904, S. 712 ff. sowie vgl. R. GOLDSCHMIT, Die Stadt Karlsruhe, 1915, S. 207 ff. Hiernach auch im Folgenden.

⁹⁸ Adressbuch Karlsruhe 1909, S. 88 [Stand 1. Oktober 1908].

⁹⁹ Nach eigener Auswertung der Stadtchroniken tagte der Armen- und Waisenrat durchschnittlich alle zwei Wochen. Nur die städtische Baukommission trat noch häufiger zusammen.

¹⁰⁰ Adressbuch Karlsruhe 1911, Abt. II, S. 1 sowie 1912, Abt. II, S. 6 u. 1913, Abt. II, S. 6.

¹⁰¹ W. MACHLEID/D. HOEGEN, Die Gemeindegerrichtsbarkeit, 1960, S. VII f.

¹⁰² LUDWIG HAAS, »Einrichtungen zur Förderung der Volksbildung«, in: Karlsruhe 1911 – Festschrift, 1911, S. 552–557. Vgl. R. GOLDSCHMIT, Die Stadt Karlsruhe, 1915, S. 121 f.

¹⁰³ J. REULEUCKE, Kulturförderung, 1997, S. 24.

¹⁰⁴ G. RÖMER, Hof- und Landesbibliothek Karlsruhe, 1997, S. 443 f.

¹⁰⁵ R. GOLDSCHMIT, Die Stadt Karlsruhe, 1915, S. 213.

Bewertet man das kommunalpolitische Engagement von Ludwig Haas insgesamt, dann ist sicherlich die Tatsache von Bedeutung, dass 1908 überhaupt erstmals ein Vertreter der Demokraten in den Karlsruher Stadtrat gewählt worden war.¹⁰⁶ Diese Anerkennung war auch Ausdruck einer Integrationsstrategie, mit der die städtischen Honoratioren durch Einbindung respektabler Vertreter der Opposition Konflikte entschärfen und die eigene Machtbasis zu sichern hofften. Dabei wurden erstmals auch zwei gemäßigte Vertreter der Sozialdemokratie, Eugen Geck und Wilhelm Kolb¹⁰⁷, auf den gemeinsamen Wahlvorschlag der bürgerlichen Kräfte für die Stadtratswahlen gesetzt.¹⁰⁸ Ludwig Haas erschien den bürgerlichen Parteien als gemäßigter Vertreter der »Linken« akzeptabel, und es ist gerade diese Anerkennung durch den politischen Gegner, die letztlich auch Haas' Aufstieg zum Reichstagskandidaten ermöglichen sollte.

VI. Ein Kandidat der Mitte – Ludwig Haas als Reichstagswahlkämpfer

Dass Ludwig Haas das Ansehen von Nationalliberalen wie Sozialdemokraten genoss, war für seine Partei von großem Nutzen. Wie kaum ein anderer verkörperte er die »Großblockpolitik«, die für seine politische Karriere in Baden prägend war.¹⁰⁹ In einer Aussprache über das Referat des fortschrittlichen Rittergutsbesitzers Arthur Becker-Bartmannshagen am 8. Januar 1911 stellte Haas erneut die Vorteile einer Zusammenarbeit von Liberalen und Sozialdemokraten heraus. Sein Beitrag wurde anschließend auch von der Gegenseite durch Wilhelm Kolb zustimmend erwidert.¹¹⁰ Kritik aus den eigenen Reihen begegnete Haas mit den Worten, es solle keiner behaupten, »daß man mit der norddeutschen Sozialdemokratie nicht zusammengehen könne. Warum hat man im Norden eine andere Sozialdemokratie als im Süden? Weil sie dort anders behandelt wird.« Sobald die Sozialdemokraten nicht mehr als Bürger zweiter Klasse angesehen würden, würden auch deren radikale Elemente in den Hintergrund treten.

¹⁰⁶ Vgl. Chronik Karlsruhe 1908, S. 45–49.

¹⁰⁷ Der Landtagsabgeordnete Wilhelm Kolb repräsentierte den in Baden dominierenden, reformorientierten Flügel der SPD und verfügte als Chefredakteur der auflagenstärksten Zeitung, dem *Volksfreund*, über ein wichtiges Sprachrohr für die an undogmatischer konstruktiver Mitarbeit interessierten Teile der Arbeiterbewegung. Zu Kolbs Position in der badischen SPD vgl. u. a. H.-J. FRANZEN, SPD in Baden, 1979, S. 92–96.

¹⁰⁸ »Zur Stadtratswahl«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 36, Nr. 138, 17.06.1908, S. 2 und »Vom Rathaus«, in: ebd., Jg. 36, Nr. 139, 19.06.1908, S. 2. – Von 22 Stadträten gehörten letztlich zwölf der nationalliberalen, drei der freisinnigen, zwei der sozialdemokratischen, zwei der Konservativen, einer dem Zentrum und einer, Ludwig Haas, der demokratischen Partei an.

¹⁰⁹ Zum »Badischen Großblock« nach der Verfassungsreform 1904 vgl. A. CSER, Badischer Landtag, 1982, vgl. S. 175–182.

¹¹⁰ »Politische und wirtschaftliche Zustände in Ostelbien«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 39, Nr. 8, 10.01.1911, Bl. 1, S. 1 f., hier S. 2. Vgl. Chronik Karlsruhe 1911, S. 84.

Wenige Wochen später warb Haas bei der Offenburger Landesversammlung der badischen Linksliberalen für ein Hauptwahlabkommen mit den Nationalliberalen, mit dem Ziel, die »schwarzblaue« Majorität zu brechen.¹¹¹ Von Baden als Musterland einer liberal-sozialdemokratischen Verständigung gehe eine Signalwirkung für das ganze Reich aus.¹¹² Der wichtige Karlsruher FVP-Ortsverein hatte die von Ludwig Haas vorgeschlagene Strategie – gemeinsames Vorgehen der Liberalen bei den Hauptwahlen, Großblock aller »Linken« bei den Stichwahlen – bereits am 3. Februar 1911 auf seiner ordentlichen Generalversammlung bestätigt und damit auch ein Signal an den Offenburger Parteitag gesandt.¹¹³

Dass sich Ludwig Haas als überzeugender Wortführer eines Bündnisses mit Nationalliberalen und Sozialdemokraten profilieren konnte, hat seine Reichstagskandidatur 1912 letztlich entscheidend begünstigt. Nachdem der bei der letzten Wahl unterlegene freisinnige Stadtrat Dr. Friedrich Weill von einer erneuten Kandidatur Abstand genommen hatte, wurde Haas am 5. März 1911 im Rahmen einer Wahlkreiskonferenz der FVP im 10. Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal einstimmig zum gemeinsamen Kandidaten der Liberalen ernannt.¹¹⁴ In der Partei wie in der Presse wurde Haas als begabter Politiker und ausgezeichnete Redner gewürdigt. Überdies wirke er sympathisch und habe nirgendwo Feinde.¹¹⁵

Den »Wahlkampfauftakt« bildete dann zwei Monate später eine Parteikundgebung in Östringen¹¹⁶. Als »modern« können die Wahlkampagnen der FVP vor dem Ersten Weltkrieg jedoch kaum bezeichnet werden, die Hauptlast der Kampagne hatten die Kandidaten selbst zu tragen. Mangels einer schlagkräftigen Parteiorganisation setzten die Liberalen auf die bewährten volkspädagogische Politikinstrumente des 19. Jahrhunderts: Wahlversammlungen des Parteivolkes, die meist in den städtischen Festsälen und in Wirtschaftshäusern stattfanden sowie unansehnliche, eng bedruckte, kopflastige Flugblätter, die erst in den letzten Tagen vor Haupt- und Stichwahlen von den

¹¹¹ »Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Badens. Das Blockabkommen mit der nationalliberalen Partei genehmigt«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 39, Nr. 32, 07.02.1911, Bl. 1, S. 1 f. Nach längerer Diskussion unter Vorsitz des stellvertretenden Parteivorsitzenden Stadtrat Dr. Friedrich Weill schloss sich die große Mehrheit der 562 Parteitagsteilnehmer der Position von Haas an, nur 85 Linksliberale stimmten dagegen.

¹¹² Vgl. »Das liberale Blockabkommen in Baden«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 39, Nr. 33, 08.02.1911, Bl. 1, S. 1 f.

¹¹³ Chronik Karlsruhe 1911, S. 86. Nach der turnusmäßigen Vorstandswahl hielt Ludwig Haas das politische Referat über die Verhandlungen mit den Nationalliberalen bezüglich eines Reichstagswahlabkommens.

¹¹⁴ Vgl. die Einladung, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 39, Nr. 55, 05.03.1911, Bl. 1, S. 2.

¹¹⁵ »Die Wahlkreiskonferenz des 10. badischen Reichstagswahlkreises. Stadtrat Dr. Ludwig Haas volksparteilicher Kandidat«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 39, Nr. 56, 07.03.1911, Bl. 1, S. 1 f.

¹¹⁶ »Der Beginn der Wahlkampagne im Bezirk Bruchsal«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 39, Nr. 106, 06.05.1911, Bl. 1, S. 2. – Der auf den 20. Januar 1912 festgesetzten Reichstagswahl ging ein außergewöhnlich langer »Wahlkampf« voraus. Erste Kundgebungen fanden bereits zum Jahreswechsel 1910/11 statt und wurden nach einer Unterbrechung im Sommer im Herbst 1911 erneut forciert; vgl. Chronik Karlsruhe 1911, S. 106 ff.

Ortsvereinen und Landesausschüssen herausgegeben wurden. Eine reichsweit abgestimmte Wahlkampagne zur emotionalen Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft, wie sie Sozialdemokraten und auch das Zentrum in Ansätzen verfolgten, fand noch nicht statt. Die Parteipresse trug die Wahlkampagne und diese zielte weniger auf Emotionen als auf Rasonnement und Erziehung des Wählers.¹¹⁷

Ungeachtet dessen ergaben sich aus dem demokratischen Reichstagswahlrechts enorme Anforderungen an die Kandidaten. Ludwig Haas gehörte zu jenen linksliberalen Reichstagskandidaten, die sich den eigenen Wählern aus demokratischer Überzeugung volksnah präsentieren wollten. Seine Reisen und Kundgebungen setzten schon Monate vor der Reichstagswahl ein, vor allem ab November 1911 war Haas ohne Unterlass unterwegs. Größere Wahlveranstaltungen fanden allein laut Karlsruher Chronik am 5. und 27. März, am 7. und 20. Mai, sowie einmal im Oktober, dreimal im November und zweimal im Dezember statt.¹¹⁸ Aufrufe und Artikel z. B. in der *Badischen Presse* und im *Badischen Landesboten* lassen jedoch auf weit häufigere Auftritte in der »heißen Phase« des Wahlkampfes schließen.¹¹⁹ Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der liberalen Parteien knapp zwei Monate vor der Wahl stellte Haas nochmals sein Programm vor,¹²⁰ und um den Jahreswechsel 1911/12 war Haas praktisch täglich in allen Ecken seines Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal unterwegs.¹²¹

Dieser hohen Belastung setzte sich Haas im Stile eines modernen Wahlkämpfers noch bis zum Vorabend der Wahl aus, als er auf einer Parteiversammlung im größten Saal Karlsruhes in der städtischen Festhalle sprach.¹²² Dabei ging er gleich zu Beginn seiner Rede auf die verschiedenen Angriffe gegen seine Mittlerposition ein: »Auf der einen Seite haben die Konservativen in ihren Flugblättern gesagt, ich sei so radikal, daß mir niemand mehr seine Stimme geben dürfe; auf der anderen Seite meinen die Sozialdemokraten, ich sei so brav und zahm geworden, daß die Nationalliberalen vor Freude Purzelbäume schlagen. Die Wahrheit liegt auch hier wohl in der Mitte.«¹²³

¹¹⁷ Die liberale Presse war darum bemüht, Haas als Repräsentanten der Mitte zwischen den politischen Extremen darzustellen. Vgl. die Wahlanzeige, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 1, 03.01.1912, Bl. 1, S. 2. – Vgl. zur Wahlkampfkultur T. MERGEL, Propaganda, 2010, S. 41–51.

¹¹⁸ Chronik Karlsruhe 1911, S. 108 f.

¹¹⁹ Vgl. »Politischer Tagesbericht«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 39, Nr. 271, 18.11.1911, Bl. 1, S. 2.

¹²⁰ Vgl. »Der Wahlkampf um Karlsruhe-Bruchsal. Die Versammlung in der Südstadt«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 39, Nr. 272, 19.11.1911, S. 2.

¹²¹ Vgl. die verschiedenen Ankündigungen und Berichte, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 1 ff., bspw. Nr. 1, 03.01.1912, Bl. 1, S. 3; Vortrag von Haas am Abend über »Die Reichstagswahlen 1912 und das freiheitlich gesinnte deutsche Bürgertum« in der Südstadt, sowie Nr. 3, 05.01.1912, Bl. 1, S. 2, bzgl. einer Versammlung am 31.12. 1911 in Hagsfeld. – Gemäß einer nach der Stichwahl am 20. Januar veröffentlichten Endabrechnung hätten die Liberalen insgesamt 122 Veranstaltungen für die Kandidatur Ludwig Haas' abgehalten: »122 Versammlungen«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 17, 21.01.1912, Bl. 1, S. 2.

¹²² »Der letzte Appel der Vereinigten Liberalen«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 9, 12.01.1912, Bl. 1, S. 2 f.

¹²³ Da der Stichwahleinzug der Sozialdemokraten aus Sicht aller Beteiligten auf die Sozialstruktur des Wahlkreises ohnehin feststand, musste Haas für die Qualifikation zum zweiten Wahlgang Stimmen der bürgerlichen Rechten gewinnen.

Entschieden begegnete er konservativen Rufen nach einer Einschränkung des Wahlrechtes. Gerade die Beteiligung möglichst aller Bürger an den Angelegenheiten des Staates sei die beste Gewähr für ihre Vaterlandsliebe. Er stellte die Liberalen als die wahren Vertreter der Interessen der Landwirtschaft und des neuen Mittelstandes dar, und ihr Einsatz gegen die Adelsvorrechte in Militär und Diplomatie sowie das größere Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft sei der beste Schutz gegen die radikale Sozialdemokratie.

Die Ergebnisse der Wahlen bestätigten die Strategie der liberalen Mitte.¹²⁴ In der Stadt Karlsruhe wurden bei der Hauptwahl am 12. Januar von circa 30.300 Wahlberechtigten 25.900 Stimmen (85 %) abgegeben, wovon Geck (SPD) 11.500, Haas 9.800 und der Freiherr von Gemmingen (Konservative) 4.400 erhielten. Die Mobilisierung zu Lasten der bürgerlichen Rechten war geglückt. Für die folgende Stichwahl zwischen Geck und Haas sprach sich von Gemmingen entgegen der Parteilinie für den Kandidaten der vereinigten liberalen Parteien aus, während das Zentrum zur Wahlenthaltung aufrief. Verschiedene Zeitungen berichteten erst am Nachmittag des Wahltags selbst, dem 20. Januar, dass das Zentrum in Karlsruhe-Bruchsal zur Wahl von Haas auffordere, um dadurch einen Sieg der Sozialdemokraten zu verhindern.¹²⁵ Am Ende stimmten in Karlsruhe 25.400 Wähler ab, davon 12.800 für Haas und etwas über 12.500 für Geck.

Am Abend des Wahltages versammelten sich die Liberalen im Karlsruher Theater »Colosseum« und erwarteten die Verkündung der Wahlergebnisse.¹²⁶ Ludwig Haas selbst reiste noch am Abend aus Bruchsal an und hielt kurz vor Mitternacht eine kurze Ansprache. Darin wandte sich Haas eingangs bemerkenswerterweise besonders den Frauen zu: »Sie wissen, daß ich ein Anhänger des Frauenstimmrechts bin. Es ist schon viel gewonnen, wenn die Frauen der Politik Interesse entgegenbringen. Nur wenn unsere Frauen in den Geist unserer Anschauungen eingedrungen sind, können wir auch den Wunsch erfüllt sehen, daß unsere Kinder in den Gedanken des Liberalismus und der Demokratie erzogen werden.« Für Haas bestand die politische Bedeutung der Frauen weniger in ihrem Potential als liberales Wählerreservoir, sondern in ihrer hergebrachten Rolle als Erzieherinnen der Jugend. Innerlich blieb er also doch der traditionellen Geschlechterordnung der bürgerlichen Gesellschaft verhaftet. Zumindest indirekt wurde dadurch das Argument der politischen Unmündigkeit *der Frauen* sogar perpetuiert. Für Haas resultierte die Forderung des Frauenstimmrechts – wofür er selbst in der eigenen Partei nur wenig Unterstützung fand – aus dem Emanzipationsgedanken. Deshalb knüpfte er dessen spätere Verwirklichung an die zeitliche Bedingung, »wenn die Frauen in den Geist unserer Anschauungen eingedrungen sind«.

Zu den Gegnern des zurückliegenden Wahlkampfes bemühte sich Haas sogleich wieder Brücken zu bauen, was ganz seinem Wahlkampfstil entsprach. Trotz aller Rhe-

¹²⁴ Zum Folgenden Chronik Karlsruhe 1912, S. 67 f.

¹²⁵ »Die Stichwahlen in Baden«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 18, 23.01.1912, Bl. 1, S. 1.

¹²⁶ Das Folgende nach »Der Stichwahltag in Baden«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 18, 23.01.1912, Bl. 1, S. 3.

torik gegen den »schwarzblauen Block« adressierte er die politischen Kontrahenten nicht als ideologische Feinde. So würdigte er den Verlierer des Abends, Adolf Geck, und erinnerte daran, dass er und Seinesgleichen einst mit dem Sozialistengesetz verfolgt wurden. In ähnlicher Weise äußerte er sich über den liberalen Kulturkampf gegen das Zentrum und versprach, im Reichstag für eine tolerante und demokratische Politik einzutreten. Haas beendete den Wahlkampf mit einem Appell an die Einheit aller politischen Kräfte: »Die Erregung des Wahlkampfes wollen wir vergessen und uns zunächst gemeinsam fühlen als Söhne eines Vaterlandes. Der Staat braucht die friedliche Arbeit von uns allen.«¹²⁷

Ausblick – M.d.R. Ludwig Haas aus Karlsruhe

Mit dem Wechsel in die Reichspolitik blieb Ludwig Haas die Aufmerksamkeit der Karlsruher Presse gewiss. Als einer von nur zwei Abgeordneten der badischen Fortschrittlichen Volkspartei profitierte er von einem Prominentenstatus, welcher seine Auftritte und Reden immer wieder zum Gegenstand der Titelseiten der örtlichen Presse werden ließ.¹²⁸ Haas sprach als Repräsentant badischer Interessen im Reichstag und wurde auch in seiner Wahlheimat so wahrgenommen.¹²⁹ Über Haas' ersten Auftritt im Reichstag berichteten verschiedene Zeitungen mehrfach durch eigene Kommentare und die Wiedergabe seiner Reden. Die ersten Stellungnahmen betrafen seine früheren Arbeitsschwerpunkte: So sprach er am 16. April 1912 über die Reform des Eisenbahnwesens¹³⁰, eine Materie, mit der er sich bereits im Rahmen öffentlicher Vorträge in Karlsruhe auseinandergesetzt hatte¹³¹. Am 13. Februar 1913 nahm der weiterhin praktizierende Anwalt Haas zum Justizetat Stellung, wobei er »Klassenjustiz« und die mangelhafte Ausbildung der Richter kritisierte.¹³² Auch Haas fortgesetztes publizistisches Engagement fand weiter in Karlsruhe Beachtung,

¹²⁷ Chronik Karlsruhe 1912, S. 67 f.

¹²⁸ Auch Haas selbst blieb den badischen Blättern als Autor treu und berichtete immer wieder über die neuesten Vorgänge im Reichstag. Vgl. bspw. L. HAAS, »Wahlkampf und Präsidentenwahl«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 36, 13.02.1912, Bl. 1, S. 1.

¹²⁹ Vgl. zu Haas im Reichstag des Kaiserreichs den Beitrag von Jürgen Frölich in diesem Band.

¹³⁰ »Die erste Reichstagsrede von Dr. Ludwig Haas«, in: BADISCHER LANDESBOTE, 40. Jg., Nr. 90, 18.04.1912, Bl. 1, S. 2; »Eisenbahnfragen im Reichstag« [nach dem amtlichen Protokoll], in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 98, 27.04.1912, Bl. 2, S. 1 f. Zu Haas' erneuter Stellungnahme im Reichstag am 17. April vgl. »Die Vereinheitlichung der deutschen Bahnen«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 100, 30.04.1912, Bl. 2, S. 1.

¹³¹ So hatte Haas etwa am 14. März 1908 vor dem »Verband süddeutscher Eisenbahner« über »Die soziale und kulturelle Aufgabe des modernen Staats« gesprochen (Chronik Karlsruhe 1908, S. 244).

¹³² »Eine Rede des Abg. Dr. Haas zum Justizetat«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 41, Nr. 38, 14.02.1913, Bl. 1, S. 1 f. Nach dem amtlichen Protokoll erschien die Rede Haas' nochmals auf der Titelseite: »Abg. Dr. Haas und der Justizetat«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 41, Nr. 44, 21.02.1913, Bl. 1, S. 1 f. u. Nr. 45, 22.02.1913, Bl. 2, S. 1 f.

etwa sein Essay über das »Wesen des Parlamentarismus«, das in der Wochenschrift *PAN* erschienen war.¹³³

Dank dieser umfangreichen Presseberichterstattung blieb Haas auch nach der Wahl in den Reichstag in seiner Heimatstadt medial präsent. Immer wieder reiste er aber auch selbst nach Karlsruhe, um dort vor allem in den Wintermonaten auf verschiedenen Veranstaltungen nun über die Reichspolitik zu reden. So berichtete er der Generalversammlung der Karlsruher Linksliberalen am 16. Februar 1912 über die Neubesetzung des Reichstagspräsidiums und ließ sich in den Parteiausschuss wählen.¹³⁴ Durch seine Redepräsenz trug er auch zur positiven Entwicklung seines Ortsvereins bei, der im Jahr 1912–13 einen Zuwachs von über 200 auf fast 1.300 Mitgliedern feiern konnte.¹³⁵ Mitunter blieb Haas sogar den Sitzungen des Reichstages fern, um in der Heimat über »Die Aufgaben des Reichstags« aufzuklären.¹³⁶

Neben diesen allgemeineren Tätigkeitsberichten¹³⁷ widmete sich Haas' bereits vor Ausbruch des Weltkrieges zunehmend der Militär- und Außenpolitik. So wies er schon im Winter 1912/1913 bei mehreren Vorträgen über »Deutschland und den Balkankrieg«¹³⁸ auf die Notwendigkeit internationaler Verständigung hin. Zugleich verteidigte er die Rüstungspolitik der Reichsregierung: »In Bezug auf Kriegsrüstung müssen wir sagen: Wenn wir schwach sind, kommt der Krieg, wenn wir stark sind, kommt der Krieg nicht.«¹³⁹ Auf dieser Linie lag auch ein Vortrag, den er am 7. Mai 1913, wenige Tage vor Beginn der Berner Friedenskonferenz, vor einer gemeinsamen Versammlung der FVP, der Jungliberalen und der Nationalliberalen über die Lehren aus der jüngst überstandenen Balkankrise hielt. Haas warnte dort vor einem hoffentlich noch zu verhindernden großen europäischen Krieg.¹⁴⁰ Gegen die russische Rüstungsoffensive sprach er sich für die bis dahin so umstrittene Wehrvorlage aus. Der

¹³³ Vgl. L. HAAS, *Parlamentarismus*, 1912, u. »Parlamentarismus«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 94, 23.04.1912, Bl. 1, S. 1. – Seit sich der Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit nach Berlin verlagert hatte, erschienen Haas' Beiträge häufig zuerst im linksliberalen *Berliner Tageblatt*. Vgl. bspw. L. HAAS, »Die Berner Verständigung«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 240, 15.05.1913, sowie den Nachdruck in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 41, Nr. 112, 16.05.1913, Bl. 1, S. 1.

¹³⁴ »Generalversammlung des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei Karlsruhe«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 41, 18.02.1912, Bl. 1, S. 2 f. Haas' Vortrag stand unter dem Titel »Präsidentenkrise im Reichstag«.

¹³⁵ »Generalversammlung des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei Karlsruhe«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 41, Nr. 13, 16.01.1913, Bl. 1, S. 2 f. Ludwig Haas gehörte wie auch Parteichef Weill dem Geschäftsführenden Ausschuss an.

¹³⁶ »Die Aufgaben des Reichstags«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 41, Nr. 19, 23.01.1913, Bl. 1, S. 1. Vgl. RT STEN. BER., 13, LP, 1. Session, Bd. 287, 95. Sitzung v. 22.01.1913, S. 3125 ff.

¹³⁷ Am 25. Oktober 1912 referierte er in Karlsruhe-Mühlburg u. a. über die Reichstagswahlen, die neue Mehrheit der Linken im Reichstag sowie die liberale Rüstungspolitik (»Abg. Dr. Ludwig Haas in Mühlburg«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 252, 26.10.1912, Bl. 1, S. 2).

¹³⁸ Vgl. Meldung aus Karlsruhe-Rüppurr vom 1. Dezember, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 283, 02.12.1911, Bl. 1, S. 2 und »Öffentliche Versammlung im Stadtteil Daxlanden«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 41, Nr. 4, 06.01.1912, Bl. 1, S. 2.

¹³⁹ Ebd. Vgl. *Chronik Karlsruhe 1913*, S. 80.

¹⁴⁰ »Deutschlands auswärtige Politik und die Rüstungsvorlage«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 41, Nr. 106, 08.05.1913, Bl. 1, S. 1 f. Hiernach im Folgenden.

Sozialdemokratie hielt er vor, dass ihre Forderung »in Rußland muß es anders werden« »wirkungslös [sei], wenn hinter ihr nicht eine starke militärische Macht steht.« Wie zuvor sprach sich Ludwig Haas angesichts der russischen Bedrohung für eine umfassende Rüstungspolitik aus, »denn ein Kampf mit Rußland bedeutet nicht nur ein nationales Unglück, sondern ein Unglück für die gesamte europäische Kultur.«

Im Einklang mit den anderen linksliberalen Parteiführer des Kaiserreichs setzte Haas in der internationalen Diplomatie auf das Argument der militärischen Stärke: »Bei einer reiflichen Ueberlegung und im Hinblick auf die heutige Weltlage muß man zu der Ansicht kommen, die Wehrvorlage anzunehmen, nicht in einer Begeisterungs- und Hurrastimmung, sondern in ruhiger, nüchterner Abwägung. Wir erblicken in der Stärke von Heer und Flotte, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten eine gute Friedensgarantie.« Zugleich mahnte er aber auch, dass dem starken Friedenswillen, der doch bei allen Mächten, vor allem aber in Deutschland, spürbar sei, von der Diplomatie Ausdruck verliehen werden müsse.

Um den nationalen Zusammenhalt zu stärken, forderte Haas zudem eine integrative Sozialpolitik gegenüber der Arbeiterschaft. »[B]esser als die stärksten Rüstungen ist in Zeiten der Not ein fest ausgeprägtes Nationalgefühl.« Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft war für ihn Friedenspolitik, so seine Stellungnahme in der Auseinandersetzung um das preußische Dreiklassenwahlrecht. In der anschließenden Aussprache wurde Ludwig Haas vom sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, Stadtrat und *Volksfreund*-Chefredakteur Wilhelm Kolb in seiner gegen Preußen (»neben Rußland der reaktionärste Staat der ganzen Zeit«) gerichteten Bündnispolitik zwischen Liberalen und Sozialdemokratie explizit unterstützt. Auch Kolb vertrat unter »stürmischem Beifall« des Publikums die Ansicht, »daß eine gedeihliche Politik in Deutschland nur möglich ist durch Zusammenarbeit von Liberalismus, Demokratie und Sozialdemokratie«.

In der hier zitierten Debatte finden sich die politischen Überzeugungen und programmatischen Leitlinien, die für Ludwig Haas auch im Weiteren maßgeblich waren: das sozialpolitische Engagement, die kausale Verbindung zwischen Rüstungs- und Friedenspolitik, die Forderung nach inneren Reformen zur Stärkung der nationalen Einheit, sein deutscher Patriotismus und das Bemühen um einen Ausgleich von den Nationalliberalen bis zur gemäßigten Sozialdemokratie. Dass diese Positionen auch in der Öffentlichkeit mit Ludwig Haas Namen verbunden wurden, war zuletzt sicherlich auch seiner rhetorischen Begabung zu verdanken.

Auch die badische Landespartei profitierte von diesem klaren Profil ihres prominenten Mitglieds. Insofern bedeutete der »Wechsel nach Berlin« keinen politischen Verlust. Dies zeigte sich bei der »ordentlichen Landesversammlung« der FVP in der Turn- und Festhalle der Stadt Baden-Baden, bei der Ludwig Haas am 19. Mai 1912 zu den Delegierten sprach.¹⁴¹ Der *Badische Landesbote* hatte es zuvor ein starkes Zeichen für den Aufstieg des badischen Fortschritts genannt, dass nun zwei badische Volks-

¹⁴¹ »Die Landesversammlung der Fortschritt. Volkspartei in Baden«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 117, 21.05.1912, Bl. 1, S. 1 f.

vertreter über ihre Arbeit in Berlin Bericht ablegen könnten.¹⁴² Aufmerksamkeit erzielte die Rede auch deshalb, weil Haas in der jüngsten Affäre für die elsässische Bevölkerung und gegen Kaiser und Reichskanzler Stellung bezog.¹⁴³ In den folgenden Jahren avancierte er immer mehr zum Sprachrohr der Berliner Fraktion in der badischen FVP und gewann dadurch auch in der Heimat weiter an Bedeutung. 1914, kurz vor Ausbruch des Krieges, beschloss sein Referat über »Reichspolitik und Reichstag« die letzte große Landesversammlung in der Geschichte der Fortschrittlichen Volkspartei.¹⁴⁴

Selbst während des Ersten Weltkrieges blieb der Kriegsfreiwillige Haas im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin in Baden und Karlsruhe präsent. Die Karlsruher Bürger konnten im November 1914 der Presse die Meldung entnehmen, dass Haas als Vizefeldwebel der Landwehr das Eiserne Kreuz erhalten hatte¹⁴⁵ und im Frühjahr darauf erhielten sie Nachricht von seiner Beförderung zum Leutnant¹⁴⁶. Auch wenn er seit 1912 vornehmlich für die großen liberalen Blätter – die *Vossische* und *Frankfurter Zeitung*, sowie als Mitarbeiter für das *Berliner Tageblatt* – schrieb, wandte sich Haas immer wieder direkt an die Karlsruher Bevölkerung,¹⁴⁷ und ebenso wenig gab er seine lokale Vortragstätigkeit auf. Während seines Fronturlaubs anlässlich der Reichstags-sitzungen beteiligte sich Haas am 23. November 1914 am »Vaterländischen Familienabend« der FVP, eine der ersten Versammlungen der Partei seit Ausbruch des Krieges.¹⁴⁸ Im März 1916 sprach er auf einer öffentlichen Kundgebung zum Thema »Der Weltkrieg, das deutsche Volk und die Zukunft Deutschlands«.¹⁴⁹ Im Oktober 1918

¹⁴² »Dem Parteitag zum Gruß!«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 115, 1. Blatt, S. 1.

¹⁴³ Vgl. »Die Kaiserrede in Straßburg und die Fortschrittliche Volkspartei. Eine Reichstagsrede des Abg. Dr. Ludwig Haas«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 116, 19.05.1912, Bl. 1, S. 2, u. »Die Kaiserworte in Straßburg. Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Haas zum Etat des Reichskanzlers«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 40, Nr. 125, 31.05.1912, Bl. 2, S. 1 f. Vgl. RT STEN. BER., 13. LP, 1. Session, Bd. 285, 64. Sitzung v. 17.05.1912, S. 2073–2075. – Im Kontext verschiedener deutsch-französischer Zwischenfälle hatte Kaiser Wilhelm II. dem Straßburger Oberbürgermeister Rudolf Schwander bei seinem Besuch aus Frust über die vermeintliche Undankbarkeit der Bevölkerung damit gedroht, die Verfassung »in Scherben« zu schlagen und das Elsass Preußen einzuverleiben. – Auch nach der Zabern-Affäre bezog Haas für die Bevölkerung des Elsass Stellung. Vgl. seine Beteiligung an einer FVP-Versammlung am 19. Januar 1914 (Chronik Karlsruhe 1914, S. 85).

¹⁴⁴ Vgl. »Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Baden«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 42, Nr. 115, 17.05.1914, Bl. 1, S. 1 f., hier S. 2.

¹⁴⁵ In der Rubrik »Amtliche Nachrichten«, in: BADISCHER BEOBACHTER, Jg. 52, Nr. 312, 10.11.1914, S. 2.

¹⁴⁶ »Parlamentarier im Felde«, in: KARLSRUHER TAGEBLATT, Jg. 112., Nr. 38, 07.02.1915, Bl. 1, S. 2.

¹⁴⁷ Vgl. bspw. L. HAAS, »Haß gegen das französische Volk?«, in: KARLSRUHER TAGEBLATT, Jg. 112, Nr. 74, 15.03.1915, S. 1, u. DERS., »Nochmals Kriegszielfragen«, in: ebd., Jg. 115, Nr. 174, 25.06.1918, Bl. 1, S. 1 f.

¹⁴⁸ »Vaterländischer Familienabend der Fortschrittlichen Volkspartei«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Jg. 42, Nr. 273, 24.11.1914, S. 3.

¹⁴⁹ Ankündigung in: BADISCHE LANDESZEITUNG, Jg. 75, Nr. 126, 16.03.1916, Mittagsbl., S. 4. Mittlerweile war Haas Leiter des Dezernats für jüdische Angelegenheiten im Generalgouvernement Warschau geworden.

kehrte er unter dem Eindruck der sich abzeichnenden Umwälzungen nach Karlsruhe zurück und bezog in seinem Vortrag über die »Deutsche Politik in Gegenwart und Zukunft« sogleich Stellung dazu.¹⁵⁰ In der Revolutionszeit war Haas als badischer Innenminister an führender Stelle verantwortlich¹⁵¹ und auch parteipolitisch blieb er in Karlsruhe aktiv. Er trat die Nachfolge von Professor Reinhold Helbing als Vorsitzender des Ortsvereins der Fortschrittlichen Volkspartei an¹⁵² und hielt im August 1920 – mittlerweile als Mitbegründer der neuen DDP – vor der versammelten Prominenz der Stadt den Festvortrag am Verfassungstag.¹⁵³

Nach fast zwanzig Jahren im Dienste seiner Wahlheimat war Ludwig Haas in Karlsruhe an höchster Stelle angelangt und hatte den demokratischen Neuanfang Badens mit eingeleitet. Und doch trat er am 4. August 1920 von seinem Amt als Staatsrat und Minister ohne Geschäftsbereich zurück¹⁵⁴, um in der Folge noch mehr in der Reichspolitik Verantwortung zu übernehmen. Ludwig Haas' Aufstieg in Karlsruhe geriet dadurch bald in Vergessenheit, obgleich er hier nicht nur den Grundstein seiner eigenen politischen Karriere gelegt, sondern sich ebenso um seine Heimat verdient gemacht hatte.

¹⁵⁰ Ankündigung in: KARLSRUHER TAGEBLATT, Jg. 115, Nr. 296, 25.10.1918, Bl. 1, S. 3; Bericht »Deutsche Politik in Gegenwart und Zukunft«, in: ebd., Nr. 299, 28.10.1918, Bl. 1, S. 3.

¹⁵¹ Vgl. dazu den Beitrag von Michael Braun in diesem Band.

¹⁵² Chronik Karlsruhe 1918–19, S. 139.

¹⁵³ Vgl. Chronik Karlsruhe 1920–23, S. 219.

¹⁵⁴ Vgl. ebd., S. 41.

Auf der Berner Verständigungskonferenz von 1913. Ludwig Haas, die Sozialdemokratie und die deutsch- französischen Beziehungen

Das Jahr 1913 hat nachgeborene Generationen fasziniert. Bis ins 21. Jahrhundert hinein haben die letzten Monate vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges Menschen zum Nachdenken und Schreiben angeregt. Einen wahren »Erinnerungs-Hype« attestieren Ute Daniel und Christian K. Frey für die Zeit des einhundertsten Jahrestages, zu dem Literaten und Wissenschaftler Bestseller veröffentlichten, die den »Sommer des Jahrhunderts« skizzierten.¹ Aufbrüche und Krisenwahrnehmungen verdichteten sich in der Rückschau zu Interpretationen der europäischen Diplomatie und Politik auf dem Weg in die Urkatastrophe Europas. Neben den Fragen nach Kriegsbereitschaft und Antizipation des militärischen Konflikts bildete sich ein großes Erkenntnisinteresse besonders deutlich ab: Wie vermeidbar war der ›Große Krieg‹?²

Auch für Ludwig Haas stellte das Jahr 1913 einen Referenzpunkt dar, den er selbst über einen langen Zeitraum hinweg – im Grunde sein ganzes politisches Leben seit Ausbruch des Krieges – immer wieder bemüht hat. In seinen Beiträgen zur internationalen Friedenssicherung, zur Haltung der liberalen und bürgerlichen Politik gegenüber der Sozialdemokratie und zu den deutsch-französischen Beziehungen hat er regelmäßig nicht auf das ganze Jahr, aber auf die »Verständigungskonferenz« hingewiesen, die vom 11.-13. Mai 1913 in Bern stattfand. Das Treffen deutscher und französischer Parlamentarier rund 14 Monate vor Ausbruch des Krieges verankerte sich in den folgenden eineinhalb Jahrzehnten in Haas' politischem Denken als gewichtiges Argument.³ Parlamentarismus und deutsch-französische Annäherung; wenn man diese beiden Entwicklungen ernst genommen hätte, dann, so der badische Innenminister Ludwig Haas in einer Rede im Dezember 1918, hätte der Krieg vermieden werden können.⁴ Wörtlich heißt es: »Wenn man die Parlamente vor der Kriegserklärung in voller Wahrheit nochmals über alles unterrichtet und wenn man nochmals die Vertreter der Parlamente zu Vergleichsverhandlungen hätte zusammentreten lassen, dann wäre nach meiner Überzeugung der Krieg nicht ausgebrochen.«⁵

¹ U. DANIEL/C. K. FREY, Einleitung, 2016, S. 8–13, Zitat S. 8 mit Verweis auf F. ILLIES, 1913, 2015; vgl. auch D. MARES (Hrsg.), Das Jahr 1913, 2014.

² Beispielhaft die Debatte über C. M. CLARK, Die Schlafwandler, 2013.

³ Grundlage dieses Artikels sind die Zeitungsartikel und unveröffentlichten Reden, die sich im Nachlass von Ludwig Haas erhalten haben und nun im Jüdischen Museum Berlin eingesehen werden können (im Folgenden zitiert als JMB, LH). Vgl. JMB, LH, I.1. Zeitungs- und Zeitschriftenartikel von Haas, und III.1. weitere Schriften von Haas. Einzelverweise im Text.

⁴ L. HAAS, [Redemanuskript ohne Titel], 28.12.1918, in: JMB, LH.

⁵ Ebd.

Als Leitmotiv seiner politischen Argumentation verdienen die drei Tage in der Schweiz die Aufmerksamkeit dieses biographischen Bandes. Die Geschichtswissenschaft hat die Berner Tagung unabhängig von der Person Ludwig Haas als Thema des internationalen Pazifismus, als Beleg für einen generationellen Wandel der Sozialdemokratie und als Versuch der Entspannung in den deutsch-französischen Beziehungen diskutiert.⁶ Diese Schwerpunkte erweisen sich auch für die Interpretation der persönlichen Bedeutung der Tagung als sinnvoll. Daher gliedert sich der nachfolgende Beitrag in drei Teile und ein kurzes Fazit.

Zunächst soll das Zustandekommen der Berner Verständigungskonferenz beschrieben und die Besonderheit einer Parlamentarierkonferenz herausgearbeitet werden. Die Frage der Heeresreform und Heeresvorlage dominierte die parlamentarischen Debatten in Deutschland und Frankreich im Frühjahr 1913.⁷ Die daraus resultierende Spannung zwischen beiden Staaten führte nicht nur dazu, dass intensiver über einen möglichen Krieg gesprochen wurde. Vielmehr bemühten sich auch die unterschiedlichen Friedensorganisationen noch einmal darum, Möglichkeiten der internationalen Verständigung auszuloten »Erfolge am Abgrund« hat das der Historiker Karl Holl in seinem Band zum Pazifismus in Deutschland genannt.⁸ Doch ein bilaterales Treffen deutscher und französischer Parlamentarier hatte es bis 1913 noch nicht gegeben.⁹

In Bern diskutierten französische und deutsche Abgeordnete mit- und untereinander. Während die französischen Teilnehmer ein breites Parteienspektrum von der Mitte bis zur radikalen Linken abbildeten, waren aus Deutschland vor allem Sozialdemokraten und Vertreter des Linksliberalismus erschienen. Handelte es sich um eine sozialistische Veranstaltung? Die anwesenden Deutschen, auch Ludwig Haas, haben die Berner Konferenz immer als eine parteiübergreifende Veranstaltung beschrieben. Dabei zeichnete sich vor allem eine neue Wahrnehmung der Sozialdemokratie ab. Die neue Generation deutscher Sozialdemokraten schien sich von ihrer weltrevolutionären Zielsetzung zu verabschieden und stattdessen einem nationalen bürgerlichen Wertehorizont deutlich näher zu stehen, als dies die ältere Generation der Sozialisten vom Schlage Bebel und Bernsteins getan hatte.¹⁰ Die Haltung Ludwig Haas' ge-

⁶ Den besten Überblick gibt A. HANSCHMIDT, *Parlamentarierkonferenzen*, 1975; für die institutionellen Hintergründe H. MAUERMANN, *Friedensbüro*, 1990; für die personellen Auseinandersetzungen K. HOLL, *Ludwig Quidde*, 2007; zu den Reaktionen in Frankreich G. ZIEBURA, *Die Deutsche Frage*, 1955; eingeordnet in die Entwicklung des deutschen bzw. internationalen Pazifismus K. HOLL, *Pazifismus*, 1988; R. CHICKERING, *Imperial Germany*, 1975.

⁷ Einer klassischen Darstellung, vgl. A. HANSCHMIDT, *Parlamentarierkonferenzen*, 1975, S. 335 f., widerspricht in Hinblick auf das Auswärtige Amt und die Möglichkeit für eine Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen im Frühjahr 1913 F. KIERLING, *Gegen den »großen« Krieg?*, 2002, S. 193–206.

⁸ K. HOLL, *Pazifismus*, 1988, S. 94–102.

⁹ A. HANSCHMIDT, *Parlamentarierkonferenzen*, 1975, S. 340; W. EISENBEISS, *Friedensbewegung* 1980, S. 59–61; auch wenn interparlamentarische Zusammenarbeit schon einen längeren Vorlauf besaß, vgl. R. UHLIG, *Interparlamentarische Union*, 1988.

¹⁰ W. MÜHLHAUSEN, »Völker, hört die Signale?«, 2014, S. 169–192; vgl. auch F. BOLL, *Frieden ohne Revolution?*, 1980, S. 80–86.

genüber der SPD, die in einem zweiten Teil diskutiert wird, erklärt sich zum einen aus einer grundsätzlichen Offenheit des Linksliberalismus gegenüber der Sozialdemokratie. Gleichzeitig weist seine Wahrnehmung auf die politischen Traditionen im Großherzogtum Baden hin, wo Nationalliberale, Fortschrittspartei und Sozialdemokratie einen »Großblock« gegen das Zentrum bildeten.¹¹

Bern erwies sich, wie im dritten Teil geschildert, als wesentliches Ereignis in Haas' Interpretation der Kriegsschuld. Für ihn war die Verständigungskonferenz ein Beleg für die französische Bereitschaft, den Konflikt über Elsass-Lothringen und daraus folgend alle weiteren politischen Fragen friedlich zu lösen.¹² Die Parlamentarier in Bern dienten als Nachweis für die Friedfertigkeit des französischen Volkes. Der Krieg wurde für Haas in Umkehrung einer solchen Argumentation nicht nur in Deutschland sondern auch in der französischen Republik zu einem Werk einiger »Chauvinisten«, die den eigentlichen Volkswillen ignorierten.¹³

In den politischen Schriften von Ludwig Haas finden sich viele Verweise auf die Berner Verständigungskonferenz. Der Mai 1913 stellt eine Konstante in seinem politischen Denken dar. Ein kurzer Ausblick auf die Abhandlungen zu Internationalismus und Völkerrecht soll als Fazit abschließend demonstrieren, dass sich in seiner Interpretation der Parlamentarierkonferenz auch Konjunkturen und Dynamiken identifizieren lassen. Der Kriegsausbruch, der Versailler Friede und die außenpolitischen Entwicklungen der frühen Weimarer Republik haben die Argumente, die Haas in Zusammenhang mit dem Jahr 1913 gebrauchte, verändert. Vor allem im Zusammenhang mit der Friedensnote des amerikanischen Präsidenten Wilson vom Dezember 1916 sah Haas eine Chance für eine internationale Friedensordnung. Doch dieser kurze Moment des Internationalismus verflieg Anfang des Jahres 1919 und mit ihm Ludwig Haas' Vertrauen in internationale Organisationen, wie sie seit diesem Zeitpunkt bestanden.

1. Die Berner Tagung als bilaterale Parlamentarierkonferenz

Ludwig Haas berichtete unmittelbar im Anschluss an die Veranstaltung mit großem Enthusiasmus von der Berner Verständigungskonferenz. In seinem Artikel im *Berliner Tageblatt* vom 15. Mai 1913 hieß es: »In Bern war das ein Augenblick von wahrhaft überwältigender Größe, wie ich ihn nie erlebt habe. Alles stand unter dem Gefühl eines großen und bedeutungsvollen Geschehens.« In der euphorischen Beschreibung Haas' vermenigte sich die Aura der Veranstaltung mit den politischen Äußerungen, die in Bern in Form einer deutsch-französischen Abschlusserklärung formuliert worden wa-

¹¹ J. BERTRAM, *Wahlen*, 1964, S. 48–79; K. HOLL, *Ludwig Quidde*, 2007, S. 126–143, besonders S. 137–139.

¹² L. HAAS, *Frankreich, Gib nicht Worte, gib Taten!*, 1924; für weitere Verweise vgl. unten Kapitel 3.

¹³ DERS., »Die Berner Verständigung«, in: *BERLINER TAGEBLATT*, Jg. 42, Nr. 240, 15.05.1913; DERS., »Die Baseler Tagung«, in: *BERLINER TAGEBLATT*, Jg. 43, Nr. 275, 03.06.1914.

ren. Die historische Bedeutung der Konferenz sei nicht in Worte zu fassen, »könnte man aber die Gefühle jener Minuten mitteilen und verbreiten, dann wäre keinerlei Arbeit für die Verständigung zwischen Kulturnationen mehr zu leisten.« In seinem Artikel attestierte Haas den französischen und deutschen Abgeordneten inhaltlich gute Arbeit. »Bleibende Werte« seien durch die gemeinsame deutsch-französische Erklärung geschaffen worden. »Kleinlichen Nationalisten« und »chauvinistischen Verführern« seien nun jedwede Gründe für ihre Agitation genommen. Alle Deutschen, die denken und sehen wollten, wären seit Bern von der Friedensbereitschaft Frankreichs überzeugt. Haas wörtlich: »Der glückliche Tag hat viel Aberglauben zerstört und gibt uns eine Waffe gegen die bössartigen Narren, die den Aberglauben und die Vorurteile ewig zwischen Frankreich und Deutschland bestehen lassen möchten.«¹⁴

Vergleicht man diese überschwängliche Beurteilung mit den Zahlen der Veranstaltung, überrascht die Euphorie. Lediglich 34 der fast 400 deutschen Abgeordneten im Reichstag von 1912/13 waren der Einladung nach Bern gefolgt. Die Sozialdemokraten bildeten mit 25 Abgeordneten die größte Delegation. Dazu gesellten sich sechs Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei, von denen Ludwig Haas einer war. Bei den noch fehlenden deutschen Teilnehmern handelte es sich um zwei Abgeordnete der elsass-lothringischen Zentrumsparlei sowie einen Dänen.¹⁵ Von einem repräsentativen Parteienquerschnitt des Deutschen Reichstags konnte keine Rede sein.

Und auch die Reaktionen der politischen Öffentlichkeit relativieren eine allzu optimistische Einschätzung. So urteilte die konservative Presse in Deutschland, bei dem Treffen handele es sich um eine »famose Schildbürgerkonferenz«,¹⁶ »etwa wie das Hornberger Schießen«, deren Ergebnisse »kümmerlich« ausfallen müssten.¹⁷ Die deutsche und die französische Rechte unterstellten, Bern sei eine sozialistische Kundgebung, wobei die französischen Nationalisten besonders gegen »den Verrat« der radikalen Abgeordneten an Elsass-Lothringen polemisierten.¹⁸

Die Berliner Satirezeitschrift *Kladderadatsch* stellte der in Bern demonstrierten Friedensbereitschaft ein ganz anderes Frankreichbild entgegen. Auf dem Titelblatt des letzten Mai-Heftes war unter der Überschrift »Zum Berner Friedenskongreß« eine Kuh auf einer Alm gezeichnet, die vor dem Hintergrund einer (Schweizer) Berglandschaft nackte Menschenkinder an ihrem Euter trinken ließ. (Abbildung). Die Karikatur war mit einer Unterschrift in Versform versehen: »Saugt, Kinder, saugt! Die alte Qual bleibt ewig, was man auch verhandelt! Es wird zuletzt, ob's auch fatal, die Milch der frommen Denkart mal in gärend Drachengift verwandelt.«¹⁹ Die Anspielung der

¹⁴ DERS., »Die Berner Verständigung«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 42, Nr. 240, 15.05.1913.

¹⁵ A. HANSCHMIDT, *Parlamentarierkonferenzen*, 1975, S. 334; vgl. dazu auch die Liste in: Stenographisches Protokoll der deutsch-französischen Verständigungskonferenz, 1913, S. 27–45. Im Folgenden zitiert als Stenographisches Protokoll Bern, 1913.

¹⁶ Zitiert in der Rede von Franz Xaver Haegy, in: Verhandlungen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, Bd. 289, 135. Sitzung v. 09.04.1913, S. 4593.

¹⁷ NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG (Kreuzzeitung), Nr. 218, 13.05.1913, und Nr. 221, 15.05.1913.

¹⁸ G. ZIEBURA, *Deutsche Frage*, 1955, S. 150 f.

¹⁹ KLADDERADATSCH, Nr. 21, 25.05.1913, Erstes Beiblatt.

Zum Berner Friedenskongress



Saugt, Kinder, Jungt! Die alte Qual
bleibt ewig, was man auch verbandelt!
Es wird zulezt, ob's auch fatal,
Die Milch der frommen Denkart mal
In gärend Trachengift verwandelt.

Berliner Satiriker auf Friedrich Schillers Drama »Wilhelm Tell« übersetzte sich in einen direkten Vorwurf an die französische Politik. Die Überzeugung, dass selbst »der Frömmste nicht in Frieden leben« könne, »wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt«, hatte in Schillers Drama dazu geführt, dass der bis zu diesem Zeitpunkt friedliebende Tell zur Notwehr griff und seine fromme Denkart, das Vertrauen in die Zusage des Vogts Herrmann Gessler, sich in gärend Drachengift verwandelte und er den Tyrannen an der hohlen Gasse bei Küßnacht tötete. »Meine Gedanken waren rein von Mord – Du hast aus meinem Frieden mich heraus geschreckt.« War den Versprechen der französischen Abgeordneten in Bern nicht genauso wenig zu trauen, wie der Zusage des Vogts Hermann Gesslers, der sich an keine seiner Vereinbarungen mit Wilhelm Tell gehalten hatte und daher durch den Pfeil des Schweizer Nationalhelden gestorben war?²⁰ Musste diesem »unwürdigen Friedensgesäusel« nicht die »Zwecklosigkeit solcher Friedenskundgebungen« gegenüber französischen Plänen für einen »Rachekrieg« entgegengehalten werden, weil in Frankreich ein Friede auf dem Status quo »indiskutabel« war?²¹

Aber auch wenn die zeitgenössischen Beurteilungen der Verständigungskonferenz auseinander gingen, erregte die Veranstaltung im Mai 1913 einige Aufmerksamkeit in der deutschen und französischen Öffentlichkeit.²² Dieses Interesse erklärte sich vor allem aus dem Format der Konferenz. Der Historiker Alwin Hanschmidt hat die Verständigungskonferenz als einen neuen Typus von Konferenz charakterisiert. Durch die Kombination verschiedener Elemente der bis dahin üblichen internationalen Parteien- und Parlamentarierkonferenzen habe sich in Bern ein ganz neues Format von Veranstaltung herausgebildet.²³

Zustande gekommen war die Konferenz auf Initiative des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank. Dieser hatte sich vor dem Hintergrund der heftigen parlamentarischen Auseinandersetzung über Heeresreform und Heeresvorlagen in Frankreich und Deutschland an den Schweizer Nationalrat gewandt, um eine gemeinsame, parteiübergreifende Veranstaltung zu initiieren.²⁴ Dreizehn Schweizer Parlamentarier hatten die Anregung aufgenommen und im April 1913 ein Einladungsschreiben an die Abgeordneten des Reichstags und des französischen Repräsentantenhauses versandt. Die beiden Heeresvorlagen in Deutschland und Frankreich, so der offizielle Einladungstext, stellten eine solche Gefahr für den Frieden in Europa dar, dass von Seiten der Schweiz den Abgeordneten dieser beiden Länder die Möglichkeit für eine Aussprache auf neutralem Boden eröffnet werden solle.²⁵

²⁰ F. SCHILLER, *Wilhelm Tell*, hrsg. v. G. FRICKE/H. G. GÖPFERT, 1981, S. 1003–1013.

²¹ NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG (Kreuzzeitung), Nr. 218, 13.05.1913, und Nr. 221, 15.05.1913.

²² Zu den Reaktionen auf deutscher Seite existiert keine vergleichbare Arbeit zu G. ZIEBURA, *Deutsche Frage*, 1955; daher basiert diese Beobachtung auf Stichproben aus dem *Berliner Tageblatt* und der *Neuen Preussischen Zeitung* (Kreuzzeitung).

²³ A. HANSCHMIDT, *Parlamentarierkonferenzen*, 1975, S. 340.

²⁴ Ebd.

²⁵ Stenographisches Protokoll Bern, 1913, S. 3 f.

Die Veranstalter der Konferenz bezeichneten den Kongress in Bern als Parlamentarierkonferenz. Der Schweizer Nationalrat Robert Grimm sagte bei der Eröffnung am 12. Mai: »Der Charakter der Konferenz ist ein parlamentarischer.«²⁶ Diese Formulierung markierte Anspruch und Abgrenzung zugleich. Denn seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hatten sich sehr unterschiedliche Veranstaltungsformen herausgebildet, auf denen über die Möglichkeiten der internationalen Friedenssicherung debattiert wurde. Auf den internationalen Konferenzen in Den Haag 1899 und 1907 hatten in erster Linie akkreditierte Diplomaten auf Einladungen von Regierungsvertretern über den Frieden verhandelt.²⁷ Allerdings wurden die Haager Friedenskonferenzen auch sehr zahlreich von Mitgliedern von Nichtregierungsorganisationen besucht. Bertha von Suttner stellt das wohl bekannteste Beispiel auf deutscher Seite dar, die am Rande der Konferenz von 1899 auf Vertreter aus Diplomatie, Politik und auch Öffentlichkeit traf.²⁸ Das große Interesse der Öffentlichkeit und die – durchaus unterschiedliche – Bereitschaft der Diplomaten, sich mit von Suttner und anderen nicht-akkreditierten Mitgliedern auszutauschen, führten dazu, dass die Grenzen zwischen Botschafterkonferenz und Friedenskongress verschwammen. Die Historikerin Verena Steller hat die Annäherung von »Friedensprofis« und »Friedensamateuren« anhand der Person des französischen Abgeordneten Paul d'Estournelles de Constant veranschaulicht. Bis 1894 im diplomatischen Dienst wurde d'Estournelles de Constant in der Folgezeit eine der herausragenden Persönlichkeiten der französischen Friedensbewegung. Auf den Konferenzen 1899 und 1907 verstand er sich als Mediator zwischen Politik, Diplomatie und Pazifismus. Steller schreibt: »Für D'Estournelles liefen internationale Beziehungen der Staaten über internationale Beziehungen zwischen Menschen, besser noch: Repräsentanten ihres Gemeinwesens und dies offensichtlich nicht mehr allein über offiziell-mandatierte diplomatische Vertreter, sondern auch über die vom Volk gewählten, in gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen Beziehungen arbeitenden Akteure.«²⁹

Paul d'Estournelles de Constant war auch 1913 auf der Verständigungskonferenz in Bern eine zentrale Persönlichkeit, die in seiner Ansprache ganz offiziell auf großer Bühne und durch Verhandlungen zwischen den Abgeordneten sehr effizient im Hintergrund wirkte.³⁰ Vergleicht man Den Haag mit Bern, so wird allerdings deutlich, dass es auf der Schweizer Verständigungskonferenz nicht darum ging, das Spektrum politischer Vertreter, die über den Frieden mitreden durften, über eine Gruppe

²⁶ Ebd., S. 7.

²⁷ Zu den beiden Konferenzen J. DÜLFFER, *Regeln gegen den Krieg?*, 1981; zur kriegsvölkerrechtlichen Dimension D. MARC SEGESESSER, *Recht statt Rache*, 2007, S. 123–142; für die in diesem Zusammenhang wichtige kulturgeschichtlich-revisionistische Perspektive vgl. V. STELLER, *Angesicht zu Angesicht*, 2011, S. 231–360.

²⁸ B. v. SUTTNER, *Der Kampf*, 1917; DIES., *Memoiren*, 1965.

²⁹ V. STELLER, *Angesicht zu Angesicht*, 2011, S. 291–92.

³⁰ K. HOLL, Ludwig Quidde, 2007, S. 152 f.; vgl. dazu auch die Einschätzung des Korrespondenten des *Berliner Tageblatts* in seinem Bericht: »Die Berner Verständigungskonferenz«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 42, Nr. 236, 13.05.1913.

akkreditierter Diplomaten hinaus zu erweitern. Vielmehr beanspruchten die Abgeordneten, eine neue und andere legitime Form der außenpolitischen Konferenz darzustellen.

In diesem Verständnis grenzten sich die Teilnehmer der Konferenz in Bern zunächst einmal ganz bewusst von anderen Formen der Veranstaltung ab. So verstanden die Abgeordneten die Konferenz nicht als parteipolitische Veranstaltung. »Ohne Unterschied der Partei«, so hob der Nationalrat Grimm hervor, habe man eingeladen. Und auch von Seiten der Sozialdemokratie wurde eine solche Lesart unterstützt. August Bebel beteuerte in seiner Rede gleichermaßen, dass er als Ältester der deutschen Delegation, »ohne Unterschied der Partei« für »die ganze deutsche Delegation« spreche.³¹

Die Parlamentarier in Bern distanzieren sich darüber hinaus von dem Format einer internationalen Friedenskonferenz, wie sie im Rahmen der europäischen Friedensbewegungen üblich war. Grimm sagte: »Es handelt sich heute nicht um eine allgemeine Friedenskundgebung.« Vielmehr habe man bewusst davon abgesehen, Vertreter aus Landtagen, Wissenschaft, Kultur oder Presse einzuladen. Im Originalton Grimms lautete diese Einschränkung: »Man hat vorgeschlagen, die Herren Vertreter der deutschen Landtage, die Männer der Wissenschaft, Literatur und Kunst zu der heutigen Tagung einzuladen und endlich wurde gewünscht, es sei den Herren Journalisten Gelegenheit zu geben, sich gleichzeitig mit den Parlamentariern in Bern zu versammeln.« Doch ein solches Ansinnen sei »mit Rücksicht auf den Zweck der Konferenz« ausgeblieben.³² Bern war kein Kongress der Deutschen Friedensgesellschaft oder des Internationalen Friedensbüros, obgleich erstere durch Ludwig Quidde vertreten war und letztere Grußworte und finanzielle Unterstützung schickte.³³

Besonders deutlich machen die Veranstalter dagegen zwei Charakteristika, die die Verständigungskonferenz als neuen Typus von Verhandlungen charakterisieren sollten. Zum einen hoben die Vertreter den bilateralen Charakter der Veranstaltung hervor. August Bebel sagte in seiner Rede über Bern: »[Es] ist das erste Mal, dass eine Konferenz dieser Art wie die heutige zwischen den Vertretern der beiden Nationen stattfindet.« Andere internationale Formate habe es bereits öfter gegeben, aber französische und deutsche Abgeordnete hätten in dieser Form noch nie zusammengearbeitet: »Heute zum erstenmal – und insofern ist dieser Tag ein großer historischer Tag ... – sind die Vertreter der beiden Nationen, die leider schon seit Jahrhunderten sich nur zu oft als Feinde gegenübergestanden haben, hier zusammengetreten, um Mittel und Wege zu suchen, um endlich zwischen den beiden ersten Kulturnationen Europas ein freundliches Nebeneinanderleben und ein freundliches Verste-

³¹ Stenographisches Protokoll Bern, 1913, S. 7 (Grimm), und S. 15 (Bebel).

³² Ebd., S. 7 (Grimm).

³³ K. HOLL, Ludwig Quidde, 2007, S. 152 f., Grußwort des Internationalen Friedensbüros, in: Stenographisches Protokoll Bern, 1913, S. 27; für die Zurückhaltung von Seiten des Friedensbüros vgl. H. MAUERMANN, Friedensbüro, 1990, S. 53–62.

hen zu erreichen.«³⁴ Das Protokoll vermerkte große Zustimmung und Beifall aus dem Plenum.³⁵

Bern war keine diplomatische Konferenz mit akkreditierten Vertretern der Außenpolitik. Die Verständigungskonferenz war kein internationaler Kongress verschiedener Fachvertreter. Für Bern – und dies ist neben dem bilateralen Charakter das herausragende Merkmal – qualifizierte man sich Kraft des Mandats als Abgeordneter eines der beiden Parlamente.³⁶ Bebel sprach von einer deutschen Delegation, die er repräsentiere.³⁷ Conrad Hausmann versicherte, die Überzeugungen der Abgeordneten des deutschen Reichstags vertreten zu können.³⁸ In diesem Sinne hat auch Ludwig Haas die Berner Verständigungskonferenz als einen Ausdruck parlamentarischen Selbstbewusstseins verstanden. Er schrieb: »Man wird aus der Zusammenkunft der Parlamentarier zweier Länder vielleicht bessere Schlüsse ziehen können als aus der Zusammenkunft von Fürsten.«³⁹ Für Haas formulierte die Verständigungskonferenz den Anspruch der Parlamente, bei der Friedenssicherung mitsprechen zu dürfen. Statt einer Kabinettpolitik, die früher oder später zu dem befürchteten militärischen Konflikt führen würde, wollte er die Mitsprache des Reichstags in der Außenpolitik. Bereits 1912 hatte er geschrieben: »Ohne Parlamentarismus wäre Politik die Geheimwissenschaft der Hofbeamten.«⁴⁰ Die Berner Konferenz als Parlamentarierkonferenz formulierte in diesem Sinne den Anspruch des Parlaments auf mehr Mitspracherecht in den internationalen Beziehungen.⁴¹

Das liberale *Berliner Tageblatt* hatte unter dem Titel »Geht nach Bern!« die Konferenz sinngemäß als ein wichtiges Experiment bezeichnet. Doch zugleich hatte der Artikel einschränkend bemerkt: »Handelt es sich dabei um mehr als utopische Wünsche? Kann man dem ehernen Rad der Zeit in die Speichen fallen?«⁴² Obwohl der Autor die Antwort auf diese Frage offen ließ, seien an dieser Stelle zwei Beobachtungen angeführt, die belegen, wie offen Erfolge oder Misserfolge eines solchen neuen Veranstaltungstyps waren. Die Einladung der Schweizer Nationalräte war an die Abgeordneten des deutschen Reichstags gegangen. In den einzelnen Fraktionen hatten die Parteien mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen darüber diskutiert, ob man den Parteigenossen empfehlen sollte, nach Bern zu gehen.⁴³ Im Reichstag selbst hatte am Rande der Debatte über die Heeresvorlage am 9. April 1913 eine Diskussion über das Format einer bilateralen Parlamentarierkonferenz stattgefunden. Franz Xaver Haegy,

³⁴ Stenographisches Protokoll Bern, 1913, S.16.

³⁵ Ebd.

³⁶ Dies gilt trotz der Ausnahme Ludwig Quidde, der zu diesem Zeitpunkt nur über ein Landtagsmandat des bayerischen Landtags, aber kein Reichstagsmandat verfügte, vgl. K. HOLL, Ludwig Quidde, 2007, S. 126–143.

³⁷ Stenographisches Protokoll Bern, 1913, S.15.

³⁸ Ebd., S. 17 f.

³⁹ L. HAAS, »Die Berner Verständigung«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 42, Nr. 240, 15.05.1913.

⁴⁰ DERS., Parlamentarismus, 1912.

⁴¹ Diese Lesart auch bei A. HANSCHMIDT, Parlamentarierkonferenzen, 1975, S. 350.

⁴² »Geht nach Bern!«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 42, Nr. 182, 11.04.1913.

⁴³ A. HANSCHMIDT, Parlamentarierkonferenzen, 1975, S. 341–345.

Abgeordneter des elsass-lothringischen Zentrums, forderte, dass man der Einladung nach Bern folgen solle. Dabei formulierte auch er parlamentarisches Selbstbewusstsein: »Die Parlamentarier aller Länder haben ja zur Frage, ob Krieg oder Frieden, ein gewichtiges Wort mitzusprechen, da sie die Mittel zur Führung des Krieges zu bewilligen haben.«⁴⁴ Auch der SPD-Abgeordnete Ludwig Frank bemüht sich, die Aufmerksamkeit des Reichstags auf die Einladung der Schweizer Nationalräte zu lenken. Da die Heeresvorlage scheitern würde, so argumentierte er, wäre es sehr zu wünschen, dass »der Ruf, der aus dem Schweizerland zu uns und nach Paris dringt, hier eine freundliche Antwort« fände. Er fuhr fort: »Wenn Schweizer Bürger aller Parteien und Richtungen uns ihre ehrlichen Vermittlerdienste anböten, wenn sie uns sagten: kommt herüber auf neutralen Boden und sprecht euch darüber aus, ob nicht eine Verständigung möglich sei, und wenn die Regierung nicht die Initiative ergreift, ist es Sache der Volksvertretung, die Initiative zu ergreifen.«⁴⁵ Der Antisemit Ludwig Werner von der Deutschen Reformpartei widersprach einer solchen Einschätzung. Man habe schon öfter derartige Konferenzen gehabt. Ein praktisches Resultat sei jedoch kaum erreicht worden. Den Anspruch, dass die Konferenz Abmachungen für den Frieden treffen könne, beschrieb er als »eine irrige Auffassung.«⁴⁶

Bern steht in diesem Sinne auch für die Auseinandersetzung über das Mitspracherecht des Reichstags in Fragen der Außenpolitik. Wie es Karl Doormann von der Freisinnigen Volkspartei in Hinblick auf die Rüstungen in Frankreich und Deutschland formulierte: »Es ist ja richtig, ein Parlament befindet sich einer Heeresvorlage gegenüber in einer etwas eigentümlichen Lage.« Zwar habe man nicht genügend militärische Sachverständige unter den Abgeordneten. Und selbst wenn die Abgeordneten im Reichsheer gedient hätten oder auf anderen Wegen ein »warmes Interesse« für das Heer pflegten, sei man dadurch als Parlamentarier noch kein »Militärsachverständiger.« Und dennoch postulierte Doorman: »Gleichwohl können wir uns den militärischen Autoritäten nicht ohne weiteres gefangen geben.« Aufgabe der Abgeordneten sei es vielmehr zu überprüfen, »ob die Forderungen, die von militärischer Seite erhoben werden, sich mit den bürgerlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen vertragen.«⁴⁷

Noch ein zweiter Aspekt kann zur Charakterisierung des neuen Typus der Parlamentarierkonferenz angefügt werden. Ludwig Haas hat die Öffentlichkeit parlamentarischer Debatten als eine wichtige Errungenschaft beschrieben und mit der Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren verglichen: »Was schafft die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens? Die Besten der Nation sitzen nicht im Zuhörerraum. Trotzdem hat die Tatsache der Öffentlichkeit Wunder gewirkt.« Denn das Gerichtsverfahren wäre anders und schlechter ohne die Öffentlichkeit. »Ähnlich löst der Parlama-

⁴⁴ Verhandlungen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, Bd. 289, 135. Sitzung v. 09.04.1913, S. 4593.

⁴⁵ Ebd., S. 4600.

⁴⁶ Ebd., S. 4594.

⁴⁷ Ebd., S. 4585.

asmus schon durch seine Existenz Wirkungen aus, er hat den Staatsbetrieb belebt und kultiviert.«⁴⁸ Doch in Bern galten für die Parlamentarier diplomatische Spielregeln. Lediglich die Eröffnungsansprachen und die Abschlusserklärung wurden öffentlich verlesen. Die rund vierstündigen Debatten der nationalen Delegationen blieben geheim und die Presse spekulierte über Zerwürfnisse und Konflikte.⁴⁹ Dabei hatte das Internationale Friedensbüro in seinen Grußworten versichert, dass die Friedensfreunde der ganzen Welt mit großem Interesse den Verhandlungen in Bern folgen würden.⁵⁰ Doch hier scheinen die Teilnehmer außenpolitische Rücksichten genommen zu haben, die dem Postulat der Öffentlichkeit nicht entsprachen.

Die Berner Friedenskonferenz als erste deutsch-französische Parlamentarierkonferenz passt in keines der zeitgenössischen Raster politischer Veranstaltungen. Es handelte sich nicht um eine Botschafterkonferenz, nicht um eine Parteiveranstaltung und auch nicht um eine Veranstaltung der Friedensbewegung, der Interparlamentarischen Union oder des Verbands für Internationale Verständigung. Vielmehr lassen sich von Seiten der internationalen Organisationen Vorbehalte gegenüber dem Berner Format identifizieren.⁵¹ Als deutsch-französische Parlamentarierkonferenz beanspruchten die Vertreter in Bern trotz der geringen Anzahl der Abgeordneten, die der Einladung gefolgt waren, den nationalen Volkswillen zu vertreten und zwar angemessener als dies Regierungsvertreter, Diplomaten oder Souveräne bisher getan hatten. Ein Auftrag von Seiten einer Regierung oder des Reichstags zu einer solchen Veranstaltung existierte nicht. Vielmehr beanspruchten die anwesenden Abgeordneten das Recht zu einer solchen Veranstaltung, weil die Regierungen nicht ausreichend für den Frieden eingetreten waren.

Was die Möglichkeiten und Verbindlichkeiten einer solchen Konferenz angeht, füllten die Teilnehmer die Erwartungen an die Veranstaltung mit ihren Visionen parlamentarischer Außenpolitik aus. Dies gilt in besonderer Weise für Ludwig Haas, der in Bern seine Vorstellungen deutsch-französischer Verständigungspolitik institutionell verwirklicht sah. Dabei schwang viel von seiner politischen Überzeugung, gleichzeitig aber auch ein großer Anteil Idealismus mit. Bern als Veranstaltung neuen Formats: Wie das *Berliner Tageblatt* schrieb, sei die Verständigungskonferenz »vielen noch als etwas zu Unbestimmtes vorgekommen.«⁵² Doch gerade aufgrund dieser Offenheit und der Fragen in Hinsicht auf das zukünftige Potential einer solchen Veranstaltung erschien die Verständigungskonferenz für Haas attraktiv und geeignet, seine politischen Vorstellungen zu thematisieren.

⁴⁸ L. HAAS, *Parlamentarismus*, 1912.

⁴⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll Bern 1913, sowie die Kommentare in »Die Berner Verständigungskonferenz«, in: *BERLINER TAGEBLATT*, Jg. 42, Nr. 236, 13.05.1913, und »Ein Nachwort zur Berner Verständigungskonferenz«, in: *NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG (Kreuzzeitung)*, Nr. 221, 15.05.1913.

⁵⁰ Stenographisches Protokoll Bern, 1913, S. 27.

⁵¹ H. MAUERMANN, *Friedensbüro*, 1990, S. 53–62.

⁵² »Die Berner Verständigungskonferenz«, in: *BERLINER TAGEBLATT*, Jg. 42, Nr. 236, 13.05.1913.

2. Ludwig Haas und die Sozialdemokratie

In seiner unmittelbaren Beurteilung der Berner Friedenskonferenz sah Ludwig Haas die Zusammenarbeit des Bürgertums mit der Sozialdemokratie neben der Dokumentation des gemeinsamen Friedenswillens als wesentliches Ergebnis der Konferenz. Er schrieb: »Bis jetzt wollte die Sozialdemokratie die internationale Verständigung allein schaffen mit ihrer künftigen Macht und im Glauben an künftige wirtschaftliche Entwicklungen. Gemeinsamen interparlamentarischen Arbeiten hielt sie sich fern.«⁵³ Auf der Verständigungskonferenz aber habe sie zusammen mit den bürgerlichen Parteien gearbeitet. Auf Seiten der SPD sei erkannt worden, so Haas, »daß unsere Zeit diese gemeinsame Arbeit auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und der Völkerannäherung« brauche. Ohne »selbstsüchtigen Zweck« sei auf diesem Weg die Grundlage für eine überparteiliche Zusammenarbeit geschaffen worden.⁵⁴

Wichtige Voraussetzung einer solchen Annäherung in außenpolitischen Fragen war, dies hat Haas ebenfalls betont, ein Umdenken innerhalb der Sozialdemokratie. Dabei ginge es weniger darum, dass sich die Partei von ihren Grundsätzen distanzieren. Vielmehr sollten weltanschauliche Differenzen, vor allem der Ruf nach einer internationalen Revolution, die breite Basis der Verständigung nicht länger gefährden. Über die sozialdemokratischen Abgeordneten in Bern schrieb Haas, sie hätten keinen Versuch unternommen, »Konzessionen an ihre weitergehenden Anschauungen zu erlangen.« Das gemeinsame Ziel der Verständigung habe im Mittelpunkt gestanden.⁵⁵

Die Bereitschaft sozialdemokratischer Abgeordneter zum politischen Umdenken in der Außenpolitik ist in der Geschichtswissenschaft nicht als ein Resultat der Berner Konferenz sondern als ein generationelles Phänomen beschrieben worden. Der Historiker Walter Mühlhausen hat dies u. a. an der Person Friedrich Ebert gezeigt. Statt Ideologen hielten nach der Jahrhundertwende Pragmatiker Einzug in den Parteivorstand der SPD.⁵⁶ Dabei beschränkten sich die Veränderungen nicht allein auf die Personalpolitik. Die neuen Köpfe verweisen vielmehr auf einen tieferen Wandel sozialdemokratischer Politik. Eine neue Generation deutscher Sozialdemokraten habe eine weit größere »Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit in das politische System des Kaiserreichs« besessen als die Vorgängergeneration der Parteigründer. An die Stelle der Ideologie sei »ein Praktizismus, die Hinwendung zum Machbaren« gerückt. Statt Internationalismus und dem damit verbundenen Einsatz für eine sozialistische Internationale entwickelte sich eine selbstbewusste deutsche Arbeiterpartei, die zwar das Vokabular der Internationale beherrschte, die aber »im tiefen Herzen nationale Sozialdemokraten« waren.⁵⁷

Begreift man die Berner Zusammenkunft als Teil dieser grundsätzlicheren Veränderung, muss betont werden, dass dieser Prozess weder in Bern einsetzte noch dort

⁵³ L. HAAS, »Die Berner Verständigung«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 42, Nr. 240, 15.05.1913.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ W. MÜHLHAUSEN, Friedrich Ebert, 2006, S. 58–70.

⁵⁷ DERS., »Völker, hört die Signale!«, 2014, S. 182.

abgeschlossen wurde. Dies hat auch Ludwig Haas so wahrgenommen. Bereits in Reaktion auf die Reichstagswahlen 1912 und die preußischen Landtagswahlen 1913 hatte er sich für eine Zusammenarbeit zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und der SPD ausgesprochen. Der Kampf gegeneinander nütze nur den politischen Gegnern. Haas forderte statt Konkurrenz zwischen Liberalismus und Demokratie eine Zusammenarbeit beider, um die Grundlage für ein neues Staatswesens zu schaffen.⁵⁸

Auch im Anschluss an Bern und die Julikrise hielt Haas an seiner grundsätzlichen Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie fest. Allerdings verlor der Weltkrieg seiner Argumentation eine nationale Färbung. Als sich im Verlauf des Jahres 1917 eine Gruppe radikaler Sozialdemokraten als »sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« gegen die Mehrheit in der SPD stellte und den Kriegskredit von 15 Milliarden Reichsmark ablehnte, da kommentierte Haas, diese Arbeitsgemeinschaft übertreffe die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei sicherlich nicht »an ehrlichem Friedenswillen.« Statt »theoretische Proklamationen« gelte es vielmehr »das Gebot der Stunde« zu befolgen. Die Entwicklung zum vollendeten Parlamentarismus sei nur mit einer Volksvertretung möglich, die zu praktischer Arbeit entschlossen sei. Und dann folgerte der überzeugte Parlamentarier Haas: »Der Parlamentarismus ist für das Vaterland da und nicht das Vaterland für den Parlamentarismus.«⁵⁹

Haas war sich bewusst, dass mit seiner Forderung nach einer Zusammenarbeit zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie ein Tabu des Kaiserreichs berührt wurde. 1913 schrieb er: »Noch schrecken viele vor dieser Lösung zurück.« Sozialdemokratischer »Radikalismus« und bürgerliche Furcht vor der Sozialdemokratie ständen einer Verständigung noch vielfach im Weg.⁶⁰ Mit dieser Formulierung spielte Haas nicht nur auf die konservativen Parteien, sondern auch auf die Nationalliberalen an, die sich in Hinsicht auf eine Kooperation mit der Sozialdemokratie schwer taten. Am Ende des Krieges hatte sich an diesen Vorbehalten wenig geändert. Erneut kritisierte Haas die »spießbürgerliche Scheu vor der Sozialdemokratie.« Es gebe noch immer Kreise »denen es unheimlich wird, wenn vom Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung gesprochen wird.« Für den bürgerlichen Liberalismus sah er diese Vorbehalte nicht mehr.⁶¹ Als sich die Sozialdemokratie bei Kriegsende letztendlich an der Regierungsbildung beteiligte, feierte Haas diese Entscheidung als einen Durchbruch. In seinen Worten: »Damit ist in der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie der prinzipielle Standpunkt, daß die Teilnahme an der Regierung des Staates in seiner jetzigen Form abzulehnen sei, überwunden. Es ist für die deutsche Sozialdemokratie, aber auch für das deutsche Volk ein guter Schritt nach vorwärts gemacht.«⁶²

⁵⁸ L. HAAS, »Warum treiben wir Politik«, in: STRAßBURGER NEUE ZEITUNG, 23.07.1912; DERS., Vom Fortschrittlichen Standpunkt, 1913.

⁵⁹ DERS., »Die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 46, Nr. 105, 27.02.1917.

⁶⁰ DERS., Vom Fortschrittlichen Standpunkt, 1913.

⁶¹ »Französische Friedensbereitschaft?«, in: NEUE FREIE PRESSE, Nr. 19343, 03.07.1918.

⁶² Ebd.

Die Haltung Ludwig Haas' gegenüber der Sozialdemokratie erklärt sich zu einem guten Teil aus seiner badischen Herkunft. In einigen seiner Veröffentlichungen stellte Haas selbst die Bezüge zwischen Reichspolitik und der Landespolitik im Großherzogtum Baden her. So schrieb er Ende 1918, dass in Zukunft »im Reiche und in Baden keine Politik unter Ausschaltung der Sozialdemokratie« gemacht werden könne. Zwar ergebe sich rechnerisch die Möglichkeit, dass die bürgerlichen Parteien eine Mehrheit und damit die Regierung stellten: »Es wäre theoretisch möglich, in der badischen Nationalversammlung einen Block der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu bilden.« Aber das wäre, so Haas, »eine Politik des Wahnsinns«, die zu einer Revolution und zur Zerstörung des Staates führen könnte.⁶³ Trotz der regionalen Färbung seiner politischen Überzeugungen erhoffte sich Haas eine Signalwirkung für die Reichspolitik. Er schrieb: »wir werden weiter das böse Beispiel für Deutschland sein.« Allerdings hoffte er, dass »unser böses Beispiel auch weiterhin in Deutschland ansteckend« wirke, wie es schon so mannigfach ansteckend gewirkt habe.⁶⁴

1913 hatte Haas geschrieben, das eine Regierungsbildung in absehbarer Zeit »weder von der Sozialdemokratie allein, noch von einer der beiden liberalen Parteien für sich gesondert« erreicht werden könne, und daraus gefolgert: »Also Zusammenarbeit der drei Parteien der Linken!«⁶⁵ Im Anschluss an den Krieg entwickelte er nunmehr die Überzeugung, dass die SPD ein, wie er es formulierte, »Recht auf weitgehende Teilnahme an den Staatsgeschäften« besaß. »Den Anspruch hat vor allem die badische Sozialdemokratie sich erworben durch ihre geradezu vorbildliche Haltung in den schweren Wochen nach der Revolution.«⁶⁶

Die Forderung nach einer konstruktiven Kooperation zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie gegen die konservativen Parteien ist eine Konstante in den politischen Äußerungen Ludwig Haas', die weit vor 1918 einsetzte und weit darüber hinausging. Die Verständigungskonferenz bot sich an, um die Annäherung zwischen den beiden Lagern zu demonstrieren und öffentlich in Szene zu setzen. Haas beschrieb den Moment der Abschlussrede: »Als der greise Bebel die Tribüne betrat und er und Senator d'Estournelles de Constant ... sich die Hand reichten, da brach ein ungeheurer Jubel aus; man kann das Bild nicht schildern; keiner, der es gesehen, wird es vergessen.« Nicht allein deutsch-französischen Verständigung sei so dokumentiert worden: »Bürgertum und Arbeiterdemokratie, und der gemeinsame Wille, ein gutes Werk für die beiden Völker und die Menschheit zu schaffen.«⁶⁷

Ohne dieser Geste ihre symbolträchtige Bedeutung abzusprechen – einen vergleichbaren Handschlag hatte es auf dem Weltfriedenskongress 1905 in Bern zwi-

⁶³ DERS., »Das Wahlergebnis und seine Folgen«, in: KARLSRUHER TAGEBLATT, 07.01.1919 [Sonderabdruck]. Vgl. dazu auch den Beitrag von Michael Braun in diesem Band.

⁶⁴ L. HAAS, »Warum treiben wir Politik«, in: STRASBURGER NEUE ZEITUNG, 23.07.1912.

⁶⁵ DERS., »Vom Fortschrittlichen Standpunkt, 1913.

⁶⁶ DERS., »Das Wahlergebnis und seine Folgen«, in: KARLSRUHER TAGEBLATT, 07.01.1919 [Sonderabdruck].

⁶⁷ DERS., »Die Berner Verständigung«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 42, Nr. 240, 15.05.1913.

schen Ludwig Quidde und dem Französischen Pazifisten Frédéric Passy gegeben⁶⁸ – so scheint Haas' Schilderung der Zusammenarbeit auf der Verständigungskonferenz die zumindest in Teilen geschönte Charakterisierung einer Beziehung zu sein, die nicht ohne Spannungen und Ambivalenzen verlief. Auch dies lässt sich am Beispiel der Berner Konferenz verdeutlichen. Denn die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion erließen zusammen mit der sozialistischen Gruppe der französischen Deputierten eine eigene Erklärung, die in Diktion und Zielrichtung stärker den »alten« sozialistischen Prinzipien entsprachen. Gemeinsam gegen Militarismus und Imperialismus vereint sah man sich im Einklang mit dem »kämpfenden Proletariat in seinen Massenversammlungen.« So wolle man die »kapitalistische Rüstungsindustrie« an den Pranger stellen und sich gegen den »brudermordenden Krieg« als nichtswürdiges Verbrechen aussprechen. Erst am Ende der Erklärung der Sozialisten und Sozialdemokraten findet sich ein Verweis auf die bürgerlichen Gruppen und Parteien. Mit diesen sähe man sich im Einklang, denn beide sprächen sich »gegen die chauvinistische Verhetzung der Völker, gegen die Eroberungspolitik und die Rüstungstreiberien« aus.⁶⁹

Darüber hinaus ließen die deutsche und französische Sozialdemokratie eine Flugschrift am Tag der Berner Konferenz in beiden Ländern verteilen, die Philipp Scheidemann in seinen Erinnerungen als »Kampfschrift« bezeichnete.⁷⁰ In der Flugschrift hieß es: »Die herrschenden Klassen hüben und drüben sind es, die die nationalen Gegensätze, statt sie zu bekämpfen, künstlich verschärfen, die gegenseitige Feindseligkeit schüren und dadurch die Völker von ihren Kulturbestrebungen und ihrem Befreiungskampf im Innern ablenken.« Daher fordere die Sozialdemokratie beider Länder die Beseitigung des stehenden Heeres. Und das alles unter der »Fahne der Internationale.« So würden die deutschen und französischen Sozialisten »mit steigender Kraft den Kampf fortführen gegen den unersättlichen Militarismus.« Bedenkt man, dass die angeführte Kampfschrift u. a. von Jaurès, Bebel und Haase unterzeichnet wurde, die alle drei in Bern anwesend waren, so relativiert sich die Annäherung der beiden Seiten.⁷¹

Die pragmatische Revolution in der SPD darf als Schlagwort nicht überdecken, dass noch weitgehende ideologische und politische Stolpersteine auf dem Weg der Annäherung zwischen Sozialdemokratie und liberalem Bürgertum bestanden. In der Heeresdebatte, in der die Berner Konferenz kommentiert worden war, hatte der SPD-Abgeordnete Albert Südekum darauf verwiesen, dass die »Ausschaltung der Sozialdemokratie« ein Ziel der Mehrzahl der Parteien des Reichstags sei. Auch die Regierung und insbesondere der Reichskanzler seien »nicht frei von den Gelüsten, die Sozialdemokratie auszuschalten.« Doch von Seiten der Sozialdemokratie sei man gewillt, sich diesem Kampfe zu stellen. »Das hat die sozialdemokratische Frak-

⁶⁸ K. HOLL, Ludwig Quidde, 2007, S. 122.

⁶⁹ Stenographisches Protokoll Bern, 1913, S. 25 f.

⁷⁰ P. SCHEIDEMANN, Memoiren, 1928, S. 229 f.

⁷¹ Ebd.

tion des deutschen Reichstags durchaus eines Sinnes mit der sozialdemokratischen Fraktion der französischen Deputiertenkammer in einem internationalen Manifest vom 1. März 1913 klar und deutlich ausgesprochen.« Man verstehe sich mitnichten als »Volksfeind«, halte aber »das jetzige System des Heerwesens und der Vaterlandsverteidigung für falsch und unglücklich.«⁷² Auch jenseits der großen Debatten urteilte man in diesem Sinne. Philipp Scheidemann hat die Verständigungskonferenz nicht als Durchbruch in den Beziehungen zwischen Liberalen und SPD erlebt. Er schrieb: »Die geringfügige Anzahl Bürgerlicher aus Deutschland war kennzeichnend für den Liberalismus, der bis auf einen kleinen Rest dem Imperialismus vollständig verfallen war.«⁷³

Im Grunde muss offenbleiben, inwieweit die Verständigungskonferenz in Bern eine wichtige Etappe in dem Annäherungsprozess zwischen Liberalen und Sozialdemokratie darstellte.⁷⁴ Die Stellungnahmen der Sozialisten nicht nur in Bern, sondern vor allem im Umfeld versehen eine weitgehende Aufgabe sozialdemokratischer Überzeugungen auf Kosten nationaler Werte trotz vieler positiver Bewertungen der Verständigungskonferenz mit einigen Fragezeichen. Bern lieferte, das hat auch Haas so beschrieben, die Möglichkeit für eine Politik der großen Gesten. Allerdings wäre es der schwierigen Situation der Sozialdemokratie im deutschen Parlamentarismus nicht angemessen, die Konferenz als Beleg für den Durchbruch in diesem Annäherungsprozess zu sehen. Genauso falsch wäre es, diesen Prozess alleine als eine Annäherung der Sozialdemokratie an nationale Politik zu beschreiben. Aus der Perspektive Ludwig Haas' kann man folgern, dass sich nicht nur die Sozialdemokratie auf das bürgerliche Lager zubewegte. Seine Bereitschaft, unter ganz unterschiedlichen Bedingungen eine Zusammenarbeit mit der SPD zu begrüßen und ihr im Anschluss an den Krieg sogar ein grundsätzliches Recht auf Mitbestimmung zuzusprechen, zeigt, dass eine kleine Gruppe Linksliberaler, zu denen Haas zählte, sich auch auf die Sozialdemokratie zubewegte, oder gewillt war, sich auf halbem Wege zu treffen.⁷⁵

3. *Ludwig Haas und die deutsch-französischen Beziehungen*

Als der neu gewählte Präsident der deutschen Delegation, der SPD-Abgeordnete Hugo Haase, den Text der deutsch-französischen Resolution auf der Berner Ver-

⁷² Verhandlungen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, Bd. 289, 136. Sitzung v. 10.04.1913, S. 4621 f.

⁷³ P. SCHEIDEMANN, Memoiren, 1928, S. 227.

⁷⁴ Für Arbeiten die auf die Parteiinterna schauen, wie F. BOLL, *Frieden ohne Revolution?*, 1980, oder W. MÜHLHAUSEN, »Völker hört die Signale?«, 2014, spielt Bern keine große Rolle. Deutlich positiver beurteilen die Entwicklung mit Blick auf die Konferenz H. MAUERMANN, *Friedensbüro*, 1990, S. 59 f., und A. HANSCHMIDT, *Parlamentarierkonferenzen*, 1975, S. 338.

⁷⁵ Vgl. hierzu den Artikel »Ein Nachwort zur Berner Verständigungskonferenz«, in: NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG (Kreuzzeitung), Nr. 221, 15.05.1913, der argumentiert, dass die Sozialdemokratie mit wenigen Ausnahmen im Falle eines Krieges verlässlich sei. Zur Wandlung des Liberalismus zu dieser Zeit vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 133–164.

ständigungskonferenz verlas, erhielt er großen Zuspruch. »Lebhafter Applaus« merkt das Protokoll an mehreren Stellen. »Stürmisch« applaudierten die anwesenden Parlamentarier, als der zweite Absatz der Resolution verlesen wurde, der Bezug auf die Elsass-Lothringen-Frage nahm.⁷⁶ Die Konferenz verpflichtete sich, so hieß es dort »unermüdlich daran zu arbeiten, dass Missverständnisse zerstreut und Konflikte vermieden werden.« Der Delegation aus Elsass-Lothringen sei es zu verdanken, dass sie »durch ihre hochherzigen Erklärungen die Annäherung beider Länder zu einer werktätigen Gemeinschaft der Zivilisation erleichtert« habe.⁷⁷ Damit blieb die Resolution in ihrer Aussage äußerst vage. Und auch die Geschichtswissenschaft hat in der Berner Abschlusserklärung keinen Fortschritt gegenüber der Formulierung gesehen, die Ludwig Quidde bereits 1905 auf dem Weltfriedenskongress in Luzern als deutsch-französische Kompromissformel gefunden hatte.⁷⁸ Im Grunde blieb – und dies trotz der Zabernaffäre Ende 1913 – Elsass-Lothringen ein Problem, über das deutsche Pazifisten vor Ausbruch des Krieges nur in Allgemeinplätzen sprechen konnten.⁷⁹

Ludwig Haas hat einer solchen Feststellung widersprochen. Für ihn bedeuteten die Arbeit der beiden Delegationen in Bern und die gemeinsame Resolution am Ende der Veranstaltung den Nachweis, dass Franzosen und Deutsche ernsthaft und konstruktiv über Elsass-Lothringen diskutieren konnten. Wenige Wochen vor Kriegsausbruch im Juni 1914 schrieb er: »Gelegentlich wurde gesagt, daß heikle Probleme zwischen Frankreich und Deutschland bestehen, und daß vor allen Dingen die elsass-lothringische Frage nicht erörtert werden dürfe.« Aber dies sei ein Irrtum. »Schon die Resolution, die in Bern gefaßt wurde, erklärt, daß gemäß dem Willen des elsass-lothringischen Landtages die beiden Kulturvölker um Elsaß-Lothringen keinen Krieg miteinander führen dürfen, und daß die Verständigung zwischen den beiden Völkern gerade von Elsaß-Lothringen gewünscht werde.«⁸⁰

In seiner Interpretation einer konstruktiven deutsch-französischen Zusammenarbeit berief sich Haas nicht ausschließlich auf den Text der Resolution. Auch die Reaktionen der anwesenden Abgeordneten habe ihn in seiner Sicht bestärkt, dass in Bern ein Durchbruch erreicht worden sei. So hätten einzelne Teilnehmer ihm versichert, dass »die Stimmung im Verkehr zwischen Deutschen und Franzosen gegenseitig viel aufrichtiger und loyaler gewesen« sei, als es je irgendjemand erwartet habe.⁸¹ In Bern habe sich der Eindruck »aufs sympathischste verstärkt«, dass man von französischer Seite von einem militärischen Konflikt zur Revision des Frankfurter Friedens absehe.⁸² In der großen Zahl französischer Abgeordneter, die die Verständigungskonfe-

⁷⁶ Stenographisches Protokoll Bern, 1913, S. 30 f.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ K. HOLL, Ludwig Quidde, 2007, S. 121–22; R. CHICKERING, Imperial Germany, 1975, S. 298.

⁷⁹ R. CHICKERING, Imperial Germany, 1975, S. 300.

⁸⁰ L. HAAS, »Die Baseler Tagung«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 43, Nr. 275, 03.06.1914.

⁸¹ DERS., »Die Berner Verständigungskonferenz«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 42, Nr. 236, 13.05.1913.

⁸² Ebd.

renz besucht hatten, erblickte Haas darüber hinaus den Beleg, dass das ganze französische Volk diese Einstellung teile.⁸³

Diese Interpretation hat Ludwig Haas in vielen seiner politischen Schriften seit 1913 wiederholt. In einem Beitrag des *Berliner Tageblatts* schrieb er am Ende des Krieges, wahrscheinlich im Herbst 1917: »Im Jahre 1913 waren französische und deutsche Parlamentarier in Bern beisammen. Hinter der Berner Konferenz und ihren Entschlüssen standen mehr als drei Viertel des französischen Parlaments.« Auch vier Jahre nach der Konferenz hatte sich an seiner positiven Bewertung wenig geändert: »Unter der geistigen Führung von Jaurès und Bebel nahm die Berner Konferenz, in einer Stunde, deren gewaltigem Eindruck sich keiner der Teilnehmer entziehen konnte, eine Resolution an ... in der erklärt wurde, daß gemäß des Willens des elsass-lothringischen Volkes kein Krieg zwischen den beiden Nachbarvölkern wegen der elsass-lothringischen Frage geführt werden darf.«⁸⁴ Im Juli 1918 war Haas von der französischen Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden überzeugt, da, wie er schrieb, schon die Berner Konferenz gezeigt habe, dass »die überwältigende Mehrheit des französischen Volkes den Frieden mit uns« wünsche.⁸⁵ Für die Zeit zwischen 1913 und 1925 lassen sich mindestens 20 Zeitungsartikel aus der Feder von Ludwig Haas anführen, die in verschiedenen Zusammenhängen auf die Berner Verständigungskonferenz verweisen. Im Juli 1925, mehr als zwölf Jahre nach der Konferenz, im Vorfeld von Locarno und dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, schrieb Haas, er habe sich schon vor dem Krieg auf der Konferenz in Bern für eine deutsch-französische Verständigung eingesetzt. Dort habe großes Verständnis für einander bestanden. Und eine solche Atmosphäre sei auch jetzt notwendig. »Eine starke und brauchbare deutsch-französische Verständigung kann [...] nur vorbereitet werden, wenn Deutschland Frankreich und Frankreich Deutschland begreift.«⁸⁶ Hoffnung auf eine Revision des Versailler Vertrages und das Ende der Besetzung des Rheinlandes habe er, weil – sinngemäß paraphrasiert – der Geist von Bern noch existiere, oder wörtlich: weil die Menschen in Frankreich noch lebten, »die einst ebenso empfunden haben.«⁸⁷

Hinter den vielen Verweisen auf die Berner Verständigungskonferenz verbirgt sich allerdings weniger die Vorstellung eines deutsch-französischen Kompromisses in Hinblick auf den Frankfurter Frieden. Für Ludwig Haas stand Bern für die Überzeugung, dass sich die französischen Abgeordneten 1913 damit abgefunden hätten, dass Elsass-Lothringen Teil des deutschen Reiches bliebe. In Bern habe die Mehrheit der französischen Abgeordneten »die Zugehörigkeit Elsass-Lothringens zum Deutschen

⁸³ Ebd.

⁸⁴ DERS., »Paris 1681 – Bern 1913 – Basel 1914 – Paris 1917«, in: BERLINER TAGEBLATT, s. d., in: JMB, LH.

⁸⁵ DERS., »Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Haas – Karlsruhe über die Kriegs-Krisis«, in: BADISCHE PRESSE, 28.07.1918.

⁸⁶ DERS., »Frankreich und Deutschland«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 54, 28.06.1925, in: JMB LH.

⁸⁷ Ebd.

Reiche« anerkannt, so Haas.⁸⁸ Daher attestierte er den Franzosen bei Kriegsausbruch eine »heillose Geistesverfassung.« Man habe in Frankreich noch nicht begreifen wollen, »was ein Blick auf die Karte dieses Krieges lehren müßte.« Noch immer spräche man von Elsass-Lothringen: »es mag eine Phrase sein; daß aber in diese Situation diese Phrase noch herrschen kann, gibt zu denken.«⁸⁹

Für Ludwig Haas stand 1913 und in den Folgejahren fest, dass »nicht nur nach der Sprache, sondern auch nach seiner Kultur« Elsass-Lothringen deutsch sei. Und Bern war ein Beleg dafür, dass diese Überzeugung in Frankreich von einer großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt wurde. Daher zeigte Haas kein Verständnis, als sich die französischen Abgeordneten am Ende des Krieges für eine vollständige Restitution Elsass-Lothringens aussprachen. Wenn sich die Mehrheit der Abgeordneten nun für eine Restitution ausspräche, dann müssten sie »allerdings zu einer jahrelangen Verlängerung des Krieges bereit sein.«⁹⁰ »Phrasenfrohe Annexionspolitiker« nannte Haas die Vertreter einer solchen Position.⁹¹ Mit Bezug auf diese französischen Erklärung des Repräsentantenhauses führte er einschränkend an, dass das französische Parlament im Kriege gerade nicht »der unmittelbare Ausdruck der Souveränität des Volkes« sei, sondern vielmehr der »unmittelbare Ausdruck der materiellen und taktischen Gedanken der wenigen Männer, die ihr Volk in das unsagbare Unglück dieses Krieges geführt haben.«⁹² Diesen verführten Parlamentariern, stellte er – erneut – die deutsch-französische Verständigung in Bern gegenüber. 1913 hätten die französischen Abgeordneten die elsass-lothringische Frage »als eine deutsche Angelegenheit« anerkannt. Noch mehr, in Bern hätten die Besprechungen von französischer und deutscher Seite die Ausgestaltung des Reichslandes »zu einem vollberechtigten deutschen Bundesstaat als eine glückliche, die weite Annäherung der beiden Völker fördernde Lösung betrachtet.«⁹³

Ludwig Haas formulierte diese Überzeugung, obgleich schon während der Konferenz im Mai 1913 massive Zweifel laut wurden, inwieweit die Abschlusserklärung in Frankreich auf Zuspruch träfe. Der Korrespondent des *Berliner Tageblattes*, eine Zeitung für die Haas selbst schrieb, hatte unmittelbar im Anschluss an die Verständigungskonferenz am 12. Mai 1913 von einem Eklat in der französischen Delegation berichtet. Der Text für die abschließende Resolution sei von beiden Delegationen schon angenommen und d'Estournelles de Constant, Haase und ein Großteil der Delegierten schon in der Aula zur Plenarsitzung versammelt gewesen, als plötzlich einige französische Radikalsozialisten Protest einlegten und ein nochmaliges Zusammentreten der französischen Delegation verlangten. Sie weigerten sich, den Passus der Resolu-

⁸⁸ DERS., »Paris 1681 – Bern 1913 – Basel 1914 – Paris 1917«, in: BERLINER TAGEBLATT, s. d., in: JMB, LH.

⁸⁹ DERS., »Volkskraft und Friedensliebe«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 44, Nr. 632, II.12.1915.

⁹⁰ DERS., »Paris 1681 – Bern 1913 – Basel 1914 – Paris 1917«, in: BERLINER TAGEBLATT, s. d., in: JMB, LH.

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd.

⁹³ Ebd.

tion, der Elsass-Lothringen berührte, in der bestehenden Form zu unterzeichnen. Die Delegierten »fürchteten diese Stelle könnte in Frankreich große Entrüstung hervorrufen und dahin ausgelegt werden, daß die Konferenz den Status-quo betreffend Elsass-Lothringen« anerkenne. Vor dem Hintergrund dieses Protestes zogen sich die Franzosen zu einer Sondersitzung zurück. Jaurès brachte es zwar fertig, die Delegation von der Kompromissformel zu überzeugen. Doch, so der Korrespondent des *Tageblatts*, die »radikalen Opponenten beruhigten sich nicht.« Sie entwarfen eine Protesterklärung, in der der Passus betreffend Elsass-Lothringen verurteilt wurde und blieben der informellen Abschiedsveranstaltung am Sonntagvormittag demonstrativ fern.⁹⁴ Auch die *Neue Preussische Zeitung* berichtete von dem Zwischenfall.⁹⁵

Es scheint mehr als fraglich, dass Ludwig Haas nichts von diesen Spannungen mitbekommen hat. Auch für ihn müssen die Bruchlinien in der französischen Delegation in Bern erkennbar gewesen sein. Darüber hinaus berichtete das *Tageblatt* von den sehr unterschiedlichen Reaktionen der französischen Presse.⁹⁶ Aber dennoch blieb für Ludwig Haas die Verständigungskonferenz eine Chiffre für die französische Zustimmung zu einem deutschen Elsass-Lothringen.

Um diesen Widerspruch zu glätten, bemühte Ludwig Haas zwei Erklärungen. Zum einen ließ sich die Parlamentarierkonferenz in Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen als eine Kritik an Kabinettskriegen und Kabinettspolitik formulieren. Weil auch Frankreich »auf dem Gebiet der auswärtigen Politik keine wirkliche Demokratie« sei, so Haas 1917, »wie überhaupt, zum Unglück der Völker, die auswärtige Politik nirgend demokratisch, sondern überall noch als Geheimwissenschaft und in den Methoden mittelalterlicher Kabinettspolitik getrieben« werde, siege »die Politik Poincarés und Delcassés über die Berner Konferenz.«⁹⁷

Und zum zweiten blieb für Haas die Berner Verständigungskonferenz nicht nur Nachweis für die deutsch-französische Freundschaft, sondern auch Beleg für eine Kooperation zwischen den beiden »Kulturvölkern« auf der Basis des Status Quo, weil in seiner Erklärung der Krieg nicht aufgrund französischer Kriegsbereitschaft, sondern russischer Despotie entstanden war. So kommentierte Haas den Kriegsausbruch mit einem offenen Brief an Marcel Sembat, einen französischen Abgeordneten, der auch in Bern anwesend gewesen war und seit dem 24. August 1914 als Arbeitsminister Mitglied der französischen Regierung war. In Bern habe man, so Haas, die gemeinsame Hoffnung gehabt, dass eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland möglich sei. »Obwohl die Mehrheit der beiden Parlamente, die Mehrheit des deutschen Reichstags und der französischen Volksvertretung sich auf den

⁹⁴ »Die Berner Verständigungskonferenz«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 42, Nr. 236, 13.05.1913.

⁹⁵ »Ein Nachwort zur Berner Verständigungskonferenz«, in: NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG (Kreuzzeitung), Nr. 221, 15.05.1913.

⁹⁶ G. ZIEBURA, *Deutsche Frage*, 1955, S. 141–152.

⁹⁷ L. HAAS, »Paris 1681 – Bern 1913 – Basel 1914 – Paris 1917«, in: BERLINER TAGEBLATT, s. d., in: JMB, LH.

Boden der Berner Konferenz gestellt hatte, kam der Krieg, den das deutsche und das französische Volk nicht gewollt« habe.⁹⁸

An dieser Entwicklung trage Sembat jedoch keine Schuld: »[I]ch bin überzeugt, Sie hätten sie gerne verhindert; Sie gehörten damals dem französischen Ministerium nicht an.« Trotzdem könne es für Europa, die europäische Kultur und den europäischen Frieden von Wert sein, »wenn Sie vor aller Welt, als französischer Minister die Frage beantworten würden: Hatte der Zarismus das Recht, der Beschützer aller Slaven sein zu wollen, jener Zarismus, der alle Freiheit im eigenen Lande unterdrückt, der nie am Blute seiner eigenen Landeskinder satt geworden ist, der Knechtschaft, Tod, Grausamkeit, Verbrechen und Unkultur überall hinträgt, wohin immer ers eine brutale Herrschaft ausbreitet?«⁹⁹

So verwandelt sich die deutsch-französische Freundschaft zu einem Argument in der Kriegsschulddebatte. »Viele von uns liebten Frankreich und glaubten an eine Verständigung. Viele glauben noch heute daran.« Aber jetzt träfe man, »weil die anderen es gewollt, im Franzosen den Russen, nein, nicht den Russen, ein brutales System, das die Freiheit und die Kultur bedroht.« Nach dem Krieg müsse Frieden und Aussöhnung unter den europäischen Kulturvölkern entstehen. Man habe – Bern sei der Beleg dafür – diese Aussöhnung ohne Krieg schaffen können; doch Russland habe es nicht gelitten.¹⁰⁰

In Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen reduzierte Ludwig Haas die Berner Verständigungskonferenz auf den Nachweis französischer Bereitschaft, den Krieg zu verhindern. Dabei interpretierte er den Text der Abschlusserklärung der Konferenz weiter als die meisten seiner Zeitgenossen, nämlich als französisches Zugeständnis auf ein deutsches Elsass-Lothringen. Dass er die zeitgenössische Auseinandersetzung innerhalb der französischen Delegation nicht bemerkt hat, scheint unwahrscheinlich. Aber Bern bot ein politisches Argument, dass schon während des Krieges die Schuldfrage zugunsten des Deutschen Reiches beeinflussen konnte. Zunächst wurde das russische Reich zum Verantwortlichen gestempelt, das die Verständigung der beiden »Kulturvölker« Frankreich und Deutschland unterwandert habe. Doch in Folge des Versailler Friedens geriet auch Frankreich in die Kritik Haas'. 1924 schrieb er: »In Deutschland war vor dem Kriege und im Kriege kein Haß gegen Frankreich.« Nun sei es an Frankreich, durch »eine großzügige demokratische französische« Politik »eine ehrliche Verständigung« zu schaffen. Aber in Frankreich habe man mit einer fehlgeleiteten Bildungspolitik – in den Schulen war die Kriegsschuld Deutschlands und das französische Recht auf Elsass-Lothringen gelehrt worden – und einer rücksichtslosen Interessenspolitik die deutsche Friedensbereitschaft bekämpft. Aus der deutsch-französischen Verständigungskonferenz wurde in den politischen Schriften Haas' ein Nachweis dafür, dass Deutschland keine Schuld am

⁹⁸ DERS., Offener Brief, 1914.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ DERS., »Der vierte August«, in: BERLINER TAGEBLATT, s. d. [1917], in: JMB, LH.

Kriege trage.¹⁰¹ Auch hier überschätzte er – bewusst oder unbewusst, das muss offen bleiben – die Tragweite der Berner Veranstaltung.

Fazit: »Die Not dieser Zeit wird die Menschen und Völker zwingen, die Lösung auf dem Boden des Menschheitsgedanken zu finden.«

Ludwig Haas verwendete die bilaterale Verständigungskonferenz im Mai 1913 in unterschiedlichen Kontexten als Argument. Parlamentarismus, Sozialdemokratie und Kriegsschuld ließen sich mit Verweis auf Bern diskutieren. Dass er dabei große intellektuelle Flexibilität an den Tag legte, weist ihn als originellen Denker aus. Die bilateralen deutsch-französischen Verhandlungen erschienen ihm als ein geeigneter Ausgangspunkt, um viele seiner politischen Ziele zu verwirklichen. Es lässt sich jedoch, dies sei abschließend angeführt, eine kurze Phase identifizieren, in der die Gründung eines Völkerbundes die bessere Lösung darzustellen schien.

Eine wesentliche Forderung auch in Bern war die Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes gewesen, der Konflikte zwischen Nationalstaaten verbindlich regeln sollte. Haas erkannte, dass das abschätzigste Verhalten, das die deutschen Vertreter auf den Friedenskongressen in Den Haag an den Tag gelegt hatten, ein Fehler war.¹⁰² Im Anschluss an den Krieg betonte er, dass von deutscher Seite eine grundsätzliche Bereitschaft bestehe, sich den Urteilen von Schiedsgerichten unterzuordnen. »Mehr als irgend ein Land wird Deutschland bereit sein, die Sicherheit beider Völker durch internationale Verpflichtungen und durch ein Schiedsgericht zu garantieren.«¹⁰³

In Zusammenhang mit der Diskussion über die Schiedsgerichte trat die Frage in den Mittelpunkt, ob hierfür nicht eine internationale Institution, ganz besonders der Völkerbund notwendig sei. Haas argumentierte: »Viele Streitfragen des künftigen Friedens werden übrigens dann leichter werden, wenn man im Friedensvertrag zugleich den Völkerbund abschließt.« Nach dem furchtbaren Erleben dieses Krieges müsse die Menschheit gewillt sein, sich endlich zu höheren Formen des Zusammenlebens, also zu einem Völkerbund zusammenzuschließen, der für die Zukunft den Frieden und ein gerechtes Zusammenleben sicher stellen sollte. »Wenn durch diesen Krieg nichts erreicht wird, als dass die Machtverhältnisse verschoben werden, dann wäre das ein furchtbar trauriger Ausgang.«¹⁰⁴

Und in Hinblick auf den Völkerbund formulierte Haas auch hinsichtlich Elsass-Lothringens eine Position, die von seinen klaren nationalen Stellungnahmen deutlich abwich. Er schrieb, er würde, »wenn man ganz gerecht sein will« eine Prüfung für notwendig halten, wie Frankreich früher in den Besitz von Elsass-Lothringen gekommen und ob die elsass-lothringische Bevölkerung sprachlich und kulturell deutsch

¹⁰¹ DERS., Frankreich, Gib nicht Worte, gib Taten!, 1924.

¹⁰² DERS., »Weltpolitik und Frieden. Ein Wort zur Friedensoffensive der Kreuzzeitung«, in: BERLINER TAGEBLATT, Jg. 47, Nr. 299, s. d., in: JMB, LH.

¹⁰³ DERS., Frankreich, Gib nicht Worte, gib Taten!, 1924.

¹⁰⁴ L. HAAS, [Redemanuskript ohne Titel], 28.12.1918, in: JMB, LH.

oder französisch sei. Sollte es zu keinem Völkerbund kommen, so Haas, so wäre die Frage der Zuteilung von Elsass-Lothringen an Deutschland oder an Frankreich eine dauernde Kriegsgefahr. Daher wäre statt einer Teilung »die Schaffung eines neutralen Staates« wünschenswert. »Ein neutrales Elsass-Lothringen könnte sogar in hohem Masse ein Vermittler und ein Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich werden.«¹⁰⁵

In der Zeit zwischen Dezember 1916 und dem Frühjahr 1919 beschäftigte sich Haas zunehmend mit der Frage, ob eine internationale Organisation eine bessere Lösung als bilaterale Vereinbarungen darstelle. Hier lassen sich zwar keine grundsätzlichen Zweifel an dem Wert der deutsch-französischen Verständigungskonferenz identifizieren, allerdings tritt hier ein neues Konzept in Konkurrenz zu der Berner Verständigung. Spätestens mit der Verabschiedung des Versailler Friedensvertrags verschwand jedoch Ludwig Haas' Vertrauen in den Internationalismus. Über den Völkerbund schrieb er 1921: »Der Völkerbund, der unter Ausschluss der Besiegten gegründet worden ist, ist gar kein Völkerbund.«¹⁰⁶

Trotz vieler Enttäuschungen erwies sich Ludwig Haas nicht als Pessimist. Er schrieb, der Krieg habe die Menschen nicht nur das Beten, sondern auch das Denken gelehrt. Und so postulierte er unmittelbar nach dem Weltkrieg, dass die Umstände ein Umdenken in Deutschland und Europa einleiten müssten: »Die Not dieser Zeit wird die Menschen und Völker zwingen, die Lösung auf dem Boden des Menschheitsgedanken zu finden.«¹⁰⁷ Auch in Hinblick auf einen internationalen Zusammenschluss schrieb er: »Es müsste möglich sein, eine Verbindung der Völker herzustellen, die die gemeinsamen Interessen vertritt und die Entstehung von Kriegen auf ein Mindestmaß beschränkt.«¹⁰⁸ Doch nicht diese Vision eines zukünftigen Bundes sondern die Berner Konferenz steht in Ludwig Haas' Schriften für die Überzeugung, dass eine Verständigung zwischen den Völkern jenseits nationaler Ressentiments nicht allein notwendig sondern sogar möglich sei. An diesem Anker hat er sich, auch wenn einiges gegen eine solche Einschätzung sprach, sowohl in den stürmischen Kriegzeiten als auch in den parteipolitischen Verwehungen der Weimarer Republik festgehalten.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ L. HAAS, »Vortrag über die Verbrüderung der Menschheit und das Odd-Fellowtum«, Berlin, 24.2.1921, in: JMB, LH.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Ebd.

Ludwig Haas als Abgeordneter im kaiserlichen Reichstag 1912–1918

Das Wirken als nationaler Parlamentarier im ausgehenden Kaiserreich beschränkte sich auf wenige Jahre, denn Ludwig Haas gehörte dem kaiserlichen Reichstag nur eine Legislaturperiode an. Diese dauerte allerdings von Februar 1912 bis Oktober 1918 und war damit die bislang längste Session eines frei gewählten deutschen Parlaments überhaupt. Sie umfasste die gesamte Zeit des Ersten Weltkrieges mit allen ihren Verwerfungen, die natürlich auch die parlamentarische Arbeit stark beeinflussten und veränderten. Nicht nur politisch-gesellschaftlich, sondern auch privat gliederte sich diese Lebensphase in zwei Abschnitte, denn der Karlsruher Rechtsanwalt Haas gehörte zu jenen 65 Parlamentariern¹, die nach Kriegsbeginn zu den Fahnen eilten.

Als Soldat bewies Ludwig Haas, der es als Einjährig-Freiwilliger wegen seines jüdischen Glaubens nicht einmal zum Gefreiten hatte bringen können², schon bei der blutigen »Ersten Flandernschlacht« im Westen große Tapferkeit. Er wurde mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet, bald darauf auch zum »Offiziersstellvertreter« und schließlich zum Leutnant befördert.³ Während des Weltkrieges war er an verschiedenen Schauplätzen im Einsatz: im politischen Zentrum in Berlin, bei der kämpfenden Truppe an der Front und seit Herbst 1915 in der Warschauer Etappe bei der Zivilverwaltung. Welche Auswirkungen die Kriegserfahrungen auf seine politisch-parlamentarische Tätigkeit hatten, ist eine der Leitfragen des folgenden Beitrages.

In der biografischen Forschung über Ludwig Haas finden sich allerdings nur spärliche Informationen über diese Zeit: Zwar existiert eine ältere Skizze zu »Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter«⁴, die aber keine parlamentarischen Quellen heranzieht und am Ende nur das wiederholt, was Theodor Heuss bereits in seinem Nachruf 1930 festgehalten und was Ludwig Haas' Tochter Judith dreißig Jahre nach dem Tod des Vaters mitgeteilt hatte.⁵ Ähnlich dünn sind die Spuren, die Haas in den Standardwerken zum Liberalismus im ausgehenden Kaiserreich hinterlassen hat. Einzig Alastair P. Thompson ist auf dessen Rolle im Linksliberalismus am Vorabend des Kaiserreiches näher eingegangen, während Ludwig Elm ihn fälschlicherweise als Reichstagsab-

¹ Vgl. die Auflistung in: Verhandlungen des Reichstages, 13. Legislaturperiode 1912–1918 (im Folgenden zitiert als RT Sten. Ber., 13. LP), Bd. 306, 3. Sitzung v. 02.12.1914, S. 13.

² J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 75.

³ Vgl. zum Biographischen ebd., S. 79, sowie B. SÖSEMANN (Hrsg.), Theodor Wolff. Tagebücher 1914–1919, Bd. 1, 1984, S. 124, und die redaktionelle Erläuterung zu L. HAAS, »Das deutsche Volksheer«, in: VOSSISCHE ZEITUNG, 12.09.1915, zur »Ersten Flandernschlacht« vgl. auch J. SPENCER, Ypres, 2015.

⁴ L. LUCKEMEYER, Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter, 1971.

⁵ Vgl. T. HEUSS, Dr. Ludwig Haas, [1930], und J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961.

geordneten der Deutschen Volkspartei verortet.⁶ Auch Judith Schrag-Haas erwähnt in ihren Erinnerungen an den Vater nur an einer Stelle seine Tätigkeit im Reichstag vor 1919, was vor allem mit ihrem vorrangigen Interesse an den jüdischen Aspekten in seiner Vita zu tun hat.⁷ Das kaiserzeitliche Mitglied des Reichstages Ludwig Haas ist also weitgehend unbekannt.

Gleiches gilt sicherlich auch für den Publizisten Ludwig Haas im Weltkrieg. In den zahlreichen Beiträgen für Tageszeitungen und politischen Zeitschriften konnte er sich ungezwungener äußern als im Reichstag, wo er der Fraktionsdisziplin unterstand und sich dieser offenbar auch manchmal beugen musste.⁸ Der Publizist Ludwig Haas⁹ verdient in jedem Fall ein gesondertes Forschungsinteresse, hier aber soll es primär um seine parlamentarische Tätigkeit gehen.

Es ist nicht ganz klar, wann und wie die Entscheidung für eine Reichstagskandidatur von Ludwig Haas gefallen ist. Als die Wahl Anfang 1912 anstand, gehörte Haas sicherlich seit einiger Zeit zu den führenden Köpfen des badischen Linksliberalismus und hatte sein rhetorisches Talent unter Beweis gestellt.¹⁰ Das war wohl ein wichtiger Grund dafür, warum er den lokalen linksliberalen Kandidaten von 1907, den Rechtsanwaltskollegen Friedrich Weill, beerben konnte, obwohl er, abgesehen von seinem Stadtratsmandat, über keine parlamentarischen Erfahrungen verfügte.

Der Reichstagswahlkreis Nr. 334 Karlsruhe-Bruchsal war eigentlich kein gutes Terrain für die Linksliberalen:¹¹ Seine konfessionelle Struktur war fast ausgeglichen, wirtschaftlich dominierte der sekundäre Sektor mit 44 Prozent, die Landwirtschaft und der Dienstleistungssektor waren aber mit 24 bzw. 32 Prozent ebenfalls relevante Größen. Linksliberale hatten zuletzt Anfang der 1890er Jahre eine Rolle gespielt; danach blieb der Wahlkreis zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen umstritten und wurde seit 1898 von demselben Sozialdemokraten gehalten, der auch 1912 gegen Haas antrat. In der Reichstagswahl 1907 erreichte der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei, der erwähnte Friedrich Weill, immerhin die Stichwahl. Auf linksliberaler Seite konnte man sich durchaus ein noch besseres Abschneiden ausrechnen, wenn man auf einen zugkräftigeren Kandidaten setzte¹² und zugleich die Nationalliberalen einband.

⁶ Vgl. A. P. THOMPSON, *Left Liberals*, 2000, S. 203 f. u. 268 und L. ELM, *Zwischen Fortschritt und Reaktion*, 1968, S. 323.

⁷ Bei J. SCHRAG-HAAS, *Ludwig Haas*, 1961, S. 89, wird aus der Reichstags-Rede zur Judenzählung im deutschen Heer zitiert, s. u.

⁸ Vgl. T. OPPELLAND, *Reichstag und Außenpolitik*, 1995, S. 308, und S. T. ROBSON, *German Leftliberals*, 1967, S. 226.

⁹ Vgl. dazu auch die vollständige Liste der insgesamt 21 Gastbeiträge von Haas im *Berliner Tageblatt* zwischen August 1914 und Juni 1919 bei B. SÖSEMANN (Hrsg.), *Theodor Wolff. Tagebücher 1914–1919*, Bd. 2, 1984, S. 987.

¹⁰ Vgl. L. HAAS, *Die Arbeiterfrage*, 1907, ein Vortrag beim Parteitag der Deutschen Volkspartei, sowie A. P. THOMPSON, *Left Liberals*, 2000, S. 260.

¹¹ Alle Daten zum Wahlkreis und zu den dortigen Wahlergebnissen nach C.-W. REIBEL (Bearb.), *Handbuch der Reichstagswahlen*, Bd. 2, 2007, S. 1295–1298.

¹² Zu Weills Vorzügen und Nachteilen vgl. A. P. THOMPSON, *Left Liberals*, 2000, S. 268, Anm. 87.

Allerdings machte sich auch die Zentrumspartei, die 1907 nur knapp hinter den Linksliberalen gelegen hatte, Hoffnungen auf einen Einzug in die Stichwahl. Sie verzichtete dann aber zugunsten der Reichspartei, die jedoch einen »auswärtigen« Adligen aufstellte, was sich als klarer Nachteil gegenüber den »alteingesessenen« Kandidaten auf liberaler und sozialdemokratischer Seite erweisen sollte. Dennoch wird man die Aussichten von Haas nicht allzu hoch eingeschätzt haben. Dagegen sprach der seit 1907 herrschende politische Trend zugunsten der Sozialdemokratie, die nach ihrem Tiefpunkt bei den »Hottentotten-Wahlen« die meisten Nachwahlen – auf Kosten gerade auch der (National-)Liberalen – gewonnen hatte¹³; dagegen sprach zweitens die schwache Position des Linksliberalismus im Großherzogtum Baden, der zuletzt 1893 einen der vierzehn Reichstagsitze des Großherzogtums hatte erobern und auch davor bestenfalls zwei Mandate hatte erringen können. Bei den letzten drei Reichstagswahlen vor 1912 waren die Volkspartei wie der Freisinn – damals noch getrennt marschierend – völlig leer ausgegangen.¹⁴

Doch erfüllte Haas die in ihn gesetzten Erwartungen: Mit gut 32 Prozent und einem Vorsprung von viereinhalb Prozent erreichte er als gesamtliberaler Bewerber im ersten Wahlgang am 12. Januar 1912 den zweiten Platz vor dem konservativ-katholischen Einheitskandidaten und damit die Stichwahl gegen den langjährigen sozialdemokratischen Mandatsinhaber Adolf Geck aus Offenburg, der aber seinerseits einen Vorsprung von knapp sieben Prozent aufwies. Allerdings war verglichen mit 1907 der sozialdemokratische Stimmenzuwachs relativ gering, im Gegensatz zu den Gewinnen auf linksliberaler Seite. Eine regionale Zeitung kommentierte dann auch: »Sehr wacker haben sich die Liberalen in Karlsruhe geschlagen, wo Dr. Haas von der Fortschrittlichen Volkspartei in aussichtsreiche Stichwahl mit dem radikalen Sozialisten Geck kommt.«¹⁵

Damit war die Stoßrichtung für den zweiten Wahlgang klar: Ludwig Haas musste sich als bürgerliche Alternative zum »radikalen« Sozialismus darstellen. Eine solche Wahlstrategie widersprach allerdings der politischen Generallinie der Linksliberalen, die gerade in Baden schon länger eine sogenannte »Großblock-Politik«, d. h. eine taktische Allianz von den Nationalliberalen bis zur Sozialdemokratie verfolgt hatten. Die Wahlparole für die alles entscheidenden Stichwahlen – der vereinte Linksliberalismus hatte im ersten Wahlgang kein einziges Mandat gewonnen – hieß entsprechend: »Niederwerfung der alten Mehrheit von Konservativen und Zentrum.«¹⁶ Doch war in dem offenbar zentral in Berlin ausformulierten Kandidaten-Flugblatt für den ersten Wahlgang bereits die Hintertür für eine Unterstützung von rechts offen gelassen worden. So war darin von der »Erhal-

¹³ Vgl. die Mandatszahlen jeweils für Anfang und Ende der 12. Legislaturperiode in H. HILGER (Hrsg.), *Kürschners Deutscher Reichstag*, [1912], S. 19 u. 29.

¹⁴ Vgl. die Übersicht bei G. A. RITTER/M. NIEHUSS, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch*, 1980, S. 90.

¹⁵ FREIBURGER ZEITUNG, Nr. 12, 13.01.1912, 1. Morgenbl.

¹⁶ So die vom badischen Landesausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei ausgegebene Parole, vgl. FREIBURGER ZEITUNG, Nr. 15, 16.01.1912, 1. Morgenbl.

tung und Kräftigung des heute so hart bedrängten Mittelstandes« und der »Sicherung der vollen Wehrkraft des Reiches« die Rede.¹⁷ Diese Offenheit und die doch sehr vielschichtige Karlsruher Wahllandschaft bewirkten, dass Haas, der als expliziter Vertreter einer gegen Konservative und Zentrum gerichteten Großblock-Politik bekannt war¹⁸, in der Stichwahl zunächst die Unterstützung der Konservativen und dann am Wahltag auch noch derjenigen der Zentrumswähler fand.¹⁹ Deshalb konnte er einen überraschend klaren Vorsprung vor seinem sozialdemokratischen Konkurrenten erzielen und damit zum linksliberalen Wahlerfolg in Baden erheblich beitragen, wo die FVP entgegen dem allgemeinen Trend – sie verloren trotz Stimmenzuwächsen reichsweit acht Sitze – ihr Ergebnis auch bei den Mandaten deutlich verbessern konnte.²⁰

Mit diesem »südwestlichen Rückenwind« kam Ludwig Haas 1912 in den Reichstag. Als Parlamentsneuling befand er sich dort erstaunlicherweise in einer Mehrheitsposition, denn mehr als die Hälfte der Reichstagsabgeordneten von 1907 war nicht wieder gewählt worden, und unter den zweihundert neu gewählten Parlamentariern waren 163 ohne jegliche Reichstagerfahrung.²¹ Auch in seiner eigenen Fraktion gehörte Haas zur Mehrheit der 24 Neuen unter insgesamt 42 fortschrittlichen Abgeordneten.²² Für kurze Zeit war er sogar das jüngste Fraktionsmitglied, ehe wenige Monate später bei einer Nachwahl in Mecklenburg-Schwerin mit Hans Sivkowich (1881–1963) ein noch jüngerer Kollege in den Wallot-Bau einzog.²³

Während Haas eine konfessionelle Außenseiterposition einnahm – nur sieben von 397 Reichstagsabgeordnete gaben als religiöses Bekenntnis »israelisch« an, darunter zwei seiner Fraktionskollegen²⁴ –, war dies beruflich gesehen ganz anders: Schon unter den 42 Fortschrittlern waren allein 14 ausgebildete Juristen²⁵, unter diesen etliche altgediente Parlamentarier wie Friedrich Payer, Conrad Haußmann, Heinrich Dove oder Ernst Müller-Meiningen, die außer Haußmann alle auch dem Fraktionsvorstand angehörten.²⁶

¹⁷ Wahlflugblatt zum »Tag der Entscheidung« (12. Januar 1912) in: Jüdisches Museum Berlin, Sammlung Ludwig Haas, L-2015/2/15.

¹⁸ Vgl. L. HAAS, Die Einigung, 1905, S. 16; DERS., »Die Einigung des Freisinn und der Demokratie«, in: BADISCHER LANDESBOTE, Nr. 182, 07.08.1909, u. DERS., »Die Einigung des Freisinn«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 447, 03.09.1909.

¹⁹ Vgl. FREIBURGER ZEITUNG, Nr. 17, 18.01.1912 u. Nr. 21, 22.01.1912, jeweils 1. Morgenbl.

²⁰ Vgl. H. HILGER (Hrsg.), Kürschners Reichstag, [1912], S. 28 f.

²¹ Vgl. ebd., S. 49.

²² Vgl. ebd., S. 50.

²³ Vgl. ebd., S. 41, sowie C.-W. REIBEL (Bearb.), Handbuch der Reichstagswahlen, Bd. 2, 2007, S. 1359 f., 1690, allerdings mit falscher Namensschreibung und falschem Todesjahr.

²⁴ Neben Haas noch der in Eckernförde gewählte Hamburger Justizrat und Notar Felix Waldstein, vgl. H. HILGER (Hrsg.), Kürschners Reichstag, [1912], S. 143.

²⁵ Eigene Zählung nach https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_1912 [20.01.2016]. In H. HILGER (Hrsg.), Kürschners Reichstag, [1912], S. 30 f., wird zwar zwischen Richtern, Rechtsanwälten und öffentlichen Beamten unterschieden, aber nicht zwischen Links- und Nationalliberalen.

²⁶ Vgl. A. P. THOMPSON, Left Liberals, 2000, S. 202.

Theodor Heuss hat in seinen Erinnerungen geschildert, wie schwierig es für einen Fraktionsneuling im Reichstag war, zwischen all den »Erbsitzern« der älteren Parlamentarier seinen Platz zu finden.²⁷ Das dürfte ein Jahrzehnt früher kaum anders gewesen sein. So hielt denn auch Haas seine Jungferrede im Nationalparlament erst in der 38. Sitzung und dies zwar im Rahmen der Etatberatungen, aber doch nur zu einem Spezialthema, nämlich zum Etat des Reichseisenbahnnetzes.²⁸ Der Gegenstand sollte Haas auch weiterhin beschäftigen, zumal er Interessen seiner Heimat berührte, wie etwa die Benachteiligung Badens bei den Schnellzugverbindungen nach Berlin.²⁹ Ludwig Haas war es ein zentrales Anliegen, sich als Sachwalter seines Wahlkreises und seiner badischen Heimat zu präsentieren, sei es in Fragen der Steuer-, Militär- oder der Justizverwaltung.³⁰

Das Justizressort lag Haas schon aus beruflichem Interesse nahe. Dabei trat er nicht als Kritiker des wilhelminischen Rechtsstaats hervor, sondern nahm die Justiz mehrfach gegen den sozialdemokratischen Vorwurf der Klassenjustiz in Schutz.³¹ Andererseits setzte er sich aber auch für Reformen ein, forderte insbesondere eine sozial sensiblere Rechtsprechung, eine Erweiterung der juristischen Ausbildung um gesellschaftliche und wirtschaftliche Kenntnisse sowie eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Sachverständige und Zeugen.³²

Ob Zufall oder nicht, nahezu zeitgleich mit seiner Jungferrede veröffentlichte Haas eine grundsätzliche Betrachtung über den Parlamentarismus. Darin reklamierte er einen politischen Suprematie-Anspruch für die Volksvertretung, denn »im Zweifel wird die Parlamentsmehrheit eine bessere Auswahl treffen als der Monarch«.³³ Zugleich gab Haas seine politische Präferenz für ein »wirklich konstitutionelle[s] Parlament«, eine parlamentarische Monarchie nach westeuropäischem Vorbild zu erkennen. Das Parlament müsse »auch zu Zeiten zum Wohl des Staates [...] über dem König stehen«, schrieb Haas und verwies dabei auf die Daily-Telegraph-Affäre.³⁴

Wie ernst er das meinte, zeigte sich schon vier Wochen später bei seiner zweiten Intervention im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen, die nun den Kanzler-Etat betraf. Nicht der Kanzler, sondern der Monarch stand im Zentrum der Debatte in einer politisch brisanten Kontroverse, für die sich Haas auch aus geographischen Gründen zuständig fühlte: Wilhelm II. hatte kurz zuvor die erst im Mai 1911 durch eine Verfassung garantierte Gleichstellung des »Reichslandes« Elsass-Lothrin-

²⁷ T. HEUSS, *Erinnerungen*, 1963, S. 379.

²⁸ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 284, 38. Sitzung v. 18.04.1912, S. 1157 ff.

²⁹ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 293, 221. Sitzung v. 25.02.1914, S. 7599 f. u. 7633.

³⁰ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 295, 260. Sitzung v. 16.05.1914, S. 8993, Bd. 289, 150. Sitzung v. 26.04.1913, S. 5197 u. Bd. 288, 111. Sitzung v. 13.02.1913, S. 3733.

³¹ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 288, 111. Sitzung v. 13.02.1913, S. 3732 f., u. Bd. 295, 261. Sitzung v. 18.05.1914, S. 9044 ff.

³² Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 288, 111. Sitzung v. 13.02.1913, S. 3736 ff., Bd. 291, 176. Sitzung v. 27.11.1913, S. 6010 f., u. Bd. 295, 261. Sitzung v. 18.05.1914, S. 9042.

³³ L. HAAS, *Parlamentarismus*, 1912, S. 641.

³⁴ Ebd.

gen erneut in Frage gestellt.³⁵ Haas erkannte im Auftritt des Kaisers deutliche Parallelen zur Daily-Telegraph-Affäre. Er versicherte den Elsass-Lothringern, dass der Reichstag ihre Rechte schützen würde, distanzierte sich aber gleichzeitig von den allzu pauschalen Angriffen der Sozialdemokraten auf »preußische Empfindungen«.³⁶

Dem Thema Elsass-Lothringen blieb Haas wohl aus landsmannschaftlicher Nähe verbunden, obwohl es mit einem elsässischen Hospitanten in seiner Fraktion eigentlich einen »geborenen Sprecher« gab.³⁷ Denn ein Jahr später nahm er den Faden erneut auf und sprach sich für mehr Verständnis für die Elsass-Lothringer und ihre Eigenart aus, die nicht mit Ausnahmegesetzen bekämpft werden dürfe. Er gab sich überzeugt, dass sich diese als Teil Deutschlands fühlten: »National gesprochen, kulturell gesprochen gehören sie durchaus dem deutschen Volkstum an.«³⁸ Entsprechend kritisierte er den französischen Revisionismus, wies aber im gleichen Atemzug darauf hin, dass ein gutes Verhältnis zwischen »Altdeutschen« und Elsass-Lothringern die Beziehungen zu Frankreich entspannen würde.

Ein weiteres halbes Jahr später schien dieser Optimismus hinsichtlich Elsass-Lothringens verfliegen zu sein. Während der Zabern-Affäre richtete Ludwig Haas im Reichstag schwere Angriffe nicht nur gegen den preußischen Kriegsminister, sondern auch gegen Reichskanzler Bethmann Hollweg: Es sei unverkennbar, »daß der Reichskanzler das Zutrauen des deutschen Volkes nicht mehr besitzt«.³⁹ Haas deutete den Zabern-Vorfall weniger als einen Konflikt zwischen alteingesessenen Reichsländern und Neuankömmlingen von rechts des Rheins. Vielmehr erkannte er einen Verfassungskonflikt zwischen Zivil und Militär, bei dem »die großen Prinzipien bürgerlicher Freiheit, die unsere Vorfahren erkämpft haben, bedroht worden sind von revoltierenden Offizieren«.⁴⁰ Unter »lebhaftem Bravo [von] links« führte Haas weiter aus: »(N)icht nur der Rock des Kaisers muß respektiert werden in deutschen Landen, sondern ebenso muß respektiert werden der Rock des Bürgers und zehntausendmal müssen respektiert werden die Gesetze und Rechte des deutschen Volkes«.⁴¹ Einmal mehr forderte er schließlich die Unterstützung des Reichstags bei der Wahrung der »Rechte des elsass-lothringischen Volkes«.⁴²

Durch seine Intervention in einer ebenso turbulenten wie brisanten Plenumsdiskussion beförderte sich Haas zweifellos in die erste Reihe der linksliberalen Redner. Er befand sich damit auf einer Ebene mit dem altgedienten »Fahrensmann« des Freisinns Conrad Haußmann, der die linksliberale parlamentarische Position in der

³⁵ Vgl. »Die Worte des Kaisers in Straßburg«, in: BERLINER TAGEBLATT, NR. 245, 14.05.1912 u. Nr. 248, 16.05.1912.

³⁶ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 285, 64. Sitzung v. 17.05.1912, S. 2073 ff., Zitat S. 2073.

³⁷ Der in Zabern gewählte Adolf Röser vgl. H. HILGER (Hrsg.), Kürschners Reichstag, [1912], S. 393.

³⁸ RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 290, 156. Sitzung v. 31.05.1913, S. 5377–5380, hier S. 5379.

³⁹ RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 291, 182. Sitzung v. 04.12.1913, S. 6188.

⁴⁰ Ebd., S. 6190.

⁴¹ Ebd., S. 6189.

⁴² Ebd., S. 6191, vgl. auch L. HAAS, Politik vom fortschrittlichen Standpunkte, 1914, S. 25 f.

Daily-Telegraph-Affäre vertreten hatte.⁴³ Eine politische Zuordnung zum linken, liberaldemokratischen Flügel seiner Partei ist jedoch nur mit Einschränkung gegeben: Ludwig Haas' Verhältnis zur Sozialdemokratie am Vorabend des Weltkriegs war in seinen Reichstagsreden nicht so eindeutig und möglicherweise auch eine Folge des oben geschilderten Wahlergebnisses im Jahr 1912. Eindeutiger war seine Frontstellung gegen rechts, vor allem gegen das preußische Junkertum und dessen Privilegien, was nicht nur bei der Zabern-Affäre, sondern auch bei anderer Gelegenheit zum Ausdruck kam: »[...] der Gedanke war immer bei uns [in Baden; Anm. JF] herrschend, daß die deutsche Kultur nicht von der Sozialdemokratie bedroht ist, sondern von der Reaktion, und daß die deutsche Freiheit und der deutsche Fortschritt im Kampfe gegen rechts errungen werden muß.«⁴⁴

Der außerparlamentarisch geäußerte Aufruf, »wer in Wahrheit den Kampf gegen rechts will, der muß auch die Verständigung mit der Sozialdemokratie wollen«⁴⁵, fand indes in parlamentarischen Reden von Ludwig Haas selbst in dieser Zeit kaum Resonanz. Eher überwogen doch die Abgrenzungsversuche zur Sozialdemokratie.⁴⁶ Dennoch wird man in dem Reichstagsabgeordneten Haas einen der vehementesten Befürworter von Friedrich Naumanns nicht unumstrittener Großblock-Strategie sehen, die ein progressives Koalitionsbündnis der »deutschen Linken«⁴⁷ von Liberalen aller Schattierungen und der Sozialdemokratie, von »Bassermann bis Bebel«, anstrebte.

Trotz dieser klaren innerparteilichen Positionierung besaß Haas aber durchaus auch Vermittlungsgeschick. So hatte er auf dem zweiten Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei, bei dem er einer von fünf Karlsruher Delegierten war, die Nichtaufnahme des Frauenwahlrechts in das Parteiprogramm begründet, obwohl er selbst dafür war.⁴⁸ Anfang 1914 musste er im Reichstag konstatieren, dass seine eigene Partei in dieser Sache gespalten sei. Zugleich aber gab er seiner Überzeugung Ausdruck, dass das Frauenwahlrecht kommen werde und er dies begrünzte.⁴⁹

⁴³ Vgl. J. FRÖLICH, Conrad Haussmann (1857–1922), 2005, S. 46 f.

⁴⁴ L. HAAS, »Die Einigung des Freisinns«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 447, 03.09.1909 [Hervorh. i. Orig.; Anm. JF]; vgl. DERS., Die deutsche Linke, 1913, S. 11, sowie RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 284, 49. Sitzung v. 17.04.1912, S. 1184 u. Bd. 293, 221. Sitzung v. 25.02.1914, S. 7604.

⁴⁵ L. HAAS, Die deutsche Linke, 1913, S. 13.

⁴⁶ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 285, 64. Sitzung v. 17.05.1912, S. 2073; Bd. 288, S. 3732 f. u. Bd. 295, 261. Sitzung v. 18.05.1914, S. 9044 u. 9046. Nach den Erfahrungen bei der parlamentarischen Behandlung der Wehrvorlage wollte Haas auch das Zentrum als einen möglichen Verbündeten gegen rechts nicht ausschließen. Vgl. L. HAAS, Politik vom fortschrittlichen Standpunkte, 1914, S. 19 f.

⁴⁷ So lautete auch ein Beitrag von Haas für Naumanns *Patria* (vgl. oben meine Anm. 44), der wiederum auf einen vorhergehenden Naumann-Artikel anspielte (vgl. F. NAUMANN, Die deutsche Linke, 1912). Vgl. insgesamt J. FRÖLICH, »Jede Zeit hat ihre Freiheiten, die sie sucht.«, 2012, und DERS., »Rechts steht Rom und Ostelbien, links steht Königsberg und Weimar.«, 2014, bes. S. 128 ff.

⁴⁸ Vgl. Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim, 5.–7. Oktober 1912, hrsg. v. Geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei, 1912, S. 95.

⁴⁹ RT Sten. Ber., Bd. 291, 189. Sitzung v. 13.01.1914, S. 6470 ff.

Von Mitte Mai 1914 bis Mitte Januar 1916 blieb Haas in insgesamt etwa dreißig Sitzungen des Reichstagsplenums stumm. Das bedeutete allerdings nicht, dass Haas in dieser Zeit nicht an den Reichstagsitzungen teilgenommen hätte. So war er bei der berühmten Abstimmung über die Kriegskreditbewilligung am 4. August 1914 zugegen und äußerte sich danach auch publizistisch dazu.⁵⁰ Auch später konnte er seinen Fronteinsatz immer wieder vorübergehend verlassen, um sein Abgeordnetenmandat in Berlin wahrzunehmen.⁵¹ Mit der ersehnten Abberufung vom »eintönigen Stellungskrieg« und der Abstellung zur Verwaltung im besetzten Russisch-Polen⁵² wurde es Haas möglich, regelmäßiger am Parlamentsbetrieb teilzunehmen, denn zwischen Mitte 1916 und Mitte 1918 ergriff er bei etlichen Gelegenheiten das Wort.

Obwohl er sich im Plenum bis dahin praktisch nie zu außenpolitischen Fragen geäußert hatte, konnte über seine Haltung bei Beginn des Krieges kein Zweifel bestehen. So hatte Ludwig Haas die Heeresvermehrung von 1913 unterstützt, weil er eine russische Hegemonie befürchtete, die »ein kulturelles Unglück für Europa bedeuten« würde.⁵³ Zugleich aber erstrebte er eine Verständigung mit Frankreich als »erlösende Tat«. ⁵⁴ Entsprechend wies er die Schuld für den Kriegsausbruch ausschließlich der russischen Seite zu und sah Frankreich in einem widernatürlichen Bündnis mit dem »panslawistischen Rassenwahn«. ⁵⁵ Wie die meisten Deutschen war auch Haas vollkommen überzeugt, dass das Reich einen moralisch legitimen Verteidigungskrieg führe. An diesem Glauben sollte sich auch nach anderthalb Jahren Krieg nichts ändern: »Noch nie ist eine Armee höherer Kultur im Felde gestanden als gerade die deutsche Armee.« ⁵⁶

Bei seiner Rückkehr in die Reichstags-Beratungen schlug Ludwig Haas einen ungewohnten Ton an, der Zeitgenossen und spätere Historiker durchaus irritiert hat: Er zeigte seine Hochachtung vor dem deutschen Militärwesen.⁵⁷ Bis zum Ende des Kaiserreiches waren Militärfragen Gegenstand nahezu aller seiner Debattenbeiträge. Das lag sicherlich auch daran, dass Haas Front- und Kriegserfahrungen verfügte, für die es in seiner Fraktion nichts vergleichbares gab.⁵⁸ Er wurde zum Fürsprecher der

⁵⁰ Vgl. L. HAAS, »Der vierte August«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 392, 05.08.1914.

⁵¹ Vgl. B. SÖSEMANN (Hrsg.), Theodor Wolff. Tagebücher 1914–1919, Bd. 1, 1984, S. 124, 186, 273 u. 324.

⁵² Ebd., S. 273 (Zitat) u. 324.

⁵³ L. HAAS, Politik vom fortschrittlichen Standpunkte, 1914, S. 24.

⁵⁴ Ebd., S. 25. Vgl. dazu den Beitrag von Torsten Riotte in diesem Band.

⁵⁵ L. HAAS, Offener Brief, 1914, S. 293.

⁵⁶ RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 306, 31. Sitzung v. 17.01.1916, S. 688.

⁵⁷ T. HEUSS, Dr. Ludwig Haas, [1930], S. 66; J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 78 f.; L. LUCKEMEYER, Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter, 1971, S. 127. B. SÖSEMANN (Hrsg.), Theodor Wolff. Tagebücher 1914–1919, Bd. 1, 1984, S. 124, kolportiert sogar eine Äußerung von Haas, »daß ihm das Leben im Schützengraben vorzüglich bekommt«.

⁵⁸ Die diesbezüglichen Angaben finden sich in der online-Datenbank *Biographisches Handbuch der Abgeordneten deutscher Nationalparlamente 1848–1933* (BIORAB-Kaiserreich und BIORAB-Weimarer Republik), hrsg. v. Heinrich Best/Wilhelm H. Schröder, abrufbar unter: <http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biorabkr.htm> [19.02.2016]. Sicher nachweisbar ist nur ein kurzer Kriegseinsatz von Haas' Fraktionskollegen Carl Braband, der allerdings bereits im No-

Soldaten und trat insbesondere für eine Reduzierung der Inspektionen in Ruheperioden, für bessere Beförderungsmöglichkeiten von Mannschaftsdienstgraden und für Zuschüsse zum Heimaturlaub ein.⁵⁹ Auch eine höhere Bezahlung von Beamten der Etappe, mildere Militärstrafen oder die Versorgung der Truppe mit preiswerter und niveauvoller Literatur gehörten zu den Maßnahmen, die er zur Hebung der Stimmung für sinnvoll erachtete.⁶⁰

Im Laufe des Jahres 1916 registrierte Haas nach eigenem Bekunden eine merkliche Veränderung der Stimmungslage. Noch zu Beginn des Jahres hatte er konstatiert, »das Verhältnis zwischen Offizier und Mann an der Front dürfen wir geradezu als ein ideales bezeichnen.«⁶¹ Am Ende des Jahres vernahm er dagegen eine wachsende »Mißstimmung« in der Armee.⁶² Dazwischen lag ein Ereignis, das ihn ganz persönlich betraf und zu einer umfänglichen Stellungnahme im Reichstagsplenum veranlasste – die berüchtigte Judenzählung vom Oktober 1916.⁶³ Der Erlass des preußischen Kriegsministers hatte auch bei Haas »lebhaftes Befremden« ausgelöst und bewog ihn dazu, sich erstmals im Reichstagsplenum explizit zu seinem jüdischen Glauben zu bekennen.⁶⁴ Zwar konzedierte er den Urhebern eine gute Absicht, doch war er sich sicher, dass die Erhebung als ein »Erlaß gegen die Ehre der deutschen Juden empfunden werden« würde.⁶⁵ Sein ernüchterndes Fazit lautete: »Die deutschen Juden werden sich darüber klar sein müssen, dass uralte Vorurteile auch durch diesen Krieg nicht plötzlich und restlos verschwinden.«⁶⁶ Dessen ungeachtet wollte Ludwig Haas weiterhin unbeirrt an der Idee des Burgfriedens festhalten und beendete seine Rede mit dem Appell zu »Einheit und Geschlossenheit im Interesse des Vaterlandes«.⁶⁷

Für die zunehmend gefährdete innere Einheit machte Haas nicht die politische oder militärische Führung, sondern vornehmlich zwei neue parteipolitische Kräfte verantwortlich. Schon in seinem Debattenbeitrag zur Judenzählung hatte er sich scharf gegen die Charakterisierung der deutschen Armee als »Klassenheer« verwahrt. Der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die dieses Verdikt ausgesprochen hatte und

vember 1914 ohne Fronterfahrung verstarb. Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Brandand [19.02.2016].

⁵⁹ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 306, 31. Sitzung v. 17. 01.1916, S. 690–693.

⁶⁰ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 307, 51. Sitzung v. 20.05.1916, S. 1186 f.; Bd. 309, 91. Sitzung v. 24.03.1917, S. 2690 u. Bd. 310, 103. Sitzung v. 08.05.1917, S. 3151.

⁶¹ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 306, 31. Sitzung v. 17. 01.1916, S. 690.

⁶² RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 308, 73. Sitzung v. 03.11.1916, S. 2050.

⁶³ Vgl. dazu jetzt M. Geheran, Judenzählung (Jewish Census), 2015, sowie zu den Hintergründen H.-U. WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, 2003, S. 128–132.

⁶⁴ RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 308, 73. Sitzung v. 03.11.1916, S. 2051. Seine Intervention hatte Haas offenbar mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Wolfgang Heine abgestimmt. Vgl. B. SÖSEMANN (Hrsg.), Theodor Wolff. Tagebücher 1914–1919, Bd. 1, 1984, S. 452.

⁶⁵ RT Sten. Ber., Bd. 308, 73. Sitzung v. 03.11.1916, S. 2052.

⁶⁶ Ebd., S. 2052 f.

⁶⁷ Ebd., S. 2053, vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 306, 31. Sitzung v. 17. 01.1916, S. 693, sowie allgemein G. KRUMEICH, Burgfriedenspolitik, 2005, der allerdings den Burgfrieden schon 1915 »vollends brüchig« sieht.

aus der bald die Unabhängige Sozialdemokratie hervorgehen sollte, hielt er unter lebhaftem Beifall von allen Seiten entgegen: »Draußen steht das deutsche Volk, draußen steht keine entrechtete Masse.«⁶⁸ Kurz darauf legte er sich mit dem führenden Kopf der Unabhängigen Sozialdemokraten an, nachdem Georg Ledebour Haas den Verrat liberaler Prinzipien vorgeworfen und ihn als »Konzessionsleutnant liberaler Richtung« titulierte.⁶⁹ Haas distanzierte sich in aller Schärfe von der Position seines Kontrahenten, dem er seinerseits Landesverrat unterstellte: »Im übrigen aber habe ich für die Demokratie des Herrn Ledebour kein Verständnis, für eine Demokratie, die Kosaken und russischen Gendarmen deutsches Land überlassen will.«⁷⁰

Eine weitere Gefahr für den inneren Frieden kam aus einer ganz anderen Richtung, der sich Haas dann ebenfalls widmete. Am Sedanstag 1917 war die Deutsche Vaterlandspartei ans Licht der Öffentlichkeit getreten, u. a. als Reaktion auf die Friedensresolution des deutschen Reichstags.⁷¹ Sie hatte zweifellos Förderer und Sympathisanten in der politisch-militärischen Führung gefunden, weshalb Haas sich schon einen Monat nach der Parteigründung sehr intensiv mit ihrer Propagandaarbeit im Heer auseinandersetzte, denn für ihn wurden »die alten vergifteten Methoden aus der Zeit vor dem Kriege jetzt mitten im Kriege durch die Vaterlandspartei wieder ins öffentliche Leben« hineingetragen.⁷²

Ludwig Haas glaubte nicht an einen Erfolg einer Partei, deren Gründung nicht in der Zeit liege: »Nein, meine Herren, Sie können machen, was Sie wollen, und Sie können eine Vaterlandspartei gründen und noch eine und zehntausend Vaterlandsparteien – und die Weltgeschichte geht ihren Weg, und die nächste Zeit wird demokratischer sein als die Zeit, die hinter uns liegt. [...] Eine kluge Regierung aber wird auf diesem Wege führen und sie wird sich nicht drängen lassen.«⁷³

Haas ließ es indes nicht mit den Attacken auf die Vaterlandspartei und ihre Agitation bewenden. Er stellte ihnen ein explizites Bekenntnis sowohl zum parlamentarischen System als auch zur Friedensresolution der Reichstagsmehrheit entgegen, die »einer Notwendigkeit entsprang, zweckmäßig und gut war«.⁷⁴ Wohl nicht nur bei der bürgerlichen Linken machte Haas mit dieser Rede starken Eindruck.⁷⁵ Es war das erste

⁶⁸ RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 308, 73. Sitzung v. 03.II.1916, S. 2051 f.

⁶⁹ RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 309, 84. Sitzung v. 28. Februar 1917, S. 2439 (Zitat) u. 2443. Zuvor hatte Haas im Berliner Tageblatt die Verweigerungshaltung der Unabhängigen Sozialdemokraten gegenüber weiteren Kriegskrediten seinerseits scharf kritisiert, vgl. L. HAAS, »Die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 105, 27.02.1917.

⁷⁰ RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 309, 84. Sitzung v. 28.02.1917, S. 2442.

⁷¹ Vgl. H. HAGENLÜCKE, Deutsche Vaterlandspartei, 1997, S. 142–162, sowie allgemein zur parteipolitischen Radikalisierung im Weltkrieg H.-U. WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, 2003, S. 122–127.

⁷² RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 310, 122. Sitzung v. 06.II.1917, S. 3741, zur Unterwanderung des »Vaterländischen Unterrichts« in der Truppe durch die Vaterlandspartei vgl. H. HAGENLÜCKE, Vaterlandspartei, 1997, S. 281–288.

⁷³ RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 310, 122. Sitzung v. 06.II.1917, S. 3742.

⁷⁴ Ebd., S. 3743 f.

⁷⁵ Vgl. B. SÖSEMANN (Hrsg.), Theodor Wolff. Tagebücher 1914–1919, Bd. 1, 1984, S. 548.

Mal, dass er zur Frage der Kriegsziele und -beendigung im Plenum Stellung bezog, nachdem er zuvor am Zustandekommen der Friedensresolution und ihrer Durchsetzung in der eigenen Fraktion großen Anteil gehabt hatte. Es kann kein Zweifel bestehen, dass er voll und ganz hinter der Idee eines Verständigungsfriedens stand.⁷⁶

Seine Haltung wird auch aus den Einlassungen deutlich, die er knapp drei Wochen nach Abschluss des Vertrages von Brest-Litowsk machte, der heute als »Diktatfrieden« und »maßlos« angesehen wird.⁷⁷ Diese Einschätzung teilte Haas allerdings nicht. Vielmehr attackierte er Hugo Haase (USPD), der auf die problematischen Rückwirkungen für das deutsch-russische Verhältnis hingewiesen und zugleich seine Solidarität mit der »revolutionären Bewegung« in Osteuropa bekundet hatte,⁷⁸ als »Sprecher russischer imperialistischer Empfindungen«.⁷⁹ Hingegen hielt Haas selbst die Gebietsabtretungen Russlands im Namen des »Selbstbestimmungsrechts von Polen, Litauen und Kurland« für gerecht. Außerdem seien diese im deutschen Interesse: »[] je freier wir diese Staaten ausstatten, je selbständiger wir sie machen, desto freier bleiben auch wir«.⁸⁰ Dabei wollte Haas weder die kleineren Völker gegen Russland instrumentalisieren noch Russland auf Dauer zum Gegner machen. Aus diesem Grunde sprach er sich auch gegen russische Kriegsentschädigungen aus, weil dies nur den Krieg verlängern und das deutsch-russische Verhältnis belasten würde. Eine Verwendung solcher Mittel »für unsere Feldgrauen, für die Kriegsbeschädigten, für die Witwen und Waisen« wies er zurück, weil deren Versorgung eine »Ehrenschild« sei, die »das deutsche Volk bedingungslos [...] gegen seine Soldaten, gegen die Witwen und Waisen hat«.⁸¹ Seine Rede endete mit einer Absage an »Gebietserweiterungen an unserer Ostgrenze«, wobei dies implizierte, dass Gleiches auch im Westen gelten sollte.⁸²

Bei seinen letzten beiden Auftritten vor dem Plenum des kaiserlichen Reichstages standen die weniger bedeutsame Gebiete der Reichsheeresverwaltung und speziell der Militärstrafen im Vordergrund. Dabei brach Haas nochmals eine Lanze für die Elsass-Lothringer, die sich auch im Krieg als »gute Deutsche« erwiesen hätten.⁸³

Als Ludwig Haas dann knapp ein Jahr später das nächste Mal im Reichstagsplenum sprach, fanden bereits Beratungen über die neue republikanische Reichsverfassung statt.⁸⁴ Sein langes Schweigen bedeutete aber auch, dass sich Haas an den

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 511, sowie U. ZELLER (Hrsg.), *Schlaglichter*, 1924, S. 186 f. Dagegen etwas missverständlich die Ausführungen bei H. OSTFELD, Reichstagsfraktion, 1934, S. 25 mit Anm. 15.

⁷⁷ K. HILDEBRANDT, *Das vergangene Reich*, 1995, S. 367 f. Vgl. die jüngste Zusammenfassung bei S. SCHATTENBERG, *Brest-Litovsk*, 2014.

⁷⁸ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 311, 145. Sitzung v. 22.03.1918, S. 4544.

⁷⁹ Ebd., S. 4546.

⁸⁰ Ebd., S. 4546 f.

⁸¹ Ebd., S. 4547 f., Zitate S. 4547. Schon anderthalb Jahre vorher hatte Haas gemeint, dass nach dem Krieg Steuererhöhungen zur Bewältigung der Kriegslasten unumgänglich seien, vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 307, 58. Sitzung v. 03.06.1916, S. 1431 f.

⁸² RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 311, 145. Sitzung v. 22.03.1918, S. 4548.

⁸³ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 312, 172. Sitzung v. 11.06.1918, S. 5405–5409, Zitat. S. 5408.

⁸⁴ Verhandlungen der verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919–1920, 45. Sitzung v. 03.07.1919, Bd. 327, S. 1253, vgl. dazu den Beitrag von Volker Stalman in diesem Band.

Reichstags-Debatten über die Parlamentarisierung des Reiches im Oktober 1918 nicht unmittelbar beteiligte – obwohl er anwesend war und den Oktoberreformen 1918 natürlich zustimmte.⁸⁵

Stattdessen bekam er gut vier Monate vor Kriegsende noch einmal Beifall, als er »unseren Soldaten« dafür dankte, »dass unser Vaterland noch schön und unversehrt dasteht, dass das unsagbare Unglück, das über das französische Gebiet hinwegbraust, über deutsches Land nicht hinwegbrausen konnte«. ⁸⁶ Diese Äußerung zeigt, dass der Krieg einen unübersehbaren Bruch für die erste Etappe der parlamentarischen Wirksamkeit von Ludwig Haas bedeutete, politisch wie im Privatleben. Vor dem August 1914 war Haas offensichtlich auf dem Weg zu einem führenden Sprecher des Linksliberalismus gewesen, der sehr schnell auch bei zentralen Fragen der wilhelminischen Innenpolitik zu Wort kam. Im Weltkrieg wandte er sich dann dem Militärischen zu, da er auf diesem Gebiet wohl wie wenige in seiner Fraktion Expertise besaß. Gleichwohl eigneten sich militärische Fragen zumal in Friedenszeiten kaum zur parteipolitischen Profilierung, zumindest nicht für einen Parlamentarier, der sich als bürgerlicher Patriot verstand und dabei weder als defätistisch⁸⁷ noch militaristisch gelten wollte.

Das große Handicap, unter dem Ludwig Haas mit fortschreitender Dauer des Krieges offensichtlich zunehmend litt, war die Verlagerung des Schwerpunktes parlamentarischer Arbeit in Ausschüsse, in denen Haas nicht vertreten war: Er gehörte weder dem im Oktober 1916 aus der Budgetkommission hervorgegangenen Hauptausschuss⁸⁸ noch dem seit Mitte 1917 bestehenden Interfraktionellen Ausschuss der neuen linken Reichstagsmehrheit⁸⁹ und wohl auch nicht dem neuen Verfassungsausschuss an, in dem drei Mitglieder seiner Fraktion vertreten waren.⁹⁰ Im Hauptausschuss trat Haas zwar mindestens zweimal auf, und zwar vergleichsweise früh, im August und Dezember 1915 – also deutlich vor seiner ersten politischen Intervention im Plenum seit Kriegsbeginn. Seine Reden drehten sich aber hauptsächlich um Militärisches⁹¹, nur einmal ging es um das Budgetrecht des Reichstages.⁹²

⁸⁵ RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 314, 195. Sitzung v. 24.10.1918, S. 6242.

⁸⁶ RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 312, 172. Sitzung v. 11.06.1918, S. 5409.

⁸⁷ Vgl. dazu auch J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 82.

⁸⁸ Vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 308, 68. Sitzung v. 27.11.1916, S. 1864. Haas war bei der Abstimmung nicht anwesend. Zur ursprünglichen Zusammensetzung der Budgetkommission bei Kriegsbeginn mit etlichen Linksliberalen vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 306, 6. Sitzung v. 18.03.1915, S. 54. Diese wurde allerdings dann verkleinert, vgl. RT Sten. Ber., 13. LP, Bd. 307, 35. Sitzung v. 22.03.1916, S. 808. Zu den liberalen Wortführern dort vgl. R. SCHIFFERS, Der Hauptausschuß, 1979, S. 112 ff.

⁸⁹ Vgl. E. MATHIAS/R. MORSEY, Der Interfraktionelle Ausschuss, 1959.

⁹⁰ Vgl. E. R. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1992, S. 143 f.

⁹¹ R. SCHIFFERS, Der Hauptausschuß, 1979, S. 123 u. 149.

⁹² Ebd., S. 182.

Am politischen »Aufstieg des Reichstags bis zum Sommer 1918«⁹³ wirkte der Linksliberalismus in erster Linie durch Politiker mit, die in den genannten wichtigen Ausschüssen vertreten waren: Dies waren Conrad Haußmann, Friedrich von Payer, Georg Gothein, Otto Fischbeck, zeitweise auch Friedrich Naumann, aber eben nicht Ludwig Haas.⁹⁴ Sie alle waren langgediente Parlamentarier des Freisinns, die nicht mehr in den Krieg mussten und daher ständig in Berlin präsent sein konnten. Dagegen schlug es sich für Ludwig Haas zweifelsohne nachteilig aus, dass er kriegsbedingt nur selten an parlamentarischen Sitzungen teilnahm. Diesen Standortnachteil konnte er wohl auch nicht durch sein großes publizistisches Engagement wettmachen.

Es gab deshalb für Ludwig Haas im Zeichen des immer brüchiger werdenden Burgfriedens kaum Gelegenheit, sich auf parlamentarischer Ebene politisch in Szene zu setzen: Die Scharmützel mit der linken Sozialdemokratie, die Attacke auf die Vaterlandspartei, die große Rede zur Judenzählung sowie zuletzt seine Stellungnahme zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk waren sicherlich wichtige Momente. Doch brachte ihm ausgerechnet dieser letzte Auftritt Ärger mit der eigenen Fraktionsführung ein, der seine Möglichkeiten zur eigenständigen Plenarintervention begrenzte.⁹⁵ Insofern war aus dieser Perspektive ein Fortgang der parlamentarischen Karriere für Ludwig Haas am Ende des Kaiserreiches nicht ausgemacht. Die letzte Rede im kaiserlichen Reichstag am 5. Juli 1918 hätte auch sein letzter Auftritt in einem deutschen Nationalparlament sein können. Warum es anders kam, wird an anderer Stelle analysiert.

⁹³ So eine Zwischenüberschrift bei T. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, Bd. 2, 1992, S. 832; vgl. ebd., S. 835–843.

⁹⁴ Interessant in dieser Hinsicht das Register bei W. RIBHEGGE, *Frieden für Europa*, 1988, S. 409–414, wo Haas gar nicht auftaucht.

⁹⁵ Vgl. oben meine Anm. 8.

Republikaner und Demokrat

»Meine Herren, Ruhe bewahren, wir müssen die
Sache auffangen.«¹
Ludwig Haas als Wegbereiter des Freistaats Baden 1918/19

»Die Verfassung, die wir Ihnen vorschlagen, ist streng demokratisch. Wir brauchen die Demokratie, um unserer Zukunft willen. Das Volk verlangt nach dem Erleben dieses Krieges, das Volk verlangt nach dem ungeheuren Zusammenbruch des alten Systems sein volles Recht. Wir können geordnete Zustände nur schaffen und erhalten auf Grundlage der Demokratie. Wir brauchen aber auch die Demokratie, wenn wir ein starkes Nationalgefühl schaffen wollen; mehr als je ist es in dieser Zeit notwendig, das Nationalgefühl, das Gefühl für nationale Würde zu befestigen und zu stärken. Da meinen wir aber: Privilegien schwächen, gleiche Rechte stärken das Nationalgefühl.«

Ludwig Haas in der ersten öffentlichen Sitzung der badischen Nationalversammlung am 15. Januar 1919²

»Bei der Revolution im November 1918 wurde er Innenminister [gemeint ist »badischer Innenminister«; Anm. MB]«.³ Dieser Satz begegnet dem Leser zugegebenermaßen unvermittelt. Das ist erkennbar dem Format geschuldet, will der Autor Gerhard Kaller mit seinem Beitrag über die jüdischen Abgeordneten im badischen Landtag doch auf nur 25 Seiten einen Zeitraum von mehr als achtzig Jahren abdecken. »Die treibenden Kräfte bei der Regierungsbildung waren offenbar[!]«, so ist an anderer Stelle zu lesen, »Ludwig Marum⁴ als wichtigster Sprecher der SPD und Dr. Ludwig Haas (FVP) als herausragender Politiker im bürgerlichen Lager.«⁵ Die Leistungen von Ludwig Haas als badischer Innenminister bei der Bewältigung des politischen Umbruchs 1918/19 waren bislang nur ansatzweise Gegenstand der historischen Forschung. Das erstaunt – hat er doch bis zur Neuwahl der Regierung am 2. April 1919⁶ in viereinhalb Monaten an entscheidenden Weichenstellungen mitgewirkt und viele wichtige Entscheidungen selbst getroffen. Das positive Fazit am Ende dieses Übergangsprozesses lässt diese Entwicklung linearer erscheinen, als sie es in Wirklichkeit war: Die Vorstellungen der Akteure – von Großherzog Friedrich II. bis zu

¹ Zitiert nach J. BECKER (Hrsg.), Heinrich Köhler Lebenserinnerungen, 1964, S. 80.

² Verhandlungen des Badischen Landtags, I. Landtagsperiode, (im Folgenden zitiert als BL Sten. Ber., I. WP), Bd. 523, I. Sitzung v. 15.01.1919, S. 11.

³ G. KALLER, Jüdische Abgeordnete, 1990, S. 432. Vgl. DERS., Revolution, 1966.

⁴ Vgl. zu Marum: M. POHL, Ludwig Marum, 2003; C. REHM (Hrsg.), Marum, 2006.

⁵ P. BRANDT/R. RÜRUP (Bearb.), Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte, 1980, hier die Einleitung, S. LXVII. Vgl. zu Haas und Marum: M. POHL, Bündnispolitik, 2004.

⁶ Vgl. hierzu BL Sten. Ber., I. WP, Bd. 523, 18. Sitzung v. 02.04.1919, S. 61. Zu Haas' Nachfolger als Innenminister wurde Adam Remmele (SPD) gewählt.

radikalen Elementen, die es auch innerhalb der badischen Rätebewegung gab – gingen im November 1918 unvereinbar weit auseinander. Auch innerhalb der Vorläufigen Volksregierung gab es Unvereinbares: Dass die neuen Minister durch Großherzog Friedrich II. ernannt bzw. zumindest bestätigt werden sollten, war für Ludwig Haas und die anderen Angehörigen der bürgerlichen Parteien normal – für die sozialdemokratischen Vertreter wie Ludwig Marum oder Johannes Brümmer von der USPD schlichtweg Ausdruck dafür, dass der Großherzog die Zeichen der Zeit verkannte. Sie lehnten eine derartige Bestallung rundweg ab.⁷

Wenige Wochen nach Bildung der Vorläufigen Volksregierung konnte ihr attestiert werden, gute Arbeit geleistet zu haben: »In Baden arbeite nach den Beobachtungen des Redners das neue Regime am besten. Baden sei da wieder ein Musterland.«⁸ Mit dieser zu diesem Zeitpunkt – 27. November 1918 nach seiner Rückkehr von der Reichskonferenz in Berlin – sehr optimistischen Einschätzung wird Ludwig Haas als badischer Innenminister bei einer Sitzung der Vorläufigen Volksregierung zitiert.⁹

Haas hatte sich in seiner Rede auf der Reichskonferenz nicht nur eindeutig für ein parlamentarisches System ausgesprochen; ebenso klar benannte er die Gefahren, die diese Entwicklung bedrohten. Er sei durch die heutigen Besprechungen »stark enttäuscht worden«.¹⁰ Hier empfiehlt sich ein Blick in die 110 Personen zählende Teilnehmerliste,¹¹ die geeignet war, einem zaudernden Redner den Mut zu nehmen. Nicht so bei Ludwig Haas. Er kritisierte die »mehr oder weniger interessanten Diskussionen«. »Vielleicht würde es praktischer gewesen sein«, so wird Haas hier weiter zitiert, »wenn die Reichsregierung sich schriftlich bei den einzelnen Regierungen erkundigt hätte, wie die sich zu den einzelnen Fragen stellten. Die badische Regierung stehe fest hinter den jetzigen [!] Volksbeauftragten, hinter der jetzigen [!] Reichsregierung, aber nur so lange, als sie die Überzeugung habe, daß diese Volksbeauftragten wirklich frei ihre Politik machen könnten.«¹²

Was folgte war kein antipreußischer Reflex oder eine separatistische Drohung¹³ – da hatte ihn der nach ihm sprechende Philipp Scheidemann missverstanden: »[...er] kenne [...] die Stimmung in Süddeutschland auch und zur Beruhigung des Herrn Haas wolle er mitteilen«, so Scheidemann, »daß in der neuen Regierung nur zwei Preußen saßen neben einem Hessen [damit meinte Scheidemann sich selbst; Anm.

⁷ W. E. OEFTERING, *Umsturz*, 1920, S. 146. Weiter heißt es da: »Brümmer machte die Teilnahme seiner Partei geradezu davon abhängig, daß der Großherzog sich jeder Einmischung enthalte.«

⁸ M. FURTWÄNGLER (Bearb.), *Protokolle*, Bd. I, 2012, Sitzung v. 27.II.1918, S. 53.

⁹ Vgl. die Rede von Haas auf der Reichskonferenz, in: S. MILLER/H. POTTHOFF (Bearb.), *Die Regierung der Volksbeauftragten*, Bd. I, 1969, S. 187–189.

¹⁰ Protokoll der Reichskonferenz, in: ebd., S. 187.

¹¹ Ebd., S. 149–152.

¹² Ebd., S. 187.

¹³ »Was man in Baden befürchtete«, so wird Haas zitiert, »sei, daß wenige Berliner Stellen eine Diktatur ausüben könnten, daß eine neue preußische Diktatur drohe. Jahrelang habe man unter einer anderen preußischen Diktatur geseufzt und daher wolle man nicht eine neue preußische Diktatur erleben.« (ebd., S. 187 f.).

MB], einem Badenser [hier irrte Scheidemann, denn neben Friedrich Ebert war auch der Volksbeauftragte Emil Barth gebürtiger Heidelberger und damit ein Badener; Anm. MB] und einem Halbpreußen.«¹⁴

Mit Nachdruck knüpfte Haas die badische Unterstützung für die Regierung der Volksbeauftragten daran, »daß so schnell wie möglich eine konstituierende Nationalversammlung einberufen werde.«¹⁵

Zurück nach Baden: Mit dem »neue[n] Regime« meinte Haas vor allem die badische Regierung, der ein blutiger, reibungsloser Übergang von der Monarchie zur Republik gelungen war: Großherzog Friedrich II. hatte fünf Tage zuvor, am 22. November, seinen Thronverzicht erklärt.¹⁶ In seinem Bericht aus Baden auf der Reichskonferenz erwähnt Haas aber auch die Arbeiter- und Soldatenräte, die Bauernräte, das (stellvertretende) Generalkommando¹⁷ und den »alte[n] Apparat« – letzterer sei »während der Demobilisation nicht zu entbehren«¹⁸. Sie alle, so darf man Haas verstehen, wirkten an diesem politischen Wandel mit. Was die Räte anging, sprach Haas von einer »enge[n] Fühlungnahme«¹⁹; dass er sie wie seine Kabinettskollegen auf reine Kontrollfunktionen beschränkt sehen wollte, hatte er an anderer Stelle schon deutlicher zum Ausdruck gebracht.

Haas' positives Urteil der Entwicklung in Baden als Eigenlob zu entwerfen, wäre zu kurz gegriffen; der Wandel glückte, wie die weitere Entwicklung zeigt: frühe Wahlen zu einer verfassungsgebenden badischen Nationalversammlung [!] ²⁰ bereits am 5. Januar 1919, eine daraus hervorgehende stabile Weimarer Koalition, zügige Verfassungsberatungen bis zum 21. März und die Bestätigung dieser Verfassung durch Volksabstimmung am 13. April.

Es folgten drei Landtagswahlen – 1921, 1925 und 1929 – die jeweils schon einer Zweiparteien-Koalition aus Zentrum und SPD eine absolute Mehrheit gebracht hätten, in der politischen Praxis aber fast durchgängig als Weimarer Koalition unter Einschluss der DDP realisiert wurden. Demzufolge durften auch Vertreter aller drei Koalitionsparteien diesen Stabilitätserfolg für sich in Anspruch nehmen. Man kann dies in den Reden der badischen Staatspräsidenten der Jahre 1919 bis 1933 – Anton

¹⁴ Ebd., S. 191.

¹⁵ Ebd., S. 188. Haas ließ es sich nicht nehmen, dies nochmals auch als Schlusssatz zu formulieren. (ebd., S. 189).

¹⁶ Abdankungsurkunde Sr. Königlichen Hoheit Großherzog Friedrichs II., in: Generallandesarchiv Karlsruhe (im Folgenden zitiert als GLA), Abt. 230 Neuere Urkunden, Nr. 154); vgl. auch Sammlung Neuordnung in Baden, 1919, Dok. 13 (GLA, Abt. 233 Staatsministerium, Nr. 28 117 Baden, Staatsministerium, Generalia, Staatsverfassung).

¹⁷ Vgl. zum stellvertretenden Generalkommando die Erläuterung bei M. FURTWÄNGLER (Bearb.), Lebenserinnerungen Anton Geiß, 2014, S. 48, Anm. 126.

¹⁸ Protokoll der Reichskonferenz, in: S. MILLER/H. POTTHOFF (Bearb.), Die Regierung der Volksbeauftragten, Bd. 1, 1969, S. 188.

¹⁹ Ebd.

²⁰ »Zur Unterscheidung vom ordnungsmäßigen Landtag«, so informiert Oeftering, »wählte man den [...] Namen ›National-Versammlung‹, der, genau besehen, der badischen Vertretung von rechtswegen schon um deswillen nicht gebührte, weil es gar keine badische Nation gibt [...]«. (W. E. OEFTERING, Umsturz, 1920, S. 225).

Geiß²¹, Gustav Trunk²², Hermann Hummel²³, Adam Remmele²⁴, Heinrich Köhler, Willy Hellpach, Josef Schmitt oder Franz Josef Wittemann – nachlesen. »Eine Stabilität der politischen Verhältnisse, wie sie in andern Ländern nicht immer vorhanden ist.«²⁵ So konnte das Staatspräsident Josef Schmitt im November 1928 formulieren.

Über die Ursachen für diese Stabilität wurde schon viel geschrieben – kaum ohne das »liberale Klima« Badens nicht ausführlich zu erwähnen und es *per se* zum universalen Erklärungsfaktor zu machen. Das ist zu einfach.²⁶ Die badische Verfassung und das badische Verfassungsleben werde, so nochmals Staatspräsident Josef Schmitt, »[durch den] Geist, in welchem die Verfassung betätigt wird.«²⁷ charakterisiert, durch die »Ausgleichung und die möglichste Ausgeglichenheit der politischen, sozialen und konfessionellen Unterschiede«²⁸. Auch dies mag aufs Erste floskelhaft wirken. Vor dem Hintergrund des Politikbetriebes gewinnt es aber an Erklärungskraft.

Es ist für jedwede Betrachtung von Ludwig Haas verlockend, angesichts seiner Lebensdaten, seines frühen Todes im August 1930 mit nur 55 Jahren, das Ende der Weimarer Republik und des Freistaats Baden auszublenden. Allerdings: Schon bei der Landtagswahl im Oktober 1929 waren die Nationalsozialisten erfolgreicher, als es der bloße Stimmenanteil von 7 % indiziert,²⁹ lag die NSDAP damit bereits mit fast 3.000 Stimmen vor der DDP (sie kam auf 6,69 % der Stimmen). Der Abstand vergrößerte sich rasant: Elf Monate später, bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930, war die NSDAP in Baden auf 19,2 % angewachsen; die Einheitsliste DVP/Deutsche Staatspartei erreichte nur noch 9,7 % der Wählerstimmen und konnte sich sehr knapp vor den Kommunisten platzieren.³⁰ Deutlich von ihrem Ausgangswert von 32,1 % Stimmenanteil im Januar 1919 entfernt war auch die badische SPD; 20,1 % der Wähler Badens gaben ihr 1929 noch ihre Stimme;³¹ im September 1930 waren es nur

²¹ Vgl. zu Geiß: M. FURTWÄNGLER (Bearb.), *Lebenserinnerungen Anton Geiß*, 2014, sowie den Eintrag in den *Badischen Biographien* von G. KALLER, Geiß, 1982, S. 136 f.

²² Vgl. ebd.; DERS., Trunk, 1990, S. 273 f.

²³ Vgl. zu Hermann Hummel: P. BRANDT/R. RÜRUP, *Volksbewegung und demokratische Neuordnung*, 1991, S. 161.

²⁴ Vgl. zu Remmele: G. WIMMER, Adam Remmele, 2009.

²⁵ Staatspräsident Josef Schmitt (Z), in: BL Sten. Ber., 3. WP, Bd. 557a, 2. Sitzung v. 23.11.1928, S. 53. Er fährt fort mit den Worten: »Und diesem Willen des badischen Landtags zur Stabilität ist es zu danken, daß wir in Baden während der 10 Jahre ruhige Verhältnisse hatten.«

²⁶ Vgl. hierzu: M. BRAUN, *Der Badische Landtag*, 2009, S. 464–473 (»Der Landtag und die politische Kultur«) und DERS., »Der badische Geist«, 2004.

²⁷ BL Sten. Ber., 3. WP, Bd. 557a, 2. Sitzung v. 23.11.1928, S. 53.

²⁸ Ebd.

²⁹ Vgl. *Badische Landtagswahl 1929*, hrsg. v. BADISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMT, 1930, S. 13–17. Vgl. ferner zur Wahlentwicklung in Baden M. SCHUMACHER, *Stabilität und Instabilität*, 1974.

³⁰ *Die Reichstagswahl 1930*, bearb. u. hrsg. v. BADISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMT, 1930, S. 8.

³¹ *Badische Landtagswahl 1929*, hrsg. v. BADISCHEN STATISTISCHEN LANDESAMT, 1930, S. 89.

noch 17,9 %. Allein das Zentrum zeigte sich erstaunlich stabil und nutzte diese politische Kraft im parlamentarischen Prozess – zumindest bis Herbst 1932 als der Spaltpilz Konkordat zum Scheitern der Koalition mit der Sozialdemokratie führte und damit das Ende des parlamentarischen Regierungssystems in Baden brachte.³² Kehren wir zum Anfang zurück.

Ludwig Haas hatte sich bei Kriegsbeginn als Freiwilliger gemeldet.³³ Nach Einsätzen an der Westfront mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse ausgezeichnet, war er ab Juli 1915 im Generalgouvernement Warschau mit der Verwaltung jüdischer Angelegenheiten befasst.³⁴ Des Ernstes der militärischen Lage Deutschlands ab dem Sommer 1918 war er sich bewusst. In einer längeren Rede in der Reichstagsitzung am 5. Juli 1918 nahm er zum Protest einer »großen Anzahl Kriegsberichterstatter« bezüglich seiner Ausführungen gegen »gewisse Mißstände der Kriegsberichterstattung« Stellung und mahnte zu einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung: »Nun sagte er [ein Kriegsberichterstatter; Anm. MB] mir aber auch: wir sind aber doch oft im Maschinengewehrfeuer mit vorgegangen; denn das war nötig, damit wir unseren Berichten mehr Kolorit geben konnten. Meine Herren: Der Mann, den ich wie gesagt von Jugend an als wahrheitsliebend kenne, hat mich nicht angelogen. Aber aus seiner Schilderung ergibt sich für mich: der Mann hat nie erlebt, was ein wirkliches Maschinengewehrfeuer ist. Um einem Bericht in der Zeitung mehr Kolorit zu geben, dafür geht man nicht im Maschinengewehrfeuer mit vor. (Zustimmung und Heiterkeit links.)«³⁵

Das Wirken von Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter – neben seiner Tätigkeit in der Verwaltung des Generalgouvernements – ist an anderer Stelle Gegenstand der Betrachtung³⁶; der zitierte Redeauszug soll hier aber als treffendes Beispiel für seinen ausgeprägten Realitätssinn nicht fehlen.

Haas nahm zuletzt an den dramatischen Sitzungen am 5., 22., 23., 24. und 25. Oktober 1918 teil³⁷ – nicht aber an der letzten Sitzung des kaiserlichen Reichstags am Samstag, dem 26. Oktober. Für diese Sitzung vermerkt das Protokoll der Reichstagsitzung drei Tage Urlaub.³⁸

Möglicherweise ist Ludwig Haas in realistischer Einschätzung der politischen Lage schon kurz nach dieser Sitzung nach Karlsruhe gefahren. Dort könnte es zu ei-

³² Vgl. hierzu S. PLÜCK, Das badische Konkordat, 1984.

³³ Zu den Motiven hierfür zählte sicher auch, dass für Haas neben einer juristischen Denkweise auch militärische Entscheidungsstrukturen relevant waren. Vgl. auch: L. HAAS, Der deutsche Jude in der Armee, 1913.

³⁴ H. WALLE, Ludwig Haas, 1987, S. 115; DERS., Deutsche jüdische Soldaten, 1984. Vgl. zu den Aufgaben im Generalgouvernement die Studie von J. C. KAUFFMAN, Elusive Alliance, 2015.

³⁵ Verhandlungen des Reichstages, 13. Legislaturperiode 1912–1918 (im Folgenden zitiert als RT Sten. Ber., 13. WP), Bd. 313, 184. Sitzung v. 05.07.1918, S. 5831–5833.

³⁶ Vgl. hierzu die Beiträge von Jürgen Frölich und Volker Stalman in diesem Band.

³⁷ RT Sten. Ber., 13. WP, Bd. 314, 192.–196. Sitzung v. 05.–25.10.1918.

³⁸ RT Sten. Ber., 13. WP, Bd. 314, 26.10.1918, S. 6275.

nem Treffen mit Staatsminister von Bodman³⁹ gekommen sein.⁴⁰ Diesen, der trotz seiner politischen Erfahrung weitgehend passiv blieb, galt es von der Dringlichkeit von Reformen zu überzeugen.⁴¹

Dass sich Haas Ende Oktober, gar erst Anfang November auf dem Weg von Warschau nach Berlin befand, wie der mit der Dokumentation des Umsturzes in Baden beauftragte Karlsruher Archivar Wilhelm Engelbert Oeftering schreibt,⁴² ist unwahrscheinlich. Am Freitagabend, 8. November, ist Haas »mit dem Nachtschnellzug, dem ersten, der seit zwei Tagen abgelaufen wurde«,⁴³ nach Karlsruhe gefahren, »wo er vielleicht nötig sein werde«⁴⁴. »In dieser Auffassung«, so ist hier weiter bei Oeftering zu lesen, »bestärkte ihn auch der badische Zentrumsabgeordnete Wirth«. Mit Joseph Wirth war sich Haas im Hinblick auf die starke Beteiligung der Sozialdemokratie an künftigen Regierungen im Reich und besonders auch in Baden schon seit Langem einig.⁴⁵ Heftig kritisierte er bürgerliche Kreise, die ihre »spießbürgerliche Scheu vor der Sozialdemokratie« nicht überwinden könnten, und denen es unheimlich werde, wenn vom Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung gesprochen werde. »Sie sind im Süden des Reiches«, so Haas weiter, »wo man schon im Frieden mit der Sozialdemokratie zusammen arbeitete, seltener als im Norden, wo es fast nach den Anschauungen mancher Kreise gegen die ›guten Sitten‹ verstoßen hat, einem Sozialdemokraten die Hand zu geben.«⁴⁶ Haas habe, so zitiert ihn Oeftering im Hinblick auf Baden, die Meinung vertreten, »daß die Sozialdemokratie und zwar auch die Unabhängige ausgegibt in der neuen Regierung vertreten sein müsse, wolle man sie nicht in eine gefährliche Oppositionsstellung drängen. Ebenso seien die Soldatenräte entsprechend beizuziehen, um ihrer Eigenmächtigkeit vorzubeugen. Das Wohl und Wehe des Landes hing davon ab, daß jetzt für eine ruhige Entwicklung Vorsorge getroffen werde.«⁴⁷

³⁹ Vgl. zu Bodman den Eintrag in den *Badischen Biographien* von G. KALLER, Bodman, 1982, S. 68–70.

⁴⁰ Haas' Tochter, Judith Schrag-Haas, schreibt fälschlicherweise, dass ihrem Vater im »Oktober 1918 – es war noch unter der Regierung des alten Großherzogs Friedrich II. – als Nachfolger des Freiherrn von Bodman das badische Ministerium des Innern übertragen worden sei«; J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 81. Es ist möglich, dass ein Treffen zwischen Haas und von Bodman die Tochter zur falschen Einschätzung brachte, es habe bei dieser Gelegenheit eine Amtsübergabe stattgefunden.

⁴¹ M. FURTWÄNGLER (Bearb.), Protokolle, 2012, Bd. 1, hier die Einleitung S. XI.

⁴² »Von dort [gemeint ist Warschau; Anm. MB] war er Anfang November 1918 nach Berlin zur Reichstagsitzung gefahren« (W. E. OEFTERING, Umsturz, 1920, S. 80). Zu einer Sitzung des Reichstags, wie Oeftering schreibt, kann Haas nicht mehr nach Berlin gefahren sein, wohl aber zu einem Treffen mit anderen Abgeordneten.

Vgl. zum Zustandekommen der Dokumentation Oefterings: G. KALLER, Revolution, 1966, S. 301.

⁴³ W. E. OEFTERING, Umsturz, 1920, S. 81.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd., S. 133.

⁴⁶ BERLINER TAGEBLATT, 25.09.1918. Nie werde man, so Haas im gleichen Artikel, einem mit Vertrauen zu seiner Leitung erfüllten Deutschland einen Frieden diktieren können. Hier irrte Haas leider.

⁴⁷ W. E. OEFTERING, Umsturz, 1920, S. 133 f.

Neben Wirth war Haas ebenso mit dem Zentrumsabgeordneten Johann Anton Zehnter⁴⁸, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Ludwig Frank⁴⁹ und – nach Franks Tod im September 1914 – mit dessen Nachfolger Oskar Geck in Kontakt. Ähnlich wie die parteiübergreifende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene – Haas war seit 1908 Stadtrat in Karlsruhe – ebnete dies den Boden für ein gutes Zusammenwirken innerhalb der vorläufigen Volksregierung und der badischen Nationalversammlung.

Wie stellte sich für Ludwig Haas die Situation am 9. November 1918 in Karlsruhe dar?⁵⁰ Die Antwort auf diese Frage kann die Vorgeschichte und die Voraussetzungen nicht ausblenden. Reduziert man den Blick auf die vier politischen Akteure Nationalliberale, Fortschritt/DVP, Zentrum und Sozialdemokratie, stellt man fest, dass die beiden letztgenannten durch das Landtagswahlrecht noch immer benachteiligt waren – selbst nachdem die Reform des Jahres 1904 das indirekte Wahlverfahren aufgehoben hatte.⁵¹ Eine politisch entscheidende Annäherung fand aber nicht zwischen diesen beiden, sondern zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus statt. Warum? Weil diese Zusammenarbeit eine Möglichkeit bot, dem liberalen Abwärtstrend zu begegnen und das weitere Erstarken des Zentrums zu verhindern.⁵² Zur sogenannten Blockpolitik gehörte eine reformistische Sozialdemokratie, die selbstbewusst und abweichend von der Parteilinie gar dem Staatsbudget zustimmte.⁵³ Auch wenn hie-

⁴⁸ Zehnter und die Juristen Eduard Dietz und Karl Glockner hatten bereits am 16. November 1918 von Anton Geiß in seiner Funktion als Präsident des Staatsministeriums die schriftliche Anfrage erhalten, »ob sie bereit seien, zu einem Ausschuß zusammen zu treten, um nach Richtlinien, die in den nächsten Tagen ihnen übermittelt werden würden, die Verfassungsentwürfe auszuarbeiten, wie sie der Nationalversammlung vorgelegt werden sollten.« (Vgl. Bericht der Verfassungskommission der Badischen verfassungsgebenden Nationalversammlung zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die badische Verfassung, samt einschlägigen Petitionen. Erstattet von dem Abgeordneten Dr. Zehnter, Beilage Nr. 1a zum Protokoll der 11. Sitzung v. 19.03.1919 (BL Sten. Ber., 1 WP, Bd. 524, S. 17 (im Folgenden zitiert als: Bericht-Zehnter). Wenige Tage später wurde noch der Karlsruher Rechtsanwalt Friedrich Weill (FVP) berufen (KARLSRUHER ZEITUNG, Nr. 272 v. 21.11.1918). In der Kabinettsitzung am 29. November informiert Geiß aber seine Ministerkollegen, dass er dem Verfassungsausschuß [gemeint sind die vier beauftragten Juristen; Anm. MB] mitgeteilt habe, »daß er seine Arbeit ohne die in Aussicht gestellten Richtlinien aufnehmen möge« (M. FURTWÄNGLER (Bearb.), Protokolle, Bd. 1, 2012, Sitzung v. 29.11.1918, S. 64).

⁴⁹ Frank, ebenso wie Haas jüdischer Religion, hatte sich bei Kriegsbeginn als Freiwilliger gemeldet. Er fiel am 3. September 1914 bei Nossencourt nahe Baccarat. Vgl. zu Frank z. B. die Arbeit von K. O. WATZINGER, Ludwig Frank, 1995.

⁵⁰ Zeitnahe Berichte von Ludwig Haas über die Ereignisse der darauffolgenden Wochen dienen dem Archivar Wilhelm E. Oeffering für seine Dokumentation *Der Umsturz in Baden 1918*. Leider sind von Haas keine mit den Erinnerungen von Anton Geiß, Ludwig Marum, Hermann Hummel oder Heinrich Köhler vergleichbaren Aufzeichnungen erhalten. Vgl. z. B. Niederschrift des Vorsitzenden der vorläufigen Volksregierung Anton Geiß über die Vorgänge während der Revolution, in: GLA, Abt. 233 Staatsministerium, Nr. 27960 (dort auch die Berichte von Ludwig Marum, Hermann Hummel und Heinrich Köhler). Unergiebig Ludwig Haas betreffend ist leider auch der Bestand, in: ebd., Abt. 236 Innenministerium.

⁵¹ Vgl. hierzu K. GLOCKNER, Badisches Verfassungsrecht, 1905, und K. STIEFEL, Baden 1648–1952, Bd. 2, 1977, S. 465 f.

⁵² Vgl. hierzu R. EHRISMANN, Liberalismus, 1993.

⁵³ Vgl. hierzu J. THIEL, Großblockpolitik, 1976. Zur badischen SPD J. SCHADT/W. SCHMIERER (Hrsg.), SPD, 1979.

raus keine am modernen Politikbetrieb zu messende Koalition entstand, so hatten drei politische Gruppierungen – Nationalliberalismus, Fortschritt und Sozialdemokratie – doch gezeigt, dass ihr Zusammenwirken nicht *per se* ausgeschlossen war. Dafür standen lassalleanisch geprägte Sozialdemokraten wie August Dreesbach, Mentor des Landtagsvizepräsidenten und späteren Staatspräsidenten Anton Geiß, und reformistische Köpfe wie Ludwig Frank und Wilhelm Kolb. Auch aus liberaler, »staatstragender« Sicht war die badische SPD nicht wie andernorts (nur) eine Vereinigung »vaterlandesloser Gesellen«. »[...] wir dürfen niemals vergessen«, so Ludwig Haas 1905, »daß Deutschland nicht nur die Einigung des Liberalismus, sondern auch die taktische Verständigung zwischen der bürgerlichen Linken und der Sozialdemokratie braucht, wenn in absehbarer Zeit die Reaktion niedergeworfen werden soll.«⁵⁴

Und schließlich: Auch das Zentrum passte selbst angesichts der mehr als nur gelegentlichen Schärfe der Auseinandersetzungen – man denke an das Verhältnis zwischen Edmund Rebmann und Theodor Wacker –⁵⁵ in dieses spezielle badische Modell. Dies vor allem aufgrund seiner »unklerikalen Physiognomie«⁵⁶.

Vor diesem Hintergrund hat die Verständigung zwischen diesen Parteien am 9. November 1918 in Karlsruhe gut funktioniert. Schon zwei Tage zuvor waren Ludwig Marum und Edmund Rebmann übereingekommen, »dass von den gegenwärtigen Männern wohl keiner in ein neu zu bildendes demokratisches Ministerium übernommen werden könne«⁵⁷. Dieses Treffen eines Sozialdemokraten mit einem Vertreter des »staatstragenden« Nationalliberalismus war nicht ohne Brisanz, hatte Marum doch am gleichen Tag in einem Zeitungsartikel festgestellt: »Der Satz der Verfassung, dass der Großherzog in sich alle Rechte der Staatsgewalt vereinigt, ist überlebt. Alle Gewalt im Staate gebührt dem Volk, der Volksvertretung und der vom Volk beauftragten Regierung.«⁵⁸

Es ist bezeichnend, dass an einer Art »Übergabe« Vertreter aller vier Parteien mitwirken sollten.⁵⁹ Die Nationalliberalen Edmund Rebmann und Ludwig Neck, Andreas Odenwald und Friedrich Weill von der FVP, vom Zentrum Ernst Bernauer und Heinrich Köhler sowie der Sozialdemokrat Ludwig Marum. Man traf sich im Lesezimmer des Ständehauses und ging gemeinschaftlich ins Ministerium.⁶⁰

Und Ludwig Haas? Auf seiner Fahrt von Berlin nach Karlsruhe hatte Haas samstagsfrüh am 9. November sowohl den Frankfurter als auch den Mannheimer Bahnhof »im Besitz des Soldatenrates« gesehen. Aufgrund der Schilderung von Haas hielt

⁵⁴ L. HAAS, Einigung, 1905, S. 16.

⁵⁵ »Ich hasse den Wacker« wird Rebmann zugeschrieben, zitiert nach J. BECKER (Hrsg.), Heinrich Köhler Lebenserinnerungen, 1964, S. 30. Vgl. zu Wacker: H. BENDER/F. SEPAINTNER, Wacker, 1987, S. 294–297.

⁵⁶ So Willy Hellpach, zitiert nach J. BECKER (Hrsg.), Heinrich Köhler Lebenserinnerungen, 1964, Einleitung, S. 24.

⁵⁷ W. E. OEFTERING, Umsturz, 1920, S. 51.

⁵⁸ »Die badische Frage«, in: DER VOLKSFREUND, 07.II.1918.

⁵⁹ Dass Anton Geiß, wie Oeftering schreibt, »entschlossen [war] allein zu Herrn von Bodman zu gehen«, darf bezweifelt werden. (W. E. OEFTERING, Umsturz, 1920, S. 54).

⁶⁰ Ebd., S. 55.

Oefftering fest: »Er setzte sich alsbald mit dem Oberbürgermeister [gemeint ist der Karlsruher Oberbürgermeister Karl Siegrist (1862–1944); Anm. MB] ins Benehmen, um mit ihm zu überlegen, wie man anarchistische Zustände verhindern könne.«⁶¹ Konkrete Befürchtungen galten einem »für abends 6 Uhr« (gemeint ist Samstagabend, den 9. November,) geplanten Demonstrationzug. Der spätere Pressechef der Vorläufigen Volksregierung, Heinrich Köhler, zitiert Haas bei einer Besprechung des Wohlfahrtsausschusses im Karlsruher Rathaus mit den Worten: »Meine Herren, Ruhe bewahren, wir müssen die Sache auffangen.«⁶²

Es spricht einiges dafür, dass Haas hier tatsächlich von »auffangen« sprach. Er stand damit im Gegensatz zu »Ratgeber[n] und Regierungsleute[n], [die] glaubten, man müsse die Bewegung im Keime mit Waffengewalt ersticken. Sie vergaßen«, so Oefftering hier weiter, »dass es sich nicht um eine örtliche Angelegenheit handle, und verschlossen ihre Augen vor den Tatsachen im Norden des Reiches und in Bayern.«⁶³ Es würde ins Bild passen, dass es Haas' Eindrücke von seiner Fahrt von Berlin nach Karlsruhe waren, die das Stellvertretende Generalkommando zu der Einsicht brachten, »dass gegen einen bloßen Umzug, auch wenn er nach dem Reichsvereinsgesetz vorheriger Genehmigung bedürfe, nicht mit der Waffe einzuschreiten sei, dass diese vielmehr nur gegen Gewalttätigkeiten angewandt werden solle.«⁶⁴

Wie aus den weiteren Schilderungen zu erfahren ist, waren die Aktionen des Stellvertretenden Generalkommandos in Karlsruhe angesichts der unsicheren Lage in der Tat umsichtig und zurückhaltend.⁶⁵ Aus einer Vielzahl von Gerüchten kristallisierte sich heraus, dass andernorts – z. B. in Offenburg, Lahr und Mannheim – Soldatenräte gebildet worden seien. Dies, zusammen mit Agitationsmaßnahmen durch einige Matrosen, ebenso durch Albert Böpple und Johannes Brümmer, beide Mitglieder der Mannheimer USPD, bewirkte schließlich den Demonstrationzug am Samstagabend.

»Als sich der uns bereits gemeldete Zug des Soldatenrats vom Bahnhof her gegen das Rathaus bewegte«, so die Schilderung Heinrich Köhlers, »waren der sozialdemokratische Stadtverordnete Sauer wie Trunk, der demokratische Rechtsanwalt Haas und ich der Auffassung, dieser Geschichte müssten wir uns unbedingt entgegenstemmen und die ganze Bewegung auffangen, damit nicht der Soldatenrat das Heft in die Hand bekomme.«⁶⁶

Zuvor hatte sich Haas allerdings am Bahnhof in Absprache mit dem Oberbürgermeister selbst ein Bild der Lage gemacht – »in der Annahme, dass man vielleicht die Massen beschwichtigen könne.«⁶⁷ Kurz zum Fortgang dieser heiklen Mission: »Er [Haas] fand das Bahnhofsgebäude noch von der ordnungsmäßigen Wache der

⁶¹ Ebd., S. 82.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ So sei der Bahnhof »nicht mit besonders starker Bedeckung geschützt worden«. (W. E. OEFFTERING, Umsturz, 1920, S. 83).

⁶⁶ J. BECKER (Hrsg.), Heinrich Köhler Lebenserinnerungen, 1964, S. 80.

⁶⁷ W. E. OEFFTERING, Umsturz, 1920, S. 94.

109er mit Maschinengewehren besetzt, konnte aber keine Neigung bei ihnen entdecken, sich im Ernstfall gegen Angreifer zu wehren. Ein Posten, den er befragte, was sie machen würden, wenn Leute des Soldatenrates kämen und den Bahnhof besetzen wollten, erklärte: »Den Fall haben wir schon besprochen; wir lassen uns einfach ablösen.«⁶⁸ Als Haas danach wieder aufs Rathaus zurückging, war ihm klar, dass der Bahnhof »ohne weiteres in die Hand der Aufständischen käme, sobald sie den Versuch dazu unternehmen würden«⁶⁹. So defensiv waren die angeordnete Umsicht und Zurückhaltung nicht gemeint. Allerdings: Was konnte am Nachmittag dieses Tages überhaupt noch als sicher gelten? Seit 16 Uhr meldeten die Abendausgaben der Karlsruher Zeitungen die Abdankung des Kaisers. »Das war ein Sieg, der weitere in Aussicht stellte.«⁷⁰

Wahrscheinlich hat der zeitgenössische Beobachter Oeftering die Stimmung richtig erfasst, wenn er schreibt: »Dass gleichzeitig der sozialdemokratische Abgeordnete Ebert zum Reichskanzler vorgeschlagen wurde, erfüllte mit Genugtuung. Besonders seine Parteigenossen buchten es als unerhörten Erfolg ihrer Sache. Mit Befriedigung und Stolz stellte man fest, daß er ein Sohn des Badnerlandes sei [...]«⁷¹.

Nach und nach versuchten mehrere Redner, die Menschenmenge vor dem Bahnhof in eine bestimmte Richtung zu lenken: der spätere Minister für militärische Angelegenheiten Johannes Brümmer, Albert Böpple, zuletzt auch SPD-Stadtrat Heinrich Sauer.⁷² Keiner der drei hatte Erfolg: Als positiv kann gleichwohl gewertet werden, dass Aufrufe zur Gewalt (»Haltet den Verräter fest!« – gemeint war SPD-Stadtrat Sauer) folgenlos blieben. Am Ende gab es dann doch ein Ergebnis: Die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates. Zu einer gemeinsamen Tagung mit dem Wohlfahrtsausschuss kam es aber zunächst nicht.⁷³

Nach einer tumultuarischen Sitzung und der Wahl der Vorsitzenden, wurde der wartenden Menge die Bildung des Soldatenrates vom Balkon des Rathauses aus verkündet: »gestikulierend und schreiend [...] ein jämmerliches Bild«⁷⁴, wie Heinrich Köhler fast schon gewohnt polemisch festhielt.

Allerdings: Dass es der am Tag darauf gebildeten Vorläufigen Volksregierung gelingen würde, ihren Kurs gegenüber allen badischen Räteorganisationen durchzusetzen, war an diesem Abend nicht abzusehen. Eine unerwünschte Einmischung erfuhren Ludwig Haas, Ludwig Marum, Gustav Trunk und Heinrich Köhler gleich am nächsten Tag. Ihr Plan war es, die von ihnen erstellte parteiübergreifende Ministerliste zu verkünden.⁷⁵ Jedoch gab es innerhalb der Sozialdemokratie Pläne zu einer eigenen Ministerliste. Da diese aber ebenfalls Liberale und Zentrumsmitglieder vorsah,

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd., S. 95.

⁷¹ Ebd., S. 97.

⁷² »Es gab ein Hin und Her und ein Aufeinanderprallen von Gegensätzen.« (ebd., S. 100).

⁷³ Ebd., S. 106.

⁷⁴ J. BECKER (Hrsg.), Heinrich Köhler Lebenserinnerungen, 1964, S. 81.

⁷⁵ Ebd.

ergaben sich keine unlösbaren Schwierigkeiten. »Aus der Verschmelzung der radikalen Rückert'schen mit der Kommissions-Liste, die sich einige Abänderungen gefallen lassen mußte, erfolgte schließlich die Bildung der vorläufigen Regierung.«⁷⁶ Selbst ein Nationalliberaler wurde als ministrabel erachtet: Der Konstanzer Oberbürgermeister Hermann Dietrich⁷⁷. Möglich wurde dies, weil Ludwig Haas vom bis dahin favorisierten Kandidaten Martin Venedey (ebenfalls aus Konstanz) abrückte.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums standen der Vorsitzende des Karlsruher Soldatenrats Johannes Brümmer (Minister für militärische Angelegenheiten) und Adolf Schwarz (Minister für soziale Fürsorge), beide USPD. Diese beiden jüngsten,⁷⁸ ebenfalls von Ludwig Haas vorgeschlagenen Regierungsmitglieder,⁷⁹ verfügten zweifellos über die geringste politische Erfahrung, was sich auf die Arbeit der vorläufigen Volksregierung aber eher positiv auswirken sollte.

Auch die Personalentscheidung an der Spitze der Regierung ging maßgeblich auf Ludwig Haas zurück: der Mannheimer sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Anton Geiß, den Haas als Präsidenten für politisch opportuner hielt als einen Bürgerlichen.⁸⁰ Wie seine Kabinettskollegen Ludwig Marum (SPD; Justiz), Fritz Stockinger (SPD; Unterricht) und Joseph Wirth (Zentrum; Finanzen)⁸¹ gehörte auch Geiß dem badischen Landtag bereits seit Jahren an. Auch die übrigen Regierungsmitglieder – Gustav Trunk (Zentrum; Ernährung), die Sozialdemokraten Leopold Rückert (Verkehr) und Philipp Martzloff (Übergangswirtschaft und Wohnungswesen) verfügten über politische Erfahrung.

Das gilt besonders für Ludwig Haas, der auch vom Lebensalter her mit seinen 43 Jahren kein Neuling war.⁸² Das negative Urteil Heinrich Köhlers, der – nach eigenen Angaben – gleichfalls für das Amt des Finanzministers im Gespräch gewesen sei, ist jedenfalls zu relativieren. Köhler hatte die Ernennung der Minister als »ziemlich wahllos« bezeichnet.⁸³ Schaut man genauer hin, erscheint diese Regierung politisch

⁷⁶ W. E. OEFTERING, *Umsturz*, 1920, S. 140 f.

⁷⁷ Vgl. zu Dietrich: A. v. SALDERN, Hermann Dietrich, 1966, und J. FRÖLICH, »He served the German people well«, 2005.

⁷⁸ Adolf Schwarz war Jg. 1883, Johannes Brümmer Jg. 1886.

⁷⁹ W. E. OEFTERING, *Umsturz*, 1920, S. 137 f.

⁸⁰ Als ernsthafter Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten konnte auch der Sozialdemokrat Dr. Eduard Dietz gelten. Vgl. hierzu: A. HUNKEL, Eduard Dietz, 2009, S. 61 f.

⁸¹ Vgl. zur Regierungsbeteiligung Joseph Wirths auch die Einschätzung Rudolf Morseys: »Bei Wirth bedurfte es allerdings keiner langen Überlegung zu dem Entschluß mitzuhelfen, den ›Revolutionssturm‹ aufzufangen (Schofer) und gleichzeitig den Einfluß des Zentrums sowohl zur Abwehr sozialistischen Einflusses, als auch zur ›Befriedigung der drängendsten Wünsche des katholischen Volkes geltend zu machen.« (R. MORSEY, *Die deutsche Zentrumspartei*, 1966, S. 84).

⁸² Nur Anton Geiß (Jg. 1858) und Gustav Trunk (Jg. 1871) waren älter als Haas.

⁸³ J. BECKER (Hrsg.), Heinrich Köhler Lebenserinnerungen, 1964, S. 83. Auch sonst war Köhler in seinem Urteil weder ausgewogen noch zurückhaltend. Schwarz sei »hereingenommen« worden, weil er Vorsitzender des Soldatenrates in Mannheim war. »Er konnte«, so Köhler weiter, »[...] keinen Satz richtig schreiben und war ganz in der Hand seiner die Orthographie beherrschenden Beamten.« (Ebd., S. 83 f.)

und regional nicht allzu unausgewogen. Tatsache ist, dass Baden damit am »Tag 1« des Umsturzes, »etwa ½ 12 Uhr«⁸⁴ eine neue Regierung hatte.

Eine halbe Stunde zuvor war bereits auf der Rathaustreppe durch einen Zivilisten eine nicht unwichtige Entscheidung des Soldatenrats verkündet worden: »Der Soldatenrat habe beschlossen, es dürften keine Kokarden und Achselstücke mehr abgerissen werden. Die Militärpersonen sollten das weitersagen.«⁸⁵ Mit anderen Worten: »Die Revolution lenkte also in ruhigere Bahnen.«⁸⁶ Diese positive Einschätzung mag bereits einer kurzen zeitlichen Distanz geschuldet sein. Treffender hat dies wahrscheinlich ein Akteur wie Ludwig Marum ausgedrückt, wenn er schrieb: »Als ich Minister geworden war, hatte ich den Eindruck, daß meine Ministerherrlichkeit nicht länger als 24 Stunden dauere. Ich habe das Gefühl gehabt, daß wir auf außerordentlich schwankendem Boden uns bewegten.«⁸⁷ Viel sicherer kann sich Ludwig Haas kaum gefühlt haben – allein: Ihn leitete, dass die Situation entschiedenes, zupackendes Handeln erforderte, gerade wenn andere Akteure resignierten oder die Situation falsch einschätzten.⁸⁸ So hielt z. B. der ehemalige Staatsminister von Bodman eine Ernennung der elf Minister durch den Großherzog für nötig – vorausgesetzt, der Großherzog wäre überhaupt hierzu bereit. Es ist verständlich, dass die Minister Brümmer und Marum wie eingangs erwähnt, eine »derartige Bestallung rundweg ab[lehnten]«. ⁸⁹ Hier kamen nun Haas' gute Kontakte nach Berlin zum Tragen. In einem Telefongespräch mit der Reichskanzlei – ob Haas mit Friedrich Ebert selbst telefonierte, ist fraglich – ging es um die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am Vortag. Haas konnte dadurch Klarheit gewinnen, dass der bisherige Standpunkt, die Frage der Staatsform einer verfassungsgebenden Versammlung überlassen zu wollen, überholt war: sowohl auf Reichs- als auch auf Länderebene. Dass er und andere Verantwortliche in Baden hofften, entsprechende Schritte würde der Großherzog selbst unternehmen, entsprang der nicht unbegründeten Wertschätzung der Dynastie der Zähringer. Entscheidend war, dass er Herrn von Bodman zuredete, die Lage »nicht durch prinzipienmäßiges Festhalten an einem überholten Rechtsstandpunkt zu erschweren«⁹⁰. Das politische Kräftefeld war für einen Akteur vor Ort schwer zu durchschauen. War auch der Thron der Wittelsbacher schon drei Tage zuvor gestürzt, die Abdankung Kaiser Wilhelms II. von Prinz Max von Baden am Vortag verkündet worden: Die Schlüsse, die die politischen Akteure daraus zogen, waren höchst unterschiedlich; demjenigen, der vor

⁸⁴ W. E. OEFTERING, *Umsturz*, 1920, S. 141.

⁸⁵ Ebd., S. 143.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Zitiert nach M. FURTWÄNGLER (Bearb.), *Protokolle*, 2012, Einleitung S. XVII.

⁸⁸ Constantin Fehrenbach bspw. habe am 11. November 1918 seine vor dem Zentralkomitee der Zentrumsparterie in Offenburg »unter Schluchzen vorgetragene Rede« mit dem hoffnungslosen Ausspruch »Finis Germania!« beendet (J. BECKER (Hrsg.), *Heinrich Köhler Lebenserinnerungen*, 1964, S. 93).

⁸⁹ W. E. OEFTERING, *Umsturz*, 1920, S. 146.

⁹⁰ Ebd., S. 147.

Ort entscheiden musste, half das wenig – genauso wenig wie es half, dass man gestern noch anders entschieden hätte. Jetzt war Haas klar, dass die Neugestaltung des Kabinetts »zur Vermeidung chaotischer Zustände notwendig [war]«. Sie könne, so Haas, »nur durch einen revolutionären Akt kraft des Volkswillens und nicht als verfassungsmäßige Handlung erfolgen«⁹¹. Und dann wirkte es doch fast wie ein Rückzieher, wenn Haas laut Oeftering gesagt haben soll: »Bis jetzt sei über die künftige Staatsform noch nichts ausgemacht; man sei übereingekommen, die Beschlußfassung über diese wichtige Frage in die Hände der künftigen, sofort einzuberufenden Landesversammlung zu legen [...]«⁹² Haas' Realismus und sein politischer Instinkt ließen ihn wissen, dass diese Entscheidung in Wirklichkeit bereits gefallen war. Selbst die *badische* SPD hätte ihren Anhängern die Monarchie als Ergebnis dieser Umwälzung schwer vermitteln können. In diesen Tagen galt es zu sehen, dass es den Großherzog noch gab – und mit ihm eine Anhängerschaft in Verwaltung, Militär und in großen Teilen besonders des protestantischen Bürgertums, dessen Kirchenherr er war.⁹³ Hier war Fingerspitzengefühl genauso gefragt wie Entscheidungsstärke. Wie sah das aus? »Alles in allem sei es vielleicht angebracht«, so ist Haas' Standpunkt bei Oeftering nachzulesen, »wenn Exz. von Bodman dem Großherzog nahelegen würde, bei aller Wahrung seines prinzipiellen Standpunktes gewisse wohlwollende Wünsche für die Arbeit der neuen Regierung auszusprechen. Dadurch gewinne diese an Vertrauen auch in jenen Kreisen, die mit der Revolution und ihren Maßnahmen innerlich nicht einverstanden seien [...]«⁹⁴ So geschah es – Bodman willigte ein.⁹⁵ Noch am gleichen Tag meldete eine Sonderausgabe der *Karlsruher Zeitung*: »Der Großherzog gibt sich der Hoffnung hin, daß die provisorische Regierung ihr Ziel, unserer geliebten Heimat Ruhe und Ordnung zu erhalten, erreichen möge.«⁹⁶ Er hatte damit die neue Regierung anerkannt. Kein Badener war durch seinen Eid auf den Großherzog nun noch gehindert, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten. Dies war für Ludwig Haas und seine Kabinettskollegen ein wichtiger Etappensieg, über den die Bevölkerung in einer gemeinsam von Soldatenrat und Wohlfahrtsausschuss unterzeichneten Bekanntmachung ebenfalls noch am 10. November informiert wurde.⁹⁷ Nach Nennung der elf Ministerien und ihrer Besetzung, folgte die entscheidende Passage: Die neue Regierung werde eine auf

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd.

⁹³ »Bei gewissen Leuten«, so Oeftering ironisch, »geschah der Umfall aus der vormaligen teutsch-national-monarchischen Heldenpose zum Volksmann und Nur-Bürger mit erstaunlicher Gelenkigkeit. Die Gesinnungsgaukelei platzte wie ein Geschwür auf.« (ebd., S. 228).

⁹⁴ Ebd., S. 148.

⁹⁵ »Herr von Bodman gab seinen Widerstand vor diesen Vernunftgründen und der vollzogenen Tatsache auf und sagte zu, den Großherzog in dem versöhnlichen, von Dr. Haas angedeuteten Sinn zu unterrichten [...]« (Ebd.)

⁹⁶ »Seine Königliche Hoheit haben geruht«, so der Schluss der Bekanntmachung, »die gegenwärtigen Minister in Gnaden ihrer Ämter zu entheben und in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.« (Zitiert nach ebd., S. 151).

⁹⁷ Abgedruckt in: Sammlung Neuordnung in Baden, 1919.

Grundlage des allgemeinen Wahlrechts gebildete Landesversammlung darüber entscheiden lassen, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik, für Baden maßgebend sein solle.

Wie fragil dieser Schwebzustand war, zeigt sich daran, dass zeitlich parallel der Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat eine sofortige Entscheidung für die Republik forderte.⁹⁸ Auch bei der Regierungsbildung hätte der Rat gerne stärker mitgewirkt. Dass er sich mit dieser vollendeten Tatsache arrangierte, lag auch daran, dass der Regierung mit Anton Geiß, Adolf Schwarz und Johannes Brümmer drei Mannheimer Mitglieder angehörten. Angesichts dieses niedrig dosierten Störfeuers konnte Ludwig Haas am 11. November das Innenministerium »ganz in Formen [...], die einem normalen Ministerwechsel entsprochen hätten«⁹⁹, übernehmen. Vor Ort galt es, für die Sicherheit der großherzoglichen Familie zu sorgen. Mit dem ebenfalls aus Berlin zurückgekehrten Prinz Max von Baden kam Haas überein, dass alle »fürstlichen Herrschaften« sich ausschließlich im Karlsruher Schloss aufhalten sollten. Zu dessen Schutz mussten nun zuverlässige Truppen gefunden werden. Dies stellte sich als schwierig heraus: »Von den etwa 2.000 Mann vorhandenen Soldaten der Karlsruher Besatzung«, so berichtet es Anton Geiß, »fanden sich etwa 40 Mann, ganz junge Leute von etwa 18–19 Jahren, bereit, der Regierung zu folgen. Alle anderen lehnten es höhnisch ab, überhaupt noch einen Dienst zu übernehmen oder Befehle auszuführen.«¹⁰⁰ Soldaten, die schließlich als Wachen für das Rathaus und das Innenministerium rekrutiert werden konnten, sollten gegebenenfalls das Schloss verteidigen. Darüber hinaus wurden zwölf Polizisten in Zivil im Schloss selbst platziert. Da die Kompetenzverteilung zwischen Generalkommando, Soldatenrat und Innenministerium unklar war, setzte sich Haas, zusammen mit dem ebenfalls bereits in sein Amt eingeführten Ernährungsminister Trunk mit den beiden erstgenannten Stellen in Verbindung.

Das Innenministerium war am 11. November auch Tagungsort für eine erste Zusammenkunft von Regierungsvertretern mit Räten aus einer Reihe anderer badischer Städte.¹⁰¹ Bezeichnend ist, dass es Präsident Geiß war, der die Sitzung eröffnete. Nach ihm sprach der neue Finanzminister Joseph Wirth, dem es anscheinend gelang,

⁹⁸ Vgl. die EntschlieÙung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 10. Nov. 1918: »Der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Mannheim schlägt den bereits gebildeten oder in Bildung begriffenen Arbeiter- und Soldatenräten der größeren badischen Städte vor, sofort die nötigen Schritte zu tun, um Baden als sozialistische Republik zu proklamieren und die Bildung einer Volksregierung in die Wege zu leiten.« (W. E. OEFTERING, *Umsturz*, 1920, S. 161 f.)

⁹⁹ Ebd., S. 168.

¹⁰⁰ M FURTWÄNGLER (Bearb.), *Lebenserinnerungen Anton Geiß*, 2014, S. 48. Dies deckt sich mit dem Bericht Oefterings: »Die Regimenter waren völlig desorganisiert und mit der Wahl ihrer Soldatenräte beschäftigt.« (W. E. OEFTERING, *Umsturz*, 1920, S. 170).

¹⁰¹ Vereinzelt taucht hierfür bereits der Begriff »Landesausschuss der Soldatenräte« auf, so z. B. bei W. E. OEFTERING, *Umsturz*, 1920, S. 190. Laut Oeftering tagte der Karlsruher Soldatenrat an diesem Abend im »Goldenen Adler«, der Karlsruher Arbeiterrat im Rathaus (ebd., S. 182).

das Vertrauen der Soldatenräte zu gewinnen.¹⁰² Ein gutes Abendessen für alle Anwesenden soll dabei auch eine Rolle gespielt haben.¹⁰³

Inhaltlich sind die bei dieser Besprechung beschlossenen Richtlinien für die Soldatenräte von Bedeutung – besonders die Punkte zwei und drei. Sie formulierten die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung als eine der Hauptaufgaben des Soldatenrats. Weiter heißt es: »Er unterstützt die neue Volksregierung [...]«. ¹⁰⁴ Ruhe und Ordnung sollten im weiteren Verlauf dieses Abends noch gestört werden. Am Karlsruher Schloss kam es zu einer Schießerei.

Ludwig Haas und Gustav Trunk hatten die Tagung der badischen Soldatenräte vorzeitig verlassen, um zum Rathaus, dem Tagungsort der Arbeiterräte, zu gehen. Auf ihrem Weg zurück zum Schlossplatz erfuhren sie von einem Posten von »etwa zehn Schüssen« hinter dem Schloss.¹⁰⁵ Beide gingen daraufhin zum Schloss, »um nach dem Rechten zu sehen«¹⁰⁶ – eine Aufgabe für die eine Gruppe bewaffneter Soldaten mit Sicherheit besser geeignet gewesen wäre. Zu diesem Schluss kamen dann auch Haas und Trunk, nachdem eine weitere Salve hinter dem Schloss losgegangen war. Die im Innenministerium stationierten Soldaten sollten her. Unerfahren wie sie waren, konnten sie die Situation nicht unter ihre Kontrolle bringen.¹⁰⁷ Am Ende musste Ludwig Haas, nur von zwei Mann einer Artillerie-Patrouille begleitet, zum Schloss. Den Übeltäter, den angetrunkenen Matrosen Heinrich Klumpp – nach ihm benannt, ist diese Schießerei als »Klumpp-Putsch« bekannt geworden –¹⁰⁸ traf er dort allerdings nicht mehr an; auch nicht den Großherzog, der bereits mit seiner Familie in Richtung seines Schlosses Zwingenberg am Neckar geflohen war.¹⁰⁹

Es sollte nicht die einzige Aufregung in dieser für Ludwig Haas weiterhin unruhigen Nacht bleiben: Um drei Uhr nachts ließ ihn der Soldatenrat Karlsruhe rufen: »[...] die Republik müsse ausgerufen werden.«¹¹⁰ Sein Hinweis darauf, dass die Re-

¹⁰² Ebd., S. 176.

¹⁰³ Ebd., S. 177.

¹⁰⁴ Ebd., S. 178.

¹⁰⁵ Ebd., S. 191.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ »Wie sie an der Schloßwache ankamen, verstärkte sich die Schießerei im Garten. Das war das Zeichen für die junge Heldenschar«, so Oeftering ironisch, »sich seitwärts, laufe was Beine hat, in die Wachthäuschen zu retirieren, sich dort auf den Boden zu werfen und unter Bänke und Tische zu kriechen. Im Deckung-Nehmen waren sie offenbar gut einexerziert.« (ebd., S. 192).

¹⁰⁸ Klumpp sollte Haas noch länger beschäftigen. In der Sitzung der Vorläufigen Volksregierung am 9. Januar 1919 informierte Haas seine Kabinettskollegen über Klumpps Haftentlassung. Er hetze durch aufrührerische Reden gegen die vorläufige Regierung und die Nationalversammlung. Das Justizministerium wurde beauftragt, die Festnahme Klumpps zu veranlassen. (M. FURTWÄNGLER (Bearb.), Protokolle, Bd. 1, 2012, S. 166 f.)

¹⁰⁹ Dass die großherzogliche Familie beim Eintreffen von Ludwig Haas bereits abgefahren war, ist wahrscheinlicher als die Version von Haas' Tochter Judith Schrag-Haas, wonach Ludwig Haas der großherzoglichen Familie zur Flucht verholfen habe (vgl. J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 81). Vgl. zum Fluchttort Zwingenberg: M. FURTWÄNGLER (Bearb.), Lebenserinnerungen Anton Geiß, 2014, S. 53, Anm. 138.

¹¹⁰ DERS. (Bearb.), Protokolle, Bd. 1, 2012, Sitzung v. 12.II.1918, S. 4.

gierung jetzt nicht zusammentreten könne, bewirkte eine Vertagung dieser Aktion.¹¹¹ Als am nächsten Tag, 12. November, die provisorische Regierung zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat, verteidigte sie ihren Standpunkt, die Republik nicht auszurufen: »[...] man [habe] erklärt [...], daß über die Staatsform die Nationalversammlung entscheide.«¹¹² Hier bestand Einigkeit zwischen den bürgerlichen Vertretern in der Regierung und den sozialdemokratischen; gleichermaßen einig war man sich, dass Großherzog Friedrich II. als nicht mehr handlungsfähiges, gleichwohl noch existentes Staatsoberhaupt fortwährend als Störfaktor im politischen Prozess instrumentalisiert würde. Mit anderen Worten: Die Frage der Staatsform war entschieden – fraglich waren Zeitplan und Prozedere. Ein Treffen zwischen Staatsminister von Bodman, Präsident Geiß und dem Großherzog auf seinem Schloss in Zwingenberg am 13. November sollte Klarheit bringen. Tatsächlich gelang es von Bodman, Friedrich II. davon zu überzeugen, auf die Ausübung der Regierungsgeschäfte zu verzichten.¹¹³ Bezeichnend ist, dass dies auch für den Sozialdemokraten Geiß keine leichte Aufgabe war.¹¹⁴ Ludwig Haas war währenddessen zu Prinz Max nach Baden-Baden gefahren, »um auch ihn von regierungswegen über die politische Stimmung aufzuklären«. Auch diese Mission verlief erfolgreich.¹¹⁵

Vier Tage später, am 17. November 1918, waren es neben Ludwig Haas die Minister Dietrich, Rückert und Trunk, die die großherzogliche Familie in einem Sonderzug nach Schloss Langenstein im Hegau eskortierten. Die größere Entfernung zu den radikaleren politischen Kräften in Mannheim hatte hierfür den Ausschlag gegeben.

Der Einsatz von Ludwig Haas für die Sicherheit der großherzoglichen Familie geschah bei Weitem nicht nur »zuständigkeitshalber«. Haas und Prinz Max von Baden, so zeigen es Dokumente aus dem seit kurzem zugänglichen Nachlass des Prinzen, pflegten engen Kontakt auf der Grundlage politischer Übereinstimmungen und gegenseitiger menschlicher Wertschätzung.¹¹⁶ War Haas' Korrespondenzpartner auch des Öfteren nicht der Prinz direkt sondern dessen Sekretär Kurt Hahn, so gab es

¹¹¹ W. E. OEFTERING, Umsturz, 1920, S. 196 f. Dort heißt es, Haas sei um 2 Uhr aus dem Bett geklingelt worden.

¹¹² M. FURTWÄGLER (Bearb.), Protokolle, Bd. 1, 2012, Sitzung v. 12. November 1918, S. 4.

¹¹³ DERS. (Bearb.), Lebenserinnerungen Anton Geiß, 2014, S. 54 f.

¹¹⁴ Fast erstaunt es, dass der Rückhalt Friedrichs II. im bürgerlich-nationalen Lager letztlich innerhalb weniger Tage fast komplett verschwunden war. »Als symptomatisch dafür darf ein Leitartikel in dem bürgerlich-nationalen ›Karlsruher Tagblatt‹ bewertet werden, der am Morgen des 14. November (Donnerstag) erschien, also spätestens am Mittwoch abgefaßt war. Er ist überschrieben ›keine Halbheiten‹ und redet offen der republikanischen Staatsform das Wort: ›... Das Reich ist eine sozialistische Republik geworden und die Bundesstaaten sind dem Vorbild gefolgt. Mit Ausnahme von Baden, wo man sich noch nicht hat entschließen können, der Unklarheit ein Ende zu machen und aus der Halbheit herauszukommen...‹.« (W. E. OEFTERING, Umsturz, 1920, S. 209f.)

¹¹⁵ »Der Prinz faßte die Frage ohne persönliche Bedenkllichkeiten durchaus von ihrer politischen Seite auf. Ihm war klar, daß in Baden die Entwicklung keine anderen Bahnen einschlagen könne, als im Reich. Das Wohl des Volkes und die Sicherung geordneter Zustände lagen ihm mehr am Herzen als die Erhaltung der Monarchie und seiner persönlichen Rechte.« (ebd., S. 217).

¹¹⁶ Vgl. hierzu auch den Beitrag von M. FURTWÄGLER, Der Demokrat Ludwig Haas, 2016.

doch einen regelmäßigen Briefwechsel auch zwischen Haas und Prinz Max, der vielfach sehr persönlich war. Da blitzte zuweilen Humorvolles auf¹¹⁷ – überlagert aber vom ernstesten politischen Geschäft: Morddrohungen wie z. B. in einem Schreiben vom 27. März 1919¹¹⁸ und – damit zusammenhängend – die Rolle des Prinzen im November 1918. »Ich würde es für zweckmäßig halten«, so schrieb Haas als Innenminister am 31. März 1919 an Max von Baden, »wenn Eure Großherzogliche Hoheit einzelne badische Redakteure über die Vorgänge am 9. November v. Js. unterrichten würden. Dabei sollte man sich nicht auf die demokratischen Zeitungen beschränken, sondern auch Redakteure von sozialdemokratischen und Zentrums-Zeitungen beziehen. Vielleicht könnte es eine ganz gute Form sein, wenn ich die Redakteure in meine Wohnung einladen würde mit der Erklärung, dass Euere Großherzogliche Hoheit ihnen über die Vorgänge am 9. November vertrauliche Mitteilungen machen wollen.«¹¹⁹ Zu diesem Zeitpunkt verband die Beiden auch schon die Mitarbeit in der am 3. Februar 1919 gegründeten »Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts« (Heidelberger Vereinigung).

Neben Prinz Max und Ludwig Haas finden sich als Unterzeichner des Gründungsaufrufs z. B. Robert Bosch, Constantin Fehrenbach, Konrad Haußmann oder Max und Marianne Weber.¹²⁰ Das regionale Schwergewicht auf dem Südwesten erklären die Unterzeichner selbst: »Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß nach dem Zusammenbruch des preußischen Systems Süddeutschland dank seiner demokratischen Tradition und der glücklichen Überwindung seiner inneren Gegensätze eine erhöhte Verantwortung zufällt.«¹²¹

Als acht Jahre später die *Erinnerungen und Dokumente* Max von Badens vorlagen, nahm Haas daran kritisch Anteil. In seinem Schreiben an die Redaktion der von Joseph Wirth herausgegebenen *Deutschen Republik* vom 28. Juli 1927 heißt es: »Es hat kaum einen politischen Zweck, heute darüber zu streiten, ob die Politik des Prinzen Max als Reichskanzler bei größerer persönlicher Rücksichtslosigkeit in gerader Linie hätte durchgesetzt werden können oder ob nicht vielmehr seine Nachgiebigkeit sich aus der verzweifelten Situation jener verzweifelten Tage und Wochen ergibt. Prinz Max war in seinem Kampf gegen die Oberste Heeresleitung fast völlig allein.

¹¹⁷ So schrieb Haas z. B. am 17. April 1926 an Prinz Max: »Dass man Ihnen das Rauchen abgewöhnt, schmerzt mich besonderes. Ich schaudere bei dem Gedenken, dass dieser Versuch einmal bei mir gemacht werden müsste. Es ist vielleicht wahr, dass man ein Schwächling ist, wenn man sich zum Sklaven des Nikotins macht. In dieser Richtung möchte ich aber gerne bis an mein Lebensende ein Schwächling bleiben.« (GLA, FA-N Nr. 6013 Prinz Max von Baden).

¹¹⁸ GLA, FA-N Nr. 5903 Kurt Hahn. Haas war bereits Anfang März 1919 Ansprechpartner des Schweizerischen Konsulats für das Großherzogtum Baden und die Rheinpfalz in Mannheim für ein Einreisegesuch des Prinzen Max und dessen Familie (GLA, FA-N Nr. 6013 Prinz Max von Baden).

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Die vollständige Liste der Unterzeichner findet sich am Ende der gedruckten Fassung des Vortrags, den Prinz Max anlässlich der Gründung der Heidelberger Vereinigung gehalten hatte (Völkerbund und Rechtsfriede, 1919, S. 31).

¹²¹ Ebd.

Die Auffassung schließlich, dass der Kanzler [...] die Abreise des Kaisers hätte verhindern müssen, mag mit der Frage beantwortet werden: Hätte er sie denn verhindern können? Es lag ja keine wirkliche Macht in seinen Händen.«¹²²

Zurück zum Schauplatz Baden: Ludwig Haas war klar, dass die aktuelle Einigung mit dem Großherzog nur ein Zwischenschritt war, bei dem nicht länger verweilt werden durfte. Das Protokoll der Sitzung der provisorischen Regierung am 21. November 1918 zitiert ihn in indirekter Rede: »Dr. Haas möchte nochmals feststellen, dass das Ministerium auf dem Standpunkt steht, die konstituierende Versammlung sei notwendig und so schnell wie möglich einzuberufen und wünscht, dass dies bekanntgegeben werden solle.«¹²³ Für Haas spielte hier die Entwicklung in Berlin eine wichtige Rolle. Aber auch in Baden waren damit, als am 21. und 22. November 1918 – einberufen vom Mannheimer Vollzugsausschuss – die erste Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Badens in Mannheim stattfand,¹²⁴ wichtige Weichenstellungen bereits erfolgt. Dies würde radikalen Kräften am besten entgegenwirken.¹²⁵

Noch bevor Haas und Geiß am 23. November zur Reichskonferenz nach Berlin reisten, konnte die Frage der Staatsform geklärt werden: Der ehemalige Minister von Bodman war auf Bitten der Vorläufigen Volksregierung nach Langenstein im Hegau gereist und konnte dort den Großherzog zum endgültigen Thronverzicht auch für den Prinzen Max von Baden und dessen Nachkommen bewegen (seine Ehe mit Großherzogin Hilda war kinderlos geblieben). Für Ludwig Haas war das in der Kabinetsitzung am 22. November Anlass zum Dank, »daß der Großherzog diesen schweren Schritt im Interesse des badischen Volkes und im Interesse der Entwicklung des badischen Landes getan hat.«¹²⁶ Seinem Dank – auch für die Vermittlungsarbeit des Staatsministers von Bodman – schlossen sich Sozialdemokratie, Zentrum und selbst die USPD an. Auf der Grundlage eines Entwurfs von Ludwig Haas beschloss die Regierung eine Kundmachung, mit der das badische Volk über den Thronverzicht Friedrichs II. informiert wurde.¹²⁷ Mit dem Schlusssatz »Es lebe die Republik Baden!« war die Republik ausgerufen – der staatsrechtliche Schwebzustand beendet.

¹²² Ludwig Haas am 28. Juli 1927 an die Redaktion der *Deutschen Republik*, in: GLA, FA-N Nr. 5903 (Kurt Hahn).

¹²³ M. FURTWÄNGLER (Bearb.), *Protokolle*, Bd. 1, 2012, S. 10, Sitzung v. 21.11.1918.

¹²⁴ Vgl. hierzu P. BRANDT/R. RÜRUP (Bearb.), *Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte, 1980*, Einleitung, S. LXXIII f., und das Protokoll, ebd., S. 5–23. Insgesamt fanden sechs Landesversammlungen der Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte statt und zwar am 21./22. November 1918, am 27. Dezember 1918, am 10. Januar 1919, am 1. März 1919, am 3. Mai 1919 und am 18. August 1919. Haas nahm an der zweiten Landesversammlung teil; dort wurde die Besetzung des Innenministeriums mit ihm als Liberalem kritisiert (»[...] zum mindesten aber hätte das wichtige Ministerium des Innern in sozialistische Hände gelegt werden sollen«; ebd., S. 33).

¹²⁵ Vgl. z. B. die Stellungnahme von Friedrich Stockinger in der gleichen Sitzung: »Wenn Süddeutschland als geschlossenes Ganzes gegenüber Norddeutschland auftritt, so wird das im Verein mit dem Druck, der von außen kommt, die Schwachköpfe in Berlin schon zur Besinnung bringen. Das sind politische Zerstörer, aber keine Leute, die politisch aufbauen können.« (M. FURTWÄNGLER (Bearb.), *Protokolle*, Bd. 1, 2012, Sitzung v. 21.11.1918, S. 10).

¹²⁶ Ebd., Sitzung v. 22.11.1918, S. 29.

¹²⁷ Sammlung Neuordnung in Baden, Dok. 14.

Ausdrücklich stellten Haas und mit ihm die Vorläufige Volksregierung den Großherzog, »seine Familie, ihre Freiheit, ihre Ehre, ihr Eigentum und ihr Leben« unter den Schutz der badischen Republik. So eindeutig die staatsrechtliche Zäsur war, die in dieser Kundmachung zum Ausdruck kam, so deutlich dokumentierte sie auch die Verbundenheit der neuen politischen Führung mit den Zähringern. Die Änderung der Staatsform in Baden sei die Folge der weltpolitischen und gesamtdeutschen Entwicklung. Der Großherzog habe im Interesse des badischen Volkes die Folgerungen aus der von ihm persönlich nicht verschuldeten Lage gezogen.¹²⁸ Nach dieser Lesart war der Großherzog also noch Handelnder. Das hatte andernorts anders geklungen: »Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik!« – so hatte es der Arbeiter- und Soldatenrat unter Kurt Eisner in München bereits am 7. November 1918 verkündet.¹²⁹ In Baden hingegen war von der »Liebe zur Badischen Heimat« die Rede, die der Großherzog auch wieder in den Entschlüssen der letzten Tage bestätigt habe. Das badische Volk gedenke der Werke edler Menschlichkeit der Großherzogin-Mutter und der Verdienste des Prinzen Max um die Demokratisierung Deutschlands und die Völkerverständigung.¹³⁰

Auch Staatsminister a. D. von Bodman zeigte sich mit dieser Proklamation sehr zufrieden;¹³¹ zu Recht zitiert die Tochter von Ludwig Haas, Judith Schrag-Haas, den Karlsruher Rechtsanwalt Dr. Jacob Marx¹³²: »[...] dass ein demokratischer und jüdischer Minister dem letzten Großherzog den würdigsten Abzug gesichert hat, den ein deutscher Fürst gefunden hat.«¹³³ Offen war zu diesem Zeitpunkt noch die Vermögensauseinandersetzung mit dem großherzoglichen Haus. Die Vorläufige Volksregierung würde hierzu der verfassunggebenden Nationalversammlung einen Entwurf vorlegen. Als das Thema in der Kabinettsitzung am 2. Dezember erneut zur Beratung stand, schlug Haas vor, ein Vertreter des Großherzogs solle in einer Eingabe den Rechtsanspruch betonen, »damit eine Grundlage für Verhandlungen gegeben sei, und nicht von späteren Generationen der jetzigen Regierung wegen der Abfindung, die sie gewähren wolle, Vorwürfe gemacht werden könnten.«¹³⁴

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ »Proklamation. Volksgenossen«, Plakat v. 07.11.1918, Plakat mit der Proklamation der bayerischen Republik durch den Arbeiter- und Soldatenrat unter Kurt Eisner, Digitalisat, Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg, abrufbar unter: https://www.hdbg.eu/koenigreich/web/frontend.php/objekte/xzoom/herrscher_id/4/id/1108 [02.10.2016].

¹³⁰ Sammlung Neuordnung in Baden, Dok. 14.

¹³¹ »[...] ich kann meinerseits nur danken«, so von Bodman, »daß auch diese Proklamation in würdiger Weise die Angelegenheit zum Abschluß bringt. Sie entspricht in ihrer Fassung dem, was der Großherzog in seiner Proklamation zum Ausdruck gebracht hat; sie ist von demselben Geiste der Versöhnung und des Gemeinsinnes erfüllt, der auch seine Kgl. Hoheit den Großherzog in dieser schwierigen Lage geleitet hat.« (M. FURTWÄGLER (Bearb.), Protokolle, Bd. 1, 2012, Sitzung v. 22.11.1918, S. 31).

¹³² Vgl. zu Marx WOLFGANG STRAUß, Henriette Marx, November 2007, in: Gedenkbuch für die Karlsruher Juden, hrsg. v. Stadtarchiv Karlsruhe, abrufbar unter: <http://gedenkbuch.informedia.de/gedenkbuch.php?PID=12&suche=M&name=2828> [02.10.2016].

¹³³ J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 82.

¹³⁴ M. FURTWÄGLER (Bearb.), Protokolle, Bd. 1, 2012, Sitzung v. 02.12.1918, S. 77.

Zurück von der Reichskonferenz musste sich Ludwig Haas in der Kabinettsitzung am 27. November ein weiteres Mal mit den Kosten der Volkswehren befassen. Diese hatten in Baden eine besondere Bedeutung, war doch gemäß der Waffenstillstandsbedingungen eine zehn Kilometer breite Zone östlich des Rheins zu entmilitarisieren.¹³⁵ Mit anderen Worten: Reguläres Militär stand hier nicht für Ordnungsaufgaben – besonders im Rahmen der Rückführung des Heeres und der Demobilmachung¹³⁶ – zur Verfügung, sondern musste durch die Volkswehren ersetzt werden. Deren Kosten sollten, so Informationen, die Ludwig Haas aus dem Kriegsministerium und dem Reichsschatzamt erhalten hatte, in der neutralen Zone vom Reich übernommen werden.¹³⁷ Man könnte für dieses Aufgabengebiet das Ministerium für militärische Angelegenheiten unter Leitung von Johannes Brümmer für verantwortlich halten. Dieser hatte allerdings schon vor Amtsantritt Zweifel an seiner Eignung geäußert¹³⁸ – richtigerweise wie sich zeigen sollte. Im ungünstigen Fall hätte er sich als wirkmächtiges Sprachrohr der Soldatenräte verstanden – tatsächlich aber ließ er sich, so Oeftering, geeignete Mitarbeiter in Aussicht stellen:¹³⁹ »Abgeordneter Hummel wird beauftragt, in Vertretung des Kriegsministers Anordnungen zu treffen«, ließ die Vorläufige Volksregierung verlauten, gezeichnet von Anton Geiß als Ministerpräsident und Johannes Brümmer als Kriegsminister. Militärisch erfahren, hatte der Fortschrittler Hermann Hummel sofort mit dem Stellvertretenden Generalkommando Verbindung aufgenommen. Der Karlsruher Soldatenrat war damit als Entscheidungsträger ins Abseits gestellt – nicht aber das Innenministerium.

Laut Haas sollten außerhalb der neutralen Zone nur da Volkswehren gebildet werden, wo ein besonderes Bedürfnis bestehe.¹⁴⁰ Und: »Man müsse die Räte zur größten Sparsamkeit ermahnen.«¹⁴¹ Finanzielle Not und der Zwang zur Sparsamkeit waren das eine – die in der Öffentlichkeit als Mittel gegen zu machtbewusste Räte einsetzbare Kostenschraube das andere. Beide, Volkswehren und Räte, sollten Provisorien sein und zeitnah aufgelöst werden. Zeitlich parallel sollte die Wahl zur verfassungsgebenden badischen Nationalversammlung vorbereitet werden. Allerdings erinnerte Haas auch an den Wunsch von Hugo Preuß, »daß die National-

¹³⁵ Vgl. zu den betreffenden Fristen: E. MARHEFKA (Hrsg.), *Der Waffenstillstand 1918–1919*, Bd. 1, 1928, S. 83 (die ganze Zusatznote 1 ebd., S. 81–87).

¹³⁶ Vgl. hierzu: *Die Kämpfe in Südwestdeutschland 1919–1923*, hrsg. v. d. KRIEGSGESCHICHTLICHEN FORSCHUNGSANSTALT DES HEERES, 1939, S. 73–75. Die Lasten der Demobilmachung für Baden bewerteten Verantwortliche vor Ort, wie z. B. das Mitglied des Engeren Ausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte Badens, Emil Maier, als »besonders schwer« (M. FURTWÄGLER (Bearb.), *Protokolle*, Bd. 1, 2012, Sitzung v. 27.11.1918, S. 54).

¹³⁷ Ebd., S. 53. »Auch Staatssekretär Erzberger halte es für selbstverständlich«, so wird Haas hier weiter zitiert, »daß die ganzen Kosten des Waffenstillstandes und der Demobilmachung, auch der Volkswehren, vom Reich zu tragen seien.«

¹³⁸ W. E. OEFTERING, *Umsturz*, 1920, S. 138.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ M. FURTWÄGLER (Bearb.), *Protokolle*, Bd. 1, 2012, Sitzung v. 27.11.1918, S. 54.

¹⁴¹ Ebd.

versammlungen in den Bundesstaaten nicht zusammentreten, bevor die Nationalversammlung des Reichs getagt habe und das Reich organisiert sei.«¹⁴² Als Jurist war ihm dieser Vorbehalt seines Parteifreundes Preuß natürlich verständlich – als Politiker mit aktueller Regierungsverantwortung in einem sich schneller als andere konsolidierenden Gliedstaat, war dieser Hinderungsgrund eher schwer zu akzeptieren. Haas' Lösung verblüfft: »Die Wahlen zur badischen Nationalversammlung«, so zitiert ihn das Kabinettsprotokoll, »und ihre Tagung hätten nichts miteinander zu tun.«¹⁴³ »Vielleicht beschließe die Nationalversammlung, ihre Arbeiten zunächst nicht aufzunehmen.«¹⁴⁴

Diese aufs Erste ungewöhnliche Lösung fußt auf dem parlamentarischen Prinzip der Tagungsautonomie; allein das Parlament selbst bestimmt das Datum des Zusammentritts, der Vertagung oder des Endes des Tagungszeitraums; ebenso sollte die Nationalversammlung selbst entscheiden, ob sie auch gleich ein legislativer Landtag sein wolle.¹⁴⁵ So oder so wäre mit der Wahl der Nationalversammlung ein Organ entstanden, das anders als Räte und Volkswehren von Bestand sein sollte.

Vorerst aber kam es Haas darauf an, die Zusammenarbeit mit den Räten besser zu organisieren – durch »Schaffung einer Zentrale der A.S.R. am hiesigen Platze [gemeint ist Karlsruhe; Anm. MB].«¹⁴⁶ Haas' Antwort auf das Kompetenzwirrwarr: »[...] den A.S.R. hier zusammenzurufen und die Herren Geiß, Marum und Hummel dazu abzuordnen, um die Leute energisch über ihre Befugnisse aufzuklären.«¹⁴⁷ Die Frage nach dem starken Mann im Kabinett ist damit beantwortet. Bei aller Entschiedenheit und Stärke ergab Haas' realistische Sicht der Dinge »Furchtbare[s] bei der ganzen Sache«: »daß nicht nur in Berlin, sondern auch in den einzelnen Orten zwei Instanzen miteinander um die Macht ringen.«¹⁴⁸

Die nähere Betrachtung der Situation Ende November 1918 zeigt intensive Konsolidierungsbemühungen der Vorläufigen Volksregierung aber wenig »musterländliches«: Im Innern wie auch außerhalb, von wo die Besetzung durch französische Truppen drohte. Ein einfacher, zugleich nötiger Schritt – die Kontaktaufnahme mit der französischen Seite, könnte missverstanden werden, die badische Regierung in den Verdacht des Separatismus bringen.¹⁴⁹ Also: Die Reichsregierung sollte verständigt werden, und der französischen Regierung sollte mitgeteilt werden, »daß die badische

¹⁴² Ebd., S. 56.

¹⁴³ Ebd., S. 57.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Diesen Punkt hatte Gustav Trunk in die Diskussion eingebracht (ebd.).

¹⁴⁶ Ebd., S. 58.

¹⁴⁷ Ebd.

¹⁴⁸ Ebd.

¹⁴⁹ Ein solcher Verdacht wäre schnell im Raum. Zumindest hielt man ein Telegramm an die Reichsregierung, in dem man bekräftigte, »geschlossen hinter dem Rat der Volksbeauftragten zu stehen« für angebracht. »[...] wir halten feste Beziehungen zum Reich für unerlässlich und lehnen das entgegengesetzte Vorgehen des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner ab.« (ebd., Sitzung v. 29.11.1918, S. 64).

vorläufige Volksregierung den Wunsch habe, mit ihr zu verhandeln«. ¹⁵⁰ Die Herstellung einer »Fühlungnahme mit den Franzosen« erachtete Haas als »in keinem Falle schädlich«. ¹⁵¹

Diese wie auch die weiteren Protokolle der Sitzungen der Vorläufigen Volksregierung zeigen eine bei vielen Themen unklare Geschäftsverteilung. So betreffen »badische Fragen« die im Versailler Vertrag zu regeln wären – Fragen der Rheinschiffahrt und Rheinregulierung – das Außenresort, mithin Hermann Dietrich; ¹⁵² es war allerdings wie so oft Ludwig Haas, der dieses wichtige Thema in die Diskussion brachte. ¹⁵³ Ein anderes Thema, das die Abgeordneten des badischen Landtags viele Jahre lang beschäftigen sollte, fand ebenfalls durch Ludwig Haas Eingang in die Beratungen der Regierung: die Neckarkanalisation, mit der man als Notstandsarbeiten möglicherweise sofort beginnen sollte. ¹⁵⁴

Hier geht es darum, sich den mit der Vielzahl der Themen verknüpften Fragen, mit denen sich Ludwig Haas beim Übergang zur Republik auseinandersetzen musste, zu nähern. Seine Handlungen zeugen von einem klaren Blick auf das zu erreichende Ziel und einer ebenso klaren rationalen Entscheidungskompetenz: »Dafür, daß die Soldatenräte die Revolution gemacht haben, könnten sie nicht bezahlt werden; der Gesichtspunkt müsse ausscheiden.« So zitiert ihn das Kabinettsprotokoll vom 30. November. ¹⁵⁵ Genau darauf gründete sich das Selbstverständnis der Soldatenräte – der Revolution zum Erfolg verholfen zu haben. Für Ludwig Haas zählte, den politischen Gegner der Sache wegen an entscheidender Stelle anzugreifen. Das galt auch für vorübergehende oder langfristige politische Mitstreiter. Wenn in dem hier zitierten Fall Ludwig Marum sich mit einer Kompromissformel sicher wähnte, ¹⁵⁶ erzwang Haas eine untrügliche Nagelprobe: »Es kommt immer auf die Frage hinaus, inwieweit eine Organisation praktische Arbeit für die jetzige Staatsform geleistet hat, die nützlich ist für Staat und Gemeinde.« ¹⁵⁷ Letztlich war dies die Entscheidung für die Auflösung der Räte noch vor der Jahresmitte 1919.

Zu diesem Zeitpunkt lag Ludwig Haas' politischer Schwerpunkt wieder auf Reichsebene. Ministeramt und Abgeordnetenmandat in Baden hatte er am 2. April 1919 niedergelegt. Auch in seinen letzten Wochen als badischer Innenminister ließ die

¹⁵⁰ Ebd., Sitzung v. 28.II.1918, S. 60. »Diese Verhandlungen«, so Haas hier weiter, »müßten mit sehr viel Takt und großer Vorsicht geführt werden. Dabei werde sich dann auch ergeben, ob die Franzosen die Absicht haben, bei uns einzumarschieren.«

¹⁵¹ Zitate ebd., S. 58 »Wenn die Franzosen die Absicht haben, bei uns einzumarschieren, werden sie es tun, einerlei, welche Politik bei uns betrieben wird.«

¹⁵² Ebd., Sitzung v. 02.II.1918, S. 73.

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Ebd., Sitzung v. 05.II.1918, S. 90. Vgl. hierzu M. BRAUN, Der Badische Landtag, 2009, S. 269-288.

¹⁵⁵ M. FURTWÄNGLER (Bearb.), Protokolle, Bd. 1, 2012, Sitzung v. 30.II. 1918, S. 67.

¹⁵⁶ »Nicht weil sie die Revolution gemacht haben, sondern weil sie dadurch die Träger der politischen Gewalt sind und solche Funktionen zu erfüllen haben, sollten sie bezahlt werden.« (ebd., S. 68).

¹⁵⁷ Ebd.

Anspannung nicht nach: »Das Vaterland ist in Gefahr. Nie war sie größer.«, formulierte Haas angesichts linksradikaler Unruhen in Mannheim am 3. März 1919 in der *Badischen Landeszeitung*. »Ihr seid traurige Gesellen, wenn ihr erwartet, daß nur die anderen zum Schutz bereit sein sollen. Kein Tag ist zu verlieren. Aus allen Ständen, aus allen Parteien müssen sich jetzt sofort die Männer bei ihrem Bezirkskommando melden. Ihr sprecht von Eurer Vaterlandsliebe! Ihr sollt sie heute beweisen. Nie war es nötiger. Freiwillige vor!«¹⁵⁸

Am 20. November 1930 gedachten die badischen Landtagsabgeordneten nach dem Wiederzusammentritt des Landtags ihrer Verstorbenen: Karl Sidler, Johann Weißhaupt, Erich Obkircher und Dr. Josef Schofer.¹⁵⁹ Der am 2. August 1930 verstorbene Ludwig Haas blieb unerwähnt;¹⁶⁰ auch die Landesgeschichte im Südwesten hat ihn bislang zu Unrecht vernachlässigt.

¹⁵⁸ Zitiert nach M. FURTWÄNGLER (Bearb.), Protokolle, Bd. 1, 2012, S. 319 f.

¹⁵⁹ BL Sten. Ber., 4. WP, 2. Session 1930/31, Bd. 564a, Sitzung v. 20.11.1930, Sp. 49–56.

¹⁶⁰ Die Tatsache, dass Ludwig Haas 1919 der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung, nicht aber dem Badischen Landtag angehörte, erscheint als Erklärung wenig plausibel.

Ludwig Haas als Abgeordneter der Nationalversammlung und des Reichstages in der Weimarer Republik (1919–1930)

Ludwig Haas zählt zu den interessantesten und vielschichtigsten Politikern der Weimarer Republik. Obschon er nach 1919 kein Ministeramt im Reich bekleidete und entsprechende Avancen und Angebote mit Verweis auf seine jüdische Konfession wiederholt ausschlug, spielte er als langjähriger Reichstagsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und als deren Fraktionsvorsitzender seit 1928 eine führende Rolle in der deutschen Politik. Sein früher Tod am 2. August 1930 setzte seiner politischen Karriere und seinem parlamentarischen Wirken ein abruptes Ende.

Haas' politisches Engagement reflektiert auf seine Weise den Wunsch des linksliberalen Bürgertums nach einem demokratischen Neuanfang, der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in der Gründung der ersten parlamentarischen Demokratie auf deutschem Boden seinen prägnanten Ausdruck fand. Unerschrocken und mutig stellte Haas sich in den Dienst der Republik und versuchte die von ihm mitbegründete parlamentarische Verfassungsordnung gegen Angriffe der radikalen Flügelparteien zu verteidigen. Wenn ihm auch die an den Wahlergebnissen ablesbare Abwendung breiter Schichten des liberalen Bürgertums von der republikanischen Staatsform nicht verborgen bleiben mochte, so schien er doch die Hoffnung nicht aufgeben zu wollen, dass sich ungeachtet der mannigfaltigen politischen und wirtschaftlichen Krisen und Verwerfungen die Demokratie behaupten würde. Den Untergang der Weimarer Republik und die Machtergreifung Hitlers sowie die sich daran anschließende Verfolgung seiner jüdischen Glaubensbrüder und Parteifreunde miterleben zu müssen, blieb ihm erspart.

Der 1875 in Karlsruhe als Sohn eines Kaufmanns geborene Ludwig Haas entstammte dem jüdischen Bürgertum im Großherzogtum Baden. Die Zugehörigkeit zum Bürgertum, die Verwurzelung im Badischen und vor allem seine jüdische Konfession prägten sein Selbstverständnis, seine Dispositionen und seinen Habitus; sie bildeten Orientierungspunkte und Wegmarken in seinem Leben. Die liberale Prägung seiner Heimat und seines Elternhauses formulierten bestimmende Grundlinien und Grundzüge seiner Persönlichkeit und begründeten Überzeugungen und Wertvorstellungen, die ungeachtet vielfacher Anfechtungen und Herausforderungen sein Leben lang Bestand haben sollten. Sein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und republikanischen Staatsform, das er wiederholt gegenüber konservativen Monarchisten, völkischen Nationalisten und moskauhörigen Kommunisten zum Ausdruck brachte, bildete bis zuletzt den bestimmenden Grundakkord seines politischen Handelns.

Haas' Wirken als Abgeordneter des Reichstags und als Fraktionsvorsitzender nachzuzeichnen, bereitet einige Schwierigkeiten, da Sitzungsprotokolle der demokratischen Reichstagsfraktion, die Einblick in die Geschäftsgewohnheiten, Struktur und

innere Tektonik der Fraktion geben könnten, nicht überliefert sind. Auch die Presseorgane der Partei, wie der *Demokrat*, die *Demokratische Partei-Korrespondenz* oder die *Hilfe* sind in dieser Hinsicht wenig aussagekräftig. Über die Wahl der Fraktionsvorstände oder die Nominierung der demokratischen Reichstagsausschussmitglieder vermögen immerhin die der DDP nahestehenden Tageszeitungen, wie das *Berliner Tageblatt* und die *Vossische Zeitung*, zu berichten. Erschwerend kommt hinzu, dass lediglich wenige Zeugnisse des Politikers in seinem Nachlass im Archiv des Jüdischen Museums Berlin und in anderen Nachlässen liberaler Politiker erhalten sind. Wichtige Quellen, die einen Zugang zum Politiker und Reichstagsabgeordneten Haas eröffnen, stellen deshalb die Protokolle der Reichstagsverhandlungen, die 1980 veröffentlichten Sitzungsprotokollen der Führungsgremien der DDP und DStP¹, die Erinnerungen seiner Tochter Judith Schrag-Haas² und die Memoiren von Weggefährten des badischen Politikers³ dar. Ihre Ergänzung finden sie in einigen biografischen Studien zu Haas, wie der von Ludwig Luckemeyer, und der zur Geschichte des Linksliberalismus in der Weimarer Republik relevanten Sekundärliteratur.⁴

1. In der Nationalversammlung

Als die Deutsche Demokratische Partei am 16. November 1918 ins Leben gerufen wurde, zählte Haas in Baden zu ihren Mitbegründern. War die DDP auch als liberale Sammlungsbewegung gedacht, die das seit 1866 bestehende liberale Schisma überwinden sollte, so wurde doch bald klar, dass die Partei lediglich die Fortsetzung der alten Fortschrittlichen Volkspartei unter einem den gewandelten Verhältnissen Rechnung tragenden neuen Etikett darstellte. Wenn sich auch einige Nationalliberale der Neugründung anschlossen, so blieb die Spaltung des Liberalismus nach der Gründung der die Nachfolge der Nationalliberalen Partei antretenden Deutschen Volkspartei am 23. November erhalten. Im badischen Landesverband der DDP verfügten

¹ Vgl. K. WEGNER/L. ALBERTIN, Linksliberalismus in der Weimarer Republik, 1980.

² Vgl. J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 73–92. Es handelt sich hierbei um eine überarbeitete und gekürzte Fassung des im Bundesarchiv Koblenz liegenden Manuskripts. Vgl. Judith Schrag-Haas: Erinnerungen an meinen Vater Dr. Ludwig Haas (Karlsruhe); BArch Koblenz, Biografische Sammlung (BSg) 13-1.

³ Zu verweisen ist auf: V. STALMAN, Bernhard Falk, 2012; U. ZELLER, Schlaglichter, 1924; E. FEDER, Heute, 1971; G. BRADLER, Friedrich Payer, 1974; W. STEPHAN, Aufstieg, 1973; DERS., Acht Jahrzehnte, 1983.

⁴ Zu Haas vgl. M. FURTWÄGLER, *Demokrat*, 2016, S. 204–209; L. LUCKEMEYER, Haas, 1971, S. 119–174. – Zur Geschichte des Linksliberalismus in der Weimarer Republik vgl. E. MATTHIAS/R. MORSEY, *Deutsche Staatspartei*, 1960, S. 31–97; L. ALBERTIN, *Liberalismus und Demokratie*, 1972; P. BOWERS, *Failure*, 1974; H. SCHUSTERREIT, *Linksliberalismus*, 1975; W. SCHNEIDER, *Deutsche Demokratische Partei*, 1978; B. FRYE, *Liberal Democrats*, 1985; L. JONES, *German Liberalism*, 1988; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus in Deutschland*, 1988; J. STANG, *Preußen*, 1994; *LINKSLIBERALISMUS IN PREUSSEN*, 2 Bde., 2009. Siehe auch den Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band. – Zum Reichstag der Weimarer Republik vgl. T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2012.

die ehemaligen Nationalliberalen um den Konstanzer Oberbürgermeister und badischen Außenminister Hermann Dietrich gegenüber den Anhängern der ehemaligen Fortschrittlichen Volkspartei sogar über ein leichtes Übergewicht, das auch in der Wahl Dietrichs zum Landesvorsitzenden der DDP 1919 zum Ausdruck kam.⁵ In der neuen demokratischen Partei nahm Haas rasch führende Positionen ein, wurde Mitglied des provisorischen Hauptvorstands 1918/19 und gehörte dem Parteivorstand von 1920 bis zu seinem Tode 1930 an.⁶

Am 19. Januar 1919 wurde Haas in Baden zusammen mit Dietrich und dem Mannheimer Stadtrat Emil Engelhardt für die DDP in die Nationalversammlung gewählt. Auf dem Wahlvorschlag seiner Partei für den Wahlkreis 33, Baden, hatte man ihn auf den zweiten Platz gesetzt.⁷ Die Wahlen zur Nationalversammlung waren die ersten wirklich allgemeinen Wahlen in Deutschland. Durch die Einführung des Frauenwahlrechts und die Senkung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre stieg die Zahl der Wahlberechtigten, die im Januar 1919 ihre Stimme abgeben konnten, signifikant von 14,4 Millionen im Jahre 1912 auf 36,7 Millionen an. An die Stelle des absoluten Mehrheitswahlrechts trat das Verhältniswahlrecht, mit dem eine weitgehende Kongruenz von Stimmen- und Mandatsanteilen angestrebt wurde. Gewählt wurde nicht mehr in 397 Wahlkreisen, sondern in 36, seit 1920 35 Großwahlkreisen, die je nach Bevölkerungszahl eine unterschiedlich große Anzahl von Abgeordneten in die Nationalversammlung zu entsenden hatten.⁸

Bei den Wahlen, die mit 83 Prozent eine außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung aufwiesen, vermochte die neugegründete DDP mit 18,5 % der Stimmen und 75 Mandaten zur drittstärksten Fraktion im Reichstag zu avancieren. Erfolgreich hatte sie sich als Bollwerk gegen eine sozialistische Alleinherrschaft und als Sammelbecken für das von links aufgeschreckte Bürgertum darzustellen vermocht und damit deutlich größere Zustimmung erfahren als die Deutsche Fortschrittspartei, die bei den letzten Reichstagswahlen von 1912 bereits mit 12,3 % ein beachtliches Ergebnis hatte einfahren können. Leidtragende dieser Wählerbewegung innerhalb des liberalen Lagers war die rechtsliberale DVP, die nur 4,4 % der Stimmen erhalten hatte. Trotz dieser Wahlschlappe sollte die DVP bald vom allgemeinen Unbehagen an den neuen Zuständen profitieren und zum Flucht- und Sammelpunkt für das unzufriedene rechtsliberale Bürgertum werden.⁹

Stärkste Partei wurde die Mehrheitssozialdemokratie, die 37,9 % der Stimmen oder 165 von insgesamt 423 Mandaten gewann und die USPD (7,6 % oder 22 Abgeordnete) deutlich deklassieren konnte. Zweitstärkste Kraft wurde das Zentrum mit 19,7 %

⁵ Vgl. L. LUCKEMEYER, Haas, 1971, S. 131 f.

⁶ Vgl. LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, 1980, S. 775, 803.

⁷ Vgl. DAS DEMOKRATISCHE DEUTSCHLAND, Nr. 8 vom 1. Februar 1919, S. 187–189, hier S. 189: »Die Abgeordneten der Deutschen demokratischen Partei für die Deutsche Nationalversammlung.«

⁸ Vgl. D. NOHLEN, Wahlrecht, 2007, S. 322 f.

⁹ Vgl. E. KOLB, Weimarer Republik, 2002, S. 308; G. A. RITTER/M. NIEHUS, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 1980, S. 42.

oder 91 Mandaten, während die sich 1918 in der Deutschnationalen Volkspartei sammelnden Konservativen abgeschlagen auf dem vierten Platz (10,3 % oder 44 Mandate) landeten.¹⁰

Obwohl nach der Wahl eine Koalition von MSPD und DDP rechnerisch möglich gewesen wäre, entschied man sich schließlich zur Fortsetzung der bereits während des Krieges im Hauptausschuss und bei der Verabschiedung der Friedensresolution im Juli 1917 zum Ausdruck gekommenen Zusammenarbeit von MSPD, Zentrum und Liberalen, der sog. Weimarer Koalition. Auch Haas hatte sich in der Sitzung des Hauptvorstandes der DDP für diese Koalition und damit für die Einbindung des Zentrums ausgesprochen. »Es wäre ein unerträglicher Zustand, wenn das gesamte Bürgertum außer der Demokratie in Opposition zur Regierung stände.«¹¹

1.1. Die demokratische Fraktion

Als am 6. Februar die Nationalversammlung zum ersten Mal zusammentrat, wählte die demokratische Reichstagsfraktion Friedrich Payer zu ihrem Vorsitzenden. Stellvertreter wurden Eugen Schiffer, Friedrich Naumann und Carl Petersen.¹² Die Wahl Payers zum Fraktionsvorsitzenden war konsequent, da der 71-jährige Württemberger bereits seit 1912 die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei präsidiert hatte und 1917 zum Vizekanzler ernannt worden war und damit nicht nur über parlamentarische, sondern auch über gouvernementale Erfahrungen verfügte.¹³

Die 75 Abgeordnete umfassende Fraktion der DDP war eine überwiegend von Männern dominierte, protestantische und bildungsbürgerliche Kraft. Frauen waren in der Fraktion unterrepräsentiert. Lediglich fünf, seit September 1919 sechs weibliche Abgeordnete waren in den Reihen der DDP-Fraktion zu finden, was einem Frauenanteil von 6,8 bzw. 8,1 Prozent entsprach. Die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten gehörte der protestantischen Konfession an. Bemerkenswert war die relativ hohe Zahl von zehn Abgeordneten jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft, zu denen auch Haas zählte. Als Universitätsabsolvent entsprach er dem Gros der Fraktion, in der Akademiker allein zwei Drittel der Abgeordneten stellten.¹⁴

¹⁰ Vgl. E. KOLB, Weimarer Republik, 2002, S. 308. Die Ergebnisse der Reichstagswahl von 1912 in: G. A. RITTER/M. NIEHUSS, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 1980, S. 42.

¹¹ Zur Sitzung des Hauptvorstandes am 4. Februar 1919 vgl. LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, 1980, Dok. 15, S. 25–38, hier S. 29. Vgl. auch die Aufzeichnungen von Carl Petersen über die gemeinsame Sitzung von Parteivorstand und der Fraktion der Nationalversammlung, in: StA Hamburg, Familie Petersen, NL Carl Petersen, 622–1/80, L 62, hier S. 5. – Vgl. auch den Artikel von Haas »Gedanken zur Nationalversammlung«, in: KARLSRUHER TAGEBLATT, Nr. 333 vom 1. Dezember 1918, S. 1.

¹² Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 56 vom 7. Februar 1919, S. 3: »Die Kandidaten für das Präsidium der Nationalversammlung.«

¹³ BA Koblenz, NL Erich Koch-Weser, N 1012, Nr. 186: Aufzeichnung Kochs, Weimar, 13. Februar 1919, S. 22.

¹⁴ Vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 50 f., 175–177, 265–267, 277 f., 385–389; L. ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, 1972, 145–148; H.-M. LAUTERER, Parlamentarierinnen, 2002, S. 68;

Am 11. Februar 1919 wählte die Nationalversammlung den Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten, Philipp Scheidemann wurde zum »Präsidenten des Reichsministeriums« ernannt. Den Titel »Reichskanzler« sollte erst die Weimarer Verfassung wieder einführen. Der neuen Reichsregierung, die am 13. Februar der Nationalversammlung vorgestellt werden konnte, gehörten neben sieben Sozialdemokraten und drei Zentrumsabgeordneten auch drei Demokraten an: Eugen Schiffer als Reichsfinanzminister und stellvertretender Ministerpräsident, Hugo Preuß als Reichsinnenminister und Georg Gothein als Reichsschatzminister. Ihnen zugerechnet werden konnte auch der parteilose Reichsaußenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau.¹⁵

Zentrale Aufgaben der Nationalversammlung waren die Ratifizierung des Friedensvertrages, der Deutschland einen tragbaren und gerechten Frieden bringen sollte, und die Verabschiedung einer Reichsverfassung, in der dem Wandel der Staatsform Rechnung getragen und dem Wunsch nach Demokratisierung der Gesellschaft Ausdruck verliehen werden sollte. Auf beide Aufgaben war die kleine DDP im Grunde gut vorbereitet, verfügte sie doch über ein fachlich hochqualifiziertes Personal, das den Gang der außen- und verfassungspolitischen Beratungen mit zu beeinflussen vermochte. So konnte die Partei auf die Vorbereitung der Friedenskonferenz über den ihr nahestehenden Außenminister Graf Bernstorff und den im April 1919 von der Nationalversammlung eingesetzten Ausschuss für die Friedensverhandlungen entsprechend Einfluss nehmen.¹⁶ Für die Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs zeichnete wiederum der Staatsrechtler und Reichsinnenminister Hugo Preuß verantwortlich;¹⁷ zum Vorsitzenden des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung wurde zudem der demokratische Reichstagsabgeordnete und Vizepräsident der Nationalversammlung Conrad Haußmann gewählt.¹⁸

Obschon Haas seit 1912 dem Reichstag angehörte und als militärpolitischer Sprecher seiner Fraktion sowie als Innenminister der badischen Revolutionsregierung eine gewisse Bekanntheit erlangt hatte, war er im Februar 1919 nur einer von vielen Prominenten in der DDP-Fraktion. So wurde er weder im März in den Verfassungsausschuss noch im darauffolgenden Monat in den Ausschuss für die Friedensverhandlungen berufen.¹⁹ Aber auch den anderen, zu Beginn der Legislaturperiode konstituierten Ausschüssen gehörte er nicht an. Erst im Herbst ließ er sich in zwei

E. HAMBURGER/P. PULZER, *Jews*, 1985, S. 10; T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 98–108; S. WEIN, *Antisemitismus*, 2014, S. 74–76, 123–128.

¹⁵ Vgl. E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. 5, 1978, S. 1081–1085. Zum sozialdemokratischen Regierungspersonal vgl. auch die Bemerkungen des späteren Hamburger Bürgermeisters und Demokraten Carl Petersen, in: *StA Hamburg, Familie Petersen, NL Carl Petersen*, 622–1/80, L 62: Maschinenschriftliches Tagebuch und schriftliche Notizen aus der ersten Zeit der Weimarer Nationalversammlung, 1919, S. 43.

¹⁶ Vgl. L. ALBERTIN, *Liberalismus und Demokratie*, 1972, S. 309–324.

¹⁷ Vgl. D. LEHNERT, *Preuß*, 2011.

¹⁸ Vgl. U. ZELLER, *Schlaglichter*, 1924.

¹⁹ Zur Wahl der Mitglieder der beiden Ausschüsse am 5. März 1919 und am 15. April 1919 vgl. *NV Sten. Ber.*, Bd. 326, S. 503, S. 1061.

Gremien, den Ausschuss über die Ausführung des Friedensvertrags und den Ausschuss zur Vorberatung des Gesetzentwurfs über die durch innere Unruhen verursachten Schäden, wählen. Dieses relativ späte Engagement mag mit seinen bis zum Juli 1920 währenden Verpflichtungen als badischer Staatsrat, d. h. als Minister ohne Portfeuille, vielleicht auch mit seinem neben dem Mandat weiter ausgeübten Anwaltsberuf erklärt werden, die verhinderten, dass Haas sich stärker auf seine Aufgaben in Berlin konzentrieren mochte.²⁰

1.2. Die Beratung der Reichsverfassung

Haas gehörte 1919 noch nicht zur ersten Garde der Fraktion. Die Vertretung der Partei bei wichtigen Themen im Parlament oblag dem Führungspersonal. Insofern mag es nicht überraschen, dass Haas erst in der 45. Sitzung am 3. Juli 1919 anlässlich der zweiten Beratung des Reichsverfassungsentwurfs zu Wort kam. Seine Ausführungen bezogen sich auf die Artikel 16 und 17, d. h. auf die mit der Reichsverwaltung in den Ländern betrauten Beamten und, wichtiger noch, auf die in Kommunen und Ländern geltenden verfassungs- und wahlpolitischen Grundsätze.²¹ Am folgenden Tag sprach er sich im Namen seiner Fraktion für die Volkswahl des Reichspräsidenten aus, die er der Wahl durch das Parlament vorzog, da er einen starken, vom Parlament unabhängigen Präsidenten wünschte. An Stelle der für die Wahl vorgesehenen relativen Mehrheit schlug er die absolute vor, die einen zweiten Wahlgang ermöglichen sollte.²² In der Frage der Wahl des Reichspräsidenten konnte sich die DDP letztlich durchsetzen.²³

Haas' Rede offenbart den für die Linksliberalen so bezeichnenden Vorrang exekutiven Denkens, der das Fortwirken der konstitutionellen Verfassungstheorie und den Wunsch, die ordnungsstiftende Autorität der Monarchie auch in Gestalt des über den Parteien und dem Parlament stehenden Reichspräsidenten in die neue Verfassungsordnung zu transponieren, zum Ausdruck brachte.

Nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 kamen Haas in zunehmendem Maße Zweifel an der Opportunität der von Demokraten lange Zeit befür-

²⁰ Zur Wahl der beiden Ausschüsse am 30. September 1919 und am 3. Oktober 1919 vgl. NV Sten. Ber., Bd. 329, S. 2757, S. 2843. Zu seiner Tätigkeit als badischer Staatsrat vgl. J. SCHRAGHAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 82. Vgl. auch den Beitrag von Michael Braun.

²¹ Zur Rede von Haas am 3. Juli 1919 vgl. NV Sten. Ber., Bd. 327, 45. Sitzung, S. 1253–1259.

²² Zur Rede von Haas am 4. Juli 1919 vgl. ebd., 46. Sitzung, S. 1306 f.

²³ Vgl. Artikel 41 Absatz 3 der Weimarer Reichsverfassung. Vgl. H.-J. BLANKE, Deutsche Verfassungen, 2003, S. 254. Vgl. ferner das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten. Vom 4. Mai 1920; RGBl. 1920, Nr. 98, S. 849 f. – Haas plädierte zudem für möglichst umfangreiche Befugnisse des Reichspräsidenten. Eine Beschränkung der präsidentialen Rechte im Ausnahmezustand durch irgendwelche »Rechtskautele« lehnte Haas ab. Vgl. seine Rede am 5. Juli 1919; NV Sten. Ber. 1919/20, 47. Sitzung, S. 1332 f. – So hielt es Haas in der dritten Beratung des Verfassungsentwurfs am 30. Juli 1919 für »nicht zweckmäßig«, »daß der Belagerungszustand nur unter Verantwortlichkeit des gesamten Reichsministeriums erklärt werden« könne. Vgl. NV Sten. Ber., Bd. 328, 70. Sitzung, S. 2111 f., hier S. 2111.

worteten Volkswahl des Staatsoberhauptes. Er habe, so räumte er im August 1926 ein, die Wahl des Präsidenten durch das Volk »immer für mehr wie bedenklich« gehalten. »In unterrichteten Kreisen begreift man mehr und mehr, daß schon die Wahl Hindenburgs ein Unglück gewesen war. Wir haben jetzt einen Präsidenten, mit dem ein politisches Problem überhaupt nicht durchgesprochen werden kann und der ohne Verständnis für die Bedeutung der Präsidentschaft als fester Fels bei unbedeutenden Anlässen mit dem Rücktritt droht oder dessen Umgebung mit Rücktrittsabsichten frivolen Mißbrauch treibt. Es kann sich kein gesundes, staatliches Leben entwickeln, wenn die gesetzgebenden Körperschaften mit der Drohung einer Präsidentenkrise bearbeitet werden.«²⁴

Die Funktionalität der Weimarer Reichsverfassung wurde durch die Verbindung unterschiedlicher, teilweise konträrer Verfassungskonzeptionen, wie der parlamentarischen und präsidialen Regierungsform und dem repräsentativen und plebisziären Demokratiemodell, erheblich belastet. Für diese Konstruktionsmängel waren nicht zuletzt die Linksliberalen verantwortlich, die aufgrund der konzeptionellen Schwäche der MSPD eine zentrale Stellung im Verfassungsgebungsprozess einnahmen. Doch würde man zu weit greifen, wollte man der DDP die Schuld am Scheitern der Verfassung und der Republik zuschreiben, da damals keiner wusste, welche Schwierigkeiten sich bei der Umsetzung der verfassungspolitischen Bestimmungen, die ein theoretischer Vorgriff auf die Zukunft waren, in die politische Realität ergeben würden.²⁵

Wie sehr die DDP zwischen den alten Anhängern des Kaiserreiches und den Befürwortern der neuen parlamentarischen Republik gespalten war, offenbarte die Abstimmung in der Flaggenfrage. Während 19 demokratische Abgeordnete für die alten schwarz-weiß-roten Farben votierten, 18 Abgeordnete für einen Kompromiss aus schwarz-rot-goldener Reichsfahne und einer schwarz-weiß-roten Handelsflagge mit schwarz-rot-goldener Gösch plädierten, bekannten sich lediglich 12 Abgeordnete, insbesondere die Süddeutschen, unter ihnen auch Ludwig Haas, uneingeschränkt zu Schwarz-Rot-Gold.²⁶

»Wenn die Wahl der Nationalversammlung und ihr Verfassungswerk nicht gelungen wäre«, so schrieb Haas sieben Jahre später, »dann hätte Deutschland Zeiten der Anarchie und schwersten Unglücks erlebt. Wahrscheinlich wäre es dann nicht gelungen, die deutsche Einheit zu retten. Deshalb sollte es heute über alle Parteigrenzen hinweg dankbar anerkannt werden, daß die Weimarer Verfassung den deutschen Staat und mit ihm die Geschlossenheit des größten Teils des deutschen Volkstums gerettet hat.«²⁷

²⁴ Vgl. den Brief von Haas an Kurt Hahn, 18.8.1926, in: GLA Karlsruhe, FA-N 5903.

²⁵ Vgl. E. PORTNER, Verfassungspolitik, 1973, S. 35–51, 153–159 und passim.

²⁶ Vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 91 f. Vgl. auch das Schreiben von Theodor Heuss an Frau Petersen, Berlin-Lichterfelde, 30.11.1934; StA Hamburg, NL Carl Petersen, 622-1/80, L 26.

²⁷ Vgl. den Artikel von Haas »Zum Verfassungstag« vom 6. August 1926; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas.

1.3. Die Ratifizierung des Friedensvertrags

Das zweite große Thema, das die Abgeordneten der Nationalversammlung bewegte, war der Abschluss eines Friedensvertrags. Wie die meisten Deutschen gab auch Haas sich lange Zeit der Illusion eines gerechten Friedens auf der Grundlage der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson hin. Aus dem »Traumland der Waffenstillstandsperiode«²⁸, wie es sein Parteifreund Ernst Troeltsch damals formulierte, wurde Haas jedoch brüsk herausgerissen, als die alliierten Friedensbedingungen den Deutschen am 7. Mai 1919 überreicht wurden. Die Siegermächte muteten Deutschland einiges zu: Territoriale Verluste, die etwa zehn Prozent des deutschen Reichsgebiets ausmachten, die Besetzung der linksrheinischen Gebiete sowie der rechtsrheinischen Brückenköpfe von Köln, Koblenz, Mainz und Kehl für bis zu 15 Jahre und das Anschlussverbot für Österreich. Hinzu traten Entwaffnungsbestimmungen, Reparationsforderungen in noch unbestimmter Höhe, zu deren juristischer Rechtfertigung der Artikel 231 über die alleinige Kriegsschuld Deutschlands in den Vertrag eingefügt wurde, die Forderung nach Auslieferung deutscher »Kriegsverbrecher«, des Kaisers und einer Reihe von Staatsmännern und Militärs, sowie entsprechende Sanktionsbestimmungen.²⁹

In Vorahnung des drohenden Unheils mahnte Haas im *Berliner Tageblatt* am 6. Mai einen Verständigungsfrieden an. »Schließt Deutschland einen Gewaltfrieden der politischen und wirtschaftlichen Sklaverei, dann gibt es keine deutsche Zukunft mehr. Die Demoralisation, die uns das ›Stahlbad‹ des Krieges gebracht hat, bedroht heute schon den Staat und die ganze Volkswirtschaft. Nimmt man dem deutschen Volke die letzte Stütze der Moral, die Hoffnung, sich doch wieder in harter, schwerer Arbeit ein neues Leben zimmern zu können, dann ist der völlige moralische Zusammenbruch unausbleiblich.« Und: »Eine Regierung, die sich einen Gewaltfrieden diktieren läßt, die nicht in Vertretung des Wilsonschen Programms zu den letzten Konsequenzen entschlossen ist, bricht zusammen; die Anarchie wäre die unausbleibliche Folge. Eine Regierung, die den Gewaltfrieden nicht unterschreibt, sammelt die überwältigende Mehrheit des Volkes hinter sich.«³⁰

Nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen war die Empörung und Enttäuschung in Deutschland groß. »Deutschland steht vor der Vernichtung«, schrieb Haas verbittert im *Berliner Tageblatt* am 9. Mai. »Dieser Frieden wäre sein Tod. Zum Äußersten muß jetzt das deutsche Volk entschlossen sein. Nur jetzt kein Kleinmut und kein jämmerliches armseliges Rechnen. Ein paar Verbesserungen auszuhandeln, darf nicht das Ziel sein. Es kann nur ein Kampf der pazifistischen Idee mit den Gedanken

²⁸ E. TROELTSCH (Spectator), Nach der Entscheidung, 26.6.1919, in: ders., Fehlgelburt, 1994, S. 56–62, hier S. 61 f.

²⁹ DIE FRIEDENSBEDINGUNGEN VON DEUTSCHLANDS GEGNERN, 1919. Vgl. ferner E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 5, 1978, S. 1152–1178; E. KOLB, Frieden von Versailles, 2011, S. 41–69; L. HAUPTS, Deutsche Friedenspolitik, 1976, S. 357–372.

³⁰ Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 202 vom 6. Mai 1919, S. 1: »Recht geht vor Macht«. Von Ludwig Haas.

der Gewalt sein. Da gibt es nur ein ›Entweder – oder.«³¹ Diese trotzige, markige Pose war Reflex der tiefen Verletzungen des nationalen Selbstwertgefühls, der Demütigungen und Enttäuschungen.

Einmütig beschloss die demokratische Reichstagsfraktion am 10. Mai 1919, die alliierten Bedingungen als »vertragswidrig, unsittlich und unerfüllbar« abzulehnen.³² Zwei Tage später wiesen in einer demonstrativ von Weimar in die Aula der Berliner Universität verlegten Sitzung der Nationalversammlung alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen die Vertragsbedingungen entschieden zurück.³³ Mit großem, heroischem Pathos verurteilte Reichsministerpräsident Scheidemann den Vertrag als »unannehmbar«, um schließlich zu seiner bekannten Formulierung anzuheben: »Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?«³⁴

Auch wenn Haas mit großer Emphase sein »Nein!«³⁵ herausschrie, waren die möglichen Konsequenzen einer Ablehnung angesichts der Wehrlosigkeit Deutschlands unabsehbar: Wiederaufnahme des Kriegszustandes und militärischer Vormarsch der Alliierten, Verschärfung der Blockade, schwerste innere Unruhen, Auseinanderfallen des Reiches. Nachdem die deutschen Generäle jeden militärischen Widerstand für das Gebiet links der Elbe für ausgeschlossen erklärten, begann die Front der Unterzeichnungsgegner zu bröckeln.³⁶

Da die Alliierten nur zu kleineren Konzessionen bereit waren und deutlich machten, dass sie im Falle einer Nichtunterzeichnung militärisch tief nach Deutschland vorrücken würden, gaben SPD und Zentrum nach. Das Kabinett unter Reichsministerpräsident Scheidemann trat zurück, und der Sozialdemokrat Gustav Bauer bildete eine neue Regierung, der die DDP, die auf ihrem »Unannehmbar!« beharrte³⁷,

³¹ Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 208 vom 9. Mai 1919, S. 1: »Der ›Wilson-Frieden.« Vgl. auch den Artikel »Pazifismus«, in: ECHO DER JUNGEN DEMOKRATIE, Nr. 10 vom Oktober 1925, S. 299–301, hier S. 299 f.

³² Zur Sitzung der Reichstagsfraktion der DDP vom 10. Mai 1919 vgl. die Aufzeichnungen von Erich Koch-Weser, in: BA Koblenz, NL Erich Koch-Weser, N 1012, Nr. 16, Bl. 113–117. Vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 212 vom 11. Mai 1919, S. 1: »Die Kundgebung der Deutschen demokratischen Partei.«

³³ Zur 39. Sitzung der Nationalversammlung vom 12. Mai 1919 vgl. NV Sten. Ber., Bd. 327, S. 1081–1111; die Reden von Conrad Haußmann und Ludwig Quidde, in: ebd., S. 1091–1094, 1107–1110.

³⁴ Die Rede des Reichsministerpräsidenten Scheidemann in der 39. Sitzung am 12.5.1919, in: ebd., S. 1082–1084, hier S. 1083 f.

³⁵ Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 261 vom 8. Juni 1919, S. 1 f.: »Nein!« Von Ludwig Haas. Kein Demokrat, so Haas, könne seine Unterschrift unter diesen Vertrag setzen. »Das klare ›Nein‹ ist demokratische Pflicht.« »Unsere Kinder dürfen uns nicht fragen: Warum habt ihr den furchtbaren Frieden unterschrieben? Warum habt ihr freiwillig unsere Zukunft vernichtet? Sollen wir erwidern: Weil wir Schlimmeres befürchtet haben? Sie werden uns antworten: ›Gab es denn etwas Schlimmeres als diesen Frieden?«

³⁶ Vgl. G. NOSKE, Erlebtes, 1947, S. 104–109; L. ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, 1972, S. 328–337; K. EPSTEIN, Erzberger, 1959, S. 341–368; W. WETTE, Noske, 1988, S. 461–470.

³⁷ O. NUSCHKE, Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: A. Erkelenz, Zehn Jahre, 1928, S. 24–41, hier S. 34–36.

nicht mehr angehörte. Am 23. Juni ermächtigte die Nationalversammlung mit den Stimmen auch einiger DDP-Abgeordneter die Regierung zur bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensvertrags. Nach den Aufzeichnungen von Anton Erkelenz fand sich am Morgen des 23. Juni 1919 eine Minderheit von 14 Abgeordneten zur Unterzeichnung bereit.³⁸ Fünf Tage später fand die Unterzeichnung des Friedensvertrags durch die deutschen Vertreter im Versailler Spiegelsaal statt.³⁹ »Der Versailler Friedensvertrag und seine Unterzeichnung«, so erinnerte sich Haas' Tochter, Judith Schrag-Haas, »bedeuteten für meinen Vater fast eine Art persönlicher Niederlage, unter der er unsagbar litt.«⁴⁰

Das Ausscheiden seiner Partei aus der Regierung versuchte Haas am 24. Juni in einem im *Berliner Tageblatt* erschienenen Artikel zu verteidigen. »Der Nutzen unseres Austritts aus der Regierung liegt auf außenpolitischem Gebiet. Wenn schon die Abstimmung der Nationalversammlung gezeigt hat, daß große und bedeutende Schichten des deutschen Volkes diesen Frieden nicht billigen, so gewinnt dieser Protest dadurch erhöhte Bedeutung, daß eine auch in den Augen des Auslands schwache Regierung den Gewaltfrieden unterzeichnet. Ein Unglück für die deutsche Zukunft – wenn überhaupt das große Unglück dieses Friedens noch vermehrt werden kann – müßte es gerade in den Augen derer sein, die für die Unterzeichnung sind, weil sie mit späterer Aenderung des Vertrages rechnen, wenn alle demokratischen Parteien, wenn die ganze deutsche Demokratie diesen Frieden gezeichnet hätte. Allzu leicht hätten es die feindlichen Gewaltpolitiker gehabt, wenn gegen die Stimmen der Massen, gegen die Vertreter konservativer Weltanschauung durch die Demokratie dieser Frieden angenommen worden wäre.«⁴¹

Der Rückzug der DDP aus der Reichsregierung machte sich für die Partei rasch negativ bemerkbar, da Hugo Preuß sein Amt als Reichsinnenminister aufgeben musste, obwohl die Beratungen der Verfassung noch nicht abgeschlossen waren.⁴² Zudem konnte die DDP mit dem Rückzug aus der Regierungsverantwortung bei den Wählern nicht punkten, weil sie bei der entscheidenden Abstimmung über den Friedensvertrag kein geschlossenes Votum abgegeben hatte. Diese inneren Widersprüche und Ambivalenzen mögen erklären, weshalb sich bald zahlreiche Anhänger von der DDP abwandten.⁴³

³⁸ Vgl. J. C. HERB, »Das ganze Deutschland«, 1978, S. 96. Eine namentliche Abstimmung fand am 23. Juni 1919 nicht statt. Vgl. NV Sten. Ber., Bd. 327, S. 1141.

³⁹ Vgl. auch P. KRÜGER, Außenpolitik, 1993, S. 65–76; E. KOLB, Frieden von Versailles, 2011, S. 71–90; L. ALBERTIN, Liberalismus und Demokratie, 1972, S. 333–344.

⁴⁰ Vgl. J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 83.

⁴¹ Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 282 vom 24. Juni 1919, S. 1 f., hier S. 2: »Die Stellung der Demokratie.« Von Ludwig Haas.

⁴² Preuß blieb allerdings als Sonderreichskommissar weiterhin für die Verfassung zuständig. Vgl. A. FAATZ, Preuß, 2002, hier S. 23. Vgl. auch den Artikel von Haas »Dem Andenken an Hugo Preuß«, in: NEUE FRANKFURTER ZEITUNG vom 14. Oktober 1925; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas.

⁴³ Vgl. E. KOLB, Weimarer Republik, 2002, S. 36 f.

Es verstand sich von selbst, dass Haas, der bereits während des Weltkrieges als militärpolitischer Sprecher seine Fraktion im Plenum vertreten hatte⁴⁴, nach dem politischen Umbruch sich auf militärpolitische Fragen spezialisieren sollte. Eine erste Gelegenheit zur Positionierung bot die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans für 1919 zur Verwaltung des Reichsheeres am 29. Oktober 1919. Die Debatte bot Haas die Möglichkeit, gegen die von dem deutschnationalen Abgeordneten Albrecht von Graefe erneut vertretene Dolchstoßlegende entschieden Position zu beziehen. Mit der systematisch verbreiteten Lüge, dass das deutsche Heer nicht besiegt, sondern meuchlings von hinten erdolcht worden sei, versuche man zu vertuschen, das das Reich besiegt worden sei »von denen, die frevelhaft uns in den unbeschränkten U-Boot-Krieg, (lebhaft Zustimmung bei den Mehrheitsparteien) die frevelhaft uns in den Krieg mit Amerika hineingetrieben haben. (Erneute Zustimmung bei den Mehrheitsparteien.)« Nicht die Revolution habe das deutsche Heer um den Sieg gebracht, sondern die Maßlosigkeit der alten Elite.⁴⁵

1.4. Der Kapp-Putsch

Wie umstritten die Republik war, zeigte der Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 in erschreckender Deutlichkeit. Aus Protest gegen die im Versailler Vertrag vorgeschriebenen Entwaffnungsbestimmungen besetzten die vor der Auflösung stehende Marinebrigade Ehrhardt sowie mehrere andere Formationen unter Führung von General Walther v. Lüttwitz am 13. März das Berliner Regierungsviertel und riefen den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, einen Alldeutschen, der 1917 die nationalistische Deutschen Vaterlandspartei mitbegründet hatte, zum Kanzler aus. Die Regierung Bauer entkam nach Stuttgart, nur Vizekanzler Eugen Schiffer von der DDP verblieb in Berlin, um Verhandlungen mit den Kappisten führen zu können.⁴⁶

Haas befand sich damals, seinen Verpflichtungen als badischer Staatsrat folgend, in Karlsruhe. Die badische Regierung machte in einem Aufruf, der auch Haas' Namen trug, deutlich, dass es »diese hochverräterische Berliner Regierung« nicht aner-

⁴⁴ Vgl. den Beitrag von Jürgen Frölich.

⁴⁵ An die Adresse der Alliierten gerichtet erhob Haas die Forderung nach Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen und nach allgemeiner Abrüstung bei gleichzeitiger Ablehnung der einseitigen Beschränkung der deutschen Rüstung. Zur Rede von Haas am 29. Oktober 1919 vgl. NV Sten. Ber., Bd. 330, 112. Sitzung, S. 3556–3563. Zur Entschlüsselung vom 28. Oktober 1919 vgl. NV Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen, Nr. 1390, S. 1334 f. Vgl. auch die Sitzung des Hauptvorstandes der DDP am 4. Februar 1919, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, 1980, Dok. 15, S. 25–38, hier S. 29. – Zur Kritik an der Dolchstoßlegende vgl. auch die Rede von Haas am 30. Juli 1920; RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 344, S. 441–443, hier S. 443. Ferner den Artikel »Der Dolchstoß«, in: C.V.-ZEITUNG, Nr. 51 vom 18. Dezember 1925; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas.

⁴⁶ Vgl. J. ERGER, Kapp-Lüttwitz-Putsch, 1967. Vgl. auch R. JANSEN, Berliner Militärputsch, 1920. – Jansen war Hauptgeschäftsführer der DDP. Ferner E. TROELTSCH, Der Putsch der Prätorianer und Junker, 23.3.1920, in: ders., Fehlgeburt, 1994, S. 125–132.

kennen werde. »Mitbürger! Euere Pflicht ist es, eine neue Revolution von rechts abzuwehren, die den Bürgerkrieg hervorruft und unseren Volkskörper auf das schwerste zerrütet.«⁴⁷ Auf einer Sitzung des Karlsruher Ortsvereins der DDP am 14. März 1920, auf der zu einer am folgenden Tag stattfindenden Großkundgebung aufgerufen wurde, beklagte Haas, »daß gerade jetzt, da sich Anzeichen einer beginnenden Wiedergesundung überall zeigen, Berliner Reaktionäre unser Volk und Vaterland in neues Elend hineinstürzen wollen«. Von allen Seiten wurde in der Aussprache hervorgehoben, »daß das freiheitliche Bürgertum sich fest und entschieden hinter die auf dem Boden der Landes- und Reichsverfassung stehenden Regierungen stellen müsse«. ⁴⁸ Angesichts des umgehend von der Regierung ausgerufenen Generalstreiks und der Weigerung der Ministerialbürokratie, mit den Putschisten zusammenzuarbeiten, brach der Militärputsch nach wenigen Tagen zusammen. Bei der folgenden Neubildung der Reichsregierung trat der Sozialdemokrat Hermann Müller die Nachfolge Bauers als Reichskanzler an. Im neuen Kabinett besetzten die Demokraten vier Ressorts, u. a. das Reichswehrministerium mit dem früheren Nürnberger Oberbürgermeister und bisherigen Minister für Wiederaufbau Otto Geßler, der den Sozialdemokraten Gustav Noske ersetzte.⁴⁹

Damals wurde auch Haas das Reichswehrministerium angeboten, doch lehnte dieser »wegen Antisemitismus«, wie sein Parteifreund Conrad Haußmann vermerkte, d. h. wegen der zu erwartenden antisemitischen Anfeindungen, ab.⁵⁰ Es sei, so Judith Schrag-Haas, »seine entschiedene Meinung« gewesen, »dass niemals ein Jude – und ganz gewiss nicht ein Jude in Deutschland – ein solches Amt bekleiden dürfe«. ⁵¹ Haas, der nichtsdestotrotz von der DDP als Ministerkandidat für die Regierung Müller vorgeschlagen wurde, kam schließlich nicht zum Zug.⁵²

Die Regierungserklärung des neuernannten Reichskanzlers Müller bot am 29. März 1920 den Abgeordneten die Möglichkeit, die Ereignisse der vergangenen Tage einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Haas, der seine Fraktion in der Debatte vertrat, ging scharf mit der liberalen Schwesterpartei DVP und der konservativen DNVP ins Gericht, die die Putschisten und die von ihnen eingesetzte »Regierung des Hochverrats« teilweise direkt unterstützt oder ihnen zumindest offen Sympathien entgegengebracht hatten. Das, »was Kapp, Lüttwitz und ihre Genossen begangen haben, war nicht nur ein Verbrechen gegen die Verfassung, es war auch ein

⁴⁷ Vgl. BADISCHE LANDESZEITUNG, 2. Sonderblatt vom 13. März 1920: »Die Stellungnahme der badischen Regierung.«

⁴⁸ Vgl. KARLSRUHER TAGBLATT, Nr. 74 vom 14. März 1920, S. 2: »Die Lage in Baden.« Vgl. auch den Artikel von Haas »Der Zusammenbruch des Staatsstreichs«, in: NEUE HAMBURGER ZEITUNG vom 23. März 1920; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas.

⁴⁹ Vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 163–165.

⁵⁰ Vgl. U. ZELLER, Schlaglichter, 1924, S. 305.

⁵¹ Vgl. J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 78.

⁵² Vgl. U. ZELLER, Schlaglichter, 1924, S. 306. – Haas hatte bereits im Januar 1920 den ihm angebotenen Botschafterposten in Belgrad abgelehnt. Vgl. die Schreiben von Haas an Conrad Haußmann und an Reichsaußenminister Müller vom 21. Januar 1920, in: HStA Stuttgart, NL Conrad Haußmann, Q 1/2, Bü 115.

Verbrechen gegen das deutsche Volk, ein Verbrechen gegen die Zukunft des deutschen Volkes«. Gleichzeitig versuchte er den bisherigen Reichswehrminister Noske gegen Angriffe in Schutz zu nehmen, indem er ihm auch im Namen der demokratischen Fraktion für die in der Vergangenheit geleistete Arbeit dankte.⁵³

2. Die Reichstagswahlen von 1920 und Haas' Wahl in den Vorstand der DDP-Fraktion

Der Kapp-Putsch trug nicht unwesentlich zur weiteren Diskreditierung der Weimarer Koalition bei, der die Schuld an den als empörend empfundenen Friedensbedingungen gegeben wurde. Der allgemeine Rechtstrend, die »Welle von rechts«⁵⁴, die sich seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags allorten abzuzeichnen begann, fand bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 ihren Niederschlag. Hatten die Parteien der Weimarer Koalition, SPD, Zentrum und DDP, noch 1919 76,1 % der abgegebenen Stimmen erhalten, so kamen sie ein Jahr später nur noch auf 48 %, ohne die BVP sogar nur auf 43,6 %. Große Verluste hatte vor allem die DDP zu verbuchen, die mehr als die Hälfte ihres Elektorats einbüßte und auf 8,3 % fiel.⁵⁵

In der nunmehr auf 45 Abgeordnete geschrumpften Fraktion zählte Haas zum Führungskreis. Bei der Wahl des Fraktionsvorstands am 23. Juni 1920, bei der Eugen Schiffer zum ersten, der Parteivorsitzende und Hamburger Senator Carl Petersen und der Gewerkschafter Anton Erkelenz zum zweiten und dritten Fraktionsvorsitzenden gewählt wurden, wurde Haas zusammen mit sechs weiteren Abgeordneten in den Vorstand berufen.⁵⁶

In der Fraktion, und das hatten die vergangenen anderthalb Jahre deutlich gemacht, war Haas dem linken Flügel zuzurechnen, der entschieden hinter der republikanischen Staatsform mit ihren demokratischen, parlamentarischen Grundprinzipien stand und die Zusammenarbeit mit den gemäßigten Teilen der Arbeiterschaft suchte. Aufgrund seiner betont demokratischen, seiner sozial aufgeschlossenen wie auch entschieden nationalen Orientierung stand er dem nationalsozialen Kreis der Anhänger Friedrich Naumanns, des ersten Parteivorsitzenden der DDP, nahe, zu dem Wilhelm Heile, Anton Erkelenz oder Gertrud Bäumer gehörten. Mit diesen dreien gab er in den zwanziger Jahren auch Naumanns Zeitschrift *Die Hilfe* heraus.⁵⁷

⁵³ Zur Rede von Haas am 29. März 1920 vgl. NV Sten. Ber., Bd. 332, S. 4970–4979.

⁵⁴ E. TROELTSCH (Spectator), *Die Welle von rechts*, 19.12.1919, in: ders., *Fehlgeburt*, 1994, S. 99–106.

⁵⁵ Vgl. E. KOLB, *Weimarer Republik*, 2002, S. 308. – Spitzenkandidat der DDP für den Wahlkreis Baden war nicht Haas, sondern Hermann Dietrich. Vgl. W. STEPHAN, *Aufstieg*, 1973, S. 170. Vgl. auch den Artikel von Haas »Der Wahlkampf beginnt«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 179 vom 18. April 1920, S. 1 f.

⁵⁶ Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 292 vom 24. Juni 1920, S. 1: »Weitere Verhandlungen in der Kabinettsfrage.« – Bei den Vorstandswahlen wählte die Fraktion auch einen Geschäftsführer und einen Schriftführer.

⁵⁷ Vgl. L. LUCKEMEYER, *Haas*, 1971, S. 133.

Mit seiner Wahl in den Vorstand wurde die herausgehobene Stellung, die Haas in der Reichspolitik und hier in der Reichstagsfraktion einnahm, bekräftigt. Denn dass der Badener zum Inner Circle der Fraktion gehörte, wurde bereits unmittelbar nach den Wahlen deutlich, als er neben dem Parteivorsitzenden Carl Petersen und dem Württemberger Conrad Haußmann die Verhandlungen über eine neue Regierungsbildung mit den übrigen Parteien übernahm.⁵⁸ Als Anhänger des Bündnisses zwischen den gemäßigten Teilen der Arbeiterschaft und des Bürgertums mochte es ihn schmerzen, dass die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP ihre Mehrheit verloren hatte. Wie lange das Minderheitskabinett unter dem Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach aus Zentrum, DVP und DDP, in dem die Demokraten das Reichsinnenministerium mit Erich Koch und das Reichswehrministerium mit Otto Geßler besetzten, halten würde, war damals denn auch ungewiss. Haas' allmählicher Aufstieg in der Fraktionshierarchie dokumentierte auch seine Wahl in den entscheidenden Haushaltsausschuss, den 1. Ausschuss für den Reichshaushalt, in den er am 26. Juli 1920 delegiert wurde. Am selben Tag wurde er als Wehrexperte der Fraktion auch in den 15. Ausschuss zur Vorberatung des Gesetzentwurfs zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit entsandt⁵⁹, einige Monate später, am 23. April 1921, wurde er zudem Mitglied des Rechtsausschusses.⁶⁰

3. Wehrpolitik

Die Wehrpolitik zählte nicht zu den Fragen, mit denen sich die Linksliberalen vorrangig beschäftigten. In ihrem 1919 verabschiedeten Parteiprogramm wird dieses Thema im Abschnitt »Innere Politik« lediglich in einem Satz abgehandelt: »Das uns aufgezwungene Söldnerheer ist baldigst durch ein Milizsystem mit allgemeiner Wehrpflicht zu ersetzen, das geeignet ist zur Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit.«⁶¹ Ein militärpolitisches Programm, mit dem die Demokraten ihre Vorstellungen über die Ausgestaltung des durch den Versailler Vertrag aufgezwungenen Berufsheeres hätten konkretisieren können, wurde lange Zeit für entbehrlich gehalten.⁶²

Die Bedeutung eines Umbaus und einer Neugründung des Militärs hatte Haas früh erkannt. Bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 4. Februar 1919 betonte er, dass »die Schaffung einer Armee« das »allerwichtigste« sei, »wichtiger noch als die Schaffung einer Verfassung. Das Heer muß ganz neu geschaffen werden.«⁶³

⁵⁸ Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 282 vom 18. Juni 1920, S. 1: »Endgültige Ablehnung der Sozialdemokratie«.

⁵⁹ Vgl. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 344, S. 252 f.

⁶⁰ Vgl. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 349, S. 3379.

⁶¹ Vgl. W. MOMMSEN, Deutsche Parteiprogramme, 1960, S. 510, zum Parteiprogramm der DDP vom Dezember 1919 insgesamt S. 508–514.

⁶² Vgl. H. SCHUSTERREIT, Unpolitisch, 1974.

⁶³ Vgl. die Sitzung des Hauptvorstandes am 4. Februar 1919, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, 1980, Dok. 15, S. 25–38, hier S. 29.

Die Haushaltsberatungen, insbesondere die Beratungen des Wehretats, boten ihm die Möglichkeit, seine wehrpolitischen Vorstellungen und die seiner Partei schärfer zu konturieren und die Abgeordneten von der Notwendigkeit einer Umstrukturierung und Republikanisierung der Reichswehr zu überzeugen.⁶⁴

Offen bekannte sich Haas zur Notwendigkeit einer Armee, die linke Abgeordnete in Frage zu stellen versuchten. Auch wenn die Heeresstärke auf 100.000 Mann begrenzt wurde, sei die Reichswehr doch gerade im Osten für den Schutz des Landes erforderlich, »damit wir nicht jeder Willkür der andern wehrlos ausgeliefert sind«.⁶⁵ Die von den Alliierten Deutschland auferlegten militärpolitischen Bestimmungen hielt er für unerträglich. Dies galt für die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die vorgeschriebene Bildung eines Berufsheeres, eines »Söldnerheer[es]«.⁶⁶ Die Wehrpflicht bezeichnete er einmal als einen »Erziehungsfaktor von ganz außerordentlicher Bedeutung«.⁶⁷ Scharfe Kritik übte er vor allem an den Entwaffnungsbestimmungen und Rüstungsbeschränkungen, die er am 30. Juli 1920 als »eine der unerträglichsten Bestimmungen des Versailler Vertrages« bezeichnete, da »mitten unter anderen Völkern ein Volk leben soll wehrlos und entwaffnet, (sehr wahr!) während die anderen in Waffen starren. (Sehr gut!)«⁶⁸ Ungeachtet seiner Verurteilung des den Deutschen von den Alliierten aufgezwungenen militärpolitischen Prokrustesbetts war Haas doch bereit, den politischen Realitäten Rechnung zu tragen. So befürwortete er die von den Alliierten auf der Konferenz in Spa vom Reich geforderte Entwaffnung der Bevölkerung, insbesondere der Einwohnerwehren, die während des Kapp-Putsches ohnehin eine sehr problematische Haltung eingenommen hatten. Die Waffen sollten dem Staat bzw. »staatlich anerkannten Organisationen« übergeben werden, denn in einem Rechtsstaat könne es nicht geduldet werden, dass »irgendeine Gruppe mit Waffengewalt ihr Recht sucht«.⁶⁹

Für Haas war es ein dringendes Erfordernis, dass die Reichswehr dem neuen Staat loyal ergeben und ein zuverlässiges Instrument in den Händen der republikanischen Regierungen sein musste, hatte doch der Kapp-Lüttwitz-Putsch deutlich die Problematik einer noch der Monarchie verbundenen Armee offenbart. Die Republik, so Haas bei den Beratungen des Wehretats am 28. Januar 1921, könne »nicht zulassen,

⁶⁴ Eine erste Gelegenheit zur Positionierung bot die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans für 1919 zur Verwaltung des Reichsheeres am 29. Oktober 1919. Vgl. NV Sten. Ber., Bd. 330, S. 3556–3563.

⁶⁵ Zur Rede von Haas am 28. Januar 1921 vgl. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 347, S. 2232–2238, hier S. 2233.

⁶⁶ Haas am 29. Juli 1920 im Reichstag. Vgl. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 344, S. 373, die Rede insgesamt S. 372–374. – So meinte Haas bei der ersten und zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht am 30. Juli 1920: »wir handeln heute als Sklaven; gezwungen nehmen wir dieses Gesetz an«. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 344, S. 441–443, hier S. 442.

⁶⁷ So Haas am 28. Januar 1921; RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 347, S. 2232–2238, hier S. 2233.

⁶⁸ Vgl. die Rede von Haas am 30. Juli 1920; RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 344, S. 441–443, hier S. 442.

⁶⁹ Vgl. die Rede von Haas am 31. Juli 1920; ebd., S. 482–484, hier S. 482 f.

daß Offiziere und Beamte dieser Republik die Republik selber in Demonstrationen verächtlich machen«. Man müsse von Offizieren erwarten können, dass sie den Staat, seine Regierung, seine Hoheitszeichen und seine Verfassung achten und respektieren. Vollkommen inakzeptabel sei der »Unfug mit freigewählten Abzeichen, auch mit dem Hakenkreuz«, der aus Gründen der Disziplin abgestellt werden müsse. Auch die Unbotmäßigkeit der Bayern, die 1921 ihre Soldaten mit der schwarz-weiß-roten Kokarde schmücken wollten und sich aus »kleinliche[m] Partikularismus« weigerten, zwei Kompanien für das Wachregiment in Berlin zu stellen, könne nicht geduldet werden. »Die Reichswehr«, so hämmerte Haas den Abgeordneten sein *Ceterum censeo* ein, dürfe »nicht als das Instrument irgendwelcher rechtsgerichteter oder anderer politischer Anschauungen erscheinen, sondern die Reichswehr soll das sein und werden, was sie allein befähigt, eine wirklich gute Reichswehr zu sein, sie soll sein die Reichswehr des ganzen deutschen Volkes.«⁷⁰ Deshalb hielt Haas auch die Bezeichnung »Wehrmacht der Deutschen Republik«, und nicht des »Deutschen Reiches«, für erforderlich, zum einen um das von weiten Kreisen der Bevölkerung abgelehnte Wort »Republik« populär zu machen, zum andern um die Funktion des Heeres als Institution des neu geschaffenen Staates zum Ausdruck bringen zu können.⁷¹

Die Hoffnungen der Demokraten lagen damals auf ihrem Reichswehrminister Otto Geßler, der in seiner Antrittsrede im März 1920 auch die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen schien, als er betonte, dass man nun »ernstlich und unverzüglich daran gehen müsse, die Reichswehr auf breitester demokratischer Grundlage wieder aufzubauen.«⁷² Doch die Kritik an Geßler wuchs in dem Maße, in dem deutlich wurde, dass er seine Aufgabe lediglich darin sah, die Reichswehr vor parlamentarischer Kritik abzuschirmen. Wegen seiner mangelnden fachlichen Qualifikation glaubte er im militärischen Bereich keine Befugnisse ausüben zu können und überließ deshalb dem Chef der Heeresleitung Hans von Seeckt die Kommandogewalt mit den damit verbundenen Problemkreisen wie der Personalpolitik. Obwohl Geßler seinen gesamten Ressortbereich mit den sich daraus ergebenden Fragen vor dem Parlament vertreten musste, beschränkte er sich letztlich auf die Regelung verwaltungstechnischer Angelegenheiten.⁷³

Die von Geßler angestrebte Entpolitisierung der Reichswehr entpuppte sich rasch als eine sich lediglich gegen die politische Linke wendende Politik, die einer Infiltration der Armee durch rechtsradikale und nationalistische Kräfte geradezu Vorschub leistete. Das von Geßler vertretene Neutralitätsprinzip galt letztlich nur gegen links, seine Formel der »staatstreuen Truppe«, die er der Forderung der Weimarer Koalitionsparteien nach Schaffung einer republikanischen Reichswehr entgegenhielt, klang deshalb eigentümlich hohl. Haas begrüßte zwar die von Geßler angestrebte Entpoli-

⁷⁰ Zur Rede von Haas am 28. Januar 1921 vgl. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 347, S. 2232–2238.

⁷¹ So Haas am 18. März 1921 bei der zweiten und dritten Beratung des Entwurfs eines Wehrgesetzes. Vgl. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 348, S. 3204–3206.

⁷² So Geßler am 29. März 1920. Vgl. NV Sten. Ber., Bd. 352, S. 4962, die Rede insgesamt S. 4959–4962. Zu Geßler vgl. H. MÖLLERS, Geßler, 1998.

⁷³ Vgl. W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, 1978, S. 113–123.

tisierung der Reichswehr, hob jedoch mahndend hervor, dass dies nicht dazu führen dürfe, »daß sie unter dem Vorwande der Entpolitisierung nun einseitig nach rechts gelenkt« werde. »Wir müssen verlangen, daß die Offiziere bedingungslos darauf verzichten, irgendwie politisch auf ihre Truppen einzuwirken.«⁷⁴

Neben den Unterlassungen in der Personalpolitik bot die Politik Geßlers aber auch noch aus anderen Gründen Anlass zur Kritik. Dies betraf die Ausbildung der Soldaten im In- und Ausland an im Versailler Vertrag verbotenen Waffengattungen, die Rekrutierung illegaler paramilitärischer Formationen, wie der sog. Schwarzen Reichswehr, oder unerlaubte wirtschaftliche Transaktionen.⁷⁵ Wenn Haas in seinen Reden zum Wehretat die illegale Aufrüstung der Reichswehr von seiner Kritik ausnahm bzw. sie übergang, so geißelte er doch die wachsende Zahl von Landesverratsprozessen, die aufgrund von Enthüllungen über die illegalen Machenschaften der Armee eingeleitet wurden und die im Ausland erst den Eindruck hervorrufen würden, »als ob sich bei uns ganz fürchterliche und schreckliche Dinge« ereignen würden.⁷⁶

Der Unmut über Geßler verdichtete sich im Krisenjahr 1923, als die Aktivitäten der »Schwarzen Reichswehr« und die Unbotmäßigkeit der bayerischen Truppenteile für negative Schlagzeilen sorgten. Die sich in den folgenden Jahren häufenden Skandale um die Reichswehr – 1924 war der Pazifist und Demokrat Ludwig Quidde, der 1927 den Friedensnobelpreis erhalten sollte, wegen seiner Enthüllungen der geheimen Aufrüstung der Reichswehr verhaftet worden⁷⁷ –, ließen Geßler in den Augen vieler Demokraten untragbar erscheinen. Im Januar 1925 gab Haas denn auch zu, dass Geßler »häufig in der letzten Zeit anderer Auffassung war als die Fraktion«, und brachte damit die Kritik der Partei und der Fraktion an ihrem Minister offen zum Ausdruck.⁷⁸

Die lange Zurückhaltung der Demokraten wie Ludwig Haas gegenüber dem Reichswehrminister erklärt sich nicht nur mit ihrer Konfliktscheu, sondern auch mit der Unterstützung, die Geßler durch die Reichspräsidenten Ebert und von Hindenburg erfuhr. Zudem wollten die Demokraten ihren zugegebenermaßen ausgesprochen geringen Einfluss in diesem sensiblen Ressort nicht aufgeben, wusste man doch, dass Geßlers Nachfolger einer weiter rechtsstehenden Partei angehören würde.⁷⁹

⁷⁴ Zur Rede von Haas am 28. Januar 1921 vgl. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 347, S. 2232–2238, hier S. 2236.

⁷⁵ Vgl. H. MÖLLERS, Geßler, 1998; W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, 1978, S. 113–123; F. L. CARSTEN, Reichswehr und Politik, 1964, S. 141–157, 168–173, 240–259, 311–319; G. A. CRAIG, Die preußisch-deutsche Armee, 1960, S. 432–449.

⁷⁶ Vgl. die Rede von Haas am 26. Mai 1925; RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 347, S. 2047–2053, hier S. 2050.

⁷⁷ Vgl. K. HOLL, Quidde, 2007, hier S. 351–358.

⁷⁸ Vgl. die Rede von Haas am 22. Januar 1925 vgl. RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 344, S. 201–209, hier S. 203. Vgl. dazu auch den Artikel von Haas »Reichswehrorsorgen«, in: DIE HILFE vom 15. November 1926; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas.

⁷⁹ So räumte Haas im November 1922 ein: »Wir brauchen Zeit, die Armee zu republikanisieren.« Vgl. die Sitzung des Vorstandes am 25. November 1922, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER

Einen erneuten Vorstoß zur Durchsetzung ihres auf die Republikanisierung der Reichswehr zielenden Konzepts unternahm die Demokraten mit Ludwig Haas im Herbst 1926 nach der Entlassung Seeckts als Chef der Heeresleitung.⁸⁰ Gefordert wurde ein klares Bekenntnis der Truppe zur Republik, eine Neuregelung des Offiziers- und Mannschaftsersatzes, die Schaffung der Institution eines parlamentarischen Staatssekretärs sowie ein deutlicher Trennungsstrich gegenüber nationalistischen und sog. Vaterländischen Verbänden. Ein Verbot der geheimen Aufrüstung wurde dagegen nicht reklamiert. Die Besprechung, die Haas und Koch-Weser am 13. Dezember 1926 zusammen mit Vertretern der Regierung Marx, der Koalitionsfraktionen und der Reichswehrführung hatten, endete jedoch ohne greifbare Ergebnisse. Auf dieser Parteiführerbesprechung verlangten Haas und Koch-Weser »deutlich sichtbare Kundgebungen und Maßnahmen des Reichswehrministers, die eine klare Einstellung für die Republik erkennen ließen.«⁸¹ Wenige Tage später appellierte Haas noch einmal an die Vernunft seiner Reichstagskollegen: »Sie können auf die Dauer eine Armee nicht bestehen lassen, die innerlich die verfassungsmäßige Staatsform ablehnt. Muß ich denn immer und immer wieder den einfachen Gedanken wiederholen?«⁸²

Angesichts der innerparteilichen Kritik trat Geßler 1927 aus der DDP aus und fungierte seitdem als parteiloser »Fachminister«. Diese Position hatte er bereits in dem von den bürgerlichen Rechtsparteien getragenen ersten Kabinett Luther im Jahre 1925 inne, als die DDP sich in der Opposition befand.⁸³ 1928 trat Geßler schließlich von seinem Ministeramt zurück. Haas begrüßte diesen Schritt. »Wir wollen nicht verkennen«, so im März 1928, »daß Geßler in der Reichswehr manche Fortschritte durchsetzen konnte. Wir werden aber auch nicht verkennen dürfen, daß er die wesentlichsten Teile seines ursprünglich entwickelten Programms nicht in die Wirklichkeit umge-

WEIMARER REPUBLIK, 1980, Dok. 100, S. 279–282, hier S. 282. Vgl. auch die Sitzung des Parteiausschusses am 4. Dezember 1925, in: ebd., Dok. 127, S. 356 f., hier S. 357.

⁸⁰ Vgl. dazu auch die Rede von Haas am 10. November 1926; RT Sten. Ber. 3, WP, Bd. 391, S. 8017–8023.

⁸¹ Zum Protokoll der Parteiführerbesprechung (Regierungsparteien) am 13. Dezember 1926, 16.30 Uhr, in: M. STÜRMER, Koalition und Opposition, 1967, S. 296 f., Zitat S. 297. Vgl. J. C. HEIS, Die Liberalen und die Reichswehr, 1980, hier S. 540. Vgl. auch die Rede von Haas am 10. November 1926; RT Sten. Ber. 3, WP, Bd. 391, S. 8017–8023, hier S. 8018: »Die Reichswehr wurde nicht entpolitisiert, sondern sie wurde politisiert. (Sehr wahr! Bei den Deutschen Demokraten.) Man hat sie bewußt und absichtlich mit monarchischem Geiste erfüllt. Gegen eine solche Art der Entpolitisierung wehren wir uns. [...] Es scheint mir ganz selbstverständlich zu sein, daß in jedem Staate die Armee auf dem Boden der verfassungsmäßigen Staatsform zu stehen hat. (Sehr gut! Bei den Deutschen Demokraten.)«

⁸² Vgl. die Rede von Haas am 17. Dezember 1926; RT Sten. Ber. 3, WP, Bd. 391, S. 8619, die Rede insgesamt S. 8614–8621. Vgl. auch den Artikel von Haas »Der Kampf um die Reichswehr«, in: DEUTSCHE REPUBLIK vom 29. Januar 1927, S. 13–15; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas. – Vgl. auch den Brief von Haas an Kurt Hahn, 18.8.1926, in: GLA Karlsruhe, FA-N 5903.

⁸³ Vgl. dazu auch die Sitzung des Parteiausschusses am 24. Januar 1926, in: K. WEGNER/L. ALBERTIN, Linksliberalismus in der Weimarer Republik, 1980, Dok. 129, S. 362–376, hier S. 370–372.

setzt hat.« Trotz »scharfer sachlicher Gegensätze« habe er Gefßler jedoch immer »ein hohes Maß menschlicher Sympathie« entgegengebracht.⁸⁴

Nach dem Rücktritt Gefßlers gewann der Wunsch nach Formulierung demokratischer Forderungen zur Wehrpolitik an Gewicht. Auf Haas' Drängen wurde ein von der Reichstagsfraktion unter Federführung von Wilhelm Külz erarbeiteter Entwurf nach eingehenden Beratungen im März 1929 verabschiedet.⁸⁵ In den »Richtlinien der Deutschen Demokratischen Partei für die Wehrfragen« bekannte sich die Partei zur »deutsche[n] Wehrmacht« als notwendiges Verteidigungsinstrument. Sie machte jedoch zugleich deutlich, dass die Reichswehr ein »sicheres Instrument des Staates zum Schutz des deutschen Volkes und der Unversehrtheit der Deutschen Republik« sein müsse und die »Treue und das Bekenntnis zur Republik« eine »Staatsnotwendigkeit« sei. Die Verbindung zu paramilitärischen, republik- und staatsfeindlichen Verbänden wurde entschieden »als aussen- und innenpolitisch gefährlich, machtpolitisch sinnlos, militärisch unbrauchbare und für die körperliche Ertüchtigung ungeeignete Spielerei« verworfen. Betont wurde der Primat der Politik, die in der Kontrolle des Militärs durch den Reichstag zum Ausdruck kommen sollte. Die Fürsorge für die Reichswehr sollte ihren Niederschlag im Rechtsanspruch auf angemessene wirtschaftliche Sicherheit und der Forderung nach einem modernen militärischen Disziplinar- und Strafrecht finden.⁸⁶

Das Wehrprogramm von 1929 sollte keine große Bedeutung mehr erlangen und bald in der Versenkung verschwinden, was daran lag, dass mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise andere Themen an Dringlichkeit gewannen. Zudem besaß die kleine, an Bedeutung verlierende DDP nicht mehr über den Einfluss und das Gewicht, um ihre Vorstellungen in der Regierung durchsetzen und zur Geltung bringen zu können.

4. Innen- und außenpolitische Fragen 1920–1924

Eng befreundet war Haas mit dem badischen Zentrumspolitiker Joseph Wirth. Die Freundschaft ging auf ihre gemeinsame Zeit im Reichstag, dem Wirth seit 1914 angehörte, und auf die Revolution von 1918/19 zurück, als beide der badischen Revolutionsregierung als Innenminister (Haas) und Finanzminister (Wirth) angehör-

⁸⁴ Vgl. die Rede von Haas am 14. März 1928, in: RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 395, S. 13400–13407, hier S. 13400. – Vgl. auch den Artikel von Haas »Die Aussprache über die Reichswehr«, in: DEUTSCHE REPUBLIK VOM 23. März 1928, S. 781–783; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas.

⁸⁵ Vgl. die Sitzungen des Vorstandes am 12. Februar 1929 und am 23. März 1929, in: K. WEGNER/L. ALBERTIN, Linksliberalismus in der Weimarer Republik, 1980, Dok. 150 und 151, S. 479–494. Vgl. auch die Sitzung des Parteiausschusses am 28. April 1929, in: ebd., Dok. 152, S. 495–507, hier S. 505. Ein Diskussionsbeitrag von Haas ist nicht überliefert. – Vgl. B. FRYE, Liberal Democrats, 1985, S. 143 f.

⁸⁶ Vgl. H. SCHUSTEREIT, Unpolitisch, 1974, S. 170–172.

ten. Während Haas sich auf sein Mandat als Reichstagsabgeordneter konzentrierte, machte Wirth Karriere in der Reichspolitik: Im März 1920 wurde er Reichsfinanzminister und im Mai 1921 als 41-Jähriger Reichskanzler, ein Amt, das er bis zum November 1922 bekleiden sollte.⁸⁷ Haas, so gestand Wirth einmal, habe »zu den wenigen Leuten« gehört, »mit denen man in der Politik Letztes besprechen konnte«.⁸⁸ Wie weit die Freundschaft zwischen beiden ging, zeigen die Erinnerungen von Judith Schrag-Haas, die davon berichtete, dass ihr Vater einmal zwölf Paar Socken aus Berlin mitgebracht habe. »Der Eigentüemer war Dr. Joseph Wirth und mir wurde der ehrenvolle Auftrag zu Teil, die Socken des Reichskanzlers zu stopfen. Zur Entschädigung hat mir Dr. Wirth (der fruehere Freiburger Mathematikprofessor⁸⁹) dann spaeter hoechst persoendlich bei meinen Mathematikaufgaben geholfen.«⁹⁰

Am 10. Mai 1921 nahm der Reichstag mit 220 Ja- gegen 172 Nein-Stimmen das Londoner Ultimatum der Alliierten zur Annahme der Reparationsforderungen in Höhe von 132 Milliarden Reichsmark an. Die DDP-Fraktion konnte sich nicht zu einer einheitlichen Haltung durchringen. Von den 35 der 39 demokratischen Abgeordneten, die an der Abstimmung teilnahmen, votierten zwanzig mit Nein, 15 mit Ja.⁹¹ Mit Nein stimmten zahlreiche Vertreter des linken Flügels, unter ihnen Anton Erkelenz, Wilhelm Heile und Ludwig Haas.⁹²

»Man muß aber endlich einmal ›nein‹ sagen! meinte mein Freund Ludwig Haas aus Baden, der dann tatsächlich auch mit ›nein‹ stimmte«, so erinnerte sich Wirth im Jahr 1941. »Dieser Augenblick ist meines Erachtens dafür leider nicht geeignet. Gegen den vereinten Willen aller Gegner hilft das nein nichts. Und niemand in der Welt erhebt für uns die Stimme. Wir sind vereinsamt und politisch isoliert.«⁹³

Haas, der mit der Vertretung der Fraktion in dieser entscheidenden Frage betraut wurde, musste am 10. Mai die gespaltene Haltung der DDP begründen. Ein Teil der Demokraten, so Haas, habe sich nicht zuletzt mit Blick auf die Auseinandersetzungen um Oberschlesien und in dem Bemühen, sich Zeit zu verschaffen, dem Ultimatum gebeugt. Er und mit ihm viele andere beharrten jedoch auf ihrem Nein. Was »die Feinde fordern«, so Haas, »ist unerfüllbar, Unmögliches wird von uns verlangt, und wenn wir jetzt das Ultimatum annehmen, dann tritt in kürzerer oder längerer Zeit trotzdem alles das ein, was wir dadurch abwehren wollen, daß wir das Ultimatum an-

⁸⁷ Zu Wirth vgl. U. HÖRSTER-PHILIPPS, Wirth, 1998; H. KÜPPERS, Wirth, 1997.

⁸⁸ Vgl. das Schreiben Joseph Wirths an Josef Sonner, Freiburg im Breisgau, 22.1.1932, in: BArch Koblenz, NL Wirth, N 1342, MD, Nr. 431, P101–117, hier P102.

⁸⁹ Gymnasiallehrer, die in Süddeutschland den Professorentitel führten.

⁹⁰ Vgl. Judith Schrag-Haas: Erinnerungen an meinen Vater Dr. Ludwig Haas (Karlsruhe); BArch Koblenz, Biografische Sammlung (BSg) 13-1, Bl. 17.

⁹¹ Vgl. RT Sten. Ber. 1. WP, Bd. 349, S. 3652–3654.

⁹² »Es zeigte sich«, so der langjährige Reichsgeschäftsführer der DDP, Werner Stephan, »daß die nationalsoziale Naumanngruppe mit ihrem Annex süddeutscher Demokraten fortbestand«. Vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 192 f.

⁹³ So Wirths Notizen in einem Memorandum am 4. Oktober 1941. Zit. n. U. HÖRSTER-PHILIPPS, Wirth, 1998, S. 113, Anm. 239.

nehmen.« Es gebe »eine Grenze der deutschen Geduld, und wenn es überhaupt noch eine Rettung geben kann, so kann sie nur darin gefunden werden, daß wir die anderen zu der Erkenntnis zwingen, daß die furchtbaren Probleme, die der Weltkrieg zurückgelassen hat, mit Gewalt nicht zu lösen sind.«⁹⁴

Mochte sich auch keiner gefunden haben, der die zerrissene Haltung der DDP-Fraktion vor dem Plenum des Reichstages begründen wollte, so illustriert die Rede von Haas die gewachsene Bedeutung des badischen Politikers innerhalb seiner Fraktion. Seine Haltung war allerdings einigermaßen bequem, da sich eine Mehrheit im Reichstag für die Annahme des Ultimatums abzuzeichnen begann und somit die mit einer Ablehnung verbundenen Konsequenzen, d. h. die angedrohte Besetzung des Ruhrgebiets, vermieden werden konnten. Letztlich waren Haas und ein Großteil der demokratischen Abgeordneten nicht willens, in einer außenpolitisch kritischen Situation Verantwortung zu übernehmen und unpopuläre Entscheidungen mitzutragen.

Das uneinheitliche Auftreten der DDP-Fraktion wurde begünstigt durch das Fehlen eines Fraktionszwangs. Dieses Mittel der Parteiräson, so erinnerte sich Otto Nuschke, »ist in der Nationalversammlung fraktion gleich in den ersten Tagen von Weimar erörtert worden. Die Anregung wurde abgelehnt mit dem Hinweis, daß man niemand in Gewissensfragen binden könne. In der Tat kann eine liberale Partei in Gewissensfragen ihre Mitglieder nicht zwingen.« Die selbstbewussten und eigensinnigen Individualisten der DDP in eine Fraktionsdisziplin einzubinden, wäre letztlich ein aussichtsloses Unterfangen gewesen. »Eine Partei der Individualitäten, der selbständigen Geistespersönlichkeiten kann einen Gewissenszwang nicht vertragen, so nachteilig in der politischen Agitation ein Auseinanderfallen auch wirken muß. Im übrigen bleibt davon keine Partei verschont, die zur Verantwortung berufen wird. Die Deutschnationalen zerspalteten sich sogar beim Dawes-Vertrag, ohne in der Regierung zu sitzen.«⁹⁵ Der Verzicht auf disziplinarische Maßnahmen zur Durchsetzung eines geschlossenen Auftretens führte jedoch dazu, dass die Fraktion in zahlreichen wichtigen Fragen kein einheitliches Votum abgab und ein die Öffentlichkeit und die eigenen Wähler irritierendes, wenn nicht abstoßendes Bild der Zerrissenheit und Zerklüftung bot.

Ungeachtet seiner ablehnenden Haltung war Haas nach der Abstimmung jedoch bereit, die von seiner Partei mitgetragene Weimarer Koalitionsregierung weiter zu unterstützen und die von Reichskanzler Wirth vertretene Erfüllungspolitik mitzutragen. Ihr lag der Gedanke zugrunde, dass Deutschland versuchen sollte, die alliierten Reparationsforderungen bis an die Grenze seiner Möglichkeiten zu erfüllen, um damit deren Unerfüllbarkeit zu dokumentieren und eine Revision des Zahlungsplans und letztlich des Versailler Vertrages zu erzwingen. Gegen Angriffe der nationalistischen

⁹⁴ Zur Rede von Haas am 10. Mai 1921 vgl. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 349, S. 3640–3642. – »Vergeblich«, so Werner Stephan, »bemühte sich der Abgeordnete Ludwig Haas, die Freigabe der Abstimmung als Beweis für echte liberale Duldsamkeit hinzustellen.« Vgl. W. STEPHAN, *Aufstieg*, 1973, S. 193.

⁹⁵ O. NUSCHKE, *Wie die Deutsche Demokratische Partei*, 1928, S. 24–41, hier S. 38.

schen Rechten nahm Haas die Regierung dabei wiederholt in Schutz. So stellte er sich in der durch die Ermordung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger im August 1921 aufgeheizten Stimmung vor die Regierung und wies Angriffe der Deutschnationalen entschieden zurück. Durch die »niederträchtige Darstellung, als ob die eine Regierung gewissermaßen im Dienst der Entente arbeite, und als ob eine andere Regierung uns von den Fesseln befreien könne, die wir alle miteinander als unerträglich empfinden, ob wir nun links oder rechts stehen, durch derartige unwahrhaftige Vorwürfe, durch eine so gehässige Polemik gegen eine Regierung, heiße sie Wirth oder anders, wird der Wiederaufbau der Staatsautorität außerordentlich gefährdet.«⁹⁶

Als sich bereits 1922 Zahlungsschwierigkeiten ergaben, Deutschland zwar ein Zahlungsaufschub gewährt wurde, dieser jedoch an als untragbar empfundene Bedingungen, wie der nach Erhöhung des Steueraufkommens oder der Kontrolle des Reichshaushalts durch die Reparationskommission⁹⁷, geknüpft wurde, zog Haas im Parlament erneut gegen die Alliierten vom Leder und bezeichnete die Note der Reparationskommission als einen »schweren Verstoß gegen die Grundsätze einer gesunden und verständigen europäischen Politik«. »Befehle«, so Haas, nehme »der Deutsche Reichstag nicht entgegen!« Gleichwohl wollte er die Hoffnung nicht aufgeben, »daß die Menschheit doch noch zur Vernunft kommt« und »daß das arme Europa wieder lächeln lernt«. ⁹⁸

Am Abschluss des Rapallo-Vertrages 1922, mit dem Deutschland seine internationale Isolierung zu durchbrechen versuchte, war Haas nicht unbeteiligt. In dem Vertrag verzichteten Deutschland und die Sowjetunion ausdrücklich auf den Ersatz ihrer Kriegskosten und Kriegsschäden, womit der Artikel 116 des Versailler Vertrags, der Russland die Aussicht auf Reparationszahlungen eröffnet hatte, hinfällig wurde. Im Gegenzug verzichtete Deutschland auf Entschädigungen für die während der russischen Revolution erfolgte Verstaatlichung ehemaligen deutschen Eigentums. Darüber hinaus vereinbarten beide Seiten die Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen.⁹⁹ Haas habe, so erinnert sich Judith Schrag-Haas, »bei den Verhandlungen und Vorbesprechungen, die schliesslich zum Abschluss des Rapallo-Vertrages führten, – in enger und ständiger Zusammenarbeit mit Wirth und Rathenau – entscheidend mitgewirkt«. ¹⁰⁰

Große Hoffnungen verband Haas mit der Ostpolitik. So war er an der sich an den Vertrag anschließenden engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder als Aufsichtsratsvorsitzender der »Gesellschaft für wirtschaftliche Beziehungen mit dem

⁹⁶ So Haas am 16. Dezember 1921. Vgl. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 352, S. 5282–5286, hier S. 5283.

⁹⁷ Vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI. DIE KABINETTE WIRTH I UND II, 1973, hier Bd. 1, S. XXXVIII–IXL.

⁹⁸ Zur Rede von Haas am 29. März 1922 vgl. SBR 1920/24, Bd. 354, S. 6665–6672, hier S. 6665, 6668, 6672.

⁹⁹ Zum Rapallo-Vertrag vgl. E. I. FLEISCHHAUER, Rathenau in Rapallo, 2006; E. KOLB, Weimarer Republik, 2002, S. 47–49, 219–222.

¹⁰⁰ Vgl. J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 82.

Osten« führend beteiligt. In diesem Zusammenhang hielt sich Haas in den Jahren 1922 und 1923 wiederholt in Russland auf.¹⁰¹ Erstes Ergebnis der in Rapallo beschlossenen engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Reich und der Sowjetunion war die Gründung der »Mologa-Holzindustrie-AG«, die eine Konzession für die Ausbeutung der russischen Holzbestände erhielt und im Gegenzug den Bau einer Eisenbahnlinie und die Errichtung eines Sägewerkes versprach. Im Aufsichtsrat saßen mit Joseph Wirth als Aufsichtsratsvorsitzenden und Ludwig Haas als Stellvertreter zwei prominente Politiker und Vertreter der Rapallo-Politik.¹⁰²

Die Ermordung seines Parteifreundes, des im Januar 1922 zum Außenminister ernannten Walther Rathenau, am 24. Juni 1922 traf Haas schwer. »In jenen Tagen«, so erinnerte sich seine Tochter, »habe ich meinen Vater in Tränen gesehen, und es dauerte Wochen, bis er sich, wenigstens äusserlich, etwas von diesem Schläge erholt hatte.«¹⁰³ In seiner zwei Jahre später im Berliner Herrenhaus vor dem Berliner Bezirksverband der DDP gehaltenen Gedenkrede auf Rathenau zeichnete Haas das Bild eines großen, charakterstarken Liberalen, der sich mit seinen Gaben des Verstandes und des Herzens sowie mit seinem scharfen Blick für die außenpolitischen Möglichkeiten große Verdienste um Deutschland erworben habe. Haas' Bekenntnis zur Rathenauschen Außenpolitik war auch eine Verteidigung der Erfüllungspolitik, die in der Erkenntnis wurzelte, »daß ein waffenloses Volk, wenn es den Weg der Rettung finden will, keine Politik treiben kann, wie ein waffenstarrendes Volk, sondern daß es die Konsequenzen aus seiner Waffenlosigkeit ziehen« müsse. Die »deutsche Freiheit wird erst dann kommen, wenn wir den Haß im eigenen Volke, wenn wir den Geist der Niedertracht und der Feindschaft gegen uns selbst überwunden haben«.¹⁰⁴

Das Attentat auf den demokratischen Außenminister offenbarte in aller Eindringlichkeit die Schwächen der Republik, die gegenüber den Feinden der Verfassung von rechts und links sich nur ungenügend zur Wehr zu setzen vermochte. Es unterstrich vor allem die Notwendigkeit einer Republikanisierung der zu großen Teilen noch immer monarchistisch gesinnten und der Republik distanziert bis ablehnend gegenüberstehenden Verwaltung. Während der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik machte Haas denn auch deutlich, dass jeder Staat auf die Loyalität und Treue seiner Beamten angewiesen sei und es nicht dulden könne, wenn seine Beamten die Autorität des Staates dadurch untergraben, dass sie den Staat und seine Repräsentanten verächtlich machen. Man müsse er-

¹⁰¹ Vgl. ebd., S. 85. Vgl. auch den Artikel von Haas »Eindrücke in Rußland«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 211 vom 6. Mai 1923, S. 1 f. Vgl. auch den Artikel »Gedanken über Rußland«, in: DIE HILFE, Nr. 2 vom 15. Januar 1924, S. 19 f.

¹⁰² Vgl. U. HÖRSTER-PHILIPPS, Wirth, 1998, S. 286–289; H. KÜPPERS, Wirth, 1997, S. 170, 179, 187, 233–236. Vgl. auch R. und R. LIESSEM, Mologa AG, 1975, S. 83–91.

¹⁰³ Vgl. dazu J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 84 f.

¹⁰⁴ GEDENKREDE AUF WALTHER RATHENAU, 1924, S. 7, 16. Vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 298 vom 25. Juni 1924, S. 3: »Gedächtnisfeiern für Rathenau.« Siehe auch den Beitrag von Andreas Schulz.

warten können, dass die Beamten der Republik im Dienst auch für die Republik eintreten und sich außer Dienst jeglicher antirepublikanischer Bestrebungen enthalten. Auch in der Republik könne die Freiheit nicht schrankenlos sein.¹⁰⁵

Das Scheitern der Großen Koalition unter Reichskanzler Gustav Stresemann (DVP) im November 1923 und die Bildung des bürgerlichen Minderheitskabinetts unter dem Zentrumspolitiker Wilhelm Marx verfolgte Haas mit großem Bedauern, da dadurch »das Bürgertum gewissermaßen gegen die Arbeiterschaft gestellt« werde. Das Bündnis zwischen liberalem Bürgertum und den gemäßigten Teilen der Arbeiterschaft bildete für Haas letztlich eine Grundvoraussetzung für das Bestehen und Funktionieren der Republik. Die Große Koalition sei ein »hohes Gut« gewesen, »das nicht ohne Not hätte preisgegeben werden dürfen«.¹⁰⁶

Wiederholt warnte Haas die Abgeordneten vor einer weiteren Diskreditierung des parlamentarischen Systems, die durch die wiederholten Regierungsstürze zum Ausdruck kamen. »Wir müßten endlich einmal [...] es uns zum Prinzip machen, eine Regierung erst dann zu stürzen, wenn man sich völlig darüber klar ist, wie die nächste Regierung gebildet wird. Wir kommen sonst allmählich in Zustände hinein, daß wir unüberlegt Gefahr laufen, daß die nächste Regierung noch schwächer ist als die vorhergehende.«¹⁰⁷

Die Erschütterungen des Jahres 1923, die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen, die Verkündung des »passiven Widerstandes« und die damit verbundene Zerrüttung der deutschen Währung bis hin zum Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, kulminierend im Hitler-Ludendorff-Putsch in München, veränderten nachhaltig die politische Szenerie im Reich.

Angesichts dieser offenkundigen Infragestellung der republikanischen Ordnung, die namentlich im Hitler-Putsch und im Hamburger Aufstandsversuch der Kommunisten Ende 1923 zum Ausdruck gekommen war, wurde im Februar 1924 das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zum Schutz der Weimarer Republik vor ihren radikalen Feinden durch Vertreter der Weimarer Koalitionsparteien SPD, Zentrum und DDP gegründet.¹⁰⁸ Das Reichsbanner verstand sich als überparteilicher Bund republikanisch gesinnter Kriegsteilnehmer, der seine Hauptaufgabe in der Verteidigung der Republik, im Schutz von Versammlungen der republiktreuen Parteien und in der Stärkung des republikanischen Gedankens durch die Herausgabe der wöchentlich er-

¹⁰⁵ Vgl. die Rede von Haas am 15. Juli 1922 vgl. RT Sten. Ber. I. WP, Bd. 356, S. 8596–8599.

¹⁰⁶ Zur Rede von Haas am 5. Dezember 1923 vgl. RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 361, S. 12308–12314. – Im Mai 1924 lehnte Haas die Beteiligung der DDP an einem von der DNVP mitgetragenen Bürgerblock entschieden ab. Vgl. die Sitzung des Vorstandes am 21. Mai 1924, in: K. WEGNER/L. ALBERTIN, Linkliberalismus in der Weimarer Republik, 1980, Dok. 114, S. 317–323, hier S. 323. Zu den Strukturproblemen des parlamentarischen Systems vgl. E. KOLB, Weimarer Republik, 2002, S. 75–77.

¹⁰⁷ Vgl. die Rede von Haas am 17. Dezember 1926; RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 356, S. 8614–8621, hier S. 8615.

¹⁰⁸ Zum Reichsbanner vgl. B. ZIEMANN, Reichsbanner, 2011; K. ROHE, Reichsbanner, 1966; U. HÖRSTER-PHILIPPS, Wirth, 1998, S. 312–318. Vgl. auch L. LUCKEMEYER, Haas, 1971, S. 141–150.

scheinenden Zeitschriften *Das Reichsbanner* und der *Illustrierten Reichsbanner Zeitung* erblickte. Sein Bekenntnis zur republikanischen Ordnung fand seinen Ausdruck in der Wahl der offiziellen Reichsfarben. Zu den prominenten Gründungsmitgliedern zählte auch Ludwig Haas, der zu einem der Stellvertreter des Bundesvorsitzenden, des sozialdemokratischen Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing, gewählt wurde. Der Verband entwickelte sich rasch zu einer Massenorganisation, der 1932 etwa 3,5 Millionen Mitglieder angehörten. Haas, so erinnerte sich seine Tochter Judith Schrag-Haas, »kannte die Mentalität der Massen – und ganz gewiss die der Deutschen – viel zu gut, um nicht zu wissen, welche Wirkungskraft ein Symbol der Stärke auf die Umwelt hat. ›Es war die Schwäche der Republik in den ersten Jahren ihres Bestehens, dass sie nicht in Erscheinung trat. Man muss den Staat und seine Hoheitszeichen sehen.‹ Mein Vater sah im Reichsbanner eine Bewegung im Entstehen, von der er sich versprach, dass sie den ›unsichtbaren monarchischen Staat‹ überwinden werde. ›In allen Teilen Deutschlands gewinnt man den guten und stolzen Eindruck‹, sagte er beim Reichsbannertag in Mannheim, ›dass die Gründung und der Aufbau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit einem Schlage die politische Atmosphäre verbessert habe. Es gab Zeiten, in denen man fast glauben konnte, daß das böse Wort wahr sei: ›Wir haben eine Republik, aber keine Republikaner.‹ Jetzt stehen die Formationen des Reichsbanners und haben gezeigt, dass Millionen von Republikanern, die hinter der Republik stehen, bereits mit allen Kräften die Republik verteidigen. Weil wir wissen, dass nur auf dem Boden der Republik eine neue deutsche Zukunft geschaffen werden kann, erklären wir voll Stolz erfüllt: das Vaterland ist die Republik.«¹⁰⁹

Die Wertschätzung des Soldatischen, die Haas wiederholt zum Ausdruck brachte, die Pflege militärischer Traditionen, sein Interesse an militär- und wehrpolitischen Fragen wie auch der Wunsch nach einem stärkerem Schutz der Republik begründeten Haas' Engagement und sein Wirken im Rahmen dieses Verbandes. Neben Parteifreunden wie Erich Koch-Weser, Ernst Lemmer und Hugo Preuß gehörten ihm auch prominente Sozialdemokraten wie Paul Löbe oder Otto Braun und Zentrumspolitiker wie Wilhelm Marx und Joseph Wirth an.¹¹⁰

Haas' Affinität zum Soldatischen und Militärischen fand noch im Dezember desselben Jahres ihren Niederschlag in dem von ihm und anderen Reichsbannerführern ins Leben gerufenen Kleinkaliberschützenverein »Reichskartell Republik«, der als Reaktion auf die vermehrten Aktivitäten der Wehrverbände im Schießsport gegründet wurde.¹¹¹ Zur weiteren Stärkung des verfassungstreuen Lagers gründete Haas zusammen mit seinen Reichsbannerfreunden Löbe und Wirth 1926 die »Republikani-

¹⁰⁹ Vgl. J. SCHRAG-HAAS, Ludwig Haas, 1961, S. 84. Vgl. auch die Artikel von Haas »Das Reichsbanner und die Republik«, in: NEUE BADISCHE LANDES-ZEITUNG vom 27. September 1924, und »Vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold«, in: DIE HILFE, Nr. 21 vom 1. November 1925, S. 488 f.; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas.

¹¹⁰ Vgl. L. LUCKEMEYER, Haas, 1971, S. 141–150.

¹¹¹ Vgl. ebd., S. 148; K. ROHE, Reichsbanner, 1966, S. 168 f.

sche Union«, die in ihrem, von Haas mitherausgegebenen Publikationsorgan *Deutsche Republik* den republikanischen Gedanken zu propagieren versuchte.¹¹²

5. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender 1924–1928

Die Radikalisierung der politischen Landschaft hatte ihren prägnanten Ausdruck in den Reichstagswahlen vom Mai 1924 gefunden, bei denen die radikalen Parteien deutliche Zugewinne verzeichnen konnten. Die KPD schnellte von 2,1 auf 12,6 % hoch, während die DNVP 19,5 % (1920: 15,1 %) und die völkischen Nationalisten aus dem Stand 6,5 % errangen. Das Lager der verfassungstreuen Parteien hatte demgegenüber Einbußen hinzunehmen. Während SPD und Zentrum sich weitgehend behaupten konnten, fiel die DDP von 8,3 auf 5,7 % der abgegebenen Stimmen und von 39 auf 28 Mandate. Die Demokraten drohten auf das Niveau einer Splitterpartei abzusinken.¹¹³ Haas war über die Reichsliste der DDP, auf dem vierten Platz hinter Gertrud Bäumer, Hermann Fischer und Otto Geßler, in den Reichstag entsandt worden.¹¹⁴ Der badische Landesverband hatte ihn nicht mehr berücksichtigen wollen, was an Haas' fehlender Hausmacht und der Stärke der ehemaligen Nationalliberalen gelegen haben mochte.¹¹⁵

Die auf 28 Abgeordnete zusammengeschrunpfte Fraktion wählte am 28. Mai 1924 Erich Koch-Weser zu ihrem ersten Vorsitzenden. Zum Stellvertreter mit gleichen Rechten wurde neben Anton Erkelenz und Otto Keinath auch Haas bestimmt.¹¹⁶ Auch wenn einige prominente Demokraten sich nicht mehr zur Wahl stellten, wie Carl Petersen, der im Januar 1924 Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg wurde, oder kein Mandat für den Reichstag erhielten, so blieb doch der harte Kern der DDP nach der Mai-Wahl 1924 erhalten.¹¹⁷ Die Wahl Haas zum stellvertretenden Vorsitzenden dokumentiert somit weniger das Aufrücken von Abgeordneten aus der zweiten Reihe infolge der Schrumpfung der demokratischen Fraktion als vielmehr die Anerkennung des politischen Engagements des badischen Politikers auch über sein Spezialgebiet der Wehrpolitik hinaus.¹¹⁸

¹¹² Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 348 vom 26. Juli 1926, S. 1 f.: »Liberalismus und Republikanische Union« von Ludwig Haas. Vgl. ferner L. LUCKEMEYER, Haas, 1971, S. 148; U. HÖRSTER-PHILIPPS, Wirth, 1998, S. 322–329; H. KÜPPERS, Wirth, 1997, S. 228–230.

¹¹³ Vgl. E. KOLB, Weimarer Republik, 2002, S. 308.

¹¹⁴ Vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 260.

¹¹⁵ Vgl. L. LUCKEMEYER, Haas, 1971, S. 131.

¹¹⁶ Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 253 vom 28. Mai 1924, S. 1: »Die heutigen Fraktionssitzungen«.

¹¹⁷ Vgl. REICHSTAGS-HANDBUCH, 1924, S. 355. Zu Petersen vgl. S. SCHAMBACH, Petersen, 2000, S. 84.

¹¹⁸ Welchen Ausschüssen Haas angehörte, lässt sich nicht mehr eindeutig klären, da er keinem Ausschuss als Vorsitzender oder stellvertretender Vorsitzender präsiidierte. Vgl. RT Sten. Ber. 2. WP, Bd. 381, S. 257.

In der Partei war es zuvor zu einer Neuwahl des Vorsitzenden gekommen, nachdem der bisherige Parteivorsitzende Carl Petersen nach seiner Wahl zum Bürgermeister von seinem Amt zurückgetreten war. Nachfolger wurde Erich Koch, der im Vorstand erst im zweiten Wahlgang reüssierte, jedoch im Parteausschuss fast drei Viertel der Mitglieder zu überzeugen vermochte. Auf die Gegenkandidaten Kochs entfielen demgegenüber nur wenige Stimmen. Haas, der als Kandidat des linken Flügels präsentiert wurde – es ist nicht bekannt, ob dies mit oder gegen seinen Willen erfolgte –, erhielt lediglich drei Stimmen.¹¹⁹

Die prekären Mehrheitsverhältnisse machten im Dezember 1924 eine Neuwahl des Reichstages notwendig, die insgesamt zu einer Schwächung der radikalen Parteien und zu einer Stärkung der politischen Mitte führte. Auch die DDP konnte sich mit einem Zugewinn von 0,6 % etwas erholen. Mit 6,3 % der abgegebenen Stimmen gewann sie 32 Mandate (+ 3).¹²⁰ Haas war über die Reichsliste der DDP, wo er den zweiten Platz hinter Hermann Fischer belegte, gewählt worden.¹²¹ Da Haas nicht zum Vorsitzenden oder zum stellvertretenden Vorsitzenden eines Ausschusses gewählt wurde, lässt sich nicht mehr eindeutig sagen, welchen Ausschüssen er angehörte. Bekannt ist lediglich, dass er Mitglied und Stellvertreter des 2. Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten wurde.¹²²

Nach der Wahl wurde eine »Bürgerblock«-Regierung unter dem parteilosen, aber der DVP nahestehenden, bisherigen Finanzminister Hans Luther gebildet, die sich aus Zentrum, BVP, DVP und DNVP zusammensetzte. Obwohl Otto Geßler als Reichswehrminister der Regierung angehörte, wählte die DDP die Opposition.¹²³ Dem Eindruck, die DDP werde wegen der Besetzung des Reichswehrministeriums die neue Regierung unterstützen, trat Haas bereits in der Aussprache über die Regierungserklärung im Januar 1925 entgegen. Man habe die DDP dringend gebeten, mit einem Vertrauensmann im Kabinett vertreten zu sein. Geßler sei allerdings nur bedingt den Demokraten zuzurechnen. Es sei ein Fehler gewesen, die Sozialdemokratie nicht in der staatlichen Verantwortung festgehalten und damit wichtige Teile der Arbeiterschaft in die Opposition zurückgestoßen zu haben. Der Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen stand Haas demgegenüber skeptisch bis ablehnend gegenüber, da die Partei bislang alle antirepublikanischen Bestrebungen unterstützt

¹¹⁹ Vgl. die Sitzung des Parteausschusses am 27. Januar 1924, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, 1980, Dok. 112, S. 305–312, hier S. 311. – »Auf den Idylliker Petersen«, so Werner Stephan, »folgte [mit Erich Koch-Weser] ein Politiker, der bei allem Abwägen Dynamik besaß. Dies waren Führereigenschaften, die bei der Überwindung der Existenzkrise dieser Partei wesentlich waren.« Vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 251–255, Zitat S. 255.

¹²⁰ Vgl. E. KOLB, Weimarer Republik, 2002, S. 308. Zur Wahl vom 7. Dezember 1924 vgl. auch den Artikel von Haas »Der 7. Dezember«, in: C.V.-ZEITUNG, Nr. 48 vom 28. November 1924, S. 741 f.

¹²¹ Vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 279.

¹²² Vgl. RT Sten. Ber. 3, WP, Bd. 384, 9. Januar 1925, S. 29. Zu den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse vgl. ebd., 16. Januar 1925, S. 85.

¹²³ Zum Kabinett Luther vgl. K.-H. MINUTH (Bearb.), Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Luther I und II, 2 Bde., 1977.

habe und die Auswahl der von ihr ins Kabinett entsandten Personen wenig vertrauenerweckend sei.¹²⁴

Als stellvertretender Vorsitzender vertrat Haas auch in zentralen innen- und außenpolitischen Fragen die Fraktion. Die Außenpolitik, die bislang die Altvorderen der Fraktion für sich reserviert hatten, wuchs ihm langsam zu, außenpolitische Themen wurden von ihm häufiger aufgegriffen. So begrüßte er im Juli 1925 die bevorstehende Vereinbarung mit Frankreich, die im Oktober 1925 abgeschlossenen Locarno-Verträge, in dem die Unterzeichnerstaaten auf eine gewaltsame Veränderung der bestehenden Grenzen in Europa verzichteten und Deutschland die im Versailler Vertrag fixierte Westgrenze endgültig anerkannte. Zwar wurden auch Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen, doch hielt das Deutsche Reich den Anspruch auf eine Revision seiner Ostgrenze aufrecht. Die Verträge machten den Weg frei für den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, der im September 1926 erfolgte.¹²⁵ Haas befürwortete einen die Anwendung von Gewalt ausschließenden Vertrag mit Frankreich, lehnte jedoch zu weitgehende Bestimmungen bezüglich der deutschen Ostgrenze ab. »Wir sind der Meinung, daß die Besserung der deutsch-französischen Beziehungen die Grundlage der Gesundung des europäischen Lebens überhaupt sein wird. Wir sind der Meinung, daß allein auf der Grundlage der Besserung der deutsch-französischen Beziehungen in möglichst naher Zeit die Befreiung des Rheinlandes erreicht werden kann [...] Wir würden wünschen, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Wille allgemein werden würde, den Völkerbund«, der bislang ein »Instrument der Sieger« gewesen sei, »zu einem wahren Völkerbund zu machen.«¹²⁶

Haas' Zustimmung fand auch der die Locarno-Verträge ergänzende deutsch-russische Freundschaftsvertrag vom April 1926, in dem das Reich der Sowjetunion Neutralität für den Fall eines Angriffs durch Dritte zusicherte. Der Vertrag, so Haas im Dezember 1925, sei zu begrüßen, nicht nur weil die Linie des Rapallo-Vertrags seines Parteifreundes Rathenau nicht aufgegeben werde, sondern weil er von der Notwendigkeit ausgehe, dass das Reich sowohl zum Westen als auch zum Osten vertrauensvolle Beziehungen benötige.¹²⁷

Neben der Außenpolitik waren es zentrale Problemfelder der Innenpolitik, die Haas' Aufmerksamkeit fanden. Zu ihnen zählten die Rechtspolitik und damit insbesondere die in verstärktem Maße auf politisches Unverständnis stoßenden Urteile

¹²⁴ Zur Rede von Haas am 22. Januar 1925 vgl. RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 384, S. 201–209.

¹²⁵ Zu den Locarno-Verträgen und zum Völkerbundbeitritt vgl. P. KRÜGER, Außenpolitik, 1993, S. 269–364.

¹²⁶ Zur Rede von Haas am 23. Juli 1925 vgl. RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 387, S. 3428–3435. Vgl. auch die Artikel von Haas »Frankreich und Deutschland«, in: BERLINER TAGEBLATT vom 28. Juni 1925; »Die Aussichten der deutsch-französischen Verständigung«, in: NEUE FREIE PRESSE vom 5. Juli 1925; »Die Idee von Locarno«, in: DIE HILFE, Nr. 1 vom 1. Januar 1927, S. 21 f.; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas.

¹²⁷ Zur Rede von Haas am 1. Dezember 1925 vgl. RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 388, S. 4685–4687, Zitat S. 4687. Ferner die Rede am 12. Dezember 1925 vgl. ebd., S. 4826–4828.

deutscher Gerichte. Die in ihren Wertvorstellungen und Dispositionen noch der wilhelminischen Zeit und der monarchischen Verfassungsordnung verpflichteten Richter standen in ihrer Mehrheit der neuen Ordnung innerlich ablehnend gegenüber, schonten politische Straftäter, die dem rechten, völkisch-nationalistischen Lager zuzuordnen waren, und gingen mit unerbittlicher Härte gegen links vor. Diese »politische Justiz«, die wesentlich zur Destabilisierung der Weimarer Republik beitrug, fand auch die scharfe Kritik des Juristen Haas, der bei der Beratung des Etats des Justizministeriums im Februar 1926 den Finger in die offene Wunde legte. Die Fememordprozesse, die Beleidigungsprozesse¹²⁸ oder die Landesverratsprozesse, die wegen Veröffentlichungen über die »Schwarze Reichswehr« angestrengt würden, offenbarten, so Haas, eine beängstigende Nähe der deutschen Justiz zum rechten Lager. Um diesen beklagenswerten Missständen abzuhelpfen, empfahl Haas die Schaffung einer Reichsinstanz oder von Länderinstanzen, die öffentlich in die Kritik geratene Urteile einer Nachprüfung unterziehen sollten. Zudem hielt er es für dringend geboten, die Personalreferate in den Justizministerien im Reich und in den Ländern mit republikanisch gesinnten Beamten zu besetzen und stärker als bisher vom Disziplinarrecht Gebrauch zu machen gegen Richter, die sich in ihren Urteilen Taktlosigkeiten hätten zuschulden kommen lassen. »[W]ir dienen dem Staat und der Rechtspflege, wenn wir daran arbeiten, daß die Justiz das Ansehen zurückgewinnt, das sie ehemals besaß und das sie durch eine allerdings recht beträchtliche Zahl ganz bedenklicher Fehlurteile und ungerechter Urteile verloren« habe.¹²⁹

Das Jahr 1926 offenbarte, wie gespalten die Partei in zentralen Fragen der Innenpolitik war. So stieß die Flaggenverordnung des zweiten Kabinetts Luther, einem bürgerlichen Minderheitenkabinett aus Zentrum, BVP, DVP und DDP, in der Partei auf scharfe Kritik. Danach sollte den gesandtschaftlichen und konsularischen Behörden des Reiches im europäischen und außereuropäischen Ausland, die von Seehandelsschiffen angelaufen wurden, erlaubt sein, neben der schwarz-rot-goldenen Nationalflagge auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der schwarz-rot-goldenen Gösch zu hissen. Während die demokratischen Minister Külz, Reinhold und Geßler nichts an der Verordnung auszusetzen hatten, ging die demokratische Fraktion auf Oppositionskurs. Die Flaggenverordnung, so schrieb Haas im *Berliner Tageblatt*, »ist mit der Würde der Republik nicht vereinbar. Diese Verordnung würde uns dem

¹²⁸ So beklagte sich Haas am 17. Februar 1926: Der »Beamte, der Offizier, der von rechtsradikalen Kreisen her beleidigt ist, kann es nicht mehr wagen, vor einem deutschen Gericht sein Recht zu suchen. Er läuft Gefahr, daß die Klage mit irgendeiner Begründung abgewiesen wird.« Vgl. RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 389, S. 5628, die Rede insgesamt S. 5628–5633.

¹²⁹ Zur Rede von Haas am 17. Februar 1926 vgl. RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 389, S. 5628–5633, Zitat S. 5633. Ferner die Rede am 26. März 1926; RT Sten. Ber. 3. WP, Bd. 390, S. 6771 f., 6777 f. – Vgl. auch die Artikel von Haas »Die Vertrauenskrise der Justiz«, in: DEUTSCHE REPUBLIK, 19. Heft, 1. Jg., 1926/27, S. 1–4; »Recht, Rechtspflege und Republik«, in: JENAER VOLKSBLATT vom 3. Februar 1928; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas. Ferner »Das Reichsgericht«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 157 vom 1. April 1928, S. 1 f.; »Rechtshaberei«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 250 vom 29. Mai 1928, S. 1 f. – Vgl. auch den Brief von Haas an Kurt Hahn, 6.3.1927, in: GLA Karlsruhe, FA-N 5903.

Gelächter des Auslandes preisgeben.«¹³⁰ In einem von der DDP eingebrachten und von den Linksparteien unterstützten Antrag wurde das Verhalten des Reichskanzlers missbilligt, woraufhin das Kabinett seinen Rücktritt erklärte.¹³¹

Neben der Flaggenfrage vermochte die Partei auch in der Diskussion über die Abfindung der ehemals regierenden Fürstenhäuser keine einheitliche Haltung einzunehmen. So musste sie bei dem von KPD und SPD angestregten Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten im Juni 1926 ihren Mitgliedern die Stimmabgabe freigeben. Dem Volksentscheid blieb zwar der Erfolg versagt, doch stimmten 14,5 Millionen Wähler nicht nur der Linksparteien, sondern auch der Linksliberalen für ihn.¹³² In der Sitzung des Vorstandes im Mai 1926 ließ Haas keinen Zweifel daran, »daß er für eine entschädigungslose Enteignung nicht eintreten könnte mit Rücksicht auf Versprechungen, die er und einige andere Herren seinerzeit dem badischen Fürstenhause gemacht« hätten.¹³³ »Entschiedene Republikaner wie Dr. Haas (Baden) oder Tantzen (Oldenburg)«, so schrieb der damalige Reichsgeschäftsführer Werner Stephan rückblickend, »fanden die Agitation gegen die liberal gesinnten Fürstenfamilien ihrer Heimat unanständig, mußten freilich erleben, daß gerade bei ihnen die Beteiligung am Volksentscheid stark war.«¹³⁴

6. Fraktionsvorsitzender 1928–1930

Die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 führten zu einem Linksrutsch und zu deutlichen Zugewinnen von SPD und KPD, während die Parteien des sog. Bürgerblocks regelrecht abgestraft wurden. Besonders hohe Verluste hatte vor allem die DNVP, die von 20,5 auf 14,2 % fiel, zu verzeichnen. Aber auch die beiden liberalen Parteien hatten an Zuspruch eingebüßt. Während die DVP jedoch noch auf 8,7 % (–1,4 %) kam, stellte der weitere Stimmenrückgang der DDP (–1,4 %) ein großes Problem dar, da die Partei mit 4,9 % und 25 Mandaten randständig zu werden drohte.¹³⁵

Zu den 25 demokratischen Abgeordneten zählte auch Ludwig Haas, der als Nachfolger von Gertrud Bäumer den Wahlkreis Thüringen im Reichstag vertrat.¹³⁶ Eine

¹³⁰ Vgl. den Artikel von Haas »Schwarz-Rot-Gold«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 211 vom 6. Mai 1926, S. 2.

¹³¹ Vgl. W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, 1978, S. 89–93.

¹³² Vgl. U. SCHÜREN, Volksentscheid zur Fürstenenteignung, 1978.

¹³³ Vgl. die Sitzung des Vorstandes am 20. Mai 1926, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, 1980, Dok. 132, S. 396–400, hier S. 399. Vgl. auch den Artikel von Haas »Reichsbankpräsident und Fürstenenteignung«, in: NEUE BADISCHE ZEITUNG vom 19. Juni 1926; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas. – »Mit Ihnen«, so schrieb Haas am 18. August 1926 an Kurt Hahn, »bin ich der Meinung, daß es ein Wahnsinn wäre, etwa für irgendeine falsche Politik die Fürsten büßen zu lassen.« Außerdem habe er die Einrichtung des Volksentscheids »immer für falsch gehalten«. Vgl. GLA Karlsruhe, FA-N 5903.

¹³⁴ Vgl. W. STEPHAN, Acht Jahrzehnte, 1983, S. 137.

¹³⁵ Vgl. E. KOLB, Weimarer Republik, 2002, S. 308 f.

¹³⁶ Vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 383; L. LUCKEMEYER, Haas, 1971, S. 133.

Woche nach der Wahl trat die neue Reichstagsfraktion der DDP zur Wahl ihres Vorstands zusammen, bei der Erich Koch-Weser zum Vorsitzenden und die Abgeordneten Erkelenz, Dietrich, Fischer (Köln), Bäumer und Haas zu weiteren Mitgliedern bestimmt wurden.¹³⁷ Die Regierungsbildung erwies sich als schwieriger und komplizierter als gedacht. Zwar hatten die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) mit zusammen 46,8 % der Stimmen ihr bestes Ergebnis seit der Wahl zur Nationalversammlung von 1919 erreicht. Da sie jedoch mit 239 von 491 Mandaten im Parlament über keine Mehrheit verfügten, lag die Bildung einer Großen Koalition unter Einschluss der DVP nahe. Da die Bereitschaft an einer Regierungsbeteiligung bei den bürgerlichen Parteien, die Verluste hatten hinnehmen müssen, nicht sonderlich ausgeprägt war, kam am 28. Juni 1928 lediglich ein »Kabinett der Persönlichkeiten« unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller zustande, das zwar mit Vertretern der Parteien der Großen Koalition besetzt wurde, die Fraktionen jedoch in keiner Weise band. Erst im April 1929 konnte eine formelle Koalitionsregierung auf der Grundlage einer Koalitionsvereinbarung gebildet werden.¹³⁸

Im Kabinett Müller war die DDP mit ihrem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Erich Koch-Weser als Reichsjustizminister und mit Hermann Dietrich als Reichsernährungsminister vertreten. Am selben Tag, an dem Koch-Weser zum Minister ernannt wurde, wählte die Reichstagsfraktion Ludwig Haas zum Fraktionsvorsitzenden.¹³⁹ Die Wahl war die Anerkennung seiner langjährigen Verdienste als führendes Mitglied des Fraktionsvorstands, der durch seine Reden in den Haushaltsberatungen, über seine eigentlichen Spezialgebiete der Rechts- und Militärpolitik hinaus, zu zentralen außen- und innenpolitischen Themen zu den führenden Parlamentariern der Weimarer Republik zählte. Seine rhetorische Begabung, seine mit Humor gewürzte Schlagfertigkeit ebenso wie seine entschieden republikanische Haltung prädestinierten ihn für das Amt des Fraktionsvorsitzenden. »Er hat die Tribüne des Reichstages nie betreten«, so meinte sein Reichstagskollege und Freund Joseph Wirth in seinem Nachruf auf Haas, »ohne das aufmerksame Ohr des ganzen Hauses zu finden. Seine tiefe kräftige Stimme und der warme Ton, der ihm, dem Badener, eigen war, gewannen ihm sofort die Sympathien all derer, die seinen Ausführungen folgten.«¹⁴⁰

Dennoch stieß Haas im Fraktionsvorstand nicht auf uneingeschränkte Gegenliebe. So beklagte er sich nach seiner Wahl zum Vorsitzenden gegenüber dem Journalisten Ernst Feder darüber, dass »man ihn aus dem Vorstand herausdrängen wollte«.

¹³⁷ Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 281 vom 16. Juni 1928, S. 3: »Die Sitzung des demokratischen Parteivorstandes.«

¹³⁸ Vgl. M. VOGT (Bearb.), Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Müller II, 1970. – Zur Regierungsbildung vgl. auch den Artikel von Haas »Trotzdem Große Koalition«, in: DEMOKRATISCHER ZEITUNGSDIENST vom 13. Juli 1928; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas.

¹³⁹ Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 303 vom 29. Juni 1928, S. 1: Die Ministerliste.«

¹⁴⁰ Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 362 vom 3. August 1930, S. 1 f., hier S. 1: »Dem toten Freunde Ludwig Haas«. Von Dr. Joseph Wirth. – Otto Geßler bezeichnete Haas in seinen Erinnerungen als einen »sehr temperamentvolle[n] Redner in der Fraktion und im Plenum«. Vgl. O. GESSLER, Reichswehrpolitik, 1958, S. 406.

Zu seinen Gegnern zählte er namentlich Gertrud Bäumer, die er »dem Instinkt nach für [eine] Antisemitin« hielt. Als Haas bei einer früheren Regierungsbildung für den Posten des Innenministers in der Diskussion stand, hätte sie brüsk abgewehrt: »Ein Jude kann nicht Reichsinnenminister sein.«¹⁴¹ Es war mithin nicht nur eigene Bescheidenheit oder bewusste Zurückhaltung angesichts zu befürchtender antisemitischer Angriffe, sondern auch die Gegnerschaft in der eigenen Fraktion, die einer Ernennung von Haas zum Reichsminister entgegenstand. Insofern kann man seine Wahl zum Fraktionsvorsitzenden auch als Entschädigung und eine Art Kompensation für seine Nichtberücksichtigung für ein Ministeramt, für das er nicht nur qualifiziert gewesen wäre, sondern das er angesichts seiner Verdienste für Partei und Fraktion auch verdient gehabt hätte, interpretieren.

Bei der Wahl der demokratischen Ausschussmitglieder ließ sich Haas in die Ausschüsse für Geschäftsordnung und für Rechtspflege sowie bald darauf auch in den Auswärtigen Ausschuss wählen.¹⁴² Die Beschränkung des Fraktionsvorsitzenden auf drei Ausschüsse mag überraschen, doch muss man berücksichtigen, dass die neuen Aufgaben als Fraktionsvorsitzender Haas bereits vollkommen in Anspruch nahmen und er auch weiterhin den Verpflichtungen seiner Rechtsanwaltspraxis nachzugehen versuchte. Haas, so meinte Ludwig Luckemeyer, »war nie Berufspolitiker, aber Politik war für ihn innere Berufung. Er war niemals Parteivorsitzender, aber er übte durch die große Strahlungskraft seiner Persönlichkeit im Reichsvorstand, in der Reichstagsfraktion und in den Wahlversammlungen der Deutschen Demokratischen Partei einen sehr bedeutenden Einfluss aus.«¹⁴³

Sein Amt als Fraktionsvorsitzender versuchte Haas entschlossen und umsichtig auszuüben und die Fraktion ungeachtet der vielfach widerstreitenden Interessen und Vorstellungen mit Nachsicht und Geschick zu orchestrieren.¹⁴⁴ Durch sein ausgleichendes Wesen, seine Fähigkeit zur Moderation und seine einnehmende Persönlichkeit schien er dazu geradezu prädestiniert. So versuchte er im ständigen Auf und Ab demokratischer Befindlichkeiten eine Linie abzustecken, der die Fraktion folgen sollte. Haas, so erinnerte sich der langjährige Reichsgeschäftsführer der DDP, Werner Stephan, »gehörte zu den wenigen Politikern, die weder im eigenen Bereich noch bei den anderen Parteien einen Feind haben. Seine Milde, gepaart mit überlegenem Humor und großem Verhandlungsgeschick, machten ihn überall beliebt. Aber ihm fehlte die Gabe, die Koch-Weser zum Kummer der weniger fleißigen Fraktionsmitglieder besaß: Harte Zügelführung war nicht seine Sache. So klagte der energische Theodor Tantzen am 22. Februar in einer

¹⁴¹ Vgl. E. FEDER, *Heute*, 1971, S. 185 f. Vgl. dazu auch S. WEIN, *Antisemitismus*, 2014, S. 123–128.

¹⁴² Vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 303 vom 29. Juni 1928, S. 3: »Die Demokraten in den Ausschüssen.« – Am 21. März 1929 war Haas Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses. Vgl. RT Sten. Ber. 4. WP, Bd. 424, S. 1578.

¹⁴³ L. LUCKEMEYER, Haas, 1971, S. 165.

¹⁴⁴ Zu den in der Fraktion vertretenen Interessen vgl. L. LUCKEMEYER, Haas, 1971, S. 135 f.; W. SCHNEIDER, *Die Deutsche Demokratische Partei*, 1978, S. 175–186, 218–221.

Vorstandssitzung über ›mangelnde Erkenntnis der Pflichten‹ auf seiten mancher Reichstagskollegen«. ¹⁴⁵

Haas sah es nach seiner Wahl zum Vorsitzenden als seine vorrangige Aufgabe an, die in der Großen Koalition rasch offen zutage tretenden politischen, aber auch persönlichen Gegensätze und Divergenzen auszugleichen und eine tragfähige Grundlage für die gemeinsame Zusammenarbeit zu finden. Als die Erklärung der Reichsregierung am 4. Juli 1928 besprochen wurde, trat Haas erstmals als Fraktionsvorsitzender vor den Reichstag. Scharfe Kritik fanden vor allem die Umstände der Regierungsbildung, die das Unvermögen der Fraktionen zur Kooperation und zum Kompromiss deutlich gezeigt hatten. Dies betraf nicht nur die Unfähigkeit, sich auf ein von allen Seiten akzeptiertes Regierungsprogramm zu einigen, sondern auch die Auswahl der für einen Regierungsposten vorgeschlagenen Kandidaten. So war das Zentrum, das mit seiner Forderung nach zwei Ressorts und dem Vizekanzlerposten kein Gehör gefunden hatte, in der Regierung nur mit einem »Beobachter«, dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden Theodor von Guérard, vertreten. Eine ähnliche Haltung nahmen die übrigen bürgerlichen Parteien ein. Die Haltung dieser Parteien, durch die Entsendung einzelner Persönlichkeiten ohne Fraktionsbindung eine Regierung bilden zu wollen, hielt Haas für abwegig. »Solange Männer der eigenen Fraktion oder der eigenen Partei im Kabinett vertreten sind, ist das eine Regierung, für die man verantwortlich ist, (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und von dieser Verantwortlichkeit wird man nicht frei, man mag Konstruktionen machen, welche man will.« ¹⁴⁶ Die Kritik wurde allerdings dadurch beeinträchtigt, dass die DDP selbst Mitte der zwanziger Jahre dieses Doppelspiel praktiziert und den Demokraten Geßler als Reichswehrminister im Kabinett belassen hatte, während sie selbst in die Opposition gegangen war. ¹⁴⁷

Im »Wege der Abstimmungen der Fraktionen«, so Haas, »können vielleicht einmal geeignete Persönlichkeiten gefunden werden, werden aber meistens die geeigneten Persönlichkeiten nicht gefunden werden. Wenn die Fraktionen über die Minister abstimmen, ist das kein Parlamentarismus, sondern dann ist das das Gegenteil von Parlamentarismus.« Die Fraktionen seien zudem zur Ausarbeitung eines Regierungsprogramms vollkommen ungeeignet. »Fraktionen sind die Hüter und Schützer der eigenen Programme, und wenn in Fraktionsverhandlungen Kompromisse abgeschlossen werden sollen, ist das eine schwere Arbeit.« Angesichts dieser Kompromiss- und Handlungsunfähigkeit der Fraktionen war für ihn die Bildung des Kabinetts durch den vom Reichspräsidenten berufenen Reichskanzler der einzig gangbare Weg. Der Kanzler sollte unabhängig von den Fraktionen ein Kabinett bilden und in Rücksprache mit seinen designierten Ministern ein Regierungsprogramm ausarbeiten, das dann dem Reichstag präsentiert werden sollte. »Wir sind der Meinung, daß

¹⁴⁵ Vgl. W. STEPHAN, *Aufstieg*, 1973, S. 401. Gemeint ist die Sitzung des Fraktionsvorstands.

¹⁴⁶ Zur Rede von Haas am 4. Juli 1928 vgl. RT Sten. Ber. 4. WP, Bd. 423, S. 77–81.

¹⁴⁷ Am 1. März 1929 bezeichnete es Haas als einen Fehler, dass sich seine Partei 1925 aus der Regierung zurückgezogen, aber Geßler als sog. Fachminister in der Regierung belassen habe. Das sei eine »völlig unbrauchbare Methode« gewesen, »eine Sünde in unserer Geschichte«, die man der DDP vorwerfen könne. Vgl. RT Sten. Ber. 4. WP, Bd. 424, S. 1382–1385, hier S. 1384.

erst in diesem Augenblick die Fraktionen Stellung dazu zu nehmen haben, ob sie der Regierung ihr Vertrauen entgegenbringen wollen oder nicht.«¹⁴⁸

Ungeachtet seiner Kritik an den Methoden der Regierungsbildung fand Haas für das Regierungsprogramm der neuen Regierung in seiner Rede vom 4. Juli 1928 wohlwollende Worte. »Wir erwarten – und damit lassen Sie mich schließen –, daß es möglich sein wird, gemeinsam mit dieser Regierung unsere demokratischen, unsere republikanischen, unsere sozialen Anschauungen durchzusetzen.«¹⁴⁹

In der Folgezeit sollte sich Haas nur noch vereinzelt im Reichstag zu Wort melden.¹⁵⁰ Bis zum 30. September 1929, als Haas seine letzte Reichstagsrede halten sollte, trat er lediglich sieben Mal vor das Parlament. Es dürften weniger seine aus seinem Anwaltsberuf erwachsenen Verpflichtungen gewesen sein als vielmehr seine vermutlich mit den Jahren spürbarer werdenden gesundheitlichen Probleme, die ihn kürzer treten ließen.

Am 6. Februar 1929 ließ es Haas sich allerdings nicht nehmen, zu einem wichtigen Thema der Außenpolitik das Wort zu ergreifen. Anlässlich der zweiten und dritten Beratung des Vertrags über die Ächtung des Krieges begrüßte er den im August 1928 in Paris unterzeichneten Briand-Kellogg-Pakt als einen »bedeutsamen Fortschritt«, da »jetzt zum ersten Male feierlich auf den Krieg als ein Mittel nationaler Politik verzichtet« werde. Aus dem Vertrag, der als Ausdruck der von Stresemann getragenen und von der DDP unterstützten Verständigungspolitik der Wiedereingliederung Deutschlands in die Völkerfamilie dienen sollte, darauf verwies Haas in aller Entschiedenheit und Eindringlichkeit, müssten jedoch Folgerungen gezogen werden. Den Worten müssten nunmehr Taten folgen. Wolle man den Krieg als nationales Mittel der Politik ächten, so müssten die von den Siegermächten noch militärisch besetzten deutschen Gebiete geräumt, die im Versailler Vertrag versprochene Abrüstung in Angriff genommen und vor allem die durch die neue Friedensordnung geschaffenen Kriegsgefahren und Konfliktherde beseitigt werden. Dazu zählte Haas den Ausbau des Minderheitenrechts, um einer Misshandlung nationaler Minderheiten, denen die Pflege ihrer Spra-

¹⁴⁸ Zur Rede von Haas am 4. Juli 1928 vgl. RT Sten. Ber. 4. WP, Bd. 423, S. 77–81, hier S. 78. Vgl. auch die Rede von Haas am 1. März 1929 vgl. RT Sten. Ber. 4. WP, Bd. 424, S. 1382–1385. Ferner den Artikel von Haas »Parlamentskrisis?«, in: DIE HILFE, Nr. 13 vom 1. Juli 1927, S. 321 f.

¹⁴⁹ Zur Rede von Haas am 4. Juli 1928 vgl. RT Sten. Ber. 4. WP, Bd. 423, S. 77–81, Zitate S. 79, 81. Vgl. dazu auch den Artikel von Haas »Die Lehren dieser Regierungsbildung«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 40 vom 24. Januar 1926, S. 1 f. Vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 313 vom 5. Juli 1928, S. 1 f.: »Die Siamesischen Zwillinge«.

¹⁵⁰ In der Debatte über den Bau des Panzerkreuzers A im November 1928 vertrat nicht Haas, sondern Ernst Lemmer die Fraktion. Aus seiner Ablehnung des Panzerkreuzers hatte Haas früh keinen Hehl gemacht. Vgl. den Artikel »Der Kampf um den Panzerkreuzer«, in: NORDHÄUSER ZEITUNG vom 8. März 1928; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas. Ferner »Die falsche Flottenpolitik«, in: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 113 vom 7. März 1928, S. 1 f. – Da Reichswehrminister Groener auf dem Bau des Kreuzers bestand und Reichskanzler Müller (SPD) eine Regierungskrise vermeiden wollte, stimmte das Kabinett dem Bau im August 1928 zu. Vgl. auch den Artikel »Regierung, Reichstag und Panzerkreuzer«, in: DEMOKRATISCHER ZEITUNGSDIENST vom 21. November 1928; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas. Vgl. B. FRYE, Liberal Democrats, 1985, S. 142–145.

che und Kultur gewährt werden sollte, entgegenzuwirken. Zudem sollte durch eine Änderung der Völkerbundsakte die Möglichkeit gewährt werden, über den Völkerbund eine Änderung der Grenzen durchzusetzen. »Wenn es bei dem Pakt allein bleibt, dann ist der Friede nicht gesichert; der Friede wird nur gesichert, wenn die logischen und selbstverständlichen Folgerungen aus dem Kellogg-Pakt gezogen werden.«¹⁵¹

In den folgenden Wochen und Monaten meldete sich Haas erneut zu außenpolitischen Themen zu Wort. So empfahl er als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses am 21. März 1929 die Ratifikation des Genfer Protokolls über das Verbot des Gaskrieges¹⁵² oder setzte sich bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes mit der Kritik der DNVP unter ihrem neuen Vorsitzenden Alfred Hugenberg auseinander. Den Aufhänger der Debatte bot die von Februar bis Juni 1929 tagende Pariser Konferenz und der von ihr vorgelegte endgültige Reparationsplan, der sog. Young-Plan, der niedrigere Annuitäten und eine vorzeitige Räumung des von den Alliierten besetzten Rheinlands vorsah, während Deutschland im Gegenzug Reparationszahlungen in Höhe von 112 Milliarden Reichsmark bis 1988 leisten sollte. Auch wenn Haas die Zustimmung der DDP zu diesem Zahlungsplan von der Erzielung politischer Fortschritte abhängig machte, verteidigte er doch die von der Regierung Müller verfolgte Verständigungspolitik gegen die Hetze der nationalistischen Rechten. »Wir glauben, wenn dieser neue Zahlungsplan der ernsthafte Anfang einer Liquidierung des Krieges sein soll, daß dann endlich in Europa und in der Welt mit der Abrüstung und mit dem Schutze nationaler Minderheiten ernsthafte Fortschritte gemacht werden müßten.«¹⁵³

Die zunehmenden Probleme der Großen Koalition bereiteten Haas immer größere Sorgen. So übte er in seiner letzten Rede am 30. September 1929 scharfe Kritik am Unvermögen der Regierung, sich auf eine einheitliche Stellungnahme der Regierungsparteien zur Arbeitslosenversicherung zu verständigen.¹⁵⁴ Es scheint, als ob Haas das Scheitern der Großen Koalition, ja das Scheitern der parlamentarischen Demokratie, das mit dem 1930 gebildeten Präsidialkabinett des Zentrums politiklers Heinrich Brüning Gestalt anzunehmen begann, ahnte. Seine Klagen über den Egoismus und das unverantwortliche Treiben der Fraktionen, der vielkritisierten »Fraktionswirtschaft«, die in ihrer Politik noch weitgehend konstitutionellen Vorstellungen verhaftet waren und in der parlamentarischen Realität der Republik noch nicht angekommen zu sein schienen, lassen sich in dieser Hinsicht deuten. Seine Reden lassen sich letztlich als Mahnrufe und als Aufforderungen, Konsequenzen und

¹⁵¹ Zur Rede von Haas am 6. Februar 1929 vgl. RT Sten. Ber. 4. WP, Bd. 424, S. 1069–1071.

¹⁵² Zur Rede von Haas am 21. März 1929 vgl. ebd., S. 1578.

¹⁵³ Zur Rede von Haas am 24. Juni 1929 vgl. RT Sten. Ber. 4. WP, Bd. 425, S. 2848–2852. – Werner Stephan kritisierte im Rückblick die Rede von Haas, der »mit gängiger Parteipolemik wenig Eindruck« hinterlassen habe. Vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 410. – Vgl. auch den Artikel von Haas »Reichsbahn und Young-Plan«, in: BERLINER TAGEBLATT vom 4. Dezember 1929; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas.

¹⁵⁴ Zur Rede von Haas am 30. September 1929 vgl. RT Sten. Ber. 4. WP, Bd. 426, S. 3155. Vgl. auch den Artikel von Haas »Wahrer oder fälscher Parlamentarismus«, in: DEUTSCHE REPUBLIK vom 5. April 1929, S. 806–810.

Folgerungen aus den parlamentarischen Missständen zu ziehen, lesen und interpretieren. Das Scheitern des deutschen Parlamentarismus und der Weimarer Republik, vor dem er immer wieder gewarnt hatte, miterleben zu müssen, blieb ihm erspart.

Seine Doppelbelastung als Reichstagsabgeordneter und Anwalt sowie die sich daraus ergebende Überbeanspruchung forderten bald ihren Tribut. Ein im Herbst 1929 erlittener Schlaganfall zwang Haas, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.¹⁵⁵ Nach einem längeren Erholungsurlaub in der Schweiz, Österreich und Italien nahm er im Frühjahr 1930 wieder seine beruflichen Verpflichtungen als Anwalt wahr. Doch bald darauf hatte er einen Rückfall, der ihn vollends aus seinem beruflichen Wirkungskreis reißen sollte. Die Verhandlungen der DDP mit dem latent antisemitischen Jungdeutschen Orden, die schließlich im Juli 1930 in der Gründung der Deutschen Staatspartei Gestalt annahm¹⁵⁶, konnte er nur mehr aus der Ferne verfolgen. Eine erneute Spitzenkandidatur im Wahlkreis Thüringen bei der anstehenden vorgezogenen Reichstagswahl lehnte er aus gesundheitlichen Gründen ab. Doch schien er seine Lage nicht für so hoffnungslos gehalten zu haben, dass er eine Kandidatur auf der Reichsliste ausgeschlagen hätte.¹⁵⁷ Die Jungdeutschen, so Werner Stephan, »hatten sich mit Ludwig Haas sofort einverstanden erklärt: »Dieser Jude war Frontkämpfer und ein nationaler Mann. Den wählen wir.«¹⁵⁸ Die auf den 14. September angesetzten Reichstagswahlen sollte Haas nicht mehr erleben. Am 2. August 1930 schloss er nach langem, schwerem Leiden im Alter von 55 Jahren für immer die Augen.¹⁵⁹

»In den letzten Jahren«, so befand Joseph Wirth in seinem Nachruf auf Ludwig Haas, »beschäftigte ihn das Schicksal der deutschen Republik und das Schicksal der sozialen Gestaltung unseres Staates auf das tiefste. Er sah mit uns Unheil kommen. Lebendig, wie er immer war, hatte er den großen und kühnen Gedanken, daß die Symbole des Jahres 1848, in Weimar erneut aus dem Sarg gezogen, dem deutschen Volke ein so starkes Staatsgefühl beibringen müssen, daß aus der lebendigen deut-

¹⁵⁵ Zum geschäftsführenden Fraktionsvorsitzenden wurde im Herbst 1929 Oscar Meyer bestellt. Vgl. O. MEYER, Von Bismarck zu Hitler, 1948, S. 146; LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, 1980, S. 119.

¹⁵⁶ Zum Jungdeutschen Orden vgl. K. HORNUNG: Der Jungdeutsche Orden, 1958; A. KESSLER, Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung, 2 Bde., 1975/76; DERS., Der Jungdeutsche Orden auf dem Weg zur Deutschen Staatspartei, 1980. Zur Gründung der Deutschen Staatspartei vgl. W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 439–485; E. MATTHIAS/R. MORSEY, Deutsche Staatspartei, 1960, S. 31–39; B. FRYE, Liberal Democrats, 1985, S. 155–177; W. SCHNEIDER, Deutsche Demokratische Partei, 1978, S. 253–260; V. STALMAN, Bernhard Falk, 2012, S. 144–147.

¹⁵⁷ Vgl. dazu auch die Sitzung des Parteiausschusses am 30. Juli 1930, in: LINKSLIBERALISMUS IN DER WEIMARER REPUBLIK, 1980, Dok. 167, S. 562–578, hier S. 577.

¹⁵⁸ Vgl. W. STEPHAN, Acht Jahrzehnte, 1983, S. 187.

¹⁵⁹ Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 362 vom 3. August 1930, S. 2: »Beerdigung am Dienstag«. Vgl. auch KARLSRUHER TAGBLATT, Nr. 213 vom 3. August 1930, S. 5 f.: »Dr. Ludwig Haas +.« – In seinem letzten, nach seinem Tode am 10. August 1930 im Berliner Börsen-Courier veröffentlichten Artikel bekannte Haas sich noch einmal zur Republik und forderte den 11. August als nationalen Feiertag. Vgl. den Artikel »Das Reich über alles!«, in: BERLINER BÖRSEN-COURIER vom 10. August 1930; Archiv des Jüdischen Museums Berlin, Nachlass Haas. Vgl. auch W. STEPHAN, Aufstieg, 1973, S. 433, 457.

schen republikanischen Staatsidee heraus rein interessensmäßige Strömungen überwunden werden können.

Was sich heute vor unseren Augen vollzieht, daß man noch in letzter Minute versucht, vom Staate her den Gang der Dinge zu erfassen und an der Staatsidee bürgerliche Gruppen empor zu reißen, hat er längst in dem Gedanken der Republikanischen Union gepflegt. Hoffentlich ist denen, die den Haas'schen Bemühungen vor Jahren mit Skepsis begegneten, heute mehr Erfolg beschieden.

Das Schönste aber, was seine Erinnerung immer lebendig halten wird, ist seine treue Freundschaft. Er stand zu den Menschen, die ihm etwas bedeuteten, nicht nur in den Tagen des Glücks, sondern er war ihnen auch nahe, wenn sie von politischem Mißgeschick heimgesucht worden sind. So stand er zu Erzberger, so zu Rathenau, so zu Ebert u. a. Wenn wir ihn in den nächsten Tagen in seiner Heimat zur Ruhe geleiten, dürfen mit uns das gesamte republikanische Deutschland und alle, die die Idee eines sozialen Staates aufrichtig im Herzen tragen, um den großen deutschen Patrioten trauern.«¹⁶⁰

¹⁶⁰ Vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 362 vom 3. August 1930, S. 1 f., hier S. 2: »Dem toten Freunde Ludwig Haas«. Von Dr. Joseph Wirth. – Auf dem dritten Außerordentlichen Parteitag der DDP am 8. November 1930 würdigte Hermann Fischer den Verstorbenen: »Wir haben vor allem die Pflicht, derer zu gedenken, die der Tod aus den Reihen des Kampfes für die Demokratie gerissen hat: (Die Versammlung erhebt sich) Ich kann nicht alle nennen, ich beklage im besonderen den schweren Verlust, den wir durch den Tod von Ludwig Haas erlitten haben, einen tapferen Soldaten im Krieg und im Frieden, einen wahren Volksmann, der stets treu für den deutschen Volksstaat eingetreten ist.« Vgl. das Sitzungsprotokoll des Parteitages der DDP am 8. November 1930 in Hannover, in: BArch Koblenz, R 45 III, Bd. 8, Bl. 2. – Theodor Heuss gedachte im »Israelitischen Familienblatt« seines verstorbenen Parteifreundes: »Das öffentliche Leben Deutschlands ist mit seinem frühen Tode ärmer geworden um einen Mann, der eine warmherzige und volkstümliche Politik, eine duldsame und aufgeschlossene Gesinnung mit dem herben Zwang und den kühlen Notwendigkeiten der staatlichen Verantwortung zu verbinden wußte. Er war wohl eine kämpferische Natur, aber er suchte nicht den Kampf; er stand nur fest, schlug zu, wehrte ab, wo die Sache der bürgerlichen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, der vaterländischen Erneuerung in Gefahr stand. Taktische Schlauheiten waren nicht seine Stärke; die lag im Bekenntnishafte. Von Natur her weich, mitleidsfähig, gütig, doch von einem sachlichen Ehrgeiz zur Leistung bestimmt, ein guter Kamerad.« T. HEUSS, Haas, 1964, S. 65–68, hier S. 67.

Daheim unter Fremden – Ludwig Haas und der Antisemitismus

»Der Zionist ist unterwegs. Wir aber wollen durchaus überall nur daheim sein und immer mehr uns heimisch machen.«

Mit diesen Worten erläuterte der Marburger Philosoph Hermann Cohen dem fast vierzig Jahre jüngeren Martin Buber die Mentalität des deutschen Judentums. Cohens Stellungnahme zur zionistischen Vision eines jüdischen Nationalstaats mitten im Kriegssommer 1916 entsprach der Haltung der großen Mehrheit akkultrierter jüdischer Familien in Deutschland, für die eine Auswanderung nach Palästina nicht in Betracht kam. Zu fest seien die deutschen Juden in ihrer Heimat verwurzelt: »Wir lieben unser Deutschthum, nicht nur, weil wir, wie der Vogel sein Nest, unsere Heimat lieben, [...] sondern auch, weil wir unsere Bildung aus den Schätzen und Schächten des deutschen Geistes schöpfen.«¹

Das Gefühl des »Daheim-Seins« war ein entscheidender Faktor in Ludwig Haas' politischer Karriere. Es motivierte ihn dazu, am Ziel einer Synthese zwischen *Deutschtum* und *Judentum* festzuhalten. Wie viele ihrer Glaubensgenossen hatte die im Großherzogtum Baden ansässige Familie Haas den Aufstieg des Judentums im Kaiserreich erlebt. Ökonomisch erfolgreich und kulturell verbürgerlicht, war sie im städtischen Milieu fest etabliert. Ludwig Haas vertrat eine der größten Anwaltskanzleien seiner Heimatstadt Karlsruhe. Im badischen Dialekt geübt, legte Haas auch in der Politik auf landsmannschaftliche Verbundenheit großen Wert. Der engagierte Parlamentarier gehörte zur Führungsgruppe der liberalen Fortschrittspartei in Baden. Er pflegte gute Beziehungen zur großherzoglichen Familie, insbesondere zum Prinzen Max von Baden, dem letzten Reichskanzler der Monarchie. Diese Verbindung erleichterte im November 1918 den unblutigen Übergang in die Republik, den Haas als Innenminister der badischen Revolutionsregierung erfolgreich moderierte. In der jungen Weimarer Republik übernahm er politische Verantwortung als Vorstandsmitglied und Reichstagsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei, deren Fraktionsvorsitz er 1928 für kurze Zeit innehatte. Haas zählt fraglos zu den Gründergestalten der ersten deutschen Demokratie. Der Kriegsveteran engagierte sich im Vorstand des *Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold* für die Verteidigung der von innen bedrohten Republik. Er identifizierte sich aus tiefster Überzeugung mit seinem Vaterland, für das er 1914 im Alter von 39 Jahren als Freiwilliger in den Krieg gezogen war. Aufgrund sei-

¹ HERMANN COHEN, »Antwort auf das offene Schreiben des Herrn Dr. Martin Buber an Hermann Cohen«, in: K.[ARTELL]-C.[ONVENT]-BLÄTTER 6 (1916), Kriegsausgabe, H. 12, Juli/August 1916, S. 683–688.

ner militärischen Auszeichnungen weithin geachtet, personifizierte Ludwig Haas geradezu das Idealbild eines akkulturierten deutschen Juden.

Für Haas stellte sich das Problem jüdischer Identität nicht, er betrachtete sich als Deutscher jüdischer Herkunft. Zionisten warfen ihm deshalb vor, als Exponent des assimilierten Judentums bis hart an die Grenze der Selbstverleugnung seines Judentums zu gehen. Haas mochte sich auch nicht als »deutscher Jude« bezeichnen, weil in dieser zeitgenössischen Identitätskonstruktion eine ethnische Trennung zwischen Christen und Juden anklang, die für den Patrioten inakzeptabel war. Wer die Abstammung und Konfession der »deutschen Juden« akzentuierte, wollte entweder antisemitische Ressentiments erzeugen oder das zionistische Projekt eines Nationaljudentums legitimieren. Ludwig Haas war als gefragter Vortragsredner des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* verschiedentlich mit der »jüdischen Frage« befasst, wenn es um die Widerlegung antisemitischer Vorurteile ging. Dabei argumentierte er nie aus der Abwehrhaltung einer diskriminierten Minderheit, sondern offensiv und im staatspolitischen Modus eines republikanischen Patrioten. Insgesamt äußerte er sich in seinen Reden und Schriften eher selten über das Judentum, wollte er doch gerade nicht als »jüdischer Politiker« wahrgenommen werden. Eine Rolle spielte auch das unbeirrbare Vertrauen des liberalen Politikers auf den gesellschaftlichen Fortschritt, der konfessionelle Gegensätze überwinden würde. Seine deutschpatriotische Fortschrittsrhetorik machte Ludwig Haas zu einem über Parteigrenzen hinweg geachteten parlamentarischen Akteur. Selbst im völkischen Lager galt der als Repräsentant der »Judenrepublik« angefeindete Liberale als respektabler politischer Gegner. Über weite Strecken seiner politischen Karriere konnte Haas mit Recht für sich beanspruchen, ein erfolgreicher Architekt der inneren Versöhnung zu sein. Von daher wäre es unangemessen, der Logik einer retrospektiven Dramaturgie folgend, in Ludwig Haas nur ein Opfer politischer Radikalisierung zu sehen. Stattdessen sollen hier die wechselnden Perspektiven einer exponierten Politikerkarriere im Kontext der Ambivalenzen jüdischer Selbst- und Fremdwahrnehmung rekonstruiert werden.

Liberales Judentum in der badischen Provinz

In der deutsch-jüdischen Geschichte bilden die 1890er Jahre einen markanten Einschnitt. Bis dahin hatte die durch die Reichsverfassung garantierte staatsbürgerliche Gleichstellung vielen jüdischen Familien in Deutschland auch den sozialen Aufstieg ermöglicht – Juden gehörten zur wirtschaftlichen Oberschicht, waren überproportional gebildet, besetzten Vorstands- und Aufsichtsratsposten in Banken und Industrieunternehmen, übernahmen vor allem in den Kommunen politische Ämter und Mandate. Der äußere Erfolg korrespondierte aber nur partiell mit einer sozialen Anerkennung durch die Mehrheitsgesellschaft. Orthodoxe Juden aus Osteuropa wurden als fremdartig gemieden, und akkulturierten bürgerlichen Aufsteigern begegnete ein sozial motivierter Antisemitismus. Jüdische Migranten aus den Pogromländern Ost- und Südosteuropas sahen sich in besonderer Weise mit nationalistischen Res-

sentiments konfrontiert. Aufgrund ihrer vermeintlich spezifischen Kultur- und Rassenmerkmale wurden diese Zuwanderer als »fremdvölkische Ostjuden« klassifiziert. Pseudowissenschaftlich legitimiert, bewirkten stigmatisierende Typisierungen langfristig eine völkische Umdeutung der Staatsbürgernation. Sie erhöhten den Anpassungs- und Homogenisierungsdruck auf die angesessene »westlich«-jüdische Bevölkerungsgruppe. Die Gründung des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (C.V.) 1893 war eine signifikante Reaktion auf diese für Juden bedrohlich wirkende neuartige Praxis sozialer Ausgrenzung.

Am Beginn von Ludwig Haas' politischer Karriere entstanden erste völkische Gruppierungen, die aber eine parlamentarische Randerscheinung blieben.² Haas schloss sich in Baden der linksliberalen Volkspartei an und war auf Reichsebene an der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) 1918 beteiligt. Unter den Parteien der Weimarer Republik hatte die DDP den größten Anteil jüdischer Politiker. Völkische Antisemiten kennzeichneten die DDP deshalb mit dem diffamierend gemeinten Etikett einer »Judenpartei«, wodurch die Wahlschancen der Liberalen im nationalprotestantisch-bürgerlichen Milieu geschmälert wurden. Ludwig Haas war sensibel genug, um unterschwellige Vorbehalte gegenüber Juden auch in der DDP zu registrieren. Er verzichtete deshalb auf ihm angebotene Partei- und Staatsämter, die seiner politischen Bedeutung angemessen gewesen wären.³ Für seine Einschätzung der politischen Stimmung war sicherlich relevant, dass selbst eine des Antisemitismus unverdächtige Partei Rücksicht auf antijüdische Ressentiments nahm.⁴ Ludwig Haas glaubte dennoch in der liberalen DDP seine politische Heimat gefunden zu haben. Ob die Partei ihn ihrerseits uneingeschränkt akzeptierte, ist fraglich. Zumindest bei der badischen Parteioorganisation scheinen diesbezüglich Zweifel angebracht. Als die Fraktion anlässlich der Landtagseröffnung am 20. November 1930 ihrer verstorbenen Mitglieder gedachte, versäumte sie es ausgerechnet, sich ihres nur wenige Monate zuvor verstorbenen prominenten Mitstreiters und ehemaligen Landesministers Ludwig Haas zu erinnern.⁵ Ungeachtet partieller Vorbehalte einzelner Parteikollegen erfreute sich Haas in der Reichstagsfraktion der DDP indes hoher Anerkennung. Die Fraktion wusste um die Popularität ihres prominenten Mitglieds und wählte ihn 1928 zu ihrem Vorsitzenden.

Hatte Ludwig Haas eine politische Familie gefunden, ist über seine sozialen Kontakte jenseits der Politik wenig bekannt. Der politische Betrieb in Berlin beanspruchte den praktizierenden Rechtsanwalt sehr, so dass das private Zeitbudget schrumpfte.⁶ Wie in den etablierten Kreisen der Weimarer Gesellschaft üblich, berührten sich auch

² S. SCHEIL, *Aktivitäten*, 1993; W. H. SMITH, *Alltag*, 1993.

³ Konkret ging es um die Neubesetzung des Reichswehrministeriums nach dem Rücktritt Gustav Noskes im März 1920. Obwohl ihn die Fraktion für geeignet hielt, nahm sie aufgrund zu erwartender Vorbehalte im Offizierskorps der Reichswehr von einer Nominierung Abstand; L. ALBERTIN (Bearb.), *Liberalismus und Demokratie*, 1972, S. 383.

⁴ C. HECHT, *Deutsche Juden*, 2003, S. 83 f.; B. B. FRYE, »Jewish Problem«, 1976.

⁵ Siehe den Beitrag von M. BRAUN, S. 95 ff.

⁶ Vgl. A. GJURIČOVÁ/A. SCHULZ/L. VELEK/A. WIRSCHING (Hrsg.), *Lebenswelten*, 2014.

bei der Familie Haas die Verwandtschafts- und Verkehrskreise zwischen Juden und Nichtjuden nur am Rande. Das bürgerliche Vereins- und Familienleben öffnete sich Juden nur begrenzt, wie auch jüdische Familien es meistens vorzogen, unter sich zu bleiben.⁷ Von den jüdischen Eltern Rachel und Julius Haas heißt es, dass sie in der lokalen Gesellschaft ihrer badischen Heimat gut integriert waren.⁸ Ludwig wurde liberal und religionsfern erzogen, war aber im kleinstädtischen Sozialmilieu der jüdischen Gemeinde in Bruchsal verwurzelt. Er heiratete 1902 eine Jüdin, seine Mannheimer Cousine zweiten Grades Josefine Mayer (1874–1943). Ludwigs ältere Schwester Marie (1872–1952), die sich in ihrer 1944 verfassten Autobiografie eine *Judenchristin* nennt, war mit dem jüdischen Mannheimer Tabakfabrikanten Adolf Schloß (1863–1907) verheiratet. Das Ehepaar führte ein offenes Haus und ignorierte ostentativ konfessionelle Schranken. Adolf Schloß trat um 1895 aus der jüdischen Gemeinde aus, um die Söhne im christlichen Glauben zu erziehen. Marie konvertierte Jahre später zum evangelischen Christentum, nachdem ihr Mann bereits verstorben war. Sie erinnerte sich an eine Mitschülerin, der sie »immer so deutsch« vorgekommen sei⁹, wodurch die Freundin ihr ungewollt ein »inneres« jüdisches Wesen bescheinigte. Für Nichtjuden waren Juden offenbar anders, ganz gleich, wie diese sich selbst sahen. Auch Ludwig Haas wurde Objekt einer solchen *reservatio mentalis*. Prinz Max von Baden soll über den von ihm sehr geschätzten Politiker gesagt haben: »Jude und Demokrat, aber klug und edel.«¹⁰ Haas dürften diese oft unbewussten antijüdischen Vorbehalte kaum überrascht haben. Er empfand dabei sogar, wie er bekannte, einen gewissen Stolz auf seine jüdische Abstammung und Religion, während ihn politische Weggefährten als religiös indifferent wahrnahmen. Die kulturelle Praxis der jüdischen Gemeinde verband ihn mit der Welt seiner Vorfahren, und er betrachtete das Judentum als ein »Stammesmerkmal« wie den badischen Dialekt seiner Heimat. Eine solchermaßen »folkloristische« Auslegung der sozialen Bedeutung jüdischer Tradition erschien manchem jüdischen Gesprächspartner schlechterdings unhaltbar.

Ludwig und Josefine Haas legten auf bürgerliche Geselligkeit großen Wert. Erwähnt werden allerdings nur Gäste aus dem politischen Umfeld, darunter liberale Parteifreunde und Politiker konkurrierender Parteien wie der badische Zentrumspolitiker und spätere Reichskanzler Joseph Wirth (1879–1956), mit dem Haas eine engere Freundschaft verband.¹¹ In diesem Kreis dürfte wie überhaupt im liberalen Milieu seiner badischen Heimat das Judentum der Familie Haas nur selten Gegenstand der Gespräche gewesen sein.¹² Das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden war gerade in Bruchsal von gegenseitigem Respekt geprägt. Honoratioren wie die Textilfabrikanten Louis (1831–1907) und dessen Sohn und Nachfolger Otto Oppenheimer (1875–

⁷ A. SCHULZ, *Lebenswelt*, 2014, S. 86 f.; C. HECHT, *Deutsche Juden*, 2003, S. 52; vgl. auch H. SPECHT, *Die Feuchtwangers*, 2006; B. WÖRNER, *Frankfurter Bankiers*, 2011.

⁸ Siehe den Beitrag von H. GEMBICKI-ACHTNICH S. 197.

⁹ Siehe unten H. GEMBICKI-ACHTNICH S. 215.

¹⁰ Zit. n. L. MACHTAN, *Prinz Max*, 2013, S. 492.

¹¹ U. HÖRSTER-PHILIPPS, *Wirth*, 1998, S. 63.

¹² Vgl. u. a. H. SCHMITT (Hrsg.), *Juden in Karlsruhe*, 1988.

1951) oder der Ehrenbürger der Stadt Bruchsal Fritz Hirsch (1871–1938) nahmen in Kaiserreich und Weimarer Republik wichtige kommunale Aufgaben und Staatsämter wahr. Sie waren aktive Mitglieder des städtischen Vereinslebens und genossen als jüdische Gemeindebürger soziale Anerkennung.¹³ Gleichwohl nahmen auch sozial beheimatete Juden den gesellschaftlichen Zwang wahr, sich mit ihrer jüdischen »Eigenart« zu befassen. In den 1890er Jahren wurde diese Identität zunehmend als Sonderexistenz problematisiert und über den Antisemitismus Adolf Stoeckers (1835–1909) auch in der Familie Haas leidenschaftlich diskutiert.

Ludwig Haas kam bereits als junger Politiker nicht darum herum, auf die zeitgenössische Diskussion der sogenannten »Judenfrage« einzugehen. Als Student der Rechtswissenschaften schloss sich der Heidelberger Student der *Badenia* an und war an der Gründung der *Friburgia* selbst beteiligt. Später trat er als aktives Mitglied des 1896 gegründeten *Kartell Convents der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens* (K.C.), dem Dachverband jüdischer Studentenorganisationen, hervor.¹⁴ Eine separate Organisation jüdischer Studenten war unumgänglich geworden, seit sich die deutschen Korpsstudenten als Speerspitze der antisemitischen Bewegung an den Hochschulen exponierten. Bis dahin hatten sich jüdische Bürger intensiv am badischen Gemeinde- und Vereinsleben beteiligt, was als ein Indikator ihrer Integration gewertet werden kann.¹⁵ Aus dieser engen Verflechtung separierten sich in den 1890er Jahren jüdische Turn-, Sport- und Kulturvereine in Reaktion auf die Ausschlusspraktiken der Vereine und Verbände der Mehrheitsgesellschaft.¹⁶ Die Entstehung jüdischer Vereine war zum Teil auch Ausdruck des Pluralismus der modernen Gesellschaft und nicht zuletzt der sozialen Binnendifferenzierung des Judentums. Doch deutete schon die programmatische Namensgebung dezidiert politischer Organisationen, allen voran der *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (C.V.) von 1893 und die *Zionistische Vereinigung für Deutschland* (ZVfD) von 1897, auf die tieferen sozialen Ursachen dieser Segmentierung hin.

Ludwig Haas war ehrenamtliches Mitglied im Hauptvorstand des *Centralvereins*, dem viele jüdische Politiker beitraten, darunter auch sein liberaler Parteikollege, der Berliner Rechtsanwalt Bruno Weil (1883–1961). Der jüdische Interessenverein gab sich formell überparteilich, wurde aber von liberalen Gesinnungen dominiert. Er sah seine Hauptaufgabe in der publizistischen Abwehr antisemitischer Tendenzen durch eine auf das bürgerliche Publikum zielende aktive Informationspolitik in Schriften und Vorträgen. Die Vereinszeitung, für die Haas regelmäßig Beiträge lieferte, erreichte die große Mehrheit des jüdischen Bürgertums. Mit seinen zwanzig

¹³ J. STUDE, Bruchsal, 2007, S. 174–186.

¹⁴ Siehe hierzu oben A. POMERANCE, S. 13 ff.

¹⁵ J. STUDE, Bruchsal, 2007, S. 180 f.

¹⁶ »Arierparagrafen« wurden erstmals 1881 im Korps *Rbenania Würzburg* und 1882/1890 in den Studentenverbindungen *Teutonia* und *Palaioarchia* in Halle, sowie in den österreichischen Burschenschaften eingeführt; vgl. P. KAUPP, Burschenschaft und Antisemitismus, 2004; W. BENZ (Hrsg.), Antisemitismus, 2012, S. 167; zur Ausdifferenzierung des jüdischen Vereinswesens exemplarisch: VERZEICHNIS, 1911.

Landesverbänden und 632 Ortsvereinen war der *Centralverein* die mitgliederstärkste Organisation des Judentums in Deutschland.¹⁷ Von ihren Anhängern erwartete die Vereinsführung ein loyales Bekenntnis zur deutschen Nation, was selbstredend die Zurückweisung des zionistischen Gegenentwurfs einer jüdischen Nation implizierte. Die Vereinszeitschrift propagierte eine kulturelle Synthese zwischen »Deutschtum« und »Judentum«¹⁸ – eine relativ offene Integrationsideologie, zu der sich Ludwig Haas schon deshalb bekannte, weil er zwischen deutschem Nationalgefühl und jüdischem Religionsbekenntnis keinen Widerspruch erkennen konnte. Bis zum Ende seines Lebens unterstützte er aktiv die Akkulturationspropaganda des *Centralvereins*, statt die Existenz jüdischer Eigenmilieus zu akzeptieren.

»Deutschtum« und »Judentum«

Konträr zu den Einigungsbestrebungen des *Centralvereins* verfestigten sich die jüdischen Sozialmilieus unter dem Druck der Diskriminierung. Die Rückbesinnung auf die jüdische Tradition einerseits, soziale Anpassungstendenzen andererseits bewirkten eine zunehmende Binnendifferenzierung. Im liberalen Judentum verstärkte sich die Bereitschaft zur Konversion, die der politische Zionismus wie der *Centralverein* entschieden bekämpften. Auch Ludwig Haas verurteilte das »Taufjudentum« um »irgendwelcher gesellschaftlicher oder materieller Vorteile willen« als Ausdruck von Charakterlosigkeit und Traditionsvergessenheit – ein hartes Verdikt, das auch die eigene Schwester traf.¹⁹ Ebenso kompromisslos stellte sich Haas gegen den politischen Zionismus, der seinerseits den *Centralverein* als politisches Sprachrohr des »Assimilanten-tums« diskreditierte. In einer fulminanten Rede vor der Hauptversammlung des *Centralvereins* nahm Ludwig Haas 1913 erstmals dezidiert gegen den Zionismus Stellung: »Aber warum ein deutscher Jude eine jüdische Nationalität haben soll, die ich nicht kenne, das begreife ich nicht«. Mit dieser Position repräsentierte er die Mehrheitsmeinung des organisierten Judentums, wie der »stürmische Beifall« auf Haas' mitreißende Rede belegt.²⁰ Obwohl er eine Politik des Ausgleichs verfolgte, trugen seine öffentlichen Äußerungen objektiv zur ideologischen Polarisierung des Judentums bei.

Unter dem Anpassungsdruck nationalistischer Homogenisierungsphantasien verschärfte sich die Lebenssituation der jüdischen Bevölkerung. Sie lief auf eine Alternative zwischen »Untertauchen im Deutschtum« und »Unter-sich-Selbst-Bleiben« hinaus, wie Gershom Scholem (1897–1982) ihre Zwangslage treffend beschrieb.²¹ Allerdings beschäftigten die Debatten des *Centralvereins* in erster Linie ein intellektuelles Publikum und gingen an der jüdischen Bevölkerung weitgehend vorbei. Avraham

¹⁷ A. BARKAI, *Centralverein*, 2003, S. 125.

¹⁸ Ebd., S. 42.

¹⁹ L. HAAS, »Der deutsche Jude«, 1913, S. 396.

²⁰ Ebd., S. 401, vgl. den folgenden langen Abschnitt zur »Stellung zum Nationaljudentum«, ebd., S. 402–408.

²¹ Zit. n. A. BARKAI, *Centralverein*, 2003, S. 46 f.

Barkai kommt zu dem Ergebnis, dass »besonders in der Provinz [...] die überlieferten Vorstellungen der deutsch-jüdischen Symbiose [!] bedeutend länger dem Druck der politischen Umstände standgehalten« hätten.²² Auch Ludwig Haas' Perzeption jüdischer Lebenswelten war durch vergleichbare Erfahrungen in seiner badischen Heimat geprägt.

Für die Selbstwahrnehmung der jüdischen Bevölkerung bedeutete die Ausbreitung des Antisemitismus eine weit größere Herausforderung als das realitätsfern wirkende zionistische Projekt eines jüdischen Nationalstaates. Die jüdische Migration aus Osteuropa erhöhte die gesellschaftliche Resonanzbereitschaft für antisemitische Propaganda. Von völkischen Aktivisten geschürte Judenfeindschaft gegen das »Ostjudentum« verband sich mit einem diffusen Anti-Modernismus, der »Kulturbolschewisten«, »Börsenjuden« und »Internationalisten« ins Visier nahm. Hatte sich die soziale Diskriminierung von Juden bis dahin nur in Segmenten der Gesellschaft, beim Militär oder an den Universitäten, offen bemerkbar gemacht, so entwickelte sich aus der akademischen »Judenfrage« langsam ein gesellschaftlich tief vernetzter antisemitischer Diskurs. Auch im bildungsbürgerlichen Milieu etablierte sich ein kultureller Code subtiler Ausgrenzung. Die Akzentuierung der kulturellen Differenz zwischen Juden und Nichtjuden reaktivierte Fremdheitsgefühle selbst unter den seit Generationen beheimateten, westlich akkulturierten jüdischen Familien.

Ludwig Haas hatte sich am Anfang seiner politischen Karriere nur selten öffentlich zu diesem latenten Antisemitismus geäußert. Neben der erwähnten Ansprache vor der Hauptversammlung des *Centralvereins* ist eine weitere Rede bemerkenswert, die er auf einem Kommers des *Kartell-Convents* am 1. März 1914 in Frankfurt am Main hielt. Im Gedenken an das Jubiläum rechtfertigte er die Gründung der jüdischen Studentenorganisation mit dem »öden und bösen Antisemitismus« an den deutschen Universitäten. Ludwig Haas adressierte die jüdischen Studenten explizit als Deutsche, denn der »deutsche Jude hat nur ein Vaterland, und Deutschland ist sein Vaterland.«²³ Seine Rede war auch ein Appell an die jüdische Bevölkerung, dem Antisemitismus nicht als wehrlose Minderheit, sondern als selbstbewusste Staatsbürger zu begegnen.

Ludwig Haas ging in die politische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus im Fortschrittsbewusstsein eines Repräsentanten der postemanzipatorischen Generation. Für ihn war dieser Kampf notwendiger Schritt zur vollen Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung. Die Judenemanzipation war ein Projekt der Moderne, und der Antisemitismus in seiner Sicht nur eine Variante des Anti-Modernismus. So erklärte sich Haas beispielsweise die eklatante Benachteiligung jüdischer Offiziersanwärter mit der »Abneigung des echten Konservativen gegen die wachsende Industrialisierung.«²⁴ Für alle Übel der modernen Welt würden pauschal Juden verantwortlich gemacht, weil sie vom gesellschaftlichen Fortschritt besonders profitierten. Haas war überzeugt, dass der reaktionäre Antisemitismus einer »kon-

²² Ebd., S. 168–170.

²³ L. HAAS, »Tendenzrede«, 1914, S. 167–173.

²⁴ L. HAAS, »Der deutsche Jude«, 1913.

servativen Herrenschaft« mit der Zeit verschwinden, »dass es anders, dass es besser werden wird.« Aus liberaler Fortschrittsperspektive war der Antisemitismus ein Übergangsphänomen, das unter den Verlierern der Modernisierung, aber »in Wirklichkeit gar nicht in den breiten Volksmassen« Resonanz finde. Ludwig Haas dachte und argumentierte in historischen Zeiträumen. Er erinnerte sein Publikum an die Situation der Juden vor der Emanzipationsepoche, als »es um Leben und Existenz, um die Familie, um Frau und Kinder [ging]«. »Wie lange ist es denn her, seit der Emanzipation der Juden? Wie lange ist es her, dass wir unser Recht bekamen? Hundert Jahre! Und um wieviel sind wir vorwärts gekommen in diesen 100 Jahren!«²⁵

Politische Reden wie diese sollten das Selbstbewusstsein verunsicherter Glaubensgenossen wecken. Ihre rhetorische Überzeugungskraft beruhte in starkem Maße auf den persönlichen Erfahrungen eines in Deutschland beheimateten Juden. Durch das Gemeinschaftserlebnis der allgemeinen Kriegsmobilisierung im August 1914 wurde diese Zuversicht emotional noch gestärkt und von höchster Stelle auch der jüdischen Bevölkerung die Zugehörigkeit zum Vaterland bescheinigt. Das von emotionaler Eintracht und jüdischer Opferbereitschaft geprägte Weltbild geriet aber im Herbst 1916 erheblich in Unordnung. Als Abgeordneter des Reichstages, in den er als Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei des Wahlkreises Karlsruhe 1912 in der Stichwahl mit knapp 55% der Wählerstimmen das erste Mal einzog²⁶, wurde Haas mit der berüchtigten Judenählung konfrontiert. Die vom preußischen Kriegsminister am 11. Oktober 1916 verfügte Maßnahme zur Überprüfung der »Zahl und der Verwendung der Juden in der Armee« versetzte der jüdischen Bevölkerung in Deutschland einen nachhaltigen Schock.²⁷ Der infame Vorwurf der »Drückebergerei« traf Ludwig Haas besonders empfindlich, hatte er sich als Kriegsfreiwilliger doch an vorderster Front bewährt.

Mit einem eindrucksvollen Auftritt im Reichstag antwortete Haas auf die pauschale Diskriminierung, die unter der jüdischen Bevölkerung große Erregung hervorrief. Zum ersten – und einzigen – Mal eröffnete er eine parlamentarische Rede mit der Ankündigung, als Jude zum Plenum zu sprechen. Sein sozialdemokratischer Vorredner Wolfgang Heine (1861–1944) hatte auf die Unterstellung notorischer jüdischer Kriegsverwendungsunfähigkeit mit dem Hinweis auf die physischen Langzeitwirkungen der seit Generationen für Juden geltenden Beschäftigungsverbote in Handwerk und Landwirtschaft reagiert. Haas wies dieses Entlastungsargument zurück, das den pauschalen Verdacht implizit bestätigte. An die nichtjüdischen Parlamentskollegen gewandt, widersprach er dem ehrabschneidenden Vorwurf jüdischer »Drückebergerei«. Er setzte sich mit dem Bild der »deutschen Juden« auseinander, das sich, wie er wusste, durch die Zuwanderung osteuropäischer Juden veränderte. Er suchte Verständnis für ihre Lage zu wecken, indem er das Plenum an die »jahrhundertlange Unterdrückung« der »armen bedauernswerten polnischen Juden« erinnerte. Deren auch von westlich sozialisierten bürgerlichen Juden als abstoßend und

²⁵ Ebd., S. 401.

²⁶ C.-W. REIBEL, Reichstagswahlen, Bd. 2, 2007, S. 1297 f.

²⁷ J. ROSENTHAL, Judenählung, 2007, S. 63–68; C. HECHT, Deutsche Juden, 2003, S. 59.

unterwürfig empfundenes Verhalten sei eine Folge fortgesetzter sozialer Diskriminierung.²⁸ Obgleich Ludwig Haas rhetorisch für das ausgegrenzte »Ostjudentum« Partei ergriff, teilte er das unter Bildungsbürgern verbreitete kulturelle Ressentiment gegenüber diesen Zuwanderern. Haas kannte die Verhältnisse in den polnisch-russischen Auswanderungsgebieten aus eigener Anschauung. Aufgrund seiner spezifischen Kenntnisse und wohl auch wegen seines Alters war Haas im Juli 1915 zur Zivilverwaltung in das von deutschen Truppen besetzte Generalgouvernement Warschau versetzt worden. Dort leitete er das Referat für jüdische Angelegenheiten und wurde mit den prekären Lebensverhältnissen der jüdischen Bevölkerung im »Pogromland« Russisch-Polen konfrontiert. Die »jüdische Jugend« im Osten, so schilderte er in einem Presseinterview 1917 seinen Eindruck, sei »körperlich degeneriert« und müsse durch schulische Erziehung erst einmal auf »produktive Erwerbszweige« vorbereitet werden.²⁹ Mit dieser Einschätzung lag er nahe bei den allgemein verbreiteten Negativstereotypisierungen gegen »fremdrassige Ostjuden«.

Der jüdische Gelehrte Franz Rosenzweig (1886–1929) erinnerte sich an eine Begegnung in Warschau, als sich Ludwig Haas »in ca. halbstündiger ununterbrechbarer [...] Parlamentsrede« über die jüdische Frage ausließ, eloquent und mit dem sozialen Dünkel des arrivierten »Westjuden«. Er habe dabei aber, so das bemerkenswerte Urteil, »für einen Führer und Vertreter der Juden furchtbar wenig Judentum« bewiesen.³⁰ Jahre später kam Rosenzweig noch einmal auf das Gespräch zurück. Aus der Sicht des Jahres 1927 erschien es ihm paradox, wie Ludwig Haas ihm »zwanzig Minuten lang auseinandersetzte, dass er zum Judentum überhaupt keine Beziehung hätte, wohl aber einen starken und lebendigen Stolz auf seine jüdische Abstammung«.³¹ Die Begegnung zwischen Haas und Rosenzweig wirft ein Licht auf konträre Selbstwahrnehmungen innerhalb des liberalen Judentums. Zwischen einer Renaissance des Judentums in der Moderne, wie sie der Religionsphilosoph Rosenzweig erstrebte, und der vom Politiker Haas propagierten kulturellen Synthese zwischen Deutschtum und Judentum war eine vermittelnde Position schwer zu finden. Dennoch trifft der implizite Vorwurf einer kulturellen Selbstverleugnung des Judentums auf Ludwig Haas sicherlich nicht zu.

Eine wichtige Quelle für Ludwig Haas' Eigenwahrnehmung ist die biographische Selbstbeschreibung des neu gewählten Reichstagsabgeordneten, die er 1912 für die *Allgemeine Zeitung des Judentums* verfasste.³² Darin bekannte er sich »unter Ablehnung zionistischer Anschauungen« zum »deutschen Judentum« als »eine historisch gewachsene Gemeinschaft, die dem deutschen Volksganzen wertvolle Dienste geleistet hat.« Deshalb sollte jeder deutsche Jude es als »Ehrenpflicht« betrachten, »nicht nur die Zugehörigkeit zum Judentum zu bewahren, sondern für seine Gleichberechti-

²⁸ RT Sten. Ber., Bd. 308, 73. Sitzung vom 3.11.1916, S. 2050 ff.

²⁹ L. HAAS, »Das neue polnische Schulgesetz«, 1917.

³⁰ »An die Mutter« v. 3.6.1918, in: F. ROSENZWEIG, Briefe und Tagebücher, Bd. 1, 1979, S. 570.

³¹ »An Benno Jacob« v. 10.5.1927, in: F. ROSENZWEIG, Briefe und Tagebücher, Bd. 2, 1979, S. 1141.

³² L. HAAS, Selbstbeschreibung, 1912, S. 179.

gung und soziale Hebung zu arbeiten.« Wie sehr ihn die »mannigfachen Kränkungen und Zurücksetzungen« der deutschen Juden verletzten, unterstreicht die Reichstagsrede von 1916, in der Haas seine mit innerer Bewegung vorgetragene Antwort auf die Judenzählung gab.³³ Seine eindeutige Solidarisierung mit der jüdischen Minderheit hinterließ in der Öffentlichkeit Eindruck. Im antagonistischen Modus des »Ihr« und »Wir« sprach Haas die zunehmende Diskriminierung der Staatsbürger jüdischen Glaubens offen an. Erneut deutete er die Virulenz antisemitischer Ressentiments dialektisch, als unvermeidlichen Anti-Modernismus, der die Judenemanzipation begleite. Und einmal mehr äußerte er dabei auch ein gewisses Verständnis für fortbestehende Vorurteile gegenüber denjenigen Juden, die sich nicht akkulturierten. Auch diese Rede bestätigte Rosenzweigs Urteil über den Überlegenheitsdünkel des assimilierten Westjudentums gegenüber der autochthonen Kultur osteuropäischer Juden.

Parlamentarischer Frontsoldat der DDP

Ungeachtet des langen Nachhalls der Judenzählung gab sich Haas überzeugt, dass die im Krieg bewiesene Treue der Juden zum Vaterland sich als ein moralisches Faustpfand für die Zukunft herausstellen werde. In den politischen Reden und Schriften der 1920er Jahre kommt das Grundvertrauen in das Entwicklungspotential der Weimarer Demokratie und damit auch der Perspektiven der jüdischen Bevölkerung zur Geltung. Diese Zuversicht wurde auch durch politische Gewaltexzesse wie den Krawallen im Berliner Scheunenviertel 1923 nicht erschüttert, die auch die jüdische Bevölkerung nicht verschonten. Ludwig Haas schrieb solche antisemitischen Manifestationen den »politischen Wirren« der unruhigen Nachkriegs- und Inflationsjahre zu. Die republikanische Selbstverteidigung gegen den politischen Extremismus war vorrangig, und mit der Rückkehr zur Normalität würde sich der Antisemitismus von selbst erledigen. Dieser Logik folgend schenkte Ludwig Haas den Argumenten völkischer Propaganda keine besondere Beachtung. Schauplatz der politischen Auseinandersetzung waren die parlamentarische Arena und die publizistische Öffentlichkeit, und notfalls stand Haas auch bereit, für die Verteidigung der Republik zur Waffe zu greifen. Er sah sich als republikanischer Frontsoldat, der, wie er in der Zeitschrift des *Reichsbanners Schwarz Rot Gold* ausführte, »sein Vaterland, seine Republik, nach außen und nach innen mit dem eigenen Leibe zu decken« habe.³⁴ Haas bekleidete in dem republikanischen Kampfverband eine Führungsposition, und er trat dem 1920 gegründeten *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* bei, einem paramilitärischen Veteranenverband, der sich als Abwehrorganisation gegen den Antisemitismus und Agitationsforum für die Assimilation der deutschen Juden verstand.³⁵

³³ »Die konfessionelle Zählung im Heere und der Reichstag«, in: *Berliner Tageblatt* und Handelszeitung, Morgen-Ausgabe, 4.11.1916, S. 2 f.

³⁴ *Reichsbanner*, 19.2.1927, zit. n. K. ROHE, *Reichsbanner*, 1966, S. 183.

³⁵ M. BERGER, *Jüdische Soldaten*, 2015, S. 123.

Über die Mitgliedschaften in verschiedenen jüdischen Interessenverbänden war Ludwig Haas in ein aktives politisches Netzwerk eingebunden. Seine Partei hatte in ihm einen Verbindungsmann zum sozialdemokratisch dominierten *Reichsbanner* und zum *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*. Die DDP hoffte durch Haas die Unterstützung des jüdischen Bürgertums zu gewinnen. Im Reichstag übertrug ihm seine Partei die politische Sprecherrolle für jüdische Belange. Dank der politischen Querverbindungen und exponierten Verbandsfunktionen sah das liberale Judentum seinerseits in ihm einen wichtigen politischen Fürsprecher jüdischer Interessen. Ludwig Haas nutzte dieses Prestige, um seine Kontakte zu den bürgerlichen Parteien, aber auch zur Sozialdemokratie zu vertiefen. Er warb dort für ein republikanisches Bündnis zwischen DDP, Zentrum und SPD. Eine solche Allianz schien ihm eine sichere Gewähr für den Erhalt des Rechtsfriedens und nicht zuletzt des Schutzes der jüdischen Bevölkerung zu sein. Die politische Strategie war, das demokratische Lager republiktreuer Parteien zu erweitern und den politischen Extremismus durch Justiz und Polizei entschieden zu bekämpfen. Einen Ansatzpunkt fand das Ziel einer parteiübergreifenden Sammlungsbewegung in der 1926 gegründeten *Republikanischen Union* mit ihrer politischen Wochenzeitschrift *Deutsche Republik*, an der sich Haas als Herausgeber und Autor beteiligte. Im Gründungsmanifest des republikanischen Kampfblatts gaben die politischen Initiatoren Ludwig Haas (DDP), Reichskanzler a. D. Joseph Wirth (Zentrum) und Paul Löbe (SPD) das Ziel vor, »ein starkes Gegengewicht gegen die reaktionären Kräfte auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet« bilden zu wollen.³⁶ Das Projekt kam jedoch nie über das Stadium eines losen Gesprächszirkels im Umkreis der Berliner Zeitungsredaktion und die Veröffentlichung prorepublikanischer Propaganda hinaus.³⁷

Ludwig Haas wusste um die geringe Ausstrahlung der *Republikanischen Union*, die politische Hauptkampfarena war für ihn ohnehin der Berliner Reichstag. Seine kämpferische Redebegabung konnte ihre Wirkung hier am besten entfalten, weshalb ihn die Reichstagsfraktion der DDP zu ihrem Hauptredner in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der politischen Rechten bestimmte. Der gescheiterte Kapp-Putsch gab ihm am 29. März 1920 erstmals Gelegenheit, sich in der Rolle des parlamentarischen Frontsoldaten der DDP rhetorisch zu profilieren. Inmitten einer von Schuldzuweisungen gegen einzelne Tatbeteiligte geprägten polemischen Debatte drohte der Blick für die politischen Zusammenhänge verloren zu gehen. Haas warnte die Weimarer Nationalversammlung davor, die Bürgerkriegsstrategie rechter Republikgegner zu bagatellisieren. Das Milieu studentischer Freikorps war ihm aus eigener Anschauung vertraut. So erkannte er in den scheinbar vereinzelt Aktionen nationalistischer Studentenverbände, die auf offener Straße politische Morde verübt hat-

³⁶ Vgl. das Manifest der Herausgeber: »Die Zeit drängt«, in: DEUTSCHE REPUBLIK I, 1926, H. 1, November 1926, zit. n. U. HÖRSTER-PHILIPPS, Wirth, 1998, S. 324; vgl. B. SEITERICH, Publizistik, 1988.

³⁷ Vgl. J. WIRTH (Hrsg.), Aufbruch, 1926; H. KÜPPERS, Wirth, 1997, S. 229 f.

ten, die gewaltsame Putschbereitschaft rechtsradikaler Freikorps.³⁸ Haas wusste auch von den Querverbindungen studentischer Putschisten zur monarchistisch disponierten Reichswehr, die unter der Führung seines Parteikollegen Otto Geßler (1875–1955) zum Teil offen mit dem Rechtsextremismus sympathisierte. Der ehemalige Frontsoldat Ludwig Haas sah in der Republikanisierung der Reichswehr daher eine zentrale Voraussetzung für die Stabilisierung der Weimarer Demokratie.

Der antisemitische studentische Radikalismus offenbarte erneut die Resistenz tradierter Judenfeindschaft. Eine neue Qualität extremistischer Gewaltbereitschaft war mit der systematisch geplanten Ermordung des in aller Öffentlichkeit als »fremdrasig« verunglimpften »Erfüllungspolitikers« Walther Rathenau am 24. Juni 1922 erreicht. Das Attentat auf den deutschen Außenminister galt dem politischen Exponenten der im völkischen Lager verhassten »Judenrepublik«. Rathenau war eine Symbolfigur der jungen Demokratie, ein erfolgreicher Vertreter des jüdischen Bürgertums, und daher ein geeignetes politisches Anschlagziel für all diejenigen, »die darauf aus waren, Weimar durch eine Revolution von rechts zu Fall zu bringen.«³⁹ Der Mordanschlag offenbarte die brutale Entschlossenheit der Republikgegner, er zeigte aber auch, dass die demokratischen Parteien gegen den völkischen Extremismus zusammenstanden. Das Entsetzen der Bevölkerung über die Verrohung der politischen Kultur war einhellig. Auch die monarchistisch-deutschnational gesinnte evangelische Kirche distanzierte sich nun vom militanten Antirepublikanismus, und im Reichstag verurteilte selbst die in Teilen antisemitische Deutschnationale Volkspartei (DNVP) die »ungeheure Freveltat.«⁴⁰

Ludwig Haas konnte sich durch die große öffentliche Anteilnahme in seinem Vertrauen in die demokratische Entwicklungsperspektive der Republik bestärkt sehen. In einer von Zuversicht getragenen Gedenkrede erinnerte er vor dem Bezirksverband der Berliner DDP im Juli 1924 an das politische Vermächtnis Walther Rathenaus. Haas würdigte den politischen Realismus des ihm eng verbundenen Politikers, der 1918 die unvermeidlichen Konsequenzen der militärischen Niederlage zu akzeptieren bereit gewesen war. Obwohl er aus patriotischer Verantwortung handelte, sei Rathenau vom Rechtsextremismus des Hochverrats bezichtigt worden. Im Abstand von inzwischen zwei Jahren maß Ludwig Haas der »zerstörenden Kraft« antisemitischen Hasses gegen »eigene Volksgenossen« nur untergeordnete Bedeutung bei. Täter und Tatmotive gleichsam anonymisierend, machte er verallgemeinernd »rohe Instinkte« für die Morde verantwortlich. Rathenau sei das Opfer eines politisch orientierungslosen Radikalismus geworden, der infolge fortgesetzter Missachtung demokratischer Prinzipien und des Bruchs des Völkerrechts hätte gedeihen können. Haas konstruierte somit eine kausale Verknüpfung zwischen den rechtsradikalen Attentaten und der kollektiven Demütigung Weimar-Deutschlands durch die Versailler Vertrags-

³⁸ NV Sten. Ber., Bd. 332, 157. Sitzung, S. 4977; vgl. P. KRÜGER/A. C. NAGEL (Hrsg.), Mechterstädt, 1997.

³⁹ H.-A. WINKLER, Weimar, 1994, S. 174.

⁴⁰ Ebd., S. 177.

mächte, die auf der Konferenz von Genua 1922 kurz vor dem Mordangriff Rathenaus Politik der Verständigung diskreditiert hätten. Der deutsche Außenminister sei als Symbol einer vermeintlich gescheiterten Aussöhnung beseitigt worden, »Clemenceau und Poincaré [...] [seien] am Tode Walter Rathenaus nicht unschuldig«, so die gewagte Schlussfolgerung.⁴¹

Die Ursachenforschung über die Wurzeln des Antisemitismus in Deutschland war in der Weimarer Republik von vordergründigen Motiven bestimmt. Es erschien Ludwig Haas opportun, die Versailler Mächte für die anhaltende Vergiftung des politischen Klimas in Haftung zu nehmen und damit eine moralische Verhandlungsposition für die anstehende Regelung der Reparationsfrage aufzubauen. Außerdem dürften mit Blick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen 1924 rhetorische Reverenzen an das deutschnationale Lager eine Rolle gespielt haben, das gegen die »Erfüllungspolitik« weiterhin zu Felde zog. Gleichwohl hinterlässt die im Druck verbreitete Gedenkrede einen zwiespältigen Eindruck. Ihr emotionaler Ton und die auch an anderer Stelle wiederholte moralische Schuldzuweisung alliierter Verantwortung für nationalistisch motivierte Gewaltverbrechen wirken authentisch. Ludwig Haas argumentierte aus patriotischer Überzeugung, er fühlte sich im Einklang mit einer verbreiteten Stimmung. Bereits früher hatte er zur Enttäuschung von Reichskanzler Wirth bei der ersten Reichstagsabstimmung zur Reparationsfrage am 10. Mai 1921 gegen die Annahme des Londoner Ultimatums gestimmt.⁴² Der anhaltende emotionale Diskurs über das »Versailler Schanddiktat« vernebelte den politischen Scharfblick für die tiefer liegenden Wurzeln des völkischen Rassismus. Auch Reichskanzler Wirth hatte in seiner berühmten Reichstagsrede unmittelbar nach dem Mordanschlag auf Rathenau die Demütigungspolitik der Alliierten für die Vergiftung der politischen Kultur verantwortlich gemacht, um erst kurz darauf den »Feind von rechts« pauschal der geistigen Urheberchaft zu bezichtigen.⁴³ So konnte es niemanden überraschen, dass selbst ein deutsch-jüdischer Politiker wie Ludwig Haas der Tatsache keine größere Bedeutung beimessen wollte, dass der deutsche Außenminister ein Opfer antisemitischer Verschwörungsphantasien geworden war.

Haas unterschätzte wie viele seiner politischen Mitstreiter die tiefer reichenden Wurzeln und das originäre Zerstörungspotential des völkischen Rassismus. Die Massenkundgebungen am Tag der Trauerfeier für den ermordeten Minister lenkten den Blick in die Zukunft, weil sie auf eine demokratische Veränderung der politischen Kultur hindeuteten. Von der kollektiven Staatstrauer ging ein Signal republikanischer Entschlossenheit aus, und das öffentliche Gedenken des Politikers wurde zu einer Einheit stiftenden Erinnerungszeremonie der Weimarer Demokratie.⁴⁴ Im Reichstag lief der schrille parlamentarische Aktionismus völkischer Splittergruppen einschließlich der Nationalsozialisten zusehends ins Leere. Ihr Auftreten wurde re-

⁴¹ L. HAAS, Waltherrathenau, 1924, S. 14 f.

⁴² U. HÖRSTER-PHILIPPS, Wirth, 1998, S. 113 f.

⁴³ L. GALL, Rathenau, 2009, S. 245.

⁴⁴ M. SABROW, Verschwörung, 1998, S. 92–108; DERS., Mythen, 1998.

gelmäßig mit Ironie und Heiterkeit des Plenums beantwortet. Nach den für die radikalen Parteien enttäuschenden Wahlen am 7. Dezember 1924 gingen alle davon aus, dass die deutschvölkische Bewegung politisch am Ende war.⁴⁵ Mit vierzehn Abgeordneten konnte sie nicht einmal den Fraktionsstatus und damit ihre Vertretung in den parlamentarischen Ausschüssen erreichen.

Auch Ludwig Haas verwendete in dieser Zeit keine Energie mehr in die Auseinandersetzung mit einem vermeintlich geschlagenen politischen Gegner. Charakteristisch für seinen auf parlamentarische Gemeinsamkeiten statt auf Konfrontation zielenden Politikstil ist eine Episode im Reichstag. Es entsprach dem Stil des liberalen Versöhnungspolitikers Ludwig Haas, jederzeit bereit zu sein, Brücken zur anderen Seite zu bauen. Als ihn ein nationalsozialistischer Abgeordneter aus Baden einmal abschätzig als »Herren jüdischer Rasse« titulierte, umarmte Haas den aus Bruchsal stammenden Parlamentarier auf rhetorisch entwaffnende Weise als »meinen engeren Landsmann [...], den ich seit vielen Jahren kenne«.⁴⁶ Wilhelm Henning (1879–1943), der aus seiner Judenfeindschaft auch weiterhin keinen Hehl machte, begegnete Haas, der sich als Deutscher jüdischer Abstammung identifizierte, noch mit so viel Respekt, dass er ihm die Anrede »Herr Kollege« nicht verweigerte. Auch wenn der politische »Resozialisierungsversuch« fruchtlos blieb, war die von Haas gepflegte Form parlamentarischer Kommunikation doch geeignet, funktionierende Arbeitsbeziehungen selbst mit Extremisten zu etablieren. Politisch zielte diese Kommunikationsstrategie auf eine breitere Fundierung der republikanischen Mitte.⁴⁷ In diesem Kontext wurden in der Reichstagsfraktion der DDP wiederholt auch Koalitionsoptionen mit der deutschnationalen Rechten erörtert.⁴⁸

Antisemitismus und liberale Politik

Von der Politik der Verständigung zwischen Republikanern jeglicher Couleur, wenn möglich auch unter Einschluss derjenigen Extremisten, die demokratische Spielregeln akzeptierten, wich Ludwig Haas nicht ab. Diese Strategie lief aber ins Leere, als die politische Koalitionsfähigkeit zwischen den demokratischen Parteien nicht mehr gegeben war und der politische Radikalismus unter dem Schein der Legalität das Ziel einer autoritären Verfassungsrevision verfolgte. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung klagte Haas seit 1929 wiederholt über die lähmende »Fraktionswirtschaft« im Reichstag. Vorzeichen einer autoritären Wende waren aber auch jetzt noch schwer auszumachen. Noch nach der Septemberwahl 1930, als die NSDAP mit 107 Abgeordneten in den Reichstag einzog, sahen einer Umfrage zufolge die »Führer der deutschen Juden« »keine akute Gefahr für die Sicherheit und den rechtlichen Status der

⁴⁵ C. HECHT, *Deutsche Juden*, 2003, S. 187; A. BARKAI, *Centralverein*, 2002, S. 159 f.

⁴⁶ RT Sten. Ber., Bd. 381, Sitzung vom 28.6.1924, S. 424–433.

⁴⁷ T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 242, 323 ff.

⁴⁸ L. ALBERTIN (Bearb.), *Linksliberalismus*, 1980, S. 256–273.

deutschen Juden«. Die Wahlerfolge der Extremisten wurden allgemein auf die »verzweifelte Stimmung infolge der Wirtschaftskrise« zurückgeführt.⁴⁹ Tatsächlich hatte sich das gesellschaftliche Klima deutlich verändert. Straftaten wie Friedhofs- oder Synagogenschändungen, Diskriminierungen jüdischer Kur- und Badegäste und selbst körperliche Gewalt gegen Juden waren alltäglich geworden. Doch neigte die jüdische Presse dazu, solch massive Übergriffe als symbolische Aktionen verrirrter Radikaler abzutun. Gewalttätige Nationalsozialisten wurden nicht als Antisemiten, sondern als republikfeindliche Bedrohung wahrgenommen. Das Abwiegeln und Ausblenden signalisierte ein ungebrochenes Vertrauen in staatliche Institutionen – vor allem in das »demokratische Bollwerk« Preußen, das ein kraftvolles Widerlager gegen die militante Präsenz von Goebbels Berliner Nationalsozialisten bildete. Eine Symbolfigur republikanischer Entschlossenheit war Ludwig Haas' populärer jüdischer Parteifreund Bernhard Weiß (1880–1951), der als Vizepräsident der Berliner Polizei dem politischen Extremismus entschieden entgegentrat. So registrierte man einerseits eine Zunahme antisemitischer Gewaltbereitschaft, von der sich aber andererseits eine Mehrheit in Gegendemonstrationen öffentlich distanzierte.⁵⁰

Auch der *Centralverein* mobilisierte Ende der 1920er Jahre seine Anhängerschaft zu großen Kundgebungen gegen den Antisemitismus. Während er prominente Redner wie den liberalen Parteivorsitzenden Reichsjustizminister Erich Koch-Weser (1875–1944) aufbieten konnte,⁵¹ hielt sich Ludwig Haas mit öffentlichen Stellungnahmen weiterhin zurück. Diese politische Passivität lässt sich mit einer politischen Strategie des Marginalisierens erklären, möglicherweise war sie aber auch Folge einer politischen Unterschätzung des Antisemitismus. Über dessen Ursachen und Gefährdungspotential wurde im bürgerlichen Milieu des *Centralvereins* kontrovers diskutiert, wie Cornelia Hechts Auswertung der jüdischen Vereinspublizistik belegt.

Die *C.V.-Zeitung* eröffnete 1927 ein Diskussionsforum über die Diskrepanz zwischen urbaner und kleinstädtisch-ländlicher Lebensweise der jüdischen Bevölkerung.⁵² Manchen erschienen die ländlichen Regionen Süddeutschlands als eine von Antisemitismus freie Zone, in der Juden die »gleiche bürgerliche Achtung« erweisen werde wie Nichtjuden. Im Gegensatz zur agrarischen »Volksgemeinschaft« vereinsame der »Großstadtjude« in »rein jüdischer Umgebung«. Womöglich teilte Ludwig Haas die Perzeption seines Landsmann Bruno Weil, der die Wirkungslosigkeit völkischer Propaganda in seiner badischen Heimat hervorhob. Tatsächlich waren die agrarischen Regionen Frankens, Thüringens oder Oberhessens von der beschriebenen sozialen Landidylle weit entfernt. In Nürnberg, wo sich der liberale Oberbürgermeister Hermann Luppe (1874–1945) mit offen antisemitischer Hetze konfrontiert sah, erreichte der *Stürmer* in den 1920er Jahren ungeachtet seines vulgären Niveaus

⁴⁹ »Führer der deutschen Juden über den Ausgang der Reichstagswahlen«, in: *Israelisches Familienblatt*, 25.9.1930, zit. n. C. HECHT, *Deutsche Juden*, 2003, S. 216.

⁵⁰ Ebd., S. 229–254. Vgl. D. WALTER, *Kriminalität*, 1999.

⁵¹ C. HECHT, *Deutsche Juden*, 2003, S. 229.

⁵² Ebd., S. 289 ff.

ein bürgerliches Publikum. Die skrupellose Skandalisierungsstrategie gegen jüdische Politiker als Nutznießer eines vermeintlich korrupten Weimarer »Systems« erzielte also durchaus Wirkung.⁵³

Durch Hermann Luppe, mit dem Haas seit der Gründung der DDP eng zusammenarbeitete, war die liberale Partei über den Antisemitismus in der Provinz laufend informiert. Der Nürnberger Oberbürgermeister sah sich während seiner gesamten Amtszeit einer nervenaufreibenden Diffamierungskampagne ausgesetzt, die er aber kraft seines Stehvermögens und dank einer unzweifelhaften politischen Leistungsbilanz bis zu seiner Absetzung durch die Nationalsozialisten 1933 gut überstand. Von haltlosen Korruptionsvorwürfen behelligt, musste Luppe absurderweise auch der unzutreffenden Behauptung entgegentreten, als zugereister »Frankfurter Jude« Unglück über die Stadt Nürnberg zu bringen.⁵⁴ Im Gegensatz zu seinem nichtjüdischen Parteifreund Luppe begegnete dem jüdischen Politiker Haas dagegen kein offener, ihn persönlich diffamierender Antisemitismus. Auch während der Hochkonjunkturphase antisemitischer Hetze genoss Ludwig Haas im Schutzraum des Weimarer Reichstags als arrivierter Vertreter des jüdischen Bildungsbürgertums soziale Anerkennung. Latente Ressentiments wurden durch den im Reichstag praktizierten parlamentarischen Kommentar abgedämpft. Über jüdische Abgeordnete wurde allenfalls dezent codiert gesprochen, unterschwellige Aversionen rhetorisch camoufliert.⁵⁵ Sobald einzelne Abgeordnete ihre antisemitische Disposition ausnahmsweise offen artikulierten, übergang Haas diese parlamentarischen Regelverstöße als abseitige Äußerungen politisch verirrter Randgruppen mit Schweigen. Sein quasi sozialpädagogischer Kommunikationsstil war repräsentativ für eine liberale jüdische Politikergeneration, die sich gegen gesellschaftliche Widerstände durchgesetzt und etabliert hatte. Ludwig Haas betrachtete antisemitische Ausfälle mit der Distanziertheit des akkulturierten »deutschen Juden«, dem es sichtlich schwer fiel, auf Argumente inhaltlich einzugehen, die er für politisch irrelevant und intellektuell borniert hielt.

Aussagekräftig für seine Perzeptionsweise ist einer der wenigen Artikel, in denen Haas sich einmal explizit mit dem gesellschaftlichen Phänomen des Antisemitismus beschäftigte. Haas hatte 1927 für die *Deutsche Republik* eine Rezension über die neueste Publikation des populären »Rasseforschers« Hans F. K. Günther (1891–1968) verfasst.⁵⁶ Durch die in mehreren Auflagen erschienene, vor allem in Deutschland und Skandinavien verbreitete *Rassenkunde des deutschen Volkes* bekannt geworden, entwickelte Günther in seinem 1925 erstmals publizierte Buch *Der Nordische Gedanke unter den Deutschen* eine Neuauflage seiner Rassentypologie. Das keineswegs als homogen imaginierte »deutsche Volk« sollte durch systematische Rassepolitik weiter »aufgenordet« und der als höherwertig eingestuften »nordischen Rasse« gleichge-

⁵³ Vgl. D. ROOS, Streicher, 2014; H. HANSCHER, Luppe, 1977, S. 200 ff.

⁵⁴ Ebd., S. 190 f.

⁵⁵ T. MERGEL, Parlamentarische Kultur, 2012, S. 248 ff. u. S. 320 ff.; vgl. dazu auch S. WEIN, Antisemitismus, 2014.

⁵⁶ L. HAAS, »Rassenkunde«, 1927.

stellt werden. Obgleich die Schrift nicht als antisemitisches Machwerk konzipiert war, fühlte sich Haas herausgefordert, die Pseudowissenschaftlichkeit der »Rassenkunde« zu belegen, die dem Antisemitismus Argumente lieferte. Er sah die Gefahr, dass die positiv rezipierten Werke Günthers »auf die Politik« einwirken und »das deutsche Volk« auseinanderreißen könnten. »[...] in all den Kämpfen der Rechtsradikalen«, so konstatierte er noch Jahre später, zeige sich nur, dass »der Geist wahrer Volksgemeinschaft, auf eine heillose Weise zerstört wird«, um dann hinzuzufügen: »Als Jude regt mich der Antisemitismus nicht auf.«⁵⁷

Sollte die Rezension ein politischer Weckruf sein, so wurde diese Intention dadurch unterlaufen, dass der Artikel im ironischen Überlegenheits-Modus des Bildungsbürgers geschrieben war. Haas amüsierte es, dass der »Rasse-Günther« ausgerechnet in Bayern und Österreich Resonanz fand, wo die minderwertige »dinarische Rasse« besonders stark vertreten sein sollte. Angesichts der engen Verwandtschaft dieser »vorderasiatischen Zweigrasse« mit dem Judentum sei gar nicht auszudenken, »welchen seelischen Zusammenbruch Hitler erleidet, wenn er sich über seine Verwandtschaft klar wird.« Am Ende aber wird dennoch eine innere Betroffenheit deutlich, als der Artikel mit der patriotischen Mahnung schließt, »dass Deutschland um seiner Einheit und Geschlossenheit willen es nicht erträgt, dass ein Teil der Deutschen als hoch erwünscht und ein anderer Teil als minderwertig bezeichnet wird.« Damit waren natürlich nur vordergründig die mit dem wenig schmeichelhaften Attribut »ostisch« bedachten Bayern, Schwaben und Badener gemeint, denen Günthers Rassensystematik Wehrhaftigkeit und Wettbewerbssinn absprach. Ludwig Haas dachte an die jüdische Bevölkerung, und nicht zuletzt auch an sich selbst. Nur widerstrebend lässt er sich auf eine Rassentheorie ein, die ihn nicht als deutschen Patrioten, sondern als »fremdrasigen Juden« klassifiziert.

Selbstzweifel

Die an ein intellektuelles Publikum adressierte Widerlegung der *Rassentheorie* war weit davon entfernt, eine konkrete politische Gefährdungslage zu konstatieren. Ludwig Haas blieb, zumal in der ruhigen Entwicklungsphase der 1920er Jahre, von der Selbstverteidigungskraft der Weimarer Demokratie überzeugt. Dass der Antisemitismus mit »weiterem Fortschritt« verschwinden würde, so bewertete die zionistische *Jüdische Rundschau* 1931 diesen Aufklärungsliberalismus kritisch, sei eine der »charakteristischen Illusionen des jüdischen Bürgers« gewesen.⁵⁸ Von einer Blindheit jüdischer Liberaler gegenüber einer kontinuierlichen Radikalisierung der Weimarer Gesellschaft auszugehen, wäre gleichwohl unangemessen, wie Cornelia Hecht zu Recht argumentiert. Es ist ebenso fragwürdig, eine stetige Ausbreitung des Antisemitismus vorauszusetzen, zumal dies auf den Vorwurf an die jüdische Bevölkerung hin-

⁵⁷ L. HAAS, Volksgemeinschaft, 1929, zit. n. M. RÜRUP, Ehrensache, 2008, S. 385.

⁵⁸ *Jüdische Rundschau*, 15.12.1931, zit. n. C. HECHT, Deutsche Juden, 2003, S. 266.

ausliefe, sich in einer kollektiven Traumwelt eingerichtet zu haben. Ein gesellschaftlich gut vernetzter Politiker wie Ludwig Haas war mit den ambivalenten Erfahrungen des postemanzipatorischen »deutschen Judentums« aufgewachsen, das in perspektivisch längerfristigen Erwartungshaltungen geübt war. Repräsentanten seiner Generation lebten in einer Gesellschaft, in der man sich als Deutscher beheimatet, als Jude aber mitunter fremd fühlte. Aus dieser Ambivalenzerfahrung ließen sich gewiss unterschiedliche Entwicklungsprognosen ableiten, für Ludwig Haas bestand offenkundig kein Anlass zu ernsthaften Befürchtungen.

Allem Anschein nach aber ist Ludwig Haas in der letzten Phase seines Lebens an den politischen Verhältnissen zunehmend verzweifelt. Hatte er die Katastrophe kommen sehen? So zumindest will es die Familienerinnerung⁵⁹, die darauf verweist, dass sein Sohn Karl und andere Familienangehörige sich einige Jahre später dazu entschlossen, den Rat des erfahrenen Politikers zu beherzigen und auszuwandern. Tatsächlich traf die Familie Haas wie viele jüdische Auswanderer ihre Entscheidung aber erst Jahre nach der »Machtergreifung«. Offenbar gab es nach einer längeren Phase des Abwägens aller äußeren Umstände für eine seit Generationen in Deutschland beheimatete jüdische Familie noch immer plausible Gründe zu bleiben. Ludwig Haas registrierte als besonders sensibler Beobachter der politischen Szene die Veränderung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen der jüdischen Bevölkerung Ende der 1920er Jahre mit Aufmerksamkeit. In einer seiner letzten Rede vor der Hauptvorstandssitzung des C. V. warnte er Ende März 1929 davor, dass die von den Fraktionen selbst verursachte »Parlamentskrisis« dem »Diktaturgedanken Nahrung« gebe. Verzweiflung über die politische Lähmung und die »großkapitalistische Entwicklung« griffen um sich und bereiteten der antisemitischen Propaganda des Nationalsozialismus den Boden.⁶⁰ Solche Warnungen erzielten allerdings selbst im *Centralverein* zu diesem Zeitpunkt zumal deshalb kaum Resonanz, weil sich die politische Konstellation nicht entscheidend verändert hatte. Von nun an äußerte sich Ludwig Haas nicht mehr öffentlich zur politischen Lage. Durch seine schwere Erkrankung gezeichnet, war er seit dem Winter 1929 praktisch handlungsunfähig geworden. Aus der Ferne der Provinz musste er den Niedergang des politischen Liberalismus in Berlin mitansehen. Der Stimmenanteil der liberalen Parteien schrumpfte von Wahl zu Wahl. Die Parteiführung der DDP zog daraus eine bedenkliche politische Konsequenz. Um das bürgerliche Lager zu stärken, initiierte sie den Versuch einer Sammlung bürgerlicher Kräfte in einer neuen staatstragenden Partei. Das Ergebnis war die 1930 gegründete *Deutsche Staatspartei*, die den *Jungdeutschen Orden*, eine politisch bedeutungslose antisemitische Gruppierung, mit aufnahm. Die *Deutsche Staatspartei* fristete bis zur Machtergreifung nur eine klägliche politische Randexistenz.

Das Ende des parteipolitischen Liberalismus erlebte Haas nicht mehr, aber er mag es erwartet haben. Womöglich befürchtete er eine gravierende Schwächung der republikanischen Kräfte. Mit der Weltwirtschaftskrise sank das Vertrauen in die Wei-

⁵⁹ H. GEMBICKI-ACHTNICH, S. 193 ff.

⁶⁰ Rede auf der Hauptvorstandssitzung, in: *CV-Zeitung*, 8. Jg., 29. März 1929, S. 159.

marer Parteien dramatisch. Der lähmende Legitimitätsverlust stärkte den politischen Extremismus. Es kam aus Haas' Sicht jetzt alles darauf an, dass die bürgerlichen Parteien kompromissbereit und für ein Bündnis mit der SPD offen blieben. Immer hatte er das parlamentarische System gegen den Vorwurf eigensüchtiger »Fraktionsherrschaft« verteidigt. Parteipolitiker wie Ebert, Wirth oder sein Parteikollege Geßler hätten Deutschland vor dem Zerfall und politischer Anarchie gerettet.⁶¹ Doch war die erhoffte Koalition aller republikanischen Parteien, für die Ludwig Haas sich unermüdlich eingesetzt hatte, bereits 1929 am Ende. Brünnings Präsidialkabinette nahmen die autoritäre Transformation der parlamentarischen Demokratie vorweg, die inzwischen von einer »nationalistischen Einheitsfront« offen bekämpft wurde. Wenige Tage vor Ludwig Haas' Ableben erging die erste Notverordnung des Reichspräsidenten, kurz darauf verfügte Hindenburg die Auflösung des Reichstages. Vor diesem politischen Hintergrund erscheint die Aufforderung zur Auswanderung plausibel. Ludwig Haas hatte erkannt, dass die Fundamente der Demokratie aufs höchste gefährdet waren. Damit waren auch Recht und Sicherheit der jüdischen Bevölkerung in Deutschland bedroht.

In den zahlreichen politischen Nachrufen prominenter Zeitgenossen wurden solche Befürchtungen aber mit keinem Wort erwähnt. Alte Weggefährten wie politische Kontrahenten beklagten den Verlust eines aufrechten Demokraten und deutschen Patrioten. Auch der zionistische Gegner zollte Haas großen Respekt. Abweichend vom allgemeinen Tenor konstatierte nur die *Jüdische Rundschau* das politische Scheitern des Protagonisten. »Sein Tod«, so heißt es, »hat symbolische Bedeutung. Er fällt zusammen mit dem Tod der Partei, an die er glaubte und in deren Leitung er saß, und die nun einen Pakt geschlossen [hat], ihres abschüssigen Weges weiterzugehen, Hand in Hand mit der Gruppe, die den Arierparagraphen in ihrer Ordensbibel hat.«⁶² Ludwig Haas werden Anfang August 1930 ähnliche Gedanken gekommen sein. In seiner eigenen Partei wendeten sich selbst überzeugte Demokraten vom Parlamentarismus ab und befürworteten eine »konservative Demokratie« und die Stärkung der Präsidialgewalt.⁶³ Was sich abzuzeichnen begann, war die Abwanderung des liberalen Bürgertums aus der politischen Verantwortung. Mit der Selbstaufgabe der Demokratie aber würde die Familie Haas in Deutschland heimatlos werden.

⁶¹ L. HAAS, »Parlamentskrisis?«, 1927, S. 321 ff.

⁶² LAZARUS BARTH, »Ludwig Haas – Ein Wort der Erinnerung«, in: JÜDISCHE RUNDSCHAU 35 (1930), H. 62, 8.8.1930, S. 410.

⁶³ Vgl. C. JANSEN, *Antiliberalismus*, 2001.

Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Eine Skizze*

Die Geschichte des Liberalismus wird oftmals als eine Geschichte von Verrat und Scheitern angesehen. Im Kaiserreich, so heißt es, habe er seine Ideale aufgegeben, als er sich mit Bismarck einließ.¹ In der Folge habe er als »Stoßtrupp« des Kapitalismus aus ökonomischen Interessen die Kolonialpolitik gebilligt und sich dem Wilhelminismus angedient, indem er mehrheitlich den Kaiser und die Monarchie verteidigte. Schließlich habe er die Finanzierung des Ersten Weltkriegs mit ermöglicht und in weiten Teilen die annexionistischen Kriegsziele des Deutschen Reiches unterstützt. Am Ende des Krieges sei der Liberalismus aus taktischen Gründen für eine Parlamentarisierung des Reiches eingetreten, habe aber 1918 die Revolution verhindert und sich stattdessen auf Kompromisse mit den alten Machteliten eingelassen.

Was den Linksliberalismus in Weimar angeht, so setzt sich die Aufzählung des Sündenregisters weiter fort. Als eine der demokratischen Kräfte seien die Liberalen ihrer besonderen Verantwortung für die Republik nicht gerecht geworden. Sie hätten sich zudem in der Endphase Weimars mit antidemokratischen Gruppierungen wie dem antisemitischen *Jungdeutschen Orden* verbündet. Damit habe der Linksliberalismus erneut seine idealpolitischen Ziele zugunsten einer realpolitischen Ausrichtung aufgegeben und damit Verrat an seinen Idealen begangen. Schließlich habe er aus taktischen Erwägungen, zum Teil sogar aus Überzeugung im März 1933 dem »Ermächtigungsgesetz« zugestimmt. Kurz und gut: Man fand im Linksliberalismus einen Sündenbock und Mitverantwortlichen für das Scheitern der Weimarer Republik.

Dieser Mischung aus vermeintlichen historischen Zwängen und teleologischer Geschichtsdeutung ist verschiedentlich widersprochen worden. Dennoch hält sich diese Sicht als »Hintergrundrauschen« und Begleitmusik des Weimarer Untergangsszenarios hartnäckig. Nach 1945 wurde die Niedergangsthese Bestandteil des Abgrenzungsnarrativs und Gründungsversprechens der Bundesrepublik: »Bonn ist nicht Weimar«, lautete die Formel,² mit der die Absicht bekundet werden sollte, politische Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Und als der Liberalismus in der Bundesre-

* Ich danke meinen Freunden Edgar Liebmann, Anne Chr. Nagel und Ulrich Sieg für Rat und Hilfe bei der Überarbeitung des Manuskripts.

¹ Vgl. den Beitrag von A. BIEFANG, *Der ganz große Kompromiss*, 2016, S. 9–22, sowie generell die Aufsätze im Themenschwerpunkt des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2016 »Liberalismus zwischen Ideal- und Realpolitik«. Als Beispiele für die Niedergangsthese vgl. T. SCHIEDER, *Die Krise*, 1974; J. J. SHEEHAN, *Der deutsche Liberalismus*, 1983, S. 318; F. C. SELL, *Die Tragödie*, 1953; E. GROTHE, *Hans Rosenberg*, 2014.

² So der Buchtitel von Fritz René ALLEMANN, *Köln/Berlin* 1956. Vgl. dazu S. ULLRICH, *Der Weimar-Komplex*, 2009.

publik eine Renaissance erfuhr, wurde gemutmaßt, dass er sich angesichts des allgemein akzeptierten Wertekanons der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu Tode gesiegt habe.³

Im folgenden Beitrag sollen diese Untergangsmymthen über den Linksliberalismus in der Weimarer Republik skizziert und mit neueren historischen Forschungen zur Zwischenkriegsära konfrontiert werden,⁴ die jüngst wieder stärker in den Blickpunkt gerückt ist. Nach wie vor aber bestimmen die historischen Belastungen der Ausgangslage und das erfolglose Ende des Linksliberalismus die bis heute gängige Weimar-Deutung.⁵

I

Blickt der Historiker der Zeit nach 1945 zurück auf die Weimarer Jahre, befindet er sich in einem klassischen Dilemma: Er kennt den Ausgang und das Ende – und er kann beides nicht so ohne weiteres ausblenden. Ihm fehlen die Unvoreingenommenheit und Zukunftsungewissheit, die jeder Mitlebende besitzt. Niemand wusste, wohin die Entwicklung 1933 führte – aber Vorahnungen begleiteten die Geschichte des Linksliberalismus in Weimar auf Schritt und Tritt. Wenn die moderne Weimar-Forschung auf den Spuren von Reinhart Koselleck⁶ von »Erfahrungsräumen« und »Erwartungshorizonten« am Ende des Ersten Weltkriegs spricht, welche den Denkhorizont der Zeitgenossen in der jungen Demokratie bestimmt hätten, so ist damit etwas Ähnliches gemeint.⁷

Die wirkungsvollste und nachhaltigste Erfahrung zu Beginn der Weimarer Zeit war zweifellos der Weltkrieg.⁸ Aus diesem Krieg ging der Liberalismus gleich mit mehreren Belastungen hervor. So war die von den Liberalen seit Jahrzehnten erstrebte Parlamentarisierung des Reiches erst im Oktober 1918 in letzter Minute verwirklicht worden. Aber die parlamentarische Monarchie war weder vom Reichstag selbst errungen, noch durch eine Revolution »erzungen« worden. Sie war also keineswegs das Ergebnis eigener Reformanstrengungen, sondern wurde – als einer der letzten Ret-

³ Vgl. als ein Beispiel H. VORLÄNDER, Hat sich der Liberalismus totgesiegt?, 1987, S. 9–34.

⁴ Die klassischen Untersuchungen stammen aus den 1970er und 1980er Jahren. Vgl. M. EKSTEINS, Limits, 1975; W. STEPHAN, Aufstieg und Verfall, 1978; J. C. HEIS, »Das ganze Deutschland soll es sein.«, 1978; W. SCHNEIDER, Die Deutsche Demokratische Partei, 1978; B. B. FRYE, Liberal Democrats, 1985; D. LANGEWIESCHE, Liberalismus in Deutschland, 1988, S. 233–286; L. E. JONES, German Liberalism, 1988.

⁵ So u. a. bei H. A. WINKLER, Weimar, 2005; D. J. K. PEUKERT, Die Weimarer Republik, 1987.

⁶ R. KOSELLECK, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont«, 1989.

⁷ A. DOERING-MANTEUFFEL/J. LEONHARD, Aufriss, 2015, S. 23.

⁸ Vgl. zum liberalen und demokratischen Ideenhorizont während des Ersten Weltkriegs grundlegend M. LLANQUE, Demokratisches Denken, 2000. Zum Liberalismus im Ersten Weltkrieg in Europa vgl. J. LEONHARD, Die Büchse der Pandora, 2014, S. 758–767 und passim sowie DERS., Das Dilemma, 2014, S. 193–215.

tungsversuche zum Erhalt der Monarchie – »von oben«, von der Reichsregierung und mit Billigung der dritten Obersten Heeresleitung, dekretiert.

Anders, aber nicht positiver für die Liberalen, sah es mit der Staatsform aus. Zwar war die Republik nicht durch die kaiserliche Regierung, sondern von den an die Macht gelangten Mehrheits- und Unabhängigen Sozialdemokraten ausgerufen worden. Es handelte sich aber definitiv nicht um einen Erfolg liberaler Kräfte, von denen viele auf der Seite der Monarchie standen. So sahen die Liberalen sich am 9. November 1918 nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik vor vollendete Tatsachen gestellt.⁹ Die Gründungskonstellation von Weimar mit der Verbindung von Kriegsende und Revolution bedeutete für weite Teile der deutschen Bevölkerung und vor allem auch für die bürgerliche Trägerschicht des Liberalismus ein Trauma und wirkte als »kollektivpsychologischer Schock«.¹⁰

Durch die Interventionen Woodrow Wilsons und der Versailler Siegermächte gerieten die Weimarer Demokratie und die Reichsverfassung zusehends in Misskredit als transatlantischer, westeuropäischer Import. Nicht allein, dass die Republikgründer als Dolchstoßtäter erschienen, wurden sie von nationalistischen Kreisen nun als Agenten ausländischer Mächte diffamiert. Am meisten litten darunter prominente Linksliberale wie der Verfassungsschöpfer Hugo Preuß und Außenminister Walther Rathenau. Sie dienten antisemitischen Agitatoren als bevorzugte Zielscheibe, weil sich bei ihnen geradezu klischeehaft der Liberalismus als Feindbild¹¹ mit einem tief verankerten Judenhass verbinden ließ.

Schließlich gab es neben den schwierigen Ausgangsbedingungen liberaler Politik nach 1918 noch eine weitere historische Erblast. Die das Kaiserreich prägende Spaltung des organisierten Liberalismus in eine linksliberale Fortschritts- und in eine konservativ-staatstragende Nationalliberale Partei konnte in der Revolution Ende 1918 nicht überwunden werden. Zu groß waren die Gegensätze zwischen Annexionisten und Pazifisten, zwischen Monarchisten und Republikanern, zwischen Altliberalen und Demokraten, um nur die Extreme zu benennen. Und dass die Lager in sich selbst heterogen waren, wurde für die Linksliberalen jüngst nachdrücklich betont.¹² Ein Zusammenschluss der Ende 1918 gegründeten linksliberalen *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP) und der rechtsliberalen *Deutschen Volkspartei* (DVP) unter einem organisatorischen Dach schien kaum vorstellbar. Träume davon, die es immer wieder gegeben hatte, so z.B. die von Friedrich Naumann erstrebte Koalition von Bassermann bis Bebel, erwiesen sich als illusionär: liberale Visionen von einer Fusion blieben Utopie.

Dass eine einheitliche liberale Partei nach 1918 nicht zustande kam, hatte auch damit zu tun, dass es dem deutschen Liberalismus an einer charismatischen Führungsfigur

⁹ Dazu allgemein L. ALBERTIN, *Liberalismus*, 1972.

¹⁰ P. NOLTE, *Demokratie*, 2012.

¹¹ Dazu jüngst E. GROTHE/U. SIEG (Hrsg.), *Liberalismus als Feindbild*, 2014. Hierin beziehen sich folgende Beiträge auf die Weimarer Jahre: J. HACKE, *Selbstkritik und Selbstzweifel*, 2014; E. GROTHE, »Import oder Eigengewächs?«, 2014; R. MEHRING, *Liberale Demokratie*, 2014.

¹² M. LLANQUE, *Der Weimarer Linksliberalismus*, 2015, S. 157–181, hier S. 163 f.

fehlte, die zugleich imstande gewesen wäre, die gegensätzlichen programmatischen Vorstellungen zu versöhnen und die Lagerbildung zu überwinden. 1918 verstrich die Chance. Dann starb 1919 mit Friedrich Naumann der einzige Politiker, dem man dies vielleicht hätte zutrauen können. Der spätere Außenminister und Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann hingegen war 1918/19 kein Versöhnungspolitiker und konnte diese Hoffnungen nicht erfüllen. Erst allmählich wuchs der DVP-Vorsitzende als »Vernunftrepublikaner«¹³ bis zu seinem Tod 1929 politisch in die Republik hinein, welche die Linksliberalen von Anfang an vorbehaltlos unterstützten. Und auch der 1922 ermordete Walther Rathenau kam – wegen seines großbürgerlich-industriellen Hintergrunds und seiner jüdischen Herkunft – als Führungsfigur einer geeinten liberalen Partei nicht in Frage. Überhaupt gingen den Liberalen nach 1918 nicht nur politische Persönlichkeiten wie Naumann, Rathenau oder später Stresemann frühzeitig verloren, sondern auch liberale Köpfe wie Max Weber, Ernst Troeltsch oder Hugo Preuß starben bereits Anfang und Mitte der 1920er Jahre. Sie alle galten als vermeintlich unersetzbare politische Leitfiguren und einflussreiche Intellektuelle. Es blieben liberale Politiker übrig, die entweder nicht über die notwendigen Führungsqualitäten verfügten oder nicht willens waren, politische Kompromisse mit den Partei- und Fraktionsmitgliedern der konkurrierenden liberalen Partei zu suchen.

DDP und DVP betrachteten sich während der gesamten Weimarer Zeit nicht als befreundete oder politisch benachbarte liberale Parteien. Bei der DVP war nicht einmal eindeutig, ob sie sich mehrheitlich als demokratisch verstand. Der Riss zwischen Anhängern und Gegnern der Weimarer Demokratie ging in großen Teilen quer durch den Liberalismus als politische Bewegung. Die DVP konnte sich in vielen ihrer nationalen und wirtschaftlichen Ziele stärker mit denen der konservativ-monarchistischen *Deutschnationalen Volkspartei* (DNVP) anfreunden, während der linke Flügel der DDP – zu dem auch Ludwig Haas zählte – sich auf gesellschaftspolitischen Feldern eine engere Kooperation mit den Sozialdemokraten gut vorstellen konnte. Die DVP neigte zum Deutschnationalismus, die DDP tendierte dagegen zum Sozialliberalismus.

Ludwig Haas ist für die politische Kooperationsbereitschaft mit der Sozialdemokratie ein repräsentatives Beispiel. Als DDP-Politiker engagierte er sich für verschiedene linksliberale Organisationen – eine Zusammenarbeit (und erst recht ein Zusammengehen) mit der DVP war für ihn eine eindeutig schlechtere politische Option. Haas war in der *Deutschen Friedensgesellschaft* aktiv und Gründungsmitglied des *Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold*. Gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Paul Löbe sowie dem Zentrumspolitiker und zeitweiligen Reichskanzler Joseph Wirth verfolgte er das Ziel, alle republiktreuen Kräfte in einer *Republikanischen Union* zusammenzufassen. Unter der Herausgeberschaft der drei Politiker dieser

¹³ Vgl. dazu insbesondere A. WIRSCHING/J. EDER (Hrsg.), *Vernunftrepublikanismus*, 2008. Als eines der Paradebeispiele dieses Typus gilt der Historiker und DDP-Anhänger Friedrich Meinecke. Nach 1918 unterstützte er die Republik mit den Worten: »Ich bleibe, der Vergangenheit zugewandt, Herzensmonarchist und werde, der Zukunft zugewandt, Vernunftrepublikaner.« F. MEINECKE, *Verfassung und Verwaltung*, 1958, S. 281. Zu ihm Vgl. DERS., *Neue Briefe und Dokumente*, hrsg. u. bearb. v. G. BOCK/G. A. RITTER, 2012.

Republikanischen Arbeitsgemeinschaft erschienen zwischen 1926 und 1933 insgesamt 39 Hefte der politischen Wochenschrift *Deutsche Republik*.¹⁴

Gegenüber solch parteiübergreifendem politischem Engagement war eine demokratie- und republikfreundliche Haltung in der breiten Öffentlichkeit deutlich unterentwickelt. Es fehlte durchweg an einem republikanischen *Commonsense*, am staatsbürgerschaftlichen Einsatz für die Demokratie, zudem an einem entwickelten republikanischen Milieu. Die im Kaiserreich entstandenen Klassenstrukturen wirkten noch zu sehr nach. Während Arbeiterschaft und Teile der Angestellten sozialistisch-gewerkschaftlich dachten, war das katholische und nationalprotestantische Bürgertum ultramontan oder konfessionell eingestellt. Ein im engeren Sinne liberales oder ein demokratisch-republikanisches Klientel bildete sich weder im Kaiserreich noch in den kurzen 13 Jahren der Republik heraus.¹⁵ Das traditionelle Bürgertum und die Mittelschichten wechselten aus Unzufriedenheit mit dem politischen System zunehmend zu den radikalen Parteien. Bereits die Zeitgenossen haben deshalb von der »Republik ohne Republikaner« oder einer »Demokratie ohne Demokraten« gesprochen.¹⁶ Es waren nicht zuletzt Linksliberale wie Ludwig Haas, die angesichts dieser Haltung einen defizitären Verfassungspatriotismus monierten und die mangelnde politische Unterstützung für die Weimarer Demokratie als gravierendes Versäumnis feststellten. Der als Mitschöpfer »geborene« Anhänger der Konstitution, der Berliner Staatsrechtler Hugo Preuß, trat zeit seines Lebens für Rechtsstaatlichkeit und kommunale Selbstverwaltung als tragende Säulen der Demokratie ein¹⁷ – Gedanken, an die der Liberalismus nach 1945 anknüpfen konnte.

Die Linksliberalen waren – wenn sie in der Weimarer Republik mitregierten – stets nur der Juniorpartner größerer Parteien. Im komplexen Parteienspektrum Weimars wechselten bekanntlich die Koalitionen in rascher Folge, so dass es bei instabilen Regierungen keine kontinuierliche Regierungskonstellation gab. Bis auf wenige Jahre (1925/26 und 1927/28) war die DDP jedoch immer beteiligt. Aber der DDP fehlte vor allem ein scharfes und realistisches sozial- und wirtschaftspolitisches Profil, das sie als Alternative für andere Wählergruppen attraktiv machte. Ihre eigene Wählerklientel war volatil und lief entsprechend zu den Nichtwählern oder zu anderen Parteien über. So schrumpfte der Wähleranteil der DDP von 18,5 % (1919) über 6,3 % (1924) und 3,8 % (1930) auf ganze 0,9 % im Jahr 1933.

Bis 1933 gab es zu wenige liberale Stammwähler, auf die man sich verlassen konnte. Die Wahlerfolge von 1919 mit knapp zwanzig Prozent Stimmenanteil waren ein schnell vorübergehendes Phänomen. Der Versuch des Jahres 1930, durch die Fusion mit dem *Jungdeutschen Orden* und die Gründung der *Deutschen Staatspartei* als staatstragende bürgerliche Sammlungspartei den organisierten Liberalismus zu konsoli-

¹⁴ P. LÖBE/L. HAAS/J. WIRTH (Hrsg.), *Deutsche Republik. Begründet von der Republikanischen Arbeitsgemeinschaft*, 39 Hefte, 1926–1933.

¹⁵ A. DOERING-MANTEUFFEL/J. LEONHARD, *Aufriss*, 2015, S. 19.

¹⁶ So vor allem ERNST TROELTSCH: *Aristokratie*, in: KUNSTWART 33 (1919), Nr. 2, S. 49–57, hier S. 50. In jüngeren Publikationen H. THOSS, *Demokratie ohne Demokraten?*, 2008.

¹⁷ Vgl. H. PREUSS, *Gesammelte Schriften*, 2007–2015.

dieren, misslang jedenfalls gründlich. Nicht nur brachte dieses Bündnis keine neuen Wähler ein, sondern es kostete sogar Stimmen und – fast ebenso schlimm – liberale Sympathien. Zu allem Überfluss traten als Konsequenz einige prominente Parteimitglieder aus der DDP aus – zum Teil wechselten sie zur SPD.¹⁸ Ein Kandidat für einen solchen Parteübertritt wäre womöglich auch Ludwig Haas gewesen, der aber im selben Jahr 1930 schwer erkrankte und starb.

Weder das Programm der *Deutschen Demokratischen Partei* noch ihre Politik sorgten für eine gefestigte und zuverlässige Anhängerschaft. Das hatte allerdings auch damit zu tun, dass die im Programm enthaltenen demokratischen und liberalen Werte angesichts der Reserviertheit großer Bevölkerungskreise gegenüber einer neuen Staatsform und der Anhänglichkeit an die althergebrachte Monarchie nicht jene Attraktivität und Anziehungskraft besaßen, wie dies für liberale Werte im späten 20. Jahrhundert galt. Abgesehen davon war manchen DDP-Politikern explizit praktische Politik wichtiger als liberale Programmatik, so dass sie auf letztere wenig Wert legten. Das Programm selbst wurde von hochkarätig besetzten Kommissionen erarbeitet, in denen die Juristen Hugo Preuß und Walther Schücking, der Historiker, Publizist und Pazifist Ludwig Quidde sowie der Theologe Martin Rade saßen. Es handelte sich um eine Mischung aus demokratischen und liberalen Fundamentalsätzen, welche die Traditionen von Freiheit und Chancengleichheit ebenso ausdrückten wie sie auf das Bekenntnis zur Nation Wert legten und für Völkerverständigung auf der Grundlage von Gleichberechtigung eintraten. Die Staatsform der Republik und der grundrechtsbewährte Rechtsstaat wurden festgeschrieben, die Umsetzung der Ideen von Wirtschaftsdemokratie, kultureller und konfessioneller Vielfalt gefordert. Das Programm wies klar in die Zukunft, es war komprimiert gefasst und in vieler Hinsicht unmissverständlich formuliert.¹⁹ Es fehlte in der Partei indes an einer Umsetzungsdynamik nach innen und außen. In Ermangelung einer breit verankerten Verfassungskultur blieben auch die Legitimationsbasis des Parlamentarismus und die innerparteiliche politische Kultur zu großen Teilen auf der Strecke.²⁰ Wie die DDP als Partei und Fraktion im Reichstag und in den Landtagen agierte und funktionierte, ist aber noch ein ungenügend erforschtes Feld. Als Grundlage können dabei einige zum Teil erst in den letzten Jahren publizierte Quelleneditionen dienen.²¹

Statt einer aktiven oder aktivierbaren Anhängerschaft des Linksliberalismus entstand das Gegenteil: eine starke Gegnerschaft. Gerade nach dem Ersten Weltkrieg und den unübersichtlichen Zuständen während der Revolution trieb es breite Bevölkerungskreise zum »starken Staat« und nicht etwa in die Arme einer eher staatskriti-

¹⁸ Vgl. D. LEHNERT (Hrsg.), *Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie*, 2014. Die prominentesten Beispiele sind vermutlich Ludwig Bergsträsser und Anton Erkelenz. Vgl. dazu ebd. die Beiträge von Stephanie Zibell und Katharina Kellmann.

¹⁹ W. STEPHAN, *Aufstieg*, 1978, S. 142–153.

²⁰ T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2002.

²¹ K. WEGNER/L. ALBERTIN (Bearb.), *Linksliberalismus*, 1980; V. STALMANN (Hrsg.), *Bernhard Falk*, 2012; DERS. (Bearb.), *Sitzungsprotokolle DDP und DStP*, 2009. Dazu monographisch J. STANG, *Die Deutsche Demokratische Partei*, 1994.

schen, individualistisch ausgerichteten Partei. Und was die Republik ausmachte und wie sie sich für viele darstellte, war das genaue Gegenteil eines »starken Staates«. Regierung und Reichstag boten genügend Angriffsflächen und Argumentationshilfen für dezidierten Antiparlamentarismus und fundamentalen Antiliberalismus. Weimar und die republiktreuen Parteien wurden zum Synonym für eine im Chaos versinkende Gesellschaft, während die extremen Parteien rechts und links ein mystifiziertes Gemeinschaftsideal propagierten.

Der Antiliberalismus, eine Erbschaft aus dem 19. Jahrhundert, blieb auch in der Weimarer Republik erhalten und verstärkte sich sogar. Selbst für das bürgerliche Milieu gehörte eine antirepublikanische Einstellung geradezu zum guten Ton; die Distanz zu Staat und Regierung verband sich mit einem verloren gegangenen Vertrauen in Neuaufbau und Fortschritt nach der Katastrophe des Krieges. Paul Nolte zufolge fehlte es an einem »fundamentalen Verständnis für eine konfliktreiche und pluralistische Gesellschaft«. Auch der relativ kurzen Dauer geschuldet, entwickelte sich kein »mehrheitsfähiger demokratischer Konsensraum«. ²² Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard sprechen von einem Verlust an Gewissheiten, einer »Glaubwürdigkeitskrise in nahezu allen Lebensbereichen«, einer »Kulturrevolution antiliberalen Denkens« und einem fehlenden »Glauben an die Gestaltungskraft des liberalen Fortschritts«. ²³ Es kann kaum verwundern, dass angesichts der Bedrohungen durch die in Extreme gespaltene Gesellschaft nun die Liberalen selbst an ihren Idealen und ihren Visionen zu zweifeln begannen, ja daran bisweilen geradezu verzweifelten. »*Go as far away from home as you can!*« soll Ludwig Haas seinem Sohn 1930 geraten haben. ²⁴

In der Zwischenkriegszeit zeigte sich eine Zerfaserung liberalen Denkens, das in seinem Kern auswechselbar wurde und seine Eigenständigkeit zum Teil einbüßte. Selbst die Linksliberalen identifizierten sich in der Weimarer Zeit mit einem mythisch aufgeladenen, diffusen Gemeinschaftsideal, das sie mit nationalistischer Emphase herbeiredeten. Sie legten eine ausgeprägte Autoritätssehnsucht an den Tag – und dies umso mehr, je stärker sich die Krise des Weimarer Staates verschärfte. ²⁵ Aber auch bereits zu Beginn der 1920er Jahre waren solche Gedanken weit mehr als ein linksliberales Randphänomen. Sie wurden von führenden Intellektuellen wie Max Weber ventiliert, und selbst einflussreiche Politiker und Publizisten wie Theodor Heuss oder Gertrud Bäumer argumentierten spätestens um 1930 in dieser Stoßrichtung. Auch die vorübergehende Suspendierung des Parlamentarismus durch (verfassungskonforme) Ermächtigungsgesetze wurde als probates Mittel angesehen, sofern die Existenz des Staates auf dem Spiel zu stehen schien. Hier verstärkten sich lange Zeit unterdrückte Vorbehalte gegen eine angeblich schrankenlose Demokratie, die den Staat schutzlos mache und die ihn seinen Feinden preisgebe. Geradezu paradox

²² P. NOLTE, *Demokratie*, 2012, S. 265–271.

²³ A. DOERING-MANTEUFFEL/J. LEONHARD, *Aufriss*, 2015, S. 23.

²⁴ Vgl. dazu die biographischen Beiträge in diesem Band.

²⁵ Zum Krisendiskurs in Weimar vgl. R. GRAF, *Die Zukunft*, 2008; M. FÖLLMER/R. GRAF (Hrsg.), *Die »Krise«*, 2005.

mag es wirken, dass gerade diese Vorstellungen die Republik ihrem Untergang entgegenführten. Ernst Wolfgang Becker geht soweit, dass er die Zustimmung der verbliebenen fünf Abgeordneten der *Deutschen Staatspartei* zum Ermächtigungsgesetz 1933 als logische Konsequenz solchen Denkens ansieht und gegen die spätere Interpretation eines »Betriebsunfalls« argumentiert.²⁶ »Bonn« war und wurde auch deshalb nicht »Weimar«, weil Heuss und andere Liberale und Demokraten nach 1945 ihre Schlüsse aus eigenem Fehlverhalten zogen.

II

Gegenüber einer eher skeptischen Einschätzung des Weimarer Linksliberalismus hat sich die Forschung der letzten Jahre eine positive Bewertung zu Eigen gemacht. Das hat vor allem damit zu tun, dass man sich von der Konzentration auf Problemlagen ab- und den Chancen der Weimarer Republik zuwandte. Konflikt und Krise wurden nunmehr stärker als Normalsituationen in Demokratien denn als Untergangssymptome gewertet.

Auch ist man seit geraumer Zeit in der Geschichts- wie der Rechtswissenschaft darum bemüht, der Republik und ihrer Verfassung genau jene Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die ihr nach dem Untergang des Weimarer Staates über rund sechs Jahrzehnte versagt blieb, bis sich die Verfassungsjuristen Christoph Gusy vor gut zwei Jahrzehnten und zuletzt Kathrin Groh an ihre Rehabilitation begaben.²⁷ Im Kern geht es darum, sich nicht an den offensichtlichen Lücken und Schwächen der Reichsverfassung festzubeißen, sondern deren Entwicklungspotentiale zu betonen. Schließlich gilt es festzustellen, dass die Defizite sich nur deshalb so katastrophal auswirkten, weil sie für die Verfassungsgegner legale Einfallstore öffneten. Ohne ihre hartnäckigen und unversöhnlichen Feinde hätten die Reichsverfassung und mit ihr die Republik eine realistische Überlebenschance besessen. Weimar war – ähnlich wie die Bundesrepublik – eine wehrhafte Demokratie.

Die Weimarer Linksliberalen konnten aufgrund ihrer schwachen politischen Position seit Mitte der 1920er Jahre weder die Verfassung wirksam stützen, noch die Demokratie kraftvoll verteidigen. Sie vermochten weder sich selbst noch ihre Partei vor der politischen Marginalisierung zu retten und am Ende natürlich auch nicht vor der Mitte 1933 von den Nationalsozialisten erzwungenen Selbstauflösung zu bewahren. Aber sie zählten zu den weitsichtigen Zeitgenossen, die vor der Katastrophe warnten und den allmählichen Niedergang intensiv analysierten. Die Krise Weimars hat der in den letzten Jahren von Jens Hacke erst »entdeckte« Nationalökonom Moritz Julius Bonn wohl mit am klarsichtigsten diagnostiziert. Er gehörte zu denjenigen Liberalen,

²⁶ E. W. BECKER, *Die normative Dimension*, 2016.

²⁷ C. GUSY, *Weimar – die wehrlose Republik?*, 1991; DERS., *Die Weimarer Reichsverfassung*, 1997; DERS. (Hrsg.), *Demokratisches Denken*, 2000; K. GROH, *Demokratische Staatsrechtslehrer*, 2010.

die in der Zwischenkriegszeit für gerechte Handelsbeziehungen und friedliche Koexistenz in einem Völkerbund eintraten. In mehreren Aufsätzen hat sich Bonn Mitte der 1920er Jahre zu einem der meistgelesenen Krisenexperten in Deutschland entwickelt, dessen Bücher und Aufsätze auch auf Englisch und Französisch erschienen und deshalb auch in Westeuropa und den USA rezipiert wurden.²⁸

Moritz Julius Bonn war ohne Zweifel ein Beispiel für jene linksliberalen Politiker und Intellektuellen, die trotz der vielfältigen Krisenerscheinungen in Staat und Gesellschaft unverdrossen an die Weimarer Republik und den Grundgedanken der Demokratie in Deutschland glaubten, daran festhielten und politisch-publizistisch vehement dafür eintraten. Auch Ludwig Haas zeigte sich – zum Teil sogar in ähnlichen oder denselben Presseorganen – bereit, die Republik gegen ihre Feinde publizistisch entschieden zu verteidigen. Im Bewusstsein, sich in einer wichtigen historischen Umbruchsphase und Zeitenwende zu befinden, vertraten sie einen »Gestaltungsoptimismus«, der auf einer konkreten Krisenwahrnehmung fußte, aber dennoch auf Veränderungsprozesse setzte und diese auch voranzutreiben bereit war.²⁹

Zusammen mit anderen Ökonomen hat Bonn in der Zwischenkriegszeit die Grundlagen für einen demokratischen Kapitalismus und eine sozialliberale Wirtschaftswissenschaft gelegt. Die Verbindung von Wirtschaftswachstum und sozialpolitischer Grundversorgung sollte der Sicherung der Demokratie dienen.³⁰ Die damals entwickelten Konzepte, wie z.B. die Soziale Marktwirtschaft, trugen maßgeblich zur Renaissance des politischen Liberalismus nach 1945 bei.³¹ Mit Blick auf solche innovative Ideen wird sogar von einer »Neuerfindung des Liberalismus« in den 1920er Jahren gesprochen.³² Generell geht es der jüngeren ideengeschichtlichen Weimar-Forschung darum, die zukunftsgerichteten Seiten des linksliberalen Denkens und den Laboratoriums-Charakter stärker zu betonen. Dies bedeutet keine Ignoranz gegenüber einer Akzentuierung »antiliberalen Denkens«,³³ gleichwohl aber eine deutliche Relativierung von dessen Ausmaß und Stärke.

Nach Ansicht der jüngsten Forschung hätte eine erfolgreiche Bewältigung der Weltwirtschaftskrise von 1929/30 vermutlich zum Überleben der Demokratie in Deutschland geführt. Mit vergleichendem Blick auf andere nord- und westeuropäische sowie nordamerikanische Demokratien, die sich nach einigen schwierigen Jahren wieder stabilisierten, wird von einer Transformationskrise gesprochen. In den vergleichlichen Bemühungen der Präsidialkabinette aber ging in Weimar-Deutschland die Demokratie, die in anderen europäischen Staaten der Zwischenkriegszeit zur Selbstverständlichkeit und Normalität geworden war, nach 1930 unter. Demokratie und Liberalismus zeigten gegenüber dem politischen und ideologischen Ansturm ihrer

²⁸ Vgl. J. HACKE (Hrsg.), Moritz Julius Bonn, 2015; DERS., Moritz Julius Bonn, 2010, sowie DERS., Liberale Alternativen, 2014.

²⁹ M. FÖLLMER/R. GRAF/P. LEO, Kultur der Krise, 2005.

³⁰ T. B. MÜLLER, Nach dem Ersten Weltkrieg, 2014, S. 103.

³¹ A. DOERING-MANTEUFFEL/J. LEONHARD, Aufriss, 2015, S. 25.

³² T. B. MÜLLER, Nach dem Ersten Weltkrieg, 2014, S. 52.

³³ Vgl. K. SONTHEIMER, Antidemokratisches Denken, 1962.

Gegner die unvermeidliche Fragilität einer offenen Gesellschaft.³⁴ Der allmähliche Niedergang der Weimarer Republik war insgesamt weniger der Schwäche oder dem Fehlen von Anhängern des Linksliberalismus zuzuschreiben, sondern vielmehr der Stärke ihrer Gegner, der Feinde von Liberalismus und Demokratie.³⁵

³⁴ T. B. MÜLLER/A. TOOZE (Hrsg.), *Normalität und Fragilität*, 2015.

³⁵ P. NOLTE, *Demokratie*, 2012, S. 271.

Die Familie Haas

The Legacy of Ludwig Haas

There was something missing in my youth in New Zealand in understanding my German Jewish heritage – and I spent much of my life trying to fill the gaps. I did not adequately understand the world my father Karl Haas had come from, nor the lives his Parliamentarian and lawyer father Ludwig and winemaker grandfather Julius had led.

I was, however, very aware that Dad was a German Jewish refugee, and that I had very few living relatives, probably because of the scourge of the swastika. I knew how proud Dad was of the school he attended and after which our New Zealand farm was called – Salem, meaning peace. Dad's focus on Salem values during my youth introduced me to the ideals of active citizenship, which later matured into citizenship education in my publishing, policy making, professional and institutional development for Parliaments, governments, international organizations and publishers. As I grew older, I became more aware of symbols of German culture in our house – including guides to the German Parliament featuring Dr. Ludwig Haas and books on world history.

Our farmhouse featured Wiener schnitzel, gherkins, sauerkraut and wine and other cuisine my Anglocentric mother learnt about from the family of a Wellington based Berlin refugee banker. In our small farm community I became alert to Dad's sensitivity to the alien label, and false accusations that he was flashing lights through hills to U-boats. At university I became an activist for racial equality, a student newspaper editor, editor of a monograph on the right to dissent, participant in the Jewish youth movement "Habonim" – and friends with other Jewish refugee families and migrants from Pacific islands.

Grandfather's politics came alive as Dad spoke to me in an interview I recorded in 1971. Ludwig Haas sounded a special sort of man. His parliamentary career sounded unique: there were not many Jewish members of the Reichstag between the wars. Ludwig Marum was another. I did not get enough of the German Jewish story from Dad to see a whole tapestry. But the threads were colourful. Ludwig Haas had a pretty full life in the law, local, state and national government – and the related Parliaments and councils. He had turned down diplomatic assignments, and said he would not be defence minister – not a sensible role for a German Jew to fill.

Although Grandfather was not religiously observant, he fought fervently for Jewish rights and openly challenged the discrimination against Jewish soldiers during the First World War. His commitment to tolerance, and negotiating between left and right political party factions appealed to me.

Dad did not give me chapter and verse of the fears of the time around the Weimar Republic. He had been born in 1909. My father would have been a schoolboy at Salem when the German Jewish political leader and friend of my grandfather, Walter Rathe-

nau, was murdered. I wanted to hear more about the different viewpoints – but there was only so much time and energy in this treasured time with my father.

I grew up knowing that Dr. Ludwig Haas, our German grandfather, had anticipated the calamity that lay ahead and told our father to go as far away from home as he could. The year, according to family memories, was 1930, when Ludwig was dying of natural causes. As Barbro Harris, reference librarian at Victoria University in Wellington and close family friend said in her eulogy at the 2011 funeral of my brother, Dr. Lindsay Haas, in Wellington, New Zealand, “countless relatives and friends would have perished in the Holocaust” had the family not left Germany.

My eyes were opened about the legacy left by my grandfather when my brother and Barbro had translations made of the 1930 obituaries written in honor of Dr. Ludwig Haas. These appeared in major European newspapers and opinion was sourced to leading German figures, with opinions such as the death was a dark day for democracy. Quite frankly, I was moved and proud as I read comments from leaders such as Joseph Wirth and Theodor Heuss.

In 1933, following the appointment of Hitler as Reichskanzler, our father suspended his own law studies at Heidelberg University and left the country of his birth. By 1937 he had reached New Zealand, having worked on vineyards in France and sheep farms in England. He married Amelia Morris, whose parents had migrated to New Zealand from London when she was four. Karl and Amelia Haas settled on Salem farm a week before World War II. My brother Lindsay was born in 1940 and I followed in 1944. Each in our own ways continued to explore what our parents had left behind.

Dad said in our 1971 interview: “My father was an influential Parliamentarian in the post-World War I Weimar Republic period. He was one of very few Jewish members of the Reichstag, representing Baden in Berlin. He had been critical of the harsh World War I settlement terms in the Treaty of Versailles, fearful it would lead the German public to rise up as their difficulties increased. My father saw his worst fears realised as Adolf Hitler played on the fears of the public”. Dr. Ludwig Haas “woke up much earlier than anyone else and knew (for) Germany, the dangers of Hitler”.

Dad told me the real Hitler danger wouldn't have been apparent much before 1926–27. “And a lot of people said oh, it's a phase”. They said nothing will happen. “My father was always worried about it.”

Ludwig Haas died in 1930, and the worst happened afterwards. “A lot of people, I don't know, rightly or wrongly, I believe rightly, believed that if he would have been alive in his full power the history of Germany might have been very different” Karl Haas said in the 1971 tape. Personal friends and acquaintances held this view, Dad said.

My wife Tricia, daughter of a NZ World War I gunner, Joe Donnelly, and I visited Germany first in 1980, revisited in 2009 and then again in 2014. On our first trip we met Dr. Ernst Adler in Karlsruhe, the former junior law clerk in the law practice of Dr. Ludwig Haas. Dr. Adler encouraged me to use the papers of and about my grandfather in the archives of the nearby Stuttgart Town Hall. I was not emotionally or practically then ready to invest part of my life to explore German history – I had still to work

through my negative sentiments about what Germany had done to my people. I also had more constructive things to do on my Pacific journey, Being Palangi.

The same year, Tricia and I had attended an annual Frankfurt Book Fair. At that time I was also made a guest of the German organisation Inter Nationes: the then German Ambassador to New Zealand, Herr Steiger made the connection to help me explore and perhaps to communicate about my family.

While in Karlsruhe in 2009, we had a look at the former Haas family former home, a two storey structure on Hubschstrasse. Our visit also included a trip to the Salem school that my father had attended. Staff there not only unearthed documents about Karl and his father Ludwig – they also opened up ideas that could be followed up. One that came to me was to establish connections between Outward Board at Anakiwa in New Zealand and the Salem institution. The Outward Bound idea, with its emphasis on self-reliance, indeed went forth from the founder of Salem, Kurt Hahn, much admired by my father Karl Haas.

During our 2014 Karlsruhe sojourn, writer Martin Achtnich introduced us to Mayor Obert, who stressed that it is still important to study Ludwig Haas in order to understand Weimar and democracy. On this occasion we also visited institutions with an interest in the private and public life of Ludwig Haas – particularly the Jewish Museum Berlin, the Commission for the History of Parliamentarianism (KGParl), as well as various libraries and state archives. These visits helped me better understand my German side, an understanding that is an ongoing process.

Dad may not have spoken much about his memories and his father's public life. But the books and furniture my grandmother had sent to Salem farmhouse, Pahiatua, North Island, New Zealand, from the Karlsruhe family home, spoke volumes.

My life has most certainly been influenced by the values of Ludwig Haas. My commitment to citizenship education, particularly for New Zealand and its neighbourhood, is strengthened when I read from the *Frankfurter Zeitung* that my grandfather worked to “salvage the honour of politicians and parliamentarians and this, at a time when spiritual and human inadequacies foster the contempt for politics and the parliamentary system.”

Ludwig Haas saw himself as a German Jew. He expressed this idea in a lecture given on 17 May 1913 on the topic of “being a German Jew in the army”.

“We know that we belong to the German cultural community – we cannot belong to any other, because German culture is simply the only one we have. We know that we were raised as Germans, we know that we have been imprinted by German poetry, art and literature. Our language is German; the country in which we and our forefathers have lived for so long is Germany; we know no other country as our home – so how could we have any other national feelings?”

His attachment to Judaism, which was genuine and sincere, can be seen from his attitude to the traditional values of the Jewish community. Aunt Judith Schrag Haas said he deployed the same energy and conviction he devoted to the fight for equal rights for Jews in the state public service and army, in defending the continued existence of the Jewish religious community. And that her father was uncompromis-

ing on the subject of equal rights and recognition for Jews, including in the social sphere.

Values, such as advocacy for social justice that I learnt about from my grandfather's life, have guided my own approach to public life in New Zealand. Ludwig's quip "to be a statesman you have to be elected first" added to my understanding of the art of politics. Alerting my father to go away as far as possible from Hitler's Germany showed me the wisdom of anticipation in politics. Anti-discrimination initiatives within Germany gave me resolve and ideas for tolerance initiatives in New Zealand and its neighbourhood. Despite the urging from my mother that I follow my grandfather in studying law, I chose journalism, as Ludwig was also a widely published political commentator. clearly interested in designing and communicating policy ideas. So was I. My father would occasionally speak in favour of Jews keeping their heads down as a form of self defence. But I think he was pleased, in the memory of his father, that I was willing to lift my head above the parapets.

At age 27 in 1971, thanks to the interview I did with my father, I had become strongly aware of the political, governmental, legal, diplomatic, religious, idealistic, cultural, culinary and family values and activities of my grandfather Ludwig Haas. The values I and activities that mattered to him, have also mattered to me, decades later and on the other side of the globe.

Soziales Engagement und aktives Staatsbürgertum. Ludwig Haas und seine Familie – Biografische Skizzen

Lebensbilder der eigenen Vorfahren und Verwandten zu entwerfen ist eine faszinierende und zugleich frustrierende Aufgabe.¹ So gegenwärtig sie alle durch Bilder und Anekdoten erscheinen, so ungreifbar sind sie doch in der Ferne der Erinnerungen wie der geografischen Distanz. Die uns vorliegenden Texte, Briefe und Nachrufe beleuchten unterschiedliche Aspekte der Lebenswege, geben dabei aber nur spärliche Hinweise auf die Motive wegweisender Entscheidungen. Bei aller Vieldeutigkeit autobiografischer Überlieferung lassen sich aber doch recht klare Konturen dieser Familiengeschichte erkennen. Als gemeinsamer Nenner sticht Bürgersinn hervor, verstanden als soziale Verpflichtung, bei vielen verbunden mit der Gabe, diesem Engagement Worte zu verleihen. Anthony Haas, Initiator der vorliegenden Publikation, beschreibt die Gemeinsamkeit all dieser Lebensgeschichten mit dem von Kurt Hahn geprägten Begriff als »aktives Staatsbürgertum«.

1. Das Elternhaus und die Vorfahren

Im Leben der Kinder Ludwig und Marie war die Mutter der ruhende Pol: *Rosa (Rachel) Haas*, geborene *Marx* (1851²–1940). Seit meiner Kindheit war sie auch mir vertraut durch ein ungemein sprechendes Portrait aus der Hand des Karlsruher Malers Oskar H. Hagemann (1888–1984). Das Leben hat Rosa Tapferkeit abverlangt, sie wurde aber nicht bitter darüber.

Wie die Enkelin Judith betont, »war die mütterliche Seite der Familie seit einigen Jahrhunderten in Deutschland ansässig gewesen.«³ Jeffrey A. Marx führt in seiner Genealogie diese Linie bis auf den in Heidelberg wohnhaften Kaufmann *Mordechai* (ca. 1705–1768) zurück⁴, der wie alle Juden in seiner Berufstätigkeit auf den Handel verwiesen war.⁵ Es deutet auf ein gewisses Vermögen hin, dass sich sein Sohn *Ra-*

¹ Die Autorin ist eine Urenkelin von Marie Schloß-Haas und lebt in der französischen Schweiz.

² W. ACHTNICH, Ahnentafel, 1987. Ich halte an diesem Geburtsjahr fest, während J. A. MARX, *The Marx Story*, 2015, S. 121, Anm. 374, mit Hinweis auf die Bruchsaler Matrikel als Geburtsjahr 1850 angibt.

³ *Erinnerungen an meinen Vater*, verfasst von Judith Schrag-Haas [ca. 1949], Typoskript, hier S. 2 (im Folgenden zitiert als J. SCHRAG-HAAS, *Erinnerungen* [o. D.]), in: Stadtarchiv Karlsruhe (StA KA) 8/StS 13 Nr. 485. Vgl. dazu die gekürzte publizierte Version DIES., Ludwig Haas, 1961.

⁴ J. A. MARX, *The Marx Story*, 2015, S. 5 u. S. 118, Anm. 340.

⁵ J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 36.

phael (1730–1807) in Bruchsal niederlassen konnte, da im Bistum Speyer die Anforderungen für einen Schutzbrief zunehmend verschärft wurden.⁶ Anlässlich des badischen Judenedikts von 1809 über die »Annahme erblicher Zunamen« entschied sich Raphael – wie andere jüdische Familien auch – für den Nachnamen *Marx*, die deutsche Form von *Mordechai*.⁷ Bei seinem Sohn *Maier Marx* (1776–1865) finden wir bereits das eingangs erwähnte Engagement für die Allgemeinheit: Maier war 1812 Mitbegründer der »Werbekasse«, die für den Loskauf der zum Militärdienst eingezogenen jungen Gemeindemitglieder geschaffen worden war.⁸ Wie viele der sich in Bruchsal etablierenden Juden war er im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten tätig.

In den Jahren nach Einführung der Gewerbefreiheit im Großherzogtum Baden 1862 begann sein Sohn *Moritz (Mordechai, Morsche) Marx* (1812–1905) wie andere Getreidehändler, Gerste aus dem Umland zu Malz zu verarbeiten. Es handelte sich um Saisonbetriebe, die nur wenige Arbeiter beschäftigten. Die verkehrsgünstig gelegene Stadt Bruchsal entwickelte sich in diesen Jahren zu einem bedeutenden Handelsplatz für Getreide.⁹

Der Malzfabrikant Moritz Marx, Großvater von Ludwig Haas, war ein Vertreter jener Generation, die den Schritt in die bürgerliche Emanzipation wagte und dennoch in der tradierten Religiosität verankert blieb.¹⁰ 1839 heiratete Moritz seine Kusine *Babette (Rachel) Uhlfelder* (1816–1904), Tochter des frommen und gelehrten Kaufmanns »Rabbi« *Josef (Maennlein) Uhlfelder* in Bruchsal¹¹. Das Paar muss im Revolutionsjahr 1848 den »Bruchsaler Judensturm« erlebt haben, als es zu pogromartigen Ausschreitungen der Landbevölkerung kam.¹²

Die Hoffnung auf eine Verbesserung des Status der Juden innerhalb von Gesellschaft und Staat erfüllte sich 1862 in Baden mit der Annahme des Gesetzes »über die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten«.¹³ Der jüdische Landtagsabgeordnete Rudolf Kusel (1809–1890) äußerte seinen Dank angesichts der nun gewährten Gleichberechtigung

⁶ Verlangt wurde ein Vermögen von mindestens 400 Gulden: J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 64; Mordechai in Heidelberg wird 1744 in der obersten Vermögensklasse aufgelistet: J. A. MARX, *The Marx Story*, 2015, S. 79, Anm. 9; zu Raphaels Niederlassung in Bruchsal: ebd., S. 101, Anm. 223.

⁷ J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 72 f.; J. A. MARX, *The Marx Story*, 2015, S. 7 u. S. 79, Anm. 7.

⁸ B. ROSENTHAL, *Familiengeschichte*, 1930, S. 5.

⁹ P. RIFFEL, *Wirtschaftliche Entwicklung*, 1930, S. 43–73; J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 136, 145.

¹⁰ So auch M. DOCTOR, *Trauerrede*, 1905, S. 3 f.

¹¹ J. A. MARX, *The Marx Story*, 2015, S. 32. – »Rabbi« verweist hier nur auf die Ausbildung und Gelehrsamkeit und ist kein Amtstitel; siehe auch B. ROSENTHAL, *Familiengeschichte*, 1930, S. 5: »Ob er [wie seine Brüder] ursprünglich auch Privatlehrer war, ließ sich nicht feststellen. Der Chawertitel, den er wegen hervorragenden jüdischen Wissens verliehen bekommen hatte, ließ allerdings darauf schließen.« – In Bruchsal wird er als »Handelsmann« bezeichnet: Auskunft von Dr. Joachim Hahn, E-Mail v. 03.10.2015.

¹² J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 99–102.

¹³ Ebd., S. 107–112.

und unterstrich: »Die Juden sind keine Fremdlinge, wie behauptet wurde; sie haben Jahrhunderte lang mit ihren christlichen Mitbürgern Freud und Leid redlich geteilt, sie erkennen kein anderes Vaterland an als Deutschland.«¹⁴ Kusel war der erste Jude, der nach der Aufhebung der Wahlrechtsbeschränkungen für Juden 1861 in die Zweite Kammer des badischen Landtags gewählt wurde. Diese Dankbarkeit für das nun Erreichte gab auch den Vertretern der Familie Marx neue Impulse: »Die Assimilation war stark. Mit Lust und Freude trat diese Generation in das deutsche öffentliche Leben ein, erfolgreiche Männer setzten ihre Ehre daran, Stadträte und Stadtverordnete zu werden, in der Handelskammer zu führen, in den Berufsorganisationen mitzuarbeiten und überall in Reih und Glied mit ihren nichtjüdischen Mitbürgern zu stehen«, so der Sohn des der Familie eng verbundenen Bruchsaler Rabbiners Josef Eschelbacher (1848–1916).¹⁵

»Judenhetze« und gewalttätige Übergriffe im Jahr 1882¹⁶ hinderten Moritz Marx nicht daran, 1890 den Neubau seines Fabrikgebäudes an der Kaiserstraße 27 in Angriff zu nehmen. Es ist einer der wenigen Bauten, die noch heute – trotz der massiven Zerstörung der Stadt durch die Bombardierung am 1. März 1945 – von jenen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs und ungebrochenen Zukunftsglaubens zeugen.¹⁷ Moritz Marx war zeitlebens aktiv am bürgerlichen und religiösen Leben Bruchsals beteiligt als Stadtverordneter, Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse, Mitglied des Synagogenrats und Vorsteher der jüdischen Gemeinde, Ältester der Bezirkssynagoge, und im Vorstand des Waisenvereins. Im Jahr 1899 feierte das Ehepaar diamantene Hochzeit, und bei dieser Gelegenheit wurde Moritz Marx für seine Verdienste durch den Geheimen Regierungsrat Lang das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen überreicht.¹⁸

Rabbiner Dr. Max Doctor (1870–1918) hob 1905 beim Begräbnis von Moritz Marx dessen »Seelentiefe und Gemütsinnigkeit« hervor: »Seine Schlichtheit und seine Bescheidenheit, sein kluger Verstand, seine treffende Ausdrucksweise und die wohlwollende, gesunde Auffassung, die er von Sachen und Personen hatte, erwarben ihm in Verbindung mit der unverwüstlichen, fröhlichen Heiterkeit seines Gemütes die Herzen derer, die zu ihm in eine Beziehung traten.«¹⁹ Sein Enkel Ludwig Haas war zu diesem Zeitpunkt bereits junger engagierter Anwalt in Karlsruhe. Man darf annehmen, dass ihn die »gewinnende Persönlichkeit«²⁰ des sozial engagierten Großvaters beeindruckt und geformt hat.

Moritz' Tochter Rosa heiratete als 25-jährige den Emmendinger Weinhändler *Julius Haas* (1845–1888). Dieser stammte ebenfalls aus einer seit Generationen in Baden ansässigen Familie.²¹ Das ruhige Selbstverständnis der Familie Haas lässt sich zurück-

¹⁴ Ebd., S. 112.

¹⁵ MAX ESCHELBACHER, *Erinnerungen*, zitiert bei J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 129.

¹⁶ Ebd., S. 186 f.

¹⁷ Abbildung ebd., S. 145.

¹⁸ »Personalien. Bruchsal«, in: DER ISRAELIT, 02.II.1899, Nr. 2, S. 1819.

¹⁹ M. DOCTOR, *Trauerrede*, 1905, S. 5 f.

²⁰ Ebd., S. 4.

²¹ Nathan Dukas Haas (1767–1848), Handelsmann, seit 1793 Schutzbürger von Emmendingen. Er war Pferdehändler, Grundstücksbesitzer in mehreren Gemarkungen, Vorsteher der Gemeinde seit 1819; er »muss eine dynamische Persönlichkeit gewesen sein, erfolgreich als Geschäftsmann, unermüdlich tätig für die Gemeinde beim Neubau der Synagoge und bei der Errichtung der isra-

führen auf den besonderen Geist, der in Emmendingen herrschte und zu dem Oberamtmann Johann Georg Schlosser (1739–1799) entscheidend beigetragen hatte. Seit dem 18. Jahrhundert war die kleine Stadt ein Ort des bürgerlichen Einvernehmens zwischen Christen verschiedenster Konfessionen – sogar Täufern – und eben auch Juden, die sich dort seit 1716 niederlassen durften.²² In Emmendingen wurden mehrfach Personen der Familie Haas zu Vorstehern der jüdischen Gemeinde gewählt, und *Liebmann* (*Lipman(n)*, *Lebrecht*) *Haas* (1802–1875), der Vater von Julius, hatte dieses Amt mehrfach inne²³. Er war Wein- und Viehhändler, mit »halb landwirtschaftlichem Betrieb, der neben großem Garten, auch noch Felder und etwa[s] Reben umfasste«. ²⁴ Seiner politischen Gesinnung nach war er Republikaner.²⁵ Dank der neuen Perspektiven, die sich den jüdischen Familien seit der Emanzipation eröffneten, war die Laufbahn seines Sohnes Julius Haas in einem gewissen Sinne vorgezeichnet: Wie seine Brüder begann er eine kaufmännische Ausbildung, die ihn unter anderem nach Paris führte²⁶, und spezialisierte sich dann im Weinhandel. Die Mutter, Liebmanns Ehefrau *Dusette* (*Tölza*) *Neumann* (1805–1878), war Enkelin von *Michael Levi-Neumann* aus Hohenems (Vorarlberg), den Kaiser Franz II. 1796 zum kaiserlichen Hoffaktor ernannt hatte²⁷ und dessen Söhne 1825 Schloss Randegg bei Gailingen am Hochrhein erwerben konnten.²⁸ Dusettes Vater *Cosmann* (*Koschel*) *Neumann* (1769–1842) war ebenfalls, wie der Vater ihres Ehemannes Liebmann, viele Jahre Vorsteher der jüdischen Gemeinde seines Wohnortes gewesen.²⁹ Dusette stand dem »großen und gastfreien Haushalt« vor: »Die in Randegg von alters her gepflogene Gastfreundschaft³⁰ muss [...] Dusette, soweit sie nicht schon im Haus Haas üblich gewesen, hin gepfflanzt oder doch sehr gepflegt haben [...], auch die Beziehungen zu den christlichen Mitbürgern, der Familie des Posthalters Kreglinger, des Oberamtmanns Fin-

elitären Schule«: K. GÜNTHER, *Jüdische Gemeinde*, 2011, S. 605 ff.; Für weitere Informationen zur Familie Haas vgl. M. SCHLOß, *Familiengeschichte*, 1930, S. 3.

²² M. SCHMÖLZ-HÄBERLEIN, *Vom Westfälischen Frieden*, 2006, S. 286 f.; K. GÜNTHER, *Jüdische Gemeinde*, 2011, S. 609.

²³ Von 1846 bis 1873 mit Unterbrechungen; auf ihn geht auch eine »Gebet- und Armenstiftung« zurück: K. GÜNTHER, *Jüdische Gemeinde*, 2011, S. 645 f., 664.

²⁴ M. SCHLOß, *Familiengeschichte*, 1930, S. 8; Liebmann Haas kauft 1861 ein weiteres Grundstück: K. GÜNTHER, *Jüdische Gemeinde*, 2011, S. 636.

²⁵ H.-J. JENNE/U. SCHMIDT, *Emmendingen*, 2011, S. 36.

²⁶ M. SCHLOß, *Familiengeschichte*, 1930, S. 9.

²⁷ Michael Levi-Neumann (1740–1824) hatte sich in den Koalitionskriegen gegen Napoleon I. als Heereslieferant der österreichischen Armee verdient gemacht: B. ROSENTHAL, *Familiengeschichte*, 1930, S. 6, 8; vgl. Jüdisches Museum Berlin, *Konvolut 321 – Sammlung Ludwig Haas* (im Folgenden zitiert als JMB LH), Karton (K.) 5, Mappe (Mp.) 5.

²⁸ 1880 an Ferdinand von Hornstein verkauft: Auskunft von Otto Denzel (Markelfingen) an Fritz Schloß, 18.02.1965.

²⁹ B. ROSENTHAL, *Familiengeschichte*, 1930, S. 6. – Vgl. auch S. MOOS, *Juden im Hegaudorf Randegg*, 1986.

³⁰ Als Gäste erwähnt werden Bischöfe, Diplomaten, Generäle: »Die höchste Ehre wurde ihm zuteil, als Erzherzog Karl von Österreich anlässlich seiner Durchreise bei Levi einkehrte«: B. ROSENTHAL, *Familiengeschichte*, 1930, S. 8.

gado, der Theobalds und anderer waren sehr herzlich« – alles Namen angesehener Emmendinger Familien.³¹

Rosa Marx und Julius Haas stammten also beide aus lange in Baden ansässigen, in der örtlichen Gemeinschaft verwurzelten Familien. In beiden Familien gab es viele Mitglieder, die Verantwortung für das Gemeinwesen übernahmen.³² In diesem geistigen Klima war das Bestreben selbstverständlich, sich als »Bürger im besten Sinne des Wortes« zu erweisen.³³ Das Paar ließ sich in Freiburg im Breisgau nieder, wo die beiden Kinder geboren wurden: Marie (1872) und Ludwig (1875). Die Geschwister wuchsen in einem weiten Netz verwandtschaftlicher Beziehungen auf, das bis in die Schweiz und in die neue Welt reichte: zu Onkel Leopold, »der Mexikaner« genannt, und Michael, der in die Vereinigten Staaten von Amerika ausgewandert war.³⁴ Marie hält fest: »Ich erinnere mich auch deutlich der für unsere Mutter oft recht beschwerlichen, allzu großen Gastfreundschaft, so fleißig und gütig sie auch war.«³⁵ Julius' »hingebende Freundschaft« hebt auch der Rabbiner Grünebaum hervor: »Alles hätte er gerne herbeigeht, wenn man ihn besuchte; er glaubte nie dem Gaste genug thun zu können.«³⁶ Der Umzug innerhalb Freiburgs deutet auf eine günstige Entwicklung des Geschäftes hin.³⁷ 1883 zog die Familie nach Landau in der Pfalz, das in diesen Jahren einen großen Aufschwung erlebte und sich zum Zentrum des pfälzischen Weinhandels entwickelte. Nach Schleifung der Vauban'schen Befestigungsanlagen ließen sich mehrere der neu zugezogenen jüdischen Weinhändler an der Ringstraße nieder.³⁸ Julius Haas war einer der wenigen, die nicht selber aus der Pfalz stammten. »In redlicher Arbeit suchte er aus seinem Haus ein trautes Heim zu schaffen und seinen Kindern eine, den Bedürfnissen des Lebens angemessene, für eine würdige Zukunft bürgende Erziehung zu geben.«³⁹ Die Weinhandlung war kein großes Geschäft, alle Last trug der Inhaber Julius allein mit einem einzigen Gehilfen.⁴⁰

³¹ M. SCHLÖB, Familiengeschichte, 1930, S. 7 f.; Gustav Adolf Fingado, Oberamtman von Emmendingen 1850–1874; Ludwig von Theobald, Oberamtman 1884–1890: »Landkreis Emmendingen«, abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Landkreis_Emmendingen [04.10.2016]. – Christoph Kreglinger, Posthalter und Kronewirt: J.-J. JENNE/U. SCHMIDT, Emmendingen, 2011, S. 36, 44.

³² Weiterführende genealogische Angaben bei B. ROSENTHAL, Familiengeschichte, 1930, mit Hinweisen auf mehrere Hoffaktoren, auf Gelehrte, und für das Gemeinwohl engagierte Persönlichkeiten.

³³ So Marie über ihre Familie in M. SCHLÖB, Familiengeschichte, 1930, S. 11.

³⁴ Ebd., S. 9.

³⁵ Ebd., S. 10 f.

³⁶ E. GRÜNEBAUM, Standrede, 1888, [S. 2].

³⁷ Anfangs wohnte die Familie offenbar zur Miete; 1878 erwarb sie ein Haus an der Eisenbahnstraße: M. SCHLÖB, Familiengeschichte, 1930, S. 10; zu den Geschäftsbeziehungen des Weinhändlers vgl. JMB LH, K 5, Mp. 1.

³⁸ A. PICHOTTA, Jüdische Weinhändler, 2004, S. 41.

³⁹ E. GRÜNEBAUM, Standrede, 1888, [S. 1].

⁴⁰ Ebd.

Im Jahr 1880 lebten 433 Juden in Landau.⁴¹ Die Familie Haas wird die feierliche Einweihung des prächtigen Synagogenneubaus Anfang September 1884 miterlebt haben und 1886 die Auszeichnung des Rabbiners Dr. Elias Grünebaum, dem für seine Verdienste der Michaelsorden Zweiter Klasse verliehen wurde.⁴² Das Judentum der »mittelständischen bürgerlichen Familie«⁴³ Haas lässt sich als »liberal« oder »säkularisiert« bezeichnen. Die Tochter Marie erinnert sich an Sederfeiern und auch daran, dass die Mutter an hohen jüdischen Festtagen fastete, die Kinder wurden abends zum Beten angehalten mit den Versen von Luise Hensel »Müde bin ich, geh zur Ruh.«⁴⁴ Ansonsten scheint in der Familie kein »vertieftes Judentum« gelebt worden zu sein.⁴⁵ Dennoch besteht eine herzliche Vertrautheit mit der Familie des Rabbiners.⁴⁶ Und die großzügige Unterstützung der örtlichen Armen war Julius Haas »ein Gebot des Herzens«. Seine Wohltätigkeit wurde als »alles umfassend« gekennzeichnet: »Die gotteslästerliche Racenunterscheidung kannte er nicht [...], er fragte den Sammler nie, für wen? Sondern nur wie viel?«⁴⁷ Marie empfand ihr Elternhaus als einen vom »Geist der Ehrfurcht« geprägten Ort.⁴⁸

Hatten die für das lokale Gemeinwesen engagierten Vorfahren und Verwandten »keinen allzu regen Anteil an den Geschehnissen der großen Politik genommen«⁴⁹, so muss das im Hause von Julius Haas anders gewesen sein. Dort zeigte man lebhaftes Interesse für das Zeitgeschehen und engagierte sich auch parteipolitisch: Julius war zuerst bei der »National[liberal]en Partei« und wurde später »ein überzeugter Anhänger des Fortschritts«.⁵⁰ Er pflegte politische Freundschaften mit bedeutenden Persönlichkeiten, vor allem mit dem »Haus Lasker«⁵¹ und insbesondere mit Eduard

⁴¹ M. MARTIN, *Die jüdische Gemeinde*, 2004, S. 31 f.

⁴² »Landau (Rheinland Pfalz)«, in: Lexikon der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum [online], hrsg. v. KLAUS-DIETER ALICKE, [2014], abrufbar unter: <http://juedische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/k-l/1145-landau-rheinland-pfalz> [28.08.2015]; zu weiteren Ordensverleihungen vgl. J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 119 u. S. 392, Anm. 436.

⁴³ M. POHL, *Ludwig Haas*, 2009, S. 245.

⁴⁴ Das Gebetbuch wird Rosa Haas bis in ihre letzten Tage begleiten: mündliche Mitteilung von Brigitte Schloß 2013.

⁴⁵ M. SCHLOß, *Judenchristin*, [1944], S. 1 f., S. 5; »Sie [Rosa Haas-Marx] war eine Jüdin, eine liberale, aber eigentlich so ziemlich alles Religiöse ablehnende Jüdin. Sie las zwar in ihrem Gebetbuch, ging auch hin und wieder zur Synagoge, aber im Ganzen war sie allem abhold, vor allem, was irgendwie dazu noch orthodox war«: E. SCHLOß, *Trauerfeier*, 1940, S. 1.

⁴⁶ »Mit Verehrung gedenke ich, aus jenen Jahren des Bruchsaler Rabbiners und seiner Familie«: M. SCHLOß, *Judenchristin*, [1944], S. 5. Zu Schloß' *Judenchristin* vgl. unten Anm. 252.

⁴⁷ E. GRÜNEBAUM, *Standrede*, 1888, [S. 2].

⁴⁸ M. SCHLOß, *Judenchristin*, [1944], S. 5.

⁴⁹ DIES., *Familiengeschichte*, 1930, S. 11.

⁵⁰ DIES., *Judenchristin*, [1944], S. 3; DIES., *Familiengeschichte*, 1930, S. 12.

⁵¹ »[...] die Beziehungen zu Eduard Lasker selbst, der mehrfach seine Ferien bei seinem Bruder Max, auf dem Rebhaus, verbrachte«: DIES., *Familiengeschichte*, 1930, S. 11; Max Daniel Lasker (1827–1910), aus Posen über London nach Freiburg im Breisgau emigriert, eröffnet dort eine Lederfabrik und ist »ein geachteter Bürger«: R. SCHUDER, *Fremdling*, 2008, S. 134; Eduard Lasker erleidet im Februar 1875 einen schweren Zusammenbruch und erholt sich im Hause seines Bruders bis in den Sommer hinein: A. LAUFS, *Eduard Lasker*, 1984, S. 29, 79 f.

Lasker (1829–1884), »der die Unbequemlichkeit begangen hatte [...] aus Wahrheitsliebe und Verantwortlichkeitsgefühl auf Krebschäden des damaligen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben hinzuweisen.«⁵² Laskers anfängliche Nähe zu Bismarck soll Julius auch einmal eine Begegnung mit dem Reichskanzler ermöglicht haben. In Landau gehörten der pfälzische Zentrumsführer Rechtsanwalt Dr. Joseph Kugler⁵³ und der spätere Reichstagsabgeordnete des Zentrums, der »Priesterpolitiker« Franz Xaver Schädler (1852–1913), damals noch Lehrer für Religion und Mathematik am Landauer Gymnasium, zum Freundeskreis der Familie.⁵⁴ Durch diese Freundschaften des Vaters, so erinnert sich Marie Schloß Jahrzehnte später, »erwachte in uns heranwachsenden Kindern schon recht früh die Erkenntnis, wie grundverkehrt die übliche dumme Betrachtung und Verachtung anders gerichteter politischer Meinungen und Weltanschauungen ist.«⁵⁵

Erst 43-jährig verstarb Julius am 26. Dezember 1888 nach kurzem, schwerem Leiden. Die Witwe zog mit den beiden Kindern wieder in ihre Heimatstadt Bruchsal, in die Nähe der Eltern, nach dem Tod der Mutter 1904 dann ganz zum betagten Vater.⁵⁶ In Bruchsal lebte die Familie nun in einer »fast ausschließlich jüdischen Umwelt«⁵⁷. Es war die »Ära Josef Eschelbacher«, in der 1880 eine neue Synagoge errichtet und 1888 der *Landesverein zur Erziehung israelitischer Waisen im Großherzogtum Baden* gegründet wurde.⁵⁸ »Mit Verehrung gedenke ich aus jenen Jahren des Bruchsaler Rabbiners und seiner Familie«, wird Marie festhalten.⁵⁹ Im Hause Eschelbacher begegnete Rosa und ihren Kindern »echte Frömmigkeit und Aufopferung für die Nächsten, Nächsten in sehr erweitertem Sinne genommen«.⁶⁰ Eine Vielzahl von Vereinen spiegelte das sozialpolitische Engagement der Bruchsaler jüdischen Gemeinde: so der israelitische Kranken- und Wohltätigkeitsverein, der Armenverein und der Frauenverein.⁶¹ Eschelbacher beeindruckte Marie wohl auch durch seine intellektuelle Aufgeschlossenheit. Zwischen Orthodoxie und Liberalismus vermittelnd, beschäftigte er sich außerdem mit dem Protestantismus eines Adolf von Harnack. Er war kein Stubengelehrter, sondern stellte sich »den Tagesfragen des deut-

⁵² M. SCHLOR, *Judenchristin*, [1944], S. 4.

⁵³ Er war später Beivormund der Halbweisen Ludwig und Marie: M. SCHLOR, *Familiengeschichte*, 1930, S. 12; ihm wird Ludwig Haas seine juristische Dissertation widmen. Gesetzlicher Vormund war der Schwager des Vaters: Ludwig Kuhn (geb. 1855), Zigarrenfabrikant in Bruchsal: Mitteilung von Brigitte Schloß; W. ACHTNICH, *Nachfahrtentafel*, 1987, S. 3.

⁵⁴ M. SCHLOR, *Familiengeschichte*, 1930, S. 12; »Franz Xaver Schädler«, abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Xaver_Schädler [01. 10. 2016].

⁵⁵ M. SCHLOR, *Familiengeschichte*, 1930, S. 12.

⁵⁶ Kurz vor dessen Hinscheiden: M. DOCTOR, *Trauerrede*, 1905, S. 5.

⁵⁷ M. SCHLOR, *Erinnerungen*, 1930, S. 4; 1875 lebten in Bruchsal 609 Juden (5,6%): J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 91.

⁵⁸ Dr. phil. Josef Eschelbacher (1848–1916), Rabbiner in Bruchsal 1876–1900: ebd., S. 115 ff. – Zu den großzügigen Stiftern zugunsten des Vereins gehörte auch Moritz Marx: ebd., S. 128.

⁵⁹ M. SCHLOR, *Judenchristin*, [1944], S. 5.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 170.

schen Judentums«⁶². Eschelbacher vertrat die später auch bei Ludwig Haas sehr ausgeprägte Überzeugung, dass die endlich erworbene Gleichberechtigung sich nur dann entfalten könne, »wenn die Juden, ohne ihre bewusste Zugehörigkeit zum Judentum preiszugeben, durch Wort und Tat sich als Deutsche« bekennen.⁶³ Im Sinne ihres Rabbi bezeugte die Bruchsaler jüdische Gemeinde ihre deutsch-nationale Gesinnung in feierlichen Gottesdiensten, die zu Ehren des Kaisers und des Großherzogs abgehalten wurden.⁶⁴

Jürgen Stude spricht von der gelungenen »Integration der Bruchsaler Judenschaft in das Leben der Stadt«⁶⁵. Umso besorgter muss die Familie Marx jedoch den zunehmenden Antisemitismus wahrgenommen haben. Die Tochter erinnert sich an Diskussionen über den Hofprediger Adolf Stöcker, der auch in Bruchsal Resonanz fand in einem 1892 gegründeten antisemitischen Ortsverein.⁶⁶ Stöckers Deutsch-Soziale Partei erreichte bei der Reichstagswahl 1893 in Bruchsal 6 Prozent der Stimmen und hielt dort im gleichen Jahr ihren badischen Parteitag ab.⁶⁷

Nach der Heirat der Kinder (Marie 1893, Ludwig 1902) und dem Tod der Eltern (Babette 1904, Moritz 1905) blieb Rosa Haas zunächst in Bruchsal wohnen, um dann 1914 in die Karlsruher Weststadt in die Dachgeschosswohnung des gleichen Neubaus zu ziehen, in dem sich damals ihr Sohn Ludwig mit seiner Familie einmietete.⁶⁸ Über die Jahre in Karlsruhe ist nicht viel bekannt. Rosa scheint ausweislich des Karlsruher Adressbuches erst einen, später zwei weitere Mieter im vierten Geschoss als Mitbewohner neben sich gehabt zu haben. Danach zog sie offenbar zu ihrer Schwiegertochter.⁶⁹ Der Entschluss zur Emigration in die Schweiz reifte erst spät und wurde zunehmend durch administrative wie finanzielle Auswanderungsbeschränkungen beidseits der Grenzen erschwert. Ein Unfall zögerte die Reise der 87-Jährigen zum Enkel Erwin in Bern hinaus.⁷⁰ Zwei Tage vor der »Reichskristallnacht« hat sie ein anonymer Anrufer gewarnt: »Frau Haas, Sie sind noch da? Gehen Sie!«⁷¹ In Bern erlebte Rosa Haas den Kriegsbeginn – und blieb dabei der gütige Ruhepol der Familie. Im Zusam-

⁶² Ebd., S. 118.

⁶³ P. J. SCHRAG, *Heimatkunde*, 1979, zitiert bei J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 119; zu Eschelbachers Engagement gegen antijüdische Hetze: ebd. S. 189 ff.

⁶⁴ »Bruchsal (Baden-Württemberg)«, in: *Lexikon der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum* [online], hrsg. v. KLAUS-DIETER ALICKE, [2014], abrufbar unter: <http://juedische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/a-b/482-bruchsal-baden-wuerttemberg> [28.08.2015].

⁶⁵ J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 121.

⁶⁶ M. SCHLOSS, *Judenchristin*, [1944], S. 3; J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 188.

⁶⁷ Ebd., S. 192.

⁶⁸ In der Hübschstrasse 19, in der Rosa Haas im vierten Stock, Ludwig und Josefine Haas im dritten Stock wohnten: *Adressbuch für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe 1914*.

⁶⁹ Nach dem Adressbuch Karlsruhe lebte sie bis 1937 im vierten Stock und hatte laut Mitteilung von Brigitte Schloß bereits die Einreiseerlaubnis für die Schweiz erhalten.

⁷⁰ Wahrscheinlich erlitt sie einen Oberschenkelhalsbruch infolge eines Autounfalls: Anni Hoch an Karl Haas, 05.01.1938, in: JMB LH, K 4, Mp. 7.

⁷¹ Wiederholte mündliche Mitteilung von Erdmuth Achtnich-Schloß und Brigitte Schloß, zuletzt August 2013. Weitere Beispiele für rechtzeitige Warnungen bei J. WERNER, *Hakenkreuz und Judenstern*, 1988, S. 194.

menleben mit ihrem Enkel Erwin fand Rosa innerlich zum Christentum.⁷² Ihre zugleich ermahnenen wie aufmunternden letzten Worte werden die Urenkelin Brigitte in ihrem Leben begleiten. Beim Abschiednehmen rief die Sterbende ihren Enkel Erwin noch einmal herbei: »Sag ihnen, sie sollen zufrieden sein.« – Rosa Haas verstarb am 8. Januar 1940, der israelitische Friedhof der Stadt Bern wurde ihre letzte Ruhestätte.

2. Ludwig Leo Haas (1875–1930)

Über seinen Entwicklungsweg könnte man wohl den Leitbegriff der »Resilienz« setzen. Geboren am 16. April 1875 in Freiburg im Breisgau, erlebt er innerhalb der Stadt den Umzug von Bertoldstraße 48 in die Eisenbahnstraße 45 (1878), von dort in die Nummer 49 (1882/3)⁷³ und im Jahr darauf nach Landau in der Pfalz. Der damals Neunjährige muss sich neu in einen Klassenverband einfügen (Volksschule, 1881 in Freiburg begonnen). Der kleine Ludwig leidet an einem Sprachfehler: mit vier Jahren erst beginnt er zu sprechen und stottert, so dass er »das Gespött der anderen Kinder« wird; er braucht Unterstützung durch einen Sprachlehrer.⁷⁴ Im Alter von dreizehn Jahren verliert Ludwig seinen Vater. An dessen Grab ruft ihm der Landauer Rabbiner zu: »Sei immer brav und fleißig und arbeite an der Vervollkommnung Deines Geistes und Deines Herzens, auf dass Du einst als würdiger Mann im Leben dastehst zur Freude Deiner Mutter und zur Ehre Deines seligen Vaters«, der »ein außerordentlich gültiger und besonders liebenswürdiger Mann« war.⁷⁵

Unmittelbar nach diesem Schock verändern sich die Lebensumstände erneut und grundlegend durch die Niederlassung der Familie in Bruchsal. Hier tritt Ludwig ins humanistische Gymnasium ein, er ist aber – erklärlicherweise – »gleich in der Sexta sitzengeblieben«.⁷⁶

Von 1894 an studiert er Rechtswissenschaft in Heidelberg, München und Freiburg, wo er 1898 bei Prof. Dr. Richard Schmidt zum Dr. jur. promoviert mit einer Studie unter dem Titel »Die Mehrtäterschaft«. Ludwigs Entscheidung für ein Jura-studium entsprach einem Trend in seiner Generation: 1907 waren 7 Prozent der deutschen Juristen jüdischer Herkunft.⁷⁷ 1901 lässt sich Ludwig Haas als Rechtsanwalt in

⁷² E. SCHLOß, Trauerfeier, 1940, S. 2 f.

⁷³ Adreßbuch der Stadt Freiburg, 1878, abrufbar unter: dlub.uni-freiburg.de/diglit/adrt878 [21.09.2016]; resp. 1882, 1883.

⁷⁴ J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 2.

⁷⁵ E. GRÜNEBAUM, Standrede, 1888, [S. 3] – J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 3.

⁷⁶ 1884–1894, heutiges Schönborn-Gymnasium, Schulleiter Jürgen Mittag, E-Mail v. 07.09.2015. – J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 7; Grund waren wahrscheinlich seine Lateinkenntnisse: [M. SCHLOß?], Loll und Schossel, [1902], f. 1 v., 2 r.

⁷⁷ J. STUDE, Juden in Bruchsal, 2007, S. 139. 1933 sind in Karlsruhe 40,5 % der Rechtsanwälte und Notare jüdischer Herkunft (im Reich 16,25 %): J. WERNER, Hakenkreuz und Judenstern, 1988, S. 28.

Karlsruhe nieder und wird rasch bekannt und geschätzt.⁷⁸ Wie Ludwig Luckemeyer zu Recht betont, hat diese gut gehende Kanzlei Ludwig Haas die notwendige wirtschaftliche Unabhängigkeit für seine politische Tätigkeit verschafft.⁷⁹

Der früh verstorbene Vater scheint seinem Sohn das politische Interesse vererbt zu haben. Schon als Neunjähriger schwärmt Ludwig für Napoleon und ist »Soz – blutrot«.⁸⁰ Und auch später wird er »stets ... auf dem linken Flügel seiner Partei« stehen.⁸¹ Für seinen Werdegang nennt seine Tochter Judith als inspirierende politische Persönlichkeiten: Conrad Haußmann (1857–1922) (Befürworter einer friedlichen Regelung der internationalen Konflikte⁸²), Friedrich von Payer (1847–1931) (»Patriarch der württembergischen Demokraten«⁸³), Dr. Karl Heimbürger (Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei im badischen Landtag) und Martin Venedey (1860–1934) (»streitbarer Befürworter der demokratischen Republik«⁸⁴).⁸⁵

1902 heiratet Ludwig Haas seine entfernte Kusine Josefine Mayer (Maier), genannt Josel; 1903 wird die Tochter Judith Anna, 1909 der Sohn Karl Julius geboren. Das Ehepaar führt die Tradition der Gastfreundschaft fort und hat ein offenes Haus. Die Tochter Judith erinnert sich an Gäste wie den bereits genannten Conrad Haußmann, die DDP-Politikerinnen Marie Elisabeth Lüders und Getrud Bäumer, Prinz Max von Baden (noch vor seiner Zeit als Reichskanzler) und Dr. Joseph Wirth, den Zentrumspolitiker und Freund des Vaters.⁸⁶

Der junge Anwalt engagiert sich in der Demokratischen Partei Badens (Demokratischer Verein), dann in der 1910 gegründeten linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei. Ludwig Haas hat hohe politische Ziele – Menschenrechte, parlamentarische Demokratie, Rechtsstaat – und verliert doch den Einzelnen nicht aus den Augen: die Frauen, die Arbeiterschaft, die jüdischen Mitbürger.⁸⁷ Im November 1918 schließlich gehört Ludwig Haas in Baden als »einer der profiliertesten Freisinnigen« zu den Gründern der Deutschen Demokratischen Partei (DDP).⁸⁸

⁷⁸ Seine Kanzlei befindet sich an der Kaiserstraße, danach Herrenstraße und zuletzt Ritterstraße; Socii sind die Rechtsanwälte Dr. Joseph Hug, Dr. Raphael Strauss, Dr. Fritz Oppenheimer und Dr. Hermann Kessler. M. ACHTNICH, Ludwig Haas, 2012, S. 3.

⁷⁹ L. LUCKEMEYER, Ludwig Haas, 1971, S. 161.

⁸⁰ [M. SCHLOS?], Loll und Schossel [1902], f. 1 v.

⁸¹ L. LUCKEMEYER, DDP, 1975, S. 139.

⁸² »Haußmann, Conrad«, hrsg. v. Deutsche Biographie, [o. D.], abrufbar unter: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118547208.html> [04.10.2016].

⁸³ L. LUCKEMEYER, DDP, 1975, S. 29.

⁸⁴ »Martin Venedey«, abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Martin_Venedey [04.10.2016].

⁸⁵ J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 6; weitere Namen bei L. LUCKEMEYER, DDP, 1975, S. 125; Hermann Hummel, Otto Fischbeck, Ernst Müller-Meiningen, Georg Gothein.

⁸⁶ J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 15. – Es ist auffallend, wie viele der von Luckemeyer befragten Zeitzeugen gute Freunde von Ludwig Haas waren: L. LUCKEMEYER, Ludwig Haas, 1971, passim.

⁸⁷ M. POHL, Ludwig Haas, 2009, S. 246.

⁸⁸ L. LUCKEMEYER, DDP, 1975, S. 214 u. S. 125.

Seine Haltung als »aktiver Staatsbürger« lässt ihn Verantwortung übernehmen, vorerst auf kommunaler Ebene, als ehrenamtlicher Stadtrat in Karlsruhe (1908 bis 1919). Noch vor dem Umsturz in Baden wird er im Oktober 1918 vom Großherzog zum Innenminister ernannt. Das gleiche Amt überträgt ihm am 10. November die badische Vorläufige Volksregierung (bis April 1919).⁸⁹ Die Rolle von Haas beim friedlichen Übergang zur Demokratie in Baden wird von Zeitgenossen und Historikern hervorgehoben. Seit 1912 ist er außerdem Mitglied des Reichstags (vorerst als Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, später der DDP), und dieses Engagement auf Reichsebene wird im Zentrum seiner weiteren Karriere stehen.

Ludwig Haas ist außerdem in all diesen Jahren als Redner und publizistisch aktiv. Im Nachlass seines Sohnes findet sich eine umfassende Sammlung von Artikeln in der *Hilfe*, in der *Deutschen Republik*, im *Berliner Tageblatt* – in Presseorganen also, die der DDP nahestehen. Die im *Semi-Kürschner* erwähnte Mitgliedschaft bei einer Loge⁹⁰ scheint dagegen marginal zu sein, auch wenn Ludwig Haas deren ideelle Ausrichtung teilt. 1921 spricht er (als Gastredner?) bei den logenähnlich organisierten, philanthropischen Odd Fellows in Berlin: »Liebe Brüder und Schwestern [...] Es kann nur Errettung kommen, wenn der Einzelne seinen Egoismus und die Völker ihren National-Egoismus über die Berge werfen. Durch Verbreitung dieser Lehre leisten wir unserem deutschen Vaterland und vor allem der ganzen Menschheit einen großen Dienst.«⁹¹

Zugleich muss Ludwig Haas, der Pendler zwischen Berlin und Karlsruhe, ein unermüdlicher Leser gewesen sein. Davon legt seine Bibliothek beredtes Zeugnis ab. Neben Erzählungen und Novellen von Boccaccio bis Ludwig Thoma und zeitgenössischen Romanen von Rudolf G. Binding bis Stefan Zweig finden wir die großen Historiker seiner Zeit. Beeindruckend ist vor allem eine überaus breite Dokumentation zu Russland in Politik und Literatur. Weitere Schwerpunkte sind Frankreich und Essays zu tagespolitischen Themen; aber auch die Werke eines Tagore hat Haas offensichtlich geschätzt.⁹²

Mit seiner Generation teilt Ludwig Haas die Begeisterung für das Militär als Bestandteil seines staatsbürgerlichen Engagements. Nach dem Abitur hat er sich als Einjährig-Freiwilliger gemeldet und 1894/95 gedient beim Heidelberger Infanterie Bataillon des 2. badischen Grenadier-Regiments Kaiser Wilhelm I. Nr. 110; dasselbe Regiment, dem auch Ludwig Frank (SPD) angehört hat. Beide engagieren sich in den Jahren des Wettrüstens für eine friedliche Verständigung der Nationen.⁹³

⁸⁹ H. WALLE, *Jüdische Soldaten*, 1984, S. 195.

⁹⁰ P. STAUFF (Hrsg.), *Semi-Kürschner*, 1913, Sp. 142: »Expräsident der Carl-Friedrich-Loge U. O. B. B.«; die gleiche Feststellung – ohne weitere Ergänzungen in der erweiterten Auflage 1929, S. 874. – »Eine Vereinigung, in der das gehobene jüdische Bürgertum eine Heimat hatte, war die zur internationalen B'nai B'rith-Loge gehörende Carl-Friedrich-Loge. Mitglieder waren ausschließlich Juden«: J. WERNER, *Hakenkreuz und Judensterne*, 1988, S. 19 u. S. 481, Anm. 31.

⁹¹ L. HAAS, Vortrag des Reichstagsabgeordneten, 1921, Blatt 9.

⁹² Hinweis bei J. SCHRAG-HAAS, *Erinnerungen*, [o. D.], S. 20; Auflistungen siehe A. HAAS, 1957 donation, 2016; vgl. »Books not selected«, 1957.

⁹³ Teilnahme an der deutsch-französischen Verständigungskonferenz in Bern 1913, ebenfalls (an der Seite von Friedrich Naumann) in Basel 1914, laut Nachruf in der *KARLSRUHER ZEITUNG*,

Dennoch wird es für Ludwig Haas eine Selbstverständlichkeit sein, sich 1914 wieder zu melden: 39-jährig nimmt er mit dem Reserve Infanterie-Regiment 238 an den Kämpfen in Flandern bei Ypern und Langemark teil⁹⁴, wird mit dem Eisernen Kreuz Zweiter und Erster Klasse ausgezeichnet⁹⁵, zum Leutnant der Reserve befördert; er wird Führer eines Zuges und später einer Kompanie. Damit wird er Teil des »ersten Standes«⁹⁶, und die freundschaftlichen Beziehungen zu mehreren Offizieren ermöglichen ihm in seiner späteren politischen Karriere das Gespräch mit Vertretern der politischen Rechten aufrechtzuerhalten.⁹⁷ Paradoxe Weise erlebt Ludwig Haas diese Monate des Kriegseinsatzes als eine gute, ja »glückliche« Zeit. Seine Tochter vermutet: »Sein besonders harmonisches Verhältnis zu den Kriegskameraden, Vorgesetzten wie Untergebenen, hat aber sicher auch eine Rolle dabei gespielt.«⁹⁸

Im Juli 1915 wird ihm beim Verwaltungschef des Generalgouvernements Warschau eine neue Aufgabe zugeteilt: Für drei Jahre ist Ludwig Haas Leiter des Dezernats für jüdische Schul- und Kultusangelegenheiten.⁹⁹ Auf diese Zeit geht seine Freundschaft zu Pinchas Kohn aus Ansbach zurück, durch den er Zugang zum Chassidismus findet.¹⁰⁰ In Polen wird Ludwig Haas mit der Not der jüdischen Gemeinden konfrontiert. »Furchtbar«, ein »entsetzliches Elend«, notiert Eduard David, der von Haas durch das Ghetto geführt wird.¹⁰¹ Ludwig Haas zieht aus dieser Erfahrung Konsequenzen als Staatsmann: »Ich sehe jetzt, wie die Dinge in Polen sind, ich sehe,

04.08.1930. Im Nachlass von Ludwig Haas findet sich dafür kein Hinweis, während die Konferenz von 1913 gut dokumentiert ist. Außerdem figuriert der Name von Ludwig Haas nicht auf der Teilnehmerliste, die am 29.05.1914 in der *BASLER NATIONALZEITUNG* publiziert wurde: Auskunft von Dr. Hermann Wichers, Staatsarchiv Basel, 08.12.2015.

⁹⁴ Kämpfe bei Langemark, »über deren Einzelheiten und Tragik er erzählen konnte, dass einem das Blut in den Adern erstarrete«: JOSEPH WIRTH, »Dem toten Freunde Ludwig Haas«, in: *KARLSRUHER ZEITUNG*, 05.08.1930.

⁹⁵ L. LUCKEMEYER, Ludwig Haas, 1971, S. 126.

⁹⁶ »Man rangierte doch als Reserveoffizier gleichberechtigt mit dem ersten Stand, als den das Offizierskorps sich betrachtete«, so George W. F. Hallgarten, zitiert bei L. LUCKEMEYER, DDP, 1975, S. 14.

⁹⁷ »[...] my father [...] had several friends amongst former members of the German High Command«: Transkript eines Interviews mit Karl Haas unter dem Titel »Dr. Ludwig Haas« (im Folgenden zitiert als: K. HAAS, Interview, 1971), hier S. 11.

⁹⁸ J. SCHRAG-HAAS, *Erinnerungen*, 1959, S. 10. – Zu diesem Phänomen vgl. auch S. TERKEL, »The Good War«, 1984.

⁹⁹ »Haas lernte so ganz Polen kennen und war der Reichsregierung ein treuer Berater«: JOSEPH WIRTH, »Dem toten Freunde Ludwig Haas«, in: *KARLSRUHER ZEITUNG*, 05.08.1930. – Sein Ansprechpartner, Rabbiner Emanuel Carlebach, war ein weit entfernter Verwandter, was beiden nicht bewusst war und erst durch den Genealogen aufgedeckt wurde: J. A. MARX, *The Marx Story*, 2015, S. 127 f., Anm. 392.

¹⁰⁰ Pinchas Kohn (1867–1941), Rabbiner in Ansbach, 1916 ebenfalls Berater der deutschen Besatzungsmacht in Polen: »Pinchas Kohn«, abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Pinchas_Kohn [04.10.2016]; J. SCHRAG-HAAS, *Erinnerungen*, [o. D.], S. 12 f.

¹⁰¹ E. MATTHIAS (Hrsg.), *Kriegstagebuch*, 1966, S. 185.

wie man Menschen durch den Druck und durch die Knechtschaft demoralisieren kann.«¹⁰²

Ludwig Haas' Laufbahn als Politiker wird immer wieder im Zeichen der Armee stehen. Innerhalb der DDP ist er als Wehrexperte geschätzt, bis Anfang 1927 bekleidet er das Amt des Dezernenten für Reichswehrfragen.¹⁰³ Das ihm mehrmals angetragene Amt des Reichswehrministers lehnt er allerdings konsequent ab, wohl wissend, dass »ein Jude – und ganz gewiss ein in Deutschland lebender Jude – niemals ein solches Amt bekleiden könne.«¹⁰⁴

So sehr der Wehrdienst Teil seines staatsbürgerlichen Engagements und so sehr er davon überzeugt ist, dass die junge Republik einer Armee bedarf, sein politisches Ziel ist dennoch eine Konfliktlösung ohne Gewalt.¹⁰⁵ Ludwig Haas ist überzeugt, dass eine friedliche Zukunft nur möglich ist, wenn man auch das sowjetische Russland mit einbezieht, zumindest durch wirtschaftliche Zusammenarbeit.¹⁰⁶ Zwar trifft er 1922 erst nach Abschluss des Rapallo-Vertrags in Genua ein, im Vorfeld aber scheint er eine nicht unbedeutende Rolle gespielt zu haben.¹⁰⁷ Seine Vision gilt einem Zusammenwirken der Nationen, einem »europäischen Wirtschaftsraum«, darauf aufbauend einem Völkerbund mit schiedsrichterlicher Funktion.¹⁰⁸ Zu sehr ist er sich der Gefahr eines neuen, noch verheerenderen Krieges bewusst.¹⁰⁹

Das erwähnte Jahr als Einjähriger hat Ludwig Haas aber auch in anderer Hinsicht beeinflusst: Er erlebt selbst die Zurücksetzung der jüdischen Soldaten, die trotz glei-

¹⁰² L. HAAS, Reichstagsrede vom 03.II.1916, abgedruckt in: H. WALLE, Jüdische Soldaten, 1984, S. 192.

¹⁰³ Haas tritt 1927 von diesem Amt zurück, überzeugt von »der Nutzlosigkeit seiner Versuche, [Reichswehrminister] Geßler zu einer stärkeren Haltung zu veranlassen«: W. SCHNEIDER, DDP, 1978, S. 115 ff.

¹⁰⁴ Drängende Aufforderung des Generals von Seeckt: J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 9. – Weitere ausgeschlagene Ämter: Botschafter in Paris: J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 21; Chefredakteur der *Frankfurter Zeitung*, Botschafter in Washington: L. LUCKEMEYER, Ludwig Haas, 1971, S. 160. – Karl Haas erwähnt einen Botschafterposten in Jugoslawien, eventuell auch einen Posten als Innenminister, abgelehnt mit dem Argument: »It's better for Jews not to be too much in the foreground«: K. HAAS, Interview, 1971, S. 9.

¹⁰⁵ So wird er 1928 noch einmal festhalten: »[...] dann muss auch die europäische Verständigung tief gesicherte Wirklichkeit werden. Das aber heißt pazifistische Politik treiben«: LUDWIG HAAS, »Aussprache über die Reichswehr«, in: DEUTSCHE REPUBLIK, März 1928, zitiert bei J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 22 b.

¹⁰⁶ »Andererseits ist der Wiederaufbau Russlands nur mit Deutschlands Hilfe möglich«, so Haas in der Sitzung des DDP-Parteiausschusses vom 13.03.1921, in: L. ALBERTIN, Linksliberalismus, 1980, S. 173. – Beide Kinder erinnern sich an Ludwigs Reisen nach Russland: J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 21; K. HAAS, Interview, 1971, S. 8.

¹⁰⁷ J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 14 a: »dass er [...] – in enger und ständiger Zusammenarbeit mit Wirth und Rathenau – entscheidend mitgewirkt hat«.

¹⁰⁸ So z. B. in L. HAAS, Verlängerung des Republikenschutzgesetzes, [1928], Typoskript, S. 2, in: JMB LH, L-2015/11/0.

¹⁰⁹ DERS., »Vortrag des Reichstagsabgeordneten Herr Dr. Haas über die Verbrüderung der Menschheit und das Odd-Fellowtum«, 24.02.1921, Typoskript, S. 6 f., in: JMB LH, L-2015/11/0. Vgl. DERS., »Es ist unendlich schwer, gerade wenn man Walter Rathenau persönlich gekannt hat« (Vortrag vor dem Club Insel), 18.02.1929, Typoskript, S. 16, in: ebd.

chen Einsatzes nicht befördert werden.¹¹⁰ Diese Erfahrung führt Ludwig Haas dazu, in den Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens (Kartell-Convent) aktiv zu werden. Und folgerichtig wird er dann auch im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Verantwortung übernehmen.

Die junge Republik ist zunehmend unterminiert durch antidemokratische Kräfte und polemisch aufgeheizten politischen Hass. Den Nationalsozialismus sieht Ludwig Haas von Anfang an als extreme Gefährdung der neuen Staatsordnung. Er erkennt ganz klar das heraufziehende Unheil und er muss gehofft haben, dass sich Kräfte finden, die Hitlers politischen Sieg verhindern. Daran erinnert sich sein Sohn Karl ganz deutlich, wie Anthony Haas in seiner Einleitung zu dieser Aufsatzsammlung darlegt.

Unermüdlich als begehrter Wahlkampfredner der DDP unterwegs¹¹¹, zwischen Berlin und Karlsruhe pendelnd, als Publizist zur Feder greifend – Ludwig Haas wird unter dem ungeheuren Druck der Ereignisse in Karlsruhe und in Berlin zusammenbrechen.

Nach der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 zieht die NSDAP mit zwölf Abgeordneten in den Reichstag ein. Hitler wird am 16. November 1928 seine erste öffentliche Rede ausgerechnet im Berliner Sportpalast halten, wo 1924 das Reichsbanner seinen Willen demonstrierte, für die Republik einzustehen. Ludwig Haas wird jetzt Vorsitzender der DDP-Fraktion, gewiss keine einfache Aufgabe, da – wie er selber sagt – »die Zahl der völlig unnachgiebigen Kollegen mit sehr starker eigener Meinung sehr groß ist.«¹¹² Seiner Auffassung nach wird aber ein demokratisches System unbrauchbar, wenn »die Fraktionen in die Führung hineinreden.«¹¹³ Die DDP, als »Judenpartei« verschrien, verliert zusehends Wählerstimmen (nur noch 4,8 Prozent). Sie sucht Auswege durch interne Umstrukturierungen¹¹⁴ und durch Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften, was im folgenden Jahr zur Fusion mit dem offen antisemitischen Jungdeutschen Orden führen wird.

Am 3. Oktober 1929 stirbt Außenminister Gustav Stresemann an einem Schlaganfall. »Sein Tod reißt eine riesengroße unausfüllbare Lücke«, so der DDP-Parteivorsitzende Erich Koch-Weser.¹¹⁵ Ende Oktober 1929 machen der »Schwarze Freitag« und die verheerende Weltwirtschaftskrise allen Einsatz von Ludwig Haas zur Lösung der Wirtschafts- und Reparationsfragen zunichte.¹¹⁶

¹¹⁰ J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 4.

¹¹¹ L. LUCKEMEYER, Ludwig Haas, 1971, S. 135.

¹¹² Ludwig Haas an Anton Erkelenz am 07.12.1928, zitiert bei W. SCHNEIDER, DDP, 1978, S. 163.

¹¹³ L. HAAS, »Es ist unendlich schwer, gerade wenn man Walter Rathenau persönlich gekannt hat« (Vortrag vor dem Club Insel), 18.02.1929, Typoskript, S. 15, in: JMB LH, L-2015/11/0.

¹¹⁴ Ludwig Haas leitet eine Kommission zur personellen Reorganisation der Parteileitung: L. ALBERTIN, Linksliberalismus, 1980, S. 515 f.; der Parteitag wird diese Vorschläge genehmigen: W. STEPHAN, Linksliberalismus, 1973, S. 416.

¹¹⁵ Ebd., S. 416.

¹¹⁶ »Mit grosser Sorge erfüllen uns die Ereignisse, die am letzten Freitag zum schwarzen Tag an der Börse geführt haben«: L. HAAS, [Republikchutzgesetz], [1929], S. 2.

Ludwig Haas muss aber auch die Entwicklung in Baden mit Sorge beobachtet haben. Dort betreibt Robert Wagner zielstrebig den Aufbau des »Gaus«. Das badische NSDAP-Wochenblatt *Der Führer* spart nicht mit demagogischen Angriffen auf politische Persönlichkeiten und mit »wüster antisemitischer Hetze«. ¹¹⁷ Die badische NSDAP nutzt 1929 den Bankrott der Zigarettenfabrik *Batschari* aus, der dadurch zum politischen Skandal eskaliert. Sie schafft ein Feindbild, »auf das sich die Ablehnung der Republik, antijüdische Ressentiments und eine emotionsgeladene Kapitalismuskritik projizieren« lassen. ¹¹⁸ Am 27. Oktober 1929 wird der badische Landtag gewählt, die NSDAP erhält 7 Prozent der Wählerstimmen und zieht in den Landtag ein. ¹¹⁹

Und in diesen dramatischen Wochen des Spätherbstes 1929 erleidet Ludwig Haas einen Schlaganfall. Er sucht Erholung in Österreich und in der Schweiz und hofft, »nach den Ferien« wieder in Berlin zu sein. ¹²⁰ Denn dort überstürzen sich die Ereignisse. Im März 1930 zerbricht die Große Koalition an der Frage der Arbeitslosenversicherung. Am 18. Juli 1930 wird der Reichstag aufgelöst. Am 30. Juli nimmt der Parteiausschuss folgenden Antrag an: »Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei stimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt die Parteiorganisation zur Verfügung«. In diesem Zusammenhang wird beschlossen, den »augenblicklich schwer kranken Dr. Haas« im Hinblick auf die Neuwahlen auf die Reichsliste zu setzen. ¹²¹

Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 werden 18,3 Prozent für die NSDAP ergeben und einen Rückgang auf 3,8 Prozent für die DDP bzw. die Deutsche Staatspartei (DStP), was Ludwig Haas allerdings nicht mehr erlebt. Nach längerem Leiden setzt ein Hirnschlag am 2. August 1930 seinem Leben ein Ende. ¹²²

Das Echo auf die Nachricht von seinem Hinscheiden ist sehr groß. Die in der Familie des Sohnes Karl aufbewahrten Nachrufe lassen erahnen, wie stark Ludwig Haas' Persönlichkeit auf seine Zeitgenossen gewirkt hat. Und seine Tochter Judith hat ihm mit ihrem Lebensbild ein Denkmal gesetzt. Sie würdigt sein Wesen, »seine Güte und Toleranz [...] die vollkommene Ehrlichkeit und absolute innere Wahrheit« ¹²³ und sein politisches Wirken »für den Aufbau, für die Festigung und schließlich für die Verteidigung der deutschen Demokratie.« ¹²⁴

¹¹⁷ M. POHL, Ludwig Marum, 2013, S. 31; siehe E. O. BRÄUNCHE, Entwicklung der NSDAP, 1977 – dort auch Darstellung der Gegenmaßnahmen der badischen Regierung (Redeverbote usw.).

¹¹⁸ Der Hamburger Konkurrent *Reemtsma* kauft die Firma auf, ohne die hohe Steuerschuld zu übernehmen; Ludwig Marum war Rechtsberater für die Firma *Batschari*, hatte aber mit dem ganzen Vorgang nichts zu tun: M. POHL, Ludwig Marum, 2013, S. 32 ff., Zitat S. 35.

¹¹⁹ Ebd., S. 35.

¹²⁰ Nachruf in der BADISCHEN PRESSE, 03.08.1930; Nachruf im BERLINER TAGEBLATT, 05.08.1930.

¹²¹ L. ALBERTIN, Linksliberalismus, 1980, S. 576 f.

¹²² Hinweis auf das längere Leiden in verschiedenen Nachrufen. Sein Arzt habe dem starken Raucher zum Entzug geraten, was Ludwig Haas veranlasst habe, von einem Tag zum anderen gänzlich damit aufzuhören. Der plötzliche Entzug sei ein Risiko gewesen und Faktor des Zusammenbruchs: mündlich mitgeteilte Erinnerung von Erdmuth Achtnich-Schloß.

¹²³ J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 27.

¹²⁴ Ebd., S. 1.

3. Seine Frau Josefine (Josel) Haas, geb. Mayer (1874–1943)

Josefine Mayer (Maier), *Josel* gerufen, ist eine Mannheimer Kusine zweiten Grades von Ludwig Haas.¹²⁵ Ihre gemeinsame Entscheidung, sich zu verloben, muss Rosa Haas überrascht haben – doch wird es, laut Tochter Judith »eine ganz besonders gute und glückliche Ehe«¹²⁶. Das blonde Mannheimer Mädchen hatte vom Ballett geträumt¹²⁷ – und nun wird Josefine in Karlsruhe eine großzügige Gastgeberin für die vielen Freunde und oft auch unangemeldeten Gäste.¹²⁸ Durch »ihre bescheidene Ruhe, ihr[en] Takt« verschafft sie ihrem Mann die nötige »innere Ruhe und Ausgeglichenheit«.¹²⁹ Behindert durch ihre Schwerhörigkeit verzichtet Josefine jedoch darauf, ihren Gatten bei offiziellen Anlässen zu begleiten. In Berlin hat deshalb öfter seine entfernte Nichte Martha Neumann diese Rolle übernommen.¹³⁰

Sonst ist leider kaum etwas zum Lebensweg von Josefine bekannt – bis auf die äußerst dramatischen letzten Jahre. Sie harrt lange in Karlsruhe aus, trotz allem, was seit der »Machtergreifung« geschieht – die Verhöhnung und Ermordung von Ludwig Marum (1882–1934), dem »nicht-arischen« SPD-Politiker; die Einführung der »Nürnberger Gesetze«. Sie bleibt in Deutschland, obwohl sie unmittelbar vor der »Kristallnacht« ein warnender anonymer Anruf erreicht¹³¹ und ihre Schwiegermutter und Schwägerin in die Schweiz ziehen, obwohl beide Kinder emigriert sind. Ihre Gesundheit verschlechtert sich. Josefine ist luzide genug, um zu erkennen: »Zwei Kinder – an jedem Ende der Welt – nur ich soll mich für eines entscheiden. Diese Frage ist ein Teil meiner Krankheit.« Sie möchte ihren Kindern nicht zur Last fallen.¹³² Und zum Sohn Karl nach Neuseeland zu ziehen, ans »Ende der Welt«¹³³, daran hindert sie ihr Selbstbewusstsein als bürgerliche liberale Westeuropäerin. Ein Leben auf einer Farm, zusammen mit einer Schwiegertochter aus ostjüdischer Tradition? »Im Spezi-

¹²⁵ Ihr Großvater Joseph Neumann war der Bruder von Ludwigs Großmutter Dusette Neumann: Mike Newman, E-Mail v. 14.10.2015.

¹²⁶ J. SCHRAG-HAAS, *Erinnerungen*, [o. D.], S. 6a.

¹²⁷ [M. SCHLOR?], Loll u. Schossel, 1902, S. 2 v°.

¹²⁸ L. LUCKEMEYER, *Ludwig Haas*, 1971, S. 159.

¹²⁹ J. SCHRAG-HAAS, *Erinnerungen*, [o. D.], S. 6 a.

¹³⁰ Martha Therese Neumann (1902–1978), Studienzeit in Berlin, später in Rom, konvertiert dort zum Katholizismus, emigriert kurz vor dem Krieg, wohl erst 1939, nach London: Mike Newman, E-Mail v. 14.10.2015; zur freundschaftlichen Beziehung siehe auch: K. HAAS, Interview, 1971, S. 3 f.

¹³¹ Der im Abschnitt über Rosa Haas erwähnte Anruf hat möglicherweise Josefine Haas direkt gegolten, denn sie hatte Telefonanschluss; Rosa Haas und Marie Schloß warteten bei ihr die Ausreisegelegenheit ab.

¹³² Josefine Haas an Paul Schrag, Karlsruhe, 21.12.1938, in: J. HAAS, *Briefwechsel mit Paul Schrag*, in: Leo Baeck Institut New York, Archives, Paul Schrag Collection 1924–1992, Bulk 1938–1976, call number 200403, abrufbar unter: <https://archive.org/details/paulschrag/21.09.2016>. Im Folgenden zitiert als: Paul Schrag Collection.

¹³³ »Vor 1935, als ich noch nicht zur Schule ging, erzählte Frau Haas bei einem Besuch [in unserer Metzgerei] wörtlich: Dass der Bubi' auswandern würde, ans Ende der Welt, nach Neuseeland!«: E-Mail v. Günther Bischoff an Martin Achtnich, Karlsruhe, 28.08.2014.

ellen betrachtet ist N. Z. für mich mehr [...] schreckliche Enge. (Weil alles so arg zurück ist)«. ¹³⁴ Aber die Einsamkeit lastet schwer auf ihr: »Man müsste heut mit seinen Nächsten vereinigt sein«. ¹³⁵

Spätestens als ihr Sohn 1939 in Neuseeland einen eigenen Hausstand gründet, löst Josefine ihre Wohnung auf, lässt ihm Möbel aus dem Familienbesitz zukommen, vor allem auch die Bibliothek des Vaters und eine Dokumentation zu dessen politischem Wirken. ¹³⁶ Dürfen wir daraus schließen, dass der Haushalt Haas an der Hübschstraße von den Plünderungen des Pogroms verschont geblieben war? – Jetzt endlich zieht Josefine zur Tochter nach Brüssel. Dort wird die Familie vom deutschen Überfall auf Belgien überrascht, der Schwiegersohn in Frankreich interniert. Josefine, damals bereits schwer gehbehindert, folgt beim Vordringen der deutschen Truppen der Tochter auf der Flucht nach Frankreich, erlebt mit ihr im Schutz eines Klosters die Einkesselung und Eroberung von Boulogne durch die Deutschen und kehrt mit ihr ins besetzte Brüssel zurück. Sie weigert sich aber im Frühling 1941 die illegale Durchquerung von Frankreich zu wagen, da sie fürchtet, das Gelingen des Fluchtplanes aufs Spiel zu setzen. Wieder allein und pflegebedürftig, gibt sie die große Wohnung der Familie auf und zieht im gleichen Viertel Ixelles in ein Heim. ¹³⁷

Als sich die Klammer der Verfolgung immer enger schließt, bemüht sich der Neffe Erwin Schloß in Bern, eine Einreiseerlaubnis für die 66-jährige zu erhalten ¹³⁸, obwohl er sich bewusst ist, dass eine Weiterreise der linksseitig gelähmten Josefine kaum möglich wäre ¹³⁹. Unterdessen wird in Brüssel die Lage der Juden immer prekärer. Im Sommer 1942 wird der Besitz der deutschen Juden zu Gunsten des Reichs konfisziert. ¹⁴⁰ Seit Juni 1942 müssen auch hier alle den gelben Judenstern tragen. ¹⁴¹ In Brüssel wird jetzt der Transport der verbliebenen Juden in den Osten organisiert und Josefine weiß darum: »Ich habe keine Hoffnung, dass meine gewiss schwere Krankheit mich davor bewahren wird, das Schicksal der anderen zu teilen, das ja nun auch hier so viele erfasst hat und laufend weiter erfasst«. ¹⁴² Um in der großen Not irgend-

¹³⁴ Josefine Haas an Paul Schrag, 21. September 1938 (Paul Schrag Collection).

¹³⁵ Josefine Haas an Paul Schrag, Karlsruhe 16.11.1938 und 21.12.1938 (Paul Schrag Collection).

¹³⁶ A. HAAS, 1957 donation, 2016, S. 1. Dieses Archiv bildet den Grundstock der Sammlung Haas im JMB.

¹³⁷ Pflegebedürftig: Pastor Freudenberg in Genf an Josefine Haas, 20.08.1942 (ÖRK GE Freudenberg correspondence); ins Heim: Marie Schloß an Fritz Schloß, 26.01.1944 (StA KA 7/NL Schloß).

¹³⁸ Die Flüchtlingspolitik der Schweiz beruhte damals auf dem Prinzip, dass die Schweiz nur Durchreiseland sein sollte: H. KOCHER, *Rationierte Menschlichkeit*, 1996, S. 126.

¹³⁹ Brief von Erwin Schloß an Fritz Schloß, 30.09.1943, StA KA 7/NL Schloß.

¹⁴⁰ Verordnungen vom April und August 1942: M. STEINBERG, *L'étoile et le fusil*, 1983, S. 17 f.; 1941 waren bereits die Bankkonten blockiert worden: ebd., S. 51.

¹⁴¹ J.-P. SCHREIBER/R. v. DORSLAER, *Les Curateurs du Ghetto*, 2004, S. 263 ff.; M. STEINBERG, *L'étoile et le fusil*, 1983, S. 177 ff.

¹⁴² Josefine Haas in Brüssel an Pfarrer Freudenberg in Genf, 06.08.1942 (ÖRK GE Freudenberg correspondence).

wie durchzukommen¹⁴³, verkauft Josefine Winterkleidung und friert elendiglich.¹⁴⁴ Zur Ausreise benötigt sie eine »fünfstellige Abstandsumme«, die sie nicht aufzubringen vermag.¹⁴⁵ Allzu lange findet sich keiner, der die ebenfalls sehr hohe Kautionssumme für die Schweiz übernehmen würde.¹⁴⁶ Und als sich endlich eine Lösung abzeichnet¹⁴⁷, trifft die Nachricht ein, dass Josefine Haas ums Leben kam. Das Haus stürzte ein, als die Royal Air Force am 7. September 1943 Brüssel bombardierte. Wenige Tage nach dieser Information erfährt Erwin Schloß, dass die deutschen Besatzer die Ausreise sowieso verweigert hätten.¹⁴⁸ Wäre Josefine doch noch deportiert worden oder wäre sie unter den wenigen Alten und Kranken gewesen, die verschont blieben?¹⁴⁹ »Welch furchtbare Zeit, in der wir leben!«¹⁵⁰

4. Ludwig und Josefine Haas' Kinder

Judith Anna und Julius Karl: Die Wahl der Vornamen scheint Ludwig und Josefines Verwurzelung in beiden Kulturen zu spiegeln, in der deutschen und in der jüdischen. Judith nach der mütterlichen Großmutter Judith Neumann¹⁵¹, Julius nach dem väterlichen Großvater Haas. Ludwig schickt beide Kinder bewusst in den jüdischen Religionsunterricht: »Ein Stück Tradition gehört aber dazu, wenn einer ein stolzer und aufrechter Mensch werden soll. Wenn wir die Kinder loslösen von un-

¹⁴³ J.-P. SCHREIBER/R. v. DORSLAER, *Les Curateurs du Ghetto*, 2004, S. 294: »Ceux qui avaient des biens (bijoux, meubles, vêtements, chaussures . . .) les vendent progressivement«; die »Abschöpfung« des jüdischen Vermögens führt dazu, dass die nach 1937 und nach der Kristallnacht ausgewanderten Juden »fast ihr ganzes Vermögen verloren und verarmt im Ausland ein neues Leben beginnen mussten«; J. WERNER, *Hakenkreuz und Judenstern*, 1988, S. 213. – Am 15. Juni 1942 wird aus Belgien nach Berlin gemeldet: »La législation concernant les Juifs peut être considérée comme terminée en Belgique. Les Juifs n'ont plus que des moyens de subsistance extrêmement réduits. Le prochain pas à accomplir ne peut toutefois être décidé ici. Il appartient aux services compétents du Reich dans le cadre des plans généraux.«; M. STEINBERG, *L'Étoile et le fusil*, 1983, S. 18.

¹⁴⁴ Brief von Marie Schloß an Fritz Schloß, 11.02.1942 (StA KA 7/NL Schloß).

¹⁴⁵ Brief von Marie Schloß an Fritz Schloß, Bern 24.10.1942 (StA KA 7/NL Schloß). Sie fügt an: »Ich bange um Tante Josel; schliesslich wird sie doch auch noch verschleppt«.

¹⁴⁶ Antrag von Josefine Haas an Adolf Freudenberg, 06.08.1942; Erwin Schloß an Adolf Freudenberg, 26.08.1942; erforderlich sind 2[3?]0.000 Franken (ÖRK GE Freudenberg correspondance).

¹⁴⁷ »Von der Schweiz aus kann sie kommen«: Brief von Marie Schloß an Fritz Schloß, 27.09.1943 (StA KA 7/NL Schloß).

¹⁴⁸ Erwin Schloß an Fritz Schloß, 30.09.1943 (StA KA 7/NL Schloß), dort die Präzisierung: »Das Haus stürzte ein, von allen Insassen wurden nur drei lebend geborgen, alle anderen, darunter auch Tante erst nach vielen Tagen, tot«. – Durfte sie als Jüdin den Luftschutzraum benutzen? Seit dem 1. Juni 1942 war es den Juden verboten, nach der Sperrstunde das Haus zu verlassen: E. VERHOYEN, *La Belgique occupée*, 1994, S. 575. – Zum Ausreiseverbot für Juden: ebd.

¹⁴⁹ J.-P. SCHREIBER/R. v. DORSLAER, *Les Curateurs du Ghetto*, 2004, S. 153 ff.; »les Juifs malades et agés«: ebd., S. 309 ff.

¹⁵⁰ Marie Schloß an Fritz Schloß, 10.01.1942 (StA KA 7/NL Schloß).

¹⁵¹ Hinweis Mike Newmann, E-Mail v. 14.10.2015.

serer Gemeinschaft, wenn sie gar nicht mehr recht wissen, wo sie eigentlich hingehören – Juden sind sie nicht mehr, dass sie aber keine ganzen Christen sind, das lassen sie die anderen schon merken –, dann fühlen sie sich wurzellos: es fehlt der feste Halt.«¹⁵²

Beiden Kindern hat sich die Gestalt des Vaters tief eingepägt und in ihren Familien haben sie die Erinnerung an seine Persönlichkeit und sein Wirken weitergegeben.

4.1 *Judith Anna Haas, verb. Schrag (1903–1990)*

Das fröhliche bildhübsche Mädchen, was ist aus ihr geworden? – Im Kreis all dieser »aktiven Staatsbürger« hat ihr das Schicksal wohl am meisten Mut aberlangt und sie sollte schließlich daran zerbrechen.

Über ihre Jugend wissen wir nur, was sich als glückliche Erinnerung in dem von ihr verfassten Lebensbild des bewunderten und verehrten Vaters erhalten hat: lebenswürdige Anekdoten, die mehr über ihn als über sie aussagen. So führt er sie gelegentlich aus und einmal durfte Judith, »fast noch ein Backfisch«, als Tischdame neben dem britischen Botschafter Lord Edgar Vincent d’Abernon sitzen.¹⁵³

Es ist anzunehmen, dass Judith wie ihr Bruder Karl eine gute Ausbildung erhalten hat – was aber nicht ausschließt, dass sie auch Strümpfe stopfen kann, so die von Joseph Wirth, die ihr Vater aus Berlin mitbringt.¹⁵⁴ Hat sie das Gymnasium besucht? Hat sie studiert? An der London School of Law?¹⁵⁵ Das ist jedenfalls nicht auszuschließen. Gewiss war es mehr als eine Sekretärinnenausbildung, auch wenn sie imstande war, den zweiten Roman ihres Mannes Otto ins Reine zu tippen.¹⁵⁶ Sie muss sehr belesen gewesen sein, wie ihr Vater und ihre Tante Marie, und sie hat im späteren Exil die deutsche literarische Tradition hochgehalten.¹⁵⁷

1952, auf ihrer Reise nach Europa, wird sie Verwandte in der Schweiz besuchen, und bei ihrem »alten Fräulein in Emmendingen« vorbeischaun. Es kann sein, dass sie in der frühen Jugend, ähnlich wie es ihr eigener Sohn von sich selbst erzählt¹⁵⁸, vorwiegend in der Obhut von Bediensteten aufgewachsen ist.

24-jährig heiratet sie 1927 Otto Schrag (1902–1971) aus Karlsruhe, ebenfalls Sohn eines Rechtsanwalts; die Mutter, Bella Sulzberger, ist gebürtige Amerikanerin. Otto beginnt ein Jurastudium (Freiburg, München, Heidelberg), tritt aber bereits 1923 an Stelle seines verstorbenen Onkels in die Malzfabrik des Großvaters in Bruchsal ein. Diese wird nun in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Otto ist ab

¹⁵² L. HAAS, *Der deutsche Jude in der Armee*, 17.05.1913, zitiert in: J. SCHRAG-HAAS, *Erinnerungen*, [o. D.], S. 8.

¹⁵³ Ebd., S. 22.

¹⁵⁴ J. SCHRAG-HAAS, *Erinnerungen*, [o. D.], S. 15.

¹⁵⁵ Eine ungewisse Erinnerung von Peter Schrag (E-Mail v. 14.07.2015), bis jetzt (Februar 2015) nicht erhärtet durch Nachfragen in London.

¹⁵⁶ Hinweis auf dem Vorsatzblatt von OTTO SCHRAG, »Bedrock«, [New York] 1948.

¹⁵⁷ Peter Schrag, E-Mail v. 03.09.2015.

¹⁵⁸ Peter Schrag in: O. SCHRAG/P. SCHRAG, *Prison Camp*, 2015, S. 12 u. 19.

1925 Mitglied des Vorstands, steigt zum Prokuristen (1926), dann zum Direktor auf (1929). 1933 schließt er parallel zur Fabrikantenlaufbahn sein Studium in Heidelberg mit einer Dissertation ab¹⁵⁹. Das Paar lebt in Bruchsal, 1931 wird der Sohn Peter geboren.¹⁶⁰

Die »Machtergreifung« durch die Nationalsozialisten veranlasst auch den Malzfabrikanten Schrag zur Emigration. Nach einer erfolglosen Sondierung in den USA lässt er sich 1935 in Luxemburg nieder¹⁶¹, wohin bereits Geschäftsbeziehungen bestehen¹⁶², und zieht bei Kriegsbeginn 1939 nach Brüssel. In dem gutbürgerlichen Viertel Ixelles, unweit der mexikanischen Botschaft, mietet er eine Wohnung und hofft für seine Familie und seine Geschäfte auf bessere Zeiten.¹⁶³ 1940 aber, beim Angriff auf Belgien, wird Otto Schrag wie alle »feindlichen« Ausländer festgenommen, im Viehwagen nach Südfrankreich transportiert und dort im Lager Saint-Cyprien interniert, wo die Lebensbedingungen unerträglich sind. Es ist »the Pyrenean Hell«, so Walter Mehring (1896–1981), der ebenfalls dort interniert war.¹⁶⁴

Auch für Judith gibt es in Brüssel kein Halten mehr; mit der behinderten Mutter und ihrem kaum neunjährigen Sohn flieht sie vor der deutschen Invasion. Die erst kürzlich veröffentlichten Erinnerungen ihres Sohnes lassen erahnen, was sie damals geleistet und durchgestanden hat:¹⁶⁵ 1940 erfolgt ein erster Fluchtversuch zum Ärmelkanal, das bedeutet Ausharren im eingekesselten und bombardierten Boulogne, Verlust des einer Begleitperson anvertrauten Vermögens, Rückkehr in die besetzte Stadt Brüssel. Einige Monate später reist sie illegal, als Rotkreuz-Schwester verkleidet, durch das besetzte Frankreich bis zum Internierten-Lager Saint-Cyprien. Es gelingt ihr tatsächlich, ihrem Mann die Freiheit zu verschaffen. Das Paar verbirgt sich den Winter über in einem Weiler an der Flanke der Pyrenäen. Otto schlägt sich nach Portugal durch und Judith kehrt – wieder durch Schlepper vermittelt – nach Belgien zurück. Otto und Judith sind im Besitz von mexikanische Einreisevisen, der Cousin in der Schweiz kann Schiffspassagen organisieren.¹⁶⁶ Und dank eines Netzes von

¹⁵⁹ O. SCHRAG, Parteienzusammenstellungen, 1933.

¹⁶⁰ Die von Jeffrey A. Marx erstellte Nachfahrentafel erwähnt 1928 ein erstes Kind, das noch im gleichen Jahr verstorben ist: J. A. MARX, Marx Family Tree, 2010, S. 14.

¹⁶¹ »1938: Dr. Otto Schrag begibt sich unter dem Druck der Verhältnisse ins Ausland«; Hundert Jahre Malz-Schragmalz, 1968, tabellarische Übersicht, o. S. – »Ich blieb in Europa, in Luxemburg, in engem Kontakt mit der Firma«, ebd.: O. Schrag, [Zum hundertjährigen Jubiläum], 1968, S. 3.

¹⁶² J. STUDE, Juden in Bruchsal, 2007, S. 155.

¹⁶³ »So Licht [Otto Schrag] left every morning for the office from which he and his partners – again buying and processing malt for breweries – ran their business, and returned every evening to his large comfortable apartment on the Avenue des Scarabées«; O. SCHRAG/P. SCHRAG, Prison Camp, 2015, S. 2.

¹⁶⁴ »The living conditions at St. Cyprien are unbearable and almost surpass the limits of human endurance«; ebd., S. 97; Zitat von Walter Mehring im Vorwort, ebd., S. XVII.

¹⁶⁵ O. SCHRAG/P. SCHRAG, Prison Camp, 2015.

¹⁶⁶ Paul Schrag an Josefine Haas, 14. 10. 1941 (Paul Schrag Collection); Marie Schloß an Fritz Schloß, 21.03. 1941 (StA KA 7/NL Schloß): »d[ieser] T[age] musste Erwin Schiffahrtskarten oder dergl. für Juni an Judith für sie und Peter weitersenden«.

passeurs und *résistants*, dank ihres ungeheuren Muts schafft es Judith im Mai 1941 ein zweites Mal, diesmal mit ihrem Sohn Peter, südlich von Bordeaux die Demarkationslinie zu überschreiten und schließlich ihrerseits nach Lissabon zu gelangen. Von dort reist die endlich wieder vereinigte Familie im Juni 1941 nach New York aus.¹⁶⁷ Das eigentliche Ziel, Mexiko, werden sie im Gewirr der verfallenden und neu erforderlichen Dokumente nie erreichen.¹⁶⁸

In New York versucht sich Otto Schrag als Schriftsteller¹⁶⁹, kehrt jedoch 1950 nach Deutschland zurück, um seine Firma wieder zu übernehmen. Von Judith trennt er sich. Zunehmend hat sie sich Otto, seinem Wesen und seinen Ambitionen entfremdet. Die 1940–1941 so unglaublich tapfere Frau erlebt kurz nach dem Krieg einen schweren Zusammenbruch.¹⁷⁰ Die erwähnte Reise im Jahr 1952 nach Deutschland (Scheidung) und in die Schweiz (Besuch bei der Schwester des Vaters) ist Zwischenhalt auf ihrer einzigen Reise zum Bruder nach Neuseeland¹⁷¹, wo sie jedoch auch nicht die vermisste Geborgenheit findet. »Sie ist ein bedauernswertes Menschenkind.«¹⁷² Schließlich lässt sie sich in London nieder¹⁷³, wo sie bis zum Lebensende im Schatten tiefster Depressionen leben wird. Ihr Sohn Peter besucht sie mit seinen Kindern¹⁷⁴ – Judith kann aber zur Freude am Leben nicht zurückfinden. Für ihre entfernten Verwandten bleibt sie nur unter einer Deckadresse erreichbar.¹⁷⁵ »Ich habe kein Heim und habe meinen ganzen Besitz verloren«, »Euch einen Begriff von der Hölle zu geben, in der ich ›lebe‹, ist sinnlos.«¹⁷⁶ Judith verbringt ihren Lebensabend in einer Wohnung in dem Londoner Viertel Golders Green und wird nach ihrem Tod im Jahr 1990, wie sie es gewünscht hat, in Karlsruhe auf dem jüdischen Friedhof neben ihrem geliebten Vater bestattet.¹⁷⁷

¹⁶⁷ Zusammenfassung der Ereignisse nach O. SCHRAG/P. SCHRAG, *Prison Camp*, 2015.

¹⁶⁸ »Angesichts des unbefriedigenden rechtlichen Status Ottos in den Vereinigten Staaten wäre auch eine einwandfreie Fixierung in Mexico wünschenswert«: Paul Schrag an Josefine Haas vom 14. 10. 1941 (Paul Schrag Collection); vgl. dazu auch O. SCHRAG/P. SCHRAG, *Prison Camp*, 2015, S. 253.

¹⁶⁹ Sein Roman *The Locust* erlebt mehrere Auflagen und wird übersetzt: *Die Heuschrecken* (München 1948); *Il diavolo sotto la zolla* (1962). Es folgen weitere Romane und auch recht erfolgreiche eigene Übersetzungen, so James Jones' *Verdammt in alle Ewigkeit*.

¹⁷⁰ Peter Schrag, E-Mail v. 14.07.2015.

¹⁷¹ Marie Schloß an Fritz Schloß, 31.03.1952 (StA KA 7/NL Schloß): »Judith Schrag [...] reist dann am 20. Mai von England nach Neuseeland zu Karl [...] sie hat allerhand in Deutschland zu regeln, so ihre Beziehung zu Otto«.

¹⁷² So Marie Schloß an Fritz Schloß, 11. 03. 1952 (StA KA 7/NL Schloß).

¹⁷³ Ob die Nähe zur ebenfalls nach London emigrierten Tante und Vertrauten des Vaters, Martha Neumann, ein Grund war? Die Familie Neumann erinnert sich jedoch nicht, dass Judith näher in Beziehung zu Martha stand: Mike Newman, E-Mail v. 14.10. 2015.

¹⁷⁴ O. SCHRAG/P. SCHRAG, *Prison Camp*, 2015, S. 268.

¹⁷⁵ Mitteilung von Erdmuth Achtnich-Schloß.

¹⁷⁶ Judith Schrag an Amelie und Hilde Frick, 27.07.1967; Amelie Frick war eine Freundin aus Emmendingen, vgl. die Karte an Amelie Frick, 24.07.1922; beide Dokumente in: JMB LH, K. 3, Mp. 9.

¹⁷⁷ O. SCHRAG/P. SCHRAG, *Prison Camp*, 2015, S. 267 f.; unter dem Namen »Judith Anne [sic] Haas«: Hinweis Martin Achtnich, Fotografie des Grabsteins von 2016.

Peter Schrag (geb. 1931) hat das großväterliche Erbe der »aktiven Staatsbürgerschaft« als engagierter Publizist weitergetragen: als Journalist, Kolumnist, Herausgeber von Zeitschriften und durch seine akademische Karriere im Journalismus, als kritischer Beobachter und Analyst der sozialen und politischen Entwicklungen in Amerika, besonders Kalifornien.¹⁷⁸

4.2 *Julius Karl Haas (1909–1992)*

Geboren in Karlsruhe am 23. Oktober 1909, gehört er ab 1924 zu den ersten Schülergenerationen auf Schloss Salem, einer Eliteschule nach dem Vorbild der englischen *public schools*, die sich aber bewusst nicht auf Kinder aus privilegierten Familien beschränkt und von Anfang an auch die Koedukation einführt.¹⁷⁹ Mit dem ganzen Feuer seiner jugendlichen Begeisterung lässt sich Karl von den Idealen des Gründers und Schulleiters Kurt Hahn mitreißen.¹⁸⁰ Sport, konkretes Tun von Handarbeit bis Gartenbau und Viehzucht¹⁸¹ – für die Schule notwendig in diesen Krisenjahren und zugleich »Bestandteil des pädagogischen Vorhabens«¹⁸², Lernsituationen der Bewährung in Abenteuern¹⁸³ und außerdem englischsprachige Lehrer: ohne es zu ahnen, erhält Karl gerade die Ausbildung, die ihn zu seinem weiteren Lebensweg befähigt. Aber Salem ist keine Insel außerhalb der Zeit: Der »Jude« Kurt Hahn wird angefeindet, die antisemitischen Attacken auf den Schulleiter steigern sich bis zu Morddrohungen.¹⁸⁴

Das Ideal der Schule Salem hält Karl Haas nicht nur durch den Namen seiner Besitzung hoch, er versucht, es seinen Söhnen zu vermitteln. Sein älterer Sohn *Lindsay Haas* (1940–2010) wird Arzt, Spezialist für Neurochirurgie und Neurologie, sein jüngerer Sohn *Anthony Haas* (geb. 1944) ein engagierter Journalist und Publizist, der sich für die Verständigung zwischen den verschiedenen Kulturen des pazifischen Raumes einsetzt.¹⁸⁵

¹⁷⁸ Zum Beispiel P. SCHRAG, *Paradise lost. California's experience, America's future*, 1998; DERS., *Not fit for our society. Immigration and nativism in America*, 2010.

¹⁷⁹ Gegründet 1920; P. FRIESE, Kurt Hahn, 2000, S. 45, 78.

¹⁸⁰ Kurt Hahn, befragt von Luckemeyer, bezeichnet Ludwig Haas als einen seiner »besten Freunde« und bekräftigt: »Prinz Max von Baden teilte meine Bewunderung für ihn«: L. LUCKEMEYER, Ludwig Haas, 1971, S. 164 f.; vgl. auch ebd., S. 162, die Aussage des Sozius Raphael Strauss über Kurt Hahn: »hat viel mit Ludwig Haas verkehrt. Ich habe ihn oft in unserem Büro und in der Wohnung von Ludwig Haas gesehen«.

¹⁸¹ Von der Hinführung zu praktischen Arbeiten in breitem Spektrum zeugen die Photographien, die Karl ins Exil folgen. Vgl. die Photographische Sammlung, in: JMB LH.

¹⁸² P. FRIESE, Kurt Hahn, 2000, S. 83 f.

¹⁸³ Ebd., S. 96.

¹⁸⁴ Ebd., S. 90 ff.

¹⁸⁵ Für Anthony Haas' breites Engagement vgl. die Website: DecisionMaker, hrsg. v. Anthony Haas, abrufbar unter: www.decisionmaker.co.nz [04.10.2016].

5. Die Schwester Marie Schloß, geb. Haas (1872–1952)

Marie Haas wird am 31. Januar 1872 in Freiburg im Breisgau geboren und ist, anders als ihr jüngerer Bruder, durch die frühen Kinderjahre in dieser katholischen Stadt nachhaltig beeinflusst. Als Jüdin gehört sie einer verschwindend kleinen Minderheit an: 1871, neun Jahre nach der erhaltenen Freizügigkeit, leben in Freiburg erst 330 Juden, 1,3 Prozent der Bevölkerung.¹⁸⁶ 1876 werden in Baden die konfessionellen Schulen aufgehoben und Marie besucht mit allen anderen Mädchen die Simultanschule.¹⁸⁷ Ein Ölbild zeigt das blasse, rotblonde Mädchen. Ob der Spottvers »Feuerle! Feuerle! Geh nit zu nah ans Scheuerle!«¹⁸⁸ auch Marie gegolten hat? Der kränkende Zuruf wird später zum Leitmotiv ihrer ersten größeren Novelle.

Als Kind ist Marie oft krank, fehlt in der Schule und kann so auch den Religionsunterricht für jüdische Kinder nicht regelmäßig besuchen. Dafür ist sie beeindruckt von all dem, was ihr die katholischen Mitschülerinnen vermitteln: »Auch durch meine Gedanken ist der Herr Jesus lieb und holdselig in blau und rotem Gewand geschritten«. An Weihnachten leuchten die Kerzen des Weihnachtsbaumes im Hause Haas wie in den Stuben von Maries katholischen Mitschülerinnen¹⁸⁹. Dass man Jesus, den »besten, den edelsten der Menschen« (so ihr Vater Julius Haas) gekreuzigt hatte, für dieses »himmelschreiende Unrecht« kann sie sich nicht verantwortlich fühlen: »Wir von heute, wir waren doch keine Juden von Jerusalem, wir waren doch Deutsche!«¹⁹⁰ Seinen Puppen gibt das Mädchen altdeutsche Namen von Brunhilde bis Kunigunde.¹⁹¹ Und so hat auch eine von Maries Mitschülerinnen später bemerkt: »Du bist ja immer so deutsch gewesen!«¹⁹²

Dieses »Deutsch-Sein« führt Marie selbst auf den »weit über den Rahmen der damaligen Höheren Töchter-Erziehung hinausreichenden Geschichts- und Literaturunterricht« zurück.¹⁹³ Seit dem Umzug in die Pfalz (1884) besucht Marie die 1874 gegründete »Städtische Höhere Töcherschule« in Landau. Als Direktor wirkt der Siebenbürger Christian Friedrich Maurer, welcher der Schule ein wissenschaftli-

¹⁸⁶ Erst seit 1862 durften wieder Juden in Freiburg wohnen; Hinweis bei B. ROSENTHAL, Familiengeschichte, 1930, S. 5.

¹⁸⁷ J. STUDE, Juden in Bruchsal, 2007, S. 86.

¹⁸⁸ M. SCHLOß, Der Herr Medikus, 1910, S. 12.

¹⁸⁹ DIES., Judenchristin, [1944], S. 1, 2 u. 4. – Ähnlich äußert sich Marina Sassenberg über die Jugend von Selma Stern, geb. 1890, im badischen Kippenheim am Rande des Schwarzwalds: »Es war die akkulturierte Welt des deutsch-jüdischen Bürgertums, in die Selma Stern hineinwuchs. Goethe, Schiller und die klassische Musik hatten darin ihren festen Platz, aber auch jüdische Traditionen, die vor allem an den Feiertagen gelebt wurden.«: S. STERN, Der Hofjude, hrsg. v. M. SASSENBERG, 2001, S. 254.

¹⁹⁰ M. SCHLOß, Judenchristin, [1944], S. 3.

¹⁹¹ »Brunhilde, Sieglinde, Kriemhild, Edeltraut, Edelagathe, Kunigunde«, »die überspanntesten Namen« laut Nichte Judith: J. SCHRAG-HAAS, Erinnerungen, [o. D.], S. 3; M. SCHLOß, Loll und Schossel, 1902, f. 1 v. nennt: Itha, Hadwig, Hertha.

¹⁹² DIES., Judenchristin, [1944], S. 3.

¹⁹³ Ebd.

ches und künstlerisches Profil aufprägt.¹⁹⁴ Marie schätzt ihn hoch, diesen Historiker und Dramatiker, sie lässt sich mitreißen von dessen Begeisterung für Germanen, Deutschtum und Deutsches Reich und wird auch zu eigenem »Dichten« angeregt.¹⁹⁵ Ebenso sehr wird sie der zweite Schulleiter beeindruckt haben, der Germanist Carl Friedrich Müller-Palleske, ein Schiller-Experte und geschätzter Dramatiker, der besonderen Wert auf das Theaterspiel legt.¹⁹⁶ Von der zeitlebens geliebten »Welt der deutschen Klassiker« spricht ihre nachgelassene Bibliothek tatsächlich »Bände«, und Mariens umfassende Belesenheit spiegelt sich in vielen Zitaten und Hinweisen in ihren eigenen Texten. Zu den von Marie verehrten Persönlichkeiten gehört auch der bereits erwähnte Landauer Rabbiner Elias Grünebaum, der selber den jüdischen Religionsunterricht an der Töchterschule erteilt, ein »Weiser in Israel«.¹⁹⁷

Im Anschluss an die Schulzeit weilt Marie für zwei Monate in St. Gallen. Hat sie Kurse an der bekannten Handelsschule besucht? Ihr selber ist eine andere Erfahrung erwähnenswert: Dort bei ihren Verwandten »ist mir auch zum ersten Mal klar geworden, was für eine köstliche Gabe ein gesunder Humor sein kann!«¹⁹⁸

Vaterlos und ohne erlernten Beruf, heiratet Marie mit einundzwanzig Jahren den neun Jahre älteren Adolf Schloß aus Mannheim, ebenfalls Halbweise. Seiner Neigung nach ein Naturwissenschaftler, musste er dennoch früh einen kaufmännischen Beruf ergreifen.¹⁹⁹ Er war von seinen Verwandten aus dem Ausland zurückgerufen worden, um Verantwortung in deren Zigarrenfabrik in Bruchsal zu übernehmen.²⁰⁰ Es sind die Jahre des Aufschwungs in der Tabakindustrie und die Firmen unterhalten mehrere Filialbetriebe.²⁰¹ Das Paar lässt sich in Emmendingen nieder, Adolf wird Mitinhaber und Geschäftsführer der *Emmendinger Zigarrenfabrik Max Bloch & Co.*²⁰²

¹⁹⁴ »Max-Slevogt-Gymnasium«, abrufbar unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Max-Slevogt-Gymnasium> [04.10.2016].

¹⁹⁵ M. SCHLOß, *Judenchristin*, [1944], S. 1. – In ihrem Testament von 1950 wird sie sich noch seiner erinnern und bestimmen, wer die Biographie »meines sehr verehrten Lehrers« erhalten soll. Es handelt sich um das Werk seines Sohnes, F. MAURER, *Im Rettungsschiff*, 1920; M. SCHLOß, *Letzter Wille*, 1950, f. 2 v. (StA KA 7/NL Schloß).

¹⁹⁶ Vgl. oben Anm. 194.

¹⁹⁷ M. SCHLOß, *Judenchristin*, [1944], S. 5; zur Gemeinde in Landau vgl. den Hinweis oben in Anm. 42.

¹⁹⁸ Bei Julie Haas (1836–1906), Schwester des Vaters Julius Haas, verh. Reichenbach: M. SCHLOß, *Familiengeschichte*, 1930, S. 9.

¹⁹⁹ Ältester Sohn des Isidor Schloß (1832–1896), Weißwaren-Kaufmann in Mannheim. Die Mutter Betty geb. Wolff war verstorben, als Adolf 14 war: W. ACHTNICH, *Nachfahrtafel*, 1987, S. 2. – Adolf hatte in Mannheim das Realgymnasium bis zur Untersekunda besucht und dann den einjährigen freiwilligen Militärdienst geleistet: Befähigungszeugnis vom 28.10.1878; O. RAUPP, [Begräbnisrede], [1907], f. 1 v.

²⁰⁰ Mitteilung von Brigitte Schloß; Ludwig Kuhn, Zigarrenfabrikant in Bruchsal, und Moritz Schloß, Zigarrenfabrikant in Heidelberg: W. ACHTNICH, *Nachfahrtafel*, 1987, S. 2.

²⁰¹ P. RIFFEL, *Wirtschaftliche Entwicklung*, 1930, S. 52; zur Emmendinger Firma: »Briefkopf der Tabakfabrik Max Bloch & Co.«, 1919, hrsg. v. MUSEUM DIGITAL, 12.11.2013, abrufbar unter: www.museum-digital.de/bawue/index.php?t=objekt&extern=yes&exWho=&oges=1417 [28.08.2015].

²⁰² H. BURKHARDT, *Emmendingen*, 1998, S. 24.

Die Kleinstadt ist Marie bereits vertraut als Ort unbeschwerter Ferien in Kindertagen.²⁰³ Adolf hat reges künstlerisches Interesse, seine ersten Berufsjahre hat er als Angestellter eines Musikalienverlags in Mailand verbracht, nannte sich Castello, erlebte dort die große Eleonora Duse auf der Bühne, besuchte in der *Scala* Aufführungen von Verdi und Wagner – davon legen auf Italienisch übersetzte Libretti aus seinem Nachlass Zeugnis ab. Ob die Hochzeitsreise das Paar nach Italien geführt hat? Ein Ölgemälde aus Maries Besitz zeigt die Gegend von Genua, und verschiedene Anspielungen in ihren Werken (auf die ligurische Küste z. B.) könnten ein Indiz dafür sein. Sportlich und naturverbunden unternimmt Adolf mit den beiden Söhnen (Erwin Julius, geb. 1894 und Martin Friedrich, genannt Fritz, geb. 1895) weite Wanderungen in den Vogesen und im Schwarzwald, im Winter schon damals mit Skiern.²⁰⁴

Seine Lebensgefährtin hat Adolf in allen ihren Interessen unterstützt und ermutigt: »Der stille, feinsinnige und großzügige Mann hatte seine Freude daran, wie sich ihre reichen geistigen Gaben und ihr Wille entwickelten, der sie immer stärker zu weitgreifender Tätigkeit bis in die Öffentlichkeit hinein führte.«²⁰⁵ Es ist anzunehmen, dass Marie damals dem von ihrer Tante präsierten Frauenverein in Emmendingen beitrifft.²⁰⁶ Bis in ihr hohes Alter bleibt sie ihrem Ehemann dankbar dafür, dass er ihr »alle Entwicklungsmöglichkeiten gewährte« und sich an ihren »bescheidenen literarischen Versuchen«²⁰⁷ freute und sie »dadurch förderte.«²⁰⁸ Es herrscht ein reges gesellschaftliches Leben im Hause Schloß-Haas, »in zwangloser Geselligkeit«. Es ist »eine gesuchte Stätte ähnlich veranlagter Naturen«, die das Nachdenken über die »Welträtself« suchen. »Als gern und oft gesehene Gäste« gehören zu diesem Kreis befreundete Pfarrer, so der Dekan O. Raupp aus dem Nachbardorf Mundingen und der Emmendinger Vikar Siefert.²⁰⁹

Adolf Schloß ist kein praktizierender Jude und tritt in Emmendingen aus der jüdischen Religionsgemeinschaft aus.²¹⁰ Die beiden Söhne werden bewusst im christlichen Glauben erzogen und nach dem Tod des Großvaters Marx vom befreundeten

²⁰³ M. SCHLOß, Familiengeschichte, 1930, S. 6.

²⁰⁴ Mitteilungen von Erdmuth Achtnich-Schloß; Postkarte Adolf Schloß an Isidor Schloß, Mailand, 12.07.1890, in: JMB LH, K. 4 Mp. 9.

²⁰⁵ H. MOTEL, Begräbnisfeier, 1952, S. 1.

²⁰⁶ 1896 neu gegründet unter Hedwig Haas (geb. Moos), ihr Ehemann Benedikt war der ältere Bruder von Julius Haas: K. GÜNTHER, Jüdische Gemeinde, 2011, S. 702.

²⁰⁷ In jenen Jahren erscheinen ein Band Gedichte (1899), das Lustspiel *In der Sommerfrische oder Ein kleiner Irrtum* (1905), *Altmodische Geschichten* (1905); ab 1904 verschiedene Erzählungen in Zeitschriften, z. T. in der STRASBURGER POST. Vgl. die Korrespondenz mit dem Chefredakteur Pascal David, in: StA KA 7/Nachlass Schloß – Marie Schloß (im Folgenden zitiert als NL Schloß).

²⁰⁸ M. SCHLOß, Erinnerungen, 1930, S. 6.

²⁰⁹ DIES., Judenchristin, [1944], S. 6; Siefert wird Pate von Erwin Schloß: Mitteilung von Erdmuth Achtnich-Schloß; Marie wird ihrerseits Patin von Sieferts Sohn Berthold: Marie Schloß an Fritz Schloß, 27.09.1943 (StA KA 7/NL Schloß).

²¹⁰ Austritt vor Dezember 1895; Anlass muss die hohe Besteuerung durch die Synagoge gewesen sein, zumal Adolf die jüdischen Institutionen gar nicht beanspruchte: K. GÜNTHER, Jüdische Gemeinde, 2011, S. 661.

Emmendinger Stadtpfarrer Gottfried Jakob Körber getauft (1905).²¹¹ Die Haltung des Vaters mag derjenigen des »Proletariers« in Maries Roman »Prinzessin« entsprechen haben: »Ich weiß, das ist nicht viel, was ich von dem Nazarener in mein Leben genommen habe; aber vielleicht wird es dem Kleinen zu etwas Wertvollerem. Ich will ihm nicht im Wege stehen.«²¹² Marie hält fest: »Mein Mann hatte für sich nicht den Wunsch eines Übertritts, verstand und bestärkte mich aber im Wunsch darnach.«²¹³; dennoch zögert sie lange, selbst den Schritt zu tun.

1907 verstirbt ihr Ehemann Adolf, knapp 44-jährig an einer Sepsis infolge einer Mittelohrvereiterung²¹⁴. Ihr Leiden hat die Witwe in sich verschlossen: »Deine Freuden teile mit vielen, deine Leiden und Trauer trage allein.«²¹⁵. Im gleichen Jahr noch zieht die Witwe mit den beiden Söhnen nach Karlsruhe, in die Nähe ihrer Mutter und ihres Bruders.

Verwitwet und für die beiden Söhne verantwortlich, übersetzt Marie Schloß nun größere Werke aus dem Englischen. Das *Frauenstimmrecht in Neu-Seeland* von Kate Sheppard (1909)²¹⁶ entspricht Maries eigenem Engagement. Ihr Mitwirken an der deutschen Bearbeitung von Charlotte Masons *Erziehung im Haus* (1909)²¹⁷ und ihre Übertragung des *Huckleberry Finn* ins Deutsche (1913)²¹⁸ lassen sich durchaus als Beitrag zur damaligen Diskussion um die Pädagogik verstehen, für die sich ihr Bruder Ludwig ebenfalls interessiert.

Nun wird Marie Schloß aber auch selbst politisch aktiv, ist Mitglied des Frauenstimmrechtsvereins und tritt, wohl 1909, der neu gegründeten Fortschrittlichen Volkspartei bei. Beim *Badischen Landesboten* (Organ der Fortschrittlichen Volkspartei) wird sie Redakteurin der Rubrik »Was die Frauen angeht.«²¹⁹ Einer ihrer Vorträge überrascht durch die unbefangene Kühnheit, mit der sie Themen angeht, die noch

²¹¹ Taufe von Erwin Schloß am 12. Oktober 1905; »besuchte seit Beginn des schulpflichtigen Alters den evangelischen Religionsunterricht«: Auszug aus dem Taufbuch der evangelisch-protestantischen Kirchengemeinde Emmendingen, erstellt am 23. Juli 1909.

²¹² M. SCHLOß, Prinzessin, 1925, S. 220 f.

²¹³ M. SCHLOß, Erinnerungen, 1930, S. 6.

²¹⁴ Mitteilung von Erdmuth Achtnich-Schloß.

²¹⁵ L. SPONHEIMER, Marie Schloß, [o. D.], [Vorsatzblatt], zitiert nach M. SCHLOß, Über Leben und Sterben, in: STRAßBURGER POST, Oktober 1907.

²¹⁶ Kate (Catherine Wilson) Sheppard (1847–1934) setzte sich für das allgemeine Wahlrecht (*universal suffrage*) in Neuseeland ein, wo die Frauen 1893 das aktive Wahlrecht erhielten. »Kate Sheppard«, abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Kate_Sheppard [04.10.2016], und »Frauenwahlrecht«, abrufbar unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Frauenwahlrecht> [04.10.2016]

²¹⁷ CHARLOTTE MASON, Erziehung im Hause, Bd. 1, Die Erziehung von Kindern unter neun Jahren, Karlsruhe 1906; Bd. 2: Eltern und Kinder, Karlsruhe 1907; Bd. 1 und 2, deutsche Bearbeitung von E. Kirchner; Bd. 3: Erziehung während der Schulzeit, deutsche Bearbeitung von Marie Schloß, Karlsruhe 1909.

²¹⁸ M. TWAIN, Die Abenteuer des Tom Sawyer und Huckleberry Finn, Strassburg [1913], übersetzt von Ulrich Johannsen [Tom Sawyer] und Marie Schloß [Huckleberry Finn]. – Die Söhne durften damals zu Hause den Straßenslang gebrauchen, damit Marie den rechten Ton für Mark Twains Figuren finden konnte: Mitteilung von Erdmuth Achtnich-Schloß.

²¹⁹ S. ASCHE, Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung, 1992, S. 242.

heute diskutiert werden: Abtreibung, freie Liebe, die Rolle der Frau in der Politik.²²⁰ Als Kunstberichterstatterin interessiert sie sich für bildende Kunst der eigenen Zeit, Schriftsteller und Schriftstellerinnen, engagierte Intellektuelle.²²¹ Deutliches Zeichen für ihre weitgespannten Beziehungen und Freundschaften ist ihre Sammlung von Autographen, darunter Hans Thoma und Wilhelm Raabe.²²²

Nur kurz dauert diese anregende, intensive Karlsruher Zeit. »Dass man nicht die Enden vieler Dinge zusammenfassen und dabei auch körperlich Raubbau betreiben darf, erfuhr ich, nach fünf arbeitsreichen Jahren, zu meinem Segen«. Im Herbst 1912, als ihr Ältester sein Jurastudium in Freiburg beginnt, zieht sich die Vierzigjährige aus gesundheitlichen Gründen nach Königfeld im Schwarzwald zurück. Schon früher hat sie hier öfters gekurt und nun lässt »eine immer wieder auftretende Bronchitis« die Luftveränderung angezeigt erscheinen.²²³ Am zentralen Zinzendorfplatz führt sie in ihrer Wohnung eine kleine Kunsthandlung und ermöglicht befreundeten Künstlern, ihre Werke auszustellen.²²⁴ Sie sieht Königfeld als einen Ort, in dem »praktisches Christentum nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt wird«²²⁵. Marie, seit einigen Jahren nun auch ihrerseits getaufte Christin, schließt sich der dortigen Herrnhuter Brüdergemeine an.²²⁶ Im Hause von Heinrich Stamm, der ihrem älteren Sohn zum spirituellen Mentor wird, besucht sie die Gemeinschaftsstunden.²²⁷

Es ist aber kein Rückzug zu den »Stillen im Lande«²²⁸. Sie knüpft Kontakte und hat weiterhin ein offenes Haus, auch Albert Schweitzer gehört zu ihrem Bekanntenkreis.²²⁹ Marie bleibt aktiv und ruft 1916 die »Soziale Frauenberatungsstelle« im

²²⁰ M. SCHLOß, Frauenprobleme, [o. D.], in: StA KA 7/NL Schloß. – Bücher, die Marie Schloß damals wichtig waren, haben sie in die Emigration begleitet: Werke von Gertrud Bäumer und Marie Baum, die Biographie von Helene Lange, und weitere »Bändchen zur Frauen- und sozialen Frage«: M. SCHLOß, Letzter Wille, 1950, f. 2 r.

²²¹ Kunstberichterstatterin bei der *Straßburger Post* bis zum Ersten Weltkrieg; H. BURKHARDT, Emmendingen, 1998, S. 24. – Diese Zeitung hatte eine Rubrik »Wissenschaft, Kunst, Literatur« mit Besprechungen von Neuerscheinungen, Kunstausstellungen usw. Es ist nicht bekannt, unter welchem Buchdruckerzeichen Marie Schloß publizierte. Chefredakteur war Pascal David, den Marie Schloß zu ihren Freunden zählte: Marie Schloß an Walter Achtnich, 19.03.1949 (StA KA 7/NL Schloß).

²²² Grüße und Briefe von Hans Thoma an Marie Schloß, in: StA KA 7/NL Schloß; Marie widmet 1910 »dem Menschen und Künstler« ihre Erzählungen *Der Herr Medikus und andere Geschichten*. – Briefe von Wilhelm Raabe an Marie Schloß, in: StA KA 7/NL Schloß; publiziert von G. EBELL, Wiederentdeckte Briefe, 1985.

²²³ M. SCHLOß, Judenchristin, [1944], S. 7.

²²⁴ Mitteilung Erdmuth Achtnich-Schloß; StA KA 7/NL Schloß.

²²⁵ M. SCHLOß, Königfeld, [o. D.], S. 3; schon vor ihrer Übersiedlung hatte sie dort mehrere Monate zur Kur verbracht: DIES., Judenchristin, [1944], S. 7.

²²⁶ Ebd.

²²⁷ Ebd., S. 8.

²²⁸ Bezeichnung der Herrnhuter Brüdergemeine seit dem späten 18. Jahrhundert.

²²⁹ »Da Schw[eitzer] und ich eine Reihe guter gemeinsamer Bekannter hatten, [...] luden wir uns dann immer einmal ein [...]«: Marie Schloß an Walter Achtnich-Schloß, 19.03.1949 (StA KA 7/NL Schloß).

Amtsbereich Villingen ins Leben, im Rahmen der sogenannten »Kriegsfürsorge«, und öffnet ihre Königsfelder Wohnung für Sprechstunden.²³⁰ Beim Ausbruch des ersten Weltkriegs hat sich Marie Schloß mittragen lassen als »ein Teil dieses begeisterten Ganzen«.²³¹ Vorerst nimmt sie das grauenhafte Geschehen hin als einen Tribut an die große Sache²³², ohne dem Krieg und seinen Folgen das entschiedene »Nein!« einer Pazifistin wie Bertha von Suttner entgegenzuhalten²³³. Genauso haben damals auch Otto Umfrid (1857–1920) und Ludwig Quidde (1858–1941), die beiden Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft (der auch Marie angehört²³⁴), »das Recht und die Pflicht der nationalen Verteidigung anerkannt«.²³⁵ Die Erschütterung erfasst Marie erst, als sie Frauen in einer Fabrik Granaten abfüllen sieht.²³⁶ 1925 spricht sie vom »Wahnsinn des Krieges«, den die Linken, die Vertreter des Arbeiterstandes, »früher und stärker als andere Schichten unseres Volkes [...] erkannten«.²³⁷ Und konsequenterweise tritt Marie nun dem »Internationalen Versöhnungsbund« bei.²³⁸ Der Umzug in den Schwarzwald bedeutet auch keineswegs ein Ende von Maries aktivem politischem Engagement: 1919 übernimmt sie ein vakantes Mandat als Abgeordnete der DDP im badischen Landtag.²³⁹

Heute scheint uns Marie Schloß eine typische Vertreterin jener Generation von Frauenrechtlerinnen um die Jahrhundertwende zu sein: »lebendige Erfahrung von Emanzipation und neuer Freiheit, von Traditionsbruch und beruflichen Perspektiven«.²⁴⁰ Marie selbst versteht sich als »Schriftstellerin«, unter dieser Berufsbezeichnung hat sie sich in Königsfeld amtlich registrieren lassen.²⁴¹ 1910 waren größere Erzählungen, 1911 ein »sozialer Roman« erschienen.²⁴² Wenn in vielen ihrer Texte »die Heimat mit all ihrem Zauber«²⁴³, Kleinstadt und Bauernhöfe, das ge-

²³⁰ M. SCHLOß, Kriegsfürsorge auf dem Schwarzwald, [o. D.], in: StA KA 7/NL Schloß.

²³¹ DIES., Nachkömmling, 1917, S. 133.

²³² In Marie Schloß' Roman *Der Nachkömmling vom Kellerhof* (1917) setzt sich die Hauptfigur für die Verletzten in einem Lazarett ein und spendet Trost, ohne sich gegen das Unheil des Krieges aufzulehnen.

²³³ Bertha von Suttners Aufruf *Die Waffen nieder* befand sich unter den Büchern des Nachlasses von Ludwig Haas: A. HAAS, 1957 donation, 2016, S. 12.

²³⁴ »Marie Schloß«, abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Marie_Schloß [28.09.2016].

²³⁵ Zitat aus einem Flugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft von 1914, zitiert bei U. HAHN, Versöhnungsbund, 2014, S. 2.

²³⁶ M. SCHLOß, Judenchristin, [1944], S. 8 f.

²³⁷ DIES., Prinzessin, 1925, S. VI.

²³⁸ IFOR, International Fellowship of Reconciliation, Folgeorganisation des 1914 bei Kriegsbeginn in Konstanz entstandenen »Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen«; 1919 wurde unter Pfarrer Friedrich Siegmund-Schultze der deutsche Zweig gegründet. Vgl. U. HAHN, Versöhnungsbund, 2014.

²³⁹ Marie Schloß war kein gewähltes Mitglied, sie rückte am 29. Oktober 1919 als Nachfolgerin von Martin Venedey in den Landtag nach, dessen Periode bis 1921 reichte: Auskunft Martin Achtnich, E-Mail v. 18.II.2015.

²⁴⁰ S. STERN, Der Hofjude, hrsg. v. M. SASSENBERG, 2001, S. 254.

²⁴¹ H. BURKHARDT, Emmendingen, 1998, S. 24.

²⁴² M. SCHLOß, Der Herr Medikus, [1910]; DIES., Prinzessin, 1911.

²⁴³ M. SCHLOß, Das Kind, der Vater des Mannes, [o. D.], S. 598, in: StA KA 7/NL Schloß.

liebte Markgräflerland und der Schwarzwald die bergende Kulisse bilden, so ist es doch keine simple, heile Welt. Maries literarisches Schaffen zeugt von einem wachen sozialen Gewissen: »Diese Menschen, die fast alle ihr größeres oder kleineres Päckchen Unglück mit sich herumtrugen, erregten ihre Teilnahme.«²⁴⁴ Dem Bändchen *Kleine Bilder* (1908) setzt sie als Motto die Aussage von Albert Geiger voran: »Viel Übles sah ich, wenig nur, das gut« und fügt im Schlusswort hinzu: »[...] Übles, das sich bessern ließe.«²⁴⁵ Ihre Auflehnung gegen Ungerechtigkeit, Leiden und Schicksalsschläge versteht Marie Schloß in anschauliche Texte umzusetzen. Doch so spürbar ihre innere Bewegung ist, die Informationen sind präzise: genaue Stundenlohnangaben²⁴⁶ und detaillierte Schilderungen der Lebensverhältnisse. So ist ihr Aufsatz über *Das Hüttekinderwesen im badischen Schwarzwald* (1911) ein Beispiel für gute journalistische Recherchen. Wie sie selber schreibt, erheben ihre Bilder »keinerlei Anspruch auf literarischen Wert.«²⁴⁷ Als Verfasserin sucht sie nicht das Raffinement, sondern sie möchte moralisch bilden und zugleich erheitern wie ein Johann Peter Hebel²⁴⁸, dem sie auch durch den alemannischen Dialekt nahesteht. Sie möchte die Gemüter bewegen wie ihr großes Vorbild Wilhelm Raabe.²⁴⁹ Ihre Gestalten entdecken, »wie sie mit ihrem Leben doch fast unter die ›Raabe-Leute‹ gehörten, und wie ihnen darum das Herz so bei seinen Geschichten aufging.«²⁵⁰

Aber wenn die Schriftstellerin sich berühren lässt von der Not und all dem Elend, »das oft so dicht bei uns wohnt und das wir trotzdem kaum ahnen«²⁵¹, die eigenen Nöte thematisiert Marie Schloß nicht. Erst 1923 und erneut 1944 wird sie niederschreiben²⁵², was in keiner ihrer Veröffentlichungen aufscheint: »die beunruhigende, wenn auch noch unklare Empfindung, irgendwie außerhalb zu stehen.«²⁵³ In Landau wurde das so »deutsch« empfindende Mädchen verstört durch die Bezeichnung der

²⁴⁴ DIES., Prinzessin, ³1925, S. 21.

²⁴⁵ Abwandlung des als Motto vorangestellten Zitates von Albert Geiger im Schlusswort: M. SCHLOß, *Kleine Bilder*, 1908, S. 27. Der Karlsruher Autor Albert Geiger ist 1908–1909 in Kontakt mit Marie Schloß, die seine Werke rezensiert. Vgl. die Korrespondenz in: StA KA 7/NL Schloß.

²⁴⁶ M. SCHLOß, *Kleine Bilder*, 1908, S. 13.

²⁴⁷ Ebd., S. 27.

²⁴⁸ Eine Statuette von Hebel begleitet sie durch alle Lebensstationen: DIES., *Letzter Wille*, 1950, f. 3 r.

²⁴⁹ Marie widmet Raabe 1905 »in dankbarer Verehrung« den Band *Altmodische Geschichten*.

²⁵⁰ M. SCHLOß, *Der Nachkömmling*, 1917, S. 123. – Wie weit Berthold Auerbach mit seinen *Schwarzwälder Dorfgeschichten* Pate gestanden hat, wäre noch abzuklären; Auerbach scheint ein in der Familie geschätzter Autor gewesen zu sein, dessen *Barfüßele* wurde noch vom Sohn Erwin den eigenen Kindern vorgelesen: Mitteilung Erdmuth Achtmich-Schloß.

²⁵¹ M. SCHLOß, *Kleine Bilder*, [1908], S. 19.

²⁵² Der Aufsatz *Erinnerungen und Beobachtungen einer – deutschen (?) Judenchristin* von 1944 basiert auf »Aufzeichnungen aus dem Jahr 1923«, die wahrscheinlich nicht mehr erhalten sind; in ihrem Testament bittet Marie den Schwiegersohn, die verschiedenen Manuskripte durchzusehen und zu vernichten »soweit sie kein Interesse haben. Einiges denke ich noch erledigen zu können.«: DIES., *Letzter Wille*, 1950, f. 3 r. u. v. (StA KA 7/NL Schloß).

²⁵³ DIES., *Erinnerungen*, 1930, S. 1.

Juden als »eines Volks im Volk«,²⁵⁴ Die Jugendliche wohnte »erregten Gesprächen« über Adolf Stöckers antisemitische Agitationen bei. Doch Marie versucht, »oft gewaltsam«, die Beunruhigung zurückzudrängen, bis sie erkennen muss, dass »die einsetzende feindliche Strömung«, »dieser Hass dem Fremdvolk inmitten des eigenen« gegenüber, auch sie selbst betrifft. Trotz ihrer Konversion zum evangelischen Christentum hat sie sich aber »immer als Jüdin bekannt« und hat versucht den seelischen »Zwiespalt« auszuhalten, der ihr nicht erlaubt, ein »unbedingtes Zusammengehörigkeitsgefühl« zu entwickeln.²⁵⁵ Marie scheint in den zwanziger Jahren ein einziges Mal das Wort ergriffen zu haben, um »zu der damals ziemlich regen Judenhetze zu sprechen«. In ihren Erinnerungen fügt sie hinzu: »Ich wurde damit meinem engeren Arbeitskreise eher unbequem«. ²⁵⁶

In ihren *Erinnerungen und Beobachtungen einer – deutschen (?) Judenchristin* legt Marie Schloß dar, was sie zum Christentum geführt hat. Dass diese Entwicklung kein einfacher Weg war, lässt ein Hinweis auf ihren Lehrer Christian Friedrich Maurer erahnen, »dessen Leben später, übrigens von einer andersartigen und doch auch wieder ähnlichen Tragik verdüstert wurde«. Der liberale Lutheraner fand zum Katholizismus, wagte aber nicht den Schritt der Konversion.²⁵⁷ Auch Marie zögert lange, bis eine befreundete Katholikin den Anstoß gibt: »Wenn du es jetzt nicht tust, wird es dir zur Sünde.«²⁵⁸ Was Marie innerlich erfüllt, ist kein eindeutig konfessionelles Christentum, und sie fragt sich: »Ökumenische, wenn auch unbewusst und sehr weitgehende ökumenische Einstellung?!«²⁵⁹ Die erwähnten Freundschaften zu evangelischen Pfarrern finden auch in ihrem literarischen Werk ihren Niederschlag; ebenso tief sind Beziehungen zu katholischen Persönlichkeiten.²⁶⁰ Mit Interesse verfolgt sie später die (vorübergehende) Annäherung des jüngeren Sohnes an die Universalisten.²⁶¹

²⁵⁴ DIES., *Judenchristin*, [1944], S. 3. Der *Badische Volksbote*, das wöchentlich erscheinende Presseorgan der »Deutsch-Sozialen« in Baden, trug als Kopfzeile: »Wir haben es in den Juden nicht mit einer Religions-Gemeinschaft zu thun, sondern mit den Gliedern einer fremden Nation, die trotz ihrer Zerstreung eine wirtschaftlich und politisch festgeschlossene Partei bilden und in ihren Interessen allen übrigen Staats-Angehörigen feindlich gegenüberstehn«: J. STUDE, *Juden in Bruchsal*, 2007, S. 188.

²⁵⁵ Alle Zitate aus M. SCHLOß, *Judenchristin*, [1944], S. 1–5. – Zu ihren Jahren in Bruchsal merkt Marie an, dass dort »mehr von Antisemitismus die Rede gewesen ist, ohne dass er Einem aber eigentlich fühlbar geworden wäre, durch eine seltsame, gesellschaftliche Schichtung [...]«: ebd., S. 4.

²⁵⁶ Ebd., S. 9.

²⁵⁷ Ebd., S. 1. – Der Sohn wurde Priester, die Tochter trat in einen Orden ein. Marie blieb der ganzen Familie freundschaftlich verbunden: DIES., *Letzter Wille*, 1950, f. 2, r^o und v^o.

²⁵⁸ DIES., *Judenchristin*, [1944], S. 7.

²⁵⁹ Ebd., S. 6.

²⁶⁰ Weitere Pfarrerpersönlichkeiten sind Karl Hesselbacher, Paul Jäger in ihrer *Karlsruher Zeit*: ebd., S. 7; dort auch Hinweise auf Freundschaften zu Katholiken; vgl. auch DIES., *Letzter Wille*, 1950, f. 2, r^o und v^o; ihre Briefe an Fritz Schloß, z. B. am 13.11.1949 (StA KA 7/NL Schloß), betreffend den Triberger Priester Fries, »den ich sehr verehrte«.

²⁶¹ Marie Schloß an Fritz Schloß, 24.03.1949 (StA KA 7/NL Schloß).

Auch Königsfeld wird nur eine Etappe sein. Nach dem Tod ihres Bruders Ludwig (1930) zieht Marie Schloß 1931 in die Nähe ihres älteren Sohnes Erwin, der als Prediger der Herrnhuter Brüdergemeine in Gnadau bei Magdeburg wirkt.²⁶² Im Anschluss an dessen Versetzung nach Bern im Jahr 1935 versucht sie dort ebenfalls eine Niederlassungserlaubnis zu erhalten²⁶³, muss sich aber bis 1938 gedulden: Die Einwanderungspolitik der Schweiz ist höchst restriktiv²⁶⁴ und die Gewährung von Auslandspassen in Deutschland immer seltener.²⁶⁵ Marie findet Unterschlupf bei ihrem Sohn Fritz in Bruchsal, dann bei Mutter und Schwägerin in Karlsruhe.²⁶⁶ Von ihr selber erfahren wir nicht, wie sie diese Zeit in Karlsruhe bis 1938 als »Jüdin« erlebt hat, »welche Schrecken die Jahre, schon 1933 beginnend, ausgebrütet haben, wie viel Untermenschliches sich regte.«²⁶⁷ Sie empfindet schmerzhaft, dass ihr die »Heimat geraubt« wurde.²⁶⁸ Mehr erfahren wir aus den erhaltenen Texten und Briefen nicht. Wir müssen zu der detaillierten Darstellung von Josef Werner greifen, um zu ahnen, was sie erlebt: »Diskriminierung, Ächtung und Verdrängung«, die sich »zu einer Kette des Bösen« reihen.²⁶⁹

Erst als die Familie ihres Sohnes in Bern eine größere Wohnung gefunden hat, darf Marie mit ihrer Mutter Rosa zu ihm ziehen.²⁷⁰ In der Schweiz gelingt es der nun 66-jährigen, noch einmal einen Freundeskreis aufzubauen, darunter Toni (Antonie) Seemüller, Cousine von Nelly Sachs. Sie liest Englisch, so *The New Machiavelli*²⁷¹, und findet auch Möglichkeiten zur englischen Konversation.²⁷² Ob sie wohl wie ihr Sohn Erwin mit einer weiteren Emigration rechnet? Am 16. Mai 1940, nach dem Einmarsch der Deutschen in Holland, lässt sie ihren Sohn Fritz wis-

²⁶² H. BURKHARDT, Emmendingen, 1998, S. 24.

²⁶³ Zwei längere Aufenthalte in Bern sind nachweisbar: Auskunft Brigitte Stebler, Polizeiinspektorat der Stadt Bern, 18.06.2015; die weiteren Dokumente der Fremdenpolizei sind vernichtet worden: Auskunft Vinzenz Bartlome, Staatsarchiv Bern, E-Mail v. 02.06.2015.

²⁶⁴ J. WERNER, Hakenkreuz und Judensterne, 1988, S. 245: »Von 5440 Flüchtlingen, die von April 1933 bis April 1936 nach der Schweiz kamen, erhielten nur 41 das Recht auf dauernde Niederlassung«; vgl. auch H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 48 ff.

²⁶⁵ J. WERNER, Hakenkreuz und Judensterne, 1988, S. 157 f.

²⁶⁶ Einreise 1936 in die Schweiz von Bruchsal her: Auskunft Brigitte Stebler, Polizeiinspektorat der Stadt Bern, 18.06.2015; Grüße im Jahr 1937 von Berta Züricher an Marie Schloß mit der Adresse »Karlsruhe, Hübschstrasse 19«, in: StA KA 7/NL Schloß.

²⁶⁷ Einzige Andeutung in: M. SCHLOß, Judenchristin, [1944], S. 10.

²⁶⁸ Marie Schloß an Fritz Schloß, 12.II.1951 (StA KA 7/NL Schloß), im Zusammenhang mit dessen Suche nach einer Stelle in Europa: »[...] auch wenn es nicht, beruflich, in der alten Heimat wäre, wo sich doch Vieles von dem wieder regt, was einem diese Heimat geraubt hatte. Nicht mehr darüber; Ihr werdet es auch so verstehen.«

²⁶⁹ J. WERNER, Hakenkreuz und Judensterne, 1988, S. 12.

²⁷⁰ »Die Einreiseerlaubnis für die beiden ist schon da!«: Erwin Schloß an Fritz Schloß, 10.07.1938, in: Unitätsarchiv Herrnhut, Nachlass Schloß, Erwin (im Folgenden zitiert als UA HNLSchE).

²⁷¹ H. G. WELLS, *The New Machiavelli*, 2 Bde., 1911: Marie Schloß an Fritz Schloß, 07.04.1941 (StA KA 7/NL Schloß). Sie bedauert den Text nicht früher gelesen zu haben, sie hätte ihn sonst bestimmt übersetzt.

²⁷² Marie Schloß an Fritz Schloß, 27.09.1943 (StA KA 7/NL Schloß).

sen: »evt. gehe ich meine eigenen Wege u. bin soweit darauf gerichtet.«²⁷³ Durch das Engagement ihres Sohnes Erwin nimmt Marie Anteil am Flüchtlingselend²⁷⁴ und an der Schwierigkeit, die Geldmittel für deren Betreuung zu beschaffen. Erwin gilt als »eigentlicher Initiant des bald in allen schweizerischen Gemeinden eingeführten »Flüchtlingsbatzens«²⁷⁵ – ob nicht Maries Inspiration und Erfahrung dabei mitgewirkt haben? In ihren Erzählungen und Briefen tauchen verschiedene »Kässele« auf²⁷⁶, ähnlich den »Chale-Büchle« der Mitglieder des Emmendinger Frauenvereins, in dem kleine und kleinste Geldgaben gesammelt werden, die dann gemeinnützig verwendet werden. Und genauso funktioniert auch dieser »Flüchtlingsbatzen«.²⁷⁷ Durch das Informationsnetz ihres Sohnes Erwin ist Marie schon früh unterrichtet über die Geschehnisse in Osteuropa: »Berichte aus den Ghetti, furchtbar und nicht zu wiederholen!«²⁷⁸

Der Jahreswechsel 1943/1944 wird, wie Marie Schloß schreibt, zur »schwersten Zeit meines Lebens«, als fern von ihr Erwin an den Folgen eines Unfalls stirbt und jenseits des Malojapasses begraben wird.²⁷⁹ Nach der Heirat dessen ältester Tochter, die 1945 die Wohnung der Familie übernimmt, zieht die 73-jährige ins Tagungs- und Altenheim Schloss Hünigen in Stalden (Emmental). Sie liest viel, Neuerscheinungen finden den Weg zu ihr, wie *Doktor Faustus* von Thomas Mann²⁸⁰, Max Picards *Hitler in uns selbst*,²⁸¹ sie vertreibt sich die Zeit mit Handarbeiten.²⁸² Vor allem aber findet sie dort Gesprächspartner, verfolgt interessiert die Tagungen im Heim: Sie erwähnt unter anderem die Quäker, die »Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit«, einen ökumenischen Arbeitskreis, an dem sie gerne teilnehmen würde.²⁸³ Gerne hätte Marie noch einmal einen Sammelband mit Erzählungen herausgebracht, auch das eine oder andere Werk übersetzt, so *Earth could be fair*, eine Chronik der Kriegsjahre in Holland.²⁸⁴ Von einem Gesuch um Arbeitsbewilligung sieht die betagte Schrift-

²⁷³ Erwin Schloß, Brief vom 17.12.1936, in: H. C. HAHN, Fünf Briefe, 2013, S. 119; Marie Schloß an Fritz Schloß, Bern, 16.05.1940 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁷⁴ Marie Schloß schickt Bücher aus ihrem Besitz in die Flüchtlingslager: Marie Schloß an Fritz Schloß, 02.10.1949 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁷⁵ HERBERT HUG, Pfarrer Erwin Schloß, in: DER FREUND ISRAELS 71, 1944, S. 33; zuerst Ende 1938 in Bern eingeführt: H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 81, S. 164 ff.

²⁷⁶ M. SCHLOß, Das Leichtsinnskässele, [o. D.], Manuskript, in: StA KA 7/NL Schloß.

²⁷⁷ K. GÜNTHER, Jüdische Gemeinde, 2011, S. 702.

²⁷⁸ Marie Schloß an Fritz Schloß, 24.10.1942 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁷⁹ Marie Schloß an Dr. Richard Mann in Oxford, 15.01.1944 (StA KA 7/NL Schloß); Marie Schloß an Fritz Schloß, 21.01.1944 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁸⁰ Durch ihren Sohn Fritz in der englischen Erstausgabe: Marie Schloß an Fritz Schloß, 12.04.1949 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁸¹ Es »gibt mir manche Nuss zu knacken«: Marie Schloß an Erdmuth Achtnich-Schloß, 26.10.1949 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁸² »Handarbeit für den Missionsverkauf«: Marie Schloß an Erdmuth Achtnich-Schloß, 19.09.1947 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁸³ Marie Schloß an Fritz Schloß, Gesprächspartner am 04.12.1945 und 05.07.1946 und passim; Tagungen am 15.03.1946, 05.04.1946 und 13.11.1949 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁸⁴ P. V. PAASSEN, *Earth could be fair*, 1946.

stellerin ab, zu deutlich erkennt sie, dass jetzt gilt »die Schweiz den Schweizern«. ²⁸⁵ Sie nimmt weiterhin regen Anteil, versucht durch ihre Briefe den Kontakt mit der auf der Welt verstreuten Verwandtschaft aufrechtzuerhalten, mit Freunden in der alten Heimat wieder anzuknüpfen. ²⁸⁶ Nur ihr brennender Wunsch, den nach Amerika emigrierten Sohn noch einmal zu sehen ²⁸⁷, wird sich nicht erfüllen. Zu ihrem großen Leidwesen fällt ihr das Schreiben von Hand, zuletzt auch mit der Schreibmaschine immer schwerer. ²⁸⁸ Ihr Herz wird zunehmend schwächer, ihr Radius stetig enger: »[...] immerhin muss ich mich noch ruhiger, als sonst schon, halten«, heißt es auf ihrem letzten Kartengruß an ihren Sohn Fritz. ²⁸⁹ Sie stirbt am 19. Oktober 1952 im Berner Viktoria Krankenhaus an den Folgen eines Nierenversagens.

Einen Monat vor ihrem Tod schreibt Marie Schloß: »Wie lange ist das nun schon her, und was haben wir Alles seither durchlebt, viel Schweres in dieser ach noch immer so mit politischem Zündstoff gehäuften Welt, aber doch auch manches Dankenswerte, wenn ich so auf das eigene Dasein zurückschaue«. ²⁹⁰

6. Ludwig Haas' Neffen

Beide Söhne von Marie Schloß würden ausführlichere Lebensbilder verdienen, als es der Rahmen dieser Darstellung erlaubt. Die durch den Vater vermittelte Naturverbundenheit hat Julius Erwin und Martin Friedrich Schloß motiviert, sich der Wandervogelbewegung anzuschließen. »Wandervogel war ich mit Leib und Seele: denn in der Natur war meine Kirche«, sagt Erwin von sich selbst. Beide sind aber auch geprägt durch die Lebensumwelt der Mutter, der ältere Sohn Erwin stärker durch Begegnungen im herrnhutischen Königfeld, der jüngere Fritz durch die Beziehungen zu den Künstlerkreisen in Karlsruhe. Die Lebenswege führen sie immer weiter auseinander, was aber die innere Verbundenheit nicht abreißen lässt. Nach dem Ersten Weltkrieg sind beide auf ihre Weise von dem Wunsch bewegt, an einer neuen Welt mitzuarbeiten.

6.1 *Julius Erwin Schloß (1894–1944)*

Erwin beginnt 1912 in Freiburg ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, was ihn in die Kanzlei seines Onkels Ludwig Haas hätte führen können. Einem in-

²⁸⁵ M. SCHLOß, *Letzter Wille*, 1950, f. 1 v.; ihre Briefe an den Sohn Fritz Schloß, 10.04.1946, 15.05.1946, 13.11.1949 (jeweils StA KA 7/NL Schloß).

²⁸⁶ In der unmittelbaren Nachkriegszeit hoffen Bekannte auf Unterstützung: »soviel Bitten gelangen an mich, auch manchmal von Leuten, die sicher, solange es draussen gut stand, gern abgeläugnet [sic!] hätten, mich je gekannt zu haben«: Marie Schloß an Fritz Schloß, 13.03.1947 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁸⁷ Marie Schloß an Fritz Schloß, 12.11.1951 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁸⁸ Marie Schloß an Fritz Schloß, 15.09.1952 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁸⁹ Marie Schloß an Fritz Schloß, 23.09.1952 (StA KA 7/NL Schloß).

²⁹⁰ Marie Schloß an Else Schloß-Raithel, 15.09.1952 (StA KA 7/NL Schloß).

neren Ruf folgend wechselt er zur Theologie (Berlin, Tübingen und Heidelberg) und sucht den Dienst in der Herrnhuter Brüdergemeine, wo sein eigentlicher Glaubensweg begonnen hatte.²⁹¹ Erwin steht außerdem den Kreisen der Gemeinschaft nahe, einer »der wesentlichen Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche Deutschlands«, bibelzentriert und auf Erweckung ausgerichtet.²⁹² Im Ersten Weltkrieg ist Erwin 1917/1918 in dem deutsch besetzten Vilnius als Soldatenpfarrer im Einsatz und lernt dort seine spätere Ehefrau *Emy Ruppert* (geb. 1898) aus Hof in Bayern kennen. Nach einem Jahr als Jugendbundsekretär in Berlin wird er ab Herbst 1922 als Prediger im polnischen Lodz eingesetzt, um dort die Jugendarbeit zu übernehmen²⁹³ und einen sehr weitläufigen Diaspora-Bereich zu betreuen. Die Familie lebt in einfachsten Verhältnissen, »das Gehalt reichte kaum zum Leben«. ²⁹⁴ Gesundheitlich geschwächt, erhält Erwin Urlaub und zieht nach Königsfeld im Schwarzwald (1925), von wo er anschließend als Prediger nach Gnadau bei Magdeburg berufen wird (1926). Der kleine Ort von 725 Einwohnern (Herrnhuter und Lutheraner) stellt eine neue Herausforderung dar. Schwierig sind die internen Spannungen zwischen der bürgerlichen und intellektuellen Welt des Mädcheninternats einerseits, den Fabrikarbeitern mit kleinem Bauernbesitz und der Arbeitersiedlung auf dem nahen Gut Döben andererseits.²⁹⁵ Gerade auch dort engagiert sich Erwin als Seelsorger: »Die Gasterbeiter waren zum größten Teil richtige Proletarier, völlig allem inneren Leben entfremdet. Sie kamen nie zur Kirche. [...] Im Laufe der Jahre begann Papa [Erwin Schloß] eine Bibelstunde draußen in Döben [...] die Stube war voll strickender Frauen und qualmender Männer [...] auf dem Gut galt es, manchen Streit zu schlichten, manchem Trinker nachzugehen.«²⁹⁶ Aus diesem seelsorgerlichen Einsatz in Arbeiterkreisen sollten jedoch keine Rückschlüsse auf Erwins politisches Engagement gezogen werden. So gratuliert er auch – aus menschlicher Anteilnahme wie seine Tochter berichtet – dem abgesetzten Kaiser in seinem Exil zum Geburtstag.²⁹⁷

Wohl wegen der Geborgenheit in einer kleinen Herrnhuter Ortsgemeinde leuchten die Jahre in Gnadau als die glücklichste Zeit in den Erinnerungen der Kinder *Erdmuth* (geb. 1924), *Markus Ekkart* (geb. 1926) und *Brigitte* (geb. 1927). Doch die Zeit

²⁹¹ Durch die an ihn gerichtete Frage: »Seid ihr wiedergeboren?«: E. SCHLOß, Lebenslauf, 1944, S. 35; UA H NLSchE.

²⁹² M. DIENER, Kurshalten, 1998, S. 14; die Gemeinschaftsbewegung war im »Gnadauer Verband« organisiert: ebd., S. 16, Anm. 4.

²⁹³ Erwin Schloß arbeitet mit dem Gemeinschaftswerk in Vandsburg (Wiecibork, Polen) zusammen und wird in den Vorstand des Verbandes gewählt. Nach dem Vorbild von EC (»Entschieden für Christus«), einer Bewegung initiiert 1881 durch Francis E. Clark in Portland (Maine, USA), werden Jugendbünde und Bibelwochen organisiert: K. SCHÄFER, Brüdergemeinschaften, [o. D.], S. 50 f.; »Entschieden für Christus«, abrufbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Entschieden_für_Christus [04.10.2016].

²⁹⁴ K. SCHÄFER, Brüdergemeinschaften, [o. D.], S. 50.

²⁹⁵ H. SCHLIMM/E. RÖHM, Erwin Schloß, 2014, S. 98; E. SCHLOR, Lebensgärtlein, 1943, Abschnitt »Gnadau«, Manuskript (o. S.).

²⁹⁶ Ebd.

²⁹⁷ Mitteilung Erdmuth Achtnich-Schloß.

geschichte holt den Pfarrer »jüdischen Ursprungs«²⁹⁸ und die Seinen ein. Anfänglich begrüßt Erwin »die Bewegung«, die den Deutschen neues Selbstbewusstsein verschafft. Er versteht den Nationalsozialismus vor allem auch als Bollwerk gegen den atheistischen Bolschewismus und gegen die militante »Gottlosenbewegung«.²⁹⁹ Den Antisemitismus nimmt Erwin daher vorerst in Kauf, auch für sich selbst.³⁰⁰ Er sieht in den Verunglimpfungen und der Ächtung der Juden ein notwendiges Geschehen im Hinblick auf die Wiederkunft Christi: Der »Heilsplan der Erlösung« setzt die Konversion von Israel voraus,³⁰¹ und eben durch Leiden werden die Juden zu dieser Umkehr geführt werden.³⁰² Aus dieser Hoffnung erklärt sich auch Erwins innere Verpflichtung für die Judenmission.³⁰³

Zunehmend aber wird Erwin Schloß das Anti-Christliche des Nationalsozialismus bewusst³⁰⁴, und 1934 ist den Mitgliedern seiner Gemeinde klar, dass Erwin Schloß »mit voller Überzeugung auf dem Boden der Bekenntnisgemeinde steht«.³⁰⁵ Als 1935

²⁹⁸ Der Begriff wird verwendet in der Artikelserie »Mitarbeiter jüdischen Ursprungs« in: UNITAS FRATRUM 69/70 (2013), S. 89 ff.; zu den Umständen der Versetzung, vgl. B. SCHLOß, Thanksgiving, 2002, und D. MEYER, Ein Stachel im Herzen, 2011.

²⁹⁹ E. SCHLOß, Lebenslauf, Manuskript, o. S. – Die Bekämpfung des »marxistischen Freidenkertums« durch die Nationalsozialisten hebt auch der württembergische Landesbischof Wurm hervor: H. RUSTERHOLZ, »... als ob unseres Nachbars Haus...«, 2015, S. 596, Anm. 120. Marie Schloß erwähnt in ihrer Gnadauer Zeit den »Ansturm der »Gottlosen-Verbände«: handschriftliche Notiz, angefügt an den Artikel »Ein gutes Wort zum religiösen Frieden«, StA KA 7/NL Schloß; siehe dazu: H. RUSTERHOLZ, »... als ob unseres Nachbars Haus...«, 2015, S. 599.

³⁰⁰ Aussage von Erwin Schloß: »Was ist unser u. einer kl. Anzahl Menschen Schicksal, wenn dafür unser Volk vor dem Bolschewismus gerettet wird!«: E. SCHLOß, Lebensgärtlein, 1943, o. S., Abschnitt »3. Reich«; dieselbe Argumentation auch in: E. SCHLOß, Lebenslauf, [o. D.], o. S.; dort aber auch die Erkenntnis: »Immer mehr nahm aber die Bewegung eine antichristliche Stellung ein, die wohl schon in Hitlers Buch zu finden ist«: ebd.

³⁰¹ Terminus aus den »Weihnachtsbrief an unsere Juden«, den das Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland Ende 1942 herausgibt; darin findet sich – neben der deutlichen Ablehnung des Antisemitismus – der Satz: »Wehe der Judenschaft, wenn sie sich jetzt im Widerstand gegen Christus versteifen würde! [...] Es betrübt und erschreckt uns, dass das Judenvolk Jesus nicht als den im Alten Testament angekündigten Messias erkennt und als Erlöser annimmt«: H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 246; Unterzeichner waren 37 Persönlichkeiten, darunter die Theologen Karl Barth und Emil Brunner: ebd., S. 586, Anm. 317.

³⁰² Erwin Schloß an Pfarrer Paul Hahn, 03.04.1936: »Was Israel jetzt in Deutschland erlebt, wird es wohl auch in andern Ländern erleben müssen«: H. C. HAHN, Fünf Briefe, 2013, S. 115; dieselbe Aussage auch im Brief an seinen Bruder Fritz Schloß, 17.05.1940, in: UA H NLSchE.

³⁰³ In Bern wird Erwin Schloß Mitglied der Freunde Israels: H. HUG, Pfarrer Erwin Schloß, 1944, S. 33; zum »Verein der Freunde Israels« vgl. H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 542, Anm. 149; Erwin Schloß hält im Lauf des Jahres 1940 im »Verein der Freunde Israels« in Basel und in Bern einen Vortrag zum Thema »Die Pflicht zur Judenmission«: E. SCHLOß, Bericht, 1941, S. 4.

³⁰⁴ E. SCHLOß, Lebenslauf, [o. D.], o. S.

³⁰⁵ Küberer, Direktor der Gnadauer Anstalten, an Unitätsdirektor Dr. Theo Marx, 24.11.1934, Abschrift von Joachim Knothe, Bad Boll, 21.11.1997, Typoskript (Privatbesitz). – Diese Aussage bestätigt die Erinnerung seiner Tochter Erdmuth Achtnich-Schloß, dass Erwin Schloß der Bekennenden Kirche nahe stand, auch wenn er, wie Henning Schlimm schreibt, »als Pfarrer der Brüdergemeine [...] nicht als Mitglied zur Bekennenden Kirche gehören« konnte: H. SCHLIMM/E. RÖHM, Erwin Schloß, 2014, S. 109. – Die Direktion der Brüdergemeine entschied sich im damaligen Kir-

unter dem Druck der lokalen NS-Parteigenossen die Stellung des »nicht-arischen« Pfarrers Schloß unhaltbar wird³⁰⁶, versetzt ihn die Direktion der Brüdergemeine in die Schweiz, wo er in Bern eine Sozietät der Herrnhuter betreuen soll³⁰⁷. Dort findet Erwin Kontakt zur Theologischen Arbeitsgemeinschaft unter dem sozial engagierten Pfarrer Albert Schädelin, Mitbegründer des Berner Hilfswerks für Emigrantenkinder³⁰⁸. Erwin Schloß selbst wird Ende 1936 ehrenamtlicher Sekretär der Landeskirchlichen Flüchtlingshilfe des Kantons Bern, später zusätzlich der Dachorganisation aller kirchlichen Hilfswerke der Schweiz, dem Schweizerischen Kirchlichen Hilfskomitee für evangelische Flüchtlinge. Konkret bedeutet das Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden in administrativen Fragen und Betreuung der (judenchristlichen) Flüchtlinge in den Interniertenheimen und Arbeitslagern.³⁰⁹ Gemeinsam mit Dr. Adolf Freudenberg, Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf³¹⁰ und mit Paul Vogt vom Schweizerischen Evangelischen Hilfswerk für die Bekennende Kirche³¹¹ engagiert sich Erwin Schloß in dieser überwältigenden Not, hilft bei Betreuung und Weiterreise, Visen und Schiffspassagen³¹² – und kann doch Härtefälle nicht vermeiden, wo die Fremdenpolizei unnachgiebig bleibt. So auch im tragisch endenden Fall des bekannten Liederdichters Jochen Klepper und dessen »nicht-arischer« Stieftochter Renate: »[...] nach neuem Vorstoß in Verbindung mit Pfarrer Schloß in Bern (über Grüber) bei der Fremdenpolizei in Bern: »Bewilligung so gut wie ausgeschlossen.«³¹³

Seine endzeitliche Erwartung und seine Gewissheit, dass letztlich alles Geschehen in Gottes Händen liegt³¹⁴, hat Erwin Schloß wohl davor bewahrt, an den grauenhaf-

chenkampf für »einen strikten Kurs der Neutralität«; entsprechend wurde Anfang 1935 den Mitgliedern empfohlen, sich keiner kirchenpolitischen Partei anzuschließen, das heißt auch nicht der Bekennenden Kirche: D. MEYER, Ein Stachel im Herzen, 2011, S. 251.

³⁰⁶ Vorübergehender Aufenthalt bei Friedrich von Bodelschwingh in Bethel, bis die Versetzung organisiert werden kann: vgl. die Artikel D. MEYER, Ein Stachel im Herzen, 2011, und H. SCHLIMM/E. RÖHM, Erwin Schloß, 2014.

³⁰⁷ Das Aufgabenheft umfasst auch Vortragstätigkeit für die Mission der Herrnhuter Brüdergemeine.

³⁰⁸ Brief vom 17.12.1936 in: H. C. HAHN, Fünf Briefe, 2013, S. 119; zu A. Schädelin (1879–1961) vgl. H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 55 u. S. 508, Anm. 47; die Theologische Arbeitsgemeinschaft setzte sich mit einem Solidaritätsbrief an Martin Niemöller öffentlich für Karl Barth ein: H. RUSTERHOLZ, »... als ob unseres Nachbars Haus ...«, 2015, S. 640 f.

³⁰⁹ Siehe H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 81 f, 125, S. 290; zur Ehrenamtlichkeit, siehe Marie Schloß an Fritz Schloß, 15.01.1944 (StA KA 7/NL Schloß).

³¹⁰ Zu Adolf Freudenberg, Dr. iur., bis 1935 Legationsrat im Auswärtigen Amt Berlin, 1935–1939 Studium der Theologie, beeinflusst von der Bekennenden Kirche: H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 519 f.; H. LUDWIG, Adolf und Elsa Freudenberg, 2014.

³¹¹ Siehe H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996; H. RUSTERHOLZ, »... als ob unseres Nachbars Haus ...«, 2015.

³¹² Einige Beispiele in [E. SCHLOß], Nachrichten, 1942.

³¹³ Obwohl eine Schweizer Familie sie aufnehmen würde, wird ihr wegen »Überfremdung« die Einreise verwehrt: H. RUSTERHOLZ, »... als ob unseres Nachbars Haus ...«, 2015, S. 311 f.; J. KLEPPER, Tagebücher, 1955, S. 862 (Hinweis von Helmuth Reichel, Königsfeld).

³¹⁴ E. Schloß, Predigt vom 7.07.1940; Predigt vom 28.04.1940, in: UA H NLSche.

ten Ereignissen zu zerbrechen. Dass er weiß, was vor sich geht³¹⁵, spiegelt sich in sparsamen Hinweisen³¹⁶ in seinen Predigten und Briefen, von der massiven Emigration ins Ungewisse bis zur ungeheuren Wahrheit der Shoah. 1940, die Deportation nach Lublin betreffend: »Sie werden in jene fürchterliche Gegend kommen, wo es wohl sicher ist, dass nach Monaten nicht mehr alle leben werden.«³¹⁷ 1941: »Jetzt sollen monatlich 20 000 Juden aus Deutschland vertrieben werden, das sind nach den letzten authentischen Zahlen 10 Millionen Heimatlose.«³¹⁸ 1942: »Das Ghetto von Riga hat man auf die Weise erledigt, dass man 16.000 Leute erschossen hat. Der Bericht liegt jetzt vor, ich habe ihn auch für einige Tage. Gott gebe doch bald eine andere Zeit.«³¹⁹ 1943: »Heute weiß man etwa, dass von den 4,2 Millionen Juden, die in Deutschland lebten, nur noch etwa 300.000 am Leben sind.«³²⁰ Als im August 1942 die Schweizer Grenzen für jüdische Flüchtlinge geschlossen werden und Bundesrat Eduard von Steiger das Schlagwort vom vollen Rettungsboot prägt,³²¹ da soll Erwin Schloß sich an ihn gewandt haben: »Was jetzt geschieht, ist Mord.«³²²

Mitte Dezember 1943 nimmt Erwin Schloß an einer Tagung des Kirchlichen Hilfskomitees in Walzenhausen teil, wo Leitlinien für eine Flüchtlingsarbeit nach dem Ende des Krieges erarbeitet werden. These 10 lautet: »Der Antisemitismus ist als Gottlosigkeit zu brandmarken und von der Kirche radikal abzulehnen«, abgeschwächt im folgenden Frühjahr zu »mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar.«³²³ An-

³¹⁵ »Die Schweiz als Drehscheibe für den Nachrichtenfluss«: H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 519, Anm. 29; siehe auch: H. RUSTERHOLZ, »... als ob unseres Nachbars Haus ...«, 2015, S. 417 ff.: die verschiedenen Flüchtlingswerke waren informiert über die »Endlösung« und versuchten ihre Informationen weiterzuleiten. – Das Schweizerische Kirchliche Hilfskomitee für evangelische Flüchtlinge, beunruhigt durch die »neuen deutschen Massnahmen gegen die Nicht-Arier«, beauftragt Erwin Schloß am 04.11.1941, sich an Adolf Freudenberg vom Allgemeinen kirchlichen Hilfswerk in Genf zu wenden mit der Bitte, »uns doch möglichst oft vertrauliche Mitteilungen zukommen zu lassen über alles, was Sie über diese entsetzlichen Greuelthaten in Erfahrung bringen können.« Am 28.11.1941 verfasst Freudenberg einen ausführlichen Bericht zum »Beginn der ›Totallösung‹«, aber: »Irgendein Einfluss auf den Fortgang der Deportierungen und sonstigen Vernichtungs-Massnahmen erscheint nach menschlichem Ermessen z. Zt. unmöglich«, in: Archiv ÖRK Genf, Korrespondenz Adolf Freudenberg.

³¹⁶ Vertreter der Fremdenpolizei überwachten den Prediger: Mitteilung Erdmuth Achtnich-Schloß.

³¹⁷ E. SCHLOß, Predigt vom 21.04.1940, in: UA H NLSchE.

³¹⁸ E. SCHLOß, Predigt vom 3. Advent 1941, in: UA H NLSchE.

³¹⁹ Brief Marie Schloß an Fritz mit Nachsatz von Erwin Schloß, Bern 24.10.1942 (StA KA 7/NL Schloß).

³²⁰ E. SCHLOß, Predigt vom 2. Advent 1943, in: UA H NLSchE.

³²¹ »Flüchtlinge nur aus Rassegründen, z. B. Juden, gelten nicht als politische Flüchtlinge« und werden abgewiesen: H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 187 f.

³²² Mitteilung seiner Töchter Erdmuth Achtnich-Schloß und Brigitte Schloß.

³²³ Bereits 1940 findet sich im Jahresbericht des Kirchlichen Hilfskomitees, unterzeichnet von Rudolf Müller und Erwin Schloß, ein Verweis auf den »gottlose(n) Plan völliger Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa«: H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 204. – Umformulierung auf Grund eines Einspruchs gegen den Begriff »Gottlosigkeit«: »[...] indem er [der Antragsteller] auf einen durch die Juden selber provozierten Antisemitismus hinweist, für den das Prädikat ›gottlos‹ nicht zutrifft«: H. KOCHER, Rationierte Menschlichkeit, 1996, S. 319–321.

schließlich an dieses Treffen will Erwin Schloß einen Konfliktfall im Flüchtlingslager jenseits des Malojapasses lösen. Der Postautobus, dem Ketten verweigert werden,³²⁴ kommt auf der vereisten Straße ins Schleudern, stürzt »20 m tief an [sic!] eine Böschung herunter«, überschlägt sich – Erwin Schloß erleidet schwerste innere Verletzungen und kann nur bis ins nahe Interniertenlager von Vicosoprano transportiert werden.³²⁵ Dort verstirbt er am 6. Januar 1944. Es ist ihm nicht vergönnt, das Ende dieser Schreckensherrschaft zu erleben, die er von seinem Glauben her auszuhalten versucht: »Und wenn Er zunächst uns fast nur finstere Nacht zeigt, wenn die Todesschatten sich immer mehr über diese Welt ausbreiten, [und wenn] die Torheit glaubt, eine neue 1000jährige Glanzzeit selber geschaffen zu haben, so verzagen wir nicht.«³²⁶ Seiner Gemeinde hat er wenige Monate vor seinem Tod noch als Motto weitergegeben, was er selber gelebt hat: »dass auch wir alle in Sein großes Werk als Arbeiter und Arbeiterinnen berufen sind und dass dies nichts als Gnade ist.«³²⁷

6.2 *Martin Friedrich (Fritz) Schloß (1895–1973)*

Erwins jüngerer Bruder Fritz, Halbweise seit dem zwölften Lebensjahr, wird für die Gymnasialjahre nach Niesky in der Lausitz geschickt, wo er das Pädagogium besucht, ein damals sehr geschätztes Internat der Herrnhuter Brüdergemeine. Dort gehört er dem Kadettenkorps an und lässt sich im Anschluss zum Offizier ausbilden.³²⁸ Trotz seiner künstlerischen Neigungen wählt er die Naturwissenschaften und studiert Chemie, bricht aber 1914 das Studium ab. Seinen Kriegsdienst leistet er in Frankreich im Artillerie-Korps des 7. Badischen Infanterie-Regiments. Wie sein Onkel Ludwig Haas wird Fritz mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse ausgezeichnet und zum Leutnant befördert. Seine schlohweißen Haare werden ihn sein Leben lang daran erinnern, dass er während sechs Tagen im Schützengraben verschüttet war.³²⁹

Seine spätere Frau lernt Fritz in Königsfeld kennen, wo die junge Else Raithel in der Villa Mendelssohn die Ferien bei ihrer Großmutter verbringt, einer Enkelin des jüngeren Bruders von Felix Mendelssohn-Bartholdy.³³⁰ Else wird Fritz seit ihrer Heirat im Jahr 1922 durch alle Lebensetappen eine verlässliche Gefährtin sein. Das Paar hat drei Söhne: *Hans Dieter* (geb. 1923), *Martin-Jörg* (geb. 1926), der sich später *George* nennt, und *Klaus Peter* (geb. 1928), der in den USA den Familiennamen *Castle* annehmen wird.

³²⁴ Der Fahrer hatte Ketten in St. Moritz beantragt, aber nicht erhalten, da sie für militärische Fahrzeuge requiriert waren: Mitteilung Erdmuth Achtnich-Schloß.

³²⁵ Bericht und Zitat nach dem Brief von Marie Schloß an Fritz Schloß, 21.01.1944 (StA KA 7/ NL Schloß).

³²⁶ E. Schloß, Predigt vom 23.06.1940, in: UA H NLSchE.

³²⁷ E. Schloß, Predigt vom 02.08.1943, in: UA H NLSchE.

³²⁸ In der Kadettenanstalt Lichterfelde, laut den unveröffentlichten Erinnerungen von Werner Middellmann: Mitteilung von Raoul Middellmann, 06.03.2016.

³²⁹ M. ACHTNICH, Martin Friedrich Schloß, 2007, S. 3.

³³⁰ Elisabeth (genannt Else) Ida Raithel (1900–1988), Tochter von Ernst-Gottfried Raithel (Amtsrichter in Nürnberg, später in Kempten, ab 1910 Oberamtsrichter in Frankenthal, gefallen 1918) und Fanny (Auguste Emma Albertine), geb. Mendelssohn-Bartholdy (1879–1947).

Nach dem Krieg findet Fritz zunächst Arbeit bei Verwandten in der Zigarrenindustrie, ab 1921 ist er in Mannheim als freier Mitarbeiter bei der *Badischen Landeszeitung* tätig.³³¹ Seine politische Hoffnung setzt er auf einen Zusammenschluss der europäischen Nationen zu den »Vereinigten Staaten von Europa«.³³² Wohl 1921³³³ schließt er sich, selber entschieden pazifistisch und christlich-sozial gesinnt, einer Kommune an. Es ist die aus der Gemeinschaftsbewegung entstandene urchristliche Lebensgemeinschaft in Sannerz bei Schlüchtern, die sich »Neuwerk« nennt, deren Nähe zur Brüdergemeine Fritz vielleicht zusätzlich angezogen hat.³³⁴ »Es handelt sich um eine Lebensgemeinschaft, die Arbeitsgemeinschaft, Tischgemeinschaft, Gütergemeinschaft und Glaubensgemeinschaft sein soll.«³³⁵ Dort ist Fritz Schloß mit anderen für den kleinen Verlag zuständig, ediert (vorerst anonym, später unter seinem eigenen Namen) eine Legendensammlung, die mehrere Neuauflagen erlebt.³³⁶ Eigene Texte signiert Fritz in dieser Zeit offenbar mit »M. Fr. Schloß-Maurer«: die Maurerkelle war Symbol und Signet des *Neuwerks*.³³⁷ Im August 1922 ist er unter den vierzig Opponenten, die sich von Arnold trennen³³⁸ und auf dem Habertshof bei Schlüchtern 1923 einen neuen, nüchternen Anfang suchen. Im neugegründeten Verlag scheint Fritz Schloß weiter mitgewirkt zu haben bis zur Übernahme durch ein größeres Verlagshaus.³³⁹ Nach einem kurzen Aufenthalt in Hamburg (1923) arbeitet er zwei Jahre als Verlagsbuchhändler in Berlin.³⁴⁰ Wenn es die Zeiten erlaubt hätten, wäre er wohl Literat und Kunsthistoriker geworden. Sein *Totentanz* wird vertont durch den Kirchenmusiker H. M. Poppen und mehrfach aufgeführt, ebenso *Luzifer* und *Kantaten*.³⁴¹ So sehr ist Fritz innerlich mit der

³³¹ M. ACHTNICH, Martin Friedrich Schloß, 2007, S. 3.

³³² Erwin Schloß an Fritz Schloß, 28.04.1941, in: UA H NLSchE.

³³³ E. ARNOLD, Gegen den Strom, 1983, S. 56.

³³⁴ A. VOLLMER, Neuwerkbewegung, 1973, S. 65 f., 76 ff.

³³⁵ Aus einem Brief des Gründers Eberhard Arnold, 1920, zitiert bei: A. VOLLMER, Neuwerkbewegung, 1973, S. 66.

³³⁶ 1921 Herausgabe einer Sammlung von Legenden unter seinem Namen beim Neuwerk-Verlag, darunter aus seiner Feder *Die Erlösung des Judas Ischariot*. Namentliche Nennung von Fritz Schloß als Mitglied der Lebensgemeinschaft im Jahr 1922 bei E. ARNOLD, Gegen den Strom, 1983, S. 57; »deine Mitwirkung dort [beim Neuwerk]«: Marie Schloß an Fritz Schloß, 13.II.1949 (StA KA 7/NL Schloß).

³³⁷ Vgl. StA KA 7/NL Schloß; E. BLUM, Neuwerk, 1973, S. 43, Anm. 14.

³³⁸ Fritz Schloß gehört nicht zu den sieben Personen, die Eberhard Arnold auf seinem rigorosen Weg folgen: A. VOLLMER, Neuwerkbewegung, 1973, S. 101; zu den Gründen und dem Verlauf der Spaltung: E. ARNOLD, Gegen den Strom, 1983, S. 64 ff.; A. VOLLMER, Neuwerkbewegung, 1973, S. 92 ff.

³³⁹ Zur Verlagsauflösung: E. ARNOLD, Gegen den Strom, 1983, S. 100 f. u. 173; Hinweis auf die Übernahme des Verlags: Fritz Schloß an Marie Schloß, 21.04.1927, in: JMB LH, K. 4, Mp. 7.

³⁴⁰ M. ACHTNICH, Martin Friedrich Schloß, 2007, S. 4; Mitteilung Else Schloß-Raitel; laut Werner Middelman war es die Deutsche Dichter-Gedächtnisstiftung, gegründet von Börries Freiherr von Münchhausen: Mitteilung Raoul Middelman, 06.03.2016.

³⁴¹ Geplante Aufführung der Kantaten in Karlsruhe, mit dem Hinweis: »[...] beim Totentanz war die Stadtkirche, die ca. 2000 Raum bietet in 4 Aufführungen voll gewesen«: Brief von Fritz Schloß an Marie Schloß, 21.04.1927, JMB LH, K. 4, Mp. 7; Fritz Schloß als Textautor der Kompositionen von Hermann Meinrad Poppen (1885–1956): H. HAAG, Weg und Werk, [1955], S. 31. – Aufführungen in den USA: vgl. Hinweis bei R. MIDDELMANN, World-History, 1998, S. 329.

Welt des Spätmittelalters, mit dem damaligen spirituellen Aufbruch verbunden, dass er sich fragt, ob es nicht doch so etwas wie Seelenwanderung geben könne.³⁴² Seinen Brotberuf hat Fritz unterdessen (seit 1924) in der Malz-Industrie gefunden, vorerst als Prokurist³⁴³, daneben aber auch als Entwickler neuer Produkte.³⁴⁴

Sehr lange glaubt Fritz Schloß, als engagiertes Mitglied der evangelischen Kirche und vor allem auch als Offizier nicht von der antisemitischen Hetze bedroht zu sein. Sein Bruchsaler Freund Werner Middelman, späterer UNICEF-Beauftragter, ist hellsichtiger und warnt ihn, nicht länger hierzubleiben in diesem Land, das bürgerliche Rechte nicht mehr achtet, wo Fritz als »Nichtarier« sein Amt als Ältester der evangelischen Kirche verliert.³⁴⁵ Unterdessen wachsen die finanziellen Hürden ins Unermessliche: Reichsfluchtsteuer, Einreisevisen, Garantien. Erst sein Anteil am – bescheidenen – Erbe des väterlichen Bruders Moritz Schloß (geb. 1875) ermöglicht die Auswanderung, abgesichert durch die Bürgerschaft eines ledigen Verwandten in den USA. 1938 lässt sich Fritz Schloß in Brooklyn, New York nieder, findet Arbeit in der malzverarbeitenden Industrie und kann im Januar 1939 seine Familie nachkommen lassen, die unterdessen im Schwarzwald Zuflucht gesucht hatte.³⁴⁶

Solange Fritz noch kein amerikanischer Staatsbürger werden kann, bleibt die berufliche Situation schwierig, und trotz bester Referenzen findet er keine dauerhafte Anstellung in der Nahrungsmittelindustrie. Er wechselt in den Gesundheitsbereich und wird sich auch international einen Namen als Entwickler neuer Labormethoden machen, die es ermöglichen, mit minimalen Blutentnahmen zu arbeiten, z. B. bei Frühgeburten.³⁴⁷ So sehr diese berufliche Karriere dem Modell des amerikanischen *self-made man* zu entsprechen scheint³⁴⁸ – Fritz bleibt zutiefst ein Europäer und der spirituellen Suche verpflichtet. Er übersetzt Pedro Calderon de la Barca ins Englische³⁴⁹, und in seiner Freizeit hält er Vorträge zur deutschen Kulturgeschichte³⁵⁰ –

³⁴² Siehe sein Theaterstück *Wie aber wenn?*, Typoskript.

³⁴³ R. MIDDELMANN, *World History*, 1998, S. 329; bei den dort erwähnten Bruchsaler »Malzwerken« kann es sich um die Firma *Schragmalz* handeln (M. ACHTNICH, Martin Friedrich Schloß, 2007, S. 4) oder um die Firma der großmütterlichen Familie Marx; letzteres scheint wahrscheinlich, da ein nach Amerika emigrierter Verwandter der Marx-Familie für Fritz als Garant den Behörden gegenüber fungieren wird: Mitteilung Else Schloß.

³⁴⁴ In einem undatierten Bewerbungsschreiben aus den frühen 1950er Jahren spricht Fritz Schloß von zwölf Jahren (also 1924–1938) als »consulting Chemist for the brewing and malting industry and food factories throughout Europe«; nach seiner eigenen mündlichen Mitteilung gehört dazu die Firma *Wander* in Bern, die damals ihr Produkt »Ovomaltine« entwickelt. Malz wurde in jenen Notzeiten als Nahrungsmittlersatz entdeckt: Mitteilungen Else Schloß.

³⁴⁵ R. F. MIDDELMANN, *World History*, 1998, S. 329, 332.

³⁴⁶ Aufenthalt auf einem Bauernhof, nach der Saison auch bei der Mutter Fanny Raithel-Mendelssohn in Königsfeld, die ihr Haus zu einer Pension gemacht hatte: Mitteilungen Else Schloß. In den Kriegsjahren war eine der Mieterinnen Leni Riefenstahl: Mitteilung Pier Doxie, Ehemann der Enkelin Bärbel Raithel.

³⁴⁷ Hinweise auf seine Fachpublikationen: M. ACHTNICH, Martin Friedrich Schloß, 2007, S. 7.

³⁴⁸ Fritz Schloß hat seinen Weg ohne »degrees« gemacht: Brief Marie Schloß an Fritz Schloß, 13.03.1947 (StA KA 7/NL Schloß).

³⁴⁹ R. F. MIDDELMANN, *World History*, 1998, S. 329.

³⁵⁰ Brief Marie Schloß an Fritz Schloß, 15.09.1952 (StA KA 7/NL Schloß).

wohl noch ein ferner Impuls der Neuwerk-Bewegung, die das Volkshochschulwesen förderte, und vor allem ein Beitrag zum gegenseitigen Verständnis der Nationen, gerade in diesen Zeiten von Krieg und Nachkrieg. Fritz Schloß interessiert sich weiterhin für alte deutsche Meister, untersucht die mathematische Konstruktion des Bildaufbaus und ist überzeugt, im Museum von Chicago ein Selbstbildnis Grünewalds entdeckt zu haben.³⁵¹ Seit Kriegsende sucht er nach einer Möglichkeit, seinen Beitrag zum Aufbau eines neuen, friedlicheren Europas zu leisten. Werner Middelmann setzt sich für ihn ein. Dieser Freund aus Bruchsaler Zeiten ist damals Referent für das Flüchtlingswesen beim Länderrat in Stuttgart. Auch Pfarrer Martin Niemöller wird eingeschaltet – vergebens, denn Fritz hat das fünfzigste Lebensjahr bereits überschritten.³⁵² Erst im Ruhestand kehrt er mit seiner Frau nach Karlsruhe zurück, wo der im christlich-jüdischen Dialog engagierte Pfarrer und Quäker Heinz Kappes zu seinem Freundeskreis gehören und ihn bis zu seinem Lebensende begleiten wird.

Auf sein Leben schaut Fritz Schloß in einem Brief von 1971 heiter und gelassen zurück:

»Ich habe in den langen Jahren zwar viele Enttäuschungen erleben müssen, aber die schönen Stunden und die feinen Menschen, die ich finden durfte, überwiegen bei weitem alle Enttäuschungen. Ein geeintes Europa und darüber hinaus eine geeinte, freie und friedliche Welt, in der es keinen Krieg, noch Hunger, noch Unfreiheit mehr geben kann, werde ich wohl nicht mehr erleben, aber ich bin froh, dass mir diese Zukunftshoffnung gegeben ward, an die ich bis zu meinem Ende glauben werde!«³⁵³

Der schon lange an *Angina pectoris* Leidende verstirbt am Ostersonntag 1973, nach kurzer schwerer Krankheit. In der Traueranzeige findet sich eines seiner Gedichte:

»Wir alle, Alle, sind berufen
Zu wirken an dem Werk des ewgen Werde.
Uns alle, Alle hat er aufgerufen
Werkleute Gottes für die Erde«.

Ein Wort des Dankes

Martin Achtnich, Karlsruhe, hat mir alle Materialien zu den von ihm erstellten Lebensbildern zur Verfügung gestellt. Ihm sei an dieser Stelle ganz besonders gedankt für seine präzisen Recherchen, seine Ermutigung und seinen Beistand. Ebenso ein Dank an alle Weiteren, die dazu beigetragen haben, dass das Mosaik steinchenweise zusammengesetzt werden konnte. In erster Linie sind zu nennen: Anthony Haas, der über Kontinente hin Kontakte knüpfende Enkel;

³⁵¹ M. ACHTNICH, Martin Friedrich Schloß, 2007, S. 8; verschiedene der Untersuchungen wurden im *Annuaire de la Société Historique et Littéraire de Colmar* publiziert.

³⁵² »Das War Department hat Freund Schloß inzwischen mitgeteilt, dass Personen über 50 Jahre nicht mehr nach Europa gesandt werden«: Werner Middelmann an Pfarrer Martin D. Niemöller, [o. D.], Antwort auf ein Schreiben v. 14.07.1947; Briefwechsel Fritz Schloß – Werner Middelmann; Hinweis Raoul Middelmann, E-Mail v. 11.05.2016.

³⁵³ Fritz Schloß an Walter Achtnich-Schloß, März 1971, zitiert bei M. ACHTNICH, Martin Friedrich Schloß, 2007, S. 8.

Aubrey Pomerance und Jörg Wassmer, die für den Haas-Nachlass Verantwortlichen am Archiv des Jüdischen Museums Berlin; außerdem Peter Schrag, der Großneffe, trotz aller Arbeit an seinem eigenen Buch; Rabbi Jeffrey A. Marx, der Marx-Familien-Genealoge; Ann Goebel (geb. Schloß), Urgroßnichte von Marie Schloß in Cincinnati; Michael (Mike) Newman, entfernter Verwandter in Australien; Raoul Middelmann, Australien, Patensohn von Fritz Schloß; die Mitarbeiter der Bibliotheken und Archive in Basel, Bern, Bruchsal, Emmendingen, Frankfurt, Genf, Karlsruhe, Landau und Leipzig. Ohne all ihre Unterstützung hätte sich der Generationen überspannende Bogen nicht runden lassen.

Schreiben als politisches Engagement – Marie Schloß

Eine junge Frau will sich von der Brücke stürzen. In reichem Haus aufgewachsen, hat sie durch den Bankrott der väterlichen Fabrik und den Selbstmord des Vaters ihre privilegierte Stellung im Bürgertum verloren, als ledige Mutter auch die Ehre und schließlich die letzte Arbeitsstelle als Heimarbeiterin. Von dieser Ausgangssituation entfaltet Marie Schloß ihren 1911 erschienenen Roman »Prinzessin«.¹ Der Roman markiert einen Wandel, der sich seit dem Tod ihres Ehemannes in ihrem Leben vollzogen hat. Nach dessen frühem Tod 1907 ist aus der gutsituierten Gattin des Mitinhabers und Geschäftsführers einer kleinen Zigarrenfabrik im Schwarzwaldstädtchen Emmendingen, die als Schriftstellerin dilettierte und dabei auch soziale Verwerfungen der Industrialisierung thematisierte, eine Witwe und alleinerziehende Mutter zweier minderjähriger Söhne geworden. Die Folgen der bürgerlichen Mädchenerziehung, das Fehlen einer Berufsausbildung, rechtliche und politische Unmündigkeit der Frauen spürte sie nun direkt. An ihrem neuen Wohnort Karlsruhe, wo ihr Bruder Ludwig Haas als Rechtsanwalt praktizierte, engagierte sie sich in der Frauenbewegung, trat für das Frauenstimmrecht und für bessere Mädchenbildung, vor allem für Möglichkeiten der Berufsausübung ein.

Ihre schriftstellerische Produktion wurde Teil des politischen Engagements. Viele ihrer Geschichten und Erzählungen verbinden das Unterhaltungsinteresse mit konkreten sozialen und politischen Botschaften² und spiegeln dabei Erfahrungen und Erlebnisse der Autorin: Die Geschichten erreichten ihre Adressaten in Zeitungen und in Büchern; sie können daher als Programmschriften und auch als politische Gebrauchsliteratur aufgefasst werden, in der neben der Beschreibung von Missständen politische und gesellschaftliche Lösungswege formuliert werden. Ein wichtiges Thema sind die Nöte alleinstehender Frauen als Ledige, Witwen oder unverheiratete Mütter, dazu die schlechte Versorgung unehelicher Kinder und die daraus resultierende hohe Säuglingssterblichkeit. Die Geschichten von Marie Schloß enden dabei nicht im Unglück, sondern zeigen Auswege aus der Notlage und auch zur Überwindung des sozialen Gegensatzes zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft.

Die Frauengestalten von Marie Schloß folgen zunächst unhinterfragt den gesellschaftlichen Konventionen und dem bürgerlichen Leitbild, das für Frauen eine dienende, untergeordnete Rolle und die Verantwortung für Haushalt und Familie als das Ideal ansah. Sie finden sich dann allerdings in Situationen als dauerhaft unverheiratete Frau, Witwe oder ledige Mutter wieder, auf die sie nicht vorbereitet wurden. Einen Beruf zu erlernen, war für Mädchen unüblich. Ohnehin standen ihnen nur we-

¹ M. SCHLOß, *Prinzessin*, 1911.

² Neben dem Roman *Prinzessin* gilt das für M. SCHLOß, *Von Leben und Sterben*, 1921.

nige Berufe offen, etwa derjenige der Erzieherin oder Lehrerin. Die »Wartezeit« bis zur Heirat war für junge Mädchen des Bürgertums ohne klare Struktur, obwohl viele Bürgertöchter im Kaiserreich erst mit 25 oder 26 Jahren heirateten.³ Ein »unbefriedigendes Drohnendasein«⁴ hat Marie Schloß das später genannt: in der Familie zu sein ohne klare Aufgabe oder auch nur sinnvolle Beschäftigung und ohne andere Perspektive als die, auf die Heirat zu warten. Es bestehe die Gefahr, dass die Töchter »bei einer überflüssigen und oft auch geschmacklosen Handarbeit ein Wolkenkuckucksheim aufbauten, in das sie einmal ›Er, der Herrlichste von Allen‹ führen sollte.«⁵

Auch Marie Haas hatte keine Berufsausbildung, als sie 1893 mit 21 Jahren den neun Jahre älteren Adolf Schloß heiratete, der wie sie dem jüdischen Wirtschaftsbürgertum entstammte.⁶ Sie war 1872 als Tochter des jüdischen Kaufmanns Julius Haas und seiner Frau Rosa in das Milieu des liberalen jüdischen Wirtschaftsbürgertums im deutschen Südwesten geborenen worden und hatte die übliche Ausbildung von bürgerlichen Mädchen ihrer Generation genossen, also die höhere Töchterschule besucht und danach ab dem Alter von 15 oder 16 Jahren auf eine Ehe gewartet.⁷ Es war üblich, dass Bürgertöchter nach dem Abschluss der höheren Töchterschule im elterlichen Haushalt oder auch im Haus einer verwandten oder befreundeten Familie lebten, um die Haushaltstätigkeiten zu erlernen und sich auf die Ehe vorzubereiten. Marie hatte zudem wahrscheinlich Pflichten im Haushalt zu übernehmen und ihre verwitwete Mutter zu unterstützen. 1888, kurz nach dem Ende ihrer Schulzeit, starb ihr Vater und die Mutter zog mit den beiden Kindern in ihre Heimatstadt Bruchsal.⁸

Die Übergangsphase zwischen Schule und Ehe dauerte in der Regel mehrere Jahre: Im jüdischen Bürgertum wurde mit Anfang zwanzig geheiratet, im christlichen Bürgertum oft erst mit Mitte oder Ende zwanzig. Der Weg zum Abitur hingegen war Mädchen generell verschlossen. Erst nach 1890 wurden in Berlin erste Ergänzungskurse angeboten, die Mädchen auf das Abitur vorbereiteten.⁹ Als in Karlsruhe 1893 das erste Mädchengymnasium Deutschlands eröffnete, war Marie Haas bereits verheiratet. Auch ein Universitätsbesuch war für sie nicht möglich, denn die Möglichkeit zum Universitätsbesuch wurde jungen Frauen erst nach der Jahrhundertwende eingeräumt.¹⁰ Den Anfang machte das Großherzogtum Baden, das als erster deutscher Staat durch einen Ministerialerlass vom Februar 1900 den Frauen die Immatrikulation ermöglichte. Heidelberg ließ als erste Universität Frauen zum Studium zu – zunächst für Medizin, ein Jahr später in allen Fakultäten. In den folgenden Jah-

³ U. FREVERT, *Frauen-Geschichte*, 1986, S. 117.

⁴ M. SCHLOß, *Frauenprobleme*, in: *Stadtarchiv Karlsruhe*, 7/Nachlass Marie Schloß 305, s. d. [um 1930], S. 4 [Stadtarchiv Karlsruhe 7/NL Schloß, im Folgenden zitiert als StA KA, NL Schloß].

⁵ Ebd., S. 4.

⁶ Zur Biographie von Marie Schloß vgl. den Beitrag von Heidi Gembicki-Achtnich in diesem Band sowie M. ACHTNICH, *Marie Schloß*, 2007.

⁷ Vgl. M. A. KAPLAN, *Jüdisches Bürgertum*, 1997.

⁸ Hierzu der Aufsatz von Heidi Gembicki-Achtnich in diesem Band, S. 199.

⁹ F. RINGER, *Die Zulassung zur Universität*, 2004, S. 210.

¹⁰ Vgl. hierzu C. HUERKAMP, *Bildungsbürgerinnen*, 1996.

ren wurden die Universitäten allmählich von Süd nach Nord für Frauen geöffnet: Bayern 1903, Württemberg 1904, Sachsen 1906, Thüringen 1907, Hessen-Darmstadt und Preußen 1908, zuletzt Mecklenburg im Jahr 1909.¹¹ Die erste ordentliche Heidelberger Studentin Rahel Gothein hat in ihren Erinnerungen geschildert, mit welchem Misstrauen die Professoren ihr anfangs begegneten. »Harmlos und naiv« sei sie gewesen und habe so erst im Nachhinein begriffen, »daß da ein Experiment mit mir gemacht wurde, über dessen Tragweite sich weder meine Mutter und noch viel weniger ich selbst uns klar waren.«¹² Das Frauenstudium hatte in Deutschland mächtige Gegner, die Universität war ihnen hier länger verschlossen als in den meisten anderen europäischen Ländern. Die Schweiz hatte studierwilligen Frauen ihre Hörsäle schon seit der Jahrhundertmitte geöffnet. Zu den wenigen Frauen, die in der Schweiz bereits im 19. Jahrhundert studierten, gehörte die 1864 geborene Schriftstellerin Ricarda Huch. Die Tochter eines wohlhabenden Kaufmanns ging mit 22 Jahren 1886 nach Zürich, holte ihr Abitur nach und studierte Geschichte, Philologie und Philosophie. 1891 wurde sie in Zürich promoviert, als eine der ersten deutschen Frauen.

Doch das war eine Ausnahme, der Weg von Marie Haas war der typischere. Wie sie als junges Mädchen die geschlechtsspezifischen Beschränkungen aufnahm, wissen wir nicht. Während ihr jüngerer Bruder Ludwig das Gymnasium besuchte, blieb ihr nach dem Abschluss der höheren Töchterschule nur Privatunterricht übrig. Ihre literarischen Figuren jedenfalls begehren nicht gegen Einschränkungen ihrer Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten auf, auch Jungen nicht, wenn die Situation der Familie es erfordert. Während Mädchen keinen aktiven Verzicht leisten, weil die Option einer weitergehenden Ausbildung nie bestand, hat Marie Schloß das resignative Sich-Fügen ins Unvermeidliche in der 1921 erschienenen Erzählung *Hinter der Kirche* der Figur des kleinbürgerlichen Max zugeschrieben, der nach dem frühen Tod des Vaters das Gymnasium verlassen und als Kanzleischreiber zum Lebensunterhalt der Familie beitragen muss. Wie für Bürgertöchter mit Heiratsaussichten üblich, erlernte Marie Schloß keinen Beruf, sondern verbrachte die Jahre zwischen dem Ende der Schulzeit und der Heirat zuhause, unterstützte die Mutter und bereitete sich auf die Ehe vor. Dabei interessierte sie sich für Literatur und schrieb auch selbst Gedichte und Erzählungen.

In den Jahren nach der Hochzeit kamen die Söhne Erwin und Fritz zur Welt. Zwei Kinder waren weniger als der Durchschnitt in christlichen Bürgerfamilien, doch in assimilierten jüdischen Familien war die Beschränkung auf zwei Kinder im Kaiserreich bereits üblich.¹³ Marie Schloß konnte in der Ehe ihre schriftstellerischen Ambitionen weiter verfolgen, weil ihr Ehemann sie in diesen Ambitionen unterstützte. Selbstverständlich war es nicht, und noch in ihren Erinnerungen spricht sie von einer großen Liberalität ihres Mannes, der ihr Schreiben »nicht nur [...] nicht unterband, son-

¹¹ H. TITZE, Datenhandbuch, Bd. 1, Teil 2, 1995, S. 42.

¹² R. STRAUS, Wir lebten in Deutschland, 1961, S. 91. Vgl. hierzu S. ASCHE, Schutzbürgerin, Bürgerin, Politikerin, 2009, bes. S. 56 ff.

¹³ U. FREVERT, Frauen-Geschichte, 1986, S. 108.

dern sich daran freute«. ¹⁴ Die Zustimmung des Mannes war die gesellschaftliche und rechtliche Bedingung für jede außerhäusliche Tätigkeit von Ehefrauen. Eine Reihe kurzer Erzählungen erschien in der *Straßburger Post*, darin wird ein konventionelles Ehebild deutlich, das die Unterordnung der Frau als Gefährtin des Mannes vorsieht und hochgespannte Erwartungen an eine Liebesheirat als Quelle von Enttäuschung und Unglück zeigt. Statt der Verzauberung eines Augenblicks wird die glückliche Ehe gezeichnet als begründet in gemeinsamer Pflichterfüllung, gegenseitigem Respekt bei selbstverständlicher Akzeptanz der konventionellen Rollenverteilung und in Elternschaft. ¹⁵ 1905 erschien in einem kleinen Verlag ihres Wohnorts Emmendingen eine Sammlung von *Altmodischen Geschichten* ¹⁶, die vielfach daran anknüpfen, dass Goethes Schwester Cornelia in Emmendingen verheiratet und auch dort begraben war. Marie Schloß widmete den Band ihrem literarischen Vorbild Wilhelm Raabe, dessen poetischem Realismus sie auch später nacheiferte. Raabe äußerte sich freundlich distanziert zu ihren Erzählungen, dankte für die »Übersendung Ihres hübschen kleinen Buches«, was als höfliche Bemerkung ohne ausgeprägte Begeisterung gelten kann. ¹⁷ Das mag Ausdruck eines literarischen Urteils gewesen sein, zudem aber gespeist von der üblichen Geringschätzung der von Frauen verfassten Texte. Die Ablehnung von schreibenden Frauen war allgemein, kein Mann musste ein solches Urteil verstecken. ¹⁸ Als »Blaustrümpfe« wurden Frauen verspottet, die sich für Bildung interessierten, gar selbst schriftstellerische Ambitionen hatten. Die Frauen gesellschaftlich gesetzten Grenzen hat Marie Schloß damit schon während ihrer Ehe zu überschreiten begonnen, allerdings im ehelich sanktionierten Rahmen und damit ohne gegen Widerstände kämpfen zu müssen, allein aus persönlichem Interesse.

Das änderte sich, als sie mit 34 Jahren überraschend Witwe wurde. Rechtliche Unmündigkeit, durch das 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch kodifiziert ¹⁹, und die Schwierigkeiten, ohne ordentliche Berufsausbildung den Lebensunterhalt bestreiten zu müssen, begegneten ihr jetzt. Vielfach führte die Erfahrung der Witwenschaft dazu, dass Frauen das traditionelle Erziehungsideal in Frage stellten und ih-

¹⁴ M. SCHLOß, Erinnerungen einer Judenchristin, abgedruckt in: M. ACHTNICH, Marie Schloß, 2007, S. 19.

¹⁵ Zeitungsartikel ohne Angabe der Zeitung, ohne Datum, einzelne Zeitungsartikel, eingeklebt in ein ledergebundenes Buch, durch die teilweise vorhandene Wohnortangabe Emmendingen als aus der Zeit der Ehe kenntlich, in: StA KA, NL Schloß 289.

¹⁶ M. SCHLOß, *Altmodische Geschichten*, 1905, Band mit handschriftlicher Widmung »Meinem S. Erwin zum 22.III.1904« in: StA KA, NL Schloß 300. Zur literarischen Produktion der Emmendinger Zeit vgl. den Beitrag von Heidi Gembicki-Achtlich in diesem Band, S. 215–225, bes. S. 220 f.

¹⁷ Wilhelm Raabe an Marie Schloß v. 11. November 1804, in: G. EBELL, *Wiederentdeckte Briefe*, 1985, S. 109.

¹⁸ Vgl. M. ACHTNICH, Marie Schloß, 2007, S. 11 u. 13: Marie Schloß hatte 1907 im *Badischen Landboten* einen Artikel anlässlich des 70. Geburtstags des Karlsruher Schriftstellers Heinrich Hansjakob veröffentlicht. In seiner Dankeskarte bekannte Hansjakob sogar ein »Feind der schriftstellernden ›Damen‹« zu sein.

¹⁹ Hierzu D. SCHWAB, Gleichberechtigung und Familienrecht, 1997, bes. S. 790–796; vgl. auch im gleichen Band S. BUCHHOLZ, Das Bürgerliche Gesetzbuch und die Frauen, 1997, S. 670–682.

ren Töchtern eine Berufsausbildung ermöglichten²⁰, dass sie oder ihre Töchter sich für Frauenrechte zu engagieren begannen. Durch das Fehlen der Einkünfte des Mannes entstand meist ein finanzieller Engpass, wenn nicht sogar Not. Weil die meisten Frauen keine Berufsausbildung hatten, gab es für sie auch kaum Möglichkeiten, Einkünfte zu erzielen, zudem mussten die Kinder versorgt werden. Über die finanzielle Situation von Marie Schloß ist nichts Genaues bekannt. Zwar wird sie nicht mittellos gewesen sein, doch auch nicht über ein Vermögen verfügt haben, das ihr ein sorgenfreies Leben ermöglicht hätte. Ohne Berufsausbildung hat sie mit ihrer schriftstellerischen Tätigkeit Geld verdient, mit Übersetzungen²¹ und auch als Redakteurin beim *Badischen Landesboten*, der Zeitung der Fortschrittlichen Volkspartei Badens, wo sie die *Rubrik für Frauen* betreute.²² Der Inhalt ihrer Geschichten änderte sich in den folgenden Jahren, die prekäre finanzielle, soziale und rechtliche Situation von bürgerlichen Frauen die ledig geblieben, verwitwet oder unverheiratete Mütter waren, rückte stärker ins Blickfeld, das Problem der ledigen Mütter und ihrer Kinder, dazu die Spannungen zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, für deren Überwindung sie in ihren Erzählungen eintritt.

Die schwierige Situation alleinstehender Frauen wird von da an in ihren Erzählungen thematisiert. In der Erzählung *Hinter der Kirche*²³ repräsentieren die Frauenfiguren verschiedene Lebenssituationen von alleinstehenden Frauen und unterschiedliche Bewältigungsstrategien. Hauptfigur ist die junge Margarete Faller, die nach nur einjähriger Ehe 26jährig mit einer kleinen Tochter Witwe geworden ist. Sie kehrt zunächst zu ihrer Familie zurück und damit in ihr Jungmädchenleben ohne Tätigkeit, ohne eigenes Geld, ohne Verantwortung – selbst die Sorge für die Tochter wird ihr von der Mutter und der alten Gouvernante abgenommen. Materiell zwar versorgt, aber abhängig von der Mildtätigkeit des Bruders, eines Fabrikdirektors, der im Begriff ist, eine eigene Familie zu gründen, ist sie inzwischen auch ohne die einzige Lebensperspektive einer Frau, eine Heirat. »Denn wer wird eine Witwe mit einem Kleinen heiraten wollen?«, zitiert sie die Klage ihrer Mutter über das eigene Schicksal, »so ein Unglück mit seiner Tochter zu haben.«²⁴ Dennoch ist die Familie aus Stan-

²⁰ So z. B. die früh verwitwete Mutter von Rahel Gothein, die zu den ersten Abiturientinnen des Karlsruher Mädchengymnasiums gehörte, vgl.: R. STRAUS, *Wir lebten in Deutschland*, 1961, S. 63 ff., bes. S. 68. Einen Hinweis auf den Einfluss der Witwenschaft gibt Marie Schloß selbst in einem nach dem Ersten Weltkrieg gehaltenen Vortrag. Darin berichtet sie von einer Begegnung mit der konservativen Großherzogin von Baden, die die Frauenrechtsaktivistin Helene Schiess gefragt habe, warum diese sich für das Frauenstimmrecht einsetzte: »Königliche Hoheit«, lautete die Antwort, »meine Mutter ist mit einer Reihe kleiner Kinder früh Witfrau [sic; Anm. BW] geworden. Wir haben da bald gefühlt, was das bedeutet, wenn die Gesetze nur von Männern gemacht werden.« Typoskript des undatierten Vortrags M. SCHLOß, *Frauenprobleme*, s. d. [um 1930], S. 6.

²¹ Dazu der Beitrag von Heidi Gembicki-Achtnich in diesem Band, S. 218.

²² S. ASCHE, *Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung*, 1992, S. 242.

²³ In Buchform erschienen als titelgebende Geschichte in der Sammlung: M. SCHLOß, *Hinter der Kirche und andere Geschichten*, 1921.

²⁴ M. SCHLOß, *Hinter der Kirche*, 1921, S. 47.

desbewusstsein dagegen, dass sie in ihrer Heimatstadt eine Tätigkeit als Lehrerin annimmt. So muss sie in einer anderen Stadt eine Anstellung suchen, zur Untermiete wohnen und die Tochter in der Obhut der Mutter zurücklassen. Marie Schloß scheint ihr einige eigene Züge gegeben zu haben, der »Emancipierten«, wie sie von der ebenfalls alleinstehenden, unverheiratet gebliebenen »Fräulein Pauline« leicht missbilligend genannt wird. Die als »ältliche Amtsrichtertochter« Vorgestellte²⁵ hat nach dem Tod der Mutter und dem damit verbundenen Ende der Pensionszahlungen keine Einkünfte, sondern ist auf die Unterstützung Verwandter angewiesen. Obwohl sie damit eigentlich Almosenempfängerin ist, gibt sie sich auch in den mittlerweile beengten Verhältnissen als standesbewusste Dame.

Die dritte alleinstehende Frau ist die Vermieterin Margarete Fallers, die kleinbürgerliche Witwe von Johannes Kleinchen, der sich vom Schreiber zum Bürovorsteher einer kleinen Kanzlei emporgearbeitet hatte. So konnte er seinen Söhnen den Besuch des Gymnasiums ermöglichen. Für den erhofften weiteren sozialen Aufstieg sparten die Eltern sogar an der Ernährung, was sich besonders beim Ältesten bereits auf die Gesundheit auswirkt. Der Tod Kleinchens lässt die Bildungshoffnungen platzen. Vom Rechtsanwalt, in dessen Kanzlei der Vater gearbeitet hat, bekommt die Witwe nur eine geringfügige Pension. Wenig feinfühlig entschuldigt dieser das mit den Ausbildungskosten für die eigenen Söhne: Offizier ist der eine, der andere soll demnächst studieren. So schlägt er der Witwe vor die Kosten zu reduzieren, den Ältesten vom Gymnasium zu nehmen, damit er als Schreiber bei ihm eintreten könne. Stolz und Verbitterung, fehlende Weitsicht und Ängstlichkeit bringen die Mutter dazu, dem zuzustimmen. Sie selbst hat nur die Möglichkeit, durch das Vermieten eines Zimmers der Wohnung das Budget etwas aufzubessern.

Die junge Margarete Faller hingegen ist ohne Standesdünkel. Ihr gelingt der Sprung in die Berufstätigkeit und damit in die finanzielle Selbständigkeit als Assistentin eines Verlegers. Dabei bleibt sie weiblichen Tugenden verpflichtet, denn sie unternimmt es nicht um ihrer selbst willen, sondern vor allem für ihre Tochter, die »ein froher, lebensstüchtiger Mensch«²⁶ werden soll: selbständig, selbstbewusst und mit einer Berufsausbildung, nicht in Sorglosigkeit behütet und unselbständig gemacht. Das kann als Kritik an den Erziehungsmethoden für Mädchen verstanden werden, die Anpassung und Unterordnung vorsahen, die Brechung von Eigenwilligkeit und des »Trotzkopfes« – wie es im gleichnamigen, 1885 erschienenen populären Jugend- und Entwicklungsroman Emmy von Rhodens vorgeführt wird, in dem Heirat und (eheliche) Mutterschaft das Lebensziel sind, auf das die Erziehung vorbereitete: Das umfasste Handarbeiten, Haushaltsführung, ein wenig unterhaltsame Konversation, die doch nie gelehrt oder anspruchsvoll zu sein hatte, dilettierendes Zeichnen und Musizieren, dazu die Fähigkeit, eine leichte Konversation auf Englisch und Französisch zu führen. Auch bei Marie Schloß bleibt die Ehe das anzustrebende Ziel und der Idealfall, die Geschichten weisen aber darauf hin, dass es Wege geben müsse für Frauen,

²⁵ Ebd., S. 33.

²⁶ Ebd., S. 48.

ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, falls eine Ehe nicht möglich oder früh beendet ist.

An einem gesellschaftlichen Extremfall schildert Schloß die Folgen der bürgerlichen, einseitig auf die Ehe fixierten Erziehung junger Mädchen im Roman *Prinzessin*. Die Fabrikantentochter Lily Weber ist hier die Hauptfigur, die zunächst tief stürzt bis zu jenem Moment, als sie auf der Brücke ihr Leben beenden will. Stets war sie der umschwärmte Mittelpunkt der Kleinstadt, lebte sorglos, ohne Anstrengung und ohne Pflichten, auch ohne eine über die höhere Mädchenschule hinausgehende Bildung oder gar Berufsausbildung. Der Bankrott des Vaters und sein Tod machen ihre Lebensperspektive zunichte, denn ohne Mitgift hat sie kaum noch Chancen auf eine Heirat. Verwandte haben sie »in unermesslicher Güte« aufgenommen, nicht ohne ihr dies stetig vorzuhalten. Marie Schloß benennt die Bigotterie der bürgerlichen Kreise, die sich in guten Zeiten vom Vater bewirten ließen und ihn nun einen Betrüger nennen.

Ohne Berufsausbildung, mit geringen Kenntnissen des Französischen, einer gewissen Begabung zum dilettierenden Malen, hat sie kaum Chancen auf eine qualifizierte Tätigkeit, das merkt das unbekümmerte, bis dahin verwöhnte Bürgertöchterchen bald. Eine rechte Perspektive findet sie nicht, und auch das Wenige zerrinnt, als sie schwanger wird und der Kindsvater sie sitzenlässt, ohne sich um eine Unterhaltspflicht zu kümmern. Ein moralisches Urteil fällt Schloß nicht – die Schwangerschaft erscheint als Resultat der Einsamkeit. Gesellschaftliche Ächtung und materielle Not lassen die Situation zunächst ausweglos erscheinen. Um aufzubegehren, den Vater des Kindes suchen zu lassen und auf Unterhaltszahlungen zu verklagen, ist sie zu sehr in Konventionen gefangen.²⁷ So beginnt der soziale Abstieg: Aus der Pension in die Dachkammer eines Mietshauses im Arbeiterviertel, die Suche nach einer Beschäftigung, bei der sie schließlich Hemden in Heimarbeit näht.

Nach der Geburt erfährt sie die ausweglose Situation lediger Mütter: Um den Unterhalt für sich und das Kind zu verdienen, muss sie ihr Kind in Pension geben: So wird das Kind nicht gestillt, es leidet an den Folgen der Mangelernährung sowie an einem Mangel an Licht und frischer Luft in der engen, stickigen und dunklen Arbeiterwohnung. Die Mutter kann es nur selten besuchen, weil sie vor der Stadt als Kindermädchen bei einer begüterten Familie Dienst tut. Auch, als sie diese Stellung aufgibt, um näher und häufiger bei dem Kind zu sein, und in der Fabrik arbeitet, wird es kaum besser. Zudem wünscht die Pflegemutter aus Furcht vor dem Gerede der Nachbarn keine häufigen Besuche. So ist Lilly Weber Mutter, ohne es sein zu dürfen. Das Kind ist häufig krank und stirbt schließlich, wie so viele Säuglinge gerade in den Arbeitervierteln, schon nach wenigen Monaten.

Dass es Lily Weber trotz aller Hindernisse dennoch besser ergeht als der Cosette in Victor Hugos *Les Misérables*, ist auf die Hilfe zurückzuführen, die sie nicht erst auf dem Totenbett erfährt: Von ihrem Lebensretter, dem sozialdemokratische Arbeiter-

²⁷ DIES., *Prinzessin*, 1911, S. 22.

fürher Berthold Schwarz, und von einem evangelischen Pfarrer, dessen Verehrung sie in Jugendtagen zurückgewiesen hatte, der nun gemeinsam mit seiner bodenständigen Frau kein moralisches Verdikt ausspricht, sondern Unterstützung leistet.²⁸

Berthold Schwarz entspricht nicht dem bürgerlichen Schreckbild des aufrührerischen Arbeiterführers, sondern ist ein klarsichtiger, kluger Mann. Als uneheliches Kind einer Arbeiterin, die als Wäscherin ihre Gesundheit ruinierte, führt Marie Schloß auch an ihm die Nöte des unehelichen Kindes an: die materielle Not, den gesellschaftlichen Makel und die Unmöglichkeit des Zugangs zu besserer Schulbildung und damit zu sozialem Aufstieg. Nach der kräftezehrenden Fabrikarbeit liest er viel und sucht sich, so gut es geht, fortzubilden. Er muss erfahren, dass seine mühevoll autodidaktisch erarbeiteten Vorschläge zur technischen Weiterentwicklung der Maschinen von akademisch gebildeten, aber an den Unfallgefahren desinteressierten und mit der Maschine weniger vertrauten Ingenieuren hochmütig abgetan werden. Sozialdemokratie erscheint mit ihm nicht als drohender gesellschaftlicher Umsturz, nicht als Hass und Zerstörung, sondern als gerechtfertigtes Bemühen um Abschaffung schreiender sozialer Missstände. Noch zu Lebzeiten des Säuglings hat er Lilly Weber die Ehe angeboten, um der jungen Mutter ein Leben mit dem Kind zu ermöglichen und diesem damit das eigene Schicksal zu ersparen. Erst nach dem Tod des Säuglings geht Lily diese Ehe nicht mehr als Opfer, sondern aus freien Stücken ein. Eine Liebesheirat ist es zwar immer noch nicht²⁹ – ihre Reserve gegenüber der Liebesehe hat Marie Schloß nicht abgelegt – aber eine aus freiem Willen eingegangene Ehe, in der die Liebe allmählich wächst und in der die Frau, selbstverständlich dem Mann untergeordnet, als Gefährtin an seiner Seite steht, ihn unterstützt und Erfüllung in Mutterschaft und Wohltätigkeit findet. Die Ehe zwischen der gefallenen – wenn auch nicht mehr mit dem Makel des unehelichen Kindes behafteten – Bürgertochter und dem aus der sozialen Diskriminierung durch Ehrgeiz und Klugheit aufgestiegenen Arbeiter steht für die Möglichkeiten einer Annäherung zwischen den sozialen Schichten und zeigt zugleich die dabei zu überwindenden Hindernisse auf. Marie Schloß entwirft eine soziale Utopie, bei der sie Hinweise auf die Klassenunterschiede nicht ausspart.

Art und Gewohnheiten aus zwei Welten lässt sie in dieser Ehe aufeinanderprallen. Insbesondere der Sinn für Schönheit, dafür, das Heim behaglich zu machen, wird mit der bürgerlichen Herkunft der *Prinzessin* verbunden. Die *Prinzessin* muss ihren Ehemann erst an einen sorgfältig gedeckten Tisch und an Porzellan gewöhnen, daran, die överschmierte Arbeitskleidung vor dem Essen zu wechseln. Allmählich gelingt es ihr, ihm »die Freude am häuslichen Behagen«, an Schönheit zu vermitteln. Er macht die Erfahrung, »wieviel doch von einer harmonischen Umgebung abhing, die die Schaf-

²⁸ Marie Schloß hatte sich bereits während der Ehe dem Christentum zugewandt. Als Witwe vollzog sie die Konversion und schloss sich der Herrnhuter Brüdergemeinde an. Vgl. hierzu den Beitrag von Heidi Gembicki-Achtnich in diesem Band, S. 219; M. ACHTNICH, Marie Schloß, 2007, S. 5. Zur innerjüdischen Debatte über die Konversionen insbesondere von Frauen vgl. T. M. ENDELMAN, *Gender*, 2011.

²⁹ Vgl. M. SCHLOß, *Prinzessin*, 1911, S. 177.

fenslust erhöhte und manche Schroffheit milderte.«³⁰ Ihr wiederum fehlt die Stärke, die als Vorzug der Arbeiterklasse erscheint.

Stand im ersten Teil des Romans die Notlage lediger Mütter im Zentrum, rücken im zweiten Teil die Folgen der Industrialisierung und die soziale Spannung zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse sowie zwischen der Landbevölkerung und den zuziehenden Fabrikarbeitern in den Mittelpunkt. Kurz zur Handlung: Der als Idealbild des seinen Leuten zugewandten Unternehmers gezeichnete Fabrikbesitzer errichtet ein Außenwerk auf dem Land und bietet Berthold Schwarz die Stelle des Werkmeisters an, für die ursprünglich ein akademisch gebildeter Techniker vorgesehen war. Gemeinsam mit seiner Frau bezieht er die großzügig ausgestattete »Proletariervilla«. Im weiteren Verlauf der Handlung ist das Werkmeisterpaar dann auch faktisch in der Rolle, die üblicherweise die Inhaberfamilie ausfüllt. So wächst der Abstand zu den Arbeitern, die Berthold Schwarz als Vorgesetzten und nicht mehr als einen der Ihren wahrnehmen. Die alteingesessenen Dorfbewohner stehen den »Fabriklern« insgesamt reserviert gegenüber. Lily, die seine wachsende Unzufriedenheit bemerkt, rät ihm, eine sozialdemokratische Ortsgruppe zu gründen, um das politische Engagement wieder aufzunehmen und um das Verhältnis zu seinen Arbeitern zu verbessern. Auch die Dorfbewohner legen die Reserven ab, als sie sehen, dass diese Sozialdemokraten durchaus keine Aufwiegler sind und dass die Fabrik für diejenigen ihrer Söhne, die der Hof nicht ernähren kann, eine Perspektive bietet.

Verantwortlich wahrgenommene politische Partizipation schreibt Schloß damit der Arbeiterschaft zu, die in Baden seit 1869 mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren³¹ und seit 1871 auch bei den Reichstagswahlen gleichberechtigt partizipierten. Die Forderung nach Einführung des Frauenwahlrechts wird explizit nicht erwähnt. Wie ihre Mitstreiterinnen im Karlsruher Frauenwahlrechtsverein setzte Schloß dabei nicht auf die kämpferische Haltung nach dem Vorbild der englischen Suffragetten, sondern auf eine evolutionäre Entwicklung und allmähliche Vorbereitung der Frauen. Während August Bebel in seiner Schrift *Die Frau und der Sozialismus* forderte, den Frauen rechtliche und politische Gleichstellung und damit auch das Wahlrecht zu erteilen, und postulierte, dies sei die Voraussetzung dafür, dass sich politisches Bewusstsein und Interesse entwickeln könnten, setzte Marie Schloß mit der Mehrheit der bürgerlichen Frauen darauf, die Frauen auf dem Land und in den Arbeitervierteln zunächst langsam für Politik zu interessieren und sie so an die qualifizierte Wahrnehmung dieser staatsbürgerlichen Rechte heranzuführen. Im Roman haben die Arbeiterfrauen zunächst keinen Sinn für Frauentreffen oder gar politische Organisation. Sie sind vollständig eingenommen von häuslichen Pflichten und der Betreuung der Kinder. Folglich scheidet dann auch ein erster Versuch zur Gründung eines Arbeiterinnenvereins. Die kämpferische Rede der jungen Sozialistin Anna am Gründungsabend stößt auf keine Resonanz bei den Arbeiterfrauen.

³⁰ Ebd., S. 271.

³¹ E. R. HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 4, 1969, S. 416.

Lilys Ziel ist – ganz dem bürgerlichen Sozialprogramm folgend, das Ute Frevert als »fürsorgliche Belagerung« bezeichnet hat³² – »Freude und, soweit es ginge, auch Wissen in ihre [der Arbeiterfrauen, Anm. B.W] Leben [zu] bringen [...], um ihr Dasein reicher zu gestalten.«³³ Sie habe kein Talent zur Politik, »aber aufrütteln möchte ich sie aus ihrer Stumpfheit«, angefangen bei Haushalt und Kinderpflege. Um die Ablehnung der Arbeiterfrauen zu überwinden, tut sie sich mit der in der SPD aktiven Anna zusammen, einer unverheirateten Arbeiterin, mit der sich Lily während ihrer Zeit in der Fabrik angefreundet hat. Diese hält bei der ersten Zusammenkunft eine kämpferische Rede, die jedoch an den Frauen vorbeigeht, »teils zu hoch, teils zu sehr Phrase«.³⁴ Das Interesse an den Treffen erlahmt rasch. Damit grenzt sich Marie Schloß von der sog. »radikalen« Richtung der Frauenbewegung ab. Statt politischer Forderungen soll zunächst ein Wohlfahrtsprogramm verwirklicht werden, das die Frauen nicht gegen die Männer aufbringt, sondern sie zur besseren Erfüllung ihrer weiblichen Pflichten in Haushalt und Familie befähigt. Qualifizierungskurse in Kochen und Handarbeiten besonders für Frauen der Unterschichten gehörten seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vielerorts zum Programm der Frauenvereine.³⁵ Die Karlsruher Abteilung IV des *Badischen Frauenvereins* etwa richtete 1876 einen Flickverein als Unterabteilung ein, der im Winterhalbjahr einmal pro Woche Abendveranstaltungen organisierte, bei denen Frauen aus der Arbeiterschaft defekte Kleidungs- und Wäschestücke ausbessern konnten. Sie wurden dabei von Damen des Vereins mit Rat und auch mit Material unterstützt. Während der gemeinsamen Arbeit wurden den Frauen »belehrende und unterhaltende Vorträge und Vorlesungen« geboten.³⁶ So geschieht es auch im Roman: Den Frauen der Arbeiter, die zunächst als desinteressiert an allem dargestellt werden, das über ihren unmittelbaren Gesichts- und Aufgabenkreis hinausgeht, werden Flick- und Nähangebote angeboten, denn »diese Frauen, die tagsüber schafften, waren es auch nicht gewöhnt, abends die Hände in den Schoß zu legen«.³⁷ Eine Schneiderin unter den Teilnehmerinnen kann fachkundige Anleitung geben, während der Handarbeit werden gemeinsam Volkslieder gesungen und es werden Geschichten vorgelesen. Mehr noch als von direkt behelrenden Vorträgen versprach sich Marie Schloß von solchen Geschichten, die eine didaktische Absicht in die Handlung einer Geschichte verpackten. Sie selbst las in Karlsruhe bei Versammlungen des Frauenvereins häufig aus ihren Erzählungen. Die soziale Wirkung, die sich die bürgerlichen Frauen von diesen Veranstaltungen versprachen, äußert sich im Roman in der Zustimmung der Ehemänner, die Berthold Schwarz ihre Zufriedenheit mitteilen: Die Frauen seien »besser zu haben«, und endlich bekomme man auch etwas Ordentliches auf den Tisch.

³² U. FREVERT, »Fürsorgliche Belagerung«, 1985.

³³ M. SCHLOß, *Prinzessin*, 1911, S. 239.

³⁴ Ebd., S. 239.

³⁵ Hierzu K. LUTZER, *Der Badische Frauenverein*, 2002, bes. S. 275 ff.

³⁶ Ebd., S. 342 f.

³⁷ M. SCHLOß, *Prinzessin*, 1911, S. 244.

Damit wird ein weiteres Problem angesprochen, das die Frauenvereine als eine Ursache für die Misere der Arbeiterfamilien identifizierten: Die ungenügende Vorbereitung auf das Führen eines Haushalts und auf Säuglingspflege. Wurden Bürgertöchter hierauf beschränkt und von einer Berufstätigkeit ferngehalten, mussten Mädchen aus Arbeiterfamilien häufig unmittelbar nach dem Ende der Schulzeit in die Fabrik eintreten, um zum Familieneinkommen beizutragen. Das galt als Ursache dafür, dass Arbeiterinnen nur geringe Kenntnisse vom Kochen und anderen Fragen der Haushaltsführung hatten. In Karlsruhe hatte der badische Frauenverein deshalb eine eigene Flick- und Nähsschule für mittellose Mädchen eingerichtet, bei denen ihnen Kenntnisse vermittelt wurden, die sie später im eigenen Haushalt oder als Dienstmädchen anwenden konnten.³⁸ Diese Ausdehnung des Programms auf unverheiratete Mädchen findet auch im Roman statt: Die in der Fabrik arbeitenden Kleinbauerntöchter wenden sich mit der Bitte an Lily, ebenfalls zu den Flickabenden zugelassen zu werden. Das erscheint Lily jedoch nicht schicklich, da die Arbeiterfrauen untereinander auch »Frauengeschichten« besprachen, die »kaum etwas an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließen«, also offen über Sexualität sprachen (was der bürgerlichen *Prinzessin* zur Qual wird).³⁹ Die unverheirateten Mädchen werden also zu einem eigenen Abend ins Werkmeisterhaus eingeladen. Auch hier kann anfängliches Misstrauen der Eltern überwunden werden, da das Sozialprogramm Wirkung zeigt und das Wohlstandsniveau hebt, denn »jetzt lief keine von ihnen mehr in zerrissenen Kleidern umher, oder überließ der Mutter das Flickens derselben«.⁴⁰

Inhaltlich reiht sich das Konzept damit in die Maßnahmen bürgerlicher Sozialfürsorge ein, die das Elend der Arbeiterhaushalte durch Formen der Erziehung und Belehrung, durch die Vermittlung von Kenntnissen der Haushaltsführung und Hygiene lindern wollten. Lily verkündet auch das bürgerliche Credo, wie dies allmählich geschehen solle:

»Auf die weit offenen Fenster mit Licht und Sonne folgt der Blumenstock oder der irdene Krug mit Feldblumen und winters mit Tannenzweigen«, lautet ihr Vorschlag zur Besserung der sozialen Situation in den Arbeiterhaushalten. »Die Sonne aber, die in jede Ecke leuchtet, zeigt auch jede Vernachlässigung und ruht nicht mit ihrem Mahnen, bis sie gewichen ist. Und auf die Sauberkeit und die Blumen folgt dann das kleine Bild an der Wand. Und wo erst ein gutes Bild von der Wand heruntergrüßt, da geht etwas wie ein geheimer Zauber von ihm aus; glaubs nur!«⁴¹

Mit einem verständigen Fabrikherrn, der die politischen Ambitionen seiner Arbeiter nicht zu unterbinden versucht, trägt diese von der Frau des Werkmeisters übernommene Sozialfürsorge zur Entschärfung der sozialen Frage und zur Überwindung der Klassengegensätze bei, denn von der Verbesserung der Lebensverhältnisse ver-

³⁸ K. LUTZER, *Der Badische Frauenverein*, 2002, S. 343.

³⁹ M. SCHLOB, *Prinzessin*, 1911, S. 245.

⁴⁰ Ebd., S. 246.

⁴¹ Ebd., S. 271.

sprach man sich eine Verringerung der Unzufriedenheit.⁴² Das entsprach der Position von Marie Schloß zur allmählichen Heranführung insbesondere der aus ländlichen und proletarischen Milieus stammenden Frauen an politische Verantwortung, wie sie auch von ihren Vereinskolleginnen im 1906 gegründeten Karlsruher Frauenstimmrechtsverein mehrheitlich geteilt wurde.⁴³ An dessen Arbeit hat sich Marie Schloß mit Diskussionsbeiträgen und Vorträgen beteiligt. Statt wie die kämpferischen englischen Suffragetten das Wahlrecht zu fordern, strebte sie ein »allmähliches Hineinwachsen in diese Bürgerpflichten« an.⁴⁴ Wie die von der gefallenen Prinzessin zur tüchtigen Leiterin eines Arbeiterinnenvereins gewandelte Lily Weber sollten die Frauen der proletarischen und ländlichen Bevölkerung zunächst aus der Stumpfheit der Unbildung herausgeführt und so den Männern ebenbürtig werden.⁴⁵ Marie Schloß befand sich damit im Einklang mit der Mehrheit der Mitglieder im Karlsruher Frauenstimmrechtsverein.⁴⁶ Sie selbst ergriff hingegen sofort jede Möglichkeit zur politischen Partizipation: Als Frauen die ihnen bis dahin verbotene Mitgliedschaft in einer politischen Partei 1908 erlaubt wurde, trat sie der liberalen Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) bei. Sie war auch eine der ersten Parlamentarierinnen, als Frauen mit der Gründung der Weimarer Republik das Wahlrecht erhielten: Von 1919 bis 1921 gehörte sie dem badischen Landtag an, in den sie als Nachrückerin einzog. Dort war sie Fraktionsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Sie entsprach recht genau dem Bild der ersten Generation von Parlamentarierinnen, die 1919 in die deutschen Parlamente einzogen: Sie stammten meist aus Städten, waren gebildet, hatten häufig bereits Interesse an einer Lösung der sozialen Frage gezeigt und waren vor Übernahme des Mandats bereits in der Frauenbewegung aktiv gewesen.⁴⁷ Insgesamt 34 Wortmeldungen von Marie Schloß sind in den Protokollen verzeichnet. Sie war Berichterstatterin des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden und erlebte dabei auch, dass Fraueninteressen schrittweise durchsetzbar waren, so als sie 1921 einen Antrag vortrug, bei der staatlichen Kriegshinterbliebenenfürsorge bevorzugt Frauen einzustellen. Obwohl der Minister dagegenredete mit dem Argument, dass vor allem Männer als Ernährer der Familien eine Anstellung erhalten sollten, wurde der Antrag vom Plenum angenommen.⁴⁸

Das unerwartet schnell erhaltene Wahlrecht sah sie auch als Auftrag an, von diesem Recht zur politischen Partizipation auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft Gebrauch zu machen.⁴⁹ Von allen Parteien wurden die Frauen seit dem November 1918 angesprochen. Politikerinnen redeten bei Versammlungen des Frauenvereins, und es

⁴² Vgl. U. FREVERT, *Frauen-Geschichte*, 1986, S. 102 ff.

⁴³ S. ASCHE, *Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung*, 1992, hier S. 239.

⁴⁴ M. SCHLOß, *Frauenprobleme*, s. d. [um 1930], S. 6.

⁴⁵ Vgl. DIES., *Prinzessin*, 1911, S. 238.

⁴⁶ S. ASCHE, *Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung*, 1992, S. 241 f.

⁴⁷ Vgl. hierzu H.-M. LAUTERER, »Neulinge«, »Novizen« und Berufspolitikerinnen, 2000.

⁴⁸ *Badischer Landtag*, 2. Kammer, STEN. BER., 1920/1921, Bd. 2, 37. Sitzung v. 14.04.1921, S. 1687 f., abrufbar unter: <http://digital.bib-karlsruhe.de/periodical/pageview/360740> [20.03.2016].

⁴⁹ M. SCHLOß, *Frauenprobleme*, s. d. [um 1930], S. 6 f.

gab auch eigens für Frauen konzipierte Veranstaltungen, etwa einen politischen Einführungskurs für Frauen⁵⁰, den die DDP im Januar 1919 veranstaltete und an dem Marie Schloß sicherlich beteiligt war. Zudem verfasste sie Zeitungsartikel im Stil von Briefen an eine Freundin auf dem Land, in denen sie im Frühjahr 1919 Grundbegriffe der Demokratie erklärte.⁵¹

Marie Schloß war keine Rebellin. Und doch hat sie, herausgefordert durch die Wittenschaft, die engen Grenzen, die den Frauen ihrer Zeit gesetzt waren, kritisiert und sie auch selbst überschritten. Ungerechtigkeiten und soziale Missstände hat sie benannt und an ihrem jeweiligen Ort und mit ihren Mitteln zu deren Beseitigung beigetragen: als Journalistin, Schriftstellerin durch Sozialfürsorge und als Politikerin. In einer Rede vor dem Karlsruher Frauenverein resümierte sie 1930 den Weg der Frauenbewegung. Sie zeigte sich zufrieden über die inzwischen erreichte staatsbürgerliche Gleichberechtigung und die Öffnung der Gymnasien und Universitäten. Doch dürfe das Engagement nicht nachlassen, ruft sie die jüngeren Geschlechtsgenossinnen auf und kommt auf das Thema zurück, das sie auch literarisch häufig beschäftigt hat: Noch immer sei die Situation der unverheirateten Mütter und ihrer Kinder eine »Eiterbeule an unserem Volksleben«.⁵²

⁵⁰ L. STERR, *Aufbrüche, Einschnitte und Kontinuitäten*, 1992, S. 295.

⁵¹ Vgl. die Sammlung von Zeitungsausschnitten der Rubrik »Briefe auf's Land«, wahrscheinlich aus dem *Deutschen Volksboten*, dem Wochenblatt der Deutschen Demokratischen Partei Badens, aus der ersten Jahreshälfte 1919, in: StA KA, NL Schloß 290.

⁵² M. SCHLOß, *Frauenprobleme*, s. d. [um 1930], S. 9.

Bildteil

Abb. 1: Ludwig und Marie Haas,
Freiburg um 1877



Abb. 2: Familie Haas (v. l. n. r. Lud-
wig, Marie und Rosa Haas), Landau
um 1884

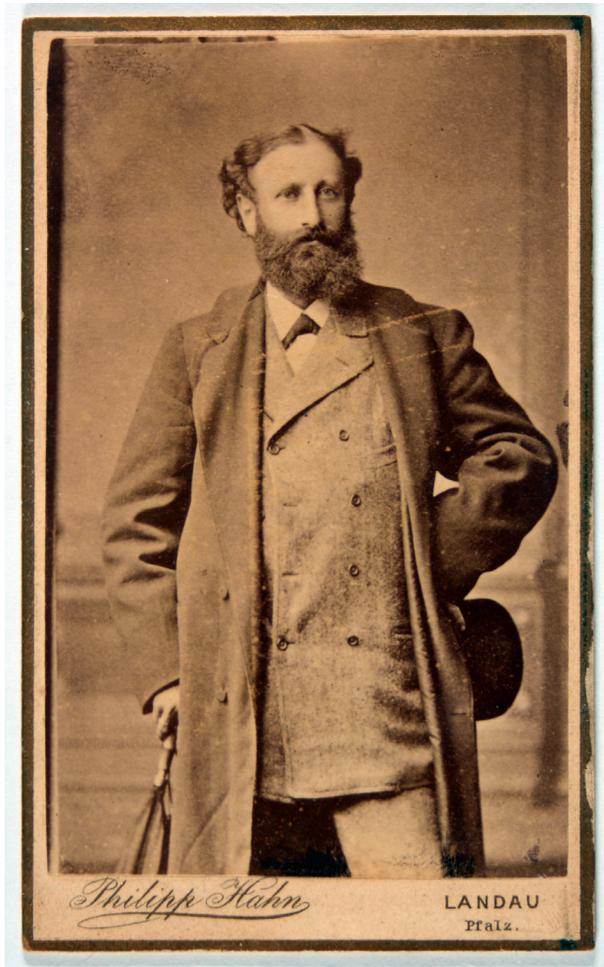


Abb. 3: Julius Haas, Landau um 1880



Abb. 4: Rosa Haas, geb. Marx, in einem Fotoatelier um 1890



Abb. 5: Ludwig Haas in Uniform mit Verbindungsbrüdern der Badenia, Heidelberg 1894/95



Abb. 6: Ludwig Haas (ganz rechts) als Verbindungsstudent der Badenia nach einer Mensur, Heidelberg, am 25. November 1895



Abb. 7: Alfred Auscher, der mit L. Haas 1896 die Friburgia gründete, als Verbindungsstudent der Badenia, Heidelberg um 1895



Abb. 8: Couleur-Karte der Verbindung Friburgia mit der Unterschrift von Ludwig Haas



Abb. 9: Ludwig Haas als junger Anwalt, Karlsruhe um 1900



Abb. 10: Josefine Mayer als junge Frau, Mannheim um 1898



Abb. 11: Das Ehepaar Haas um 1902, Ferrotypie



Abb. 12: Familienbild (stehend L. Haas, an seiner rechten Seite Ehefrau Josefine), vermutlich im Garten der Karlsruher Wohnung in der Hübschstraße, um 1914 aufgenommen

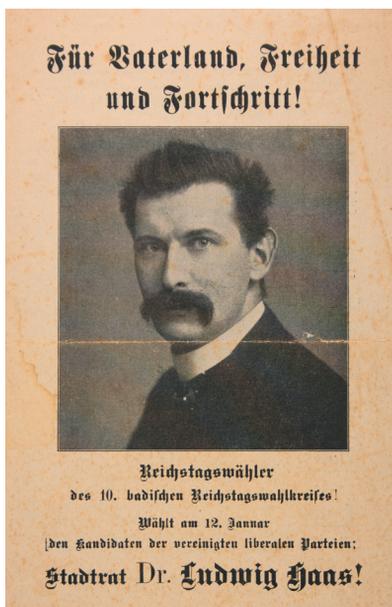


Abb. 13: Wahlauf Ruf für den Kandidaten der vereinigten liberalen Parteien für die Reichstagswahl im Januar 1912, gedrucktes Doppelblatt, Vorder- und Rückseite



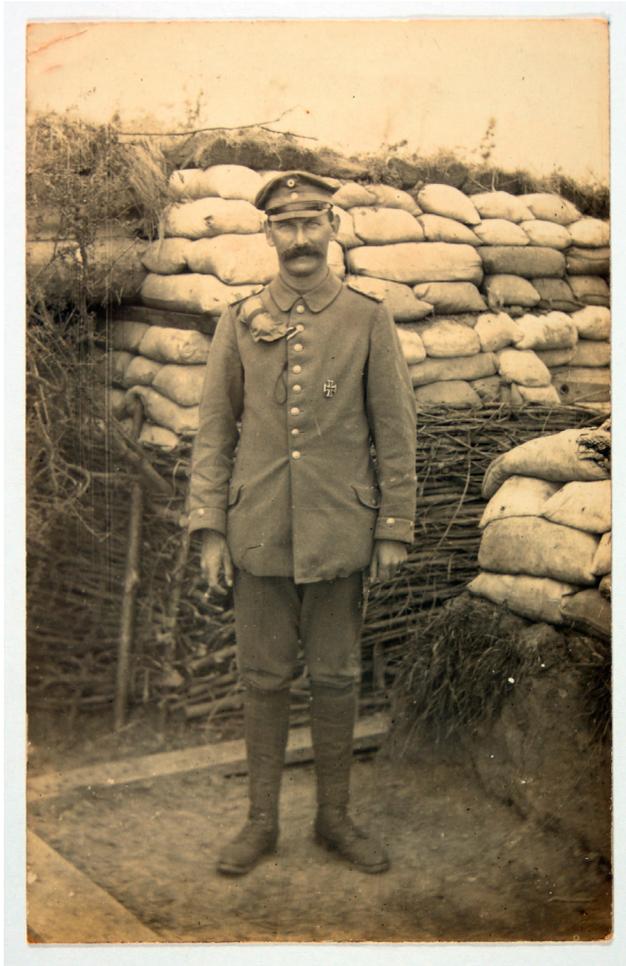


Abb. 14: Ludwig Haas im Sommer 1915 bei Ypern



Abb. 15: Ludwig Haas im Juni 1916 als Leiter des Referats für jüdische Angelegenheiten in der deutschen Zivilverwaltung des Generalgouvernements Warschau



Abb. 16: Ludwig Haas neben Reichswehrminister Gustav Noske (mit Stern markiert) bei der Besichtigung der Grenadierkaserne Karlsruhe im Sommer 1919



Abb. 17: Zeichnung Conrad («Conny») Neubauer im »8-Uhr-Abendblatt« (Mosse-Verlag) v. 27.3.1924

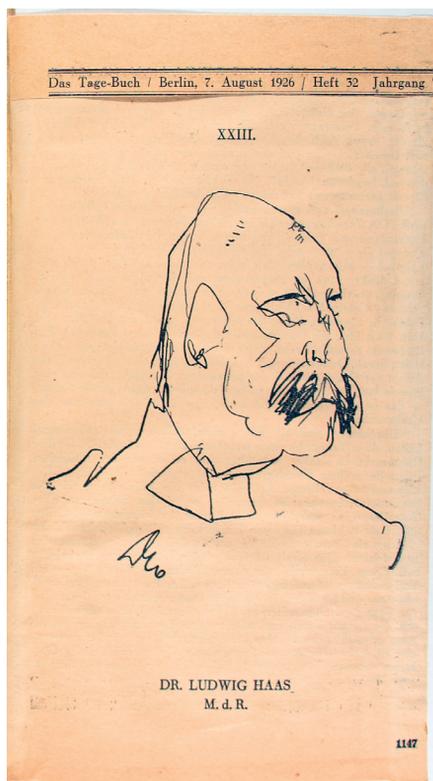


Abb. 18: Zeichnung B. F. Dolbin »Aus meinem Panoptikum« Nr. 23, Wochenzeitschrift »Das Tage-Buch«, hrsg. v. Stefan Grossmann und Leopold Schwarzschild, Jg. 1926



Abb. 19: Ludwig Haas, Fotoabzug, Atelier unbekannt (Berlin?), um 1925

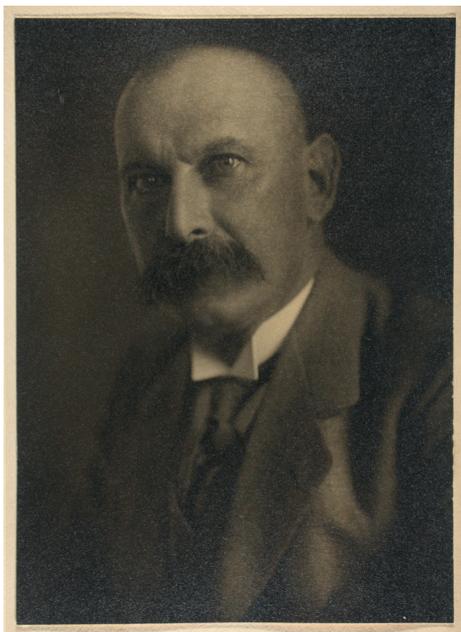


Abb. 20: Ludwig Haas, 1927, Foto: Rembrandt – Atelier für künstle-
rische Aufnahmen, Alfred Cohn,
W 50 Kurfürstendamm 16



Abb. 21: Das Ehepaar Haas in Bad Gastein am 23. Juni 1930



Abb. 22: Beisetzung von Ludwig Haas am 5. August 1930, rechts neben Rabbiner Hugo Schiff Reichsinnenminister Joseph Wirth

Auswanderung, Exil und Remigration

**»Wegen seiner jüdischen Großmutter nach
Südamerika ausgewandert.«
Flucht aus Hitler-Deutschland – Ein Beitrag zur
linksliberalen Emigration nach 1933**

Im »Archiv der deutschen Abgeordneten«, einem Kunstwerk von Christian Boltanski im Untergeschoss des Reichstagsgebäudes, erinnert eine von 5.000 rostigen Metallkästen, die mit den Namen der von 1919 bis 1999 demokratisch gewählten Abgeordneten beschriftet sind, an Ludwig Haas. Für die Fortschrittliche Volkspartei hatte der Anwalt erstmals 1912 kandidiert und im Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal in der Stichwahl den sozialdemokratischen Wahlkreisabgeordneten ausgebootet. In der Weimarer Republik fand Haas seinen Wirkungskreis in der Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei, seit Juni 1928 als deren Vorsitzender. Sein Tod 1930 war ein Verlust für das republikanische Deutschland und die deutsche Judenheit, die um einen »ihrer tätigsten Führer« trauerte. Die Beisetzung des »großen deutschen Patrioten« (Joseph Wirth) am 5. August in Karlsruhe gestaltete sich »zu einer imposanten Trauerkundgebung«.¹ Der Berliner Anwalt Dr. Erich Eyck schrieb in der von ihm redigierten Beilage »Recht und Leben« der *Vossischen Zeitung* zwei Tage später: »An Ludwig Haas' Grab steht trauernd auch die deutsche Anwaltschaft. Sie hat einen ihrer Besten verloren. [...] Ein deutscher Anwalt, auf den die Anwaltschaft stolz war, ist allzufrüh dahingegangen.« Drei Jahre später wurden die deutschen Juristen jüdischer Herkunft entrechtet, auch die »jüdischen« Rechtsanwälte in Baden.² Viele von ihnen entschieden sich notgedrungen zur Auswanderung, auch Dr. Raphael Strauß, ein früherer Sozius von Ludwig Haas.

Einen Überblick über die Führungsgremien der DDP bieten die Editionen »Linksliberalismus in der Weimarer Republik«³ und »Linksliberalismus in Preußen«⁴. Sie enthalten eine Vielzahl von bis 1933 fortgeführten Biogrammen. Dass »auch« Liberale »ihre Heimat, ihren Beruf und ihre Freunde haben verlassen müssen«, hat Horst R. Sassin mit der Ausstellung »Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933–1945« gezeigt.⁵ Eine Denkschrift der Widerstandsgruppe Robinsohn-Strass-

¹ ISRAELITISCHES FAMILIENBLATT (Hamburg), 32. Jg., Nr. 32, 07.08.1930.

² A. BORGSTEDT, *Badische Anwaltschaft*, 2012, S. 122 ff.

³ K. WEGNER/L. ALBERTIN (Bearb.), *Die Führungsgremien der DDP und DSP 1918–1933*, 1980.

⁴ V. STALMANN (Bearb.), *Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919–1932*, 2009; ergänzend J. STANG, *Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933*, 1994.

⁵ H. R. SASSIN, *Widerstand, Verfolgung und Emigration*, 1983, hier S. 7; DERS., *Liberale im Widerstand*, 1993; DERS., »Charakterinseln«, 2003.

mann hatte Wolfgang Benz⁶ bereits 1981 veröffentlicht. Mit Konzepten, Plänen und Vorstellungen linksliberaler Emigranten in Großbritannien hat sich Gerlinde Runge⁷ 1989 befasst, zwei Jahrzehnte nach der Untersuchung von Werner Röder über »Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942–1945«⁸. Das »M.d.R.«-Handbuch dokumentierte 1991 erstmals Forschungsergebnisse zu den Lebensschicksalen der Reichstagsabgeordneten nach 1933. Für Ludwig Haas⁹ und alle vor 1933 verstorbenen Abgeordneten werden dort aber nur die parlamentarischen und biographischen Kerndaten verzeichnet. Das Lebensschicksal der 1940 bei einem Bombenangriff in Brüssel ums Leben gekommenen Witwe Josephine Haas scheint daher nicht auf.

Der Index zum »Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933«¹⁰ verweist auf 66 Personen aus dem Umfeld der DDP. Gerlinde Runge¹¹ berücksichtigte für den ihr linksliberales Engagement im Exil resümierenden Handbuchartikel Biographien von 124 »ausgewählten« Emigranten. Zu ihnen zählen Parlamentarier und Mitglieder beratender Verfassungsorgane. Eine systematische Untersuchung der im Vergleich zur Emigration der Linksparteien kleinen Kohorte »ohne politischen Kontinuitäts- oder Legitimitätsanspruch« ist ein Desiderat, das für den Reichstag, für Landtage, Bürgerschaften und beratende Verfassungsorgane auf der Basis der biographischen Literatur hier nur annähernd eingelöst werden kann. Ergänzend werden die Lebenswege der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Preußen sowie einiger DDP-Oberbürgermeister beleuchtet. Fokussiert auf diese parlamentarischen Mandatsträger und wenige Spitzenbeamte, bleiben bei der Sondierung zur linksliberalen Emigration die vielen erfolglosen Wahlbewerber und »DDP-Beamten« sowie kommunal- und parteipolitisch aktive Rechtsanwälte bis auf Einzelfälle außerhalb des Blickfeldes. Nicht berücksichtigt werden weiterhin der Partei zugeschriebene, tatsächlich »parteilose« Demokraten, aber auch der Partei mehr oder weniger eng verbundene Wissenschaftler und Publizisten.¹²

⁶ W. BENZ, »Eine liberale Widerstandsgruppe«, 1981.

⁷ G. RUNGE, *Linksliberale*, 1989, S. 57–83; H. R. SASSIN, *Liberale und ihre Programmatik*, 1993, S. 70–77.

⁸ W. RÖDER, *Deutschlandpläne*, 1969.

⁹ M. SCHUMACHER (Hrsg.), *M.d.R.*, 1991, Nr. 507.

¹⁰ *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 [BHdE]*, hrsg. v. W. RÖDER/H. A. STRAUSS, 3 Bde., 1980–1983.

¹¹ C. D. KROHN, *Liberale*, 2008, Sp. 561–570.

¹² H. MÖLLER, *Exodus der Kultur*, 1984; L. MERTENS, *Presse und Publizistik*, 1998.

I. Linksliberale Parlamentarier und Mitglieder beratender Verfassungsorgane

Reichstag

Das M.d.R.-Handbuch dokumentiert die Lebensschicksale der von 1919 bis zum »Ende der Parteien« gewählten 1.795 Reichstagsabgeordneten. Danach wurden mindestens 774 M.d.R. *nach* 1933 verfolgt. Aus Hitler-Deutschland flohen auch 13 ehemalige Reichstagsabgeordnete der DDP/DStP¹³, weiterhin der linksliberale Pazifist Hellmut von Gerlach, Mitglied des Reichstags von 1903 bis 1907: Bernhard Falk (M.d.R. 1919/20), Erich Koch-Weser (1919–1930), Otto Pick (1919/20), Ludwig Quidde (1919/20), Felix Waldstein (1912–1918, 1919–1924), Johann Heinrich Graf von Bernstorff (7.3.1921–1928), Hermann Hummel (1924–1930), Oscar Meyer (1924–1932), Georg Bernhard (1928–1930), Richard Frankfurter (10.2.–Mai 1928), Gustav Stolper (1930–1932) und August Weber (1907–1912, 1930–1932). Walter Schücking (1919–1928) hatte seinen Wohnsitz bereits 1933 im Ausland. Mit Ausnahme von R. Frankfurter, F. Waldstein und A. Weber werden alle im SD-Verzeichnis »Erfassung führender Männer der Systemzeit (Liberalisten – Pazifisten)« vom Juni 1939 als Emigranten genannt; Prof. Dr. Walter Schücking (1875–1935 Den Haag), seit 1930 Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, ist danach »in der Emigration verstorben«¹⁴; ähnlich heißt es dort über den ehemaligen kaiserlichen Botschafter Johann Heinrich Graf von Bernstorff (1862–1939 Genf): »Freimaurer, Emigrant [...] und lebt in der Schweiz«¹⁵. Vor 1933 veröffentlichte Schriften Schückings und die »Erinnerungen und Briefe« Bernstorffs, 1936 in der Schweiz publiziert, wurden nach 1933 verboten. H. v. Gerlach, G. Bernhard, L. Quidde, G. Stolper, O. Meyer, R. Frankfurter und E. Koch-Weser verließen Deutschland im Verlauf des Jahres 1933, B. Falk, H. Hummel, F. Waldstein und A. Weber erst nach dem Novemberpogrom 1938; O. Pick emigrierte 1935 aus dem Saargebiet nach Frankreich; nur E. Koch-Weser reiste nach der Auswanderung wiederholt nach Deutschland und hielt sich 1935 auch in Berlin auf. H. v. Gerlach und G. Bernhard wurden mit der 1. Liste im August 1933 ausgebürgert, O. Meyer im Juni, L. Quidde im August 1940, Karl Wilhelm August Weber im März 1942, die Ehefrau R. Frankfurters 1943. Für Frankfurter selbst, Stolper und Koch-Weser ist eine Ausbürgerung anhand der publizierten Listen¹⁶ nicht nachweisbar.

¹³ Ohne den auf der Liste der DStP gewählten *Jungdeutschen* August Abel (M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 1), ohne Karl Böhme (seit 1924 DVP; ebd., Nr. 147), der *vor* 1933 nach Südamerika *ausgewandert* ist, und ohne Wolfgang Jaenicke, von 1933 bis 1935 im Auftrag des Völkerbunds in Nanking tätig; darauf beruht wohl die SD-Einschätzung »Ist 1933 emigriert und hält sich heute in Shanghai auf.« (ebd., Nr. 703).

¹⁴ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 1413; auch im Folgenden dort jeweils Quellen- und Literaturnachweise; vgl. ergänzend jetzt besonders www.nachlassdatenbank.de (Bundesarchiv) sowie www.lbi.org/digibaec (Leo Baeck Institute New York).

¹⁵ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. III; für die Emigration unergiebig: E. CONZE, *Vom deutschen Adel*, 2000, S. 361 mit Anm. 142.

¹⁶ M. HEPP (Hrsg.), *Die Ausbürgerung*, 1985.

Von 1898 bis 1912 hat der aus dem Kreis um Friedrich Naumann stammende »Junker« Hellmut v. Gerlach (1866–1935 Paris) viermal für den Reichstag kandidiert, mit Erfolg nur 1903. Der Abgeordnete der Freisinnigen Vereinigung wurde 1907 nicht wiedergewählt. 1918/19 kurze Zeit Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium, verließ H. v. Gerlach aus Protest gegen die Wehrpolitik der DDP die von ihm mitbegründete Partei bereits 1922. Von 1926 bis 1930 redigierte er die *Welt am Montag*, das auflagenstärkste linksliberale Berliner Sonntagsblatt. Im März 1933 flüchtete H. v. Gerlach nach Österreich und von dort nach Paris. Als Publizist setzte er sich für die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky ein, als »ehrlicher Gegner der Kommunisten« gleichwohl für die »Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte« in der »Volksfront«. Seine Erinnerungen »Von Rechts nach links« – der politische Weg des Pazifisten und Emigranten hatte bei den Antisemiten um Adolf Stöcker begonnen – erschienen nach seinem Tod in Zürich, herausgegeben von Emil Ludwig. Seine Schriften wurden 1938 verboten.¹⁷

Georg Bernhard (1875–1944 New York), Mitgründer der DDP und seit 1920 Chefredakteur der *Vossischen Zeitung*, hatte vor seiner Wahl in den Reichstag dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat angehört. Den Übergang zur Staatspartei vollzog Bernhard, 1925 kooptiertes Vorstandsmitglied der DDP, 1930 nicht. Auf seine Initiative tagte 1933 in der Kroll-Oper der Kongress »Das Freie Wort«. Nach einer »ziemlich abenteuerliche[n] Flucht« (Harry Graf Kessler) strandete Bernhard – 1930 wegen seiner dubiosen Rolle in der Affäre um Rosie Gräfenberg und Franz Ullstein als Chefredakteur der *Vossischen Zeitung* entlassen – im Frühjahr 1933 in Paris. Seine Schriften wurden am 10. Mai 1933 mit verbrannt, der Emigrant wenig später »einstimmig cum infamia« aus dem Reichsverband der deutschen Presse ausgeschlossen. Von seinen Exilpublikationen – »Die deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik« (Prag 1933) und »Meister und Dilettanten am Kapitalismus im Reiche der Hohenzollern« (Amsterdam 1936) – landete letztere im damaligen Giftschränk der Bayerischen Staatsbibliothek. Im SD-Verzeichnis wird Bernhard, von Ende 1933 bis 1938 Chefredakteur des *Pariser Tageblatts* bzw. der *Pariser Tageszeitung*, »zu den übelsten Hetzern gegen Deutschland« gezählt. Das *Pariser Tageblatt* wird mit seinem Namen in der Liste der verbotenen Zeitschriften aufgeführt. Mitglied im deutschen PEN-Club im Exil, hatte Bernhard im September 1934 einen Aufruf deutscher Emigranten für den Status quo an der Saar unterzeichnet. Später unterstützte er insbesondere die Gründung der »Fédération des Emigrés d'Allemagne en France«, »machte sich dabei aber auch viele Feinde« (Julia Franke) unter den jüdischen Emigranten. Von Anfang an beteiligte er sich als Parteiloser an den Arbeiten des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. Er nutzte seine Zeitung als Sprachrohr für die heterogene, von linksbürgerlichen Intellektuellen unterstützte Bewegung unter Führung der im Hintergrund agierenden KPD. Sein maschinenschriftlich überlieferter »Verfas-

¹⁷ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, S. 65*; K. HOLL, Hellmut von Gerlach, 2002; B. HAUNFELDER, Die liberalen Abgeordneten, 2004, S. 153 f.; C. KOCH (Hrsg.), Vom Junker zum Bürger, 2009.

sungsentwurf« für ein »Viertes Reich« postulierte das Recht auf Arbeit für alle Bürger und eine weitgehende Verstaatlichung der Großindustrie und der Versorgungsunternehmen. Nach Kriegsausbruch 1939 wirkte er noch kurzzeitig als Stellvertreter Heinrich Manns in der von der KPD-Führung bestimmten »Arbeitsgemeinschaft der Verbände der deutschen Opposition«. Im Exil von schweren familiären Schicksalsschlägen gezeichnet, wurde Bernhard 1940 interniert. Über Spanien und Portugal gelang ihm 1941 die Flucht in die USA, wo er bis zu seinem Tod für das »Institute of Jewish Affairs des American Jewish Congress« in New York tätig war.¹⁸

Im Handbuch der Nationalversammlung schildert Ludwig Quidde (1858–1941 Genf) seine wissenschaftliche und politische Entwicklung; von 1889 bis 1935 Abteilungsleiter »Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe« der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, engagierte sich der promovierte Historiker – 1890 zum Professor ernannt – seit 1892 in der Friedensbewegung, seit 1893 »in Organisationen der Deutschen Volkspartei, später der Fortschrittlichen Volkspartei«. Seine 1894 zunächst anonym veröffentlichte Schrift »Caligula. Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn« – bis 1919 in 30 Auflagen nachgedruckt – löste einen Skandal aus; das als Satire auf Wilhelm II. wahrgenommene »Werkchen« erschütterte seine Stellung in der Historischen Kommission und ruinierte dauerhaft »sein Ansehen als Historiker« (Karl Holl). Einer strafrechtlichen Verfolgung hatte sich der Autor entziehen können. Wegen »Majestätsbeleidigung« wurde Quidde erst nach einem Diskussionsbeitrag auf einer öffentlichen Veranstaltung in München verurteilt; die drei Monate Gefängnishaft 1896 in Stadelheim befeuerten in der Historischen Kommission erneut den »Fall Quidde«; seiner politischen und publizistischen Karriere schadeten sie jedoch nicht, im Gegenteil. 1907 für die Freisinnige Vereinigung in die Bayerische Kammer der Abgeordneten gewählt, amtierte Quidde 1918 als Zweiter Vizepräsident des provisorischen Nationalrats des Volksstaates Bayern. Bei der Aufstellung der Reichsliste 1920 wurde der Pazifist Quidde, seit 1914 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft und 1919 im Wahlkreis Oberbayern und Schwaben gewählt, nicht mehr berücksichtigt; 1927 zusammen mit dem französischen Pazifisten Ferdinand Buisson mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, blieb Quidde der DDP aber bis 1930 verbunden; im Parteiausschuss stimmte er gegen die Gründung der Deutschen Staatspartei. Er sympathisierte mit einer Minderheit, die sich in der Radikaldemokratischen Partei formierte. Im Frühjahr 1933 emigrierte Quidde, der 1923 nach eigener Darstellung »auf der Hitlerschen Proskriptionsliste« gestanden hatte, in

¹⁸ H. R. SASSIN, Widerstand, Verfolgung und Emigration, 1983, S. 62, 70–76 (Verfassungsentwurf); M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 107; P. v. Z. MÜHLEN, »Schlagt Hitler an der Saar!«, 1979, S. 215. C. D. KROHN, Wissenschaft im Exil, 1987, S. 89, erwähnt eine (nicht datierte) Empfehlung des früheren preußischen Innenministers, Albert Grzesinski, Bernhard »an der Graduate Faculty [der New School; Anm. MS] unterzubringen«; W. F. PETERSON, Die deutschen politischen Emigranten, 1988, S. 894; L. POLIAKOV, Die Affäre, 1992; L. WINCKLER, »Hilfe, Mittler, Waffe«, 1992; M. ENDERLE-RISTORI, Macht und intellektuelles Kräftefeld, 1997, S. 16 f., 30 f.; J. FRANKE, Paris – eine neue Heimat?, 2000, S. 225 f.; H. SCHRAMM, »Das freie Wort«, 2013.

die Schweiz (Genf). Seine Schriften wurden am 10. Mai 1933 öffentlich verbrannt und später verboten. Mit dem Rückhalt des Internationalen Friedensbüros in Genf und vom Nobel-Komitee alimentiert, unterstützte Quidde »Comité de Secours aux Pacifistes Exilés« notleidende deutsche Pazifisten. Auf Drängen H. v. Gerlachs setzte er sich für die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky ein, hielt sich politisch aber zurück und würdigte wohlwollend die NS-Außenpolitik, mutmaßlich auch um seine in München zurückgebliebene Ehefrau, eine »Halbjüdin«, nicht zu gefährden. Ungeachtet der SD-Einschätzung – »arbeitet im pazifistischen Sinne« – konnte das Auswärtige Amt die Ausbürgerung des im deutschen Exil umstrittenen Friedensaktivisten zunächst verhindern. Als Vizepräsident des Internationalen Friedensbüros nahm Quidde an den Weltfriedenskonferenzen in Locarno (1934), Cardiff (1936), Paris (1937), Luzern (1938) und Zürich (1939) teil. Aufgrund seiner scharfen Kritik an der Annexion Österreichs – geäußert in einem abgefangenen Brief – wurde der Emigrant im August 1940, sieben Monate vor seinem Tod, ausgebürgert; nach der Bekanntmachung der Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft kassierte die Georg-August-Universität Göttingen den 1881 verliehenen Doktorgrad; als Mitglied der Historischen Kommission in München war Quidde zu diesem Zeitpunkt »längst der damnatio memoriae anheimgefallen« (Eike Wolgast).¹⁹

Dr. jur. Gustav Stolper, 1888 in Wien geboren, war ein Leben lang »Volkswirt«, eine Tätigkeit, die ihm »größte Unabhängigkeit und glänzende Honorierung« sicherte, zunächst als Mitarbeiter, seit Oktober 1914 als Mitherausgeber der Wochenschrift »Der österreichische Volkswirt« (Wien). Die im Dezember 1918 in Wien von ihm mit gegründete Bürgerlich-Demokratische Partei blieb eine »Episode«. Anfang 1925 wurde Stolper die Chefredaktion der linksliberalen Tageszeitung *Berliner Börsen-Courier* angeboten. Er übersiedelte nach Berlin, löste sich nach einem Jahr aber von der Zeitung und gründete seinen eigenen Verlag, in dem seit Ende September 1926 *Der deutsche Volkswirt* erschien. Der Verleger und Chefredakteur der bald einflussreichsten *Zeitschrift für Politik und Wirtschaft* wurde im gleichen Jahr in den DDP-Vorstand kooptiert. Dem Vorstand der DStP gehörte der Abgeordnete, 1930 im »sicheren« Reichstagswahlkreis 34 Hamburg gewählt, nicht an. Nach dem Verkauf seiner Zeitschrift – »nur unter dem latenten und offenen Naziterror« (Toni Stolper) – verließ Stolper am 2. Juli 1933 Berlin. Über Zwischenaufenthalte in der Tschechoslowakei, der Schweiz, Belgien und Großbritannien fand Stolper Zuflucht in den USA. Im Juli 1934 mit der Familie wieder ausgebürgert, betätigte er sich in New York erfolgreich als Wirtschafts- und Finanzberater. Bei einer Europa-Reise verbrachten die befreundeten Ehepaare Stolper und Heuss im Juli 1936 einen gemeinsamen Urlaub am Karersee in Südtirol. Als Mitarbeiter von *Foreign Affairs* und der *New York Times* betätigte sich der Emigrant, 1939 naturalisiert, »schriftstellerisch in deutschfeindlichem

¹⁹ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 1181; R. DURAND u. a., Ludwig Quidde, 2004; K. THIELER, »[...] des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig.«, 2006, S. 62–66; K. HOLL, Ludwig Quidde, 2007; J. LILLA (Bearb.), Der Bayerische Landtag, 2008, S. 439; E. WOLGAST, Deutsche Reichstagsakten, 2008, bes. S. 97–105.

Sinne«, so der SD-Vermerk. Sein Buch »German Economy 1870 to 1940« erschien 1940 und wurde 1950 in deutscher Übersetzung veröffentlicht. »This Age of Fable. The Political and Economic World We Live In« folgte 1942: eine Absage an »die Kollektivismen von Ideologie und Utopie«. Als Wirtschaftsberater begleitete Stolper den früheren US-Präsidenten Herbert Hoover auf dessen Deutschland-Mission. Dabei kam es 1947 in Stuttgart zur ersten Wiederbegegnung mit Theodor Heuss. Im August war das Ehepaar Heuss dann vier Wochen bei Gustav und Toni Stolper im Engadin zu Gast. Mit einem »Buch über die deutsche und europäische Situation« (Theodor Heuss) hoffte Stolper den isolationistischen Kräften in den USA entgegenwirken zu können. Das Erscheinen von »German Realities. A Guide to the Future Peace of Europe« ein Jahr später hat er nicht mehr erlebt. Mit seinen Memoranden zum Wiederaufbau Europas habe »der Wahlberliner Dr. Stolper« – so der in die USA emigrierte Berliner Anwalt Gerhard H. Wilk – »den ersten Anstoß« zum Marshall-Plan (European Recovery Program) gegeben.²⁰

Die Industrie- und Handelskammer Berlin bestätigte im Juni 1934 Oscar Meyer (1876–1961 Berkeley) »Hervorragendes geleistet« zu haben; und sie zahlte ihrem Syndikus, der am 31. März 1933 über Amsterdam nach Zürich geflohen war, schließlich eine Abfindung. Mit seiner Tätigkeit für die Kammer hatte Meyer von 1915 bis 1930 nahezu ununterbrochen ein parlamentarisches Mandat verbinden können, zunächst im Preußischen Landtag bis 1921 und seit Dezember 1924 im Reichstag, zuletzt – nach der Erkrankung von Ludwig Haas – als Vorsitzender der DDP-Fraktion. Der »Glaube der Väter« bedeutete Meyer, der am Ende der Militärdienstzeit zum Protestantismus konvertiert war, nichts. Für die Nationalsozialisten blieb er gleichwohl »Jude« – mit der Ergänzung: »Emigrant« in Zürich. Bei Kriegsausbruch hielt sich Meyer in Großbritannien bei seinen Töchtern auf, kehrte aber wieder in die Schweiz zurück. Im Mai 1940 von Zürich nach Lausanne geflüchtet, konnte er für sich und seine Frau die Einreiseerlaubnis für Kolumbien beschaffen. Später übersiedelte er von dort nach Kalifornien. Ludwig Bergsträßer hat die 1944 bei Friedrich Krause (New York) erschienenen »Erinnerungen und Betrachtungen« seines ehemaligen Fraktionskollegen als Band einer geplanten »Memoirenbibliothek« in 2. verbesserter Auflage herausgegeben: »Von Bismarck zu Hitler« (1948). Anfang 1952 korrespondierte Theodor Heuss »nach so langer Zeit« mit seinem verehrten Freund über studentische Korporationen, deren Wiederaufleben den Emigranten beunruhigte; erschüttert hatte sich Meyer, Vorsitzender des »Berkeleyer Juristenkreises«, über ein Urteil der Berliner Justiz geäußert, »in dem bei Angeklagten dies, daß sie Juden seien, als strafverschärfend ausgesprochen wurde«.²¹

²⁰ T. STOPER, *Leben in Brennpunkten*, 1960; J. RADKAU, *Die deutschen Emigranten*, 1971; G. H. WILK, *Der »Berlin-Appeal«*, 1983, S. 96; M. SCHUMACHER (Hrsg.), *M.d.R.*, ³1994, Nr. 1564; C.-D. KROHN, *Entlassung und Emigration*, 1997, S. 37–62; T. REUTHER, *Die ambivalente Normalisierung*, 2000; T. HEUSS, *Briefe 1933–1945*, 2009; *Neue Deutsche Biographie* [NDB], hrsg. v. d. HISTORISCHEN KOMMISSION BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN, Bd. 25, 2013, S. 423 f. (Heinz Reiter).

²¹ M. SCHUMACHER (Hrsg.), *M.d.R.*, ³1994, Nr. 1018; T. HEUSS, *Briefe 1949–1954*, 2012, S. 320.

Dr. Richard Otto Frankfurter (1873–1953 Montevideo) war »der Kopf« eines renommierten auf Urheberrechtsfragen spezialisierten Berliner Anwaltsbüros, »daneben Theaterkritiker und ein berufener belletristischer Schriftsteller« (Oscar Meyer). Als Mitglied des Parteivorstandes der DDP und Vorsitzender des Organisationsausschusses von 1920 bis 1930 nahm er regen Anteil an den Beratungen der Berliner Führungsgremien. Seit 1920 hatte er auf der Reichsliste kandidiert, im Februar 1928 rückte er nach dem Tod von Friedrich Raschig nach. 1930 befürwortete Frankfurter das Hineingehen in die Staatspartei, ließ seinen Beitritt aber offen. Nach dem Entzug des Notariats 1933 emigrierte er mit seiner Ehefrau via Paris in die Schweiz. Nach Aufgabe der Praxis wurde er Anfang 1934 in der Anwaltsliste gelöscht; sein Sohn und Sozius emigrierte nach England; sein im Reich verbliebenes Vermögen wurde eingezogen. Im Frühjahr 1939 wanderten R. Frankfurter und seine Frau weiter nach Uruguay; in einer Wochenschau sahen sie dort ihre Tochter, eine überzeugte Kommunistin, die in die UdSSR emigriert war und nach dem Krieg in Ost-Berlin lebte. R. Frankfurter, »nicht der einzige deutschsprachige homme de lettres in Montevideo«, veröffentlichte 1949 seinen letzten Roman »Der Eid des Hippokrates«, »der sich mit Handeln und Ergehen von Nazi-Ärzten beschäftigte« (J. Hellmut Freund). Wie viele Emigranten, die einen Teil ihres Vermögens ins Asylland hatten transferieren können, war auch Frankfurter zuletzt gezwungen, gerettete Bilder und Wertgegenstände zu verkaufen, sich auch »von seinen Büchern« zu trennen. Der Remigrant Walter Schwarz, der als junger Anwalt im Büro Frankfurter gearbeitet hatte, erwirkte kurz vor dessen Tod die erste Entschädigungszahlung.²²

In der Nationalversammlung saßen vier Abgeordnete mit dem Nachnamen Koch, die zur Unterscheidung den Namen ihres Wahlkreises als parlamentarischen Zusatznamen führten. »Erich Koch (Cassel)«, seit 1913 Oberbürgermeister von Kassel, führte die Reihe an. 1920 im Wahlkreis Weser-Ems gewählt, wurde aus Koch (Cassel) Koch-Weser. Der Abgeordnete, geboren 1875 in Bremerhaven, war auf der parlamentarischen Bühne kein Neuling: seit 1901 hatte er ein Mandat im Oldenburgischen Landtag (bis 1909), danach in der Bremischen Bürgerschaft (bis 1913), im Hessischen Kommunallandtag, im Hessisch-Nassauischen Provinziallandtag sowie im Preußischen Herrenhaus wahrgenommen. Im Handbuch der Nationalversammlung nennt Koch keine frühere Parteizugehörigkeit. Am 3. Oktober 1919 übernahm er im Kabinett Gustav Bauer das Innenressort, das er in den folgenden Kabinetten Hermann Müller (I) – zugleich Vizekanzler – und Konstantin Fehrenbach bis Anfang Mai 1921 behielt. Im Kabinett H. Müller (II) amtierte Koch-Weser von Juni 1928 bis Mitte April 1929 als Reichsjustizminister. In den zentralen Führungsgremien der DDP hatte er seit Januar 1924 den Vorsitz des Parteiausschusses und von Oktober 1929 bis Oktober 1930 auch den Vorsitz des Parteivorstandes inne; zudem war er von 1924 bis 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion. Bei der Reichstagswahl im September 1930 kan-

²² W. SCHWARZ, Späte Frucht, 1981, S. 41 f.; M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 400; J. H. FREUND, Vor dem Zitronenbaum, 2005, S. 339 f.; S. LADWIG-WINTERS, Anwalt ohne Recht, ²2007 [1998], S. 154.

didierete er auf Platz eins der Reichsliste der Deutschen Staatspartei. Nach dem Wahldesaster legte Koch-Weser seine Parteiämter und sein Reichstagsmandat nieder; bei den Wahlen 1932/33 kandidierte er nicht mehr.

Der Demokratenführer – Rechtsanwalt beim Kammergericht und Notar in Berlin – widmete sich wieder seinem Beruf. Seit dem Frühjahr 1933 war Koch-Weser, der mütterlicherseits einer der ältesten jüdischen Familien Oldenburgs entstammte, von den Maßnahmen gegen jüdische Juristen unmittelbar betroffen. Er verlor das Notariat, wurde aber nach einem entsprechenden Gesuch und auf Intervention Hindenburgs als Anwalt wieder zugelassen. Die Sozietät Koch-Weser, Dr. Alfred Carlebach und Dr. Eberhard Scholz, in der auch der im Oktober 1934 mit Berufsverbot belegte Sohn Reimer Koch-Weser praktizierte, wurde im November 1933 aufgelöst. Zur gleichen Zeit verließ Koch-Weser zusammen mit seiner Ehefrau und zwei Söhnen Deutschland, ohne jedoch seine Wohnung in Berlin aufzugeben; seine Kanzlei wurde von einem Generalsubstitut betreut. Zu seiner Verabschiedung hatten Theodor Heuss und August Weber einige Freunde in die Deutsche Gesellschaft eingeladen. Danach teilte Heuss Liese Loew, der Tochter Friedrich Naumanns, beiläufig mit, Koch-Weser sei »wegen seiner jüdischen Großmutter nach Südamerika ausgewandert«. Sein Ziel war in Südbrasilien die Siedlung Rolândia, an deren Gründung er sich bereits 1931 beteiligt hatte. Nach 1933 wurde Rolândia zu einem Zufluchtsort für vermögende Emigranten, die durch Rodung im fruchtbaren und malariefreien Urwald der Provinz Paraná landwirtschaftliche Betriebe aufbauten. Auch Koch-Weser, dessen Lifts mit dem Umzugsgut, darunter tausende Bücher, im Regenwald zu einem großen Teil verfault und verschimmelt waren, konnte nach schwierigem Beginn als »Fazendeiro« Fuß fassen, ohne alle Brücken nach Deutschland abrechnen zu müssen. So hielt er sich in den Jahren 1935 bis 1939 »auf vier Reisen etwa 25 Monate in Deutschland« auf. Im SD-Bericht findet sich dazu nichts, es heißt lediglich: »Musste als Halbjude seine Rechtsanwaltspraxis schliessen und emigrierte nach Brasilien.« Einen undatierten Lebenslauf, kurz vor seinem Tod verfasst, schloss Koch-Weser mit dem Bekenntnis ab: »Ich bin meiner demokratischen, liberalen und sozialen Anschauung seit meiner Studienzeit treu geblieben. Ich bin stolz auf die deutsche Vergangenheit, voll Scham über die deutsche Gegenwart und gebe die Hoffnung auf eine gereinigte Zukunft Deutschlands nicht auf.« Von seinen Vorstellungen und Plänen zur Neuordnung nach dem Ende des NS-Regimes zeugen besonders der Entwurf einer Reichsverfassung aus dem Jahre 1942, seine Beiträge »Gegner des Nationalsozialismus« und »Paneuropa« in den »Deutschen Blättern« (1944/45) und das 1944 von Alfred A. Knopf in New York posthum veröffentlichte Buch »Hitler and beyond. A German Testament«. Bis zuletzt blieb Erich Koch-Weser »mit allen Sinnen« einer »Zukunft« zugewandt (Max Hermann Maier), die er nicht mehr erleben sollte.²³

²³ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 897; I. M. FURTADO KESTLER, Brasilien, 1998, Sp. 183–193; S. LADWIG-WINTERS, Anwalt ohne Recht, 2007, S. 198; M. SCHUMACHER, »Der Mann von Ansehen«, 2010, S. 181–214; C. KOCH-WESER, Rede, 7.10.2013; A. ECKHARDT (Hrsg.),

Otto Pick (1882–1945 Schweiz), 1919 von einem bürgerlich-liberalen Bündnis unter Führung der Demokraten an der Saar aufgestellt, taucht nur 1920 noch einmal als Wahlbewerber auf der Reichsliste der DDP auf. Für den Christlichen Metallarbeiterverband hatte Pick in einer Ergebnissadresse an Hitler am 5. April 1933 die »nationale Erhebung« begrüßt, war aber nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften im Reich von dieser Position wieder abgerückt. Auf der 6. Tagung des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften Anfang Juni 1934 in Montreux und wenig später auch in Saarbrücken exponierte er sich klar gegen das Dritte Reich. Versuche der Deutschen Gewerkschaftsfront, den Gewerkschaftsführer einzubinden oder zu entmachten, scheiterten. Im November 1934 nahm Pick an der Gründungsversammlung des »Volksbunds für christliche und soziale Kultur« teil, der nach der Auflösung des Zentrums eine neue, den Status quo bejahende katholische Partei bilden sollte. Nach der Saarabstimmung am 13. Januar 1935 ist Pick angeblich »unter Mitnahme der Verbandsgelder nach Frankreich emigriert«. Gemäß SD-Verzeichnis hielt er sich zeitweise in Straßburg auf und war Verfasser eines »illegalen Flugblattes ›Deutsche Katholiken – Glaubensbrüder u. Schwestern‹« sowie anderer »Hetzschriften«, die ins Reich geschmuggelt wurden. Seine Mitgliedschaft im Vorstand des Lutetia-Kreises, dem von der KPD gesteuerten Volksfrontausschuss, scheint im SD-Verzeichnis nicht auf. Im September 1939 wurde Pick ausgebürgert; über seine Emigration in die USA und die weiteren Aufenthalte in Großbritannien und in der Schweiz ist Näheres nicht dokumentiert.²⁴

Rechtsanwalt Bernhard Falk (1867–1944 Brüssel), seit 1908 Stadtverordneter in Köln, hatte 1907 und bei einer Ersatzwahl 1910 für die Nationalliberalen zum Reichstag kandidiert. In der Nationalversammlung zählte er zu den Neulingen. Von 1924 bis 1932 Mitglied des Preußischen Landtags, kandidierte der Justizrat bei den Reichstagswahlen 1924 erfolglos auch auf der DDP-Reichsliste. In den Berliner Führungsgremien der Partei hatte Falk seit 1919 Sitz und Stimme, auch im Geschäftsführenden Vorstand der DStP. Als Alt-Anwalt verlor er mit dem allgemeinen Berufsverbot 1938 seine Zulassung. Mit seiner Ehefrau und seinem Sohn Ernst emigrierte er Ende März 1939 nach Brüssel: »Jude, Freimaurer, Emigrant« lautet die stigmatisierende SD-Zuschreibung für den liberalen Politiker, dessen Wohnung im November 1938 verwüstet worden war und dem 1940 von den deutschen Besatzungsbehörden die Ausreise in die Schweiz verwehrt wurde. Eine »schützende Hand« bewahrte ihn vor der Deportation. Nach der Befreiung Brüssels starb Falk »unter ärmlichen Umständen«; seine 73-jährige Ehefrau, nach dem Abzug der deutschen Truppen eine Zeitlang von den belgischen Behörden in ihrer Freiheit eingeschränkt, folgte 1945 ihrem Sohn Ernst nach São Paulo. Von den vier Söhnen Falks war der älteste 1917 gefallen;

Oldenburgischer Landtag, 2014, S. 317–321; BHdE I, 1980, S. 470 (M. H. Maier); Anwalt ohne Recht, hrsg. v. BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER, 2007, S. 312 f.

²⁴ M. ZENNER, Parteien und Politik im Saargebiet, 1966, S. 276 f., 310 f.; P. v. z. MÜHLEN, »Schlagt Hitler an der Saar«, 1979, S. 126–132, 178 f.; M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 1142; U. LANGKAU-ALEX, Zukunft, 1992, S. 128 f.

Rechtsanwalt Dr. Fritz Falk nahm sich 1933 das Leben; Ernst Falk II, Rechtsanwalt in Köln, kehrte aus Brasilien in seine Vaterstadt zurück und wurde wieder als Anwalt zugelassen; Hermann Falk, ebenfalls Jurist, blieb in Australien.²⁵

Zwei Wahlperioden – von Dezember 1924 bis September 1930 – vertrat Dr. Ing. h.c. Hermann Hummel (1876–1952), Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte, den Wahlkreis Magdeburg im Reichstag. Seine parlamentarische Karriere hatte der Vorsitzende der DDP in Baden 1909 als Mitglied des Landtags begonnen. 1918/19 stellvertretender Minister für Militärische Angelegenheiten, 1919–1922 Kultusminister, war Hummel 1921/22 Staatspräsident von Baden. Von 1925 bis 1930 Mitglied des Parteivorstands, hat Hummel seine Wahl in den Gesamtvorstand der DStP mutmaßlich nicht angenommen. Als Aufsichtsratsmitglied der I.G.Farben sicherte er – zusammen mit Carl Bosch – die *Frankfurter Zeitung* durch finanzielle Zuwendungen 1934 »vor dem Zugriff der Machthaber«. Hummel – selbst konfessionslos, später evangelisch – lebte nach den nationalsozialistischen Rassenvorstellungen in einer »Misch-ehe«; dass der »Wirtschaftsführer« wegen seiner jüdischen Ehefrau emigriert war, bleibt im SD-Verzeichnis unerwähnt; es heißt dort: »1939 Wohnsitz in den USA«. Aus dem Exil kehrte H. Hummel 1951 nach Deutschland zurück.²⁶

Justizrat Felix Waldstein (1865–1943 London) war seit 1890 als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht Altona zugelassen. 1908 bis 1918 für die Fortschrittliche Volkspartei Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und von 1912 bis 1918 Mitglied des Reichstags, gewann Waldstein 1919 im Wahlkreis Schleswig-Holstein und Lübeck ein Mandat, das erst mit der nachgezogenen Reichstagswahl im Wahlkreis Schleswig-Holstein endete; bei den preußischen Landtagswahlen 1921 kandidierte er noch einmal für die DDP, wenn auch erfolglos. Aufgrund der 1. Verordnung zum NS-Reichsbürgergesetz wurde Waldstein 1935 das Notariat entzogen; als Alt-Anwalt blieb er bis zum allgemeinen Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte Ende November 1938 beim Landgericht Hamburg zugelassen. Danach emigrierte Waldstein, langjähriger Vorsitzender der Hamburger Ortsgruppe des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, zusammen mit seiner Ehefrau und seiner Tochter nach London. Sein Sohn Hans Ferdinand, seit 1927 Rechtsanwalt in Hamburg, war bereits 1933 nach London ausgewandert.²⁷

August Weber wurde 1871 in Oldenburg geboren und starb 1957 in London. Folgt man seinen Erinnerungen, so war der Politiker »bei aller Bescheidenheit und äusseren Einfachheit ein recht selbstbewusster Charakter«; er zeichnete sich damit durch Eigenschaften aus, die er an seinen Landsleuten rühmte. Vor seinem Studium, in Jena 1895 mit der (ungedruckten) juristischen Dissertation »Exceptio und Einrede« abge-

²⁵ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 354; K. LUIG, »... weil er nicht arischer Abstammung ist«, 2004, S. 174–177; V. STALMANN (Bearb.), Bernhard Falk (1867–1944), 2012, S. 180 f.; M. LÖFFELSENDER, Kölner Rechtsanwälte, 2015, S. 134 f.

²⁶ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 685; M. FURTWÄNGLER (Bearb.), Die Protokolle, 2012, S. XVI.

²⁷ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 1680; H. MORISSE, Ausgrenzung und Verfolgung, 2013, S. 176 f.

schlossen, hatte Weber eine Banklehre absolviert. Seit 1900 war er Direktor der Löbauer Bank in Sachsen. Hier begann auch seine politische Karriere. Bei den »Hottentottenwahlen« von 1907 wurde er im Wahlkreis Löbau in den Reichstag gewählt, dem er als Hospitant der Nationalliberalen bis 1912 angehörte. Als Bankdirektor in Berlin engagierte er sich nach 1914 »ehrenamtlich in der Kriegswirtschaft«, später vor allem in Interessenverbänden des Handels und der Industrie. 1920 pachtete er die Domäne Löpten im Kreis Teltow und kaufte gleichzeitig die angrenzende Ziegelei. In der DDP trat er zunächst nicht weiter hervor. Seit Mitte der 1920er Jahre drängte Weber, der nach Einschätzung der Parteiführung »die eigentliche Leitung« der eine Fusion der politischen Mitte propagierenden und von der Parteispitze als Störfaktor wahrgenommenen Liberalen Vereinigung innehatte, jedoch auf die Reichsbühne zurück. 1928 kandidierte er noch erfolglos für den Reichstag. Beim zweiten Versuch gelang ihm das Comeback. Als Vorstandsmitglied der DStP übernahm er auch den Vorsitz der 14-köpfigen Staatsparteilichen Fraktionsgemeinschaft im Reichstag. Als schlagfertiger Debattenredner exponierte er sich im Plenum »wider den Nationalsozialismus«. Die gleichnamige 1932 als Band 2 der »Republikanischen Bibliothek« veröffentlichte Broschüre mit Reden von Weber und Rudolf Breitscheid (SPD) wurde 1935 zwar verboten, der Titel in der Verbotsliste jedoch den Autoren nicht zugeordnet. 1932 kandidierte Weber, inzwischen aus der DStP ausgetreten, nicht mehr.

Weber war seit 1914 mit der Bankierstochter Marie Meyer-Cohn verheiratet. Die Verbindung wurde in der jüdischen Familie der Braut nicht gern gesehen: A. Weber war nicht nur Lutheraner, er wurde auch als zu »kleinbürgerlich« empfunden. Seine spätere Ehefrau – von Anders Zorn als Dreizehnjährige porträtiert – hatte Weber bei seinem Schwager Hermann Oncken in Heidelberg kennengelernt, bei dem M. Meyer-Cohn 1913 »ihren Doktor machte«, mit der auch im Druck erschienenen Arbeit »George Buchanan als Publizist und Historiker Maria Stuarts. Eine quellenkritische Untersuchung auf der Grundlage der Lennoxmanuskripte«. Aus der glücklichen Ehe gingen vier Kinder hervor.

Nach 1933 wurde Weber, seit 1932 als Wirtschaftsprüfer zugelassen, wegen angeblicher »Unterschlagung« mehrfach verhaftet und aus seinen einträglichen Positionen in der Wirtschaft verdrängt sowie zur Aufgabe der Domäne Löpten gezwungen. Seit 1936 lebte die Familie in Berlin; Anfang 1939 emigrierte Marie Weber mit den Kindern nach England. Wenig später flüchtete August Weber über Holland nach London. Hier lernte er Hans Kluthe, einen »jungen enthusiastischen Liberalen« kennen, neben Carl Spiecker Kopf der »Deutschen Freiheitspartei«, die aber keine Partei war: Als eine »Art ›Volksfront ohne Kommunisten« (Beatrix Bouvier) verstand sie sich als *Organ des wahren Deutschland* – so der Titel ihrer von 1938 bis Ende 1940 in London erschienenen »Auslandsblätter« – als Speerspitze einer bürgerlichen Opposition im Reich, die es so aber nicht gab. Durch Kluthe kam Weber in Kontakt mit dem Londoner Verleger James Knapp-Fisher (Sidgwick & Jackson). Auf dessen Anregung, »ein Buch über die Auswirkungen des Nationalsozialismus in Deutschland zu schreiben«, lieferte Weber zwei Bücher. Sie erschienen 1939/40 anonym – »by a member of the German Freedom Party«. Es handelt sich um ins Englische übersetzte (fik-

tive) Briefe an die Deutsche Freiheitspartei »Hitler Calls this LIVING!« (»Das nennt Hitler ein Leben«) und »Uncensored Germany. Letters and News Sent Secretly from Germany to the German Freedom Party«. Wegen seiner Betätigung für die »Deutsche Freiheitspartei« wurde Weber 1942 mit seinen Kindern ausgebürgert. Die Universität Jena entzog ihm daraufhin den Dokortitel. Die jüdische Ehefrau hatte aufgrund ihres Aufenthalts im Ausland die deutsche Staatsbürgerschaft ebenfalls verloren. Da ihr Name aber nicht in den Ausbürgerungslisten publiziert wurde, kam es in Heidelberg nicht zu einer Aberkennung der Doktorwürde. 1943 beteiligte sich Weber an dem von Heinrich Fraenkel in Englisch und Deutsch publizierten Sammelband »Der Weg zu einem neuen Deutschland« (»Germany's Road to Democracy«). Das Buch war, so Weber, »gewissermassen ›die Bibel‹ der Freien Deutschen Bewegung. Als »Mitglied« trat der liberale »Parteimann« gemeinsam mit Fraenkel und anderen aus der von kommunistischer Seite initiierten Bewegung bald wieder aus. Im Oktober 1944 schloss er sein letztes Buch ab: »A New Germany in a New Europe«. Mit der Publikation wollte Weber seine angelsächsischen Leser nicht nur über die politische Entwicklung Deutschlands seit Bismarck informieren; sein eigentliches Ziel war es, »to make some practical suggestions for the goal of establishing a true democracy in Germany«. Unmittelbar nach Kriegsende streckte Weber seine Fühler in die Schweiz aus und übernahm das Ehrenpräsidium der Arbeitsgemeinschaft »Demokratisches Deutschland«, für deren Mitteilungsblatt er regelmäßig Artikel schrieb.

Als Theodor Heuss im April 1947 am Kongress der Liberalen Weltunion in Oxford teilnahm, beherbergte ihn Weber in seiner bescheidenen Londoner Drei-Zimmer-Wohnung – auf einer »Luftmatratze«. Aber er bot ihm »ein großes Programm«. Webers Reise zum Parteitag der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) im Sommer des Jahres in Eisenach endete unfreiwillig in Berlin. Dagegen konnte der Parteiveteran an der Tagung der westdeutschen Liberalen am 11./12. Dezember 1948 in Heppenheim teilnehmen. Mit großen Erwartungen angereist und für den Gesamtvorstand der FDP nominiert, traf Weber mit seiner »im Plauderton« gehaltenen Rede aber nicht den Ton »der Liberalen im Nachkriegsdeutschland«. Bei der Wahl am Tag danach fiel der Emigrant prompt durch. Im Sommer 1951 und 1952 beteiligte sich Weber zusammen mit seiner Frau in Bad Nauheim an amerikanischen »Hilfsaktionen für deutsche Heimatvertriebene«. Bis zuletzt arbeitete er an seinen Lebenserinnerungen »Rückblick und Ausblick«, die als einziges Überbleibsel seines politischen Nachlasses ins Bundesarchiv gelangten. »Auf Ersuchen der Familie« wurde den Erben 1997 das von Max Liebermann 1927 gemalte Porträt August Webers – nach dem Krieg in holländischem Museumsbesitz – rückerstattet. Das Ölgemälde »Fräulein Cohen« von Anders Zorn gelangte auf rätselhaftem Weg nach Schweden.²⁸

²⁸ Bundesarchiv Koblenz, N 1670/1: A. Weber, Rückblick und Ausblick (1871–1956); Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), R 99931; M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., ³1994, Nr. 1689; B. BOUVIER, Die Deutsche Freiheitspartei (DFP), 1972, S. 41, 84f.; K. WEGNER/L. ALBERTIN (Bearb.), Linksliberalismus, 1980, passim; K. SCHRÖDER, Die FDP, 1985, S. 305 f.; J. WEBER, Ein Bild von Liebermann [Werkverzeichnis von Matthias Eberle, Bd. 2, 1996, S. 1175f.] und Familiengeschichte: <http://www.luise-berlin.de/bms/bmstxt97/9710gesc.htm> (Edition Lusien-

Neben den genannten Abgeordneten dürften weit mehr erfolglose Wahlbewerber der DDP emigriert sein. Aus diesem Segment der linksliberalen Emigration, das durch kein Handbuch²⁹ erschlossen wird, seien abschließend zumindest einige Prominente erwähnt: Harry Graf Kessler³⁰, Jella Lepman (Stuttgart), die nach ihrer Rückkehr aus dem Exil die »Kinderbuchbrücke« ins Leben rief³¹, der frühere Gesandte und Privatgelehrte Dr. phil. Kurt Riezler³², Konsul Dr. jur. Paul Schwarz³³, Autor des Buches »This Man Ribbentrop. His Life and Time« (New York 1943) und 1944 Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs »Council for a Democratic Germany«, sowie der 1932 auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzte Reichsgerichtsrat Ernst Julius Sontag³⁴ und schließlich der Berliner Anwalt und Schriftsteller Dr. Bruno Weil, später Mitgründer und Präsident der »American Association of former European Lawyers« und der »Axis Victims League«.³⁵

Reichsrat

Über den Reichsrat wirkten die »deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs« mit. Von 1919 bis zur Auflösung des Verfassungsorgans ent-

stadt, 1997); T. HEUSS, Briefe 1945–1949, 2007, S. 267, 301. Mit einem Festakt am 9.11.2016 hat die Universität Jena die in der NS-Zeit zu Unrecht Depromovierten rehabilitiert und ihnen posthum den »Dokortitel wieder zuerkannt«: www.uni-jena.de/Mitteilungen/PM161102_Depromo_Seifert.pdf; wie viele Betroffene hatte Weber offenbar keine Kenntnis von der Entziehung des Doktorgrades; für Auskünfte danke ich Dr. Gerhard Keiper (PA/AA), Dagmar Drüll-Zimmermann (Universitätsarchiv [UA] Heidelberg), Margit Hartleb (UA Jena) und Wite de Savornin Lohman (De Mesdaag Collectie, Den Haag); das Ölgemälde von M. Liebermann – mutmaßlich vermittelt von Dr. Grete Ring, einer Jugendfreundin von M. Cohn, als Depositum im Ryksmuseum in Verwahrung – war von der Dienststelle Mühlmann entdeckt und »sichergestellt« worden; G. Ring, Kunsthistorikerin und seit 1924 Teilhaberin der Kunsthandlung Paul Cassirer, war im Mai 1938 aus Berlin zunächst nach Amsterdam und später nach London emigriert; über eine Begegnung mit gleichfalls emigrierten Freunden, unter ihnen »meine alten Webers hier zum ›Butterbrot‹, sehr gelungenes Fest«, berichtete sie am 29.06.1939 Walther u. Marianne Feilchenfeldt: »die beiden grauhaarigen Schlachtrosse sagten soviel Unsinn, wie ich selten gehört!«, vgl. R. E. FEILCHENFELDT, Grete Ring, 2005, S. 141; das Porträt von »Fräulein Cohen« [sic!; Anders Zorn] wurde als »Bildnis« – ohne Namensnennung – in der Ausstellung der Berliner Secession gezeigt (»Die Kunst für Alle«, in: XVI, Jg. 20, 15.7.1901, S. 470): »Irgendwann in den 1940er Jahren stand das Gemälde bei Fritzes Hovbokhandel in Stockholm mit dem Besitzvermerk ›Heinrich Cohen« [H. Cohn, gest. 1905; Vater v. Marie C.; Anm. MS] zum Verkauf. Der heutige Besitzer erwarb das Gemälde 1948 ebenda«; vgl. C. LENGFELD, Anders Zorn, 2004, S. 264, ergänzend S. 177 u. 327 Anm. 8 sowie Taf. XV.

²⁹ C.-W. REIBEL (Bearb.), Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918, 2007.

³⁰ BHdE 2, 1983, S. 616 f.; Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945 [BHdAD], Bd. 2, hrsg. v. AUSWÄRTIGES AMT, 2005, S. 513–515.

³¹ BHdE 2, 1983, S. 710; L. BETTEN, Jella Lepman (1891–1970), 1993; M. KRAUSS, Heimkehr in ein fremdes Land, 2001, S. 119–122.

³² BHdE 2, 1983, S. 971; NDB 21, 2003, S. 618 f. (Bert Becker); BHdAD 3, 2012, S. 674–676.

³³ BHdE 1, 1980, S. 678; BHdAD 3, 2012, S. 214 f.

³⁴ BHdE 1, 1980, S. 712; H. LANG, Zwischen allen Stühlen, 2014, S. 602–605.

³⁵ K. WEGNER/L. ALBERTIN (Bearb.), Linksliberalismus, 1980 (S. 570 u. ö.); Weill (sic!); BHdE 1, 1980, S. 803 f.; S. LADWIG-WINTERS, Anwalt ohne Recht, 2007, S. 279 f.

sandten die Regierungen 818 Mitglieder als Bevollmächtigte bzw. stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichsrat. Zu den mindestens 96 verfolgten Bevollmächtigten zählen 16 Demokraten.³⁶ Von ihnen emigrierten neben Hermann Hummel (1919–1922 stellv. Bevollmächtigter bzw. Bevollmächtigter Badens; → Md.R.) und Oscar Meyer (1919–1921 stellv. Bevollmächtigter Preußens; → M.d.R.) Dr. jur. Wilhelm Abegg und Dr. jur. Viktor von Leyden (1926–1932 stellv. Bevollmächtigter Preußens), der nach der Kurzbiographie jedoch der »DVP«³⁷ angehörte und hier außer Betracht bleibt.

Der Jurist Wilhelm Abegg, 1876 in Berlin geboren, avancierte nach verschiedenen Verwaltungsstationen 1920 zum stellvertretenden Leiter des Landespolizeiamts und Ministerialrat im Preußischen Ministerium des Innern. 1925 bis 1932 saß Abegg als vom Parteitag gewähltes bzw. 1929 vom Vorstand kooptiertes Mitglied im DDP-Parteivorstand, dessen Finanzausschuss er zeitweise angehörte. Seit Oktober 1926 Staatssekretär, wurde Abegg am 21.07.1932 – am Tag nach dem Staatsstreich Papens – in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Er emigrierte im Februar 1933 in die Schweiz, die Heimat seiner Vorfahren. Aufgrund seiner Doppelbürgerschaft konnte er in Zürich als Anwalt für internationales Recht tätig werden. Er unterstützte Emigranten »und ventilierte großangelegte Auswanderungsprojekte« in Peru, die durch den Krieg zunichte wurden. 1935 beteiligte er sich an den Beratungen des »Vorbereitenden Ausschusses für die Schaffung einer Deutschen Volksfront«. Der geheimnisumwitterte »Abegg-Kreis« stand angeblich in Verbindung zum Widerstand im Reich; 1944 Vorsitzender der Gesellschaft für abendländische Kulturpolitik und 1944/45 Mitgründer der Gesellschaft der Freunde freier deutscher Kultur, hielt Abegg als Begründer und seit 1944 stellvertretender Vorsitzender der provisorischen Leitung der »Bewegung Freies Deutschland« und Redaktionsmitglied der Zeitschrift »Freies Deutschland« aus Überzeugung »die Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht nur für möglich, sondern für notwendig« (Klaus Urner), auch nach der von der KPD im Dezember 1945 erzwungenen Auflösung der Bewegung. Wie andere Emigranten war Abegg – im April 1941 zusammen mit seiner Ehefrau ausgebürgert – tief enttäuscht, dass seine Mitwirkung am politischen Wiederaufbau in Deutschland nicht erwünscht war. 1984, drei Jahrzehnte nach seinem Tod 1951 in Baden-Baden, revidierte die Universität Göttingen die Entziehung seines 1903 erworbenen Doktorgrades.³⁸

³⁶ J. LILLA, *Der Reichsrat*, 2006, S. 9*, 239*–247*; DERS., *Der Bundesrat*, 2014.

³⁷ Ebd., Nr. 413 (abweichend von der Übersicht); E. v. Leyden (1880–1963) emigrierte 1938 in die Schweiz und von dort nach Britisch-Indien; BHdE 1, 1980, S. 442.

³⁸ K. H. BERGMANN, *Die Bewegung*, 1974; K. URNER, *Der Schweizer Hitler-Attentäter*, 1980, S. 137; das sogenannte »Abegg-Archiv«, von Dr. Alhard Gelpke »produziert«, bezeichnet Urner (S. 136) als »die wohl umfangreichste Geschichtsfälschung der jüngsten Zeit«; nähere Angaben zu den Nachlassbeständen (und Biographien) von Dr. Alhard Gelpke (1894–1989) und Abegg im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich: AfZ Online Archives, abrufbar unter: <http://onlinearchives.ethz.ch> [17.10.2016]; J. LILLA, *Reichsrat*, 2006, Nr. 1; K. THIELER, »(...) des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig«, 2006, S. 7.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat war »ein unmittelbares Reichsorgan«. Als »Vertreter der wirtschaftlichen Interessen des ganzen Volkes« waren seine Mitglieder »nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden«. Die Mitgliedschaft war mit einem parlamentarischen Mandat vereinbar. Im Plenum, das seit dem 30. Juni 1923 nicht mehr einberufen wurde, und in den Ausschüssen nahm der Vorläufige Reichswirtschaftsrat seine Aufgabe als Beratungsorgan der Reichsregierung wahr.³⁹ Von 1920 bis zu seiner Aufhebung 1934 gehörtem dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat 579 Mitglieder an. Für mindestens 75 Mitglieder ist eine Verfolgung nach 1933 dokumentiert. 23 Mitglieder emigrierten, unter ihnen Georg Bernhard (→ M.d.R), von 1920–1928 Vertreter der Presse⁴⁰, und Dr. Leon Zeitlin (→ M.d.L./Preußen), von 1920–1933 Vertreter der deutschen Schriftsteller, weiterhin Fritz Demuth, Arthur Feiler und Ernst Jäckh.⁴¹

Dr. Fritz Demuth (1876–1965 London) gehörte bis 1933 als Arbeitgeber-Vertreter des Handels dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat an. Unterbrochen von einer Tätigkeit als Geh. Regierungsrat im Reichsdienst 1918–1920, war Demuth seit 1902 volkswirtschaftlicher Syndikus der Industrie- und Handelskammer Berlin. Mutmaßlich Mitglied der DDP von Anfang an, zählte er jedoch nicht zu deren Führungskreis. Noch im April 1933 verließ Demuth Deutschland. In der Schweiz sah sich der Emigrant mit der Not meist mittelloser Wissenschaftler konfrontiert, die mit der ersten großen Auswanderungswelle von »Juden und politisch Mißliebigen aus Deutschland« in das Nachbarland geflohen waren. »Aus ihrer Mitte«, so Demuth⁴² später, hatte sich in Zürich eine »Selbstverwaltung« gebildet, die »Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland«, deren Vorsitz ihm »übertragen« wurde. Demuth trat in die Fußstapfen des Gründers der Notgemeinschaft, des aus Frankfurt vertriebenen Neuropathologen Philipp Schwartz⁴³. Nach dessen Berufung an die neu eröffnete Universität Istanbul führte Demuth die »Tradition« fort. Seit 1936 hatte die Notgemeinschaft ihren Hauptsitz in London, »verschmolz« dort jedoch »bis zur Unkenntlichkeit« (Gerald Kref) mit der Society for the Protection of Science and

³⁹ J. LILLA (Bearb.), Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat, 2012, S. 29, 175–183.

⁴⁰ Aus der Gruppe der Freien Berufe, vgl. M. HACHENBURG, Lebenserinnerungen eines Rechtsanwalts, 1978, S. 194: Selbst dieser Gruppe angehörend, »ragte nur eine markante Persönlichkeit hervor, Georg Bernhard, der Chefredakteur der ›Vossischen Zeitung«. Bewundert viel und viel gescholten, wie die Goethesche Helena, aber stets ein Vollmensch, übersprudelnd von Gedanken und Kenntnissen, überschäumend in seinem Temperament, war er stets bereit, das Wort zu ergreifen. Aber er hatte auch stets etwas zu sagen.«

⁴¹ J. LILLA, Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat, 2012, S. 297–302; der DDP-Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Böhme, der sein Mandat als Arbeitgeber-Vertreter der Landwirtschaft noch 1920 niederlegte, ist vor 1933 ausgewandert.

⁴² F. DEMUTH, Die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland, 1951, S. 611–617; BHdE 1, 1980, S. 124 f.

⁴³ BHdE 2, 1983, S. 1059; E. C. STIEFEL/F. MECKLENBURG, Deutsche Juristen, 1991, S. 34–37; N. HAMMERSTEIN, Die Johann Wolfgang Goethe Universität, 2012, S. 433; G. KREFT, Philipp Schwartz, 2012, S. 101–129, 108 f., 124.

Learning. Im Herbst 1936 erstellte sie eine von der Rockefeller Foundation finanzierte »List of Displaced German Scholars«, die 1.639 seit 1933 in Deutschland entlassene Wissenschaftler aufführte. Bis Kriegsbeginn gelang es der Notgemeinschaft, 2.600 Personen eine Anstellung zu vermitteln. Im Krieg verloren viele dieser Refugees ihre Stellung oder wurden zeitweise interniert. Von den 100 nach »Rußland« vermittelten Ärzten »sind viele ausgewiesen worden, noch mehr sind anscheinend abhanden gekommen«. In seinem Rückblick deutet Demuth nur kurz »das letzte Problem der Emigration« an: »die Rückwanderung«. In London engagierte sich Demuth als Mitgründer der »Vereinigung deutscher Ausgewanderter« (VdA), die deutsche, österreichische und sudetendeutsche Sozialdemokraten und Kommunisten einbezog, ihr politisches Ziel – eine Gesamtvertretung der deutschen Emigration – aber nicht erreichte. Seit 1936 wirkte er mit als Vertreter der Notgemeinschaft im Beirat des Hochkommissars des Völkerbunds für die Flüchtlinge aus Deutschland. 1938 zusammen mit seiner Ehefrau ausgebürgert, suchte Demuth 1939/40 in Verbindung mit der Labour Party und im Rahmen des aus der VdA hervorgegangenen Central European Joint Committee beratend auf die britische Deutschland-Politik Einfluss zu nehmen, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Nach Kriegsende wirkte Demuth bei der Umerziehung deutscher Kriegsgefangener u. a. im Lager Wilton Park mit. Die von Gottfried R. Treviranus 1935 ins Leben gerufene »Soho-Runde«, die wöchentlich Emigranten – »von Nachbarn mit konservativem Etikett bis zu Meusel aus der KPD« – vereinte, lebte unter dem Vorsitz von Demuth und Veit Valentin, die beide nicht nach Deutschland zurückkehrten, als Luncheon Club (»Theodor-Heuss-Freundeskreis«) weiter.⁴⁴

Artur Feiler (1879–1942 New York), ebenfalls bis 1933 von der Reichsregierung ernanntes Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, scheint ungeachtet seines Austritts aus dem Hauptausschuss bereits Anfang Dezember 1918 – aus Protest gegen eine Vereinigung der DDP »mit Teilen der Nationalliberalen« – zumindest bis 1928 mit den Führungsgremien der Partei in Verbindung gestanden zu haben. Der Journalist – seit 1903 Handelsredakteur und seit 1910 Mitglied der Politischen Redaktion der *Frankfurter Zeitung* – hatte 1919 »Leitsätze für eine demokratische Wirtschaftspolitik« veröffentlicht (»Der Staat des sozialen Rechts«) und als Mitglied der Sozialisierungskommission »versucht, eine ernsthafte Sozialisierung deutscher Schwerindustrie zu empfehlen«; Max Hermann Maier, der als Anwalt die Interessen Feilers bei der Trennung von der *Frankfurter Zeitung* 1931 wahrgenommen hatte, hat in seinen Erinnerungen den jüngeren Freund als entschiedenen Vorkämpfer »für notwendige Reformen und für eine kraftvolle Bekämpfung des Nationalsozialismus« gewürdigt. Der 1923 in Heidelberg promovierte Wirtschaftsjournalist – bekannt auch durch seine Reisebücher – »Amerika – Europa. Erfahrungen einer Reise« (1926; 1928: »America Seen Through a German's Eye«) und »Das Experiment des

⁴⁴ B. BOUVIER, Deutsche Freiheitspartei, 1972, S. 99 f., 133; G. R. TREVIRANUS, Für Deutschland im Exil, 1973, S. 43; C.-D. KROHN, Wissenschaft im Exil, 1987, S. 19 f., 47; BHdE 2, 1983, S. 1187 f. (V. Valentin; DDP-Mitglied).

Bolschewismus« (1929; ³1930) – lehrte nach der Habilitation in Frankfurt seit dem Sommer 1932 als Professor an der Handelshochschule Königsberg. Noch im Sommer 1933 emigrierte er mit seiner Ehefrau in die USA, wo er eine Anstellung an der New School for Social Research in New York fand. Zusammen mit dem italienischen Juristen Max Ascoli gab Feiler 1937 das Buch »Fascism for Whom?« heraus (1939 bei Allen & Unwin, London: »Facism: Who benefits?«), zu dem er die Kapitel über den Nationalsozialismus beisteuerte und nun diesen als »die gegenwärtige deutsche Version des gegenwärtigen russischen Bolschewismus« charakterisierte. 1940/41 erschienen »The Worship of Bigness«, »Conscription of Capital« und »Economic Impacts of the War«. In Deutschland war sein das bolschewistische Experiment wohlwollend beschreibendes Buch aus dem Jahre 1929 verboten worden. 1940 wurde Feiler zusammen mit seiner Ehefrau ausgebürgert. Der Doktorgrad, von der Universität Heidelberg daraufhin entzogen, wurde ihm 1948 posthum wieder verliehen.⁴⁵

Als Vertreter der freien Berufe war Dr. phil. Ernst Jäckh (1875–1959 New York) 1920 für den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat benannt worden, dem er bis zur Mandatsniederlegung am 29.5.1926 angehörte – als »Präsidialmitglied«, wie es in der Chronik zu seinem ersten Erinnerungsbuch⁴⁶ heißt. Tatsächlich war Jäckh nur einer von insgesamt neun Schriftführern. Als »Weltbürger« hielt er den Reichswirtschaftsrat weder in dieser »Ouvertüre« noch in seiner posthum erschienenen Rückschau »Weltsaat«⁴⁷ für erwähnenswert. Im Januar 1918 hatte Jäckh zusammen mit Friedrich Naumann die »Staatsbürgerschule« gegründet, aus der die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin hervorging. Als Mitgründer der DDP zählte er bis 1930 zum weiteren Kreis der Parteiführung, zuletzt als Mitglied eines Ausschusses »zur Vorbereitung eines außenpolitischen Programms«⁴⁸. Nach den Erinnerungen entschloss sich Jäckh am 6. März 1933 – »unter dem Eindruck der gefälschten Reichstagswahlen« – zur Auswanderung. Sein langer, in sich widersprüchlicher Bericht⁴⁹ über eine Unterredung in der Reichskanzlei belegt aber, dass er als Präsident für die Hochschule für Politik ein Arrangement mit Hitler gesucht hat. Jäckh fand zunächst in London als Internationaler Direktor der New Commonwealth Society und Leiter des New Commonwealth Institute⁵⁰, als »Consultant für Foreign Office und Home Of-

⁴⁵ BHdE 1, 1980, S. 169; J. LILLA, Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat, 2012, Nr. 136; K. WEGNER/L. ALBERTIN (Bearb.), Linksliberalismus, 1980, S. 5; J. RADKAU, Deutsche Emigration, 1971, S. 226, 242 u. 270; E. C. STIEFEL/F. MECKLENBURG, Deutsche Juristen, 1991, S. 176; W. MORITZ, Die Aberkennung, 2001, S. 540–562, 555; M. H. MAIER, In uns verwoben, 1972, S. 190–192; nach Claus-Dieter Krohn (Wissenschaft im Exil, 1987, S. 77 f., 146) hat A. Feiler – Vertreter »der späteren orthodoxen Totalitarismustheorie« – für »das Profil der New School« keine »nennenswerte[n] Akzente« setzen können.

⁴⁶ E. JÄCKH, Der Goldene Pflug, 1954, S. 494–498, Chronik (auch für das Folgende); BHdE 1, 1980, S. 327.

⁴⁷ E. JÄCKH, Weltsaat, 1960.

⁴⁸ K. WEGNER/L. ALBERTIN (Bearb.), Linksliberalismus, 1980, S. 556.

⁴⁹ E. JÄCKH, Weltsaat, 1960, S. 130–136.

⁵⁰ »In London stellte ich mich, mit vielen Empfehlungen bewaffnet, Professor Jäckh vor [...]. Er sagte: »Wären Sie zwei Tage früher gekommen, so hätte ich Sie zu meinem Assistenten machen

face, Buckingham Palace und British Council« ein weites Betätigungsfeld. Ernst-Ludwig Heuss, der 1938/39 an der Deutschen Handelskammer in London arbeitete, hielt seinen Patenonkel Jäckh für einen gutbezahlten Agenten des Intelligent Service, wie er seinem Vater berichtete, der 1912 Jäckh als Chefredakteur der *Neckar-Zeitung* beerbt hatte. 1940 wurde Jäckh als Professor of International Relations an die Columbia University in New York berufen. Sein Schriftenverzeichnis nennt für die Jahre 1939 bis 1945 drei Buchveröffentlichungen. Eine Ausbürgerung des in 2. Ehe »mit einer Jüdin verheiratet[en]« Emigranten und Freimaurers, so das SD-Verzeichnis vom Juni 1939, erübrigte sich, da Jäck inzwischen »die englische Staatsangehörigkeit erworben« hatte. Als Bundespräsident hielt Theodor Heuss Distanz zu dem lieben Freund und geltungsbedürftigen Deutschamerikaner, dessen politische Ambitionen sich im Nachkriegsdeutschland nicht erfüllten.

Volkvertretungen der Länder

Für die einzelstaatlichen Volkvertretungen dokumentiert ein vorläufiger Index »Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung«⁵¹ der Abgeordneten in der Zeit des Nationalsozialismus. Fundierte biographische Aufarbeitungen für einzelne Länderparlamente sind die Ausnahme. Die folgende Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ungeachtet des in weiten Bereichen noch unerschlossenen Forschungsterrains macht die vorläufige Recherche jedoch deutlich, dass nur wenige frühere linksliberale Mitglieder der Landtage und Bürgerschaften nach 1933 emigrierten.

Preußen

Ein biographisches Handbuch für die knapp 1.400 Mitglieder des Preußischen Landtags von 1919 bis 1933 liegt bisher nicht vor. Deren Lebensschicksale nach 1933 sind jedoch auch Gegenstand eines Mitte der 1990er Jahre begonnenen biographischen Forschungsprojekts⁵². Für die DDP/DStP verzeichnet Joachim Stang⁵³ die Namen der 105 Abgeordneten, unter ihnen B. Falk und O. Meyer (→ M.d.R.). Weiterhin emigrierten Justizrat Dr. Ludwig Heilbrunn, Dr. Frieda Wunderlich und Dr. Leon Zeitlin. Alle Emigranten waren jüdischer Herkunft und wurden – Heilbrunn und Wunderlich ausgenommen – ausgebürgert; ein Opfer der Shoah wurden Justizrat Arthur Kochmann (Gleiwitz), der nach Auschwitz deportiert wurde, und Justizrat Max Lich-

können.; ein junger Völkerrechtler, Georg Schwarzenberger, war mir zuvorgekommen.« J. H. HERZ, *Vom Überleben*, 1984, S. 104 f.

⁵¹ M. SCHUMACHER, *Das Ende der Parlamente*, 1995.

⁵² »Biographien der Abgeordneten der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung und des Preußischen Landtags 1919–1933«, hrsg. von FREIE UNIVERSITÄT BERLIN, s. d., abrufbar unter: www.geschkult.fu-berlin.de/e/fmi/institut/arbeitsbereiche/puschner/projekte/abgeordnete/ [17.10.2016]; S. HEIMANN, *Der Preußische Landtag*, 2011, S. 414 f.

⁵³ J. STANG, *Die DDP*, 1994, S. 369–374.

tenstein, Abgeordneter der FVP im Preußischen Abgeordnetenhaus, der 1919 erfolglos noch einmal kandidiert hatte.⁵⁴

Ludwig Heilbrunn (1870–1951), von 1910 bis 1928 Stadtverordneter in Frankfurt/M. und Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses von 1915–1918, gehörte nur der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung 1919–1921 an. Nach dem Berufsverbot als Anwalt 1938 emigrierte er zusammen mit seiner Ehefrau nach England. Über die »Lebensumstände im Exil ist nichts bekannt«; 1950 kehrte Heilbrunn, der 1947 unter dem Titel »Kaiserreich, Republik, Naziherrschaft« einen »Rückblick auf die deutsche Politik 1870–1945« veröffentlicht hatte, nach Deutschland zurück.⁵⁵

Frieda Wunderlich (1884–1965 East Orange/New Jersey), 1919 in Freiburg/Br. promoviert, kandidierte im gleichen Jahre erstmals für den Landtag, dem sie als Nachrückerin in der III. Wahlperiode bis 1932 angehört hat. Seit 1923 Herausgeberin der »Sozialen Praxis«, der Wochenschrift der Gesellschaft für Soziale Reform, war die Sozialbeamtin von 1925–1933 Stadtverordnete der DDP/DStP und seit 1930 Professorin am Berufspädagogischen Institut in Berlin. Am 28.03.1933 wurde sie wegen ihrer »nicht arischen Abstammung« in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Im September 1933 erhielt sie einen Ruf an die neu gegründete New School for Social Research in New York. Zu ihren Veröffentlichungen im Exil zählen u. a. Beiträge zu Sammelwerken, so dem 1939 von Hans Speier und Alfred Kähler herausgegebenen Band »War in our Time«, zu dessen Autoren auch A. Feiler (→ Reichswirtschaftsrat) gehörte, und die 1941 in der New School-Reihe »Studies on War and Peace« erschienene Untersuchung »British Labor and the War«. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln würdigte die wissenschaftliche Arbeit der Emigrantin 1954 mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde.⁵⁶

Leon Zeitlin (1876–1967 London), 1902 mit einer Untersuchung über »Fürst Bismarcks socialpolitische Anschauungen« in Leipzig promoviert, war Syndikus wirtschaftlicher Verbände in Berlin; 1920 wurde er in den → Reichswirtschaftsrat berufen. 1928 zog Zeitlin, Vorstandsmitglied der Partei seit 1925 und stellvertretender Schatzmeister, über die Landesliste in den Landtag ein; bei den Landtagswahlen 1932 scheiterte er ebenso wie bei seinen Kandidaturen zum Reichstag. 1933 emigrierte Zeitlin nach England. 1939 wurde er zusammen mit seiner Ehefrau ausgebürgert. Nach dem Krieg setzte sich Zeitlin, von 1941 bis 1952 Berater des Institute of Export in London, Mitglied des PEN-Clubs deutschsprachiger Autoren im Ausland und der Royal Society of Economists, für die deutsch-britische Annäherung ein. In dem unsäglichen

⁵⁴ J. TOURY, Die politischen Orientierungen, 1966, S. 353 f.; B. MANN (Bearb.), Handbuch Preußen, 1988, Nr. 1352; zu Kochmann vgl. H. GÖPPINGER, Juristen, ²1990 [1963], S. 250; M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, Nr. 761.

⁵⁵ BHdE I, 1980, S. 278; B. MANN (Bearb.), Handbuch Preußen, 1988, Nr. 848; H. GÖPPINGER, Juristen, ²1990, S. 286 f.; M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, Nr. 468; Anwalt ohne Recht, hrsg. v. BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER, 2007, S. 305 f.

⁵⁶ BHdE I, 1980, S. 837 (Irrtümlich: SPD); E.C. STIEFEL/F. MECKLENBURG, Deutsche Juristen, 1991, S. 176; M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, Nr. 1444; C. FISCHER-DEFOY (Hrsg.), Vor die Tür gesetzt, 2006, S. 381.

»Verzeichnis jüdischer Verfasser juristischer Schriften« von Erwin Albert auch mit seinem Pseudonym L. Leinitz genannt, veröffentlichte Zeitlin im Exil »Economics and War« (1940); 1962 erschien noch »Life's Value in Cash«. ⁵⁷

Bayern

Mit Ausnahme von Ludwig Quidde (→ M.d.R.) ist kein bayerischer DDP-Abgeordneter emigriert. Unter den erfolglosen Wahlbewerbern befinden sich mindestens zwei USA-Emigranten: Dr. phil. Julie Meyer⁵⁸, Dozentin an der Volkshochschule Nürnberg, und der Münchener Rechtsanwalt Dr. jur. Eugen Schmidt⁵⁹

Sachsen

Die parlamentarische Karriere des aus Bamberg stammenden Paul Hesslein (1886–1953), seit 1920 Abgeordneter der Zentrumspartei, war bereits 1922 beendet. Nach eigenen Angaben als Republikaner aus der Partei verdrängt, übersiedelte Hesslein, einige Jahre Bürgermeister in Schirgiswalde, 1926 nach Berlin. Dort arbeitete er als Journalist und knüpfte Fäden zur DDP. 1928 übernahm er die Leitung der Pressestelle des Deutschen Beamtenbundes und die Schriftleitung des Verbandsorgans sowie 1929 die Geschäftsführung des Deutschen Republikanischen Reichsbundes. Wegen seiner »nicht arischen« Herkunft seit 1933 stellungslos, erhielt Hesslein – Schwiegersohn des 1926 verstorbenen katholischen Verlegers und Zentrumsmannes Dr. Eugen Jäger (Speyer) – mit kirchlicher Unterstützung 1938 ein Visum zur Einreise nach Chile. 1940 ausgebürgert, gab der Emigrant Pablo Hesslein hektografierte »Politische Briefe« und »Wirtschaftspolitische Privatinformationen« heraus, ohne im Asylland Fuß fassen zu können. Unter den vielen Kondolenzschreiben nach dem Tod des Remigranten finden sich Zeilen von Bundespräsident Theodor Heuss, der im Frühjahr 1952 den Staatssekretär im Auswärtigen Amt um Prüfung einer diskreten Nothilfe für den ihm bekannten früheren Publizisten gebeten hatte, aber auch von Bundeskanzler Konrad Adenauer, der der Witwe sein tiefempfundenes Beileid aussprach.⁶⁰

⁵⁷ BHdE 1, 1980, S. 843; M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, Nr. 1451; J. LILLA (Bearb.), Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, 2012, Nr. 576.

⁵⁸ DERS. (Bearb.), Der Bayerische Landtag, 2008, S. 173; BHdE 2, 1983, S. 811; G. FRANGER-HUHLE, Julie Meyer, 2013, S. 208 f.; vgl. das Faltblatt zur Ausstellung Zwischen Nürnberg und New York, hrsg. v. STADTARCHIV NÜRNBERG, 2014.

⁵⁹ J. LILLA (Bearb.), Der Bayerische Landtag, 2008, S. 189; R. WEBER, Das Schicksal, 2006, S. 255 f.

⁶⁰ E. FEDER, Heute sprach ich mit ..., 1971, S. 62; BHdE 1, 1980, S. 292; M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, Nr. 506; DERS., »Wir wollten als Deutsche nicht abseits stehen«, 2012, S. 100; Nachlass Hesslein: Institut für Zeitgeschichte/Archiv, ED 229.

Württemberg

Die Biographien der 331 Abgeordneten des Württembergischen Landtags hat Frank Raberg im Rahmen des »Biographischen Handbuchs der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933«⁶¹ skizziert. Von den 50 DDP-Abgeordneten waren 15 bereits vor 1933 verstorben. Ella Ehni hielt sich seit 1930 in der Schweiz auf.⁶² Nur Thekla Kauffmann (1883–1980 New York) ist nach 1933 emigriert. Die Abgeordnete der verfassunggebenden Landesversammlung 1919/20 hatte sich vor 1914 in der bürgerlichen Frauenbewegung engagiert und im November 1918 die württembergische DDP mitbegründet. 1931 kandidierte sie ohne Erfolg für eine unabhängige Frauenliste zum Stuttgarter Gemeinderat. Von 1922 bis zu ihrer Entlassung 1933 beim Arbeitsamt Stuttgart beschäftigt, leitete sie danach in enger Abstimmung mit dem amerikanischen Konsulat die Auswanderungsstelle des Hilfsvereins der deutschen Juden in Stuttgart. Während des Novemberpogroms 1938 hielt sich T. Kauffmann in USA auf, kehrte aber nach Deutschland zurück und blieb auf ihrem »Posten«, bevor sie als eine der letzten 1941 aus Stuttgart noch emigrieren konnte. In Chicago übernahm die 58-jährige die Leitung eines Heims für arbeitende Mütter.⁶³

Baden

Von den insgesamt 276 Abgeordneten des Badischen Landtags hatten 45 der DDP angehört, unter ihnen Ludwig Haas⁶⁴ und Dr. Hermann Hummel (→ M.d.R.). Außer Hummel ist aus den Reihen der DDP nur noch Marie Schloß (1872–1952 Bern), eine der drei weiblichen Abgeordneten in der verfassunggebenden Badischen Nationalversammlung, nach 1933 emigriert. Leopold Neumann (1869–1959), Mitglied des Landtags vom 14.4.1932 bis 1933, wurde bei der Deportation der badischen Juden im Oktober 1940 zusammen mit seiner Ehefrau nach Gurs verschleppt; er überlebte die Internierung und kehrte nach dem Krieg nach Karlsruhe zurück.⁶⁵

Marie Schloß, in Freiburg als Tochter des Kaufmanns Julius Haas geboren, wurde wie ihr jüngerer Bruder Ludwig durch ein liberales jüdisches Elternhaus geprägt. Aus ihrer Ehe mit dem Zigarrenfabrikanten Adolph Schloß in Emmendingen gingen zwei Söhne hervor. Nach dem Tod ihres Mannes 1907 arbeitete sie als Redakteurin beim *Badischen Landesboten*, der Karlsruher Zeitung der Fortschrittlichen Volkspartei, dort verantwortlich für die Rubrik »Was die Frauen angeht«; sie setzte sich

⁶¹ F. RABERG (Bearb.), Handbuch Württemberg, 2001; G. BRADLER/L. STEPHANI (Bearb.), Landtagsabgeordnete Baden-Württemberg, 2003, S. 291–304 (Baden) u. 308–323 (Württemberg).

⁶² M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, Nr. 240; F. RABERG (Bearb.), Handbuch Württemberg, 2001, S. 164 f.; I. HOCHREUTHER, Frauen im Parlament, 2002, S. 82.

⁶³ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, Nr. 609; F. RABERG (Bearb.), Handbuch Württemberg, 2001, S. 421 f.; I. HOCHREUTHER, Frauen im Parlament, 2002, S. 84–87.

⁶⁴ G. KALLER, Jüdische Abgeordnete, 1988, S. 431 f.

⁶⁵ Ebd., S. 434 f.; M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, Nr. 881; M. BRAUN, Der Badische Landtag, 2009, S. 629.

für die Einführung des Frauenstimmrechts ein und übersetzte »Women's Suffrage in New Zealand« von Kate A. Sheppard ins Deutsche (»Frauenstimmrecht in Neu-Seeland«, 1909), später auch den zweiten Teil des Kinderbuchs »Die Abenteuer des Tom Sawyer und Huckleberry Finn« von Mark Twain; 1911 veröffentlichte sie den sozialkritischen Roman »Prinzessin« und in der Fortschrittlichen Bibliothek die Untersuchung »Das Hüttekinderwesen im badischen Schwarzwald«. Die badische Suffragette – vor dem Ersten Weltkrieg konvertiert – gelangte im Oktober 1919 als Nachrückerin in den Landtag. 1931 zog sie zu ihrem Sohn Erwin Schloß, der – 1913 ebenfalls in die Brüdergemeinde in Königsfeld aufgenommen – seit 1926 Prediger der Gemeinde Gnadau im heutigen Sachsen-Anhalt war. Obwohl die Herrnhuter Brüdergemeinde den Arierparagraphen nicht anerkannte, wurde Schloß 1935 beurlaubt; »dank ihrer Internationalität« konnte die Brüdergemeinde ihrem Pfarrer jüdischer Herkunft aber den Weg ins Ausland ermöglichen: Durch einen Predigertausch durfte er mit seiner Familie und seiner Mutter in die Schweiz emigrieren. 1939 wurde er mit seiner Ehefrau und den Kindern ausgebürgert. M. Schloß hat ihren Sohn, der 1944 bei einem Busunglück umgekommen war, um 12 Jahre überlebt; ihr jüngster Sohn Fritz hatte mit seiner Familie in die USA emigrieren können. In ihren Erinnerungen blendet M. Schloß, die mit vielen Persönlichkeiten des kulturellen Lebens korrespondierte, die Zeit nach 1933 weitgehend aus.⁶⁶

Hessen

Im Index »MdL Hessen 1808–1966«⁶⁷ verweist nur der Sterbeort in einem Fall auf die Emigration eines DDP-Abgeordneten des Kommunal-Landtags Wiesbaden und des Provinzial-Landtags Hessen-Nassau (Kassel).

Thüringen

Der Gothaer »jüdische« Rechtsanwalt und Notar Dr. Leo Gutmann (1875–1951 Los Angeles), 1919/20 Mitglied der Landesversammlung für den Staat Gotha und DDP-Abgeordneter der Republik Gotha im Volksrat von Thüringen 1919/20, ist offenbar der einzige linksliberale Emigrant aus einem der Landtage und Gebietsvertretungen der thüringischen Kleinstaaten 1919–1923, aber auch aus dem Volksrat bzw. dem Landtag von Thüringen. Der »Vater« der thüringischen Verfassungen von 1920 und 1921, der DDP-Abgeordnete Eduard Rosenthal – Professor für Rechtsgeschichte und öffentliches Recht in Jena – war bereits 1926 verstorben; seine Witwe nahm sich unter dem Druck der antisemitischen Verfolgungen 1941 das Leben. L. Gutmann, seit 1913

⁶⁶ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, Nr. 1103; I. HOCHREUTHER, Frauen im Parlament, 2002, S. 66 f.; M. BRAUN, Der Badische Landtag, 2009, S. 626; S. ASCHE, Schutzbürgerin, Bürgerin, Politikerin, 2009; D. MEYER, Ein Stachel im Herzen, 2011, bes. S. 247 f., 272–274; Swiss Archives, Dossier 1947–1959; M. SCHLOß, Judenchristin«, [1944].

⁶⁷ J. LENGEMANN, Biographischer Index, 1996, S. 386; D. REBENTISCH, Trumpler, Hans, 2015.

Inhaber der Wiedemannschen Druckerei in Saalfeld, war nahezu ununterbrochen Parteivorsitzender der DDP/DStP in Gotha. 1933 kommunistischer Betätigung bezichtigt, »verzichtete« er auf die Anwaltszulassung. Mit seiner aus Essen stammenden Ehefrau wohnte er bis zu seiner Emigration 1937 in Düsseldorf.⁶⁸ Weiter verweist die Biographie der Landtagsabgeordneten Dr. Marie Schulz auf das Emigrationsgeschickal ihres jüngeren »halbjüdischen« Bruders. Wie seine Schwester war der Berliner Rechtshistoriker Fritz Schulz von Anfang an Mitglied der DDP.⁶⁹

Oldenburg, Bremen, Hamburg und Lübeck

Erich Koch-Weser (→ M.d.R.), vor 1918 Mitglied des Oldenburgischen Landtags und der Bremischen Bürgerschaft, ist in Brasilien gestorben. Carl Albert Leo (1902–1969) kehrte aus dem Exil in Brasilien zurück. Für die DStP Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft seit 1932, hatte der Rechtsanwalt mit der Gleichschaltung der Bürgerschaft am 5.4.1933 sein Mandat verloren. Leo, der nach 1933 als »Vierteljude« galt, entging durch die Emigration im Mai 1937 weiterer Verfolgung. Seine Fraktionskollegen Dr. Max Eichholz, ebenfalls Anwalt, und der Kaufmann Valentin Burchard wurden ein Opfer der Shoah.⁷⁰

Charlotte Landau (1881–1972 Haifa), eine Schwester des 1934 im KZ Oranienburg ermordeten Schriftstellers Erich Mühsam, wanderte 1933 nach Palästina aus. Die ehemalige DDP-Abgeordnete der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Lübeck von 1919–1921 und ihr Ehemann Dr. Leo Landau, Rechtsanwalt und Notar in Lübeck, waren Zionisten der ersten Stunde. Ein Jahr später emigrierte auch Rechtsanwalt und Notar Dr. Alfred Cantor, der sich mehrfach als Kandidat der DDP um ein Mandat in der Bürgerschaft beworben hatte.⁷¹

Der Preussische Staatsrat – »ein Verfassungsorgan sui generis«

Der Staatsrat wirkte als »Vertretung der Provinzen« bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates« mit. Seine Mitglieder, die nicht gleichzeitig ein Landtagsmandat wahrnehmen konnten, wurden von den Provinziallandtagen und der Berliner

⁶⁸ BHdE 1, 1980, S. 256 (Dr. jur. Theodor Gutmann, Sohn); J. LENGEMANN, Thüringische Landesparlamente, 2014, S. 301 f.; S. MAUSS, »Nicht zugelassen«, 2013, S. 191–193; zu M. Schulz und E. Rosenthal vgl. T. LEIMBACH, Landtag von Thüringen 1919/20–1933, Düsseldorf 2016.

⁶⁹ J. LENGEMANN, Thüringische Landesparlamente, 2014, S. 606 f.; W. ERNST, Fritz Schulz, 2004; NDB 23 (2007), S. 714 f. (W. Ernst).

⁷⁰ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, S. 28* f., Nr. 162 u. 245; F. MÜLLER, Mitglieder der Bürgerschaft, 1995, S. 23–25, 28–31; H. MORISSE, Ausgrenzung und Verfolgung, 2013, S. 135 (M. Eichholz) u. 151 (C. A. Leo).

⁷¹ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.L., 1995, Nr. 724; C. LANDAU-MÜHSAM, Meine Erinnerungen, 2010, S. 36 f., 51; P. Guttkuhn, Leopold Jacobsohn, [DDP/DStP; emigriert], Dr. Martin Meyer [DDP/DStP, emigriert], Dr. Leo Landau [parteilos], Ludolf Alexander Häusler [parteilos] und Dr. Alfred Cantor – vgl. Lebensskizzen jüdischer Rechtsanwälte, 2014.

Stadtverordnetenversammlung⁷² nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt. 15 der insgesamt 491 Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsrates, als dessen Präsident – jährlich wiedergewählt – Konrad Adenauer vom 7. Mai 1921 bis zum 26. April 1933 amtierte, emigrierten nach 1933, unter ihnen B. Falk (→ M.d.R.) und der Regierungsbaumeister Fritz Beuster (1876–1968 Schaan/Liechtenstein).⁷³

II. »Auswechslung« der Verwaltungselite

Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Preußen

Arnold Brecht hat in seiner Schrift »Vorspiel zum Schweigen« (1948) darauf hingewiesen, dass »dem einzelnen Verwaltungsbeamten oder Richter« 1933 »nur die Wahl« geblieben sei, »die Gesetzgebung des Kabinetts durchzuführen oder seinen Abschied zu nehmen«. Das Regime nahm diese »Wahl« vielen ab. Von der »Säuberung« nach 1933 waren vor allem die höheren Beamten betroffen, sofern sie als »nicht arisch« oder »unzuverlässig« galten. Bereits unmittelbar nach der Amtsenthebung der Regierung Braun am 20. Juli 1932 durch Reichskanzler von Papen war »eine Reihe der demokratisch gesonnenen höheren Beamten« in Preußen aus dem Dienst entfernt worden, unter ihnen W. Abegg (→ Reichsrat) und der bei den Nazis besonders verhasste und mit dem Spottvornamen »Isidor« geschmähte Berliner Polizeivizepräsident Dr. Bernhard Weiß, der sich 1933 dem Zugriff der neuen Machthaber entziehen konnte und später nach England emigrierte. Ob Weiß der DDP angehörte, ist nicht belegt, wenn auch nach Einschätzung seines Biographen »alle Indizien« für eine Mitgliedschaft sprechen.⁷⁴

Von der »Auswechslung« der Verwaltungselite⁷⁵ nach der »Machtergreifung« waren DDP-Oberpräsidenten – möglicherweise mit einer Ausnahme – nicht mehr betroffen. Sie waren bereits früher aus ihrem Amt ausgeschieden oder nach dem »Preußenschlag« in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Nur vier der zwölf DDP-Regierungspräsidenten der Weimarer Republik waren 1933 noch vom »Macht-

⁷² Im Handbuch von C. FISCHER-DEFOY (Hrsg.), *Vor die Tür gesetzt*, 2006, werden 29 Stadtverordnete und Stadträte der DDP/DStP als verfolgt genannt, unter ihnen die Emigranten O. Meyer (→ M.d.R.) und F. Wunderlich (→ M.d.L./Preußen) sowie der Kinderarzt Dr. Karl Bamberg, der Unternehmer Max Cassirer, der Anwalt Dr. Erich Eyck, der Immobilienkaufmann Martin Katz und der Facharzt für Lungenkrankheiten Dr. Arthur Mayer.

⁷³ J. LILLA, *Der Preußische Staatsrat*, 2005, S. 11*, Nr. 1.35 (F. Beuster; seit 1925 DVP), 1.105 (B. Falk); C. FISCHER-DEFOY (Hrsg.), *Vor die Tür gesetzt*, 2006, S. 152 f.

⁷⁴ A. BRECHT, *Mit der Kraft des Geistes*, 1967, S. 177 f., 453 f.; J. ROTT, »Ich gehe meinen Weg«, 2010, S. 54.

⁷⁵ B. v. BROCKE, *Sozialprofil*, 1985; betroffene »Demokraten« u. a. Ministerialrat Simon Abramowitz, Gründer der Republikanischen Vereinigung der Preußischen Polizeiverwaltung in Berlin (BHdE I, 1980, S. 2; H. GÖPPINGER, *Juristen*, 1990, S. 265) und Ministerialdirigent Dr. Kurt Häntzschel, 1929–1932 Leiter der Politischen Abteilung des Reichministeriums des Innern; 1925–1930 Mitglied des Parteiausschusses der DDP; BHdE I, 1980, S. 262; T. HENNE (Hrsg.), *Die Aberkennung von Doktorgraden*, 2007, S. 93–95 (Michelle Poitier).

wechsel« betroffen. Niemand aus dem Kreis dieser linksliberalen Verwaltungselite ist nach 1933 emigriert.⁷⁶ Für Dr. Waldemar Abegg (1873–1961), als Regierungspräsident in Schleswig 1932 in den Ruhestand versetzt, liegt im Schweizerischen Bundesarchiv für die Zeit von 1935 bis 1954 ein Personendossier, das über die Verbindung zu seinem jüngeren Bruder Wilhelm Abegg (→ Reichsrat) oder Aufenthalte in der Schweiz Auskunft geben könnte. Im SD-Verzeichnis vom Juni 1939 wird Abegg im Teil »Rechtsopposition und Reaktion« als »Ruhegehaltsempfänger in Altona« genannt, der vor 1933 der DVP angehört habe; eine Ausbürgerung Waldemar Abeggs ist nicht nachweisbar.

Oberbürgermeister

Der »Beruf« Oberbürgermeister war faktisch unvereinbar mit der Wahrnehmung eines Regierungsamtes. Bei der Übernahme seines ersten Ministeramtes im Herbst 1919 gab Erich Koch-Weser (→ M.d.R.) – einer von fünf DDP-Oberbürgermeistern in der Weimarer Nationalversammlung – sein Amt als Oberbürgermeister von Kassel auf.⁷⁷ Die Auswechslung dieser für das Verwaltungshandeln zentralen Funktionselite war ein wesentliches Element der »Machtergreifung in den Rathäusern«⁷⁸, die mit einer »Säuberung« der Verwaltung – »zur Wiederherstellung eines nationalen Beamtentums« – einherging. Widerstand vor Ort wurde rabiat gebrochen. Durch die »Säuberungen« hatten die Nationalsozialisten freie Hand, Schlüsselstellungen des Verwaltungsapparates mit »Alten Kämpfern« oder zur NSDAP übergetretenen Beamten zu besetzen. Bis Ende Mai 1933 wurden »mehr als 560 besoldete, leitende Gemeindebeamte« beurlaubt; von den Verwaltungschefs der 28 deutschen Großstädte waren Ende 1933 nur noch vier im Amt verblieben. Die Beurlaubung oder Amtsenthebung war vielfach verbunden mit der Einleitung eines Dienststrafverfahrens wegen Miss- oder Parteibuchwirtschaft.⁷⁹ Zu den von der ersten Welle der Gewalt aus dem Amt verdrängten linksliberalen Oberbürgermeistern gehörten Emil Schwamberger (Ulm), 1948/49 Mitglied des Wirtschaftsrats⁸⁰, und der 1868 in Mannheim geborene Ludwig Landmann, seit 1924 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main. Er gehörte dem Reichsparteiausschuss der DDP an, nahm an den Sitzungen aber nicht teil. Sein Verhältnis zu den Parteien insgesamt blieb »immer ambivalent«. Im Gegensatz zu seinem Parteifreund Hermann Luppe (Nürnberg) oder dem »ministrablen« Zentrums- mann Konrad Adenauer (Köln) entsprach Landmann nicht dem Typus »des modernen Parteipolitikers auf dem Amtssessel des Oberbürgermeisters«. Als Fachpolitiker

⁷⁶ H. MÖLLER, Die preußischen Oberpräsidenten, 1985; J. STANG, Die DDP, 1994, S. 400–406; der 1933 in den Ruhestand versetzte Oberpräsident von Brandenburg zählte laut Möller zur DVP, laut Stang zur DDP.

⁷⁷ W. HOFMANN, Zwischen Rathaus und Reichskanzlei, 1974, S. 174, 190 u. 218; DERS., Oberbürgermeister, 1981.

⁷⁸ H. MATZERATH, Die Gemeinden, 2002, S. 188.

⁷⁹ DERS., Nationalsozialismus, 1970, S. 79f.

⁸⁰ M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.B., 2000, Nr. 5340.

(und entschiedener Republikaner) verfolgte er keine über das Amt hinaus reichenden Karriereziele.⁸¹

Einen Tag vor der Kommunalwahl am 12. März 1933 unterzeichnete Landmann seine Rücktrittserklärung und kam damit der Amtsenthebung zuvor. In Dessau hatte Fritz Hesse (DDP) bereits am 8. März wegen der Entfernung der Hakenkreuzfahne vom Rathaus seinen Rücktritt erklären müssen; auch in Dresden und Nürnberg wurden die DDP-Oberbürgermeister aus dem Amt gedrängt: Wilhelm Külz, der am 7. März gegen das Hiszen der Hakenkreuzfahne auf dem Dresdner Rathaus protestiert hatte, wurde wenig später beurlaubt und dann zwangspensioniert; Hermann Luppe, seit dem 18. März in Haft, beantragte aus dem Gefängnis seine Pensionierung.⁸² Landmann, der im Machtbereich des NSDAP-Gauleiters Jakob Sprenger um sein Leben fürchtete, zog sich nach Berlin zurück. Eine Ausreise nach Holland, der Heimat seiner zweiten Ehefrau, wurde ihm ungeachtet einer Intervention des niederländischen Gesandten beim Staatssekretär des Auswärtigen Amts verwehrt. Erst kurz vor Kriegsbeginn durfte der »Nichtarier« Landmann Deutschland verlassen. Nach der deutschen Besetzung der Niederlande beschlagnahmte die Gestapo im Juli 1940 seine restlichen Vermögenswerte im Reich und ordnete die Einstellung der Versorgungsbezüge an. Ein Jahr später wurde ihm und seiner Ehefrau die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen, mit nachfolgender Aberkennung der Ehrenpromotion durch die Universität Heidelberg. Der späteren Verhaftung und Deportation entging Landmann, der den Judenstern tragen musste, nur durch Zufall. In Voorburg (Holland) ist Ludwig Landmann am 5. März 1945 gestorben.⁸³

Bereits vor dem »Ende der Parteien«⁸⁴ hatte der »Exodus der Kultur« aus Deutschland begonnen. Emigration war mit Blick auf die DDP kein Massenphänom. Es waren vor allem »jüdische« Politiker, Pazifisten, Publizisten, Wissenschaftler, »Beamte der Republik« (Carl Misch), Ärzte und Anwälte, die mit ihren Familien vertrieben und ausgebürgert wurden. Bis auf H. v. Gerlach sowie G. Stolper und A. Weber sind die »M.d.R.«, deren Lebenswege im Zentrum dieses Beitrages standen, zumindest zeitweise Fraktionsgenossen von Ludwig Haas gewesen. Nicht jüdische Linksliberale – nach 1933 als »Liberalisten – Pazifisten« auch von Berufsverlust und Verfolgung betroffen – konnten überleben, ohne emigrieren zu müssen. Und sie konnten auch Anschluss an die »Volksgemeinschaft« suchen. In ihren Zufluchtsländern lebten die hier

⁸¹ D. REBENTISCH, Ludwig Landmann, 1975, bes. S. 57, 65, 293, 297 u. 306; BHdE I, 1980, S. 415; K. WEGNER/L. ALBERTIN (Bearb.), Linksliberalismus, 1980, S. 783; H. GÖPPINGER, Juristen, 1990, S. 297; W. KLÖTZER (Hrsg.), Frankfurter Biographien, Bd. 1, 1994, S. 438–440 (D. Rebentisch); C. ENGELI, Drei Oberbürgermeister, 1981, S. 103–108.

⁸² M. SCHUMACHER (Hrsg.), M.d.R., 1994, Nr. 606 (F. Hesse), 858 (W. Külz), 964 (H. Luppe).

⁸³ Im Gedenkbuch des Bundesarchivs ist von den drei Geschwistern die 1941 im Camp du Récébédou umgekommene Schwester Henriette verzeichnet.

⁸⁴ Am 28. Juni 1933 löste sich die DStP, formal »nicht mit der alten DDP identisch«, selbst auf; E. MATTHIAS/R. MORSEY, Die Deutsche Staatspartei, 1960, S. 29–97, 38 u. 72; L. E. JONES, German Liberalism, 1988, S. 474.

exemplarisch behandelten linksliberalen Emigranten in weniger prekären Verhältnissen als die Mehrheit ihrer Schicksalsgenossen. Einige beteiligten sich wissenschaftlich, politisch und publizistisch aktiv am »Kampf für Deutschland« (Oscar Meyer), der ein Kampf gegen Hitler-Deutschland war; sie schrieben und handelten aber als Individuen. Vor allem in Paris und London sowie an der New School for Social Research (New York) verfügten sie über Publikationsmöglichkeiten. Im Krieg wurden aus Emigranten feindliche Ausländer, die sich in den besetzten Ländern nur durch Untertauchen oder weitere Flucht der Verfolgung entziehen konnten. Nach Kriegsende strömten sie nicht zurück, sie wurden zurückgehalten oder wollten auch nicht mehr zurück. 1945 lebten noch sechs der 13 emigrierten Reichstagsabgeordneten der DDP/DStP. Gustav Stolper kam als amerikanischer Staatsbürger in das kriegszerstörte Europa; er hatte keine parteipolitischen Ambitionen und starb 1947 in New York. Nur August Weber suchte den Kontakt zu den liberalen Neugründungen in Ost und West. 1947 in West-Berlin »nebendraußen«, wurde der liberale Parteiveteran auf dem Gründungsparteitag der FPD im Dezember 1948 in Heppenheim »ausgemustert«. Remigranten spielten im Nachkriegsliberalismus keine Rolle.⁸⁵

⁸⁵ Der FDP-Bundestagsfraktion gehörte nur von 1953 bis zum 06.06.1957 ein Remigrant (Hubertus Prinz zu Löwenstein) an; H. MEHRINGER/W. RÖDER/D. M. SCHNEIDER, Zum Anteil ehemaliger Emigranten, 1981; M. KRAUSS, Heimkehr, 2001, S. 103 f.

Deutsche Einwanderung und Kultur in Neuseeland

Zwischen 1843 und 1914 kamen mindestens zehntausend Deutsche nach Neuseeland und bildeten damit nach den Briten die zweitgrößte Einwanderungsgruppe. Die Siedler kamen überwiegend aus den norddeutschen Gebieten Mecklenburg, Hamburg, Bremen, Hannover, Hessen, Holstein und Westpreußen.¹ Die Gründe für die Einwanderung Deutscher nach Neuseeland werden in den Briefen der frühen Siedler erkennbar, vor allem in der Korrespondenz von Friedrich Krull und Fedor Kelling.² In den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts hatten es die Landarbeiter in Norddeutschland besonders schwer: sie waren durch die Patrimonialrechte der junkerlichen Willkür ausgeliefert. Sie durften zwar ihren Gutsherrn verlassen, büßten aber gleichzeitig das Heimatrecht ein. Vielen blieb die Auswanderung als einziger Ausweg. In Neuseeland hingegen war jeder, so der 1844 in Nelson lebende Fedor Kelling, »auf seinem Lande sein eigener König« und »kein Fürst steht über ihm und hat ihm zu befehlen.« Kelling schrieb ferner an seinen Bruder: »Es ist ein herrliches, angenehmes, ja ich möchte sagen hohes, erhabenes Gefühl, so unabhängig und frei dazustehen.«³ Nach Friedrich Krull konnte »jeder, der will«, Arbeit finden und binnen kurzem »eine unabhängige Stellung« bekommen. Für Leute, die Geld hatten, meinte er ferner, waren die Aussichten noch besser: »Mit barem Gelde ist hier noch unendlich viel zu machen«. Vor allem konnten die Deutschen in Neuseeland die Freiheit finden, die sie suchten. Im Gegensatz zum Leben in Mecklenburg hatte jeder hier das Recht, »frei zu denken und zu sprechen« (Krull, 1859).⁴

Die deutschen Immigranten hatten kaum Schwierigkeiten im Umgang mit den einheimischen Maori. Besonders bemerkenswert ist, dass Carl Kelling 1844 die Maori nur fünfzehn Monate nach dem sogenannten »Wairau-Ereignis«, das sechsundzwanzig Briten das Leben kostete, als »wie Kinder und sehr gutmüthig« beschreiben konnte. Die britischen Kolonisten waren so empört, dass der neuseeländische Gouverneur Fitzroy in diesem Konflikt und in anderen Fragen auf der Seite der Maori stand, dass sie eine Amtsenthebung verlangten, was ihnen schließlich Ende 1845 gelang. Die Deutschen waren eher Außenseiter in solchen Fragen⁵ und hatten von den Maori, so Fedor Kelling, »gar nichts zu befürchten«.⁶ Der Häuptling Piko wird als »anständig« und »artig« gekennzeichnet (Carl Kelling, 1844); aus Krulls Briefen (1859) ist eine

¹ J. N. BADE (Hrsg.), *Eine Welt für sich*, 1998, S. 12 u. 49.

² J. N. BADE/P. STARSY/R. VOSS, *Deutsche Einwanderung*, 2002, S. 18.

³ J. N. BADE/J. BRAUND/P. MAUBACH/P. STARSY, *Von Mecklenburg nach Neuseeland*, 2002, S. 74.

⁴ Ebd., S. 18f.

⁵ Vgl. hierzu G. ABBOTT, »Opfer der Civilisation«, 2012, S. 33–49.

⁶ J. N. BADE/P. STARSY/R. VOSS, *Deutsche Einwanderung*, 2002, S. 20.

echte Teilnahme am Schicksal der Maori herauszulesen; seine Bewunderung Epunis und Pomares und dessen Tochter etwa wechselt mit einer tiefen Sorge vor allem darüber, dass die Maori Paekakarikis, deren Lebensweise, Klugheit und Gastlichkeit einen so großen Eindruck auf ihn gemacht hatten, auf Grund des Verkaufs ihres Landes jetzt gezwungen waren, im Norden sich neu einzurichten.⁷

Der Beitrag deutscher Einwanderer und Reisender zu den kulturellen, naturwissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kirchlichen Bereichen Neuseelands im neunzehnten Jahrhundert war beträchtlich und ist allgemein anerkannt worden: die Naturwissenschaftler Georg Forster, Sir Julius von Haast, Ernst Dieffenbach, Ferdinand von Hochstetter, die Künstler Eugene von Guérard, Wilhelm Dittmer und Anton Teutenberg, die Musiker Michael Balling, Julius Lemmer und Karl Schmitt, die Großhändler Bendix Hallenstein, Joseph Kührtze, Louis Ehrenfried und dessen Neffe Arthur Meyers, und die Missionare Johann Friedrich Riemenschneider, Johannes W. C. Heine, Johann Friedrich Wohlers, und Carl Silvius Völkner, sind bekannte Namen in Neuseeland.⁸ Die Orte, die die Deutschen gründeten, und die Siedlungen, in denen sie untergebracht worden sind, sind hingegen bis auf einige wenige Ausnahmen längst vergessen. Die Deutschen wurden in die englischsprachige neuseeländische Gesellschaft schnell integriert; schon nach der zweiten Generation wurde im allgemeinen kein Deutsch mehr gesprochen. Deutsche Familiennamen wurden angliert oder anders ausgesprochen; auch deutsche Ortsnamen wurden im Laufe der Jahre (aber besonders zur Zeit des Ersten Weltkrieges) umbenannt, oder der Ort selber hörte einfach auf zu existieren, als die Einwohner anderswo, meist in englischsprachigen Orten, aufgenommen wurden. Allerdings müsste man hinzufügen, dass die meisten Deutschen nicht in deutschsprachigen Siedlungen, sondern in den größeren Städten unterkamen, und nur in den größten Städten (Auckland, Wellington, Christchurch, Dunedin) könnte man eigentlich von überwiegend deutschen Ortsteilen sprechen.⁹ Die von deutschen Einwanderern gegründeten Orte waren vorwiegend landwirtschaftliche Siedlungen. Es ist interessant, den Spuren dieser frühen deutschen Siedlungen zu folgen, die auch heutzutage ihre Reize haben, obgleich sie in vielen Fällen wenig von ihren Anfängen verraten.

Am 6. Februar 1840 wurde zwischen den Briten und den in Neuseeland lebenden Maori der Vertrag von Waitangi geschlossen, der als Rechtsbasis für die Proklamation britischer Herrschaft galt. In den beiden folgenden Jahren verhandelte die Hamburger Deutsche Colonisations-Gesellschaft mit der New Zealand Company über den Erwerb der 750 km östlich von Neuseeland gelegenen Chatham-Inseln, die noch nicht unter britischer Herrschaft standen.¹⁰ Die britische Regierung missbilligte eine deutsche Kolonie auf den Chatham-Inseln und erklärte diese 1842 zum Besitz Neu-

⁷ Ebd., S. 20.

⁸ J. N. Bade, *Eine Welt für sich*, 1998, S. 139ff., 229ff., 261ff.

⁹ J. N. Bade/P. STARSY/R. VOSS, *Deutsche Einwanderung*, 2002, S. 22.

¹⁰ R. RICHARDS, »Pläne für eine deutsche Kolonie auf den Chatham-Inseln«, in: J. N. Bade, *Eine Welt für sich*, 1998, S. 60–68; J. H. VOIGT, »Deutsche in Australien und Neuseeland«, 1992, S. 219.

seelands. John Beit, den die New Zealand Company zum Einwanderungsagenten für Deutsche ernannt hatte, wusste von der New Zealand Company-Siedlung in Nelson und schlug vor, die deutschen Einwanderer nun nach Nelson zu schicken. Die *St. Pauli* verließ Hamburg am 26. Dezember 1842 mit 123 Passagieren an Bord und traf sechs Monate später in Nelson ein. Zusammen mit einer zweiten Gruppe deutscher Auswanderer aus Mecklenburg, die im September 1844 auf der *Skiold* in Nelson ankam, gründeten sie in den westlich von der Stadt Nelson gelegenen Moutere- und Waimea-Tälern mehrere Ortschaften: Sarau, Ranzau, Rosental, und Neudorf. Die deutschen Einwanderer führten als erste den Weinbau in Neuseeland ein; sie spezialisierten sich auch im Obst- und Hopfenanbau. Noch heute sind die Gebiete der ehemaligen deutschen Siedlungen in Nelson für ihren Wein-, Obst-, und Ackerbau bekannt.¹¹

Im Jahre 1860 siedelten zwei Gruppen Deutscher, die sich in Australien niedergelassen hatten, nach Neuseeland über. Die erste Gruppe, aus Südaustralien, kaufte sich Land im Rangitikei-Gebiet der Provinz Wellington. Im Laufe der Jahre entstand an der Pukepapa Line eine größere landwirtschaftliche Siedlung mit deutscher Kirche und deutscher Schule. Der Friedhof der Kirche (St. Martin's Lutheran Church, Pukepapa Road, 1877 gegründet) bezeugt die Geschichte dieses kleinen Ortes, der inzwischen in die Stadt Marton eingemeindet worden ist. Die benachbarten Dörfer Halcombe und Rongotea hatten auch deutsche Kirchen.¹² Die zweite Gruppe, die zum Teil aus Deutschen bestand, die sich früher in Nelson angesiedelt hatten und dann enttäuscht nach Australien gezogen waren, kauften sich Land im Mangonui-Gebiet der Provinz Auckland, an der nördlichen Spitze der Nordinsel, und gründeten die Orte Houhora und Awanui.¹³

Eine der bekanntesten deutschsprachigen Siedlungen Neuseelands ist Puhoi, etwas nördlich von Auckland, die 1863 von Böhmen aus der Nähe von Staub unter der Leitung von Martin Krippner gegründet wurde. Mehr als in allen anderen Siedlungen Neuseelands sind hier Traditionen und Bräuche aus dem Heimatland beibehalten worden, wohl wegen der Abgeschlossenheit des Ortes. Ganz abgesehen vom Reiz dieser Ortschaft, ist Puhoi auch deshalb interessant, weil der Gründer des Dorfs, Martin Krippner, im Jahre 1863 eine Gruppe Freiwillige um sich sammelte, die als »German Company« an den Neuseelandkriegen beteiligt war. Im Waikato-Gebiet haben in den 1860er Jahren mehrere Maori-Stämme gegen die Regierung rebelliert. Britische Truppen sowie Siedlertruppen und »freundliche« Maori anderer Stämme kamen der neuseeländischen Regierung zu Hilfe. Am Ende der Kriege wurden Krippner und seine Mitstreiter aus Puhoi von der Regierung mit Agrarland im Waikato-Gebiet belohnt. So wurde der Ort Ohaupo als zweite deutschböhmische Siedlung gegründet.¹⁴ Insgesamt haben sich mehr als 150 deutschstämmige Siedler an den Neuseelandkriegen beteiligt. Den Archivdokumenten nach kamen diese Siedler, die nicht

¹¹ J. N. BADE, *Eine Welt für sich*, 1998, S. 69–78.

¹² J. N. BADE/P. STARSY/R. VOSS, *Deutsche Einwanderung*, 2002, S. 24.

¹³ J. N. BADE, *Eine Welt für sich*, 1998, S. 252–255.

¹⁴ Vgl. hierzu W. HELLER/J. BRAUND, *The »Bohemians«*, 2005.

ausschließlich der »German Company« gehörten, aus weiten Teilen Deutschlands – unter anderem aus Altona, Braunschweig, Köln, Essen, Fulda, und Hannover.¹⁵ Der bekannteste unter ihnen war Gustavus von Tempsky aus Ostpreußen, der den Waikato Rangers angehörte und später die fünfte Division der Armed Constabulary anführte. Er wurde sogar fast zu einem Volksheld, und seine Zeichnungen gehören zu den wichtigsten zeitgenössischen Dokumenten der Neuseelandkriege. Ihm wurden 1865 160 Hektar Agrarland am Waipa-Fluss zugewiesen; er fiel bereits drei Jahre später in den Kämpfen um Taranaki.¹⁶

Die Goldfunde der 1860er Jahre brachten viele Deutsche nach Neuseeland. Noch 1878 waren 621 Deutsche in der Provinz Westland; 5% der Bevölkerung Hokitikas, der Hauptstadt der Provinz, die durch die Goldfunde reich geworden war, waren Deutsche. Eine der bemerkenswertesten Siedlungen aus der Zeit des Goldrausches war German Hill, in Ida Valley, 11 km von Omakau entfernt (nordöstlich von Alexandra, Otago). German Hill war 1865 eines der bedeutendsten Goldfelder der Provinz Otago. Sechs Monate lang, bis das Gold ausgebeutet war, war German Hill das Zentrum eines regen Betriebes, als Tausende von Goldgräbern ihr Glück hier versuchten. Hier entstand binnen kurzer Zeit eine Hauptstraße mit zahlreichen Geschäften und mehr als zwanzig Hotels. Ebenso schnell wurde der Ort verlassen wie er gegründet worden war. Von der Siedlung in German Hill sind heute nur noch drei verfallene Steinhäuschen und die Goldgrube selber zu sehen.¹⁷

In den 1870er Jahren begann eine Phase intensiver Erschließung des Landes durch den Bau von Straßen und Eisenbahnen sowie die Rodung des Urwaldes für den Ackerbau. Im Rahmen des vom Premierminister Sir Julius Vogel eingeführten Immigrationsprogramms wurden Arbeiter in Nordeuropa angeworben und auf Kosten der Regierung nach Neuseeland transportiert. Diese Einwanderungswelle führte zu einer Reihe neuer deutscher Siedlungen in den Provinzen Hawkes Bay, Taranaki, Canterbury, Westland, Otago und Southland.¹⁸

Die Schiffe *Fritz Reuter* und *Friedeburg* brachten 1875 zusammen 239 deutsche Einwanderer nach Hawkes Bay. Abgesehen von fünf Bayern kamen alle aus ländlichen Gegenden Norddeutschlands – hauptsächlich aus Mecklenburg, Brandenburg, Hannover und Holstein. Mehrere Familien ließen sich in Norsewood nieder. Die 1.353 Einwanderer aus dem Kaiserreich, die 1874 bis 1876 von Hamburg nach Wellington gebracht wurden, kamen auch vorwiegend aus Norddeutschland – aus Mecklenburg, Holstein, Pommern, Posen und Westpreußen. In der Provinz Wellington ließen sich die deutschen Siedler vor allem in den Orten Halcombe, Rongotea und Carterton nieder. Emigranten, in erster Linie aus Westpreußen, siedelten sich in der Provinz Taranaki an, und zwar hauptsächlich in Inglewood und Umgebung.¹⁹

¹⁵ A. LOBO, *German Settlers*, 2011.

¹⁶ J. N. BADE, *Eine Welt für sich*, 1998, S. 139.

¹⁷ J. N. BADE/P. STARSY/R. VOSS, *Deutsche Einwanderung*, 2002, S. 24.

¹⁸ J. N. BADE, *Eine Welt für sich*, 1998, S. 49f. und 84; J. H. VOIGT, »Deutsche in Australien«, 1992, S. 220.

¹⁹ J. N. BADE, *Eine Welt für sich*, 1998, S. 84–91.

In South Canterbury entstand in der Nähe von Waimate in den siebziger Jahren eine Siedlung von deutschen Holzarbeitern, die den Namen »Germantown« trug. Nach zeitgenössischen Berichten hatte Germantown mit seinem gemütlichen dörflichen Aussehen einen verheißungsvolleren Anfang als Waimate selber. 1878 hatte Germantown 53 Einwohner, aber nach einem schweren Waldbrand im gleichen Jahr zogen die meisten deutschen Siedler nach Christchurch; andere blieben und widmeten sich der Schafzucht. Im südlichen Teil Westlands entstand 1874–1883 die wohl interessanteste deutsche Siedlung Neuseelands. 1874 begann die neuseeländische Regierung Vorbereitungen für eine Spezialsiedlung („special settlement“) in Jackson’s Bay, die die Urwildnis südlich von Jackson’s Bay erschließen sollte. Der Pommer Julius Matthies schlug der Provinzregierung vor, dass Waldarbeiter aus Pommern für dieses Projekt angeworben werden sollten, da sie an diese Art Landschaft gewöhnt seien. Die Pommern, die nach Jackson’s Bay geschickt wurden, siedelten meistens in Smoothwater Valley, südlich von Jackson’s Bay, wo sie anfangen, Bäume zu fallen und das Land für den Ackerbau zu räumen. Doch erwies sich das Land als zu feucht und das Klima als zu nass, und auf die Dauer lohnte es sich einfach nicht, das Waldland auf diese Weise zu roden. Sobald das Geld für dieses Projekt 1874 ausgelaufen war, machten sich die meisten deutschen Siedler auf den Weg nach Otago. Fünf Jahre später war Smoothwater Valley menschenleer; inzwischen ist die Wildnis in diese ehemals so tüchtig gerodete Landschaft zurückgekehrt.²⁰

Die deutschen Einwanderer aus Jackson’s Bay zogen hauptsächlich nach Otago, wo es schon zwei etablierte deutsche Siedlungen gab, nämlich in Allanton und Waihola, etwas südlich von Dunedin. Diese Siedlungen waren von den 1872 mit der *Palmerston* in Dunedin an Land gehenden deutschen Emigranten gegründet worden. Eine Gruppe westpreußischer Siedler wurde zuerst in Zelten in Allanton untergebracht, wo sie am Bau der Eisenbahn zwischen Dunedin und Invercargill arbeiten sollten. Einige dieser Siedler blieben in Allanton, kauften Land, und bauten Häuser. Carl Hilgendorf, aus Neudamm, hatte sich schon drei Jahre vor der Ankunft der *Palmerston* in Waihola niedergelassen. Als die *Palmerston* in Dunedin ankam, befreundete er sich mit den deutschen Einwanderern, und im Juli 1873 kauften sich einige von ihnen Land in Waihola. Es kamen im folgenden Jahr weitere deutsche Emigranten, die beim Bau der Eisenbahn Arbeit fanden und sich in Waihola aufhielten. Als sich der Eisenbahnbau weiter südlich verschob, zogen viele deutsche Siedler nach Southland, hauptsächlich nach Gore, wo sie 1875 nordöstlich der Stadt den Ort »Germantown« gründeten. Von Germantown (Raum MacNab/Whiterig) ist nichts mehr zu sehen, aber die Nachkommen der deutschen Einwanderer gehören zu den erfolgreichsten Farmern dieses Gebiets und haben sich auch in der Stadt Gore einen Namen gemacht.²¹

Zu den bekanntesten Namen unter den frühen deutschen Siedlern Neuseelands gehören:

²⁰ Ebd., S. 114–122.

²¹ J. N. BADE/P. STARSY/R. VOSS, *Deutsche Einwanderung*, 2002, S. 26.

Hallenstein: der Name steht in Neuseeland für das vom Braunschweiger Bendix Hallenstein 1875 in Dunedin gegründete Herrenbekleidungsunternehmen, das nunmehr 52 Filialen aufweist;²² Lange: Der Urgroßvater des von 1984 bis 1989 regierenden Ministerpräsidenten Neuseelands David Lange, der vor allem durch seine Befürwortung einer kernwaffenfreien Zone in Neuseeland bekannt war, wanderte 1863 von Bremen nach Neuseeland aus und war Schneider in Thames;²³ Myers: Der Urgroßvater von Douglas Myers, vor allem als ehemaliger Direktor der Brauerei Lion Nathan bekannt, war der Hamburger Louis Myers, der 1870 nach Neuseeland kam;²⁴ Natzke: der berühmte Wagner-Sänger Oskar Natzke war der 1912 geborene Sohn von August Natzke, aus Brietzen, Schlesien, der 1876 auf der *Fritz Reuter* zusammen mit vorwiegend westpreußischen Emigranten nach Neuseeland auswandert war;²⁵ Ruddenklau: der Bäcker John George Ruddenklau wanderte 1857 von Deutschland nach Christchurch aus und war 1882–83 Bürgermeister von Christchurch;²⁶ Schwass – Christoph Friedrich Schwass, der aus Mecklenburg 1844 mit seiner neunköpfigen Familie in Nelson eintraf, hat zahlreiche Nachkommen, die über ganz Neuseeland verstreut leben und in den verschiedensten Bereichen wirken, wie im Tourismus, in der Immobilienbranche, in Sport und Politik oder im Ausbildungssektor; Subritzky: die Witwe Sophie Elisabeth Subritzky, geborene Körber aus Hamburg, reiste mit einer Tochter und drei Söhnen 1843 nach Nelson – die Zahl ihrer Nachkommen wird auf 3,500 geschätzt;²⁷ Ullrich: Die Hamburger August und Maria Ullrich emigrierten 1884 nach Canterbury und ließen sich in Rangiora nieder; ihr Enkel Gilbert gründete Ullrich Aluminium, eine Firma, die Aluminiumzubehör herstellt und exportiert.²⁸ Die Zahl der Nachkommen der frühen deutschen Siedler im heutigen Neuseeland wird auf 200 000 geschätzt,²⁹ aber es ist nicht immer leicht, Neuseeländer deutscher Abstammung zu identifizieren, denn während des Ersten Weltkrieges sahen sich Familien mit deutschen Namen infolge der Hasskampagnen gegen Deutsche oft gezwungen, ihre Namen zu anglisieren, so wurde aus »Preuss« »Price«, aus »Schmid« »Smith«, aus »Küitze« »Coutts«, aus »von der Heyde« »Hyde«, aus »Hallenstein« »Halstead«, und aus »Holz« »Wood«. Auf diese Weise ging die Verbindung mit den deutschen Vorfahren in vielen Fällen verloren.³⁰

Nach der großen Einwanderungswelle der 1870er Jahre kamen deutsche Einwanderer weiterhin in kleineren Gruppen an, bis der Kriegsausbruch 1914 zu einem Ein-

²² R. PAULIN, »Bendix Hallenstein«, 1998, S. 238–241.

²³ D. LANGE, »Earnest Souls«, 1993.

²⁴ J. N. BADE, »Louis Ehrenfried«, 1998, S. 232–237.

²⁵ J. N. BADE, Eine Welt für sich, 1998, S. 87.

²⁶ Ebd., S. 230; Email von Andy Ruddenklau an den Verfasser, 12.7.07.

²⁷ J. N. BADE, The German Connection, 1993, S. 39, 54 und 204f.; J. N. BADE, »Die Subritzkys«, 1998, S. 252–257.

²⁸ S. YOUNG, The Ullrich Family, 1997, S. 5, 19, 37–39; Brief von Bruce Ullrich an den Verfasser, 16.9.2003; <http://www.ullrich-aluminium.co.nz/news.php#celebrating2> (04.12.15).

²⁹ J. N. BADE, »Germans«, 2006, S. 152.

³⁰ J. N. BADE, »Deutsche Einwanderer« 2014, S. 74–76.

wanderungsstopp führte. In den dreißiger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts kamen eine beträchtliche Anzahl jüdischer und politischer Flüchtlinge aus dem von den Nationalsozialisten besetzten Teilen Europas, und ihr Beitrag war enorm. Die Emigration von Menschen, die aus rassistischen und politischen Gründen aus Hitler-Deutschland und -Österreich flohen, führte zur intellektuellen und kulturellen Bereicherung Neuseelands; der Verlust, den Deutschland und Österreich erlitten, war Neuseelands unermesslicher Gewinn.³¹ Gerda Bell zum Beispiel, die wegen ihrer jüdischen Herkunft emigrierte (obwohl sie getaufte evangelische Christin war), wurde nach einigen Jahren als Lehrerin und Bibliothekarin als Dozentin für Deutsch an der Victoria University of Wellington (1964–1971) angestellt. Karl Popper floh 1935 aus politischen Gründen aus seiner Heimat Österreich und verbrachte die Kriegsjahre als Dozent der Philosophie in Neuseeland, am Canterbury University College in Christchurch, verließ Neuseeland aber im Jahre 1945, um in London eine Stelle an der London School of Economics anzunehmen. Werner Droscher, der auch aus politischen Gründen aus Deutschland geflohen war, war in der Nachkriegszeit ein beliebter Dozent für Deutsch an der Universität Auckland (1946–1975). Paul Hoffmann, der aus rassistischen Gründen aus Österreich auswanderte, obwohl er wie Gerda Bell im christlichen Glauben erzogen worden war, schloss sein Studium 1947 in Auckland mit einem Master of Arts ab und kehrte, nachdem er acht Jahre in Österreich verbracht hatte (1951–1959) nach Neuseeland zurück, um eine Dozentenstelle für Deutsch an der Victoria University of Wellington anzunehmen, wo er später zum ersten Professor für Germanistik ernannt wurde. Wolfgang Rosenberg verließ Deutschland wegen politischer und rassistischer Verfolgung und studierte während der Kriegsjahre am Victoria University College, bevor er eine erstaunliche Karriere in Wirtschaftswissenschaften anging. Die Familie von Peter Munz floh aus Deutschland und später aus Italien, um der Judenverfolgung zu entgehen. Bei ihrer Ankunft in Christchurch im Jahre 1940 immatrikulierte sich Munz am Canterbury University College, wo er 1943 sein Studium mit einem Master of Arts in Geschichte abschloss. Nach drei Jahren an der Universität Cambridge wurde er 1948 an das Victoria University College berufen, wo er eine vier Jahrzehnte andauernde, herausragende akademische Karriere hatte.³²

Unter den jüdischen Flüchtlingen, die nach Neuseeland kamen, war wohl der deutsche Dichter Karl Wolfskehl der bekannteste. Wolfskehls Hoffnung, dass sein Ruhm von Auckland aus einen neuen Aufschwung nehmen würde, hat sich in der Tat bewahrheitet. Er blieb in einem Kreis von Lesern lebendig genug, um ihm in der deutschen Literaturgeschichte einen Platz auf Dauer zu sichern. Und diesen verdankt er sicherlich vor allem den Dichtungen, die er im europäischen und neuseeländischen Exil schuf, allen voran den Zyklen *Die Stimme spricht* und *Hiob oder Die Vier Spiegel*, und den Briefen, die er in diesen Jahren schrieb.³³ Die Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland haben das kulturellen Leben des Landes ohnehin enorm bereichert. Eine der

³¹ J. N. BADE U. A., *Im Schatten*, 2005, S. 84.

³² J. N. BADE U. A., *Im Schatten*, 2005, S. 189ff.

³³ F. VOIT/K. WOLFSKEHL, *Leben und Werk*, 2005, S. 596f.

bemerkenswertesten Musikerinnen aus der Gruppe der Einwanderer war die Cellistin Marie Vanderwart Blaschke, die sich in ihrem Metier bereits in Berlin einen Namen gemacht hatte. In Wellington wurde sie während des Krieges Teil des Wellingtoner Musiklebens und spielte regelmäßig im Radio; von 1962 bis 1977 unterrichtete sie Cello an der Universität Auckland. Maria Dronke, die im Berliner Theater unter Max Reinhardt gewirkt hatte, spielte in Wellington für viele Jahre eine hervorragende Rolle in Sprecherziehung und Drama.³⁴ Unter den jüdischen Flüchtlingen waren auch eine beträchtliche Zahl Ärzte, die Neuseeland zu ihrer neuen Heimat gemacht hatten. Typisch für diese Gruppe war Georg Lemchen, ein äußerst kompetenter Arzt, der im Upper Hutt Valley, wo er lebte und praktizierte, ebenso für seine Tätigkeiten im Musikverein, im Historischen Verein und im Rotary Club bekannt war. Ich erinnere mich selbst sehr gut an Dr. Lemchen als unseren Hausarzt. Wie ich im Eintrag über Dr. Lemchen im Gedenkbuch für die Berliner jüdischen Kassenärzte geschrieben habe, war Dr. Lemchen stets ruhig und offensichtlich nie unter Zeitdruck, auch wenn sein Wartezimmer voll war. Er war gut bewandert in den Prinzipien Freuds, so dass eine geruhige Unterhaltung mit Dr. Lemchen für seine Patienten oft besser war als jede Medizin, die er verschreiben konnte.³⁵

Die Leistungen der nach Neuseeland geflohenen deutschsprachigen Architekten und Stadtplaner, wie Helmut Einhorn, Fritz Farrar, Ernst Gerson, Henry Kulka, Frederick Newman, Imric Porsolt und Max Rosenfeld in Neuseeland während des Zweiten Weltkrieges und in den Jahren danach waren auch beträchtlich. Ernst Plischke und Helmut Einhorn haben den Begriff der Fußgängerzone eingeführt, und Plischke hat ganze Stadtteile von Auckland und Wellington sowie eigene Kleinstädte wie Mangakino und Kaingaroa entworfen. Plischke musste 1939 aus Österreich fliehen, weil seine Frau Jüdin war.³⁶ Plischke hatte an der Wiener Kunstgewerbeschule studiert und von 1927 bis 1938 als Architekt in Wien gearbeitet. Am 9. Mai 1939 kam er zusammen mit seiner Frau Anna in Wellington an. Drei Tage später erhielt er eine Anstellung im Ministerium für Wohnungsbau, das von der 1935 gewählten Labour-Regierung geschaffen worden war. Er blieb bis 1963 in Wellington, 1939–1947 als Regierungsplaner; 1948 eröffnete er ein privates Architekturbüro. Für Plischke lag die wichtigste Aufgabe seiner Arbeit als »Community Planner« im Ministerium für Wohnungsbau darin, die Straßenführung zu differenzieren. In seinen Entwürfen für die neuen Wohnbezirke schlug er reine Wohnstraßen in Form von Schleifen und ausgangslosen Straßen vor, die an neue Verteilerstraßen angeschlossen waren. Hillary Court im Wellingtoner Vorort Naenae geht auf Plischkes Konzept zurück. Hillary Court war die erste Fußgängerzone Neuseelands, aber darüber hinaus war das Konzept eines verkehrsfreien Fußgängerbereiches insofern bemerkenswert, als es bereits 1942–43 entworfen wurde, bevor ähnliche Gedanken in Europa Fuß fassten.³⁷

³⁴ J. N. BADE U. A., *Im Schatten*, 2005, S. 84, 17f.

³⁵ R. SCHWOCH, *Berliner jüdische Kassenärzte*, 2009.

³⁶ J. N. BADE U. A., *Im Schatten*, 2005, S. 249f.

³⁷ J. N. BADE, »Ernst Plischke«, 2012, S. 283–288.

Am auffallendsten an den deutschen Einwanderern, die nach Neuseeland kamen, war die Tatsache, dass sie oft auf Gebieten arbeiteten, die ihnen ganz neu waren. Das trifft ganz besonders auf die jüdischen Flüchtlinge zu. Der Jurist und Violinspieler Joseph Sprinz (Joe Spring) hat sich in Auckland als Chiropraktiker einen Namen gemacht. Wolf Strauss, der in Wien studiert hatte, wurde in Neuseeland ein bekannter Dachdecker; seine Frau Alice Strauss, die in Prag in Romanistik promoviert hatte, war von 1964 bis 1977 Dozentin für Deutsch an der Universität Auckland. Der Chemotechniker Arthur Hilton aus Wien ist vor allem wegen seines Engagements für die Vereinigten Kammermusik-Gesellschaften Neuseelands bekannt worden. Die ausgebildete Stenotypistin Margot Philips aus Duisburg hat in Neuseeland Kunst studiert und wurde auf dem Gebiet der Landschaftsmalerei eine bekannte Figur. Elisabeth Meier, die in Berlin studierte, arbeitete in Neuseeland als Grafologin. Peter Jacoby, bis 1933 Gerichtsassessor im preußischen Handelsministerium in Berlin, arbeitete in Wellington im Unterrichtsministerium und fand darüber hinaus durch die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten über Tönnies und Hobbes internationale Anerkennung. Der Großhändler Albert Stern aus Montabaur eröffnete in der Kleinstadt Opotiki an der Ostküste der Nordinsel ein Eisen- und Haushaltswarengeschäft.³⁸ Bei Karl Haas war es genau so. Er hatte wie sein Vater Ludwig Haas an der Universität Heidelberg Jura studiert aber arbeitete in Frankreich und England als Landarbeiter und spezialisierte sich nach seiner Ankunft in Neuseeland 1937 zusammen mit seiner Frau im Wairarapa-Tal auf das Gebiet der Landwirtschaft.³⁹

Den deutschen Siedlern in Neuseeland ist es offenkundig gelungen, als eine Minderheit nicht nur in der Ferne der Heimat zu überstehen, vielmehr einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten, sich Achtung zu verdienen und Einfluss zu nehmen. Und sie wären vermutlich stolz auf ihre Nachfahren, die in ihre Fußstapfen getreten sind oder ihre eigenen Wege gingen und gehen, ob als Sänger, Politiker, Sportler, Wissenschaftler, Bierbrauer, Erzieher, ob als Geschäftsleute, Pastoren, Prediger oder Ärzte.

Wenn man nach Spuren vor allem früher deutscher Siedler in Neuseeland sucht, einmal abgesehen von der Suche nach Nachkommen, was findet man, was auf eine frühere deutsche Präsenz hinweist? In Neuseeland findet man vor allem Spuren im Weinbau und in der Bierbrauerei. Die deutschen Siedler, die im Zuge der ersten geplanten Immigration nach Neuseeland kamen, von Anfang an mit der Absicht, sich im Weinbau zu versuchen, brachten deutsche Rebsorten mit nach Neuseeland. Die ehemalige Provinz Nelson, wo sich diese Siedler niederließen, und die heute die Regionen Nelson und Marlborough umfasst, ist nun die größte Weinregion Neuseelands. Viele der deutschen Einwanderer betrieben dann auch den Hopfenanbau. Louis Ehrenfried und Joseph Kührtze dürfen mit Recht als Väter der Bierbrauerei in Neuseeland betrachtet werden, sind doch aus ihren Firmen die zwei größten Bierkonzerne des Landes, Dominion Breweries und Lion Nathan, hervorgegangen.

³⁸ J. N. BADE, *Im Schatten*, 2005, S. 251f.

³⁹ A. HAAS, *Beginnings*, 2015.

Und wie steht es heute mit den vier Siedlungen in Nelson, die von den ersten deutschen Einwanderern gegründet wurden? Drei der vier Ortsnamen wurden im Ersten Weltkrieg umbenannt. Sarau heißt heute »Upper Moutere«, aber seit dem 150. Jubiläum der Ankunft der ersten Siedler 1993 und der Einführung des Jahrmarkts »Sarau Festival« im Jahre 2008 wird der Ort immer mehr mit seinem deutschen Namen identifiziert.⁴⁰ Ranzau wurde 1914 in »Hope« umgetauft, aber Ranzau Road, Ranzau School, und Ranzau Lutheran Church (mit Friedhof) existieren noch immer. Rosental heißt heutzutage »Rosedale«. Nur Neudorf hat seinen ursprünglichen Namen beibehalten. Neudorf und Upper Moutere sind bekannte Weingegenden; die Namen der Weinhersteller Neudorf Winery, Sarau Vineyard und Himmelsfeld Vineyard erinnern auch an die deutschen Wurzeln der Region.

Die bekanntesten und wohl bleibenden Erinnerungen der frühen deutschen Präsenz findet man jedoch auf den modernen Landkarten Neuseelands. Noch immer erinnern eine Reihe von geografischen Namen Neuseelands an Deutsche und Österreicher; allein auf der Südsinsel findet man über sechzig geografische Bezeichnungen, die auf frühere deutsche Siedler zurückgehen oder von frühen deutschen Siedlern eingeführt wurden, um damit prominente Deutsche und Österreicher auszuzeichnen. Die Hauptrolle dabei spielte der deutsche Geologe und Gründer des Canterbury-Museums Julius von Haast, der Berge, Gletscher und Flüsse auf der Westküste und in den südlichen Alpen nach deutschen und österreichischen Wissenschaftlern und Persönlichkeiten benannte. Haast selber wurde im Ortsnamen Haast, aber auch in Haast Glacier, Mount Haast, Haast Pass, Haast Range, Haast River verewigt; ihm verdanken wir die Namen Mount Goethe, Franz Josef Glacier, Liebig Range, Mount Dechen, Mount Haidinger, Mount Kinkel, Mount Petermann, und Mount Frederick und Mount William, die er nach Friedrich und Wilhelm, den Söhnen des damaligen deutschen Kaisers, nannte.⁴¹ Diese Ortsnamen sind bis in die Gegenwart gebräuchlich und erinnern an den Anteil deutscher und österreichischer Siedlung und Erschließung Neuseelands.

Die größte nicht Englisch sprechende europäische Gruppe in Neuseeland sind heutzutage die Holländer mit 28.503 Einwanderern im Jahre 2013.⁴² Die Deutschen, 12.810 an der Zahl, stellen die zweitgrößte Gruppe dar,⁴³ und Deutsch, da es genauso wie Französisch an den Schulen unterrichtet wird, ist die nach Englisch, Samoanisch, Französisch und Kantonesisch am sechsthäufigsten gesprochene Sprache. Neuseeland mit seinen atemberaubenden Naturschönheiten und seiner entspannten Lebensweise genießt in Deutschland sowohl als ein Ort, an dem man gerne leben möchte als auch als touristisches Ziel, einen guten Ruf. Im Jahre 2014 besuchten

⁴⁰ <http://www.saraufestival.co.nz>, (11. Dezember 2015).

⁴¹ Vgl. hierzu J. N. BADE, *Eine Welt für sich*, 1998, S. 139–142. Zusätzliche Information von Dr. Sascha Nolden, Wellington, und Louise Cotterall, School of Environment der Universität Auckland, Neuseeland.

⁴² https://en.wikipedia.org/wiki/Dutch_New_Zealanders, (11. Dezember 2015).

⁴³ http://www.stats.govt.nz/Census/2013-census/profile-and-summary-reports/ethnic-profiles.aspx?request_value=24671&parent_id=24650&tabname=, (11. Dezember 2015).

82.288 Deutsche Neuseeland; mit dieser Zahl übertrafen sie alle anderen europäischen Länder außer Großbritannien.⁴⁴

⁴⁴ <http://www.tourismnewzealand.com/markets-stats/markets/germany/>, (11. Dezember 2015).

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis

AfZ	Archiv für Zeitgeschichte
AR	Archiv
BArch	Bundesarchiv
Bd.	Band
BHdAD	Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes
BHdE	Biografisches Handbuch deutscher Emigration
BSg.	Biografische Sammlung
C.V.	Centralverein (deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens)
CZA	Central Zionist Archives
DDP	Deutschen Demokratischen Partei
Ders./Dies.	Derselbe / Dieselbe
DNVP	Deutschnationalen Volkspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutschen Volkspartei
Ebd.	Ebenda
ETH Zürich	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
f.	folgende (Seite)
FA-N	Archivsignatur (Generallandesarchiv Karlsruhe)
FDP	Freie Demokratische Partei
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
H.	Heft
Hrsg.	Herausgeber
Jg.	Jahrgang
JMB	Jüdisches Museum Berlin
K.C.	Kartell-Convent
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
KZ	Konzentrationslager
LBI	Leo Baeck Institut
LBYB	Leo Baeck Year Book
LDP	Liberal-Demokratische Partei
M.d.B.	Mitglied des Bundestages
M.d.L.	Mitglied des Landtages
M.d.R.	Mitglied des Reichstages
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
NDB	Neue Deutsche Biographie

NL LH	Nachlass Ludwig Haas
NLSchE	Nachlass Schloß, Erwin
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NV	Nationalversammlung
NZ	New Zealand
ÖRK	Ökonomischer Rat der Kirchen
PEN-Club	»Poets, Essayists, Novelists«; Internationaler Autorenverband
RGBL.	Reichsgesetzblatt
S.C.	Senioren-Convent
S.S.	Sommersemester
SD	Sicherheitsdienst
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA KA	Stadtarchiv Karlsruhe
U.O.B.B	»Unabhängiger Orden Bne Briss«
UA H	Unitätsarchiv Herrnhut
USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
v. Js.	vergangenen Jahres
VdA	Vereinigung deutscher Auswanderer
vgl.	vergleiche
WP	Wahlperiode

Abbildungsverzeichnis

Alle Abbildungen der Sammlung Ludwig Haas im Jüdischen Museum Berlins (JMB) sind Dauerleihgaben der Familie Haas.

- Abb. 1: Ludwig und Marie Haas, Freiburg um 1877; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 2: Familie Haas (v. l. n. r. Ludwig, Marie und Rosa Haas), Landau um 1884; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 3: Julius Haas, Landau um 1880; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 4: Rosa Haas, geb. Marx, in einem Fotoatelier um 1890; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 5: Ludwig Haas in Uniform mit Verbindungsbrüdern der *Badenia*, Heidelberg 1894/95; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 6: Ludwig Haas (ganz rechts) als Verbindungsstudent der *Badenia* nach einer Mensur, Heidelberg, am 25. November 1895; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 7: Alfred Auscher, der mit L. Haas 1896 die *Friburgia* gründete, als Verbindungsstudent der *Badenia*, Heidelberg um 1895; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 8: Couleur-Karte der Verbindung *Friburgia* mit der Unterschrift von Ludwig Haas; JMB 2015/125/2, Schenkung Benjamin Ravid
- Abb. 9: Ludwig Haas als junger Anwalt, Karlsruhe um 1900; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 10: Josefine Mayer als junge Frau, Mannheim um 1898; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 11: Das Ehepaar Haas um 1902, Ferrotypie; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 12: Familienbild (stehend L. Haas, an seiner rechten Seite Ehefrau Josefine), vermutlich im Garten der Karlsruher Wohnung in der Hübschstraße, um 1914 aufgenommen; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 13: Wahlaufruf für den Kandidaten der vereinigten liberalen Parteien für die Reichstagswahl im Januar 1912, gedrucktes Doppelblatt, Vorder- und Rückseite; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 14: Ludwig Haas im Sommer 1915 bei Ypern; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 15: Ludwig Haas im Juni 1916 als Leiter des Referats für jüdische Angelegenheiten in der deutschen Zivilverwaltung des Generalgouvernements Warschau; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 16: Ludwig Haas neben Reichswehrminister Gustav Noske (mit Stern markiert) bei der Besichtigung der Grenadierkaserne Karlsruhe im Sommer 1919; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 17: Zeichnung Conrad (»Conny«) Neubauer im »8-Uhr-Abendblatt« (Mosse-Verlag) v. 27.3.1924; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 18: Zeichnung B. F. Dolbin »Aus meinem Panoptikum« Nr. 23, Wochenzeitschrift »Das Tage-Buch«, hrsg. v. Stefan Grossmann und Leopold Schwarzschild, Jg. 1926; JMB Slg. Ludwig Haas

- Abb. 19: Ludwig Haas, Fotoabzug, Atelier unbekannt (Berlin?), um 1925; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 20: Ludwig Haas, 1927, Foto: Rembrandt – Atelier für künstlerische Aufnahmen, Alfred Cohn, W 50 Kurfürstendamm 16; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 21: Das Ehepaar Haas in Bad Gastein am 23. Juni 1930; JMB Slg. Ludwig Haas
- Abb. 22: Beisetzung von Ludwig Haas am 5. August 1930, rechts neben Rabbiner Hugo Schiff Reichsinnenminister Joseph Wirth; Stadtarchiv Karlsruhe 8/PBS oIII 1776

Autorenverzeichnis

- James N. Bade, Emerit. Prof. Dr., University of Auckland
- Michael Braun, Dr., Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte Heidelberg
- Jürgen Frölich, Dr., Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gummersbach
- Heidi Gembicki-Achtnich, Genf
- Ewald Grothe, Prof. Dr., Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Gummersbach
- Anthony Haas, Director Centre for Citizenship Education Wellington
- Aubrey Pomerance, Jüdisches Museum Berlin
- Torsten Riotte, PD Dr., J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Andreas Schulz, Prof. Dr., Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V., Berlin
- Martin Schumacher, Dr., Bonn
- Volker Stalman, Dr., Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V., Berlin
- Jens Weinhold, Förderstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung, München
- Barbara Wolbring, PD Dr., J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main

Quellen und Literatur

- Abbott, Grace: »Opfer der Civilisation« – German Newspapers' Accounts of the New Zealand Land Wars 1860–80, in: Richard Bade (edit.), *German Perspectives on New Zealand and the Pacific from the Eighteenth Century to the Present Day*, Auckland 2012, S. 33–49.
- Achtnich, Martin: Ludwig Haas. 1875–1930, Ettlingen 2012, (unveröff. Typoskript).
- Achtnich, Martin: Marie Schloß (1872–1952), Ettlingen 2007, Typoskript, in: Leo Baeck Institute Marie Schloss Collection, abrufbar unter: <https://archive.org/details/marieschlosscol-11386unse> [26.05.2016].
- Achtnich, Martin: Martin Friedrich Schloß. 1895–1973, Ettlingen 2007, (unveröff. Typoskript).
- Achtnich, Walter H.: Ahnentafel von Erdmuth Achtnich-Schloß, Wabern bei Bern 1987, (unveröff. Typoskript).
- Achtnich, Walter H.: Nachfahrentafel der Familie Schloß, Wabern bei Bern 1987, (unveröff. Typoskript).
- Albertin, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.
- Allemann, Fritz R.: Bonn ist nicht Weimar, Köln/Berlin 1956.
- Arnold, Emmy: Gegen den Strom. Das Werden der Bruderhöfe, Moers 1983 [engl. Orig.: *Torches together*, 1964].
- Asch, Adolph: Geschichte des K.C. (Kartellverband jüdischer Studenten) im Lichte der deutschen kulturellen und politischen Entwicklung, London 1964.
- Asche, Susanne: Fürsorge, Partizipation und Gleichberechtigung. Die Leistungen der Karlsruherinnen für die Entwicklung zur Großstadt (1859–1914), in: dies. u. a. (Hrsg.): *Karlsruher Frauen, 1715–1945. Eine Stadtgeschichte*, Karlsruhe 1992, S. 171–256.
- Asche, Susanne, u. a. (Hrsg.): *Karlsruhe – Die Stadtgeschichte*, Karlsruhe 1998.
- Asche, Susanne: Schutzbürgerin, Bürgerin, Politikerin – Jüdische Frauen in der Residenz- und Landeshauptstadt Karlsruhe, in: Oberrat der Israeliten Badens (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Baden 1809 bis 2004*, Ostfildern 2009, S. 97–108.
- Asche, Susanne: Schutzbürgerin, Bürgerin, Politikerin. Jüdische Frauen in der Residenz- und Landeshauptstadt Karlsruhe, in: *Haus der Geschichte Baden-Württemberg* (Hrsg.), »Welche ist meine Welt?« Jüdische Frauen im deutschen Südwesten. Laupheimer Gespräche 2004, Heidelberg 2009, S. 53–74.
- Auswärtiges Amt (Hrsg.): *Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945 [BHdAD]*, Bd. 2, 2005.
- Bade, James N.: *The German Connection. New Zealand and German-speaking Europe in the Nineteenth Century*, Auckland 1993.
- Bade, James N.: »Louis Ehrenfried«, in: ders. (Hrsg.), *Eine Welt für sich: Deutschsprachige Siedler und Reisende in Neuseeland im neunzehnten Jahrhundert*, Bremen 1998, S. 232–237.
- Bade, James N. (Hrsg.): *Eine Welt für sich – Deutschsprachige Siedler und Reisende in Neuseeland im neunzehnten Jahrhundert*, Bremen 1998.
- Bade, James N.: »Die Subritzky aus Houhora«, in: ders. (Hrsg.), *Eine Welt für sich: Deutschsprachige Siedler und Reisende in Neuseeland im neunzehnten Jahrhundert*, Bremen 1998, S. 252–257.
- Bade, James N./James Braund/Peter Maubach/Peter Starsy: *Von Mecklenburg nach Neuseeland: Auswanderung nach Neuseeland*, Neubrandenburg 2002.
- Bade, James N./Peter Starsy/Rolf Voss (Hrsg.): *Deutsche Einwanderung nach Neuseeland. Auswanderung im 19. Jahrhundert*, Neubrandenburg 2002.

- Bade, James N. (Hrsg.)/Gabriele Borowski /James Braund: Im Schatten zweier Kriege: Deutsche und Österreicher in Neuseeland im zwanzigsten Jahrhundert, Bremen 2005.
- Bade, James N.: »German«, in: Jock Philips (Hrsg.), Settler and Migrant Peoples in New Zealand, David Bateman/Ministry of Culture and Heritage, Auckland 2006, S. 152.
- Bade, James N.: »Ernst Plischke als Stadtplaner in Neuseeland«, in: Hermann Mückler (Hrsg.), Österreicher in der Südsee: Forscher, Reisende, Auswanderer, Berlin/Wien 2012, S. 283–288.
- Bade, James N.: »Deutsche Einwanderer 1843 bis 1914 und ihre Spuren«, in: o. A., Die Neuseeland-Reise, Mana-Verlag, Berlin 2014, S. 74–76.
- Badenia. Bericht des Sommersemesters 1898.
- Badische Landtagswahl am 27. Oktober 1929 auf Grund amtlichen Materials vom Badischen Statistischen Landesamt Karlsruhe, Karlsruhe 1930.
- Barkai, Avraham: »Wehr dich!« Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893–1938, München 2002.
- Becker, Ernst W.: Die normative Dimension der Realpolitik. Linksliberalismus und Ermächtigungsgesetzgebung in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016).
- Becker, Josef (Hrsg.): Heinrich Köhler. Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, Stuttgart 1964.
- Bender, Helmut/Fred Sepaintner: Wacker, Theodor, in: Bernd Ottnd (Hrsg.), Badische Biographien, N. F., Bd. 2, Stuttgart 1987, S. 294–297.
- Benz, Wolfgang: »Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele.« Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939, in: Vierteljahreshafte für Zeitgeschichte 29 (1981), Nr. 4, S. 437–471.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin 2012.
- Berger, Michael: Für Kaiser, Reich und Vaterland. Jüdische Soldaten. Eine Geschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, Zürich 2015.
- Bergmann, Karl H.: Die Bewegung »Freies Deutschland« in der Schweiz 1943–1945. Mit einem Beitrag von Wolfgang J. Stock: Schweizer Flüchtlingspolitik und exilierte deutsche Arbeiterbewegung 1933–1943, München 1974.
- Bericht der freien Verbindung *Licaria* über das Sommer-Semester 1896, S. 2–3, Alfred Klee Collection, Central Zionist Archives 142/162.
- Bertram, Jürgen: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des Wilhelminischen Reiches, Düsseldorf 1964.
- Bertrams, Kurt. U.: Der Kartell-Convent und seine Verbindungen, Hilden 2008.
- Betten, Lioba: Jella Lepman (1891–1970), Gebt uns Bücher – gebt uns Flügel, in: Birgit Knorr/Rosemarie Wehling (Hrsg.): Frauen im deutschen Südwesten, Stuttgart u. a. 1993, S. 100–104.
- Biefang, Andreas: Der ganz große Kompromiss. Die Liberalen und das »Indemnitätsgesetz« vom September 1866, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 28 (2016), S. 9–22.
- Blanke, Hermann-Josef (Hrsg.): Deutsche Verfassungen, Paderborn 2003.
- Blum, Emil: Die Neuwerk-Bewegung 1922–1933, Kassel 1973.
- Boll, Friedhelm: Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918, Bonn 1980.
- Borgstedt, Angela: Die Geschichte des Karlsruher Anwaltsvereins, in: Bernhard Altheimer (Hrsg.), 1879–2004. 125 Jahre Erfahrung – mit Recht! 125 Jahre Anwaltsverein Karlsruhe e.V., Karlsruhe 2004, S. 12–35.
- Borgstedt, Angela: Badische Anwaltschaft und sozioprofessionelles Milieu in Monarchie, Republik und totalitärer Diktatur 1864–1945, Karlsruhe 2012.

- Bouvier, Beatrix: Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus, Phil. Diss. Frankfurt a. M. 1972 (1969).
- Bowers, Peter M.: The Failure of the German Democratic Party, 1918–1930, Ann Arbor/MI 1974.
- Bradler, Günther (Bearb.): Friedrich Payer (1847–1931). Autobiographische Aufzeichnungen und Dokumente, Göppingen 1974.
- Bradler, Günther (Bearb.): Die Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg 1946 bis 2003, mit einem Verzeichnis der Mitglieder der badischen und württembergischen Landtage 1919 bis 1933, Stuttgart 2003.
- Brandt, Peter/Reinhard Rürup (Bearb.): Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19, Bonn 1980.
- Brandt, Peter/Reinhard Rürup: Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden, Sigmaringen 1991.
- Braun, Michael: »Der badische Geist« oder »die Eigenart der »natürlichen Demokratie««. Der Landtag in der politischen Kultur Badens, in: Oliver von Mengersen (Hrsg.), Personen – soziale Bewegungen – Parteien. Beiträge zur Neuesten Geschichte. Festschrift für Hartmut Söll, Heidelberg 2004, S. 323–338.
- Braun, Michael: Der Badische Landtag 1918–1933, Düsseldorf 2009.
- Bräunche, Ernst Otto: Die Entwicklung der NSDAP in Baden bis 1932/33, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 125 (1977), S. 331–375.
- Bräunche, Ernst Otto: Die Geschichte des Stadtarchivs, in: ders./Angelika Herkert/Angelika Sauer (Hrsg.), Geschichte und Bestände des Stadtarchivs Karlsruhe, Karlsruhe 1990, S. 17–31.
- Brecht, Arnold: Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen. Zweite Hälfte 1927–1967, Stuttgart 1967.
- Brocke, Bernhard v.: Sozialprofil einer Verwaltungselite. Eine Bilanz, in: Klaus Schwabe (Hrsg.): Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945, Boppard a. Rh. 1985, S. 249–276.
- Buchholz, Stephan: Das Bürgerliche Gesetzbuch und die Frauen. Zur Kritik des Ehegüterrechts, in: Ute Gerhard (Hrsg.), Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München 1997, S. 670–682.
- Bundesrechtsanwaltskammer (Hrsg.), Anwalt ohne Recht. Schicksale jüdischer Anwälte in Deutschland nach 1933, Berlin/Brandenburg 2007.
- Burckhardt, Herbert: Emmendingen – Stadt der Dichter und Denker? I. Marie Schloß, in: Stadtarchiv Emmendingen (Hrsg.), Emmendinger Chronik 6 (1998), S. 24 f.
- Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln/Berlin 1964.
- Chickering, Roger: Imperial Germany and a World Without War. The Peace Movement and German Society, 1892–1914. Princeton, NJ 1975.
- Clark, Christopher M.: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.
- Conze, Eckart: Vom deutschen Adel. Die Grafen Bernstorff im zwanzigsten Jahrhundert, Stuttgart/München 2000.
- Craig, Gordon A.: Die preußisch-deutsche Armee 1649–1945. Staat im Staat, Düsseldorf 1960.
- Cser, Andreas: Badischer Landtag bis 1918, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg, Stuttgart 1982, S. 153–182.
- Damaschke, Adolf: Aufgaben der Gemeindepolitik. »Vom Gemeinde-Sozialismus«, Jena 1900.
- Daniel, Ute/Christian K. Frey: Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Die preußisch-welfische Hochzeit 1913. Das dynastische Europa in seinem letzten Friedensjahr, Braunschweig 2016, S. 8–13.
- Demuth, Fritz: Die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland, o.A. 1951.

- Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim, 5.–7. Oktober 1912, hrsg. v. Geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei, Berlin 1912.
- Die Friedensbedingungen von Deutschlands Gegnern. Auswärtiges Amt. Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, Berlin 1919.
- Die Kämpfe in Südwestdeutschland 1919–1923. Im Auftr. d. Oberkommandos d. Heeres bearb. u. hrsg. v. d. kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt d. Heeres, Berlin 1939.
- Die Reichstagswahl am 14. September 1930 in Baden aufgrund amtlichen Materials bearbeitet und herausgegeben vom Badischen Statistischen Landesamt, Karlsruhe 1930.
- Diener, Michael: Kurshalten in stürmischer Zeit. Walter Michaelis (1866–1953). Ein Leben für Kirche und Gemeinschaftsbewegung, Basel 1998.
- Doctor, Max: Trauerrede an der Bahre des Herrn Moritz Marx, Bruchsal 1905, StA KA 7/NL Schloß.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Jörn Leonhard: Liberalismus im 20. Jahrhundert. Aufriss einer historischen Phänomenologie, in: dies. (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 13–32.
- Düllffer, Jost: Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik. Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1981.
- Durand, Roger u. a.: Ludwig Quidde à Genève, asile – exil d'un prix Nobel de la paix, 18 mars 1933–5 mars 1941, Genf 2004.
- Dussel, Konrad: Pressebilder in der Weimarer Republik. Entgrenzung der Information, Berlin 2012.
- Ebell, Götz: Wiederentdeckte Briefe Raabes an Marie Schloß, in: Josef Daum/Hans-Jürgen Schrader (Hrsg.): Jahrbuch der Raabe-Gesellschaft 26 (1985), S. 107–112.
- Eckhardt, Albrecht (Hrsg.): Oldenburgischer Landtag 1848–1933/1946. Biografisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament. Bearb. v. A. Eckhardt u. Rudolf Wyrsh, Oldenburg 2014, S. 317–321.
- Ehrismann, Renate: Der regierende Liberalismus in der Defensive. Verfassungspolitik im Großherzogtum Baden 1876–1905, Frankfurt a. M. 1993.
- Eichhorn, Konrad: Der »Zusammenschluss der Liberalen« oder »die Einigung des Liberalismus und der Demokratie«, Berlin 1905.
- Eisenbeiss, Wilfried: Die bürgerliche Friedensbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkrieges. Organisation, Selbstverständnis u. politische Praxis 1913/14–1919, Frankfurt a. M./Bern/Cirencester 1980.
- Eksteins, Modris: The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of the Weimar Democracy, Oxford 1975.
- Elm, Ludwig: Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893–1918, Berlin 1968.
- Endelman, Todd M.: Gender and Conversion Revisited, in: Marion A. Kaplan (Hrsg.), Gender and Jewish history, Bloomington, IN u. a. 2011, S. 170–186.
- Enderle-Ristori, Michaela: Macht und intellektuelles Kräftefeld. Literaturkritik im Feuilleton von »Pariser Tageblatt« und »Pariser Tageszeitung« (1933–1940), Tübingen 1997.
- Engeli, Christian: Drei Oberbürgermeister der Weimarer Zeit: Böß/Berlin, Landmann/Frankfurt, Luppe/Nürnberg, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Oberbürgermeister. Bündiger Forschungen zur Sozialgeschichte 1979, Boppard a. Rh. 1981, S. 103–108.
- Epstein, Gustav: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1959.
- Erdmann, Karl Dietrich (Bearb.): Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik. Die Kabinette Luther I und II, Boppard a. Rh. 1977.
- Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.

- Ernst, Wolfgang; Fritz Schulz (1879–1957), in: Jack Beatson/Reinhard Zimmermann (Hrsg.), *Jurists Uprooted. German Emigré Lawyers in Twentieth-century Britain*, Oxford 2004, S. 105–203.
- Faatz, Arndt; Hugo Preuß (1860–1925), in: Michael Frölich (Hrsg.): *Die Weimarer Republik. Porträt einer Epoche in Biographien*, Darmstadt 2002, S. 15–26.
- Feder, Ernst: »Heute sprach ich mit ...«, *Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932*. Hrsg. v. Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971.
- Feilchenfeldt, Rachel E.: Grete Ring als Kunsthistorikerin im Exil, in: Ursulas Hudson-Wiedenmann und Beate Schmeichel-Falkenberg (Hrsg.), *Grenzen überschreiten. Frauen, Kunst und Exil*, Würzburg 2005, S. 131–150.
- Fenske, Hans: *Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790–1933*, Stuttgart 1981.
- Fenske, Hans: *Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Paderborn u. a. 1994.
- Fischer Defoy, Christine: *Vor die Tür gesetzt: Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933–1945*, Berlin 2006.
- Fleischhauer, Eva Ingeborg: Rathenau in Rapallo. Eine notwendige Korrektur des Forschungsstandes, in: *Vierteljahreshafte für Zeitgeschichte* 54 (2006), Nr. 3, S. 365–415.
- Föllmer, Moritz/Rüdiger Graf (Hrsg.): *Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt a. M./New York 2005.
- Föllmer, Moritz/Rüdiger Graf/Per Leo: *Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik*, in: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.), *Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 9–41.
- Franger-Huhle, Gaby; Julie Meyer (1897–1970), in: *Soziale Arbeit. Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete* 62 (Mai 2013), Nr. 5, S. 208f.
- Franke, Julia: *Paris – eine neue Heimat? Jüdische Emigranten aus Deutschland 1933–1939*, Berlin 2000.
- Franzen, Hans-Joachim: *Die SPD in Baden 1900–1914*, in: Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer (Hrsg.), *Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute*, Stuttgart 1979, S. 88–105.
- Freund, J. Hellmut: *Vor dem Zitronenbaum. Autobiographische Abschweifungen eines Zurückgekehrten*. Berlin – Montevideo – Frankfurt am Main, Frankfurt a.M. 2005.
- Frevert, Ute: »Fürsorgliche Belagerung«. Hygienebewegung und Arbeiterfrauen im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), Nr. 4, S. 420–446.
- Frevert, Ute: *Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit*, Frankfurt a. M. 1986.
- Friese, Peter: *Kurt Hahn. Leben und Werk eines umstrittenen Pädagogen*, Bremerhaven 2000.
- Frölich, Jürgen: »He served the German people well«. Der politische Weg Hermann Dietrichs vom badischen Nationalliberalen zum baden-württembergischen Freien Demokraten, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 153 (2005), S. 619–640.
- Frölich, Jürgen: *Conrad Haussmann (1857–1922)*, in: Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.), *Politische Köpfe aus Südwestdeutschland*, Stuttgart 2005, S. 43–54.
- Frölich, Jürgen: »Jede Zeit hat ihre Freiheiten, die sie sucht.« Friedrich Naumann und der Liberalismus im ausgehenden Kaiserreich, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), *Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Wien u. a. 2012, S. 135–157.
- Frölich, Jürgen: »Rechts steht Rom und Ostelbien, links steht Königsberg und Weimar.« Friedrich Naumann, die Gegner und die potentiellen Verbündeten des Liberalismus, in: Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.), *Liberalismus als Feindbild*. Göttingen 2014, S. 113–133.
- Frye, Bruce B.: *The German Democratic Party and the »Jewish Problem« in Weimar Republic*, in: *Leo Baeck Yearbook* 21 (1976), S. 143–172.

- Frye, Bruce B.: *Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party*, Carbondale/Edwardsville IL 1985.
- Furtado Kestler, Izabela M.: Brasilien, in: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945*, Darmstadt 2008, Sp. 183–193.
- Furtwängler, Martin (Bearb.): *Die Protokolle der Regierung der Republik Baden, Bd. 1: Die provisorische Regierung, November 1918–März 1919*, Stuttgart 2012.
- Furtwängler, Martin (Bearb.): *Die Lebenserinnerungen des ersten badischen Staatspräsidenten Anton Geiß (1858–1944)*, Stuttgart 2014.
- Furtwängler, Martin: Der Demokrat Ludwig Haas, in: Konrad Krimm (Hrsg.) *Der Wunschlose. Prinz Max von Baden und seine Welt*, Stuttgart 2016, S. 204–209.
- Gall, Lothar: *Walther Rathenau. Portrait einer Epoche*, München 2009.
- Geheran, Michael: *Judenzählung (Jewish Census)*, in: 1914–1918-online. *International Encyclopedia of the First World War*, hrsg. v. Ute Daniel u. a., Berlin 09.07.2015, abrufbar unter: http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/judenzahlung_jewish_census [22.02.2016].
- Geßler, Otto: *Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit*, Stuttgart 1958.
- Gjuričová, Adéla/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.): *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1880–2000*, Düsseldorf 2014.
- Gjuričová, Adéla/Andreas Schulz: *Über die Köpfe der Menschen hinweg? Lebenswelten von Abgeordneten in der Moderne*, in: Dies./Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990*, Düsseldorf 2014, S. 5–27.
- Glaeser, Wolfgang: 1890 – Die Karlsruher Arbeiterschaft, in: Heinz Schmitt/Ernst O. Bräunche (Hrsg.), *Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte*, Karlsruhe 1990, S. 180–196.
- Glaeser, Wolfgang (Bearb.): *Unser die Zukunft. Dokumente der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845–1952*, Heilbronn 1991.
- Glockner, Karl: *Badisches Verfassungsrecht*, Karlsruhe 1905.
- Goldschmidt, Alfred: *Zur Geschichte der freien Verbindung »Viadrina« und ihrer Nachfolgerinnen*, in: Bruno Weil (Hrsg.), *K.C. Jahrbuch 1906*, Straßburg/Leipzig 1906, S. 23–38.
- Goldschmidt, Robert: *Die Stadt Karlsruhe, ihre Geschichte und ihre Verwaltung. Festschrift zur Erinnerung an das 200jährige Bestehen der Stadt*, Karlsruhe 1915.
- Göppinger, Horst: *Juristen jüdischer Abstammung im »Dritten Reich«*. *Entrechtung und Verfolgung*, München 21990.
- Graf, Rüdiger: *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933*, München 2008.
- Greven-Aschoff, Barbara: *Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933*, Göttingen 1981.
- Groh, Kathrin: *Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats*, Tübingen 2010.
- Grothe, Ewald/Sieg, Ulrich (Hrsg.): *Liberalismus als Feindbild*, Göttingen 2014.
- Grothe, Ewald: *»Import oder Eigengewächs?« Der Liberalismus in der Geschichtsschreibung der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus*, in: Ders./Ulrich Sieg (Hrsg.), *Liberalismus als Feindbild*, Göttingen 2014, S. 183–201.
- Grothe, Ewald: *Hans Rosenberg und die Geschichte des deutschen Liberalismus. Seine unveröffentlichte Antrittsvorlesung vom Januar 1933*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), S. 109–138.
- Grünebaum, Elias: *Standrede für den sel. Herrn Julius Haas, Landau 1888*, (unveröff.).
- Günther, Karl: *Die jüdische Gemeinde*, in: Hans-Jörg Jenne/Gerhard A. Auer (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Emmendingen, Bd. 2: Vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1845*, Emmendingen 2011, S. 589–724.

- Gusy, Christoph: Weimar – die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.
- Gusy, Christoph: Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1997.
- Gusy, Christoph (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000.
- Haas, Anthony: Beginnings – Ludwig and Marie Haas, unveröff. MS, Wellington NZ 2015.
- Haas, Anthony: Being Palangi: My Pacific Journey, Wellington NZ 2015.
- Haas, Anthony: Karl Haas 1957 donation of 70 books to VUW library, Greytown NZ 2016, (unveröff.).
- Haas, Karl: (Interview) Dr Ludwig Haas, Pahiatua NZ, 1971, Typoskript [Transkription eines Gesprächs mit Amelia und Anthony Haas], (Privatbesitz).
- Haas, Ludwig: Die Einigung des Liberalismus und der Demokratie, Frankfurt a. M. 1905.
- Haas, Ludwig: Einigung, Bd. 8, Flugschriften der Deutschen Volkspartei, Frankfurt a. M. 1905.
- Haas, Ludwig: Die Arbeiterfrage. Ein Vortrag, gehalten vor dem XXVII. Parteitag der Deutschen Volkspartei in Konstanz am 28.09.1907, Karlsruhe 1907.
- Haas, Ludwig: »Die Einigung des Freisinns«, in: Berliner Tageblatt, Nr. 447, 03.09.1909.
- Haas, Ludwig: »Einrichtungen zur Förderung der Volksbildung«, in: Karlsruhe 1911 – Festschrift, 1911, S. 552–557.
- Haas, Ludwig: »Die jüdischen Reichstagsabgeordneten«, in: Allgemeine Zeitung des Judentums 76, Nr. 14, 05.04.1912, S. 159 f.
- Haas, Ludwig: »Parlamentarismus«, in: Badischer Landesbote 40, Nr. 94, 23.04.1912, Bl. 1, S. 1.
- Haas, Ludwig: »Wahlkampf und Präsidentenwahl«, in: Badischer Landesbote 40, Nr. 36, 13.02.1912, Bl. 1, S. 1.
- Haas, Ludwig: »Warum treiben wir Politik«, in: Strassburger Neue Zeitung, 23.07.1912.
- Haas, Ludwig: Parlamentarismus, in: PAN. Wochenschrift 2 (1912), Nr. 22, 18.04.1912, S. 639–641.
- Haas, Ludwig: Selbstbeschreibung als jüdischer Reichstagsabgeordneter, in: Allgemeine Zeitung des Judentums 76, Nr. 14, 5. 04. 1912, S. 159 f.
- Haas, Ludwig: »Der deutsche Jude in der Armee. Ein Wort für die Rechtsgleichheit gegen Vorurteil und Unrecht«, in: Im deutschen Reich, Zeitschrift des Central-Vereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 19 (1913), Nr. 9, S. 385–408.
- Haas, Ludwig: »Die Berner Verständigung«, in: Berliner Tageblatt 42, Nr. 240, 15.05.1913.
- Haas, Ludwig: Die deutsche Linke, in: Patria. Bücher für Kultur und Freiheit 13 (1913), S. 11–18.
- Haas, Ludwig: »Der Reichstagsabgeordnete Stadtrat Dr. Haas hält die sogenannte Tendenzrede«, in: Im deutschen Reich. Zeitschrift des Central-Vereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 20 (1914), Nr. 4, S. 167–173.
- Haas, Ludwig: »Die Baseler Tagung«, in: Berliner Tageblatt 43, Nr. 275, 03.06.1914.
- Haas, Ludwig: »Die Politisierung der Frau«, in: März. Eine Wochenschrift 8 (1914), Nr. 22, 30.05.1914, S. 757–760.
- Haas, Ludwig: »K.C.= Tendenz und Jugend«, in: K.C.-Blätter 4 (1914), Nr. 7, S. 145.
- Haas, Ludwig: Offener Brief an den Herrn Minister der französischen Republik Marcel Sembat, in: März. Eine Wochenschrift 8 (1914), Nr. 36, 05.09.1914, S. 292–296.
- Haas, Ludwig: Politik vom fortschrittlichen Standpunkte, in: David Sarason (Hrsg.), Das Jahr 1913. Ein Gesamtbild der Kulturentwicklung, Leipzig/Berlin 1914, S. 18–26.
- Haas, Ludwig: »Haß gegen das französische Volk?«, in: Karlsruher Tageblatt 112, Nr. 74, 15.03.1915, S. 1.
- Haas, Ludwig: »Volkskraft und Friedensliebe«, in: Berliner Tageblatt 44, Nr. 632, 11.12.1915.

- Haas, Ludwig: »Rede des Reichstagsabgeordneten Ludwig Haas zum Erlass des Kriegsministeriums betr. die Zählung der Juden im Heere vom 11. Oktober 1916 in der Sitzung des Reichstages vom 3. November 1916«, in: K.C.-Blätter, Kriegsausgabe, Nr. 13, September-Oktober 1916, S. 747–750.
- Haas, Ludwig: »Das neue polnische Schulgesetz und die Juden. Eine Unterredung mit dem Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas«, in: Neue Jüdische Monatshefte 1, Nr. 2, 25.10.1917, S. 27–30.
- Haas, Ludwig: »Der vierte August«, in: Berliner Tageblatt, s. d. [1917], in: JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft«, in: Berliner Tageblatt 46, Nr. 105, 27.02.1917.
- Haas, Ludwig: »Nochmals Kriegszielfragen«, in: Karlsruher Tageblatt 115, Nr. 174, 25.06.1918, Bl. 1, S. 1 f.
- Haas, Ludwig: »Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Haas – Karlsruhe über die Kriegs-Krisis«, in: Badische Presse, 28.07.1918.
- Haas, Ludwig: »Das Wahlergebnis und seine Folgen«, in: Karlsruher Tageblatt, 07.01.1919 [Sonderabdruck].
- Haas, Ludwig: »Die Stellung der Demokratie.«, in: Berliner Tageblatt, Nr. 282, 24.06.1919, S. 1 f.
- Haas, Ludwig: »Nein!«, in: Berliner Tageblatt, Nr. 261, 08.06.1919, S. 1 f.
- Haas, Ludwig: »Recht geht vor Macht«, in: Berliner Tageblatt, Nr. 202, 6.05.1919, S. 1.
- Haas, Ludwig: »Der Wahlkampf beginnt«, in: Berliner Tageblatt, Nr. 179, 18.04.1920, S. 1 f.
- Haas, Ludwig: »Der Zusammenbruch des Staatsstrechs«, in: Neue Hamburger Zeitung, 23.03.1920; JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Vortrag über die Verbrüderung der Menschheit und das Odd-Fellowtum«, Berlin, 24.2.1921, in: JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Eindrücke in Rußland«, in: Berliner Tageblatt, Nr. 211, 6.05.1923, S. 1 f.
- Haas, Ludwig: »Das Reichsbanner und die Republik«, in: Neue Badische Landes-Zeitung, 27.09.1924.
- Haas, Ludwig: »Der 7. Dezember«, in: C.V.-Zeitung, Nr. 48, 28.11.1924, S. 741 f.
- Haas, Ludwig: »Gedanken über Rußland«, in: Die Hilfe, Nr. 2, 15.01.1924, S. 19 f.
- Haas, Ludwig: Frankreich, Gib nicht Worte, gib Taten!, 1924.
- Haas, Ludwig: Gedenkrede auf Walther Rathenau, gehalten am 24. Juli 1924, Mannheim/Berlin/Leipzig 1924.
- Haas, Ludwig: »Dem Andenken an Hugo Preuß«, in: Neue Frankfurter Zeitung, 14.10.1925, JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Die Aussichten der deutsch-französischen Verständigung«, in: Neue Freie Presse, 5.07.1925.
- Haas, Ludwig: »Frankreich und Deutschland«, in: Berliner Tageblatt 54, 28.06.1925, in: JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold«, in: Die Hilfe, Nr. 21, 01.11.1925, S. 488 f., JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Die Lehren dieser Regierungsbildung«, in: Berliner Tageblatt, Nr. 40, 24.01.1926, S. 1 f.
- Haas, Ludwig: »Die Vertrauenskrisis der Justiz«, in: Deutsche Republik 1, Nr. 19, 1926/27, S. 1–4.
- Haas, Ludwig: »Liberalismus und Republikanische Union« Berliner Tageblatt, Nr. 348, 26.07.1926, S. 1 f.
- Haas, Ludwig: »Reichsbankpräsident und Fürstenenteignung«, in: Neue Badische Zeitung, 19.07.1926, JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Schwarz-Rot-Gold«, in: Berliner Tageblatt, Nr. 211, 6.05.1926, S. 2.

- Haas, Ludwig: »Der Kampf der republikanischen Studenten«, in: Deutsche Republik 2 (1927/28), Nr. 13, S. 405–408, JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Der Kampf um die Reichswehr«, in: Deutsche Republik, 29.01.1927, S. 13–15, JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Die Idee von Locarno«, in: Die Hilfe, Nr. 1, 1.01.1927, S. 21 f., JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Dr. Ludwig Holländer, dem Führer des K.C. zu seinem fünfzigsten Geburtstage zugeeignet«, in: K.C.-Blätter 17 (1927), Nr. 3, S. 3.
- Haas, Ludwig: »Parlamentskrisis?«, in: Die Hilfe. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und geistige Bewegung 27 (1927), Nr. 13, S. 922 f.
- Haas, Ludwig: »Rassenkunde«, in: Deutsche Republik 1 (1927), Nr. 23, S. 456–459.
- Haas, Ludwig: »Das Reichsgericht«, in: Berliner Tageblatt, Nr. 157, 1.04.1928, S. 1 f.
- Haas, Ludwig: »Der Kampf um den Panzerkreuzer«, in: Nordhäuser Zeitung, 8.03.1928, JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Die Aussprache über die Reichswehr«, in: Deutsche Republik, 23.03.1928, S. 781–783; JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Recht, Rechtspflege und Republik«, in: Jenaer Volksblatt, 3.02.1928, JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Rechthaberei«, in: Berliner Tageblatt, Nr. 250, 29.05.1928, S. 1 f.
- Haas, Ludwig: »Regierung, Reichstag und Panzerkreuzer«, in: Demokratischer Zeitungsdienst, 21.11.1928, JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Trotzdem Große Koalition«, in: Demokratischer Zeitungsdienst, 13.07.1928, JMB, LH.
- Haas, Ludwig: Verlängerung des Republikenschutzgesetzes, o. A. 1929, Typoskript, JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Für deutsche Volksgemeinschaft, III. Student und Politik«, in: KC-Mitteilungen 1929, Nr. 12, 1.12.1929, S. 104.
- Haas, Ludwig: »Reichsbahn und Young-Plan«, in: Berliner Tageblatt, 4.12.1929, JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Wahrer oder falscher Parlamentarismus«, in: Deutsche Republik, 5.04.1929, S. 806–810.
- Haas, Ludwig: »Paris 1681 – Bern 1913 – Basel 1914 – Paris 1917«, in: Berliner Tageblatt, s. d., in: JMB, LH.
- Haas, Ludwig: »Weltpolitik und Frieden. Ein Wort zur Friedensoffensive der Kreuzzeitung«, in: Berliner Tageblatt 47, Nr. 299, s. d., in: JMB, LH.
- Hachenburg, Max: Lebenserinnerungen eines Rechtsanwalts [Erstdruck 1927] und Briefe aus der Emigration. Hrsg. u. bearb. v. Jörg Schadt, Stuttgart u. a. 1978, S. 194.
- Hacke, Jens: Moritz Julius Bonn – ein vergessener Verteidiger der Vernunft. Zum Liberalismus in der Krise der Zwischenkriegszeit, in: Mittelweg 36 (Jg.) 17 (2010), Nr. 6, S. 26–59.
- Hacke, Jens.: Liberale Alternativen für die Krise der Demokratie. Der Nationalökonom Moritz Julius Bonn als politischer Denker im Zeitalter der Weltkriege, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 26 (2014), S. 295–318.
- Hacke, Jens: Selbstkritik und Selbstzweifel. Zur Krise des liberalen Denkens in der Zwischenkriegszeit, in: Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.), Liberalismus als Feindbild, Göttingen 2014, S. 153–182.
- Hacke, Jens (Hrsg.): Moritz Julius Bonn. Zur Krise der Demokratie. Politische Schriften in der Weimarer Republik 1919–1932, Berlin 2015.
- Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches. Düsseldorf 1997, S. 142–162.
- Hahn, Hans Christoph: Mitarbeiter jüdischen Ursprungs in der Brüdergemeine, Fünf Briefe von Erwin Schloß an Paul Hahn (1936), in: Unitas Fratrum. Zeitschrift für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeine 69/70 (2013), S. 110–120.
- Hahn, Ullrich, Die Gründung des Versöhnungsbundes 1914. PazifistInnen organisieren sich, 16.05.2014, abrufbar unter: <https://www.versoehnungsbund.de/2014-uh-gruendung-vb> [21.09.2016].

- Hamburger, Ernest/Peter Pulzer: Jews as Voters in the Weimar Republic, in: Leo Baeck Year Book 30 (1985), Nr. 1, S. 3–66.
- Hammerstein, Notker: Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Bd. 1, Göttingen 2012.
- Hanschel, Hermann: Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Nürnberg 1977.
- Hanschmidt, Alwin: Die französisch-deutschen Parlamentarierkonferenzen von Bern (1913) und Basel (1914), in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 26 (1975), S. 335–359.
- Haunfelder, Bernd: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871–1918. Ein Biographisches Handbuch, Münster 2004.
- Haupts, Leo: Deutsche Friedenspolitik 1918–19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1976.
- Hecht, Cornelia: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003.
- Heimann, Siegfried: Der Preußische Landtag 1899–1947. Eine politische Geschichte, Berlin 2011.
- Hein, Dieter: Badisches Bürgertum. Soziale Struktur und kommunalpolitische Ziele im 19. Jahrhundert, in: Lothar Gall (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert, München 1990, S. 65–96.
- Hein, Dieter: Die bürgerlich-liberale Bewegung in Baden 1800–1880, in: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 19–39.
- Heller, Wilfried/James Braund: The »Bohemians« in New Zealand – an Ethnic Group? Auckland 2005.
- Henne, Thomas (Hrsg.), Die Aberkennung von Doktorgraden an der Juristenfakultät der Universität Leipzig 1933–1945, Leipzig 2007.
- Hepp, Michael (Hrsg.): Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, 3 Bde., München u. a. 1985.
- Herz, John H.: Vom Überleben. Wie ein Weltbild entstand. Autobiographie, Düsseldorf 1984.
- Heß, Jürgen C.: »Das ganze Deutschland soll es sein.« Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978.
- Heuss, Theodor: Dr. Ludwig Haas, seine Persönlichkeit und sein Wirken [1930], in: ders., An und über Juden. Aus Schriften und Reden (1906–1963) hrsg. von Hans Lamm. Vorwort von Karl Marx, Düsseldorf/Wien 1964, S. 65–68.
- Heuss, Theodor: Briefe 1933–1945. In der Defensive (bearb. v. Elke Seefried) u. Briefe 1945–1949 (bearb. v. Ernst W. Becker), Berlin u. a. 2009 u. 2007.
- Heuss, Theodor: Briefe 1949–1954. Der Bundespräsident, bearb. v. Ernst W. Becker, München 2012.
- Hildebrandt, Klaus: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Stuttgart 1995.
- Hilger, Hermann (Hrsg.): Kürschners Deutscher Reichstag. Biographisch-statistisches Handbuch 1912–1917. 13. Legislaturperiode, Berlin/Leipzig 1912.
- Hochreuther, Ina: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Parlamentarierinnen von 1919 bis heute, Stuttgart 2002.
- Hofmann, Wolfgang: Oberbürgermeister als politische Elite im Wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, in: Klaus Schwabe (Hrsg.): Oberbürgermeister. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1979, Boppard a. Rh. 1981, S. 17–38.
- Hofmann, Wolfgang: Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890 bis 1933, Stuttgart u. a. 1974.
- Holl, Karl: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988.
- Holl, Karl: Ludwig Quidde (1858–1941). Eine Biografie, Düsseldorf 2007.

- Holl, Karl: Hellmut von Gerlach. Demokrat, Pazifist, Freund Frankreichs im Pariser Exil, in: Hélène Roussel und Lutz Winckler (Hrsg.), Rechts und Links der Seine. Pariser Tageblatt und Pariser Tageszeitung 1933–1940, Tübingen, 2002, S. 115–127.
- Hornung, Klaus: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.
- Hörster-Philipp, Ulrike: Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie, Paderborn/München/Wien/Zürich 1998.
- Huber, Ernst R.: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 4, Struktur und Krisen des Kaiserreiches, Stuttgart u. a. 1969.
- Huber, Ernst R.: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5, Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978.
- Huerkamp, Claudia: Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900–1945, Göttingen 1996.
- Hunkel, Andreas: Eduard Dietz (1866–1940). Richter, Rechtsanwalt und Verfassungsschöpfer, Frankfurt a. M. 2009.
- Illies, Florian: 1913, Der Sommer des Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 2015.
- Jäckh, Ernst: Der Goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers, Stuttgart 1954.
- Jäckh, Ernst: Weltsaat, Erlebtes und Erstrebtes, Stuttgart 1960.
- Jansen, Christian: Antiliberalismus und Antiparlamentarismus in der bürgerlich-demokratischen Elite der Weimarer Republik. Willy Hellpachs Publizistik der Jahre 1925–1933, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), Nr. 12, S. 773–795.
- Jansen, Robert: Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen, Berlin 1920.
- Jastrow, Ignaz: Sozialliberal. Ein Weckruf zu den Landtagswahlen, Berlin 1893.
- Jenne, Hans-Jörg/Uwe Schmidt: Emmendingen im Großherzogtum Baden, in: Hans-Jörg Jenne/Gerhard A. Auer (Hrsg.), Geschichte der Stadt Emmendingen, Bd. 2, Vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1845, Emmendingen 2011, S. 11–78.
- Jones, Larry E.: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933, Chapel Hill u. London 1988.
- Kaller, Gerhard: Die Revolution des Jahres 1918 in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe, in: Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins 114 (1966), S. 301–350.
- Kaller, Gerhard: Anton Geiß, in: Badische Biographien, Bd. 1, hrsg. v. Bernd Ottnad, Stuttgart 1982, S. 136 f.
- Kaller, Gerhard: Von und zu Bodman, Johann Heinrich, in: Badische Biographien, Bd. 1, hrsg. v. Bernd Ottnad, Stuttgart 1982, S. 68–70.
- Kaller, Gerhard: Jüdische Abgeordnete im badischen Landtag 1861–1933, in: Heinz Schmitt/Ernst Otto Bräunche/Manfred Koch (Hrsg.), Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, Karlsruhe 1990, S. 413–438.
- Kaller, Gerhard: Trunk, Gustav, in: Badische Biographien, Bd. 3, hrsg. v. Bernd Ottnad, Stuttgart 1990, S. 273 f.
- Kaplan, Marion A.: Jüdisches Bürgertum. Frau, Familie und Identität im Kaiserreich, Hamburg 1997.
- Karlsruhe 1911. Festschrift der 83. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte gewidmet von dem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, Karlsruhe 1911.
- Kauffman, Jesse C.: Elusive Alliance. The German Occupation of Poland in World War I, Harvard 2015.
- Kaupp, Peter: Burschenschaft und Antisemitismus, Dieburg 2004.
- Kessler, Alexander: Der Jungdeutsche Orden in den Jahren der Entscheidung, 2 Bde., München 1975/76.
- Kessler, Alexander: Der Jungdeutsche Orden auf dem Weg zur Deutschen Staatspartei, München 1980.

- Kieseritzky, Wolther von: Liberale Parteieliten und politische Steuerung der Öffentlichkeit im Kaiserreich. Die Vernetzung von Partei und Presse, in: Dieter Dowe /Jürgen Kocka/Heinrich August Winkler (Hrsg.), Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, München 1999, S. 85–108.
- Kießling, Friedrich: Gegen den »großen« Krieg? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914, München 2002.
- Klepper, Jochen/Hildegard Klepper (Hrsg.): Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932–1942, Stuttgart 1955.
- Klötzer, Wolfgang: Frankfurter Biographien, Bd. 1, 1994.
- Koch, Christoph (Hrsg.), Vom Junker zum Bürger. Hellmut von Gerlach – Demokrat und Pazifist im Kaiserreich und in der Republik, München 2009.
- Koch, Manfred: Nahverkehr und Stadtentwicklung in Karlsruhe im Überblick, in: ders. (Hrsg.), Unter Strom. Geschichte des öffentlichen Nahverkehrs in Karlsruhe, Karlsruhe 2000, S. 13–30.
- Kocher, Hermann: »Rationierte Menschlichkeit«. Schweizerischer Protestantismus im Spannungsfeld von Flüchtlingsnot und öffentlicher Flüchtlingspolitik der Schweiz 1933–1948, Zürich 1996.
- Koch-Weser, Caio: Rede zur Eröffnung der Ausstellung des Deutschen Exilarchivs »... mehr vorwärts als rückwärts schauen ...« – Das deutschsprachige Exil in Brasilien 1933–1945 in der Deutschen Nationalbibliothek am 7.10.2013, Frankfurt a.M.: abrufbar unter: www.dnb.de.
- Kolb, Eberhard: Der Frieden von Versailles, München 2011.
- Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, München ⁶2002.
- Kommers-Lieder der freien Verbindung »Licaria« zum 20. Juli 1896, S. 5, Alfred Klee Collection, Central Zionist Archives 142/162.
- Koselleck, Reinhart: »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien [1976], in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989, S. 349–375.
- Krauss, Marita: Heimkehr in ein fremdes Land. Geschichte der Remigration nach 1945, München 2001.
- Kreft, Gerald: Philipp Schwartz (1894–1977) – Zürich und die Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler im Ausland, in: Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Nervenheilkunde, Bd. 18, 2012, S. 101–129.
- Krohn, Claus-Dieter: Wissenschaft im Exil – deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt a. M. 1987.
- Krohn, Claus-Dieter: Entlassung und Emigration deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler nach 1933, in: Harald Hagemann (Hrsg.), Zur deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, Marburg 1997, S. 37–62.
- Krohn, Claus-Dieter/ u. a. (Hrsg.): Liberale, in: Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt ²2008, Sp. 561–570.
- Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt ¹1993.
- Krüger, Peter/Anne C. Nagel (Hrsg.): Mechterstädt 25.3.1920. Skandal und Krise in der Frühphase der Weimarer Republik, Münster 1997.
- Krumeich, Gerd: Burgfriedenspolitik, in: Axel Schildt (Hrsg.), Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon, München 2005, S. 91 f.
- Kulka, Otto D. (Hrsg.): Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Bd. 1, Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939, Tübingen 1997.
- Küppers, Heinrich: Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1997.
- Ladwig-Winters, Simone: Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin nach 1933, Berlin Brandenburg ²2007.

- Landau-Mühsam, Charlotte: *Meine Erinnerungen*, hrsg. v. Peter Guttkuhn, Lübeck 2010.
- Lang, Hubert: *Zwischen allen Stühlen, Juristen jüdischer Herkunft in Leipzig (1848–1953)*, Leipzig 2014.
- Lange, David: »Earnest Souls«, *New Zealand Listener*, 23.10.1993.
- Langewiesche, Dieter: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988.
- Langewiesche, Dieter: *Kommunaler Liberalismus im Kaiserreich. Bürgerdemokratie hinter den illiberalen Mauern der Daseinsvorsorge-Stadt*, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), *Kommunaler Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900*, Köln/Weimar/Wien 2014, S. 39–71.
- Langkau-Alex, Ursula: »Die Zukunft der Vergangenheit, Die Zukunft der Zukunft.« *Zur Bündnispolitik der Zeitschrift zwischen Oktober 1938 und August 1939*, in: Helene Roussel/Lutz Winckler (Hrsg.), *Deutsche Exilpresse und Frankreich, Bern 1992*, S. 123–156.
- Laufs, Adolf: *Eduard Lasker. Ein Leben für den Rechtsstaat*, Göttingen/Zürich 1984.
- Lauterer, Heide-Marie: »Neulinge«, »Novizen« und Berufspolitikerinnen. *Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik. Wahlrecht, Wahlbeteiligung und Wahlergebnis 1919*, in: Günther Schulz (Hrsg.), *Frauen auf dem Weg zur Elite*, München 2000, S. 79–96.
- Lauterer, Heide-Marie: *Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949*, Königstein/Taunus 2002.
- Lebensskizzen jüdischer Rechtsanwälte in Lübeck und ihr Schicksal in der NS-Zeit, in: Bundesrechtsanwaltskammer (Hrsg.), *Anwalt ohne Recht. Schicksale jüdischer Rechtsanwälte nach 1933 – insbesondere in Schleswig-Holstein* (*Schleswig-Holsteinische Anzeigen* 2014, S. 22–31): www.schleswig-holstein.de.
- Lehnert, Detlef (Hrsg.): *Vom Linksliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890–1933*, Köln 2014.
- Lehnert, Detlef/Christoph Müller (Hrsg.): *Hugo Preuß, Gesammelte Schriften*, 5 Bde., Tübingen 2007–2015.
- Leimbach, Timo: *Landtag von Thüringen 1919/20–1933*, Düsseldorf 2016.
- Lengefeld, Cecilia: *Anders Zorn. Eine Künstlerkarriere in Deutschland*, Berlin 2004.
- Lengemann, Jochen: *MdL Hessen 1808–1996. Biographischer Index*, Marburg 1996.
- Lengemann, Jochen: *Thüringische Landesparlamente 1919–1952. Biographisches Handbuch*, Köln u. a. 2014.
- Leonhard, Jörn: *Das Dilemma von Erwartungen und Erfahrungen. Liberale im Ersten Weltkrieg*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 26 (2014), S. 193–215.
- Leonhard, Jörn: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014.
- Lewin, Adolf: *Geschichte der badischen Juden seit der Regierung Karl Friedrichs (1738–1909)*, Karlsruhe 1909.
- Liessem, Rainer/Renate Liessem: *Die Mologa AG 1923–1927. Eine Holzkonzession in Rußland unter Beteiligung der Firma Himmelsbach, Freiburg*, in: *Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins (Schau-ins-Land)* 93 (1975), S. 83–91.
- Lilla, Joachim: *Der preußische Staatsrat 1921–1933*, 2005.
- Lilla, Joachim (Bearb.): *Der Reichsrat. Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs 1919–1934. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung des Bundesrates (Nov. 1918 – Febr. 1919) und des Staatenausschusses (Febr.–Aug. 1919)*, Düsseldorf 2006.
- Lilla, Joachim (Bearb.): *Der Bayerische Landtag 1918/19 bis 1933. Wahlvorschläge – Zusammensetzung – Biographien*, München 2008.
- Lilla, Joachim (Bearb.): *Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920 bis 1933/34. Zusammensetzung – Dokumentation – Biographien. Unter Einschluss des Wirtschaftsbeirats des Reichspräsidenten 1931 und des Generalrats der Wirtschaft 1933*, Düsseldorf 2012.

- Lilla, Joachim: Der Bundesrat 1877–1919, ein biographisches Nachschlagewerk, Baden-Baden 2014.
- Lindemann, Hugo: Die deutsche Städteverwaltung. Ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Volkshygiene, des Städtebaus und des Wohnungswesens, Stuttgart 1901.
- Llanque, Marcus: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000.
- Llanque, Marcus: Der Weimarer Linksliberalismus und das Problem politischer Verbindlichkeit. Volksgemeinschaft, demokratische Nation und Staatsgesinnung bei Theodor Heuss, Hugo Preuß und Friedrich Meinecke, in: Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 157–181.
- Löbe, Paul/Ludwig Haas/Joseph Wirth (Hrsg.): Deutsche Republik. Begründet von der Republikanischen Arbeitsgemeinschaft, 39 Hefte, 1926–1933.
- Lobo, Arnold: German Settlers in the New Zealand Wars, unveröff. MS., Auckland, University of Auckland Research Centre for Germanic Connections with New Zealand and the Pacific, 2011.
- Löffelsender, Michael: Kölner Rechtsanwälte im Nationalsozialismus. Eine Berufsgruppe zwischen »Gleichschaltung« und Kriegseinsatz, Tübingen 2015, S. 134f.
- Luckemeyer, Ludwig: Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung 1918–1919, 2 Bde., Marburg/Lahn 1975.
- Luckemeyer, Ludwig: Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Zum 100. Geburtstag des bedeutenden Staatsmannes der Weimarer Republik, in: Kritische Solidarität. Betrachtungen zum deutsch-jüdischen Selbstverständnis. Für Max Plaut zum 70. Geburtstag, 17. Oktober 1971. Hrsg. v. Gunter Schulz, Bremen 1971, S. 119–174.
- Ludwig, Hartmut: Adolf und Elsa Freudenberg, in: Ders./Eberhard Röhm (Hrsg.), Evangelisch getauft – als »Juden« verfolgt. Theologen jüdischer Herkunft in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 2014, S. 112 f.
- Luig, Klaus: »... weil er nicht arischer Abstammung ist.« Jüdische Juristen in Köln während der NS-Zeit, Köln 2004.
- Lutzer, Kerstin: Der Badische Frauenverein 1859–1918. Rotes Kreuz, Fürsorge und Frauenfrage, Stuttgart u. a. 2002.
- Machleid, Wilhelm/Dieter Hoegen (Bearb.): Die Gemeindegerichtsbarkeit in Baden-Württemberg, Stuttgart 1960.
- Machtan, Lothar: Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers. Eine Biografie, Berlin 2013.
- Maier, Max Hermann: In uns verwoben, tief und wunderbar. Erinnerungen an Deutschland, Frankfurt 1972.
- Mann, Bernhard/ u. a. (Bearb.): Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1867–1918, Düsseldorf 1988.
- Mares, Detlev (Hrsg.): Das Jahr 1913. Aufbrüche und Krisenwahrnehmungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Bielefeld 2014.
- Marhefka, Edmund (Hrsg.): Der Waffenstillstand 1918–1919. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsberichte, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerung nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.
- Martin, Michael: Die jüdische Gemeinde und ihre Synagoge, in: Christine Kohl-Langer, Juden in Landau. Beiträge zur Geschichte einer Minderheit, Landau 2004, S. 31–38.
- Marx, Jeffrey A.: Marx Family Tree, Santa Monica, CA 2010, (unveröff. Typoskript).
- Marx, Jeffrey A.: The Marx Story, Santa Monica, CA, 2015, (Unveröff. Typoskript).

- Matthias, Erich (Hrsg.): Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918, Düsseldorf 1966.
- Matthias, Erich/Rudolf Morsey: Die Deutsche Staatspartei, in: dies. (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 31–97.
- Matthias, Erich/Rudolf Morsey (Bearb.): Der Interfraktionelle Ausschuss, 2 Bde., Düsseldorf 1959.
- Matzerath, Horst: Die Gemeinden und der Nationalsozialismus, in: Barbara Becker-Jäckli u. a. (Hrsg.), Nationalsozialismus und Regionalgeschichte. Festschrift für Horst Matzerath., Köln 2002, S. 188–223.
- Matzerath, Horst: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart u. a. 1970.
- Mauermann, Helmut: Das Internationale Friedensbüro. 1892–1950, Stuttgart 1990.
- Maurer, Friedrich: Im Rettungsschiff. Erlebnisse einer Konvertitenfamilie, Freiburg i. Br. 1920.
- Mauss, Susanne: »Nicht zugelassen«. Die jüdischen Rechtsanwälte im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf 1933–1945, Essen 2013.
- Mehring, Reinhard: Liberale Demokratie als Paradoxon? Carl Schmitts geistesgeschichtliche Beisetzung des Liberalismus, in: Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.), Liberalismus als Feindbild, Göttingen 2014, S. 203–227.
- Mehringer, Hartmut/Werner Röder/Dieter M. Schneider: Zum Anteil ehemaliger Emigranten am politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Österreich, in: Wolfgang Frühwald/Wolfgang Schieder (Hrsg.), Leben im Exil. Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933–1945, Hamburg 1981, S. 207–223.
- Meinecke, Friedrich: Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik 1918, in: ders., Werke, Bd. 2: Politische Schriften und Reden, hrsg. v. Georg Kotowski, Darmstadt 1958, S. 281.
- Meinecke, Friedrich: Neue Briefe und Dokumente, hrsg. u. bearb. v. Gisela Bock/Gerhard A. Ritter, München 2012.
- Mergel, Thomas: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002.
- Mergel, Thomas: Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfs in der Bundesrepublik 1949–1990, Göttingen 2010.
- Mergel, Thomas: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2012.
- Mertens, Lothar: Presse und Publizistik, in: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration, 1998, Sp. 1062–1072.
- Meyer, Dietrich: Ein Stachel im Herzen. Der Einfluss der nationalsozialistischen Judenpolitik auf die Brüdergemeine von 1933 bis 1945, in: Daniel Heinz (Hrsg.), Freikirchen und Juden im »Dritten Reich«. Instrumentalisierte Heilsgeschichte, antisemitische Vorurteile und verdrängte Schuld, Göttingen 2011, S. 245–280.
- Meyer, Oscar: Von Bismarck zu Hitler, Erinnerungen und Betrachtungen, Offenbach a.M. 1948.
- Middelmann, Raoul F.: Our Own World History, Curtin/Australien 1998.
- Miller, Susanne/Heinrich Potthoff (Bearb.): Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, 2 Bde., Düsseldorf 1969.
- Minuth, Karl-Heinz (Bearb.): Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinete Luther I und II., 2 Bde., Boppard am Rhein 1977.
- Möller, Horst: Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984.
- Möller, Horst: Die preußischen Oberpräsidenten 1918/19–1933, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Die preuß. Oberpräsidenten, 1985, S. 326–334.

- Möllers, Heiner: Reichswehrminister Otto Geßler. Eine Studie zu »unpolitischer« Militärpolitik in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. u. a. 1998.
- Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme, München 1960.
- Moos, Samuel: Geschichte der Juden im Hegaudorf/Randegg, hrsg. v. Karl Schatz/Franz Götz, Gottmadingen 1986.
- Morisse, Heiko: Ausgrenzung und Verfolgung der Hamburger jüdischen Juristen im Nationalsozialismus, Bd. I: Rechtsanwälte, Göttingen 2013.
- Moritz, Werner: Die Aberkennung des Dokortitels an der Universität Heidelberg während der NS-Zeit, in: Kohnle, Armin (Hrsg.): Zwischen Wissenschaft und Politik; Stuttgart 2001, S. 540–562.
- Morsey, Rudolf/Erich Matthias: Die Deutsche Staatspartei, in: dies. (Hrsg.), Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 29–97.
- Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumsparterie, Düsseldorf 1966.
- Motel, Heinz: Zur Erinnerung an die Begräbnisfeier von Marie Schloß, geb. Haas, Bern/Wabern b. Bern 1952, (unveröff.).
- Mühlen, Patrik von zur: »Schlagt Hitler an der Saar!« Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933–1945, Bonn 1979.
- Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.
- Mühlhausen, Walter: »Völker, hört die Signale!« Internationalismus und Nationalismus der SPD am Vorabend des Ersten Weltkriegs, in: Detlev Mares (Hrsg.), Das Jahr 1913. Aufbrüche und Krisenwahrnehmungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Bielefeld 2014, S. 169–192.
- Müller, Frank: Mitglieder der Bürgerschaft. Opfer totalitärer Verfolgung, Hamburg 1995.
- Müller, Tim B./Adam Tooze (Hrsg.): Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015.
- Müller, Tim B.: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014.
- Naumann, Friedrich: Die deutsche Linke (1912), in: Theodor Schieder (Hrsg.), Friedrich Naumann, Werke, Bd. 5, Schriften zur Tagespolitik, Köln/Opladen 1964, S. 465–469.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.
- Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme, Opladen 2007.
- Nolte, Paul: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012.
- Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach/Main 1947.
- Nuschke, Otto: Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: Anton Erkelenz (Hrsg.): Zehn Jahre deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, Berlin 1928, S. 24–41.
- Oeftering, Wilhelm Engelbert: Der Umsturz 1918 in Baden, Konstanz 1920.
- Oppelland, Thorsten: Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914–1918, Düsseldorf 1995.
- Ostfeld, Hermann: Die Haltung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei zu den Annexions- und Friedensfragen in den Jahren 1914–1918, Kallmünz 1934.
- Paassen, Pierre van: Earth could be fair. A chronicle, New York 1946.
- Paucker, Arnold: Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Tübingen 1976, S. 484–548.
- Paulin, Roger: »Bendix Hallenstein«, in: Bade, James N. (Hrsg.), Eine Welt für sich: Deutschsprachige Siedler und Reisende in Neuseeland im neunzehnten Jahrhundert, Bremen 1998, S. 238–241.

- Paulus, Jeal B.: Juden in Baden 1809–1984. 175 Jahre Oberrat der Israeliten Badens, hrsg. v. Oberrat der Israeliten Baden, Karlsruhe 1984.
- Peterson, Walter F.: Die deutschen politischen Emigranten in Frankreich 1933–1940: »Dieselben Debatten wie zu Hause?«, in: Ralph Melville u. a. (Hrsg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit. Festschrift für Karl Otmar Freiherr von Aretin zum 65. Geburtstag, 2. Halbbde., Stuttgart 1988, S. 881–905.
- Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987.
- Pichotta, Angelika: Jüdische Weinhändler in Landau, in: Christine Kohl-Langer, Juden in Landau. Beiträge zur Geschichte einer Minderheit, Landau 2004, S. 39–54.
- Pickus, Keith H.: Constructing Modern Identities. Jewish University Students in Germany, 1814–1914, Detroit 1999.
- Plück, Susanne: Das badische Konkordat vom 12. Oktober 1932, Mainz 1984.
- Pohl, Karl Heinrich: Der Liberalismus im Kaiserreich, in: Rüdiger von Bruch (Hrsg.), Friedrich Naumann in seiner Zeit, Berlin/New York 2000, S. 65–90.
- Pohl, Monika: Ludwig Marum. Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Aufstieg in der badischen Arbeiterbewegung 1882–1919, Karlsruhe 2003.
- Pohl, Monika: Bündnispolitik für den parlamentarischen Verfassungsstaat. Die beiden Minister jüdischer Herkunft in der badischen Vorläufigen Volksregierung 1918/19, in: Oliver von Mengersen u. a. (Hrsg.), Personen – Soziale Bewegungen – Parteien. Beiträge zur Neuesten Geschichte. Festschrift für Hartmut Soell, Heidelberg 2004, S. 59–78.
- Pohl, Monika: Ludwig Haas, in: Jüdisches Leben in Baden 1809 bis 2009. 200 Jahre Oberrat der Israeliten Badens. Festschrift, hrsg. v. d. Oberrat der Israeliten Badens, Ostfildern 2009, S. 245–248.
- Pohl, Monika: Ludwig Marum. Gegner des Nationalsozialismus. Das Verfolgungsschicksal eines Sozialdemokraten jüdischer Herkunft, Karlsruhe 2013.
- Poliakov, Léon, Die Affäre Pariser Tageblatt, in: Hélène Roussel/Lutz Winckler (Hrsg.), Deutsche Exilpresse 1933–1940, Bern u. a. 1992, S. 105–115.
- Portner, Ernst: Die Verfassungspolitik der Liberalen 1919. Ein Beitrag zur Deutung der Weimarer Reichsverfassung, Bonn 1973.
- Pruß, Hugo: Gesammelte Schriften, hrsg. v. Detlef Lehnert/Christoph Müller, 5 Bde., Tübingen 2007–2015.
- Raberg, Frank: Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten, 2001.
- Radkau, Joachim: Die deutschen Emigranten in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945, Düsseldorf 1971.
- Rebentisch, Dieter: Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik, Wiesbaden 1975.
- Rebentisch, Dieter: Trumpler, Hans. In: Frankfurter Personenlexikon (Onlinefassung), www.http://frankfurter-personenlexikon.de/node/4402 (4.11.2015).
- Rehm, Clemens (Hrsg.): Warum Marum. Mensch, Politiker, Opfer, Ausstellungskatalog, Karlsruhe 2006.
- Reibel, Carl-Wilhelm (Bearb.): Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse – Ergebnisse – Kandidaten, 2 Bde., Düsseldorf 2007.
- Reichstags-Handbuch. I. Wahlperiode 1920. Hrsg. v. Bureau des Reichstags, Berlin 1920.
- Reichstags-Handbuch. II. Wahlperiode 1924. Hrsg. v. Bureau des Reichstags, Berlin 1924.
- Reinke, Andreas: »Eine Sammlung des jüdischen Bürgertums«. Der Unabhängige Orden B'nai B'rith in Deutschland, in: Andreas Gotzmann/Rainer Liedtke/Till van Rahden (Hrsg.), Juden, Bürger, Deutsche. Zur Geschichte von Vielfalt und Differenz 1800–1933, Tübingen 2001, S. 315–340.

- Reulecke, Jürgen: Bildungsbürgertum und Kommunalpolitik im 19. Jahrhundert, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert*, Bd. 4: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, Stuttgart 1989, S. 122–145.
- Reulecke, Jürgen: Kulturförderung als Aufgabe der Stadt im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Jörg Fligge/Alois Klotzbücher (Hrsg.), *Stadt und Bibliothek. Literaturversorgung als kommunale Aufgabe im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Wiesbaden 1997, S. 15–30.
- Reuther, Thomas: *Die ambivalente Normalisierung. Deutschlanddiskurs und Deutschlandbilder in den USA, 1941–1945*, Stuttgart 2000.
- Ribhegge, Wilhelm: *Frieden für Europa. Die Politik der Reichstagsmehrheit 1917–1918*, Essen 1988.
- Riemer, Otto (Hrsg.): *Weg und Werk. Eine Festgabe zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Hermann Meinrad Poppen* (geb. 1. Januar 1885), Heidelberg 1955.
- Riffel, Paul: *Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Bruchsal von 1690 bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M./Bruchsal 1930.
- Ringer, Fritz: *Die Zulassung zur Universität*, in: Walter Rüegg (Hrsg.), *Geschichte der Universität in Europa*, Bd. 3: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800–1945), München 2004, S. 199–226.
- Ringler, Harald: *Stadtplanung in Karlsruhe von 1835 bis 1985*, in: *Stadt Karlsruhe* (Hrsg.), *Leben in der Fächerstadt. 275 Jahre Karlsruhe*, Karlsruhe 1991, S. 49–76.
- Ritter, Gerhard A./Merith Niehuss: *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918*, München 1980.
- Robson, Stuart T.: *German Leftliberals and the First World War*, in: *Historical Papers/Communications historiques* 2 (1967), Nr. 1, S. 216–234.
- Röder, Werner: *Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942–1945*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 17 (1969), Nr. 1, S. 72–86.
- Röder, Werner: *Biographisches Handbuch deutschsprachiger Emigration nach 1933: Unter der Gesamtleitung v. Werner Röder u. Herbert A. Strauss*, 3 Bde., München u. a. 1980–1983.
- Rohe, Karl: *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1966.
- Römer, Gerhard: »Allen Landesangehörigen in freier Weise zugänglich.« *Die Hof- und Landesbibliothek in Karlsruhe im 19. Jahrhundert*, in: Jörg Fligge/Alois Klotzbücher (Hrsg.), *Stadt und Bibliothek. Literaturversorgung als kommunale Aufgabe im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Wiesbaden 1997, S. 421–450.
- Roos, Daniel: *Julius Streicher und »Der Stürmer« 1923–1945*, Paderborn 2014.
- Rosenthal, Berthold: *Aus Ludwig Haas' Familiengeschichte*, in: *Israelitisches Gemeindeblatt. Offizielles Organ der israelitischen Gemeinden Mannheim und Ludwigshafen* 8 (1930), 14.11.1930, S. 4–8.
- Rosenthal, Berthold: *Heimatgeschichte der badischen Juden seit ihrem gesellschaftlichen Auftreten bis zur Gegenwart*, Bühl 1927.
- Rosenthal, Jacob: »Die Ehre des jüdischen Soldaten«. *Die Juden zählung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen*, Frankfurt a. M. 2007.
- Rosenzweig, Franz: *Briefe und Tagebücher*, hrsg. v. Rachel Rosenzweig/Edith Rosenzweig-Scheinmann, 2 Bde., Den Haag 1979.
- Rott, Joachim: *Ich gehe meinen Weg ungehindert gerade aus*, Dr. Bernhard Weiß (1880–1951), Polizeivizepräsident in Berlin. *Leben und Wirken*, Berlin 2010.
- Runge, Gerline: *Linksliberale Emigranten in Großbritannien. Überlegungen zu Gesellschaft und Demokratie im Nachkriegsdeutschland*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 37 (1989), 1, S. 57–83.

- Rürup, Miriam: Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten 1886–1937, Göttingen 2008.
- Rürup, Reinhard: Die Emanzipation der Juden in Baden, in: Ders., Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975, S. 37–73.
- Rusterholz, Heinrich: »... als ob unseres Nachbars Haus nicht in Flammen stünde«. Paul Vogt, Karl Barth und das Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland 1937–1947, Zürich 2015.
- Sabrow, Martin: Die Macht der Mythen. Walter Rathenau im öffentlichen Gedächtnis, Berlin 1998.
- Sabrow, Martin: Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt a. M. 1998.
- Saldern, Adelheid von: Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Boppard a. Rh. 1966.
- Sammlung der auf die Neuordnung in Baden bezüglichen bedeutsamen Kundgebungen und Verordnungen. Zusammengestellt im Auftrag der Badischen vorläufigen Volksregierung vom Ministerium des Innern, Karlsruhe 1919.
- Sander, Tobias: Ingenieurwesen, in: Volker Müller-Benedict/Jörg Jansen/Tobias Sander, Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 6: Akademische Karrieren in Preußen und Deutschland. 1850–1940, Göttingen 2008, S. 221–258.
- Sassin, Horst R.: Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933–1945, Bonn 1983.
- Sassin, Horst R.: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942, Hamburg 1993.
- Sassin, Horst R.: Liberale und ihre Programmatik im Widerstand und im Exil, in: Liberal 35 (1993), Nr. 3, S. 70–77.
- Sassin, Horst R.: Charakterinseln im Schlammssee des Dritten Reiches. Assimilierte Juden im liberalen Widerstand, in: Hans Erler u. a. (Hrsg.): »Gegen alle Vergeblichkeit«. Jüdischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Frankfurt/New York 2003, S. 167–186.
- Schadt, Jörg/Wolfgang Schmierer (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979.
- Schäfer, Karl: Die Brüdergemeinschaften in Polen. Kurze Geschichte der Herrnhuter Arbeit in Polen von 1900 bis 1945, Bad Boll s. a. [nach 1972].
- Schambach, Sigrid: Carl Petersen, Hamburg 2000.
- Schattenberg, Susanne: Brest-Litovsk, Treaty of, in: 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, hrsg. v. Ute Daniel u. a., Berlin 30.11.2014, abrufbar unter: http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/brest-litovsk_treaty_of [23.02.2016].
- Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, Dresden 1928.
- Scheil, Stefan: Aktivitäten antisemitischer Parteien im Großherzogtum Baden, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 141 (1993), S. 304–335.
- Schieder, Theodor: Die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München 31974, S. 58–89.
- Schiffers, Reinhard: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918. Düsseldorf 1979.
- Schiller, Friedrich: Wilhelm Tell, in: ders., Sämtliche Werke, Bd. 2: Dramen II, hrsg. v. Gerhard Fricke/Herbert G. Göpfert, München 61981.
- Schlimm, Henning/Albrecht Stammler: Mitarbeiter jüdischen Ursprungs in der Brüdergemeine, Erwin Schloß, Prediger in Lodz, Gnadau und Bern, in: Unitas Fratrum, Zeitschrift für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeine 69/70, (2013), S. 94–110.
- Schlimm, Henning/Eberhard Röhm: Erwin Schloß, in: Hartmut Ludwig/Eberhard Röhm (Hrsg.), Evangelisch getauft – als »Juden« verfolgt. Theologen jüdischer Herkunft in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 2014, S. 304 f.

- Schloß, Brigitte: Thanksgiving, St. John's NL Canada 2002, (unveröff. Typoskript).
- Schloß, Emy: Blumen und Gräser aus dem Lebensgärtlein der Schlößer!, Bern 1943, (unveröff. Manuskript)
- Schloß, Erwin: Trauerfeier [...] für Rosa Haas geb. Marx aus Bruchsal, Bern 1940, (unveröff. Typoskript).
- Schloß, Erwin: Nachrichten aus der Landeskirchlichen Flüchtlingshilfe des Kantons Bern, Bern 1942, (Privatbesitz).
- Schloß, Erwin: Lebenslauf, [nach Januar 1940], Manuskript, in: UA Herrnhut, NSchE, (gekürzte Fassung): »Lebenslauf von Pfr. Erwin Schloß«, in: Der Freund Israels 71 (1944), S. 34–36.
- Schloß, Marie: Loll und Schossel, o.A. 1902, (unveröff. Manuskript).
- Schloß, Marie: Kleine Bilder, Karlsruhe 1908, (Privatbesitz).
- Schloß, Marie (Bearb.): Erziehung während der Schulzeit, 3. Bd., Karlsruhe 1909.
- Schloß, Marie: Der Herr Medikus und andere Geschichten, Karlsruhe s. d. (Handschriftliche Widmung 1910; 2. »wesentlich erweiterte Ausgabe« 1921), (Privatbesitz).
- Schloß, Marie: Prinzessin, Konstanz 1911.
- Schloß, Marie: Von Leben und Sterben. Von Alten und Jungen. Der Kleinen Bilder, Straßburg 1914.
- Schloß, Marie: Der Nachkömmling vom Kellerhof, Karlsruhe 1917, (Privatbesitz).
- Schloß, Marie: Hinter der Kirche, in: dies., Hinter der Kirche und andere Geschichten, Karlsruhe/Leipzig 1921, S. 5–101.
- Schloß, Marie: Frauenprobleme von vorgestern, gestern und heute. Rede gehalten vor einer nicht genau bezeichneten Frauenversammlung, s. d. [um 1930], in: StA KA, 7/NL Schloß.
- Schloß, Marie: Ein Stück Familiengeschichte, Königfeld im Schwarzwald 1930, Typoskript, in: JMB, LH.
- Schloß, Marie: »Erinnerungen und Beobachtungen einer deutschen (?) Judenchristin« (Abschrift), 1944, in: Leo Baeck Institute, Marie Schloss Collection AR 11815.
- Schloß, Marie: Letzter Wille, Stalden im Emmental 1950, Typoskript, StA KA 7/NL Schloß.
- Schloß, Marie: Die Herrnhuter Kolonie »Königfeld« im Schwarzwald, Karlsruhe s. d., (Privatbesitz).
- Schmitt, Bernhard: Im Spannungsfeld von Assimilation, Antisemitismus und Zionismus, in: Heinz Schmitt/Ernst Otto Bräunche/Manfred Koch (Hrsg.), Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung, Karlsruhe 1988, S. 121–154.
- Schmitt, Heinz/Ernst Otto Bräunche (Hrsg.): Alltag in Karlsruhe. Vom Lebenswandel einer Stadt durch drei Jahrhunderte, Karlsruhe 1990.
- Schmitt, Heinz/Ernst Otto Bräunche/Manfred Koch (Hrsg.): Juden in Karlsruhe. Beiträge zu ihrer Geschichte bis zu nationalsozialistischen Machtergreifung, Karlsruhe 1988.
- Schmölz-Häberlein, Michaela: Vom Westfälischen Frieden bis zum Ende des Alten Reiches, in: Hans-Jörg Jenne/Gerhard A. Auer (Hrsg.), Geschichte der Stadt Emmendingen, Bd. 1. Von den Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, Emmendingen 2006, S. 279–455.
- Schneider, Werner: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978.
- Schrag, Otto: Die Homogenität der Parteienzusammenstellung im Reich und in den Ländern, Bruchsal 1933.
- Schrag, Otto: »Bedrock«, New York 1948.
- Schrag, Otto: [Zum hundertjährigen Jubiläum], in: Hundert Jahre Malz = Schragmalz, hrsg. v. Roman Fink i. Auf. d. Malzfabrik Schragmalz AG, Karlsruhe 1968.
- Schrag, Otto/Peter Schrag: When Europe was a Prison Camp. Father and Son Memoirs. 1940–1941, Bloomington, IN 2015.

- Schrag, Peter: *Paradise lost. California's experience, America's future*, New York 1998.
- Schrag, Peter: *Not fit for our society. Immigration and nativism in America*, Berkeley 2010.
- Schrag-Haas, Judith: *Erinnerungen an meinen Vater*, Ludwig Haas, London 1959 [Typoskript].
- Schrag-Haas, Judith: *Ludwig Haas. Erinnerungen an meinen Vater*, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 4 (1961), Nr. 13, S. 73–93.
- Schramm, Hilde: *Der Kongress »Das Freie Wort« am 19. Februar 1933 in Berlin. Zur Zusammenarbeit von Linksliberalen, Sozialisten und Kommunisten am Ende der Weimarer Republik*, in: *Weimarer Beiträge. Zeitschrift für Literaturwissenschaft, Ästhetik und Kulturwissenschaften* 59 (2013), Nr. 4, S. 580–604.
- Schreiber, Jean-Philippe/Rudi van Dorslaer: *Les curateurs du ghetto. L'Association des Juifs en Belgique sous l'occupation nazie*, Brüssel 2004.
- Schröder, Karsten: *Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland*, Düsseldorf 1985.
- Schuder, Rosemarie: *Der »Fremdling aus dem Osten«. Eduard Lasker – Jude, Liberaler, Gegenspieler Bismarcks*, Berlin 2008.
- Schulz, Andreas: *Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2014.
- Schulze-Bidlingmaier, Ingrid (Bearb.): *Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Wirth I und II*, 2 Bde., Boppard am Rhein 1973.
- Schumacher, Martin: *Stabilität und Instabilität. Wahlentwicklung und Parlament in Baden und Braunschweig 1918–1933*, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Gesellschaft, Parlament und Regierung*, Düsseldorf 1974, S. 389–417.
- Schumacher, Martin: *M.d.R.- Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation*, bearb. v. Katharina Lübke u. a., Düsseldorf 1994.
- Schumacher, Martin (Hrsg.): *M.d.L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung. Ein biographischer Index*. Bearb. v. M. Schumacher unter Mitwirkung von Achim Dünwald u. a., Düsseldorf 1995.
- Schumacher, Martin: *M.d.B.-Volkvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 2000.
- Schumacher, Martin: *»Der Mann von Ansehen«: Erich Koch-Weser, die »Deutschen Blätter« und Udo Rukser 1943/44. Eine Dokumentation des Briefwechsels mit dem Herausgeber der »Revista Anti-Nazi« in Santiago de Chile*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 22 (2010), S. 181–214.
- Schumacher, Martin: *»Wir wollten als Deutsche nicht abseits stehen« – die Herausgeber der »Deutschen Blätter« in Santiago de Chile Udo Rukser (1872–1971) und Albert Theile (1904–1986)*, in: *Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte*. Hrsg. v. Bastian Hein u. a., München 2012, S. 89–107.
- Schüren, Ulrich: *Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den deposedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen*, Düsseldorf 1978.
- Schustereit, Hartmut: *Unpolitisch – Überparteilich – Staatstreu. Wehrfragen aus der Sicht der Deutschen Demokratischen Partei 1919–1930*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, Bd. 16, (1974), Nr. 2, S. 131–172.
- Schustereit, Hartmut: *Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930*, Düsseldorf 1975.

- Schwab, Dieter: Gleichberechtigung und Familienrecht im 20. Jahrhundert, in: Ute Gerhard (Hrsg.), *Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*, München 1997, S. 790–827.
- Schwarz, Walter: *Späte Frucht. Bericht aus unstillen Jahren*, Hamburg 1981.
- Schwoch, Rebecca: *Berliner jüdische Kassenärzte und ihr Schicksal im Nationalsozialismus: Ein Gedenkbuch*, Berlin 2009.
- Seewan, Harald: *Zirkel und Zionsstern. Bilder und Dokumente aus der versunkenen Welt des jüdisch-nationalen Korporationsstudententums. Ein Beitrag zur Geschichte des Zionismus auf akademischem Boden*, 2 Bde., Graz 1990.
- Seewann, Harald: *Licaria München 1895–1933. Eine Verbindung deutscher Studenten jüdischen Glaubens im waffenstudentischen Spannungsfeld*, in: *Einst und Jetzt, Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung* 52 (2007), S. 177–221.
- Segesser, Daniel M.: *Recht statt Rache oder Rache durch Recht? Die Ahndung von Kriegsverbrechen in der internationalen fachwissenschaftlichen Debatte 1872–1945*, Paderborn 2007.
- Seidler, Eduard: *Kinderärzte 1933–1945 entrechtet-geflohen-ermordet*, Bonn 2000.
- Seiterich, Bernhard: *Demokratische Publizistik gegen den deutschen Faschismus. Die Deutsche Republik, eine politische Wochenschrift der späten Weimarer Republik*, Frankfurt a. M./Bern/New York 1988.
- Sell, Friedrich C.: *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*, Stuttgart 1953.
- Sheehan, James J.: *Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770–1914*, München 1983 [engl. Orig. 1978].
- Siegrist, Hannes: *Advokat, Bürger und Staat. Sozialgeschichte der Rechtsanwälte in Deutschland, Italien und der Schweiz (18.–20. Jh.)*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1996.
- Smith, Wälsch H.: *Alltag und politischer Antisemitismus in Baden 1890–1900*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 141 (1993), S. 280–303.
- Sontheimer, Kurt: *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München 1994.
- Sösemann, Bernd (Hrsg.): *Theodor Wolff. Tagebücher 1914–1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am »Berliner Tageblatt« und Mitbegründers der »Deutschen Demokratischen Partei«*, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1984.
- Specht, Heike: *Die Feuchtwangers. Familie, Tradition und jüdisches Selbstverständnis im deutsch-jüdischen Bürgertum des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2006.
- Speier, Hans: *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918–1933*, Göttingen 1977.
- Spencer, Jones: *Ypres, Battles of, in: 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War*, hrsg. v. Ute Daniel u. a., Berlin 13.02.2015, abrufbar unter: http://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/ypres_battles_of [26.02.2016].
- Sperling, Heinrich O.: *Sperlings Zeitschriften-Adressbuch, Hand- und Jahrbuch der deutschen Presse*, Stuttgart 1908.
- Sponheimer, Lu: *Marie Schloß, 1872–1952*, Karlsruhe 1993, Typoskript, StA KA 7/NL Schloß
- Stalman, Volker (Bearb.): *Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919–1932*, 2 Bde., Düsseldorf 2009.
- Stalman, Volker (Bearb.): *Bernhard Falk (1867–1944). Erinnerungen eines liberalen Politikers*, Düsseldorf 2012.
- Stalman, Volker: *Parlamentarischer Alltag und private Lebensformen von Reichstagsabgeordneten 1871–1933*, in: Adéla Gjuríčová/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990*, Düsseldorf 2014, S. 182–210.
- Stang, Joachim: *Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933*, Düsseldorf 1994.

- Stauff, Philipp (Hrsg.): *Semi-Kürschner*, Berlin 1913. [2. Auflage: *Sigilla Veri. Lexikon der Juden-Genossen und -Gegner aller Zeiten*, Erfurt 1929 (Reprint: Viöl 2001)].
- Steinberg, Maxime: *L'étoile et le fusil. La question juive. 1940–1942*, Brüssel 1983.
- Steller, Verena: *Diplomatie von Angesicht zu Angesicht. Diplomatische Handlungsformen in den deutsch-französischen Beziehungen 1870–1919*, Paderborn 2011.
- Stenographisches Protokoll der deutsch-französischen Verständigungskonferenz, abgehalten am Pfingstsonntag, den 11. Mai 1913 zu Bern, hrsg. v. Organisationskomitee, Bern 1913.
- Stephan, Werner: *Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen*, Düsseldorf 1983.
- Stephan, Werner: *Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen 1973.
- Stern, Selma: *Der Hofjude im Zeitalter des Absolutismus. Ein Beitrag zur europäischen Geschichte im 17. und 18. Jahrhundert*, hrsg. v. Marina Sassenberg, Tübingen 2001.
- Sterr, Lisa: *Aufbrüche, Einschnitte und Kontinuitäten – Karlsruher Frauen in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«*, in: Susanne Asche/Barbara Guttman/Olivia Hochstrasser/Sigrid Schambach/Lisa Sterr (Hrsg.), *Karlsruher Frauen 1715–1945. Eine Stadtgeschichte*, Karlsruhe 1992, S. 293–320.
- Stiefel, Ernst C./Frank Mecklenburg, *Deutsche Juristen im amerikanischen Exil*, Tübingen 1991.
- Stiefel, Karl: *Baden 1648–1952*, 2 Bde., Karlsruhe 1977.
- Stiftungsfest der Freien Verbindung »Badenia.« *Lieder zum Fest-Commerz und V. Stiftungsfest der Freien Verbindung »Badenia.« Lieder zum Exbummel* (beide Heidelberg 1895), Alfred Klee Sammlung, Central Zionist Archives 142/162
- Stolper, Toni: *Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit*, Gustav Stolper 1888–1947, Wien/Berlin/New York/Tübingen 1960.
- Straus, Rahel: *Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin 1880–1933*, hrsg. v. Max Kreuzberger, Stuttgart 1961.
- Stude, Jürgen: *Geschichte der Juden in Bruchsal*, Heidelberg 2007.
- Stürmer, Michael: *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928*, Düsseldorf 1967.
- Suttner, Bertha v.: *Der Kampf um die Vermeidung des Weltkriegs. Randglossen aus zwei Jahrzehnten zu den Zeitereignissen vor der Katastrophe*, 2 Bde., Zürich 1917.
- Suttner, Bertha v.: *Memoiren*, hrsg. v. Liselotte von Reinken, Bremen 1965.
- Terkel, Studs: *»The Good War«*. *An oral history of World War Two*, New York 1984.
- Thiel, Jürgen: *Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands*, Stuttgart 1976.
- Thieler, Kerstin: *»[...] des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig.« Die Entziehung von Dokortiteln an der Georg-August-Universität Göttingen im »Dritten Reich«*, Göttingen 2006.
- Thompson, Alastair P.: *Left Liberals, the State and Popular Politics in Wilhelmine Germany*, Oxford/New York 2000.
- Thoss, Hendrik: *Demokratie ohne Demokraten? Die Innenpolitik der Weimarer Republik*, Berlin 2008.
- Titze, Harmut: *Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte. Band 1: Hochschulen, Teil 2: Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830–1945*, Göttingen 1995.
- Tober, Holger J.: *Deutscher Liberalismus und Sozialpolitik in der Ära des Wilhelminismus. Anschauungen der liberalen Parteien im parlamentarischen Entscheidungsprozeß und in der öffentlichen Diskussion*, Husum 1999.
- Toury, Jacob: *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland: von Jena bis Weimar*, Tübingen 1966.

- Treviranus, Gottfried. R.: Für Deutschland im Exil, Düsseldorf u. Wien 1973.
- Troeltsch, Ernst: Aristokratie, in: *Der Kunstwart. Monatshefte für Kunst, Literatur und Leben* 33 (1919), Nr. 2, S. 49–57.
- Troeltsch, Ernst (Hrsg.): *Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen, Frankfurt a. M. 1994.*
- Twain, Mark: *Die Abenteuer des Tom Sawyer und Huckleberry Finn*, Strassburg 1913.
- Uhlig, Ralph: *Die Interparlamentarische Union 1889–1914. Friedenssicherungsbemühungen im Zeitalter des Imperialismus*, Stuttgart 1988.
- Ullrich, Sebastian: *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik*, Göttingen 2009.
- Urner, K.: *Der Schweizer Hitler-Attentäter. Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen*, Frauenfeld 1980.
- Verhandlungen des neunundzwanzigsten Deutschen Juristentages. Karlsruhe 1908*, hrsg. v. Schriftführer-Amt der ständigen Deputation, Berlin 1909.
- Verhoeven, Étienne: *La Belgique occupée. De l'an 40 à la libération*, Brüssel 1994 [Orig. niederländisch 1993]
- Verzeichnis der Frankfurter jüdischen Vereine, Stiftungen und Wohltätigkeitsanstalten*, Frankfurt a. M. 1911.
- Vogt, Martin (Bearb.): *Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928–27. März 1930*, 2 Bde, München 1970.
- Voigt, Johannes H.: »Deutsche in Australien und Neuseeland«, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.), *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart*, München 1992, S. 219.
- Voit, Friedrich/ Karl Wolfskehl: *Leben und Werk im Exil*, Göttingen 2005.
- Volkov, Shulamit: *Die Verbürgerlichung der Juden in Deutschland. Eigenart und Paradigma*, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Eine Auswahl*, Bd. 3: *Verbürgerlichung, Recht und Politik*, Göttingen 1995, S. 105–133.
- Volkov, Shulamit: *Politik als Integrationsverfahren. Juden im Kaiserreich*, in: Christina von Braun (Hrsg.), *Was war deutsches Judentum? 1870–1933*, Berlin/München/Boston 2015, S. 195–202.
- Vollmer, Antje: *Die Neuwerkbewegung 1919–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der Jugendbewegung, des Religiösen Sozialismus und der Arbeiterbildung*, Berlin 1973.
- von Baden, Maximilian: *Völkerbund und Rechtsfriede*, Berlin 1919.
- Vorländer, Hans: *Hat sich der Liberalismus totgesiegt? Deutungen seines historischen Niedergangs*, in: ders. (Hrsg.), *Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus*, München 1987, S. 9–34.
- Walle, Heinrich: *Deutsche jüdische Soldaten aus dem Großherzogtum Baden im Ersten Weltkrieg. Zur Erinnerung an Ludwig Frank und Ludwig Haas*, in: *Juden in Baden. 175 Jahre Obererrat der Israeliten Badens*, hrsg. v. Obererrat der Israeliten Badens, Karlsruhe 1984, S. 173–197.
- Walle, Heinrich: *Haas, Ludwig Leo, Rechtsanwalt und DFVP/DDP-Politiker*, in: Bernd Ott-nad (Hrsg.), *Badische Biographien, Neue Folge*, Bd. 2, Stuttgart 1987, S. 114–116.
- Walter, Dirk: *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999.
- Watzinger, Karl Otto: *Ludwig Frank. Ein deutscher Politiker jüdischer Herkunft. Mit einer Edition Ludwig Frank im Spiegel neuer Quellen*, bearb. v. Michael Caroli/Jörg Schadt/Beate Zerfuß, Sigmaringen 1995.
- Weber, Hermann (Bearb.): *Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933*, Düsseldorf 1981.
- Weber, Max: *Politik als Beruf*, in: Max Weber, *Schriften*, Abt. I, Bd. 17, Tübingen 1994, S. 35–88.

- Weber, Reinhard: Das Schicksal der jüdischen Rechtsanwälte in Bayern nach 1933, München 2006.
- Weech, Friedrich von: Karlsruhe. Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung, Bd. 3/2: 1875–1900, Karlsruhe 1904.
- Wegner, Konstanze/Lothar Albertin (Bearb.): Linkliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, Düsseldorf 1980.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003.
- Weil, Bruno (Hrsg.): Ein Wort an unsere Glaubensgenossen, Denkschrift der *Viadrina*, in: Ders. (Hrsg.), K.C. Jahrbuch 1906, Strassburg i. E. u. Leipzig 1906, S. 8–22.
- Wein, Susanne: Antisemitismus im Reichstag. Judenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 2014.
- Wells, Herbert G.: *The New Machiavelli*, 2 Bde., Leipzig 1911
- Werner, Josef: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich, Karlsruhe 1990.
- Wette, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1988.
- Wilk, Gerhard H.: *Der ›Berlin-Appeal‹*, Berlin 1983.
- Wimmer, Günter: Adam Remmele. Ein Leben für die soziale Demokratie, Ubstadt-Weiher/Heidelberg/Neustadt a. d. Wstr./Basel 2009.
- Winckler, Lutz: ›Hilfe, Mittler, Waffe‹, Pariser Tageblatt und Pariser Tageszeitung zwischen Emigration und Akkulturation.
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1994.
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 2005.
- Wirsching, Andreas/Jürgen Eder (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft, Stuttgart 2008.
- Wirth, Joseph (Hrsg.): *Der Aufbruch. Republikanische Flugschriften*, Berlin/Frankfurt a. M. 1926.
- Wolgast, Eike: Deutsche Reichstagsakten, in: »... für deutsche Geschichts- und Quellenforschung«. 150 Jahre Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, hrsg. v. Lothar Gall, München 2008, S. 79–120.
- Wörner, Birgit: *Frankfurter Bankiers, Kaufleute und Industrielle. Werte, Lebensstil und Lebenspraxis 1870 bis 1930*, Frankfurt a. M. 2011.
- Wyrwa, Ulrich: *Gesellschaftliche Konfliktfelder und die Entstehung des Antisemitismus, das Deutsche Kaiserreich und Italien im Vergleich*, Berlin 2015.
- Young, Susan: *The Ulrich Family in New Zealand*, Christchurch 1997.
- Zeitungs-Katalog der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Hamburg 1910.
- Zeller, Ulrich (Hrsg.): *Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen von Conrad Haußmann*, Frankfurt am Main 1924.
- Zenner, Maria: *Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundregime 1920–1935*, Köln 1966.
- Ziebura, Gilbert: *Die Deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911–1914*, Berlin 1955.
- Ziemann, Benjamin: *Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933*, Bonn 2011.
- Zwischen Nürnberg und New York. Das Leben der Julie Meyer-Frank. Eine Ausstellung des Stadtarchivs Nürnberg 17.4. www.ajr.org.uk; http://bennewitz-frauengeschichte.de/wp-content/uploads/2014/06/Bennewitz_Frauenzimmer.pdf [16.02.15]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



EX OFFICINA

2017

Schriften

Elzevir/Caspari (dtl)

Umschlag

31 grad branddesign, Berlin

Satz

dtp-studio schwarz auf weiss, Berlin

Druck und Herstellung

Verlagsdruckerei Schmidt

Neustadt/Aisch

Printed in Germany

